

# **Arbeiterpolitik**

**Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.**

1916 bis 1919

**2. Jahrgang: 1917**

**1. Band: 6. Januar bis 30. Juni 1917**

Arbeiterpolitik  
Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus

1916 bis 1919

2. Jg. 1917, 1. Band

### *Redaktionelle Anmerkungen*

Hinzufügungen und aktualisierte Literaturverweise des Herausgebers der hier vorliegenden Ausgabe sind in eckige Klammern gesetzt.

Gesperrt gedruckte Passagen im Original werden in Kursivschrift wiedergegeben.

Die Regeln der aktuellen deutschen Rechtschreibung werden in der Regel beachtet, zeittypische sprachliche Besonderheiten – auch die falsche Verwendung von Superlativen – hingegen in den Transkriptionen beibehalten. Andere offensichtliche Fehler sind korrigiert.

Vorlagen dieser Transkriptionen sind die Veröffentlichungen des Antonie Pannekoek Archives (aaap.be), die vom IISG (Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis – International Institute of Social History) zur Verfügung gestellt wurden, der fotomechanische Neudruck der Originalausgabe 1916-1919 nach dem Exemplar des INSTITUTS FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED, ZENTRALANTIQUARIAT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK; LEIPZIG 1974 sowie die kleine Schrift der „Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen“ aus dem Jahre 1965: Die Bremer Linksradiكالen – Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1919

### Impressum

Transkription: © 2023 Copyright by Thomas Königshofen

Umschlag: © 2023 Copyright by Thomas Königshofen

## Inhalt

<b>Arbeiterpolitik 1/1917</b> .....	<b>11</b>
Helfershelfer. ....	11
Zur Frage der Einberufung einer Konferenz der „Entente-Sozialisten“ .....	15
Die Beitragssperre und ihre Probleme. ....	17
Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung. ....	20
3. Die Entstehung des kapitalistischen Polens. ....	20
Aus unserm politischen Tagebuch. ....	21
Feuilleton .....	22
Die Blutrache zu Weinsberg. ....	22
<b>Arbeiterpolitik 2/1917</b> .....	<b>26</b>
An unsere Leser! .....	26
Die Weltlage an der Schwelle des neuen Jahres. ....	27
Vor dem schwedischen Parteitag. ....	30
Ein Aufruf der I. S. K. zu Bern .....	32
Die Beitragssperre und ihre Probleme. ....	33
Die Presse. ....	33
Der Zusammenschluss der Linksradikalen. ....	35
Aus unserm politischen Tagebuch. ....	35
Feuilleton .....	38
Die Blutrache von Weinsberg. ....	38
Zeugen und Rufer. ....	39
<b>Arbeiterpolitik 3/1917</b> .....	<b>40</b>
Wilson, der Retter der Menschheit. ....	40
Die Reichskonferenz der deutschen Opposition. ....	44
Die Friedensfrage und die Internationale. ....	47
Die Beitragssperre und ihre Probleme. ....	49
Im Zeichen der Massenaktionen. ....	49
Aus unserm politischen Tagebuch. ....	53
<b>Arbeiterpolitik 4/1917</b> .....	<b>54</b>
Was weiter?.....	54
Das Friedensmanifest des Parteizentrums.....	57
Ein Manifest der französischen Opposition. ....	61
Die Richtungen in der französischen Sozialdemokratie. ....	61
Aus unserm politischen Tagebuch. ....	64
Feuilleton .....	65
Sickingens tragische Schuld. ....	65
Verse aus dem Sickingen. ....	67
<b>Arbeiterpolitik 5/1917</b> .....	<b>69</b>
Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie.....	69
Der französische sozialistische Parteitag. ....	72

Der Kampf der österreichischen Parteiopposition. ....	74
Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung. ....	76
Aus unserm politischen Tagebuch. ....	77
Feuilleton .....	79
Ein Traum. ....	79
Zeugen und Rufer. ....	82
Herbstlied eines Chinesen. ....	83
Bild der Freiheit. ....	83
Sprüche. ....	83
<b>Arbeiterpolitik 6/1917 .....</b>	<b>85</b>
Wilsons pazifistische Botschaft .....	85
Die Spaltung der Partei und das Zentrum. ....	88
Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung .....	90
4. Polens Kriegsziele. ....	90
Kriegskurse. ....	92
Aus unserm politischen Tagebuch. ....	94
Feuilleton .....	96
Gerardo Segarelli. ....	96
Zeugen und Rufer. ....	99
<b>Arbeiterpolitik 7/1917 .....</b>	<b>100</b>
Biegen oder Brechen. ....	100
Unterm eigenen Banner. ....	102
Zur Frage der Einheitsschule. ....	105
Aus unserm politischen Tagebuch. ....	109
Feuilleton .....	110
Zum Studium des Sozialismus. ....	110
<b>Arbeiterpolitik 8/1917 .....</b>	<b>115</b>
Die Verständigung der Linksradikalen. ....	115
Zur bevorstehenden Reichskonferenz der Arbeitsgemeinschaft. ....	115
Unterm eigenen Banner. ....	118
Gewerkschaftsprobleme. ....	120
Die Gewerkschaften in der Kriegszeit. ....	120
Der Burgfrieden. ....	121
Die Gewerkschafts-Internationale. ....	121
Die Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit. ....	122
Imperialistische Gewerkschaften. ....	123
Die Verramschung der Prinzipien. ....	124
Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung. ....	125
Aus unserm politischen Tagebuch. ....	126
Zeugen und Rufer. ....	128
<b>Arbeiterpolitik 9/1917 .....</b>	<b>130</b>

Wir und die Andern. ....	130
Unterm eigenen Banner. ....	133
Das Zentrum der Partei und die Kriegsfragen.....	135
1. Die Aussichten des Imperialismus.....	135
Die polnische Frage in ihrer Entwicklung. ....	139
Polens Kriegsziele. ....	139
Aus unserm politischen Tagebuch. ....	142
<b>Arbeiterpolitik 10/1917 .....</b>	<b>144</b>
Vor der Entscheidung.....	144
An unsere Gesinnungsgenossen! .....	147
Anmerkung der Redaktion der „Arbeiterpolitik“ .....	151
Das Zentrum der Partei und die Kriegsfragen.....	152
2. Vom Charakter des Weltkrieges.....	152
Aus unserm politischen Tagebuch .....	155
Feuilleton .....	156
Kohlsuppe.....	156
Der Berichterstatter.....	156
„Des Thoren Urteil wirst du hören ...“ .....	157
Verschwörung.....	158
<b>Arbeiterpolitik 11/1917 .....</b>	<b>159</b>
Noch sind nicht alle Märze vorüber. ....	159
Das altmodische Gespenst. ....	159
Brot und Freiheit.....	160
Demokratie und Sozialismus. ....	160
Kapitalistischer Feudalismus und Demokratie. ....	161
Partei und Bewegung. ....	162
Lensch – Erdmann – Borchardt. ....	164
Aus unserm politischen Tagebuch. ....	168
Feuilleton .....	170
Das Lied des Falken. ....	170
Zeugen und Rufer. ....	173
<b>Arbeiterpolitik 12/1917 .....</b>	<b>174</b>
Die Revolution in Russland. ....	174
Die Lage der russischen Arbeiterschaft. ....	176
Gewerkschaftsprobleme.....	180
Die Gewerkschaften nach dem Kriege. ....	180
Die Weiterentwicklung der alten Gewerkschaften. ....	181
Unsere Parole.....	182
Die neuen Formen der gewerkschaftlichen Organisationen. ....	183
Imperialistische oder Klassenpolitik.....	184
Ein holländischer Kohlentrust.....	184

Reformistische Quacksalbereien.....	185
<b>Arbeiterpolitik 13/1917 .....</b>	<b>187</b>
Die Konferenz der Arbeitsgemeinschaft.....	187
Die Triebkräfte der russischen Revolution. ....	187
1. Die Soldatenrevolution. ....	187
Bagdad. ....	189
Das Zentrum der Partei und die Kriegsfragen.....	191
3. „Jeder besondere Fall nach seinen besonderen Merkmalen“.....	191
Erklärung.....	195
Feuilleton .....	196
Der hessische Landbote.....	196
Zeugen und Rufer.....	199
<b>Arbeiterpolitik 14/1917 .....</b>	<b>201</b>
Bürgschaften.....	201
Die Triebkräfte der russischen Revolution .....	203
2. Die imperialistischen Revolutionäre.....	203
Das neue Volk.....	204
Die Opposition in der „American Socialist Party“.....	207
Der Einzige.....	210
Feuilleton .....	211
Der hessische Landbote.....	211
Zeugen und Rufer.....	214
<b>Arbeiterpolitik 15/1917 .....</b>	<b>215</b>
Das Kompromiss von Gotha.....	215
Die Triebkräfte der russischen Revolution .....	219
3. Die Rolle der Arbeiterklasse.....	219
4. Die Taktik der Arbeiterklasse.....	221
Demokratie in den Genossenschaften.....	222
Zu Karl Erdmann's Buch über England und die Sozialdemokratie.....	224
Feuilleton .....	227
Das letzte Lied des alten Spielmanns.....	227
Die Stimmen der Völker.....	228
<b>Arbeiterpolitik 16/1917 .....</b>	<b>230</b>
Die Konsequenz von Gotha.....	230
Die Triebkräfte der russischen Revolution.....	232
5. Der Kampf um den Frieden.....	232
Demokratie in den Genossenschaften.....	235
Die Sozialdemokratie Schwedens gespalten.....	237
Eine neue Partei im Werden.....	237
Aus unserm politischen Tagebuch.....	238
Feuilleton .....	240

Völkerfrühling .....	240
Zeugen und Rufer. ....	242
Springer. ....	242
<b>Arbeiterpolitik 17/1917 .....</b>	<b>244</b>
Die deutsche Reformation.....	244
Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung. ....	246
5. Zur Naturgeschichte des Sozialpatriotismus.....	246
Bildungsprobleme. ....	250
Aus unserm politischen Tagebuch. ....	252
Der Strömung entgegen. ....	253
<b>Arbeiterpolitik 18/1917 .....</b>	<b>255</b>
Aufruf! .....	255
Der Sozialismus als Ware. ....	255
Demokratie.....	260
Die Triebkräfte der russischen Revolution. ....	262
7. Die Haltung der Bolschewiks. ....	262
Die Ziele und Methoden der proletarischen Bildungsarbeit .....	264
1. Die bisherige Bildungsarbeit .....	264
2. Die Grenzen der Bildungsarbeit. ....	264
Feuilleton .....	266
Der letzte Krieg. ....	266
Aufruf! .....	267
Sprüche. ....	267
<b>Arbeiterpolitik 19/1917 .....</b>	<b>269</b>
Der Sozialismus als Ware. ....	269
Die Ziele und Methoden der proletarischen Bildungsarbeit. ....	272
3. Methodologische Fehler der bisherigen Bildungsarbeit. ....	272
4. Die Aufgaben der Bildungsarbeit. ....	273
Die Rolle der Persönlichkeit und der Ethik im proletarischen Klassenkampf. ....	275
<b>Arbeiterpolitik 20/1917 .....</b>	<b>280</b>
Die zweite Etappe der russischen Revolution. ....	280
Die erste Probe aufs Exempel. ....	282
Keine selbständige Aktion. ....	285
Die ersten Schritte der Unabhängigen. ....	288
Der Sozialismus als Ware. ....	290
Partei und Klassenkampf. ....	291
<b>Arbeiterpolitik 21/1917 .....</b>	<b>293</b>
Die russische Revolution und die Internationale. ....	293
Die Ursachen der Teuerung .....	294
Zur Gothaer Allianz. ....	297
Die Rolle der Persönlichkeit und der Ethik im proletarischen Klassenkampf. ....	298



Aus unserm politischen Tagebuch. ....	302
Feuilleton .....	304
Eine Rechtfertigung.....	304
<b>Arbeiterpolitik 22/1917 .....</b>	<b>308</b>
Stockholm .....	308
Die „Selbständigkeit“ der Gruppe Internationale. ....	310
Die Grundlegung einer neuen Arbeiterorganisation. ....	312
Nur aus Diplomatie. ....	314
Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung. ....	316
Die russische Revolution und das polnische Problem. ....	316
Feuilleton .....	318
Eine Rechtfertigung. (Schluss) .....	318
Der Rat der Narren. ....	320
Lesefrüchte. ....	322
Aphorismen. ....	322
<b>Arbeiterpolitik 23/1917 .....</b>	<b>323</b>
Über die Bedeutung einer linksradikalen Partei.....	323
Stockholm-Illusionen. ....	325
Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung. ....	327
Die russische Revolution und die polnische Frage. ....	327
Zur Frage des Parlamentarismus.....	330
Die Gefährlichkeit des gewerbsmäßigen Parlamentarismus.....	330
Erklärung.....	331
Feuilleton .....	333
Verbrechen und Todesstrafe. ....	333
Jacta alea est! .....	336
<b>Arbeiterpolitik 24/1917 .....</b>	<b>338</b>
Von der Reichsbühne. ....	338
Das erste Vierteljahr der russischen Revolution. ....	341
Der Gegner als Lehrmeister .....	344
Zur Frage des Parlamentarismus.....	347
Sozialdemokratie und Parlamentarismus.....	347
Eine Richtigstellung.....	347
Aus unserm politischen Tagebuch. ....	348
Feuilleton .....	350
Schulgeschichten. ....	350
<b>Arbeiterpolitik 25/1918 .....</b>	<b>353</b>
Die Verteidigung.....	353
Parteisplaltung und Klassenkampf:.....	357
Parvus, der Versöhner.....	360
Die Bilanz des Krieges. – Die Sozialpatrioten und die russische Revolution. ....	360

Aus unserm politischen Tagebuch. ....	362
Feuilleton .....	363
Edda. ....	363
Zuruf. ....	367
<b>Arbeiterpolitik 26/1917 .....</b>	<b>369</b>
Der Friede ohne Annexionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen.....	369
„Die Anarchie in Russland“ .....	371
Was ist Staatssozialismus?.....	372
Aus unserm politischen Tagebuch. ....	377
Feuilleton .....	378
Ums Menschentum. ....	378

Arbeiterpolitik 1/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 6. Januar 1917.

Nr. 1

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Helfershelfer.

Hales hat hier im Föderalrat großen Skandal geschlagen, Marx ein Tadelsvotum angehängt, wie er sagte, die englischen Arbeiterführer wären verkauft, aber eine hiesige englische und eine irische Sektion haben bereits protestiert und geben Marx recht.

Engels an Sorge, am 21. Sept. 1872 (Sorge-Briefwechsel, S. 62.)

Ich könnte nicht unter den Mitarbeitern eines Blattes bleiben, die sich zum Anpreisen jener deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Dunkerschen) hergeben, die nur mit den schlimmsten englischen vergleichbar sind, die sich von Männern leiten lassen, die an die Bourgeoisie verkauft sind oder zum mindesten von ihr bezahlt werden.

Mitteilung von Fr. Engels an Karl Marx (11. August 1881) über eine Antwort, die er Shipton, dem Redakteur des Gewerkschaftsblattes Labour Standard, erteilt hat. (Briefwechsel Bd. 4, S. 482)

Drei Führer der englischen Gewerkschaften wurden zu Ministern im Kriegskabinet des Herrn Lloyd George ernannt, der Herrn Asquith als einen zu schlappen Imperialisten ausschiffte. Drei weitere wurden zu Unterstaatssekretären ernannt. Was ist das? „Sozialimperialismus!“ antwortet im „Vorwärts“ Herr M. Beer, der frühere glühende Verehrer Lloyd Georges und Englands überhaupt und der jetzige Sachverständige der Internationalen Korrespondenz Baumeisters in englischen Angelegenheiten. Bisher erklärten die Stampfer und Austerlitz die Bezeichnung „Sozialimperialismus“ als ein politisch vollkommen sinnloses Schimpfwort. Jetzt hat es mit einem Male einen sehr konkreten Inhalt bekommen. Der Sozialimperialismus zeigt sich als diejenige Politik, für die Arbeiterklasse durch Unterstützung des Imperialismus Zugeständnisse zu erlangen. Herr Lloyd George hat den Führern der englischen Gewerkschaften Plätze im Kabinet eingeräumt; er sagte ihnen einen

Sitz im Friedenskongress zu; er bildet ein Amt für Arbeiterangelegenheiten, das von ihnen geleitet wird.

Und dafür sollen sie dem englischen Imperialismus helfen, den deutschen zu besiegen. Wie können sie dazu beitragen? Nun, sie können ihre bisherige Autorität als Arbeiterführer dazu gebrauchen, um den Arbeitern den Raubkrieg Englands als eine gerechte Sache darzustellen, die auch in ihrem Interesse gelegen ist; sie können sie überreden, möglichst eifrig Munition zu fabrizieren, ohne Klagen, das Kriegselend zu ertragen und sich im Felde möglichst tapfer zu schlagen: kurz, sie können in ihnen den Willen zum Durchhalten stärken. Die Arbeiterführer werden so zu Agenten der Regierung. Dafür wird ihnen jetzt versprochen, dass nach einem Siege über Deutschland, wenn die deutsche Konkurrenz vom Weltmarkt verschwindet, wenn England noch weiterhin Teile der Welt erobert, dass dann das Kapital den Arbeitern höheren Lohn und überhaupt bessere Lebensbedingungen geben werde.

Das ist nun allerdings gröblichste Flunkerei. Denn erstens ist Deutschland durchaus nicht der einzige Konkurrent Englands, und zweitens kann bei der Verflechtung der kapitalistischen Staaten der Ruin des einen keinesfalls den Wohlstand des anderen verursachen. Es ist überdies eine Flunkerei, weil selbst bei größten Profiten die Kapitalisten Englands den Arbeitern ohne gehörigen Druck der Massen keine Zugeständnisse machen würden. Aber darum handelt es sich auch gar nicht, sondern um den Willen der englischen Gewerkschaftsführer, durch Lakaiendienste Brocken vom Tische der englischen imperialistischen d. h. weltausbeutenden Bourgeoisie zu erhaschen.

Diese Politik gefällt dem „Vorwärts“, wie aus dem Artikel Beers zu ersehen ist, keineswegs, sonst würde er zu ihrer Bezeichnung sich keine Entlehnung aus dem zehnmal verhassten linksradikalen Lexikon geleistet haben. Und sie ist in der Tat eine Politik, die man nicht nur vom Standpunkt des Sozialismus, sondern selbst der einfachsten Brotinteressen des Proletariats nur als Verrat charakterisieren kann. Diese Politik der englischen Gewerkschaftsführer hat es dem Imperialismus ermöglicht, Millionen von Arbeitern in den Schlund des Weltkrieges zu werfen, die Daheimgebliebenen in Arbeitssklaven zu verwandeln. Die erste Tat der Arbeitervertreter in der englischen Regierung bestand in der Niederknüppelung des Streiks der Kesselflicker in Liverpool. Herr Hodge, der zum Minister ernannte „Arbeiterführer“, ließ den Streikenden gnädigst erklären, er werde sie empfangen, aber erst müssten sie die Arbeit wieder aufnehmen. Als die Streikenden mit einem energischen goddam auf dieses Gehaben ihres „Vertreters“ antworteten, ließ er die Maske des Arbeitervertreter fallen und im Nu zeigte sich den Arbeitern die wütende Fratze des Agenten der imperialistischen Regierung, der sie mit Gefängnis oder Verschickung an die Front bedrohte, falls sie sich seinem Willen nicht fügten. Der Sozialimperialismus führt nicht zur wirklichen Teilnahme der Arbeiter an der kapitalistischen Regierung, zur wirksamen Beeinflussung dieser Regierung im Interesse der Arbeiterklasse, sondern zur Leitung der Arbeiterklasse durch die Arbeiterführer, die sich an die imperialistische Bourgeoisie für klingende Münze verkauft haben oder mindestens von ihr bezahlt werden.

Es stimmt schon: die Herren Henderson & Co. sind Agenten der englischen Regierung und ihre Aufgabe ist die Niederhaltung der Arbeiterklasse. Dass sie gleichzeitig Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Büros sind, kommt ihnen bei ihrem Handwerk zwar noch besonders zu statten, ändert aber sonst an der Sache nicht das geringste.

Am 12. Dezember 1916, an demselben Tage, an dem der Reichskanzler das Friedensangebot der Zentralmächte verkündete, versammelte sich in Berlin ein Kongress von 700 Gewerkschaftsvertretern. Die Mehrzahl bildeten die Vertreter der einst „freien“ Gewerkschaften. Daneben aber saßen die Vertreter derselben Hirsch-Dunkerschen

Gewerkschaften, die Altmeister Engels im Jahre 1881 in der an der Spitze unseres Artikels angeführten Weise charakterisierte. Und mit ihnen zusammen saßen die christlichen Gewerkschaften, die erst ein Jahr vor dem Kriege die streikenden Bergarbeiter Rheinlands-Westfalens an die Kohlenmagnaten fesseln halfen. Und eitel Friede herrschte zwischen all diesen „Vertretern“ der Arbeiterklasse. „Zum ersten Male hat die Gesamtheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands auf einer gemeinsamen Tagung ihre Stimme erhoben. Was vor dem Kriege niemand auch nur in Gedanken erhoffen konnte: am 12. Dezember 1916 ist es zur lebendigen Tat geworden, geboren in der gemeinsamen Kriegsnot des ganzen Volkes. Alle Gruppen der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten, die eine selbständige, vom Unternehmertum unabhängige Vertretung ihrer Interessen wollen, haben rund 700 ihrer Vertrauensleute nach Berlin entsandt, um über die Durchführung des Dienstpflichtgesetzes zu beraten, um ihre Entschlossenheit zu bekunden, durch tatkräftige Arbeit in der Heimat ihren Söhnen und Brüdern an der Front beizustehen“. So schreibt triumphierend Herr Wilhelm Janson in der „Glocke“, ohne zu ahnen, dass er damit zum Sturm gegen die „freien“ Gewerkschaften läutet.

Diesen Kongress begrüßte aufs herzlichste Herr Helfferich, vor dem Kriege Direktor der Deutschen Bank, die die Gewerkschaften zu boykottieren sich genötigt sah, weil sie sich durch besondere Angestelltenfeindlichkeit auszeichneten, während des Krieges Vizekanzler und von einem Geiste beseelt, dass ihn selbst Legien im Reichstag noch am 2. Dezember vorigen Jahres den „bösen Geist“ des Reichsamts des Innern nannte; derselbe Helfferich, der erklärte, eher das „Vaterländische Hilfsgesetz“ im Reichstag scheitern lassen zu wollen, als den Eisenbahnern das Recht zu geben, durch Ausschüsse auf ihre Lohnverhältnisse einwirken zu können. Und dieser Herr hielt eine schwungvolle Rede an die Gewerkschafter, forderte sie auf, mit voller Energie bei der Durchführung des „Vaterländischen Gesetzes“ mitzuwirken. Ihn unterstützte General Gröner, der Leiter des Kriegsamt, der sich mit den Gewerkschaftern in gemeinsamer Vaterlandsliebe verbunden erklärte, was bei den so Geehrten Stürme des Enthusiasmus hervorrief. Und dieser Bund zwischen den Vertretern der Gewerkschaften aller Richtungen, der hohen Bürokratie und den Vertretern des Generalstabes, der Bund, dem die ganze kapitalistische Presse ihren heißen Segen gab, wurde einerseits durch eine einstimmig angenommene Resolution<sup>1</sup>, andererseits durch die Berufung Schlickes, des Vorsitzenden der größten deutschen Gewerkschaft, in das Kriegsamt. [?] Herr Schlicke wurde von der deutschen Regierung mit der Leitung der Arbeiterabteilung im Kriegsamt betraut, bedang sich aber die Wahl seiner Mitarbeiter aus. Hunderte von Gewerkschaftsführern werden so von Schlickes Gnaden besoldete Beamte im Kriegsamt und seinen lokalen Abteilungen.

---

<sup>1</sup> Die am 12. Dezember in den „Germaniasälen“ zu Berlin versammelten Vertreter von rund vier Millionen organisierten Arbeitern und Angestellten erklären, an der Durchführung des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst nach Kräften mitarbeiten zu wollen.

Die durch die Organisationen der Arbeiter und Angestellten vertretenen Volksschichten sind bereit, einig und geschlossen alle Kraft in den Dienst unseres Landes zu stellen, damit die Vernichtungspläne der Gegner Deutschlands erfolglos bleiben.

Von der Reichsregierung und dem Kriegsamt erwarten die Versammelten weitgehende Förderung der berechtigten Bestrebungen der Arbeiter und Angestellten auf Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie die Sicherung des Koalitionsrechts. Sie fordern eine schärfere Bekämpfung des Lebensmittelwuchers und eine bessere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, damit die arbeitende Bevölkerung die an sie gestellten Anforderungen erfüllen kann.

Was bedeutet das alles? Wer hat die Delegierten zu diesem eigenartigen Gewerkschaftskongress gewählt? Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter? Mit Nichten! Das Hilfsgesetz wurde so schnell erledigt, dass nur vereinzelte Gewerkschaftssektionen Stellung zu ihm nehmen konnten. So die Berliner Metallarbeiter, deren Versammlung – es waren 1000 Vertrauensmänner anwesend – die Ablehnung des Gesetzes forderte. Von einer Wahl der „Vertreter“ zum Kongress war keine Rede. Sie wurden kurzerhand von der Gewerkschaftsbureaucratie ernannt. Und man konnte darauf wetten, dass unter den 700 Teilnehmern des Kongresses kein einziger Arbeiter, der jetzt in einer Fabrik arbeitet, zu finden war. Und welche Aufgabe übernahmen die Gewerkschaftsbeamten? Der Regierung zu helfen, das Gesetz durchzuführen, das den Interessen des Krieges und des Imperialismus dienen soll. Ein Teil dieser Gewerkschaftsbeamten übernimmt direkt Beamtenposten im Dienste des Imperialismus.

Wie die englischen, so erklären auch die deutschen Gewerkschaftsbeamten, durch ihr Zusammenarbeiten mit der Regierung die Interessen der Arbeiter vertreten zu wollen. Nun genügt es zu fragen, ob die Regierung die Schlickes auch nur einen Tag dulden würde, wenn sie durch Kampf die Interessen der Arbeiter zu vertreten suchen würden. Davon kann keine Rede sein; denn das Hilfsgesetz wurde gerade zu dem Zwecke geschaffen, um Kämpfe zu vermeiden. Die Gewerkschaftsführer vertreten nicht die Interessen der Arbeiter vor der Regierung, sondern umgekehrt: die Politik der Regierung vor den Arbeitern. Sie sind die ihrer Aufgabe sich voll bewussten Stützen und Helfer der Regierung. Um das zu beweisen, braucht man sich nicht einmal darauf zu berufen, dass der Sozialpatriot Dr. August Müller, der Führer der Konsumgenossenschaften, als er von der Regierung ins Lebensmittelamt berufen wurde, seine Tätigkeit im Dienste der Regierung damit begann, dass er in den „Sozialistischen Monatsheften“ die Agitation gegen die Teuerung bekämpfte. Es genügt, darauf hinzuweisen, dass die Gewerkschaften während des Krieges keine Streikagitation, sondern eine sehr heftige Agitation gegen die Streiks geführt haben. Es genügt, auf die lobende Anerkennung hinzuweisen, die den „freien“ Gewerkschaften wegen ihres vaterländischen Verhaltens von Seiten aller bürgerlichen Parteien gezollt wurde.

Und wie erklären die Gewerkschaftler das Ziel des Hilfsgesetzes? Sie wollen Deutschland durch die Stärkung seiner Waffen zu einem Siege auf Grund der Verständigung mit England, Russland und Frankreich verhelfen, aber beileibe nicht zur Vernichtung dieser Länder beitragen. Ein Friede der Verständigung der imperialistischen Regierungen bedeutet aber nichts anderes als einen Frieden, der auf Kosten der kleinen Völker und der Kolonien geschlossen wird, ein Friede der gerechten Verteilung der imperialistischen Weltbeute. Um ihn zu ermöglichen, schließen sich alle Gewerkschaftsführer zusammen, werden sie zu Helfern der Regierungen, die ihnen dafür Zugeständnisse zusagen. Und darin unterscheiden sich die Legiens um keinen Deut von den Behrens und Hartmanns und sie alle zusammen von den Hendersons, deren Politik der „Vorwärts“ in einer schwachen Stunde Sozialimperialismus nannte.

Als Marx dieselbe Politik der englischen Tradeunions vor einem Menschenalter korrupt nannte, waren die von dieser Kritik Betroffenen sehr darüber empört. Ebenso empören sich die Bauer und Legien über die „anarchosyndikalistische“ Hetze, wenn man ihre Politik beim richtigen Namen nennt. Das darf die entschiedene Linke jedoch nicht abhalten, auch in diesem Falle auszusprechen, was ist. Solange die Arbeiter nicht wissen, wen sie in den Personen der Gewerkschaftsbeamten vor sich haben, solange sie noch glauben, diese Beamten könnten ihren Kampf leiten, solange sind sie an Händen und Füßen gefesselt, solange können sie selbst keinen Kampf führen. Es gibt keinen Klassenkampf ohne den rücksichtslosesten Kampf gegen die Bureaucratie der Arbeiterbewegung, die sich täglich und stündlich mehr als die Stütze und der Helfer der imperialistischen Regierungen entpuppt. Und es gibt keinen Sieg der

Arbeiterklasse, bis nicht zuvor ihre Organisationen von den Hendersons und Legiens, von den Thomas und Eberts gesäubert sind.

## Zur Frage der Einberufung einer Konferenz der „Entente-Sozialisten“.

Eine Erklärung des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands.

Das Zentralkomitee der S.D.A.P.R. hat den Vorschlag der französischen Sozialchauvinisten wegen Einberufung einer Konferenz der „Entente-Sozialisten“ (Englands, Frankreichs, Russlands, Italiens etc.) geprüft und beschlossen, *die Teilnahme an dieser Konferenz abzulehnen*.

Die Agenten der französischen Bourgeoisie, die unter dem Namen Französische Sozialistische Partei auftreten, haben schon unlängst eine „Konferenz“ der Gewerkschaften der Entente-Mächte in Leeds organisiert. Dann kam eine „Konferenz“ der Genossenschaften. Und jetzt wurde endlich der Versuch gemacht eine ebensolche „Konferenz“ der Sozialistischen Parteien zu organisieren. Kein einziger ehrlicher Sozialist wird seine Hand dazu bieten, solchen Unternehmungen, die die Arbeiterklasse irreführen sollen, seine Hülfe zu leihen.

Von wem geht die Initiative der geplanten „Konferenz“ aus? Kann man zu diesen Initiatoren irgendwelches politisches Vertrauen haben? Nein! Es sind dieselben Leute die – wie die Scheidemanns und Südekums – die Beschlüsse mit Füßen treten. Es sind dieselben Leute, die die räuberische Habgier des Zarismus, der um Konstantinopel, Galizien, Armenien Krieg führt, und die imperialistische Politik der französischen Bourgeoisie, die um den Besitz der zusammengeräuberten Kolonie ihren Krieg führt, den Arbeitern als „Vaterlandsverteidigung“, Verteidigung der „Freiheit“ und der „Kultur“ vorgaukeln. Es sind dieselben Leute, deren Führer in den reaktionär-imperialistischen Ministerien sitzen. Es sind dieselben Leute, die zur Unterdrückung der sozialistischen Opposition in ihrem Lande vor den unerhörtesten Maßregeln nicht zurückschrecken.

Diesen Leuten hat sich das Executiv-Komitee des Internationalen Sozialchauvinistischen Bureaus angeschlossen, das an den praktischen Arbeiten bei der Einberufung der Entente-Konferenz teilnehmen soll. Dasselbe Komitee, das in der Person Huysmanns unlängst den „zehnten sozialistischen Minister“, Stauning, zu seinem Eintritt in ein bürgerliches Ministerium öffentlich begrüßt hat! Dasselbe Komitee, das während des ganzen Krieges täglich ein Beispiel der unerhörtesten Pflichtvergessenheit der gesamten internationalen Arbeiterschaft gegenüber dargeboten hat!

Nein! Diese Leute verdienen ebenso wenig das Vertrauen der internationalen Sozialisten, wie die Scheidemanns, Eberts, Müllers, die jetzt den Berliner Arbeiter den „Vorwärts“ geraubt haben, um ihn dem deutschen Imperialismus zur Verfügung zu stellen.

Wir sahen während des Krieges eine „Konferenz“ der „Sozialisten der Zentralmächte“ und die erste „Konferenz“ der „Entente-Sozialisten“ in London. Auf beiden Konferenzen wurden viele Phrasen über den demokratischen Frieden, über die Interessen des Proletariats, über die Wiederherstellung der Internationale gedroschen. In der Tat wurde auf beiden Konferenzen Arbeit geleistet für die eigene Regierung, für den eigenen Imperialismus. Und selbstverständlich muss sich auf einer neuen Entente-Konferenz ganz dasselbe wiederholen.

Das ABC des Sozialismus und des Internationalismus fordert gebieterisch, dass wir eine Trennung der Sozialisten der verschiedenen Länder ablehnen und nicht dasjenige Merkmal, das für die Regierungssozialisten entscheidend ist, anerkennen. Wir wollen keine Einteilung in „Entente-Sozialisten“ und „Sozialisten der Zentralmächte“ anerkennen. Wir sind Sozialisten-Internationalisten. Die deutschen Klassenkämpfer sind unsere Brüder; aber der russische Sozialchauvinist Plechanow und der französische Sozialchauvinist Renaudel sind unsere Klassengegner. Die deutsch-österreichischen Sozialchauvinisten behaupten, sie unterstützen den Plan eines „mitteleuropäischen“ Staatenverbandes, weil aus „Mitteleuropa“ ein freier demokratischer Verband ganz Europas hervorzunehmen wird. Die anglo-französischen Sozialchauvinisten behaupten, sie organisieren separate Entente-Konferenzen, weil aus diesen eine neue Arbeiter-Internationale, die die Proletarier aller Länder umfassen würde, entstehen wird. Beiden Behauptungen mangelt es an Wahrheit.

Vor Zimmerwald war es vielleicht noch möglich, an einer solchen Konferenz teilzunehmen, um dort die Sozialchauvinistischen zu geißeln. Wir machten diesen Versuch im Januar 1915. Unser Vertreter, Genosse Maximowitsch, erschien in London, um den Herrn die Wahrheit ins Gesicht zu schleudern. Aber schon am Anfang seiner Rede, als er erklärte, diejenigen Sozialisten, die die „Vaterlandsverteidigung“ in diesem Kriege anerkennen, seien Verräter, hatte ihm der Vorsitzende, Vandervelde, das Wort entzogen. Die Herrschaften konnten die Wahrheit nicht vertragen.

Jetzt wäre die Teilnahme an einer solchen Separatkonferenz ein Schritt rückwärts von Zimmerwald. Schon in Kiental war keine Mehrheit zustande zu bringen, die sich für die Teilnahme an einer eventuellen Plenarversammlung des I. S. B. ausgesprochen hätte. Umso weniger können die Zimmerwaldisten an einer Separatkonferenz einer der sozialchauvinistischen Koalitionen teilnehmen. Als die italienische Konfederation der Gewerkschaften die Teilnahme an der sozialchauvinistischen Konferenz zu Leeds ablehnte, haben sämtliche Internationalisten das verstanden und begrüßt. Umso unverständlicher ist uns jetzt der Beschluss der italienischen Sozialistischen Partei, die an Zimmerwald angeschlossen ist, an der Entente-Konferenz teilzunehmen. Alle Kalkulationen auf eine Zimmerwalder Mehrheit an dieser Separatkonferenz sind unbegründet. Die Teilnahme der Zimmerwaldisten an einer solchen Separatkonferenz kann der Zimmerwalder Vereinigung nur Schaden bringen.

Der Plan einer separaten Entente-Konferenz stammt nicht nur von der französischen „Mehrheit“, sondern auch von den Anhängern Longuets. Letztere bilden eine „Opposition Seiner Majestät“, in allen wichtigen Fragen unterstützen sie die Herren Sembat, Renaudel und Thomas. Vermittels einer „internationalen“ Separatkonferenz will man die steigende Opposition der Arbeiter einschläfern. Man will ihnen einreden, dass auf diesem Wege die Wiederherstellung der Internationale am ehesten zustande komme. Vom Steigen der Opposition in Frankreich zeugt die letzte Broschüre des „Komitees zur Wiederherstellung der internationalen Beziehungen“. Die Verfasser erklären entschieden, dass sie mit der „Opposition“ Longuet-Pressemane nicht solidarisch sind und dass die „Vaterlandsverteidigung“ (im imperialistischen Kriege) unsozialistisch sei. Die Pflicht aller Internationalisten besteht darin, die Kniffe der Sozialchauvinisten zu geißeln, nicht aber zu vertuschen.

Der internationale Sozialismus macht eine unerhört schwere Krisis durch. Der Krieg dauert an und die Krisis erreicht ihren Höhepunkt. Zu einer solchen Zeit ist es mehr als je unsere Pflicht, eine offene Sprache zu sprechen, der Arbeiterklasse unzweideutig zu erklären, dass wir mit den Verrätern am Sozialismus nicht zusammengehören, dass es keinen Gegenstand gibt, über den wir mit den Renaudels, Plechanows, Vanderveldes, oder mit den



Scheidemanns, Lenschs, Südekums, zu beraten hätten. Unsere Verbündeten, unsere Freunde sind diejenigen, die in allen Ländern den Klassenkampf führen.

Das sind die Motive, die uns zur Ablehnung der Teilnahme an der Konferenz der Entente-Sozialisten bestimmt haben.

Gleichzeitig wenden wir uns an die Internationale Sozialistische Kommission zu Bern mit dem Vorschlag: eine Kommission wenigstens derjenigen Zimmerwalder Organisationen einzuberufen, die zur Entente-Konferenz eingeladen sind, damit diese Zimmerwald-Organisationen versuchen könnten, ein gemeinsames Auftreten der Einladung gegenüber auszuarbeiten.

Das Zentralkomitee der S.A.P. Russlands.

Seeger

## Die Beitragssperre und ihre Probleme.

### Das Parteivermögen.

Eine besonders wichtige Rolle spielt in der Debatte über die Beitragssperre die Frage des Parteivermögens. Es leuchtet ein, dass die Tausenden von Marken, die aus dem Schweiß der Arbeiter gemünzt und unter großen Opfern den Organisationen zugeführt wurden, ein zugkräftiges Mittel sind, die Beitragssperre abzulehnen, wenn die Gefahr droht, dass das Vermögen an die Sozialpatrioten verloren gehen könnte. Und das Zentrum macht von diesem Argument ausgiebig Gebrauch, um die Durchführung der Beitragssperre zu verhindern. Aber gerade die Vertreter des Parteizentrums hätten am wenigstens Ursache, das Gespenst des Vermögensverlustes an die Wand zu malen.

Da sie grundsätzliche Gegner der Spaltung der Partei sind, so verbleibt das Parteivermögen, sobald es in den Händen der Sozialpatrioten ist, bei denen, die dereinst wieder die Verbündeten des Zentrums sein werden; es verbleibt also dem Zentrum und seinem Anhang. Wenn die Vertreter des Parteizentrums trotzdem den Verlust des Parteivermögens als Argument gegen die Beitragssperre ins Gefecht führen, so ist das nichts als Demagogie, die allerdings schon heute erkennen lässt, dass das Zentrum in aller Zukunft nicht grundsätzlich mit den Sozialpatrioten brechen wird. Fürchtet das Zentrum schon bei der Beitragssperre den Verlust des Parteivermögens, so wird es vor einer Spaltung, die die Vermögensverhältnisse noch ganz anders durcheinanderbringen wird, erst recht zurückschrecken.

Für die Linksradiكالen ist das die ernste Mahnung, so schnell wie möglich auf die Beitragssperre hinzudrängen, um entweder von dem Vermögen zu retten, was irgend zu retten ist, oder aber, wo das nicht möglich ist, die Grundlagen neuer Vermögensverhältnisse zu schaffen, damit sie, wenn die Spaltung vollzogen ist, nicht völlig mittellos dastehen. In den meisten Fällen werden es die Sozialpatrioten verstanden haben, das Parteivermögen mit Beschlag zu belegen.

So hat der Sozialdemokratische Verein Bremen trotz aller Warnungen und Proteste der Linksradiكالen dem Geschäft der „Bremer Bürger-Zeitung“, die juristisch fest in den Händen der Sozialpatrioten lag, zinsfreie Darlehn in der Höhe von 30 000 Mark überlassen. Obgleich der Betrag von den Treuhändern des Vereins sofort gekündigt worden ist, bleibt es fraglich, ob das Geschäft in der Lage sein wird, am Kündigungstermin die Summe auszuzahlen. Eine

weitere Summe in Höhe von über 28 000 Mark ist als Spareinlage unter dem Namen des früheren Parteisekretärs bei der Konsumgenossenschaft „Vorwärts“ hinterlegt. Da die Nachfolger des Sekretärs es versäumten, das Sparbuch auf ihren Namen übertragen zu lassen, sperrt die Konsumgenossenschaft jetzt dem Verein das Geld, da Wellmann Protest gegen die Auszahlung einlegt.

Geriebene Geschäftsdiplomaten, die sie sind, kennen die sozialpatriotischen Bürokraten alle Schliche und Wege, die ihnen das bürgerliche Recht bietet, um das Parteivermögen an sich zu reißen. Und wo sie selbst nicht schlau genug sind, um das Geld in Sicherheit zu bringen, da werden sie den Rechtsbeistand der Juristen zu Hilfe nehmen. In „normalen“ Zeiten auf Treu und Glauben aufgebaut, zerreißen die Sozialpatrioten jetzt skrupellos das Vertrauensverhältnis zwischen sich und den Arbeitern, setzen sie an Stelle des Vertrauens die kalten juristischen Formen des bürgerlichen Rechts, die ihnen in den meisten Fällen Schutz und Schirm in der Verfolgung ihrer Ziele sein wird. So rächt sich das blinde Vertrauen, das die Arbeiter ihren Führern entgegenbrachten.

Alle diese Verhältnisse gilt es den Arbeitern unausgesetzt klarzumachen, ihnen zu raten, dass sie überall, wo sie nur irgend die Möglichkeit dazu haben, die sozialpatriotischen Führer und ihre zentrierte Gefolgschaft von den Posten der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie entfernen. Den Kampf in vollem Umfange in die Gewerkschaften und Genossenschaften hineingetragen, ehe es zu spät ist! Je eher über die Vermögensverhältnisse und ihre rechtliche Grundlage Klarheit geschaffen wird, desto besser für die Massen, die den Kampf um den Sozialismus führen müssen. Die Linksradikalen haben daher die Pflicht, überall, wo Konflikte dieser Art ausbrechen, den Rechtsweg zu beschreiten, um die Massen über die tatsächlichen Verhältnisse aufzuklären und den Boden für die neue Bewegung vorzubereiten. Gelingt es ihnen nicht, den Sozialpatrioten das Vermögen der Partei zu entreißen und es seinen ursprünglichen Eigentümern zurückzugewinnen, oder geht der größte Teil des Vermögens durch die Kosten verloren, die der durch die Sozialpatrioten ihnen aufgezwungene Rechtsweg erfordert, so ist jeder Augenblick kostbar, der für die Schaffung neuer Vermögensverhältnisse gewonnen wird, über die die Massen nunmehr selbst verfügen, soweit das im Rahmen des bürgerlichen Rechts überhaupt möglich ist.

Die Linksradikalen müssen sich mit dem Gedanken vertraut machen, dass sie das Werk der neuen Bewegung ganz von vorn beginnen müssen. Es besteht zu 99 Prozent Wahrscheinlichkeit, dass nicht die Sozialpatrioten, sondern die Linksradikalen auf dem Parteitag die Partei verlassen müssen. Warten sie bis dahin, um erst dann ihre Arbeit des Aufbaus zu beginnen, so haben sie viel kostbare Zeit unbenutzt verstreichen lassen, in der sie hätten handeln können. Das ist es auch, weshalb die Sozialpatrioten in Bremen mit so viel Schneid gegen die sozialdemokratische Organisation vorgegangen sind. Sie wussten, dass die Linksradikalen, wo sie Beitragssperre durchführen, sofort auf ihre eigene Kraft angewiesen sind, dass für die Linksradikalen in diesem Augenblick das Werk des Aufbaus beginnt. Deshalb haben sie rechtzeitig von den Organisationen beschlagnahmt, was sie irgend erlangen konnten, deshalb haben sie durch fortgesetztes Anpumpen die Kasse des Vereins zu schwächen versucht, deshalb sperrt der frühere Parteisekretär dem Verein das Vermögen, obgleich er seit Monaten nicht mehr der „Treuhand“ des Vereins ist, deshalb strangulierten sie die „Bremer Bürger-Zeitung“, deshalb warfen sie den linksradikalen Redakteur des Blattes hinaus. Alles, weil sie durch dieses schneidige Vorgehen in einem Falle, der ihnen eine Reihe günstiger Positionen bot, andere Organisationen von der Beitragssperre abschrecken wollten. In Bremen hatten sie in der Tat ein Interesse an der Durchführung der Beitragssperre, aber nur, weil sie durch diesen „Erfolg“ ein warnendes Exempel zu statuieren hofften. Ihre Taktik muss es sein, die Linksradikalen möglichst lange an sich zu fesseln, um das selbstständige Vorgehen derselben so weit wie nur möglich hinauszuschieben, damit die Linksradikalen bei

der Spaltung, von deren Notwendigkeit sie ebenso überzeugt sind wie wir, möglichst wenig Vorarbeit geleistet haben und so zur Ohnmacht verdammt sind. Gerade dieser Umstand wird dann die Zentrumsleute noch ängstlicher machen und so werden sich die Sozialpatrioten eine Mehrheit gegen die Linksradiكالen zu sichern versuchen.

Nur der schärfste Kampf gegen die Sozialpatrioten und ihre zentristischen Helfershelfer kann die Pläne der Ebert & Co vereiteln. Jede Minute, die die Arbeiter verlieren, ist für die Rechte und das Zentrum gewonnen. Und eben hierin erweist sich das Parteizentrum als wirksame Stütze des Sozialpatriotismus, dass es die Massen von der Beitragssperre zurückzuhalten sucht, um so die Selbsthilfe und Selbstorientierung der Linksradiكالen hinauszuschieben, wenn nicht zu vereiteln. Es bereitet den Sozialpatrioten den Boden, indem es für sie Zeit zu gewinnen sucht. Das ist der ungeheure Frevel, den das Zentrum an den Massen begeht, dass es durch seine Verwirrungs- und Zaudertaktik die Entwicklung des Linksradiكالismus hemmt und dadurch dem Sozialpatriotismus Zeit verschafft, seine Felder zu bestellen.

Die Linksradiكالen müssen von den Organisationen und dem Parteivermögen zu retten suchen, was irgend zu retten ist. Müssen sie trotzdem mit leeren Händen heimkehren, so trifft die Schuld hierfür in erster Linie das Parteizentrum, das durch seine Politik den grundsätzlichen Kampf gegen die Sozialpatrioten erschwert hat, das in den Köpfen der Arbeiter die Auffassung nährte, als sei die Einheit der Partei trotz allem noch möglich. Es zeigt sich aber im Kampfe um die Beitragssperre, wie irrtümlich die Auffassung einiger unserer Freunde war, die Partei vorzeitig zu verlassen, nachdem noch längst nicht alle Möglichkeiten des Kampfes in ihrem Rahmen erschöpft sind. Nicht austreten, sondern umgekehrt: alle Posten, soweit es möglich ist, besetzen; durch massalen Druck in den Versammlungen das moralische Prestige der Sozialpatrioten und des Zentrums schwächen, so die Kampfkraft der Linksradiكالen erhöhen; durch Massenabbestellungen die sozialpatriotische Presse vernichten helfen; durch die erhöhte Mitgliederzahl die Leistungsfähigkeit der Organisationen stärken. So wird man kampffähig; der sporadische Austritt schwächt, demoralisiert. Darum müssen dort, wo die Beitragssperre durchgeführt ist und wo noch um sie gekämpft wird, die ausgetretenen Arbeiter und Arbeiterinnen unverzüglich den Organisationen wieder beitreten. Nichts ist aber so sehr geeignet, das Interesse der Arbeiter an den Organisationen wieder zu stärken und in ihnen Kampflust zu wecken, wie ein so reales Objekt des Kampfes, wie es in der Beitragssperre gegeben ist.

Aber selbst, wenn von den alten Organisationen und dem Parteivermögen nichts mehr zu retten wäre, wenn alles den Sozialpatrioten und dem Zentrum anheimfiele, dürften sich die Linksradiكالen und die hinter ihnen stehenden Massen nicht schrecken lassen, den Weg des Kampfes konsequent fortzusetzen; dann beginnt für sie das Werk des Sammels und Organisierens, des Aufbauens und Kämpfens von neuem, mit frischen Kräften, bereichert um die Erfahrungen, die zwar bitter genug sein mögen, die zu erwerben aber kein Opfer zu groß ist.

Das ist die Aufgabe, die den Linksradiكالen schon jetzt, inmitten des Weltkrieges, erwächst. Je gründlicher sie diese Arbeit leisten, desto bessere Arbeit leisten sie für die neue Bewegung, desto gründlicher erfüllen sie auch ihre Pflicht gegenüber den im Felde stehenden Genossen, desto fruchtbarer ist schließlich das Ergebnis in ideeller wie in materieller Hinsicht.

# Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung.

Von M. Bronski.

## 3. Die Entstehung des kapitalistischen Polens.

„Aus den eigenartigen naturalwirtschaftlichen, feudalanarchischen Zuständen der Adelsrepublik, die wir in dem Polen des 18. Jahrhunderts vorfinden, geriet es durch Teilungen unter ein Regime des aufgeklärten Absolutismus und unter die zentralistisch-bureaukratische Administration von Preußen, Österreich und Russland“. So wird von R. Luxemburg kurz die historisch-politische Situation Polens nach den Teilungen charakterisiert. Durch dieses Hineindrücken der Teile Polens in die Wirtschaften der einzelnen annektierenden Staaten wurde das Wirtschaftsleben der betreffenden polnischen Teile den Tendenzen der Gesamtwirtschaft untergeordnet. Früher oder später musste die Wirtschaft der einzelnen polnischen Gebietsteile der Entwicklungseinrichtung der Gesamtwirtschaft sich anpassen. Dies brauchte nicht das Resultat einer bewussten Politik der betreffenden herrschenden Staaten zu sein, es wurde ein Resultat der kapitalistischen Entwicklung, in deren Interessen eben diese Teilung politisch vorgenommen wurde. Freilich, diese Assimilierung der polnischen Wirtschaft mit der des umliegenden annektierenden Staates ging nicht ohne weiteres vor sich. Die wirtschaftlichen Verhältnisse vor etwa 120 Jahren waren ganz andere als heute. Vor allem war das Wirtschaftsleben nicht so einheitlich, und das Wirtschaftsgebiet jedes einzelnen Landes nicht so eng zusammengeschlossen, dass es dem neu hinzutretenden Teile nicht möglich war, noch eine eigene wirtschaftliche Physiognomie zu behalten und sich den umliegenden Verhältnissen langsam anzupassen. Nun waren aber zwischen den einzelnen annektierenden Staaten große Unterschiede in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungstiefe. Vor allem zwischen Russland einerseits und Österreich und Preußen andererseits. Wenn Österreich und Preußen im Vergleich mit Polen einen historischen Fortschritt repräsentierte – der „aufgeklärte“ Absolutismus besonders Österreichs war in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bestrebt, die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft schonungslos zu schaffen, so bedeutete die Einverleibung des polnischen Gebietes in das russische keinen Übergang zur höheren Produktionsweise.

Nicht kapitalistischer Expansionsdrang war es, der Russland zum Herrn über das polnische Land machte, sondern feudal-kapitalistische Konkurrenz, Russland als Agrarstaat konnte keine wirtschaftliche Konzentrationsmacht ausüben. Im Gegenteil, Russland war es, das zuerst die Tendenz des wirtschaftlichen Separatismus zeigte, und gerade die mehr oder weniger selbständige Regierung Kongress-Polens führte eine energische Politik zum Anschluss an Russland, und zwar war diese Politik wirtschaftlich eine ausgesprochen merkantilistische, eine durch und durch industriefreundliche, die der Politik des „aufgeklärten“ Absolutismus Österreichs oder Preußens in ihren eigenen Ländern völlig ebenbürtig war.

Man darf eben nicht vergessen, dass das Land sei ein paar Jahrzehnten eine schwere Krisenzeit durchgemacht hat. Besonders dieser Teil Polens, der zuerst 1807 als Großherzogtum Warschau und später, 1815, vom Wiener Kongress erweitert, als Königreich Polen dem russischen Zaren übergeben worden war – machte eine vollständige wirtschaftliche Wandlung durch. Schon dass Napoleon der Gründer des Herzogtums Warschau war, sagt viel. Als Vertreter des republikanischen Frankreichs war er den feudalen Überresten wenig günstig gesinnt. Er brachte französische Gesetzgebung nach Polen, das dem Boden der modernen kapitalistischen Verhältnisse entsprungene Code Napoleon wurde Polen

oktroziert. Er schaffte die Leibeigenschaft ab, indem er den Bauer nicht nur von seinem Herrn frei machte, sondern auch von seinen Bauerngrund. Er machte ihn zum vogelfreien Proletarier, und dem Artigen [Adligen?] gab er die Möglichkeit, ein kapitalistischer Agrarproduzent zu werden. Einstweilen war seine „Bauernbefreiung“ unverschämte Expropriierung des bäuerlichen Besitzes und eine Krönung der jahrhundertlangen Ausbeutung der Bauern seitens des Adels. Dabei konnte der Adel die freie Arbeitskraft ebenso wenig ausgiebig benützen wie der freigewordene Bauer seine „Freiheit“. Es war eine Zeit der ungeheuren wirtschaftlichen Krise, die durch Aufstände, Kriege, Kontinentalsperre und preußische Zollpolitik verursacht wurde. Der adlige Grundbesitz ist zugrunde gegangen, und büßte seine wirtschaftliche Hegemonie ein. Das blieb nicht ohne Einfluss auf die wirtschaftlich Entwicklung Kongress-Polens. Um den neugegründeten Staat finanziell zu erhalten, war es notwendig, neue Einnahmequellen für den Fiskus und neue Gebiete ökonomischer Tätigkeit dem Lande zu erschließen. Dies war nur dann möglich, wenn man die Industrie im Lande einpflanzte.

Der bedeutendste Staatsmann Polens jener Zeit, Fürst Lubetzki, der von Anfang an im Gegensatz zu den politischen und wirtschaftlichen Ansichten des polnischen Adels stand, war sich bewusst, dass Polen nur durch Erweiterung der industriellen Tätigkeit aufrechterhalten werden konnte. In der Industrie sah er eine Rettung auch für die einheimische Landwirtschaft, indem sie ihr seine Konsumenten zuschanzt, ohne auf die Agrarpolitik der benachbarten Länder angewiesen zu sein. Am wichtigsten erschien es ihm, die enge Verbindung mit Russland zu erhalten, die einen ungeheuren Absatzmarkt für die polnische Industrie sein könnte.

In der Tat, das Jahrzehnt 1820 - 1830 ist die Entstehungsperiode der polnischen Industrie, die ad hoc von der Regierung Kongresspolens hauptsächlich auf Betreiben seines Finanzministers Lubetzki gegründet wurde. „Die Regierung - sagt R. Lesseburg [Luxemburg] in der ‚Industriellen Entwicklung Polens‘ - stellte unentgeltlich den fremden nach Polen hereingelockten Arbeitern Häuser, Baumaterial zur Verfügung, erließ den Pachtzins, gründete den sogenannten Fonds zur Errichtung von Industriegebäuden und Wohnhäusern für Industrielle. 1816 wurde den einwandernden Handwerkern die Befreiung von allen Steuern und öffentlichen Lasten für sechs Jahre zugesichert, ihre Söhne vom Militärdienst befreit... 1820 gewährte die Regierung den Einwanderern für zehn Jahre unentgeltlichen Bezug von Baumaterial aus Staatswäldern usw.“

## Aus unserm politischen Tagebuch.

5. Januar.

Wie an vielen Orten Deutschlands, so steht auch in *Rüstringen* die Opposition der Partei in heftigstem Kampfe gegen die Sozialpatrioten, und wie überall so kämpft auch hier die Opposition unter den schwierigsten äußeren Verhältnissen, während die Sozialpatrioten die Gunst der Umstände restlos für sich ausnutzen. Es wäre schlimm, wäre es anders. Nur so wird den Arbeitern klar, dass die Sozialpatrioten eine ihnen klassenfremde Schicht des Bürgertums sind. Die Rüstringer Sozialpatrioten haben den organisatorischen Apparat in Besitz: die Zeitung, die Organisationsleitungen, die Kassen. Durch ebenso schlaue wie rücksichtslose diplomatische Kniffe versuchen sie in den Versammlungen eine Mehrheit zu erlangen. Kein Mittel scheuen sie im Kampfe gegen die Opposition, keine Verdächtigung, keine Denunziation, keine noch so handgreifliche Verdrehung der Tatsachen. Beschlüsse der Opposition, die gegen den Widerspruch des Vorstandes durchgesetzt werden, lässt das „Norddeutsche Volksblatt“ nicht zur Veröffentlichung zu. Als der Vorstand in einer bestimmten Angelegenheit um Aufklärung über dieses Verhalten angegangen wurde,

erwiderte er zuerst, man habe den Genossen, der die Resolution eingebracht habe, nicht der Polizei oder dem Militär ausliefern wollen. Als aber der betreffende Genosse eine solche zarte Rücksichtnahme seitens seiner sozialpatriotischen Gegner entschieden ablehnte, erfuhr eine erstaunte Versammlung, dass die Leitung der sozialdemokratischen Partei in Rüstingen mit dem Festungskommandanten ein Abkommen getroffen habe, wonach in den Versammlungen des Wahlvereins nur geschäftliche Angelegenheiten verhandelt werden sollten! Das hinderte jedoch nicht, dass David in diesem Rahmen eine „Friedensrede“ hielt. Rein „geschäftliche Angelegenheit“ natürlich. Wir glauben's gern! Die Rüstinger Opposition arbeitet unverdrossen weiter. Sie steht auf dem Boden des Linksradikalismus. Sie weiß, dass die „günstigen“ Verhältnisse, unter denen die Sozialpatrioten arbeiten, in Wirklichkeit die Totengräber dieser Bewegung sind. Und die Wirkung, die die Verkoppelung des Sozialpatriotismus mit der Staatsgewalt ausüben muss, macht sich längst in günstigem Sinne für die Linksradikalen bemerkbar. So geht es vorwärts, im entschiedenen, grundsätzlichen Kampfe gegen die Sozialpatrioten.

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, dass die *Redaktion* und *Expedition* der „Arbeiterpolitik“ nach der *Aumunderstraße Nr. 23* verlegt worden ist. Alle Zuwendungen sind von jetzt ab an diese Adresse zu richten.

## Feuilleton

### Die Blutrache zu Weinsberg.

Aus „Der große Bauernkrieg“ von W. Zimmermann. (Forts.)

Indem drangen auch die Bauern zum oberen Tore hinein. Alle Ritter und Reisige suchten die höher gelegene Kirche und den Kirchhof zu erreichen, um sich hier noch ihres Lebens zu wehren, oder im Innern der Kirche zu retten. Auch der Graf flüchtete sich dahin. Ein Priester zeigte ihm und mehreren Rittern einen Schnecken in der Kirche, durch den sie auf den Kirchturm kommen und sich vielleicht dort noch vor ihren Feinden retten möchten. Etwa achtzehn Ritter und Knechte flüchteten sich durch den Schnecken auf den Turm.

Die Bauern stürmten den Kirchhof. Wen sie mit Waffen auf dem Platz fanden, der ward erstochen oder erschlagen. Die verschlossene Kirchtüre sprengten sie auf und erstachen hier alle die sich in dem Schiff der Kirche versteckt hatten. Einige hatten sich in der Gruft verborgen, die Bauern erbrachen die Gruft und erschlugen die Aufgefundenen. Nun entdeckten sie auch den Schnecken. Ein wildes Freudengeschrei erscholl: „Hier haben wir das ganz Nest beisammen, schlaget sie alle tot!“ Alle wollten sich zugleich hinaufdrängen. Es konnte aber hin und her nur einer um den anderen durchkommen, und dadurch, dass sie in einem auf der Treppe erstochenen Reiter das Schwert stecken ließen, wurde der Zugang auf kurze Zeit von ihnen selbst gesperrt.

Jetzt gab Dietrich von Weiler alle Hoffnung auf. Er trat auf den Kranz des Turmes und rief hinab auf den Kirchhof, sie wollten sich gefangen geben und 30 000 Gulden zahlen, wenn man sie am Leben lasse. Und wenn ihr uns, riefen die Bauern hinauf, auch eine Tonne Goldes geben wolltet, der Graf und alle Reiter müssen sterben. „Rache, Rache für das Blut unserer Brüder!“ schrien andere, und in demselben Augenblick sank Dietrich von Weiler rückwärts nieder, ein Schuss von unten hatte ihn tödlich in den Hals getroffen. Und schon stachen auch die Schwerter derjenigen Bauern nach ihm, die jetzt den Turmschnecken heraufgekommen waren. Dann warfen sie den noch Röchelnden über den Kranz auf den Kirchhof hinab. Auch andere

Ritter teilten sein Los, darunter der Forstmeister Leonhard Schmelz. Matthias Ritter stürzte ihn und zwei andere vom Turm herab. Beckerhans von Böckingen trat mit Füßen auf dem Leichnam des Forstmeisters herum unter grässlichen Flüchen. Der junge Dietrich von Weiler, des Erschlagenen Sohn, erkaufte von Beckerhans sein Leben mit acht Goldgulden, aber dieser schlug ihn dennoch, wie er sich wandte, von hinten mit der Büchse nieder.

Georg Metzler, der oberste Hauptmann der Bauern, und Andreas Remy von Zimmern, ein anderer Anführer, ritten herbei und gaben den Befehl, keinen Ritter und Reisigen mehr zu töten, sondern alle gefangen zu nehmen. So wurde Graf Helfenstein mit den anderen vom Turme herabgeführt. Im Durchführen über den Kirchhof stieß ihn ein Bauer mit der Hellebarde in die rechte Seite, auch Georg von Kaltenthal wurde am Kopfe verwundet. Die Gefangenen waren mit Stricken gebunden. Alles, Sturm, Eroberung, Gefangenschaft war das Werk einer Stunde. Um zehn Uhr morgens war alles vorüber.

Da mehr gesattelte Pferde erbeutet wurden, als den Bauern Reiter in die Hände gefallen waren, so schlossen sie nicht unrichtig daraus, dass noch manche Reisigen sich in bürgerlichen Häusern versteckt haben möchten. Unter Trommelschlag wurde sogleich bekannt gemacht, dass jeder Bürger sich in sein Haus begeben und bei Leib und Lebensstrafe die in den Häusern und Scheuern versteckt liegender Reisigen ausliefern solle. Nur wenigen gelang es, durch die Gutmütigkeit ihrer Hauswirte zu entkommen. Einer verbarg sich im Backofen und entrannt darauf in Weiberkleidung. Ein junger Knecht Dietrichs von Weiler, Max Henkstein, wurde von einigen Weibern im Heu versteckt und entkam wie der vorige. Jörg Mezler aus Ingelfingen, ein Fähnrich der Bauern, rettete einen dritten, ihm befreundeten, indem er ihn für einen Koch ausgab.

Jetzt wollten die Bauern plündern. Viele behaupteten, da sie die Stadt mit Leib- und Lebensgefahr haben erobern müssen, so gehöre ihnen auch Grund und Boden von Weinsberg zu. Nicht ohne großes Murren des Haufens brachten es endlich die Hauptleute dahin, dass nur die Häuser der Geistlichen, des Kellers, des Schultheißen, des Stadtschreibers und Bürgermeisters, die sich besonders tätig an die Ritter angeschlossen hatten, der Plünderung preisgegeben, die übrigen Bürgerhäuser verschont wurden. Für die Verschonung wurde den Bürgern zur Bedingung gemacht, die vielen Verwundeten sorglich zu pflegen und die Bauern mit Wein und Lebensmitteln zu versehen, solange sie in Weinsberg lägen.

Auch in der Kirche und Sakristei wurden alle Truhen erbrochen, das Almosen, die Monstranz, die Kirchengefäße geplündert. Die Bauern waren mit ihren Gedanken so sehr nur beim Plündern, dass Wolfgang Schäfer, der Schulmeister, ihnen unter dem Geschäft zwei Altarkelche wieder heimlich wegnehmen konnte. Der reiche Weinvorrat des Schlosskellers wurde ins Lager geschafft. Im Schlosse fanden sie die reichste Beute. Der trug einen Becher davon, ein schönes Silbergefäß, das dem Grafen gehörte, jener seidene Decken und seidene Gewande, Zinngerät und Leinwand, Dionysius Schmidt erbeutete allein auf 60 Gulden. Es war ein Reißen und Zerren unter den Bauern um die Kostbarkeiten, dass sie oft das Beste übersahen. So lag ein Futteral am Boden, es sah aus wie ein Löffelfutter, einer und der andere hob es auf und warf es wieder weg, zuletzt nahm es einer und öffnete es, „da stak es voller Ringe und Ding“. Goldene Ringe, allerlei Kleinodien wurden in großer Zahl erbeutet. Dionysius Schmidt allein verkaufte um 50 Gulden Ringe und Kleinodien, sein Bruder Kaspar um 15 Gulden an einen Nürnberger Goldschmied. Beutemeister war Hans Wittich von Ingelfingen, er verteilte Früchte und Wein. In der Stadt plünderten sie jedoch selbst in den preisgegebenen Häusern mit Rücksicht. Als sie ein Trühelein mit Geld in einer Kammer fanden, und Schäfer, der Schulmeister, sagte, dass es armen Kindern zu Weinsberg gehöre, ließen sie es geschehen, dass er es davonbrachte.

So verging der Mittag und Abend mit Plündern, mit Wohlsein im Trinken und Essen, und dabei ging das alte Welfenschloss in Flammen auf. Im Rate der Bauern stellte Florian Geyer den Grundsatz auf, man solle alle festen Häuser ausbrennen, und ein Edelmann nicht mehr denn eine Tür haben wie ein Bauer. Die anderen hatten gerade zuvor den Satz angenommen, dass alle Klöster abgetan werden, die Mönche hacken und reuten müssten wie die Bauern; jetzt wollten sie zuerst auf Heilbronn ziehen und die Stadt in ihre Verbrüderung bringen, damit der Haufe vom Neckartal von dieser Seite gesichert wäre, dann wollten sie durch das Mainzische auf Würzburg losgehen, und sei dieses gewonnen, alle Domherren, Pfaffen und den geistlichen Fürsten hinausjagen. Florian Geyer sah darin der Sache noch kein Genüge. Er glaubte, wenn das Volk frei werden sollte, müsse der Adel wie die Pfaffen den Bauern gleich gemacht werden, dass nur ein Stand würde auf deutschem Boden, der Stand der Gemeinfreien. Er erkannte es als eine Halbheit, nur die geistlichen Herren beseitigen zu wollen. Zwei Bäume waren es, vor denen die junge Pflanze der Volksfreiheit nicht aufkommen konnte; er wollte beide zugleich umgehauen wissen, und nicht bloß umgehauen, sondern entwurzelt, dass keiner einen Schoß mehr triebe. Darum drang er auf Zerstörung aller Herrensitze, der weltlichen, wie der geistlichen. Florian Geyer war einer der Wenigen, die im Bauernheer wussten, was sie wollten, und als er den Rittermantel, den er vormals trug, ablegte und sein Schwert in die Schale des Volkes warf, wusste er, dass es ein Trauerspiel sein müsse, worin er jetzt mitzuspielen sich entschlossen hatte; aber er wollte nicht nur einen Akt, sondern das ganze Trauerspiel, den Sturz nicht nur einer Seite der Herrschaft, sondern des ganzen Herrentums.

Tief im Grunde seiner Seele wälzte Jäcklein Rohrbach Gedanken, verschieden von denen Florian Geyers, schwarze, blutige Gedanken. Jäcklein war der Mittelpunkt der Schreckensmänner im Bauernheer. „Rache“ war ihre Losung; „dem Adel ein sonderbar Entsetzen und Furcht einzujagen“, ihr nächstes Trachten. In der Nacht berieten sie sich in der Mühle, wo wahrscheinlich Jäcklein sich einquartiert hatte, über die Gefangenen, und sie wurden eins, keinen Herrn, keinen vom Adel, keinen Reisingen leben zu lassen, sondern jetzt und künftig alle zu erstechen; welcher einen gefangen annehmen wollte, den sollte man niederstechen. In dieser Mühle gerade war es, wo Dietrichs von Weiler junger Knecht von den Weibern versteckt worden war; er hörte alles an, er hörte es mit Grauen.

Jäcklein und seine Gesellen behielten diesen Entschluss für sich. Um jeder Einsprache der anderen zuvorzukommen, gingen sie sogleich an die Ausführung. Jäcklein hatte die Bewachung der Gefangenen auf sich genommen.

In aller Frühe, gegen Tagesanbruch, während der größte Teil des Heeres von der Zeche des vorigen Tages noch schlief, führte Jäcklein die Gefangenen heraus auf eine Wiese beim Untertor. Es waren Graf Ludwig von Helfenstein, Hans Conrad Schenk von Winterstetten, der Vogt zu Vaihingen und Maulbronn, Burkhard von Ehingen, des tapferen Rudolfs von Ehingen Sohn, Friedrich von Neuhausen, Jörg Wolf von Neuhausen, Hans Dietrich von Westerstetten, der Burgvogt auf Neuffen, Philipp von Bernhausen, Jakobs von Bernhausen Sohn, Hans Spät von Höpfigheim, Bleikardt von Riexingen, Rudolf von Hirnheim, Wolf Rauch von Helfenberg, Jörg von Kaltenthal, Burkhardt und Weitbrecht von Gemmingen. Auch mehrere Knechte wurden mit ihnen herausgeführt, junge Reiterknaben. Auch führte man sie in einen Ring, um ihr Urteil zu hören.

Es war eine alte Strafe, durch die Spieße zu jagen; eine Strafe jedoch, die nur wider die angewandt wurde, welche wider Ehre gehandelt hatten, und welche auch dann nur bei Knechten ein Brauch war.



Diese Todesart wurde den Gefangenen angekündigt. „Dem Adel zu Schand und Spott, als ob sie wider Ehre gehandelt hätten“.

Da kam die Gräfin von Helfenstein, welche die Gefangenschaft ihres Gemahls geteilt hatte. Sie trug ihr zweijähriges Söhnlein Maximilian auf den Armen, ihr Frauenzimmer folgte ihr. Sie warf sich vor Jäcklein und den anderen auf die Knie, hielt ihnen ihr Kind entgegen und bat flehentlich, dem Kleinen den Vater, ihr den Gatten zu lassen. Aber alle Macht ihrer Tränen, ihrer Schönheit, ihres Unglücks rührte die Harten nicht. Da standen sie, und mancher mochte darunter stehen, der in diesem Augenblicke, da die Kaisertochter zu ihren Füßen lag, nur daran dachte, wie lang und wie oft ihre Herren sie vor sich hergehetzt mit Hunden wie das Wild, und auf ihren durch Hunger und Fronen abgemagerten Rücken die Peitsche erbarmungslos geschwungen; wie man sie umsonst hatte winseln lassen, wenn die Edelleute ihren Vater, ihren Bruder, ihren Sohn wegen geringer Vergehen in die Verließe der tiefsten Türme hinabdonnerten, wo sie ohne Speise und Trank verschmachteten, und ihr Flehen und Heulen kein Gehör und kein Erbarmen fanden, und wie sie ängstlich nächtelang um die Turmmauern hatten schleichen müssen, um noch etwas von ihren Verwandten, die dahinter lagen, zu hören, bis es still und stiller ward, und der letzte Hauch, ein Fluch gegen ihre Quäler, ihre Qualen endete.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth): sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 2/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 13. Januar 1917.

Nr. 2

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## An unsere Leser!

Die Reichskonferenz der deutschen Opposition hat getagt. Sie hat ihre wichtigste Aufgabe, Klärung in die Zustände der Opposition zu bringen, nicht erfüllt. Weder brachte sie eine prinzipienklare Abgrenzung von den Sozialpatrioten und den Sozialimperialisten, noch schied sie die linksradikale Opposition grundsätzlich vom Parteizentrum. Es wäre die historische Aufgabe der Gruppe „Internationale“ gewesen, den Scheidungsprozess zwischen Zentrum und Linksradikalen durch prinzipielle Kritik an der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft voranzutreiben. Aber weder grenzte sie sich in ihren Thesen von der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit kritischer Schärfe ab, noch stellte sie den Standpunkt des Sozialpatriotismus dar. Überdies vermied sie auch jetzt, genau wie in den „Leitsätzen“, ihre Stellung zur Frage der Landesverteidigung, dieser Achse der gegenwärtigen Krise der Internationale, wie Karl Liebknecht sie treffend nannte, zu präzisieren. Es fehlte der Konferenz das einschneidend kritische Moment, und damit fehlte ihr der Antrieb nach vorwärts.

Angesichts dieser Tatsache ist es doppelt notwendig, dass den Linksradikalen die Möglichkeit verbleibt, auch weiterhin kritisch in die Probleme der Internationale einzudringen. Die Aufgaben, die sich die „Arbeiterpolitik“ gestellt hat, sind daher nach der Konferenz größer und wichtiger geworden als je zuvor. Sie wird nach wie vor die Krisis der Arbeiterbewegung einer ständigen, grundsätzlichen Kritik unterziehen; sie wird insbesondere den Kampf gegen das Zentrum der Partei, diesen verkappten Sozialpatriotismus, mit aller Schärfe führen; sie wird aber auch, was sich durch die Konferenz als besonders notwendig herausgestellt hat, die Gruppe „Internationale“ durch freundschaftliche Kritik vorwärtszutreiben suchen. Die „Arbeiterpolitik“ wird auch ferner hin die Probleme der Arbeiterbewegung in prinzipieller Schärfe zu klären trachten; sie wird durch die Mitarbeit berufener ausländischer Marxisten ein Bild geben von dem Stand der Krisis in der gesamten Internationale. Der Standpunkt, von dem aus sie taktisch die zahlreichen und schwierigen Fragen, die die Krisis der Internationale aufgeworfen hat, zu durchdringen sucht, ist der der Massenaktionen, in denen sie die Grundform des Kampfes der Arbeiterklasse für die nächste Epoche des allgemeinen Kampfes um den Sozialismus erblickt.

So hoffen wir, dass die „Arbeiterpolitik“ auch weiterhin wertvolle Bausteine zur Aufrichtung der neuen Internationale beitragen, dass sie auch weiterhin im Kampfe um der Menschheit Glück und Frieden treue Beraterin und zuverlässige Führerin sein wird. Damit hoffen wir das Vertrauen zu festigen, das unsere Leser uns bislang in so reichem Maße entgegenbrachten.

Redaktion und Verlag der „Arbeiterpolitik“.

## Die Weltlage an der Schwelle des neuen Jahres.

Die Friedensfrage wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, heißt es in der liberalen und sozialpatriotischen Presse. Das ist wahr: nach der Diskussion über das Konferenzangebot der Zentralmächte folgte die Diskussion über jede einzelne Antwort der Ententeminister, darauf die Diskussion über die Note Wilsons, dann wird man die Antwort der Ententemächte besprechen, worauf die Geschichte mit der Besprechung der Antwort der Zentralmächte auf alle vorhergehenden Antworten von vorne beginnen kann. Es ist nicht einmal ausgeschlossen, dass in irgendeinem neutralen Orte inoffiziell die Diplomaten der kriegführenden Länder zusammentreffen, wie solche Unterredungen zwischen deutschen und russischen Diplomaten während des Krieges mehrmals stattfanden: so in Bern und Stockholm. Inzwischen wird das „vaterländische Hilfsgesetz“ in Deutschland und England durchgeführt, die Munitionsarbeit wird bis aufs höchste gesteigert werden, worauf im Frühjahr die Kämpfenden mit bisher ungesehener Rücksichtslosigkeit sich an die Gurgel springen werden. Das Friedensgerede, die Noten und Kontrenoten werden zwei Dinge verrichten. Sie werden den Boden für die zukünftigen Verhandlungen abtasten, den Regierungen erlauben, sich ungefähr zu orientieren, wie weit jede zu gehen gedenkt, und gleichzeitig den kriegsmüden Völkern erlauben, leichter die paar Monate durchzuhalten, die uns von der nächsten Generalkräftemessung trennen. Das ist die Sachlage. Festes Fordern im Osten, bewegliches Verhandeln im Westen, so definiert die „Frankfurter Zeitung“ die Kriegsziele der deutschen Regierung. Konkret gesagt, ist dies das Programm „Mitteleuropa“, d. h. möglichste Annäherung Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei. Die Bildung eines polnischen und rumänischen Vasallenstaates als Flankenschutz, die Angliederung der serbischen Gebiete, die als Brücke zwischen Bulgarien und Österreich notwendig sind, das ist das feste Gerippe des Programms. Über Konzessionen in Belgien und koloniale Fragen soll beweglich verhandelt werden, da zu festem Fordern auf diesem Gebiete die maritime Besiegung Englands notwendig wäre.

Die deutschen Sozialpatrioten identifizieren sich ausdrücklich mit diesem Programm. Unter Berufung auf die Artikelserie der „Frankfurter Zeitung“, die wir oben erwähnten, schreibt die „Chemnitzer Volksstimme“ (vom 23. Dez. 1916): „Das kommt also auf das Scheidemannsche Losungswort hinaus, dass deutsch bleiben soll, was deutsch, französisch, was französisch - belgisch, was belgisch war. Im Osten wie auf dem Balkan bleibt hingegen für manche Neuordnung der Staaten und Staatsgrenzen freie Bahn, wobei die Freiheit der Nationalitäten nach Möglichkeit sorgfältig beachtet bleiben soll.“ Wir brauchen bei der Sorgfältigkeit, mit der bei solchen Neuordnungen die Freiheit der Nationen behandelt wird, hier nicht weiter zu verweilen. Aber jeder, der kein politischer Analphabet ist, weiß, dass dieser Krieg, als der Kampf um den Orient, in erster Linie um die Geschicke der Türkei begonnen hat, er sieht, wie selbst das Schwergewicht der Kriegsaktion sich immer mehr nach Osten verschob.

Dass also ausgesucht „Neuordnungen“, die die Herrschaft Deutschlands über den Osten sichern sollen, jetzt durch die deutschen Sozialpatrioten als das Beste, einzige und selbstverständliche Friedensprogramm dargestellt werden, nachdem sie bisher immer schön nach dem Diktat von Jaeckh und Rohrbach erzählt hatten, Russland und England führen den Krieg wegen der Aufteilung der Türkei, wäre unverständlich, wenn man nicht wüsste, dass sie die Aufteilung der Türkei für eine scheußliche Annexion, die Aufteilung Serbiens aber für eine „Neuordnung der Staaten“ halten, dass sie für die Befreiung Polens schwärmen, und überhaupt den Osten nicht für das Hauptgebiet der Auswirkung imperialistischer Bestrebungen des mitteleuropäischen Kapitals, sondern einer brüderlichen Mitwirkung der Herren von der Deutschen Bank und der Jungtürken an der „Zivilisierung des Orients“ ansehen.

Nun, die englischen Imperialisten, die die Welt vom Ganges bis zum Baal auf verschiedenste Art seit über einem Jahrhundert „zivilisieren“, die also nicht aus Elaboraten Renners und Cunows, sondern aus eigener Praxis die Sache kennen, denken einstweilen nicht daran, ihre Zustimmung zu diesem Werk zu geben. Die lange Zeit, die sie zur Feststellung ihrer Antwort an die Zentralmächte brauchten, dient nur der Suche nach der besten Art, wie man die Zentralmächte in die diplomatische Defensive drängen soll. Alle Hoffnungen auf die „noch nicht ganz zugeschlagene Tür“ sind eitel. Selbst wenn die Zentralmächte ihre Friedensbedingungen nennen würden – Lloyd George kann sie sich auch ohne dies an den Fingern abzählen –, selbst wenn es zu einer inoffiziellen Konferenz kommen würde, ist es ein Unsinn zu glauben, dass dies ohne eine weitere Probe der Tripelentente, den Feind zu werfen, zum Frieden führen würde.

Die Annahme des „gemäßigten“ deutschen Programms, wie es die „Frankfurter Zeitung“ entwickelt – und es ist in den Hauptsätzen das Programm der deutschen Regierung – würde einen entscheidenden Sieg des deutschen Imperialismus im Osten bedeuten, und eine ebensolche Niederlage der Entente, Englands in erster Linie. Die deutsche Regierung will sich in diesem Krieg mit der Durchführung des orientalen und kolonialen Teils ihres Programms begnügen, sie möchte gern über alle anderen Fragen zu einem Übereinkommen mit dem englischen Imperialismus gelangen. Er wird darauf nicht eingehen, denn dieser Ausgang des Krieges würde für ihn bedeuten, wenn nicht den Ausfall Russlands aus der Koalition – der möglich wäre – so doch gewiss die weitere Möglichkeit, Mitteleuropa von Süden her aufzurollen.

Noch kann England seine Kraft steigern, es fürchtet einstweilen keine Volksbewegungen in seinem Innern. Es bleibt der Hauptträger des Widerstandes der Entente, wird sich eventuell zu diplomatischen Winkelzügen herbeilassen, aber den Krieg wird es mit eiserner Energie führen.

Jede Hoffnung, dass die Vereinigten Staaten eine Änderung in der Situation herbeiführen könnten, beruht auf Unkenntnis der in Betracht kommenden Faktoren, oder sie ist bewusste Täuschung. Wir werden demnächst die Grundlagen der amerikanischen Politik in dem Weltkriege besonders schildern. Heute genügt es festzustellen, dass die Vereinigten Staaten während des Krieges auf der Seite des Ententeimperialismus standen. Selbst wenn die Minderung der Zahl der Aufträge der Entente in Amerika, selbst wenn innere Schwierigkeiten, die sich aus der wachsenden Teuerung ergeben, die Liebe etwas abgekühlt hätten, so würde es Amerika an Mitteln fehlen, die Ententepolitik im Friedenssinne zu beeinflussen. Sie sind in zu hohem Maße Gläubiger der Entente, um wirklich ihre Lage auch diplomatisch verschlechtern zu wollen, schon gar nicht von einer Zwangsausübung ihr gegenüber zu sprechen, wozu ihnen, angesichts der Lage in Ostasien, jede Möglichkeit fehlt. Worauf die Note Wilsons zurückzuführen ist, auf innerpolitische oder andere Momente, ist

noch unklar. Dass aus dieser, von der Entente-Pressen als pro-deutsch verschrien Wilson-Note eine Verschlechterung des Verhältnisses der Vereinigten Staaten zu Deutschland entstehen kann, ist sehr wohl möglich. Dass das ganze diplomatische Hin-und-wider mit der Verschärfung der nächsten Kriegsphase halten wir jedenfalls für sicher.

\*

Die Überzeugung, dass von der jetzigen Aktion der Diplomatie kein Friede zu erwarten sei, mindert nicht, sondern umgekehrt steigert die Bedeutung der Frage von der Haltung der Sozialdemokratie dieser Aktion gegenüber. Denn könnte die Diplomatie den Völkern jetzt schon einen Frieden bringen, und überdies einen, der den Interessen der Arbeiterklasse entspricht, so wäre es nicht so wichtig, was die Arbeiterklasse selbst denkt und tut. Nun, in der Haltung der Internationale zu den jetzigen diplomatischen Aktionen kamen alle drei Haupttendenzen, die sich auf den Ruinen der Zweiten Internationale überall entwickeln, zum Ausdruck.

Die *Sozialpatrioten* suchen hüben wie drüben im Gefolge ihrer Regierungen zu verbleiben. Klarer konnte diese Haupttendenz nicht zum Ausdruck kommen als in der Haltung der Scheidemänner am 12. Dezember. Alle ihre Bewegungen waren die des Schattens Bethmann-Hollwegs. Die deutsche Regierung schlug den Ententeregierungen eine gemeinsame Besprechung der Friedensfrage vor. Sie nannte die Friedensbedingungen nicht. Von ihrem Standpunkt aus gewichtigen Gründen. Würde die Entente den Konferenzplan ablehnen, so brauchten die Zentralmächte sich von ihren Völkern nicht sagen zu lassen, dies sei wegen ihrer Bedingungen geschehen, denn sie hatten doch ihre Kriegsziele nicht genannt. Würde die Entente zur Konferenz kommen, so konnte man die Kriegsziele je nach der Lage höher oder niedriger schrauben: sie sind Handelsobjekt. Wie sehr die Geheimhaltung der Kriegsziele zum taktischen Schlachtplan der Zentralmächte gehört, beweist am besten die Tatsache, dass sie sie auch in der Antwortnote an Wilson nicht nennen, obwohl sie von ihm dazu aufgefordert wurden. Würden die Sozialpatrioten Deutschlands die Spur einer Selbständigkeit der Regierung gegenüber behalten haben, würden sie auch nur die Resolution ihrer eigenen „Partei-Konferenz“ zur Friedensfrage ernst nehmen, sie müssten im Reichstag am 12. Dezember die Nennung der deutschen Kriegsziele fordern. Denn wenn sie die deutsche Arbeiterklasse zur Unterstützung der Regierung auffordern, so müssen sie von der Regierung verlangen, dass sie sage, wofür der Kampf geht. Aber gewöhnliche Regierungsagenten, wie sie sind, mussten sie springen, wie der Herr pfiff. Darum schwiegen sie und halfen die anderen mundtot machen, die die Kundgebung der Kriegsziele fordern wollten. Die Lage der Sozialpatrioten der Entente war noch schwieriger: angesichts der anwachsenden oppositionellen Bewegung in Frankreich sich glatt auf den Standpunkt der Imperialisten zu stellen, die die Ablehnung des deutschen Konferenzvorschlages fordern, konnten sie nicht. Darum bereinigen sie die Forderung der Verhandlungen mit der Kundgebung des Willens zum Kampfe, bis der „dauernde“ Friede gesichert wird. Gleichzeitig bleiben sie in den Regierungen sitzen und werden sich sehr freuen, wenn ihre Regierungen irgendeinen Ausweg finden, um die Verantwortung für die weitere Kriegsdauer dem Gegner zuzuschieben.

Wenn die Haltung der Sozialpatrioten das Bild ihrer vollkommenen, durch nichts aufzuhebenden Abhängigkeit von den Regierungen zeigt, so bietet die Haltung der *Zentrumsleute* ein Bild der vollkommenen Ratlosigkeit und Zerfahrenheit. Das französische Zentrum verlangt Friedensverhandlungen. Wird es aber die Kriegskredite ablehnen, wenn die Regierungen der Entente seine Forderung nicht erfüllen? Kaum: Longuet hat noch nicht erkannt, dass Frankreich der imperialistischen Ziele der Entente wegen weiterblutet. Das deutsche Zentrum ist, wie bekannt, etwas weiter. Es hält die Grenzen Deutschlands schon für gesichert, lehnt die Kredite ab, ja es fordert von der deutschen Regierung die Bekanntgabe der

Kriegsziele. Aber als das Angebot der Regierung bekannt wurde, begann nicht nur die Mehrheit des Zentrums wie David vor der Lade zu tanzen, sondern selbst der Abg. Geyer, dem als Parlamentarier bekannt war, wie pessimistisch man in parlamentarischen und journalistischen Kreisen Berlins die Aussichten des Angebots beurteilte, beeilte sich, einer Leipziger Parteiversammlung vorzuschlagen, den Schritt der Regierung zu begrüßen.

Schließlich ergriff *Kautsky*, der führende Theoretiker des Zentrums, das Wort. Statt der Arbeiterklasse zu sagen, *wie sie für den Frieden zu kämpfen hat*, suchte er den Regierungen klarzumachen, dass sie eigentlich keine Ursache haben, sich weiter zu bekämpfen: Denn die Kolonien sind für die Katze, man wird nach diesem Kriege kein Geld haben, sie zu entwickeln, und die Beherrschung der Türkei wäre so schwierig, dass es besser ist, sie ihrem eigenen Geschick zu überlassen. Ein Bourbone, der nichts vergessen, und nichts gelernt hat! In dem ganzen Krimskrams seiner klugen Gedanken darüber, wie er die Welt regieren würde, wenn er sie beherrschen würde, fand sich kein einziger Rat für das Proletariat: was es weiter tun soll!

Von den Verhandlungen der Regierungen hängt das Heil der Menschheit ab, schrieb dieser Tage das führende Organ des deutschen Parteizentrums, die „*Leipziger Volkszeitung*“. Hätte der Sozialismus jemals von den Regierungen das Heil der Menschheit erwartet, er müsste es in den schrecklichen Jahren des Krieges verlernt haben. Dies ist die Auffassung der internationalen Zimmerwalder Bewegung, deren Anhänger jetzt mehr als jemals an ihre Friedensaktion erinnert werden müssen. Sie dürfen an den diplomatischen Aktionen und Gegenaktionen der Regierungen nicht gleichgültig vorbeigehen, steigern doch diese die Sehnsucht des Proletariats nach dem Frieden in allen kriegführenden Ländern.

Aber unabhängig von allen Regierungsmanövern haben sie die Arbeiterklasse zum nachdrücklichsten Eintreten für den Frieden aufzufordern, der keinem Volke Unterdrückung bringt, haben sie in dem Kampfe für diesen Frieden ihnen zu sagen, dass nur der Sozialismus ihn verwirklichen kann, mit welchem hohen Ziele unseres Kampfes auch die Wahl der Kampfmittel, was ihre Schärfe und Tiefe anbetrifft, zusammenhängt. Mag es vielleicht nicht gelingen, die furchtbare soziale Krise, die der Krieg bedeutet, sofort in eine sozialistische zu verwandeln: von dem Grad der Annäherung unseres Kampfes an sie, wird das Maß des Elends und der Unterdrückung abhängen, die wir schon jetzt von dem internationalen Proletariat abzuwenden imstande sein werden. Wollen wir nicht, dass eines Tages die Kriegsgräuel den Friedensgräueln Platz machen, um ein treffliches Wort Meyrinks, dieses großen reaktionären Dichters aus seinem „Grünen Gesicht“ anzuwenden, d. h. wollen wir nicht, dass auf den Krieg mit all seiner Unterdrückung und Verelendung ein ebensolcher Friede folgt, dann gilt es, mit voller Kraft die *Friedensaktion als einen Teil unseres internationalen Kampfes für den Sozialismus zu führen*.

## Vor dem schwedischen Parteitag.

Von *Ture Nermann*, Redakteur des „Politiken“. Stockholm.

Der Kampf innerhalb der schwedischen Sozialdemokratie, in welcher gleich wie in den meisten nationalen Sektionen der Internationale der Gegensatz zwischen den Radikalen und den Sozialpatrioten während des Weltkrieges immer schroffer geworden ist, wächst in diesen Tagen im Zusammenhange mit den bald stattfindenden Wahlen zum ordentlichen Parteitag vom 12. bis 18. Februar 1917, wo wahrscheinlich eine endgültige Lösung der mehrjährigen Krise erreicht werden wird.

Dass man auf Seiten der Parteileitung mit einer nicht unbedeutenden Stärke der Opposition rechnet, zeigt am besten die sorgfältige und umfassende Agitation, die man gegen diese angeordnet hat. Im Besitze aller bis auf zwei Zeitungen der ganzen Parteipresse, der Parteikasse und Parteibureaucratie, betreibt die Parteileitung eine fieberhafte Tätigkeit, sendet ihre Redner auf Kosten der Partei aus, um der Opposition entgegenzuwirken, bekämpft sie mit Broschüren aus dem Parteiverlage usw. Man hat auch ein großes Buch gegen die Opposition verbreitet, verfasst von zwei früheren Opponenten und Leitern des Jugendverbandes, Per Albin Hansson, jetzt zweiter Redakteur in Brantings „Social-Democraten“, und Gustav Möller, jetzt der Parteisekretär, Nachfolger von Fredrik Ström, den man diesen Frühling wegprovoziert hatte, ein Buch, worin diese beiden mit dem heiligen Eifer der Umlerner die Opposition als ein Sammelbecken von Strebern und Glücksjägern ausmalen.

Dass man trotz aller ökonomischen und organisatorischen Chancen doch ein wenig unruhig wegen der Majorität auf dem Kongresse ist, zeigt das weitere Vorgehen, durch das die Parteileitung hofft, die Wahlpropaganda für die Bezeichnung der Kongressdelegierten leiten zu können. Vor ein paar Wochen sandte der Parteisekretär Möller ein persönliches Zirkular an die Mitglieder der Distriktleitungen, worin ersucht wird, die Parteileitung über die Wahlbewegung in jedem Distrikt zu informieren, genau mitzuteilen, welche Kandidaten aufgestellt werden, welche „ziemlich unbedingt“ der Parteileitung folgen, welches Linksstehende sind, welche schwankend auftreten, welche die besten Chancen haben usw. Bezeichnend ist, dass es den Adressaten ganz freigegeben wurde, von der Einsendung der gewünschten Mitteilungen mit den übrigen Genossen in der Distriktleitung zu beraten, oder ganz auf eigene Faust zu handeln. Der Empfänger des Zirkulars wurde ersucht mitzuteilen, an welchen Plätzen Agitationsvorträge gegen die Opposition nötig seien, und es wurden Redner versprochen – alles auf Kosten der Parteikasse.

Dieser Versuch, die Wahlen zu beeinflussen, mit der Parteikasse die Wahlbewegung der Rechten der Partei zu leiten und auf diese Weise einen gehorsamen, Decharge votierenden Kongress zu schaffen, hat großen Unwillen unter den breiten Massen der Parteimitglieder hervorgerufen. Die verbandstreue Parteipresse hat nicht gewagt, das Zirkular zu publizieren, und einige Zeitungen haben ihre sozialistische Vergangenheit so vergessen, dass sie, statt das Zirkular zu verteidigen zu suchen, dessen Veröffentlichung durch das Linksorgan „Politiken“ als „Lümmelhaftigkeit“ und dergleichen bezeichnen. Ein rechtsstehendes Organ „Aurora“, hat indessen zornig das Zirkular publiziert und offen gesagt: „In eklatanterer Weise hätte die Parteimajorität kaum ein politisches Harakiri begehen können.“

Um für die Parteitagswahlen einen Trumpf zu bekommen, beschloss die Parteileitung, die seit dem Frühling homogen sozialpatriotisch ist, nachdem man die drei Oppositionsvertreter weggeekelt hatte, die große Amnestiepetition für die noch verhafteten Friedenskämpfer, Genossen Höglund und Oljelund, die von einem besonderen Komitee vorbereitet war, zu übertreffen. Sie hatte eine separate Amnestie-Audienz beim Justizminister. Dadurch hat man leider verhindert, dass die geplante Petition, die nicht nur Höglund und Oljelund, sondern alle Opfer für die Friedenspropaganda umfassen wollte, in der ursprünglichen Form als eine Massenpetition aus dem ganzen Lande entstand, was ihr vielmehr Kraft gegeben hätte. Große Hoffnungen auf eine Amnestie haben wir übrigens nicht. Genosse Oljelund hat, wenn nicht Besonderes eintrifft, seine Strafe am 6. April 1917 und Genosse Höglund die seinige am 6. Mai 1917 abgesessen.

Von den Alliierten in der liberalen Partei gehetzt, hat die Parteileitung jetzt auch beschlossen, eine definitive Abmachung mit der Opposition zustande zu bringen, ohne welche Abmachung man nicht mit den Liberalen die ministerielle Verantwortung übernehmen kann. Formell hat die Parteileitung jedoch nur gegen die Leitung des Jugendverbandes sich zu

wenden gewagt, die wegen mangelnder Loyalität angegriffen wurde, als sie verlangte, dass die Reichstagsabgeordneten der Partei das Parteiprogramm anzuerkennen haben. Die Parteileitung verlangt jetzt, dass der Parteitag den nächsten Jugendkongress zwingen soll, diese Forderung zurückzunehmen und dass sie ganz sklavisch für alle Kandidaten der Parteileitung und deren Unterinstanzen arbeiten soll. Dieser Anspruch wird von dem Jugendverband zurückgewiesen, und dann beabsichtigt die Parteileitung, die „leitenden Männer“ des Jugendverbandes aus der Partei zu exkludieren. Der Ausdruck „leitende Männer“ ist unklar formuliert, weil man nicht wagt, die ganze Opposition auszuschließen. Vielleicht rechnet man doch damit, dass, wenn Genosse Höglund und andere Leiter des Jugendverbandes weggejagt werden, die anderen freiwillig gehen werden.

Noch dauert es über einen Monat bis zum Parteitag, aber die Repräsentantenwahlen finden im Laufe dieses Monats statt, und der Kampf beginnt schon heftig zu werden. Wie er enden wird, ist in diesem Augenblicke unmöglich zu sagen. Die schwedische bürgerliche Presse verfolgt den Wahlkampf mit Interesse und hat natürlich ihre Sympathien auf der Seite der Parteileitung. Ein radikaler antiburgfriedlicher Parteitag und eine ähnliche parlamentarische Politik wären ja keine fröhlichen Aussichten.

## Ein Aufruf der I. S. K. zu Bern

Die in Zimmerwald und Kienthal eingesetzte „Internationale Sozialistische Kommission zu Bern“ gibt einen Aufruf aus, dem sie die Kriegslage und Friedensfrage schildert und zu dem Ergebnis gelangt, dass dem Wesen dieses Weltkrieges nach, wie es in dem gleichzeitigen Bestreben beider Kriegslager sich ausdrückt, dass der Kriegslage nach der Friede noch fern ist, insoweit es sich um den Willen der Diplomatie handelt. Der Aufruf appelliert an die Arbeitermassen aller Länder, die alle den Moment des Friedens beschleunigen können.

Wir begrüßen das Erscheinen der Publikation und wünschen, dass die I. S. K. in etwas kürzeren Zwischenräumen als es bisher geschah zu den Ereignissen Stellung nehmen würde. Der Eintritt Rumäniens in den Krieg, der Bruch der griechischen Neutralität, die belgische und polnische Arbeiterfrage, Friedrich Adlers Schuss, die Bildung des polnischen Staates, die Militarisierung der Produktion in allen Ländern, das alles erforderte Kundgebungen der I. S. K. Wir verstehen wohl, dass sich die Genossen aus der I. S. K. nicht als internationales Tribunal aufspielen wollen, dass sie das Schwergewicht in der Bewegung einzelner Länder sehen. Das letztere stimmt, aber dieser Bewegung fehlt es an gegenseitiger Berührung, Beeinflussung. Würde die I. S. K. sich öfters äußern, so würde sie genötigt sein, sich über die Ansichten der Genossen in den kriegführenden Ländern auf dem Laufenden zu halten, wie auch diese Genossen gegenseitig zu informieren. Dazu ist die I. S. K. eingesetzt worden, einen anderen Zweck hat sie nicht. Wäre ihre einzige Aufgabe, einmal im Jahre event. eine Konferenz einzuberufen, dann könnte das auch ein einzelner tun ohne die Schaffung einer Organisation. Wir wissen, dass der Erfüllung der Aufgaben der I. S. K. große Schwierigkeiten im Wege stehen: technischen wie pekuniären Charakters. Dass die ersteren zu überwinden sind, braucht nicht auseinandergesetzt zu werden. Aber auch die anderen dürften überwindbar sein, wenn es auch der Opposition in den kriegführenden Ländern, die mit großen materiellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, nicht leicht ist, die Kosten der I. S. K. zu decken. Denn ganz abgesehen davon, dass sich für eine *wirkende* I. S. K. Geldmittel auch in den kriegführenden Ländern finden würden, so müsste es bei Energie und Umsicht möglich sein, in der Schweiz, in Holland, Skandinavien und in erster Linie in Amerika durch Geldsammlungen unter den Genossen die Mittel aufzubringen, die es der I. S. K. ermöglichen, ein Monatsbulletin in drei



Sprachen herauszugeben, in nahem Kontakt mit den Genossen zu bleiben. Es ist eine Sache von sehr großer Wichtigkeit, dass dies in den nächsten Monaten geschehe.

Aber jetzt zum *Inhalt* des Aufrufs. Seine oben gegebene Skizzierung zeigt, dass die Beurteilung der Kriegs- und Friedensfrage kühl und nüchtern ist und man mit ihr vollauf einverstanden sein kann. Nicht so liegt die Sache mit den taktischen Losungen des Aufrufs, die die Kommission in die Rufe: es lebe der Klassenkampf, es lebe der Friede, es lebe die Internationalität der Arbeit (!) zusammenfasst. Abgesehen von der letzteren, die überhaupt nichts bedeutet, drücken die beiden anderen Losungen den *Standpunkt des Zentrums* aus. Es lebe der Friede? Was für ein Friede? Der, den die Großmächte untereinander schließen können? Das ist die Sehnsucht müder Patrioten und Herr Scheidemann teilt sie aufrichtig. Zimmerwald hatte einen bestimmten Begriff von dem Frieden, um den wir kämpfen, und in solchen Momenten wie der bisherige, wo alle Durchhalter sich in Friedensschwärmer verwandeln, gilt es eine klare *Demarkationslinie* zwischen uns und ihnen zu ziehen.

Es lebe der Klassenkampf? Abgesehen davon, dass die Plechanows wie Cunows beweisen, dass auch das, was sie schreiben, Klassenkampf ist, zwar in einer etwas anderen Form, so muss gesagt werden, welche Formen des Klassenkampfes für unseren jetzigen Kampf besonders in Betracht kommen. Es handelt sich nicht um ausgeklügelte Rezepte-Technik. Würde die I. S. K. einen ebensolchen Rückblick auf die innere Lage in den kriegführenden Ländern geworfen haben, wie sie es in Bezug auf die äußere getan hat, so würde sie die Glasgower Ereignisse des Frühlings, die Sommer- und Herbstereignisse in Deutschland usw. vorfinden, die eine bestimmte höhere Phase der Bewegung darstellen, die es in eine taktische Losung umzuwandeln galt.

Diese Phase als Weg zu grundsätzlicher Umwandlung, das ist die Losung, die allein der objektiven Lage entspricht. „Klassenkampf“ aber ist eine Losung, die für das Mittelalter wie die Neuzeit, für „normale“ wie Kriegszeiten passt. Am Anfang des Krieges genügte es, an die allgemeine Wahrheit zu erinnern. Jetzt nicht mehr. (Wenn die I. S. K. die entsprechenden Losungen nicht aufstellte, so geschieht das aus Angst, bei dem *rechten* Flügel der Zimmerwaldisten Anstoß zu erregen, der das Loslassen einer matten Rede im Parlament für den Gipfel des Klassenkampfes hält.) Zu solcher Rücksichtnahme hat die I. S. K. kein Recht; sie ist gebunden durch die Friedensresolution der Kienthaler Konferenz, die in bestimmter Weise ihre Marschroute gibt. Sah sich die I. S. K. außerstande, die taktischen Schlüsse aus der Resolution zu entnehmen, so musste sie sich begnügen mit einem Zirkular über die Lage, die die Tatsachen beschreiben würde, aber sie durfte durch Aufstellung von Zentrumslosungen nicht diesen unterstützen.

Wir befürchten, dass überhaupt die Unstetigkeit der I. S. K. seit April mit der ununterbrochenen Rücksichtnahme auf die Unstetigkeit des deutschen Parteizentrums zusammenhängt. Es ist die Aufgabe der entschiedenen Linken in allen kriegführenden wie neutralen Ländern, Heilung zu schaffen, indem sie selbst die I. S. K. dauernd beeinflussen. Das geschah, was Deutschland anbetrifft, zu wenig. Hoffen wir, dass sich das ändern wird.

## Die Beitragsperre und ihre Probleme.

### Die Presse.

Im engsten Zusammenhange mit den durch die Beitragsperre aufgeworfenen Problemen der Organisationen und des Parteivermögens steht die Frage der Presse. Die offizielle Parteipresse ist in ihrer überwiegenden Mehrheit sozialpatriotisch; der Rest ist zentriemlich.

Das bedeutet, dass, da das Zentrum für die Spaltung der Partei nicht zu haben ist, die gesamte offizielle Parteipresse, von ganz verschwindenden Ausnahmen abgesehen, nach der Spaltung in den Händen der Sozialpatrioten und ihrem Zentrumsanhang verbleiben wird. Für die Linksradikele folgt daraus, dass sie nach der Spaltung zunächst ohne ausreichende Pressorgane dastehen werden. Um diese kritische Zeit so weit wie möglich abzukürzen, ist es unbedingt erforderlich, schon jetzt die Vorbereitung für die Schaffung der linksradikalen Organe zu treffen. In erster Linie gilt es, den Kampf um die vorhandenen sozialpatriotischen und zentrierten Blätter zu führen. Von der größten Bedeutung ist dabei die jeweilige genaue Feststellung der geschäftlichen Grundlagen der Parteipresse. Es genügt bei weitem nicht, die Redaktionen linksradikal zu besetzen. Kommt es zur Spaltung, so werden die auftauchenden zahlreichen Konflikte größtenteils auf juristischem Wege ausgetragen werden müssen. Da die meisten Parteigeschäfte die Form der offenen Handelsgesellschaft haben, die Ortsorganisationen als die eigentlichen Träger der Unternehmen aber keine juristischen Personen sind, da die Übertragung der Rechte und Vollmachten der Organisationen an Treuhänder oder andere juristische Personen meistens mit zeitraubenden Formalitäten verknüpft ist, so muss die geschäftliche Basis der Parteiblätter dort, wo die Linksradikele das Heft der Organisation in Händen haben oder es doch in die Hände bekommen können, gleichzeitig mit in Sicherheit gebracht werden. Ist das nicht möglich, stellt sich der Kampf um die Presse als durchaus aussichtslos heraus, wie etwa in Bremen, wo das geschäftliche Unternehmen fest in den Händen der sozialpatriotischen Firmenträger lag, während die Arbeiter nicht das mindeste Recht an dem Geschäft besaßen, so muss die Gründung eigener Blätter durch die Linksradikele so früh wie möglich in Angriff genommen werden.

Solche Möglichkeiten dürften für Städte wie Berlin, Hamburg, Dresden usw. längst bestehen, und es ist sicher, dass die z. B. Hamburger Opposition weit größere Fortschritte gemacht hätte, wenn statt des aufreibenden und zeitraubenden Kommissionskampfes sehr bald nach Kriegsbeginn die Gründung eines neuen Organs in die Wege geleitet worden wäre. Ebenso wird es an vielen anderen Orten auch stehen. Von diesem Gedanken ließen sich die Bremer Linksradikele leiten, als sie in der „Arbeiterpolitik“ ein eigenes Organ schufen. Zwar ist es notwendig, dass, soweit nur irgend möglich, die Ortsorganisationen die Gründung selbst in die Hand nehmen, wobei dann von vornherein auf die Sicherung möglichst großer Rechte der Mitglieder zu achten ist. Wo aber die offiziellen Organisationen für Neugründung von eigenen Organen nicht zu gewinnen sind, da müssen die Kreise der Linksradikele alles versuchen, um Eigenes zu schaffen. Der Besitz der Presse sichert gerade den Sozialpatrioten den starken Einfluss, den sie trotz allem noch ausüben. Erwächst ihnen in einer linksradikalen Presse erst ernsthafte Konkurrenz, dann ist es mit ihrer Herrlichkeit sehr bald vorbei.

Wo aber bereits linksradikale, von den Sozialpatrioten unabhängige Organe bestehen – wie in Bremen, Duisburg, Stuttgart – da ist es die Pflicht der sozialistischen Arbeiter, alles zu tun, um diese Organe fördern und ausbauen zu helfen. Nichts stärkt den Mut der Arbeiter so sehr, als wenn sie ihr eigenes Werk wachsen sehen, nichts erfüllt sie so sehr mit Freude und Stolz. Und gerade diese moralischen Werte haben in dieser Zeit eine gewaltige Bedeutung. Ist der Optimismus, der Glaube an die Zukunft, in den Arbeitern lebendig, dann werden sie auch die Schwierigkeiten überwinden, die sich ihnen im Kampfe um die neue Bewegung zahllos in den Weg stellen. Fehlt aber dieser Glaube, dann ist alle Arbeit vergebens. Und der Mut entzündet und nährt sich am besten an realen Objekten des Kampfes. Die bereits bestehenden linksradikalen Unternehmen sind die Keime der neuen sozialistischen Pressverhältnisse in Deutschland. Zwar sind für sie meist noch keine juristisch glücklichen Formen der geschäftlichen Grundlagen gefunden worden. Aber selbst dort, wo das Unternehmen in der Hand einer einzelnen Person liegt, lassen sich leicht Änderungen herbeiführen, die den hinter den Unternehmen stehenden Organisationen die Rechte an ihrem Blatt sichern. Wer sich für

die Sache des Linksradikalismus eingesetzt hat, wird, wenn er durch die Verhältnisse in den Besitz eines Zeitungsunternehmens gelangte, seine Rechte gern an diejenigen abtreten, für die er sich einsetzte. Sollten dennoch Fälle eintreten, wo die Besitzer, etwa im Angesicht steigender Konjunktur, unter Berufung auf das bürgerliche Recht ihr Eigentumsrecht für ihre privaten Profitinteressen ausnützen würden, so wäre das zwar eine schwere Enttäuschung für die Linksradikalen, aus der sie allenfalls die Lehre zu ziehen hätten, dass die sofortige Schaffung einer demokratischeren Grundlage für das Geschäft, soweit das bürgerliche Gesetz eine solche überhaupt ermöglicht, der Übertragung des Geschäfts an eine einzelne Person unter allen Umständen vorzuziehen ist.

Von größter Wichtigkeit aber wäre die zeitige Schaffung eines legalen zentralen Tagesorgans der Linksradikalen, sowie die Schaffung eines zentralen wissenschaftlichen Organs. Auch die Verwirklichung dieses Planes liegt schon jetzt durchaus im Bereich der Möglichkeit. Auch hierfür sind die Grundlagen bereits gegeben.

So birgt die Durchführung der Beitragssperre bereits alle Probleme, die bei der Spaltung der Partei in großem Stile aufbrechen werden.

## Der Zusammenschluss der Linksradikalen.

Alle diese vorbereitenden Arbeiten können mit Erfolg jedoch nur geleistet werden, wenn die Linksradikalen einen engeren Zusammenschluss herstellen. Getrennt marschieren und, in sich geeinigt, die Sozialpatrioten und das Parteizentrum schlagen! das muss die Parole der Linksradikalen sein. So werden die Grundlagen der neuen Bewegung um ein Bedeutendes erweitert werden. Denn die Linksradikalen allein sind sich bewusst, welche Kraft die neue Bewegung schaffen und welche Form des Kampfes ihr Wesen sein wird.

Trennung von den Sozialpatrioten, Kampf dem Parteizentrum! in diesem Zeichen wird die neue Bewegung einen mächtigen Impuls erhalten. Durch die Beitragssperre wird die reinliche Scheidung der Geister einen starken Ruck nach vorwärts erhalten. Jedes Mal, wenn die Arbeiter zum Handeln kommen, erlebt man den Verrat der Sozialpatrioten am Sozialismus ebenso wie die Unfähigkeit des Zentrums, die neue Situation zu begreifen. Und beides dient dem Durchbruch der neuen Bewegung in gleicher Weise. Sie kann nicht entstehen, solange die Arbeiter noch in den Fesseln der Sozialpatrioten liegen und von den Phrase sich benebeln lassen.

Ganz besonders aber wird durch die Beitragssperre auch offenbar, dass Sozialpatriotismus und Parteizentrum Bestandteile der bürgerlichen Denkart sind und dass ihre Vertreter unfähig sind, den Kampf gegen Institutionen zu führen, die letzten Endes von demselben Geist durchdrungen sind wie sie selbst. So mündet der Kampf um die Beitragssperre aus in den allgemeinen Klassenkampf des Proletariats.

## Aus unserm politischen Tagebuch.

8. Januar.

Die „*Bremer Bürger-Zeitung*“ brachte vor kurzem die Nachricht, dass das Mitglied des „Parteivorstandes“, *Hermann Müller*, der „Vorwärts“ diktator, von den Wunden geheilt sei, die ihm Berliner Genossinnen beigebracht hätten. Die Geschichte wird einst Klarheit darüber verschaffen, ob die Quelle dieser Notiz in der Freude des sozialpatriotischen Chefredakteurs Donath über die Genesung seines Berliner Chefs, oder in der stillen Freude des jetzt als

Untergebener der Sozialpatrioten im Schweiß seines Angesichts wirkenden Zentrumsmannes *Henke* an den Wunden Müllers entsprungen ist. Wie es aber auch damit sein mag: Die Welt erfuhr auf diese Weise von dem ersten Opfer, das der P. V. auf dem Altar des Vaterlandes gebracht hat.

Nun dementiert Müller: Die Wunden am Kopfe (ein Beweis – der einzige – dass er dieses edle Gefäß besitzt) haben ihm nicht Berliner Genossinnen, sondern ein Berliner Genosse beigebracht. Doch das ist nicht wichtig. Was interessiert, ist die Bescheidenheit, mit der Müller seine Wunden vor den Augen der Partei verhüllt hatte. Er tat es wohl, wie jener römische Patrizier Coriolan, der es für unwürdig hielt, vor dem Volke mit den Wunden zu prahlen, die ihm der Kampf ums Vaterland einbrachte.

Aber in einem Punkte unterscheidet sich unser Partei-Coriolan von dem antiken: er zeigte nämlich seine Wunden, die er dem Volke nicht zeigen mochte, den hohen Gerichtsbehörden. Denn wenn ihm das Volk diese Wunden auch sicherlich nicht belohnen würde, so werden die Gerichtsbehörden jedenfalls den Frevler strafen, der sich an Herrn Müller, dieser Stütze des Vaterlandes, vergriff. Und vielleicht, vielleicht erfährt man auf diesem Wege weiter oben von den Wunden, die dieser Tapfere im Dienste des Vaterlandes davontrug. Kurz und gut: die Parallele zwischen Hermann Müller und Coriolan führt zu interessanten Schlüssen.

Aber die Sache hat doch auch noch eine andere Seite. Dass Hermann Müller bluten musste, ist nicht nur ein Symptom für die tiefgehende Erbitterung der Berliner Arbeiter gegen die Sozialpatrioten, sondern es zeigt auch, wie wenig die Berliner Genossen es noch verstehen, diese Erbitterung in politische Tat umzusetzen. Durch Prügel schlägt man den Sozialpatriotismus nicht tot. Höchstens verhilft man den Sozialpatrioten zu Schmerzensgeldern, die man obendrein selbst bezahlt: weil man doch gegen die Beitragssperre ist. Wir würden es lieber sehen, wenn die Berliner Genossen den Scheidemännern das Fell ungegerbt ließen, dafür aber das Tischtuch zwischen sich und ihnen zerschneiden würden.

10. Januar.

In der 37. Nummer der „Glocke“ veröffentlicht der führende Theoretiker der Sozialimperialisten, Heinrich Cunow, einen „Weltrevolution“ überschriebenen Artikel, in dem er gegen die Auffassung polemisiert, als enthielte der jetzige Weltkrieg keine revolutionären Elemente. Diese Auffassung der verknöcherten pazifistischen Zentrumslleute lässt sich leicht widerlegen und Cunow tut es mit dem Hinweis auf dieselben Wirkungen des Krieges auf dem Gebiete der Produktion, Technik, des Verhältnisses einzelner Länder zueinander, die wir Linksradiكالen immer genannt haben, wenn wir von der ungeheuren Verschärfung der Klassenverhältnisse durch den Krieg sprachen. Soweit – so gut. Aber hier reißt der Gedanke Cunows ab. Für einen Marxisten, für den die Produktion kein Verhältnis von Sachen, sondern das von Menschen zueinander ist, entsteht doch die Frage: *und was werden, was sollen die Menschen in dieser Weltrevolution tun, welche Klassen werden sie hemmen, welche sie fördern?* Welche neuen Formen des Klassenkampfes werden das Resultat dieser großen wirtschaftlichen Änderungen sein. Der Sozialimperialist Cunow, der mit scharfen Augen feststellt, was ist, der das, was ist, ohne Illusion zu sehen sucht (hier berührt sich der Linksradiكالismus nur mit dem Sozialimperialismus) er muss schweigen. Denn sonst müsste er erklären: die ganze Welt geriet in Bewegung und das einzige Resultat dieser Bewegung ist eben, dass das Proletariat in die Arme der Bourgeoisie liebevoll niedersinkt. Es lebe die Politik des 4. August, diese schärfste revolutionäre Waffe des Proletariats in der Ära der zur Weltrevolution gesteigerten sozialen Umwälzungen. Aber solchen Hokus-Pokus kann sich nur der politische Clown Paul Lensch erlauben, der es für Dialektik hält, wenn er einen

vernünftigen – nebenbei gewöhnlich entlehnten – Gedanken auf den Kopf stellt und mit den Beinen in der Luft herumzappeln lässt. Heinrich Cunow, der Historiker der französischen Revolution, muss schweigen, wo er zu dem Punkte gelangt, wie sich ihm die Frage von den politischen Folgen der wirtschaftlichen Revolution aufdrängt, die er aufstellt. Das zeigt das Faule in seiner Position.

Der Sozialimperialismus, der die sozialpazifistischen Illusionen zerstört, muss sozialreformerische säen, oder er muss schweigen.

10. Januar.

Die *Ersatzwahl in Köln* hat den Gegensatz zwischen den Sozialpatrioten und den Linksradikalen in aller Schärfe und Tiefe offenbart. Meerfeld, der Kandidat der Rechten, der selbst dem Zentrum die nötige Gewähr für eine vaterländische Politik bot, konnte unmöglich von den Arbeitern gewählt werden, die auch nur ein Quäntchen sozialistischen Denkens bewahrt hatten. Und so zerschnitten sie rücksichtslos das Tischtuch zwischen sich und den Sozialpatrioten. Die flagrante Verletzung des Parteiprogramms durch die Politiker des 4. August beantworteten sie mit der Aufstellung einer eigenen Kandidatur. Sie wählten Karl Liebknecht. Es war eine Parole, wie sie klarer und klärender nicht gedacht werden kann. Und die Gruppe der Linksradikalen, die Liebknecht nominierten, bilden für Köln den Kern der neuen Bewegung. Sie kämpften auch in der Wahlbewegung unerschrocken für ihre Sache. In einer Wählerversammlung vom 3. Januar wollten sie durch den Mund einer Genossin eine Erklärung abgeben. Dr. David aber, der Referent, nutzte die durch die Polizeistunde knapp bemessene Zeit voll aus, sodass die linksradikale Genossin nicht mehr zum Worte kam. Die Erklärung, die sie im Namen der Linksradikalen abzugeben hatte, lautet: „Entrüstung und Scham über die von den Parteiinstanzen betriebene Mehrheitspolitik, die sich kurzerhand über die von den Parteiinstanzen betriebene Mehrheitspolitik, die sich kurzerhand über Parteiprogramm und Beschlüsse hinwegsetzt, die sozialistischen Grundsätze mit Füßen tritt, kurzum unsere ganze sozialistische Weltanschauung verleugnet, zwingt uns, öffentlich dagegen Protest zu erheben. Ganz besonders das Verhalten der Mehrheitspolitiker bei Schaffung des Zivildienstpflichtgesetzes hat unsere Empörung ausgelöst und ist uns Veranlassung, die Wähler aufzufordern, nicht dem Redakteur Meerfeld, dem Verfechter dieser Mehrheitspolitik, sondern Dr. Liebknecht mit uns ihre Stimme zu geben.“

Diese Tat der Kölner Linksradikalen wird ihre aufklärende und anfeuernde Wirkung nicht verfehlen. Keinem Sozialpatrioten die Stimme mehr! Öffentlich den Sozialpatrioten jegliches Vertrauen abgesprochen! Keinerlei Gemeinschaft mehr mit den Eberts, Scheidemanns und ihren Schutztruppen! In diesem Zeichen wird die Sozialdemokratie zu neuem Leben erwachen.

Berichtigung. In der letzten Nummer auf der zweiten Seite, erste Spalte sind die ersten 14 Zeilen umstellt worden. Der Artikel ist so zu lesen, dass diese 14 Zeilen am Schlusse derselben Spalte stehen. [vom Herausgeber korrigiert]

Ja, die Mächtigen, die Beglückten,  
Ja, die Götter dieser Erden!  
Ihnen muss der Unterdrückten  
Sühnend Blut geopfert werden.  
Rein von Blut sind ihre Hände,  
Das Gesetz verlangt die Spende!

Chamisso

## Feuilleton

### Die Blutrache von Weinsberg.

Aus: „Der große Bauernkrieg“ von W. Zimmermann. (Schluss.)

Solche Erinnerungen mochten in der Seele manches Bauern jetzt auftauchen, als die Gräfin von Helfenstein flehend und jammernd zu ihren Füßen lag. Jahrelange unmenschliche Behandlung hatte viele zu Unmenschen gemacht. Sie stießen sie zurück und einer stach mit seinem Speiß „das kleine Herrlein“ auf ihrem Arm in die Brust. Helfenstein selbst bot für sein Leben eine Lösungssumme von 30 000 Gulden. Und gäbst du uns zwei Tonnen Goldes, so müsstest du doch sterben, antworteten sie. Die Rache lechzte nach Blut. Auf Jäckleins Befehl bildete sich eine Gasse, die Gasse kommandierte Hans Winter aus dem Odenwald, Wilmarhans von Neckargarten schlug die Trommel, wie es bei Hinrichtungen der Art alter Brauch war. Die Bauern in der Gasse streckten ihre Speiße vor, und der erste, der unter Trommelschlag in die Gasse gejagt wurde, in die Speiße der Bauern, war Hans, ein Knecht des Konrad Schenk von Winterstetten. Er wurde sogleich niedergestochen. Der zweite, an den die Reihe kam, war sein Herr, der dritte, der zum Eintritt in die Gasse kommandiert wurde, war Graf Ludwig von Helfenstein. Jakob Lentz, ein zu Rom geweihter Priester und jetzt Feldschreiber der Bauern, hörte ihn beichten und empfing von ihm seinen Rosenkranz, den er fortan selbst am Arme trug. Urban Metzger von Waldbach und Claus Schmidts Sohn von Rappach führten den Grafen in ihrer Mitte heraus an die Gasse. Es sollte ihm doppelt bitter werden. Der Graf hatte früher in glücklichen Tagen seine Tafelmusik. Melchior Nonnenmacher, ein Pfeifer von Ilsfeld, der die Zinke blies, war namentlich früher in seiner Gunst gestanden und mehrmals bei ihm zu Tisch gesessen. Diesen, aus seinem Dienst entlassenen Nonnenmacher sah der Graf jetzt vor sich auf seinem letzten Gang. Der trat vor ihn, wie sie ihn daher führten, nahm ihm Hut und Feder vom Kopf mit den Worten: „Das hast du nun lange genug gehabt, ich will auch einmal ein Graf sein!“ und setzte ihn sich selbst auf. Und weiter sagte er: „Habe ich dir einst lange genug zu Tanz und Tafel gepfeifen, so will ich dir jetzt erst den rechten Tanz pfeifen.“ Damit schritt er vor ihm her und blies lustig die Zinke bis vor die Gasse. Urban Metzger von Waldbach stieß ihn an gegen die Speiße. Beim dritten Schritt schon stürzte der Graf unter vielen auf ihn hineinstechenden Speißen zu Boden. Ihm folgte sein Knappe, Bleiberger, und sein Hausnarr, dann nacheinander kamen die Ritter daran, und wie einer in die Gasse trat, hörte er Zurufe, wie: „Du hast mir über einen Samen geritten! Du hast mir das Schwert über den Kopf geschlagen! Du hast mir dies und das getan!“ Die jungen Reiterknaben wurden mit Speißen in die Höhe gehoben und so ermordet.

Noch der Leichnam des gefallenen Grafen wurde verhöhnt und misshandelt. Melchior Nonnenmacher nahm das Schmalz von ihm und schmierte seinen Speiß damit. Die schwarze Hofmännin schmierte sich mit dem herauslaufenden Fette die Schuhe. Man sah einen, der Haut und Haar eines Ermordeten auf einem Speiß herumtrug. Andreas Remy von Zimmern steckte die Helmfedern des Grafen auf seinen Hut, Jäcklein Rohrbach legte den Koller und die damastene Schauppe des Grafen sich selbst an, trat damit vor die unglückliche Gräfin und sprach: „Frau, wie gefall ich euch jetzt in der damastenen Schauppe?“ Die Gräfin verging vor Schrecken und Betrübnis, als sie den Mörder ihres trauten Herrn in dessen Waffenkleidung vor sich sah. Den Panzer legte Jäcklein wieder ab und schenkte ihn an Hans Seckler von Neuenstein. Rohe raubgierige Hände nahmen der Gräfin ihr Geschmeide und ihre Kleider und zerfetzten ihr noch den Rock, den sie am Leibe hatte. Man setzte sie auf einen Mistwagen mit ihrem Kind und ihrem Frauenzimmer und schickte sie nach Heilbronn. Spottend riefen sie zu ihr hinauf: „In einem goldenen Wagen bist du nach Weinsberg eingefahren, in einem

Mistwagen fährst du hinaus.“ Sie aber gedachte der eben verflissenen Leidenswoche des Herrn und sprach: „Ich habe viel Sünden; Christus, mein Herr, ist auch am Palmtag unter dem Jubel des Volkes eingezogen, und bald darauf hat er Spott und Kreuz leiden müssen, nicht um seiner, sondern um anderer Sünden willen; der tröste mich.“ So fuhr die edle Dulderin von dannen.

Die aufgehende Sonne beleuchtete die Vollendung des blutigen Schauspiels: Jäcklein und seine nächste Umgebung führten die grausige Szene für sich auf, nur eine kleinere Anzahl hatte Teil daran; neun Zehnteile des Bauernheeres erfuhren erst, als alles längst vorüber war, etwas von der Blutrache, die Jäcklein und andere mit ihm an den Rittern genommen hatten.

Die Hauptleute und Räte hielten eine Sitzung. Was darin verhandelt, wie Jäckleins und anderer Hauptleute Tat von allen aufgenommen wurde, darüber ist nichts überliefert. Nur eines ist Tatsache: von diesem Augenblick an wird Florian Geyers Name nicht mehr im Bauernrate genannt, und er trennt sich mit seiner schwarzen Schar von dem hellen Haufen. Das war die eine, wohl die schlimmste Frucht, die aus der Blutsaat Jäckleins aufging. Florian Geyer mit seiner Schar bildete den kriegerischen Kern des hellen Haufens, er hatte bisher, er hatte zuletzt bei der Erstürmung des Weinsberger Schlosses seine Tüchtigkeit bewährt, er war die eigentliche militärische Einsicht im Haufen; in seiner schwarzen Schar verlor der helle Haufen seine besten Kriegersleute, in Florian selbst nicht bloß das einzige kriegsverständige Haupt, sondern den tüchtigsten, treuesten und redlichsten Führer, wie sie nie mehr einen bekommen konnten.

Von Weinsberg aus erging eine Ladung an die benachbarten Grafen von Löwenstein unter schwerer Drohung. Die beiden jungen Grafen erschienen notgedrungen im Bauernlager. Als sie durch Weinsberg geführt wurden und einer derselben einen Weinsberger ansprach und dieser sich ehrerbietig gegen den Grafen neigte, da stellte sich ein altes Bäuerlein mit einer großen, rostigen Hellebarde drohend gegen den sich Neigenden: „Was neigst du dich? Ich bin so gut als er!“ Auch mussten die Grafen den Bauern zum Spaß die Hüte vor ihnen abnehmen.

Von Weinsberg aus ging der Zug des hellen Haufens, wie verabredet worden war, auf die freie Reichsstadt Heilbronn, um sich von dort aus nach Franken zurückzuwenden. Auch die Grafen Ludwig und Friedrich von Löwenstein mussten dem Haufen nachziehen, in einem Bauernhabit und mit weißen Stecken in den Händen. So sah man sie im Tiergarten vor Heilbronn mitten unter den Bauern sitzen, „also erschrocken, als ob sie tot wären“.

## Zeugen und Rufer.

Der kritische Kommunismus fabriziert keine Revolutionen, er bereitet keine Insurrektionen vor, er bewaffnet keine Revolten. Er verschmilzt sich mit der proletarischen Bewegung, aber er sieht und unterstützt diese Bewegung in voller Erkenntnis des Bandes, das sie mit der Gesamtheit aller Verhältnisse des sozialen Lebens verknüpft, verknüpfen kann und verknüpfen muss. Er ist mit einem Worte kein Seminar, worin man den Generalstab der proletarischen Revolution schult, er ist einzig das Bewusstsein dieser Revolution und vor allem das Bewusstsein ihrer Schwierigkeiten.

Antonia Labriola.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 3/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 20. Januar 1917.

Nr. 3

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Wilson, der Retter der Menschheit.

Just auf den Tag neunzehnhundertundsechzehn Jahre, nachdem der Christenheit der Heiland geboren, soll sich das Wunder erneut haben, dass das einst der Menschheit Frieden und Wohlgefallen verhieß. Zwar nicht ein dürftiges nackendes Knäblein in der Krippe zu Bethlehem ist der Spender des Heils: ein recht ausgetragener Junge schon, schon getauft mit des Jordans und allen anderen Wassern. Zu dessen Häupten auch nicht der stille Stern von Bethlehem strahlt, dessen Name viel eher seine Glorie findet in den Aktien von Bethlehem Steel Corporation, deren Wert in diesem gesegneten Kriege von 30 auf 600 Dollar mählich sich emporgeschwungen. *Woodrow Wilson* heißt dieser sonderliche Heilige, dem vor zwei Monaten die amerikanische Bourgeoisie das Zeugnis ausstellte, dass unter seinen Fittichen die Dollarprofite am besten gedeihen und ihn daher erkor, weitere vier Jahre sein ihr ersprießliches Geschäft zu versehen. Dem freilich zu gleicher Zeit eine Million Zweihunderttausend Proletarier das Zeugnis erteilten, dass er nichts anderes sei als der Agent der Bourgeoisie und somit ein Feind proletarischen Interesses. Aber was tuts? Im Namen dieses selben proletarischen Interesses wallfahrten nun die Könige und Weisen aus dem Morgenland zum neu erstandenen Woodrow Wilson und entbieten ihm nebst Heil- und Segenssprüchen ihre Huldigung: die Sozialpatrioten von Dänemark, von Norwegen, von Ungarn, und selbst Viktor Adler und Pierre Renaudel, sonst in Verteidigung ihrer Vaterländer begriffen, finden Zeit, ihren Kniefall zu tun. Dass Philipp Scheidemanns Heimkriegerschar sich vorderhand dem Zuge noch nicht formell angeschlossen, ist äußerlichen Wesens nur. Gar manchen seiner edlen Ritter sah man dieser Tage, wie er der Rührung Zähne zwischen Bart und Brille sich zerrieb.

Welch freundliches Bild. Wie sie erhobenen Gemütes hinanstreben zu dem Berge, auf dem das Weiße Haus steht. Droben der Mann, noch damit beschäftigt zu errechnen, was bisher am Kriege verdient worden sei und was noch weiter daran verdient werden könnte. Die Pilgerschar erscheint, im Namen der Menschheit ruft sie ihm Halleluja. Er hat ja vom Frieden



gesprochen. Und noch viel mehr. Die Norweger reden gar von seiner „energischen Arbeit zur Beendigung der Kriegsbarbarei und für die Wiederherstellung eines dauernden Friedens.“ Also kein gewöhnlicher Friede, der nur dauert bis zum nächsten Krieg. Sondern jener neuerfundene „dauernde Frieden“, der dauern soll: ja bis wann? Das steht noch nicht fest und war selbst aus den Reden von Bethmann-Hollweg, Grey, Briand und anderen praktisch erprobten Vorkämpfern dieses dauernden Friedens nicht zu entnehmen. Und selbst der neu erstandene Heilige, Woodrow Wilson, hat darüber ins Einzelne sich noch nicht geäußert, und es bleibt nur übrig, aus den begleitenden Umständen zu entnehmen, wie seine – der Vereinigten Staaten und Sozialpatrioten – Präsidentschaft sich das denkt.

Da war zunächst ein Interpret der Wilsonschen Friedensrede, der sich eine fast größere Wirkung sicherte als sie dem interpretierten Werke zu Teil wurde. Dazu ein Interpret, der zweifellos authentisch war: der Staatssekretär Lansing. Er bemerkte anlässlich der Überreichung der Note trocken Tones, *Amerika befinde sich selber am Rande eines Krieges* und es müsse sich jetzt entscheiden, welche Stellung sein Interesse von ihm erfordere. Die Erklärung hatte einen durchschlagenden Erfolg bei den Leuten, die politische Ereignisse kühleren Herzens beurteilen als sozialpatriotische Führer: bei den Börsenjobbern. Die New Yorker Börse erlebte infolge der Lansingschen Erklärung – die Börse kann trotz allem noch immer kein Pulver riechen – einen ihrer stürmischsten Tage. 3,2 Millionen Aktien wurden an einem Tage umgesetzt, Stahlaktien in Posten von 50 000 Stück auf den Markt geworfen und die Kurse flogen in Dutzenden von Prozenten von ihrer stolzen Höhe. Nicht etwa, weil der Frieden drohte, sondern wegen der Lansingschen Erklärung, die es deutlich sagte, was für ein Friede gemeint sei und die man, um der Börse ein paar Tage Ruhe wieder zu geben, am nächsten Morgen in etwas milderem Tone travestierte.

Schon das hätte unsere Sozialpatrioten stutzig machen können. Noch mehr aber, wenn man sich besah, von wannen überhaupt diese Wissenschaft vom Frieden kam.

Es ist der Präsident der Vereinigten Staaten, der spricht. Der Vereinigten Staaten, die von allen gewaltigen Entwicklungen, die der Kapitalismus gebracht, die gewaltigste aufweisen. Die schon vor dem Kriege der mächtigste Industriestaat gewesen, so mächtig als England und Deutschland zusammengenommen. Nur ein paar Zahlen. Im Jahre 1915 betrug die

	in Deutschland	in England	in d. Vereinig. Staaten
Kohlengewinnung	278,98	292,01	517,14 Mill. T.
Eisenerzgewinnung	35,94	16,25	59,44 Mill. T.
Roheisengewinnung	19,30	10,64	31,46 Mill. T.
Stahlgewinnung	17,30	7,01	31,75 Mill. T.

Es war die neue Welt der alten schon über geworden. Nur einen einzigen Schönheitsfehler hatte die amerikanische Wirtschaft. Ihre industrielle Entwicklung war so gewaltsam gewesen, dass der eigene Kapitalmarkt den Bedürfnissen nicht genügte. Das alte Europa musste noch die Kapitalien herleihen, sie waren zugleich der Strang, an dem der ungebärdige Knabe

drüben noch gehalten wurde. Da kam der Krieg. Erst mit den Zeichen schwerster Krise auch für Amerika: noch einmal bekam das Land schwer zu spüren, was es heißt, anderer Länder Schuldner zu sein. Europa forderte seine Darlehen stürmisch zurück. Amerikas Wirtschaft selbst schien am Zusammenbruch. Nur drei Monate lang. Langsam, dann schneller, dann sich überstürzend setzten nun die Kriegsaufträge ein. Es begann in Amerika jene blühendste Hochkonjunktur, die Amerika, ja die die ganze Welt jemals irgendwo gesehen. Nach Milliarden Dollar zählten die Aufträge, nach Hunderten von Millionen die Profite der amerikanischen Industrie. Und mit einem Schlage geschah so, was sonst das Resultat einer Jahrzehnte langen Entwicklung gewesen wäre: das Schuldenland Amerika ward Gläubigerland. Nach einer Aufstellung des Bundesreserveamtes in Washington betrug allein die Nettoeinfahrt an Gold in die Vereinigten Staaten in der Zeit vom 1. August 1914 bis 13. Oktober 1916 832 Millionen Dollar. Dazu die Rückwanderung der Effekten aus Europa nach Amerika. Die Eisenbahnrate allein wurde auf zwei Milliarden Dollar geschätzt; für die Industrierate fehlt die Möglichkeit einer Schätzung. Aber nur an Werten des Stahltrustes sind ca. 100 Millionen Dollar zurückgewandert. Mit anderen Worten: Amerika ist seine Schulden an Europa losgeworden. Es hat an europäische Staaten in der oben angeführten Zeit 1627 Millionen Dollar ausgeliehen. Dazu an Britisch-Amerika 212 Millionen Dollar. Und schließlich hat es ausgeliehen: an Südamerika 88 Millionen und an China 4 Millionen Dollar.

Diese letzten zwei Zahlen, der Größe nach gering, sind nicht weniger bedeutsam als die anderen. Denn sie zeigen an: während Europa den letzten Pfennig dem Moloch Krieg in den Rachen wirft, sind die Vereinigten Staaten das Land geworden, in dem das Kapitalbedürfnis der Welt befriedigt wird. Es beginnt weltökonomisch die Herrschaft des amerikanischen Kapitals.

Und es beginnt auch die Herrschaft der amerikanischen Ware. In den letzten Jahren vor dem Kriege hat Amerika, wie es England und wie es Deutschland tat, rund seine 10 Milliarden Mark Ware auf den Markt geworfen. Und was noch mehr sagen will: der Anteil der industriellen Erzeugnisse an der amerikanischen Gesamtausfuhr ist in ständigem Steigen. Um 34 Prozent seiner Gesamtausfuhr stellten 1900 seine ausgeführten Fabrikate dar, 45 Prozent 1910 und 49 Prozent 1913. Die Ziffern für 1914 und gar 1915 müssen ungeheure Fortschritte zeigen: absolut und relativ. 1915 brachte allein eine Kriegsausfuhr von etwa 3,5 Milliarden Mark. Es sind neue Industriestädte aus der Erde gewachsen. Die Hochöfen unzählig vermehrt, die Produktion gesteigert: sie werden, einst auf Friedensarbeit umgestellt, ihre Waren hinaussenden in die Welt, wo die europäische Industrie, geschwächt und aus tausend Wunden blutend, wird mühsam ihr Leben fristen.

Mit anderen Worten: mit neuer, ungeahnt großer Herrschaft an Kapital und Ware wächst ein *neuer imperialistischer Riese* auf. Der tastend bereits die Hände streckt nach neuen Ländern, die er beherrschen will. Die Dänen können davon erzählen, die „freiwillig“ ihm die westindische Besitzung verkauften, so freiwillig wie man die Geldbörse gibt, wenn einem der Revolver unter die Nase gehalten wird. Und die nächste, die davon erzählen wird, wird die Republik Ecuador sein, die in ähnlich freundschaftlicher Weise ersucht worden ist, den Verkauf der Galapagos-Inseln für empfehlenswert zu halten.

Doch alles nur ein Vorspiel. Drüben über dem Stillen Ozean lockt den gewaltigsten Industriestaat der größte Waren- und Kapitalabsatzmarkt, der heute noch abzugeben ist: *China*. Das Land der 300 Millionen Einwohner, mit der Jahrtausende alten Kultur. Vor Jahren schon haben die Vereinigten Staaten Vorposten bezogen: 1893 auf Hawaii, 1898 auf den Philippinen; jetzt liegt Europa in seinem Blute, die Zeit ist günstig. Aber auch andere waren nicht müßig. Japan rüstet sich finanziell und militärisch mit den Millionen, die auch ihm aus

dem europäischen Kriege zugefallen sind; es rüstet sich diplomatisch und hat sich mit Russland über seine chinesischen Interessen verständigt.

Also Kampf um imperialistische Interessen und Amerika tut das, was es für solche Fälle von Europa gelernt. Es redet vom Frieden und rüstet zum Krieg. Oder vielmehr: es versetzt sich in den Zustand der „prepareness“, der Bereitschaft. Ein neues Wort für einen alten Begriff. Wir kennen es schon lange. Es ist was uns als „trocknes Pulver“, „scharfgeschliffenes Schwert“, als die „schimmernde Wehr“ in 25 Jahren vorgestellt worden ist. Es ist die alte Lehre, dass man den Krieg homöopathisch behandeln müsse: um den Krieg zu vermeiden, auf den Krieg so lange zu rüsten, bis schließlich der – Frieden daraus wird, an dessen Segnungen Europa seit 30 Monaten Wohlgefallen findet.

Was dem amerikanischen Imperialismus zu seiner Vollkommenheit bislang fehlte, der stählerne Panzer, den legt er sich jetzt an. In amerikanischem Ausmaß. 500 Millionen Dollar, 2 Milliarden Mark, bewilligte der amerikanische Kongress auf ein Brett, 1200 Millionen Mark jährlich lässt er sich künftig seine Marine kosten. Zur Verteidigung natürlich nur. Im Buch (Hudson Maxim: Das wehrlose Amerika) und in stundenlangem Film werden dem amerikanischen Volke die Schrecken der Invasion gemalt. Invasion durch wen? Niemand fragt danach, aber: Kanonen! Munition! wurde die Forderung des Tages.

Das alles braucht aber Zeit. Die Gefahr – nämlich die um den chinesischen Brocken – ist gegenwärtig. Die droht von Seiten Japans, das diplomatisch niederzuhalten England bisher half. Es kommt auch in der Zukunft als eventueller militärischer Bundesgenosse im fernen Osten in Betracht. Auch die Verschuldung der Entente bei der New-Yorker Börse bindet die Vereinigten Staaten an jene. Wenn man dies alles in Betracht zieht, so versteht man, dass die längere Dauer des Weltkrieges keinesfalls im amerikanischen Interesse liegt; aber umso weniger ein Friede, der die Interessen der Entente – Englands in erster Linie – nicht voll und ganz berücksichtigen würde.

Wilson's Note sollte vorerst feststellen helfen, inwieweit die Zentralmächte diesem Frieden geneigt sind. Sie war zweifelsohne vorbereitet, bevor der deutsche Vorschlag kam. Dieser war somit – wie ein Teil der deutschen Presse offen zugab – darauf berechnet, der amerikanischen Intervention die Spitze abzubringen, ja wie die „*Neue Freie Presse*“ sagt, das Vorgehen Amerikas mit dem der Zentralmächte zu verbinden. Aber durch diplomatische Künste kann man eine vorhandene Interessengemeinschaft nicht aus der Welt schaffen. Wilson wird sich nicht um das Geschimpfe der Ententepresse kümmern, die so tut, als ob sie seinen Schritt als im Interesse Deutschlands liegend betrachte, sondern er wird sich daranhalten, dass die Zentralmächte sich weigern, ihre Friedensbedingungen zu nennen. Das wird er als Beweis ansehen, dass die Sache noch nicht so weit ist, dass der deutsche Imperialismus die Bedingungen akzeptieren wollte, die den Interessen der englischen und amerikanischen entsprechen. Entweder wird darauf eine Verschärfung der diplomatischen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den Zentralmächten erfolgen, oder diese werden, um dem Abbruch aus dem Wege zu gehen, Verhandlungen mit Wilson beginnen, durch die sie in der Anwendung des verschärften Unterseebootkrieges moralisch behindert werden, nach dem die Tirpitzpresse schreit und der die Interessen des amerikanischen Exportkapitals bedroht.

So sieht der „Friedensvorschlag“ des amerikanischen Friedensengels aus. Die Linke hat keine Ursache, die Dinge anders darzustellen, als sie sind. Dass Wilson mir nichts, dir nichts das sich so gut rentierende Geschäft des imperialistischen Matadors mit dem eines Friedensmachers vertauscht, können sich nur die betrogenen Betrüger, die Sozialpatrioten, in ihrem Schlamassel vorstellen, die, unvorbereitet auf eine so lange Kriegsdauer, jetzt nach

allerhand Stimulanzien greifen müssen. Nur noch ein paar Monate, Wilson hilft schon! – das ist ihre neueste Losung. Ein Schwindel, wie alle anderen.

Das Proletariat, dem jahraus, jahrein in den Weihnachtsartikeln gepredigt wurde, kein Heiland sei ihm geboren, es müsse sich selbst befreien, wird auf den Schwindel mit Wilson, dem Retter, nicht hereinfallen. Es wird jede Unsicherheit der Imperialisten ausnützen, aber nur für seine eigene, selbständige Aktion, die allein imstande ist, es von allen Nöten der imperialistischen Epoche zu befreien. P. L.

## Die Reichskonferenz der deutschen Opposition.

Am 7. Januar tagte im Reichstag eine von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft einberufene Konferenz, zu der außer den Vertretern des Parteizentrums auch die Anhänger der verschiedenen Gruppen der entschiedenen Linken geladen waren. Die Bedeutung dieser Konferenz lag nicht darin, dass dieser oder jener Resolution mit Majorität zugestimmt wurde; denn sie konnte nach den Umständen, unter denen sie zustande kam, nicht entfernt ein Bild von dem tatsächlichen Kräfteverhältnis in der deutschen Opposition bieten. Ihre Bedeutung lag vielmehr in der Tatsache, dass sich hier zum ersten Male unter Ausschaltung der Sozialpatrioten und Sozialimperialisten, eine Auseinandersetzung zwischen dem Zentrum der Partei und den Linksradikalen vollzog. Darin beruhte zugleich der historische Fortschritt, den die Konferenz repräsentierte. Bestand der Hauptgegensatz in der alten Partei zwischen Revisionismus und Radikalismus, so ist heute der für die Arbeiterbewegung aller Länder entscheidende Gegensatz innerhalb der Opposition, zwischen dem Parteizentrum und den revolutionären Sozialisten, zu erblicken. Und die Austragung dieses Gegensatzes, der den alten Gegensatz zum Revisionismus mit umschließt, ist die Aufgabe seiner am klarsten blickenden Köpfe. Sie ist zugleich die Vorbedingung für den Durchbruch der neuen Epoche der Arbeiterbewegung, in deren Kämpfen er seine endgültige Lösung finden wird.

Es ist ein lächerliches Geschwätz, die Auseinandersetzung innerhalb der Opposition als Selbstzerfleischung zu bezeichnen, an der nur die Sozialpatrioten und mit ihnen im Bunde die bürgerliche Welt ihre stille Freude haben könnten. Die in der Gesellschaft und nicht zuletzt die in der Arbeiterbewegung bestehenden Gegensätze sind das Produkt objektiver Verhältnisse; sie müssen, wie alle Gegensätze, ausgetragen, ausgekämpft werden; ja, in der Austragung der Gegensätze besteht recht eigentlich der historische Fortschritt, während alles Vertuschen der Gegensätze der Reaktion dient. Und da gerade die Vertreter des Parteizentrums so eifrig bemüht sind, den Gegensatz zum revolutionären Sozialismus vor den Massen der Arbeiter zu verbergen, so dokumentieren sie gerade hierin ihren tief reaktionären Charakter. Und jede Gruppe in der entschiedenen Linken, die aus Gründen äußerer Erfolge Gegensätze, die sich in den Reihen der entschiedenen Opposition aufgetan haben, durch den Hinweis auf die Gefahr einer erneuten Zersplitterung zu verschleiern oder ihre Austragung zu verhindern sucht, ist im Grunde ihres Wesens Bein vom Bein des Parteizentrums und der Reaktion. Nicht dadurch schafft man der Opposition Schwierigkeiten, dass man die in ihr vorhandenen Gegensätze schonungslos bloßlegt und ihre Austragung bewirkt, wohl aber bereitet man neue Schwierigkeiten und Krisen für die Arbeiterbewegung vor, wenn man von der revolutionären Parole, auszusprechen, was ist, nicht rücksichtslosesten Gebrauch macht. Nur müde Kämpfer können das Vorhandensein von Gegensätzen bedauern; jeder Revolutionär wird es begrüßen.

Die Reichskonferenz der Opposition hätte ihre historische Aufgabe, Klärung in die Zustände der deutschen Opposition zu bringen, erfüllt, wenn sie in erster Linie den Gegensatz

zwischen Parteizentrum und revolutionärem Sozialismus schonungslos, krass, bis in alle seine Tiefen und Verzweigungen dargelegt hätte. Sie vermied diese Auseinandersetzung. Das Zentrum der Partei verfolgte von vornherein die Absicht, den Zusammenschluss mit der Linken zu bewirken. Die Gruppe „Internationale“ aber, die auf Grund ihrer bisherigen, gewiss höchst aner kennenswerten praktischen Arbeit, den Haupttrupp der linksradikalen Opposition bildet, vermochte dieses Einigungsstreben des Zentrums nicht grundsätzlich zu durchkreuzen.

Die Grundlagen für die Beurteilung der Konferenz bilden die von den beiden Hauptrichtungen vorgelegten Leitsätze. Die begründenden, je einstündigen Reden sind in jedem Betracht belanglos, von den Debattenreden, die auf jeweils zehn Minuten bemessen waren, gar nicht zu sprechen. Was besagt die Resolution der Arbeitsgemeinschaft? Sie wirft dem Parteivorstand seine Gewaltmaßregeln gegen die Opposition vor – als ob diese „Gewaltmaßregeln“ vom Standpunkt des Sozialpatriotismus nicht selbstverständliche Maßnahmen der Selbsterhaltung wären. Sie zieht den Parteivorstand des parteizerrüttenden Treibens – als ob der Parteivorstand nicht mit demselben Recht der Arbeitsgemeinschaft Parteizerrüttung vorwerfen könnte. Sie geißelt seine Pflichtverletzung, die er dadurch begangen haben soll, dass er nicht *allen* Anschauungen innerhalb der Partei freie Betätigung auf dem Boden des Parteiprogramms sicherte und nicht die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Parteipresse wahrte – als ob der Parteivorstand sich nicht ebenso über die Unduldsamkeit der Opposition beklagen könnte. Sie wirft ihm Pflichtverletzung vor, weil er die Parteipresse nicht zum Kampfe gegen den Kapitalismus zusammengehalten habe – als ob das seine Aufgabe wäre, als ob das überhaupt im Bereiche der Möglichkeit läge. Sie verdonnert ihn, weil er Sonderbestrebungen innerhalb der Organisation gefördert habe – als ob die Bildung der Arbeitsgemeinschaft, als ob die Einberufung einer parteiillegalen Konferenz, von andern Konferenzen gar nicht zu reden, als ob die Herausgabe von Flugblättern gegen den Parteivorstand keine Sonderbestrebungen innerhalb der Organisation wären.

Wir haben einen Augenblick den Verteidiger des Parteivorstandes gespielt, nicht, weil uns sein Wohl sonderlich am Herzen läge, sondern weil wir zeigen wollten, dass kein Argument der Zentrumsresolution gegen den Parteivorstand durchschlägt, dass es vielmehr im Handumdrehen zu widerlegen ist und sich gegen die Arbeitsgemeinschaft selbst richtet. Und obgleich die Arbeitsgemeinschaft kein Argument gegen den Parteivorstand vorbringen kann, fordert sie in ihrer Resolution die oppositionellen Elemente auf, mit Entschiedenheit gegen ihn aufzutreten. Wie sieht diese Entschiedenheit aus? Was fordert die Arbeitsgemeinschaft? Die Opposition soll dort, wo sie in der Mehrheit ist, in stete und enge Fühlung miteinander treten; wo sie in der Minderheit ist, soll sie im Rahmen des Parteistatuts unermüdlich für die Ausbreitung ihrer Anschauungen wirken und zur Erfüllung ihrer Aufgaben, sowie zur eigenen Belehrung in geeigneter Weise einen Zusammenschluss herbeiführen. Die Beitragssperre aber soll sie als ungeeignetes Mittel des Kampfes zurückweisen. So sieht die „Entschiedenheit“ des Kampfes gegen den Parteivorstand aus, die die Arbeitsgemeinschaft fordert. Ein gemütliches Kaffeekränzchen politischer Betschwestern, derweilen der Parteivorstand seine Kolonnen zum Sturm gegen den Sozialismus formiert. Die Eberts werden sich die Hände reiben ob dieser hoffnungslosen Impotenz der Zentrumseunuchen, und sie werden nicht versäumen, ihnen Fußtritte zu verabfolgen, die sie in ihrer sklavischen Unterwürfigkeit tausendmal verdient haben.

Was besagten demgegenüber die Thesen der Gruppe „Internationale“? Zeigten sie den Gegensatz zwischen der entschiedenen Linken und dem Parteizentrum in allen grundlegenden und taktischen Fragen auf? Peitschten sie die pazifistische, unsozialistische Politik der Arbeitsgemeinschaft? Zwangen sie die Haases und Ledebours, ihren kompromittierlichen Standpunkt zu den Fragen des Krieges darzulegen? Sagten sie den

Dittmanns und Vogtherrs, den Herzfelds und Henkes offene Fehde an wegen ihrer Haltung bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes, der Zensur, der Angelegenheit Liebknechts, wegen ihres Kampfes gegen die Anhänger der Beitragssperre, wegen ihrer Stellung zu den Massenaktionen, die sie nur als theoretische Frage behandelt wissen wollten? Retteten sie auch nur die Haltung Liebknechts, indem sie fortsetzten, was er begonnen: den grundsätzlichen Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaft? Nichts, nichts von alledem! Statt der offenen Kampfansage Vorschläge zur Güte: Beitragssperre, Aberkennung der Mandate der Sozialpatrioten dort, wo die Opposition das Übergewicht hat, Ausnutzung der Parlamentstribüne als Hilfsmittel für die Massenaktionen, Aufgeben der bisherigen Taktik der Arbeitsgemeinschaft, die Regierung um die Herbeiführung des Friedens anzugehen; Herbeiführung des Friedens durch die proletarischen Massen selbst; Schaffung eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen allen auf dem Boden der Thesen stehenden oppositionellen Elemente gegen den Parteivorstand etc.

Was könnte die Arbeitsgemeinschaft darauf erwidern? Aberkennung der Mandate der Sozialpatrioten? M. w.! wir werden froh sein, die Lipinskys in den Reichstag zu bekommen. Ausnutzung der Reichstagstribüne zu Massenaktionen? M. w.! Seht euch doch unsere Erklärungen an; noch die letzte zum Friedensangebot, in der von den Massen die Rede ist. Und seht euch die fulminanten Reden unseres Dittmann an! Was also wollt ihr noch von uns? Bis auf die Beitragssperre können wir alles mitmachen und machen wir alles mit, was ihr von uns verlangt. Und das mit der Beitragssperre hat doch noch sehr seinen Haken! In diesem Punkte bestehen doch unter euch selbst die größten Meinungsverschiedenheiten. Gehören nicht weite Kreise zu euch, die grundsätzlich gegen die Beitragssperre sein müssen, weil sie grundsätzlich für den Austritt sind? Ist nicht gerade der Standpunkt des „Kampf“, den euer Freund Minster herausgibt, und der das ausgesprochene Organ der Austrittsbewegung ist, mit der Forderung der Beitragssperre und vor allem mit eurer ersten These, die das Verbleiben in der Organisation zum Zwecke des Kampfes gegen die Sozialpatrioten fordert, völlig unvereinbar? Und da ihr in euren Thesen nicht ganz ausdrücklich und grundsätzlich die Notwendigkeit der Spaltung mit den Sozialpatrioten ausspricht, so stehen wir euch in diesem Punkte jedenfalls bedeutend näher, als ihr selbst zu euren eigenen Freunden um Minster steht. Wollen wir es aber um der einen Forderung der Beitragssperre willen miteinander verderben? Das lohnt doch wirklich nicht der Mühe! Schaut doch her! Selbst in der Frage der Landesverteidigung gehen unsere Meinungen so unversöhnlich weit gar nicht auseinander. Zum Beweise zitieren wir die euch gewiss wohlvertraute Juniusbroschüre ... Und Haase zitierte sie wirklich und war von Herzen erfreut, mit dem illustren Verfasser in diesem Punkte übereinstimmen zu können. ...

Die Konferenz der deutschen Opposition brachte keine Klärung. Die Arbeitsgemeinschaft wurde nicht zur Stellungnahme gezwungen, weil die Gruppe Internationale es vermied, die grundsätzlichen Fragen des Krieges in den Mittelpunkt zu rücken. Sie umging in ihren Thesen die Frage der Landesverteidigung; sie bekannte sich nicht offen zur Notwendigkeit der Spaltung; sie präziserte nicht ihre Stellung zum Parlamentarismus und sie gab in der Frage der Massenaktionen keine Definition und keine offene Losung. Statt der Kriegserklärung an die Arbeitsgemeinschaft machte sie positive Vorschläge zur Verständigung.

Es ist nur bedauerlich, dass die mit uns auf dem Boden der Zimmerwalder Linken stehenden Internationalen Sozialisten Deutschlands nicht mit eigenen Thesen vor die Konferenz getreten sind. Genosse Borchardt vertrat Thesen, die zwar in einzelnen Punkten von denen der Gruppe „Internationale“ abwichen, die aber in ihrem Wesen mit ihnen übereinstimmten. Er betonte ausdrücklich, dass das nicht seine Thesen, sondern die des Kreises Teltow-Beeskow seien. Unter den obwaltenden Umständen wäre es jedoch besser gewesen, wenn er selbstständige Thesen der I. S. D. eingebracht hätte. Sollte die Konferenz der

deutschen Opposition eine Wiederholung erleben, so wäre die Einbringung von Thesen vom Standpunkt der Zimmerwalder Linken aus nicht nur wünschenswert, sondern sogar eine in den objektiven Tatsachen begründete Notwendigkeit.

Trotz allem ist die Konferenz der deutschen Opposition nicht vergebens gewesen. Sie hat das Verhältnis zwischen Parteizentrum und revolutionärem Sozialismus öffentlich zur Debatte gestellt, und es wird nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden, bis es durch die Austragung der vorhandenen Gegensätze seine Lösung gefunden hat.

## Die Friedensfrage und die Internationale.

Nachdem die allgemeine Besprechung der Kriegs- und Friedensziele durch die Zensur im gewissen Umfange freigegeben worden ist, bringen wir die Resolution der Zweiten internationalen sozialistischen Zimmerwalder Konferenz (sie hat bekanntlich vom 24.-30. April 1916 stattgefunden) zu diesen Fragen. Die Resolution lautet:

1. Die moderne Entwicklung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse erzeugte die imperialistischen Gegensätze. Ihr Ergebnis ist der gegenwärtige Weltkrieg, für dessen Interessen die ungelösten nationalen Fragen, die dynastischen Bestrebungen und alle historischen Überbleibsel des Feudalismus ausgenützt werden. Das Ziel dieses Krieges ist die Neueinteilung des bisherigen Kolonialbesitzes, die Unterwerfung wirtschaftlich rückständiger Länder unter die Herrschaft des Finanzkapitals.

2. Der Krieg hebt weder die Kapitalistische Wirtschaft noch ihre imperialistische Form auf. Er vermag daher auch die Ursachen künftiger Kriege nicht zu beseitigen. Er stärkt das Finanzkapital, lässt die alten nationalen und Weltmächts-Probleme ungelöst, verwirrt sie und schafft neue Gegensätze. Dadurch entsteht eine Steigerung der wirtschaftlichen und politischen Reaktion, werden neue Rüstungen hervorgerufen und die Gefahr weiterer kriegerischer Verwicklungen heraufbeschworen.

3. Wenn daher die Regierungen, ihre bürgerlichen und sozialpatriotischen Agenten behaupten, der Krieg habe die Schaffung eines dauerhaften Friedens zum Zwecke, so sagen sie die Unwahrheit oder sie ignorieren die Bedingungen für die Verwirklichung eines solchen Zieles. Die Annexionen, die wirtschaftlichen und politischen Bündnisse der imperialistischen Staaten können, so wenig wie die obligatorischen Schiedsgerichte, Einschränkung der Rüstungen, die sogenannte Demokratisierung der auswärtigen Politik usw. auf dem Boden des Kapitalismus den dauerhaften Frieden herbeiführen.

4. Die Annexionen, das heißt die gewalttätige Angliederung fremder Nationen, schüren den Völkerhass und vermehren die Reibungsflächen zwischen den Staaten. Die politischen Allianzen und wirtschaftlichen Bündnisse der imperialistischen Mächte sind ein direktes Mittel zur Erweiterung des Wirtschaftskrieges, der neue Weltkonflikte bewirkt.

5. Die Pläne, durch die allgemeine Einschränkung der Rüstungen, durch obligatorische Schiedsgerichte die Kriegsgefahr aufzuheben, sind eine Utopie. Sie setzen ein allgemein anerkanntes Recht voraus, eine materielle Macht, die über den gegensätzlichen Interessen der Staaten steht. Ein solches Recht, eine solche Macht fehlen und der Kapitalismus, der die Tendenz hat, die Gegensätze zwischen den Bourgeoisien der verschiedenen Länder oder ihren Koalitionen zu verschärfen, lässt sie nicht aufkommen. Die demokratische Kontrolle über die auswärtige Politik hat eine vollkommene Demokratisierung des Staates zur Voraussetzung. Diese Kontrolle kann nur eine Waffe des Proletariats im Kampfe gegen den Imperialismus, in

keiner Weise aber ein Mittel zur Umgestaltung der Diplomatie in ein Instrument des Friedens sein.

6. Aus diesen Erwägungen muss die Arbeiterklasse die utopischen Forderungen des bürgerlichen oder sozialistischen Pazifismus ablehnen. Die Pazifisten wecken an Stelle alter Illusionen neue und versuchen, das Proletariat in den Dienst dieser Illusionen zu stellen, die letzten Endes nur der Irreführung der Massen, der Ablenkung vom revolutionären Klassenkampf dienen und das Spiel der Durchhaltepolitik im Kriege begünstigen.

2.

7. Gibt es auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft keine Möglichkeit, einen dauerhaften Frieden herzustellen, so werden dessen Voraussetzungen durch den Sozialismus geschaffen. Der Sozialismus, der das kapitalistische Privateigentum aufhebt, beseitigt mit der Ausbeutung der Volksmassen durch die besitzenden Klassen und mit der nationalen Unterdrückung zugleich die Kriegsursachen. Der Kampf für den dauerhaften Frieden kann daher nur im Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus bestehen.

8. Jede Aktion der Arbeiter, die den Klassenkampf preisgibt, die proletarischen Ziele denen der bürgerlichen Klassen und ihrer Regierungen unterordnet und sich mit der nationalen Ausbeuterklasse solidarisiert, arbeitet den Bedingungen eines dauerhaften Friedens entgegen. Eine solche Aktion traut den kapitalistischen Klassen und den bürgerlichen Regierungen eine Aufgabe zu, die sie nicht erfüllen können. Der kräftigste und fähigste Teil des Proletariats, der während des Krieges sowohl als zur Zeit des Friedens in erster Linie berufen wäre, den Sozialismus zu führen, wird so dem Untergang und der Vernichtung geweiht.

3.

9. Wie es schon durch die Beschlüsse der internationalen Kongresse zu Stuttgart, Kopenhagen und Basel ausgesprochen wurde, kann die Stellung des Proletariats zum Kriege nicht von der gegebenen militärischen und strategischen Lage abhängig sein. Es ist daher ein Lebensgebot des Proletariats, den Ruf nach sofortigem Waffenstillstand und unverzüglicher Einleitung von Friedensverhandlungen zu erheben.

10. Nur in dem Maße als dieser Ruf in den Reihen des internationalen Proletariats Gehör findet und zu tatkräftigen Aktionen mit dem Ziel der Niederwerfung der kapitalistischen Klassenherrschaft führt, wird es der Arbeiterklasse gelingen, das Ende des Krieges zu beschleunigen und Einfluss auf den Inhalt des kommenden Friedens zu gewinnen. Jede andere Stellungnahme überlässt die Festsetzung der Friedensbedingungen dem Machtspruch der Regierungen, der Diplomatie und der herrschenden Klassen.

11. Im ... Massenkampf für die Ziele des Sozialismus und damit für die Befreiung der Menschheit von der Geißel des Militarismus und des Krieges, muss sich das Proletariat gegen alle Annexionsgelüste der Kriegführenden wenden. Das Proletariat führt seinen Kampf gegen Annexionen nicht deshalb, weil es die Weltkarte, wie sie vor dem Kriege bestand, als den Interessen der Völker entsprechend und daher als unabänderlich betrachtete. Der Sozialismus selbst strebt nach der Aufhebung jeglicher nationalen Unterdrückung durch die wirtschaftliche und politische Einigung der Völker auf demokratischer Grundlage, die im Rahmen kapitalistischer Staatsgrenzen nicht verwirklicht werden kann. Die Erreichung dieses Zieles erschweren aber gerade die Annexionen, in welcher Form immer sie auftreten, weil die gewalttätige Zerstückelung der Nationen, ihre willkürliche Aufteilung und Einverleibung in fremde Staaten die Bedingung des proletarischen Klassenkampfes verschlechtern.



12. Solange der Sozialismus die Freiheit und Gleichberechtigung aller Völker nicht verwirklicht hat, ist es die dauernde Pflicht des Proletariats, sich durch den Klassenkampf energisch gegen jede nationale Unterdrückung zu wehren, jeder Vergewaltigung der schwächeren Nationen sich zu widersetzen, den Schutz der nationalen Minderheiten und die Autonomie der Völker auf dem Boden der vollen Demokratie zu fordern.

13. Ebenso unvereinbar wie die Annexionen ist mit den Interessen des Proletariats die Forderung von Kriegsentschädigungen zugunsten imperialistischer Mächte. Wie die herrschenden Klassen die Kosten der Kriegführung in jedem Lande auf die Schulter der Arbeiterklasse abzuwälzen suchen, so würden auch die Kosten der Kriegsentschädigungen letzten Endes von den arbeitenden Klassen des betreffenden Landes getragen werden müssen. Diese Überwälzung schädigt gleichzeitig die Arbeiterklasse des siegreichen Landes, indem die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der arbeitenden Klasse des einen Landes auf die des anderen zurückwirkt und so die Bedingungen des internationalen Klassenkampfes erschwert. Nicht Überwälzung der ökonomischen Folgen des Krieges von einem Volke auf das andere, sondern ihre allgemeine Abwälzung auf die Besitzenden durch die Annullierung der durch den Krieg entstandenen Staatsschulden.

14. Der Kampf gegen den Imperialismus wird in der Zukunft mit vermehrter Kraft aus allen den Folgen erwachsen, mit denen die imperialistische Ära die Volksmassen geißelt. Die Internationale wird die Massenbewegungen gegen die Teuerung, Arbeitslosigkeit, für die Agrarforderungen der ländlichen Arbeiterklassen, gegen die neuen Steuern und die politische Reaktion erweitern und vertiefen, bis diese Bewegungen sich in einen allgemeinen internationalen Kampf um den Sozialismus vereinigen.

## **Die Beitragssperre und ihre Probleme.**

### **Im Zeichen der Massenaktionen.**

Die Beitragssperre zerschneidet das Tischtuch zwischen den oppositionellen Arbeitermassen und den sozialpatriotischen Instanzen und sie reißt den Gegensatz auf zwischen der zentrierten Politik der radikalen Phrase und der linksradikalen Politik der Tat. Darin liegt ihre doppelte Bedeutung als Vorbereitung der neuen Kampfformen, in denen sich der Klassenkampf des Proletariats in der Epoche des Imperialismus abspielen wird.

Die hinter uns liegende Epoche der Arbeiterbewegung war die Zeit des Sammels und Organisierens der arbeitenden Massen. Sie war dem Aufbau der Riesenorganisationen gewidmet, die ihrerseits den Machtapparat der Bureaucratie mit Notwendigkeit entwickelten. Sie legte die Entscheidungen in die Hände der Instanzen und schaltete den Willen der Massen je länger je mehr bewusst aus. Sie verkörperte die revisionistische Theorie des Hineinwachsens, aber nicht in die sozialistische Gesellschaft, sondern, ganz der revisionistischen Praxis entsprechend, in den kapitalistischen Staat. Sie entwickelte in der Arbeiterbewegung die dem Staat verwandten Tendenzen. Beide, Arbeiterorganisationen und Staat, dienten der Beherrschung der Arbeitermassen, derart, dass der Staat, als die umfassendere Organisation und ausgerüstet mit den größten Machtmitteln, sich die Arbeiterorganisationen dienstbar machte zum Zwecke der Beherrschung der Träger der Produktion. So entwickelten sich die Arbeiterorganisationen zu Machtmitteln des Staates.

Das war die Tatsache, über die die revolutionäre Phraseologie der Sozialdemokratie wohl hinwegtäuschen, die sie aber nicht beseitigen konnte. Die Wirklichkeit der wachsenden Staatsmacht ließ sich nicht durch revolutionäre Worte überwinden, dazu wäre nur die

Wirklichkeit der wachsenden Macht des Proletariats imstande gewesen, eine Wirklichkeit, die nur durch den Kampf des Proletariats entstehen konnte. Indem aber die revolutionäre Phrase den Kampf der Arbeiter ersetzen sollte, wurde der Durchbruch der Macht der Arbeiterklasse verhindert und die Macht des Staates im gleichen Maße gestärkt. Die revolutionäre Phrase vom Klassenkampf ohne seine genaue Definition und ohne seine positive Losung, war nicht das Zeichen der Stärke der Arbeiterklasse, sondern der Beweis ihrer Schwäche. Starke Worte decken immer die Tatenlosigkeit; die Tat spricht beredt genug durch sich selbst. So wurde aus dem Kampf gegen den Staat die Anpassung an den Staat, und die revolutionäre Phraseologie des Parteizentrums, bis vor dem Kriege die vorherrschende Form der Opposition und jetzt wieder im Begriff, die Herrschaft an sich zu reißen, hat diesen Prozess wesentlich beschleunigen helfen. Darin liegt der konservative, reaktionäre Zug des Parteizentrums.

Es ist seit jeher die Sorge der Herrschenden gewesen, die organisierten Massen der Arbeiter, in denen der oppositionelle Geist wuchs, dennoch zu brauchbaren, zuverlässigen Staatsbürgern zu machen. Sie benutzten dazu ihre staatlichen Machtmittel, von der Schule angefangen, bis zu Polizei, Justiz und Militär. Aber sie erkannten auch alsbald die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen der organisierten Macht des Staates und der organisierten Macht der Arbeiterbewegung. Sie erkannten das Wesen der Arbeiterbewegung als einer vom Kampfe gegen den Staat und die kapitalistische Produktionsform mehr und mehr absehenden, rein organisatorischen, aufbauenden Tätigkeit; sie erkannten das Beharrungsvermögen, das diese Organisationen beherrschte. Sie wussten, dass aus der revolutionären Bewegung eine konservative Einrichtung geworden war. Es war ihnen sympathisch, dass in den Arbeiterorganisationen wie im Staate die Demokratie ausgeschaltet war. Sie erkannten, dass die Bewegung der Arbeiterklasse die Bewegung ihrer Führer war und dass diese Bewegung die Richtung auf das Staatsinteresse einschlug. Das Bürgertum weiß heute die Arbeiterorganisationen wohl zu schätzen; es spendet ihnen ganz allgemein Worte des Lobes und der Anerkennung, wie sie vor dem Kriege nur ganz vereinzelt auftauchten.

Und wie vor dem Kriege, so buchen die offiziellen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen diese Anerkennungen als ganz besonderes Verdienst der Arbeiterorganisationen; ja, ihre Politik läuft planmäßig auf die Erwirkung der allgemeinen Anerkennung der Arbeiterorganisationen durch den Staat hinaus. Da aber der Staat grundsätzlich nur solche Organisationen als gleichberechtigt anerkennen kann, die in seinem Interesse wirken, so bedeutet die sozialpatriotische Politik die endgültige Auslieferung der Arbeiterklasse an den Staat und den durch ihn politisch vertretenen Kapitalismus.

Kein Wunder, dass der Bourgeoisie sehr daran gelegen ist, die Arbeiterorganisationen in ihrer jetzigen Form zu erhalten, d. h. die Interessen der Arbeiterklasse durch die Interessen der Bürokratie und der Führer vertreten zu sehen. Die Bourgeoisie benutzt diese Bürokratie und diese Führer als Bindeglied zwischen der Staatsmacht und den Massen der Arbeiter. Für sie ist es eine Frage ihrer eigenen Existenz, dass die sozialpatriotischen Führer in ihren Funktionen verbleiben und; dass das Vertrauen der Arbeitermassen zu ihnen nicht untergraben, sondern immer mehr gefestigt wird.<sup>2</sup> Sie erblickt in der Erschütterung des

---

<sup>2</sup> \* In dem Sammelbuch „Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft“, herausgegeben von Prof. W. Zimmermann, schreibt Dr. Ludwig Heyde, Mitredakteur der „Sozialen Praxis“:

„Man kann geradezu sagen, dass Arbeiter und Militär sich jetzt im Organisationsgedanken gefunden haben: ein Ahnen geht durch unsere Arbeiterschaft davon, was sie selbst der militärischen Erziehungsarbeit verdankt, aber auch in der Heeresleitung wird das Gefühl dafür nicht fehlen, dass nicht nur ein guter Teil der Zähigkeit unserer Soldaten dem erfolgreichen organisierten Streben nach materieller und körperlicher Tüchtigmachung des Proletariats zuzuschreiben ist, sondern dass es auch seinen großen Wert hat, bequemer mit unseren Arbeitermassen, soweit sie zuhause geblieben sind, über Lohnfragen, Arbeitslosigkeitsbekämpfung,

Vertrauens der Arbeitermassen zu den Führern eine Erschütterung des Vertrauens zur Autorität des Staates. Darum würde sie auch am liebsten die „Einheit“ der Arbeiterklasse erhalten sehen.

Ein Interesse an der Spaltung hat sie, gleich den Sozialpatrioten, nur insofern, als sie hofft, dass sich nur kleine, aktionsunfähige Gruppen und Schichten absplittern werden, deren Beherrschung durch Ausnahmebestimmungen keine besonderen Schwierigkeiten bieten würde. Eine Spaltung, die die Sozialpatrioten mit einem geringen Anhang hüben und die Masse der Arbeiter drüben sehen würde, wäre für die Instanzen wie für die Bourgeoisie ein gleich vernichtender Schlag. Und auch hier zeigt sich der reaktionäre Charakter des Parteizentrums, das die Massen über die Notwendigkeit der Spaltung täuscht und so jenen Zustand herbeiführen hilft, der den Sozialpatrioten und der Bourgeoisie erwünscht ist, da er dem Staat die Herrschaft über die revolutionären Elemente der Arbeiterklasse erleichtert. Durch seine Antispaltungspropaganda arbeitet das Parteizentrum den Interessen der Bourgeoisie direkt in die Hände. Es hilft die hinter ihm stehenden Massen der noch unaufgeklärten Arbeiter an die Sozialpatrioten fesseln und verhindert dadurch das Wachstum der revolutionären Macht der Arbeiterklasse. Es vermindert die Zahl derjenigen Arbeiter, die bei der Spaltung den Linksradiكالen Gefolgschaft leisten werden und erleichtert so das Zustandekommen von Ausnahmegesetzen. Alle Verfolgung, alle Unterdrückung, alle Ausnahmegesetzgebung, der die revolutionären Arbeitermassen ausgesetzt sein werden, wird schon jetzt durch das Parteizentrum vorbereitet und kommt damit restlos auf sein Schuldkonto. Daher der grundsätzliche Kampf der Linksradiكالen gegen das Zentrum der Partei.

Vom Standpunkt des Linksradiكالismus ist eine der Vorbedingungen für die Entfesselung der Macht der Arbeiterklasse die Trennung von den Sozialpatrioten. Diesem Zwecke dient die Beitragssperre. Sie ist der weithin sichtbare Ausdruck des tiefsten Misstrauens der Arbeiter zu den sozialpatriotischen Instanzen und des Willens, grundsätzlich und organisatorisch mit ihnen zu brechen. Sie zwingt die Instanzen zu Maßnahmen, die das Wesen des Sozialpatriotismus als einer arbeiterfeindlichen Klassenideologie in aller Krassheit offenbaren. Sie zwingt die Instanzen zum offenen Kampf gegen die Arbeiter unter Anrufung und Ausnutzung sämtlicher Machtmittel des Staates. Damit reißt sie die letzten Fetzen der Maske

---

Sicherstellung von Heereslieferungen und dergleichen mehr auf dem Wege über die Organisationen und deren Führer verhandeln zu können. Wir haben, noch im tiefen Frieden, gelegentlich auf die „gewaltige antirevolutionäre Bedeutung“ des Gewerkschaftswesens hingewiesen. Der Krieg mit all der Not, die er den Armen bringt, ist eine Probe aufs Exempel, und wir sehen nun, wie die Führer der Arbeiterschaft aller Richtungen in den Dienst vaterländischer Pflichterfüllung treten und ihre Organisationen in die gleichen Geleise lenken. Wollen wir uns heute nicht freuen, dass es allen Bemühungen, das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Führern zu erschüttern, nicht gelungen ist, das zu erreichen? Wäre es nicht ein böses Ding, wenn die Arbeiter geglaubt hätten, was ihnen so oft gesagt wurde: dass die Führer sich von den Arbeitergroschen mästeten und aus Eigennutz die ganzen Gewerkschaften überhaupt aufbauten und in verhängnisvollem Geiste leiteten? Wir sehen, dass das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Führern jetzt gute Früchte fürs Vaterland trägt. Wir empfinden auch den Stolz, mit dem unsere straff organisierten Gewerkschaften jetzt auf ihr Vaterland als das Land der „höchstentwickelten Organisation auf allen Gebieten des Lebens“ blicken, wohl eingedenk mancher Debatte auf internationalen Arbeiterkongressen, in der zwischen unserer deutschen Methode der zähen positiven Gewerkschaftsarbeit und der französischen Art, sich mehr auf den „Elan“ zu verlassen, heiß gestritten wurde. Wer fühlte jetzt nicht, dass es die gleichen Kräfte sind, die uns ganzes Vaterland und unsere Arbeiterschaft im Besonderen groß und widerstandsfähig gemacht haben!“ („Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft“. Bekenntnisse und Betrachtungen aus der organisierten Arbeiterwelt. Herausgegeben von Prof. Dr. Waldemar Zimmermann. Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform, Heft 54-55. Jena, Verlag Gustav Fischer, 1915. Preis geb. 2 Mk.)

der Arbeiterfreundlichkeit vom Gesicht des Sozialpatriotismus, um seine arbeiterfeindliche Fratze in ihrer ganzen Scheußlichkeit zu erkennen zu geben.

Aber mehr noch. Indem sie den Arbeitern die Klassenfeindlichkeit des Sozialpatriotismus zeigt, stärkt die Beitragssperre und der aus ihr entspringende Kampf in ihnen das Bewusstsein und den Willen, in aller Zukunft gegen die Instanzen, die noch das Heft der Organisationen in der Hand haben, im Vertrauen auf die eigene Kraft und Fähigkeit den Kampf zu beginnen. Solange auch nur ein Fünkchen Vertrauen zu den sozialpatriotischen Partei- und Gewerkschaftsführern in den Arbeitern steckt, können sie den Kampf um den Sozialismus nicht beginnen. Ja, der Klassenkampf, der sich in der vor uns liegenden Epoche im Wesentlichen in den Formen der Massenaktionen abspielen wird, kann nur durch den grundsätzlichen Kampf gegen die sozialpatriotischen Instanzen und ihre zentristischen Helfershelfer entfesselt werden.

Dieser innere Kampf ist, als Bestandteil des allgemeinen Klassenkampfes, ein eminent politischer Kampf; er gibt der Entfaltung der Macht der Arbeiterklasse von vornherein das politische Gepräge und die politische Richtung. In diesem Kampfe entwickelt sich der Vortrupp der Arbeiterarmee, der die Führung in den zukünftigen Kämpfen übernehmen wird.

Darum ist es so ein schwerer Fehler, wenn die Gruppe „Internationale“, so Vorzügliches sie auch bislang für die neue Bewegung geleistet hat, in ihren offiziellen Kundgebungen, wie in ihren „Leitsätzen“ oder in den Thesen zur letzten Reichskonferenz, die grundsätzliche, schärfste Abgrenzung gegen die Sozialpatrioten und das Parteizentrum verabsäumt. Wo das geschieht, wird das Auftreten der Arbeiterklasse als politische Bewegung bedenklich aufgehalten, bekommt es umso schwerer en Charakter politischer Aktionen. Es kommt aber nicht allein darauf an, die Kraft der Arbeitermassen zu entfesseln, sondern ihr möglichst schnell das politische Gepräge zu geben.

Aber nicht nur in dieser Richtung wirkt die Beitragssperre für die neue Taktik. Ihre Durchführung stellt an die Arbeiter die größten Anforderungen, an die Energie und Ausdauer, an das organisatorische Geschick, an den persönlichen Opfermut, an die Einsicht in die Notwendigkeiten des Kampfes. Sie entwickelt in kleinem Maßstabe alle die Schwierigkeiten, die die Arbeiter in den späteren großen Kämpfen um die politische Macht in weit größerem Umfange zu überwinden haben werden.

Wie liegen die Dinge in Bremen? Der finanziellen Mittel beraubt, der organisatorische Apparat zum Teil in den Händen der Sozialpatrioten, zum Teil von den

Zentrumsführern fluchtartig verlassen; die Zeitung über Nacht sozialpatriotisch; die Schaffung eines Ersatzes von tausend Schwierigkeiten verfolgt, Widerstände seitens der Sozialpatrioten nicht minder wie seitens des Parteizentrums, das Misstrauen, Verzagtheit, Unmut sät und die Maßnahmen der Linksradikalen als persönliche Schiebungen zu verdächtigen sucht; die Verhältnisse des Krieges und des Belagerungszustandes als der Widerstände größte: so stehen die bremischen Arbeiter vor unendlich großen Aufgaben und Schwierigkeiten. Aber gerade unter diesen Umständen wird sich's entscheiden, ob der Geist der Arbeiter, die die Beitragssperre beschlossen haben, stark genug ist, um die Schwierigkeiten zu meistern.

Gelingt das Werk, so wird eine gesteigerte Kampflust in den Arbeitern ausgelöst werden; gelingt es nicht, nun, so bleibt den Linksradikalen nichts übrig, als das Werk von neuem zu beginnen, die treu gebliebenen Elemente zu sammeln und mit ihnen den Kampf gegen die kontrerevolutionäre Agitation des Parteizentrums innerhalb der Organisation aufs Neue aufzunehmen. Sie werden dann in derselben Lage sein, wie ihre Kampfgenossen an anderen

Orten, die in der Minderheit sind, oft genug in einer Minderheit, der jede Aussicht, im Rahmen der alten Organisation einmal Mehrheit zu werden, genommen ist, die trotzdem den Kampf innerhalb der Organisationen fortsetzen, bis die Spaltung der Partei es ihnen ermöglicht, die Masse der Linksradikalen durch ihren Ausschluss zu vergrößern und zu stärken.

Die Spaltung der Partei ist kein einmaliger Akt; sie ist ein Prozess. Die Beitragssperre ist ein wichtiges Glied dieses Prozesses. Sie bereitet die organisatorische Trennung von den Sozialpatrioten vor, enthüllt den aktionsunfähigen Charakter des Parteizentrums, lässt die Zusammenhänge zwischen der gegenwärtigen Krise der Sozialdemokratie und den allgemeinen Klassenkämpfen erkennen, zwingt die Arbeiter zu selbständigem Handeln, stärkt in ihnen die Kampfeslust, stellt sie vor Siege und Niederlagen, löst in ihnen alle psychologischen Momente des wirklichen Kampfes aus, kurz: sie zeigt bereits alle Erscheinungen der künftigen Massenaktionen auf und sie verteilt schon jetzt die Rollen, die die verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung in diesem gewaltigen welthistorischen Drama spielen werden.

## Aus unserm politischen Tagebuch.

In der Nr. 1 der „Gleichheit“ schreibt der sächsische Parteizentrumsführer Gen. H. Fleißner unter Seitenhieben auf die Bremer: „Es liegt gar kein sachlicher Anlass vor, die Parteiwirren nun auch noch auf die Genossenschaften zu übertragen, obwohl nicht zu verkennen ist, dass besonders Personenfragen sehr leicht dazu verleiten können. Es müsste aber von den Mitgliedern und von den Verwaltungen alles geschehen, um das zu vermeiden. Die der Opposition angehörenden Parteigenossen haben – natürlich: keine Regel ohne Ausnahme – sicher keinen Grund, die Verhältnisse noch mehr zu komplizieren, indem sie den Meinungsstreit auf neue Gebiete ausdehnen.“ Die Kaufmann und Müller machen die Genossenschaften zum Werkzeug des 4. August, stellen die genossenschaftliche Presse in ihren Dienst. Aber die „Opposition“ soll die „Wirren“ von den Genossenschaften fernhalten, weil sie kein Interesse daran hat, den „Meinungsstreit“ auf neue Gebiete zu übertragen. Sie soll die Genossenschaften als Asyl für den Sozialpatriotismus betrachten! So sieht der scharfe Kampf des Zentrums gegen die Sozialpatrioten aus. Für beide ist der ganze grausige Prozess, den die Internationale durchmacht, „Wirren“. Beide wollen sich aussöhnen, darum nur keine Erweiterung des „Streites“.

Arbeiterpolitik 4/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 27. Januar 1917.

Nr. 4

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Was weiter?

„Sie werden nicht sagen, ich hielte die Gegenwart zu hoch, und wenn ich dennoch nicht an ihr verzweifle, so ist es nur ihre eigene verzweifelte Lage, die mich mit Hoffnung erfüllt.“

Marx an Ruge im Jahre 1843.

Das Verständigungsgerede und das Friedensgebimmel sind verstummt. Die Antwortnote des Zehnerverbandes an Wilson hat nach einer Seite vollkommene Klarheit geschaffen. Die Zentralmächte haben der Entente zwar keinen Frieden, wohl aber Friedensverhandlungen vorgeschlagen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass sie den Frieden wollen und obwohl sie sich bisher weigern, zu sagen, wie dieser Friede bestellt sein soll, weiß es jeder, der nicht ein Interesse daran hat, Hans den Naiven zu spielen. Dem militärischen Stande im Westen wie zur See Rechnung tragend, wollen sie die Grenzen im Westen im großen Ganzen unberührt lassen und fordern hier nur militärische Garantien gegen die Ausnützung Belgiens als Stützpunkt der Entente. Wie sie sich dies auch denken mögen, scheinen sie doch auf den Plan zu verzichten, aus der belgischen Küste einen gegen England gerichteten Revolver zu machen, um das bekannte Wort Napoleons zu zitieren.

Ihr positives Kriegsziel ist die „Neuordnung der Staaten und Staatsgrenzen im Osten“, wie sich die „Chemnitzer Volksstimme“ ausdrückt, kurz und gut, sie wollen durch die Aufrechterhaltung der Türkei, Vergrößerung Bulgariens auf Kosten Serbiens, Einbeziehung Rumäniens in ihre Einflussphäre, Bildung eines polnischen gegen Russland vorgeschobenen Postens, Zusammenfassung der genannten Kleinstaaten mit Deutschland und Österreich-Ungarn zu einem Staatenbündnis, einen kompakten wirtschaftlichen und militärischen Block von Berlin bis Bagdad bilden, der auch in Afrika über ein zusammenhängendes Gebiet verfügen würde. Was der Friede auf dieser Grundlage weltpolitisch bedeuten würde, hat Paul

Rohrbach schon am 1. Januar 1916 in dem Programmartikel der „Deutschen Politik“ offen ausgedrückt, indem er schrieb, dass nach der Verwirklichung dieser Idee „fortan eine Politik englischer Nichtachtung zu den Unmöglichkeiten gehören würde ... Die Stellung Englands am Suezkanal wäre durchaus abhängig davon, ob Deutschland und seine Bundesgenossen in dem Verhalten Englands ihren sonstigen Interessen gegenüber den Ausdruck der Erkenntnis erblicken, dass der mitteleuropäisch orientalische Staatenbund starke Zwangsmittel zur Verfügung hat.“ Das weiß der englische Imperialismus auch ohne Rohrbach und antwortet: das Verhältnis zwischen dem deutschen und englischen Imperialismus ist das von Rom und Carthago: für beide Seiten; der deutsche Imperialismus fühlt sich als Rom, das erkannt hat, da Carthago in einem Kriege nicht niedergeworfen werden kann und will Schritt für Schritt, in Etappen, sei „ceterum censeo“ ausführen. Es spekuliert darauf, dass England-Carthago in Zukunft nicht mehr imstande sein wird, neun Groß- und Kleinmächte um seine Fahnen zu sammeln. Deutschland-Rom will für diesen Moment von Berlin bis Bagdad wirtschaftlich und militärisch gerüstet dastehen. Nun, lächelt dem englischen Imperialismus das Los Carthagos nicht und er hält die Idee dreier punischer Kriege für zu kostspielig. Solange ihm die Bundesgenossen bei der Stange bleiben, will es fechten, um Deutschland das Geschick von Carthago zuteilwerden zu lassen.

Gestützt auf die Millionen seiner aus dem Boden gestampften Soldaten, auf die Hunderte und Aberhunderte neu organisierter Munitionsfabriken, hat England die kriegführenden Cliques Frankreichs und Russlands mitgerissen, die von ihm „geschützten“ – bis zum völligen Zerreiben „geschützten“ – Kleinstaaten mitgeschleppt und ist entschlossen, den Kampf bis zu Ende zu führen, soweit das von ihm abhängen wird. Bis zu Ende, d. h. bis zur Niederlage der Zentralmächte, die ihm ermöglichen würde, die Völker der Türkei zu befreien, d. h. Arabien von der Türkei abzutrennen, damit es ein Bindeglied zwischen Ägypten und Indien, den beiden Pfeilern der englischen Herrschaft bilde, die ihm ermöglichen würde, die durch die serbischen und rumänischen Siege Deutschlands hergestellte Verbindung Mitteleuropas mit der Türkei zu zerschneiden. Alles andere sind erwünschte Mittel der weiteren Schwächung des deutschen Imperialismus, oder Preise, die England seinen Bundesgenossen für die Mithilfe zu versprechen genötigt ist: so Elsass-Lothringen Frankreich; Armenien, Konstantinopel und Ostgalizien Russland; die Ostküste Adrias Italien; dazu Kriegskontributionen, die dem deutschen Imperialismus die Schwingen auf Jahrzehnte durchschneiden würden.

In allen den übrigen Kriegszielen, wie der Zertrümmerung Österreichs, die in eine Tschechoslowakei, ein gerupftes Ungarn und einen wohl an Deutschland anzuschließenden deutschen Teil zerfallen sollte - die Polen würden dann alle die Wohltat der zarischen Knute genießen, die Serbokroaten würden zu Großserbien, die Italiener zu Italien geschlagen ist nur eine Tendenz von Bedeutung: die Tendenz zur Zersplitterung Mittel und Osteuropas in sich gegenseitig balancierende, einen Zankapfel zwischen Russland und Deutschland bildende Kleinstaaten, kurz und gut eine Befreiung der kleinen Nationen“, die das große englische Imperium von dem Albdruk der weltpolitischen Konkurrenz des mitteleuropäischen Imperiums befreien würde. Man braucht kein Wort zu verlieren, um zu beweisen, dass diese „Befreiung“ bis zum Weißbluten nur den Interessen des englischen Imperialismus dient, dass sonst alle Tschechoslowaken der fünf Erdteile für die Entente nicht einmal den Wert eines Hosenknopfes haben, für den bekanntlich selbst der jüdische Hausierer nichts gibt. Die englischen Imperialisten, die mit dem Scharfblick des Interesses das Wesen der Bildung eines polnischen Staates als ein Mittel der Stärkung des deutschen Imperialismus herausgefunden haben, machen sich selbst ganz gewiss nicht die geringsten Illusionen über ihre „Befreierrolle“.

So stehen sich in voller Größe zwei imperialistische Koalitionen entgegen. Die eine möchte einstweilen Schluss machen, um ihre bisherigen Erfolge zu sichern und sich für den zweiten Waffengang zu stärken. Die andere hat noch keine Beute gemacht, der Abbruch des Krieges wäre für sie eine Niederlage, sie hofft aber der anderen Koalition noch eine zu bereiten. Darum lehnt sie den Frieden jetzt ab. Diese Sachlage gibt wahrhaftig wenig Gelegenheit zum Nachblättern in der traurig-großen Geschichte vom Siegfried mit dem Taubenherz und Hagen dem Grimmen; es sei denn, dass man sich erinnern will, dass auch der heldenhafte Siegfried seine Hand nach dem glitzernden Nibelungenschatz ausgestreckt hat, und dass Hagen ihm nachstellte, um eben diesen zu stehlen.

Um den Nibelungenschatz imperialistischer Beute ist der Krieg ausgebrochen. Durch eine Verständigung und Teilung der Beute lässt er sich nicht schlichten. Wohl könnten die Mächte dabei gut auf ihre Rechnung kommen, aber keine will der anderen den Anteil, den sie begehrt, gönnen, keine traut der andern, dass sie den Anteil nicht gebrauchen würde, um auf ihn gestützt den Kampf um den zweiten Anteil zu beginnen. Sieg oder Niederlage, so steht für sie die Sache. Mögen die vernünftigeren Elemente der kapitalistischen Bourgeoisie den Leitern der Geschicke von Millionen noch so laut die Worte Goethes, des Weisen, zurufen: „Bald, es kenne nur jeder den eigenen, gönne dem andern seinen Vorteil, es ist ewiger Friede gemacht“. Sie können der Mahnung nicht folgen. Werden sie nicht durch einen militärischen Zusammenbruch einzelner tragender Pfeiler dieser oder jener Koalition genötigt, auf ihre Pläne zu verzichten, *so wird der Krieg Jahre dauern*. Es sei denn, dass die Entscheidung über seine Fortführung in andere Hände übergehen würde. Das ist die Sachlage.

Der Ruf: Keine Sieger und keine Besiegte! ist bei dem gegebenen Kräftezustand in den kriegführenden Ländern ein frommer Wunsch, der nur den Völkern den Blick in die reale Sachlage verschließt. Wenn *Viktor Adler* in seiner „Friedensrede“ behauptet, der Kriegsbrand sei ausgebrannt, er finde keine neue Nahrung, so ist das eine Illusion, es gibt noch in den kriegführenden Ländern Millionen Jugendlicher und alter Männer, die man in den Krieg schicken kann, es gibt noch neutrale Länder, die zu neuen Opfern ausersehen sind. Der Krieg geht unerbittlich weiter und die Internationale ist vor die Frage gestellt, was sie weiter tun will.

Kapitalisten aller Länder verständigt und vereinigt Euch! – das war der Schlachtruf der *Zentrumsleute* in Deutschland, England (I. L. P.), Frankreich (Brizon, Raffin-Dugens, Blanc, Bourderon, Merrheim), Italien (Turati, Treves, Modigliani), Russland („Organisations-Komitee“ mit Axelrod an der Spitze). Diesem Ruf nach „Verständigung“ schlossen sich die *Sozialpatrioten* der Zentralmächte an, als ihre Herren und Gebieter den Frieden zu schließen Lust verspürten. Mit dem Mikroskop in der Hand studierten sie die „Friedensnoten“, ob sie nicht irgendeine Pforte offenlassen, durch Teleskope suchten sie den Horizont nach der Friedenstaube ab. Das werden die Sozialpatrioten jetzt unterbrechen. Die Palme wird in den Schrank gestellt, das Schwert wird geschliffen.

Im Lager des 4. August gewinnen die Sozialimperialisten Oberhand, der Generalstabschef der Sozialpatrioten, *Friedrich Stampfer*, der das Verständigungslied im „Vorwärts“ so laut sang, der die Lensch und Cohens als Alldeutsche verhöhnen konnte, er wird als Verderber der Nation von den Sozialimperialisten angefaucht und wieder ertönt der altgermanische Barritus aus den Spalten des „Vorwärts“, der der Regierung schon mit der Kommune droht, wenn sie kapitulieren würde, welche Gefahr jedoch keinesfalls besteht. Den sozialpatriotischen Hektors ist es nicht schwer, die Rüstung wieder anzulegen, da ihre Politik immer auf die Unterstützung der Kriegsnotwendigkeiten ausging, denen sie sich immer unterwarfen. Selbst ihre „Friedensaktion“ diente, wie der „Vorwärts“ in einer Polemik gegen die „Tägliche Rundschau“ eingestanden hat, keinem anderen Ziel als der Stärkung des Kriegesgeistes der



Soldaten, durch die Befestigung der Überzeugung, dass es sich nur um die Verteidigung des heimatlichen Herdes handle.

Aber was werden die Sozialpazifisten aus dem Zentrum der Partei tun? Ihr neues Kommunistisches Manifest: Kapitalisten aller Länder, verständigt und vereinigt Euch! hat ausgespielt, er hat für absehbare Zeit nicht den geringsten Sinn. Sie sind am Ende ihres Liedes. Die kapitalistischen Regierungen, von deren Verhandeln sie – um mit der „Leipziger Volkszeitung“ zu sprechen – das Heil der Menschheit erwarteten, antworteten wie jener Sophist bei Platon: es gibt keine Pferdheit, es gibt nur Pferde: wir kennen keine Menschheit, wir kennen nur unsere kapitalistischen Interessen, und die sind verschieden in jedem Lande. der „Vorwärts“, der sich in dem neu angelegten Kostüm des Heimkriegers sehr munter fühlt, als hätte er niemals die Friedenspalme geschwenkt, ist ihnen hart auf den des Heimkriegers sehr munter fühlt, als hätte er niemals Hacken. „In dem Manifest der Minderheitsgruppen wird gesagt, dass wir nicht Frieden um jeden Preis, sondern Frieden, ohne Sieger und Besiegte haben wollen. Nun ist es klar, dass nur die Gegner einen solchen Frieden jetzt noch nicht geben wollen. Jetzt wäre jedes Wort, das in seiner Wirkung darauf hinausläuft, den handeln sie Verteidigungswillen des deutschen Volkes zu erschüttern, *ein Verbrechen am deutschen Volke.*“ Auf diese Ermahnung an die Pflicht der Vaterlandsverteidigung, die die Zentrumsleute aller Länder stramm anerkennen, mit Ausnahme der russischen, die ihr Vaterland aus gesucht hässlich finden kann die „Leipziger Volkszeitung“ nur mit der Tirade antworten: „Versagen die Regierungen, so muss an die *höhere Instanz* appelliert werden, *an die Völker!* An ihnen ist es, den stockenden Karren des Friedenswerkes wieder in Gang zu bringen.“

Soll das nicht eine Verlegenheitsphrase sein, so müssen die Zentrumsleute sagen, welche Ausführungsmittel der höheren Instanz zur Verfügung stehen, sie müssen sagen, mit welchen Kräften der Karren in Gang gebracht werden soll, worauf man erst glauben wird, dass sie wirklich an die Arbeit gehen wollen. Unlängst erst hörten wir doch von dem Abgeordneten Herzfeld, dass die Frage der Massenaktionen rein theoretisch sei, weil doch die Gäule, die den Karren in Gang bringen könnten, auf einem anderen Felde beschäftigt seien. Wird das Zentrum aber keine Gäule finden können, so wird es auch gar nicht versuchen können, den Friedenskarren zu bewegen.

## Das Friedensmanifest des Parteizentrums.

Auf dem Dache sitzt ein Greis,  
der sich nicht zu helfen weiß.

Das Zentrum der Partei hat im Anschluss an die Konferenz vom 7. d. Mts. ein Friedensmanifest erlassen, das die „Leipziger Volkszeitung“ fälschlicherweise das Friedensmanifest der Opposition nennt. Das von Kautsky entworfene Manifest drückt natürlich nur die Auffassung der Arbeitsgemeinschaft und ihrer Anhänger aus. Und es wäre schlimm um die Opposition Deutschlands bestellt, wenn ihr entschiedener Teil den Ausführungen des Manifestes zustimmen würde. Dass es nicht der Fall ist, hat die Öffentlichkeit mittlerweile erfahren. Die Erklärungen der „Gruppe Internationale“, sowie der Genossen Borchardt und Knief, als Vertreter der Anschauung der Zimmerwalder Linken zur Friedensfrage, haben keinen Zweifel darüber gelassen, dass es sich in der Behauptung der „Leipziger Volkszeitung“ um eine Unrichtigkeit handelt.

Bevor wir zur Kritik des Manifestes übergehen, wollen wir – gerecht, wie wir einmal sind – anerkennen, dass das Manifest selbst wie es ist eine Urkunde der Wiedergeburt der

Arbeitsgemeinschaft ist. Denn am 13. Dezember waren die Blätter, die zur Arbeitsgemeinschaft stehen, in einer solchen Holdriostimmung, warfen sie sich Herrn Bethmann so stürmisch an den Hals, dass der hinter dem Reichskanzler stehende Herr Scheidemann schon ein Kalb schlachten wollte, um die Bekehrten feierlich zu empfangen. Es dauerte eine Zeitlang, bis die zentrümlichen Biedermänner erkannten, dass – wie sie jetzt in ihrem Manifest sagen, – „die bloße Bereitschaft einem Frieden an sich, ohne jede nähere Angabe seiner Bedingungen“ nicht genüge. Aber wieder zu sich gekommen, ist die zentrümliche Opposition das geblieben, was sie war, ein Schiff ohne Steuer und ohne Ruder; ihr Manifest ist logisch ein Haufen von Widersprüchen, politisch spornt es zu keiner Tat an.

Warum erklären die Regierungen nicht, wofür sie in diesem Kriege kämpfen? fragt das Manifest. Dies ist „eine Folge der Macht, welche die Kriegsparteien in den herrschenden Klassen noch besitzen“, antwortet es. Wenn die Regierungen so sehr im Banne der Kriegsparteien, d. h. des Imperialismus sind, dass sie in keinem Lande offen ihre Ziele nennen wollen, so ist es desto klarer, dass sie auch nichts unternehmen werden, was diesen Zielen widerspricht, dass sie also diese Ziele verfolgen. Diesen Schluss zieht das Manifest nicht. Denn sonst könnte es nicht von den Regierungen fordern, dass sie den Kriegszustand aufheben, Press- und Versammlungsfreiheit gewähren sollen, damit das Volk den Einfluss der Kriegsparteien brechen kann.

Indem die zentrümlichen Manifestanten vor die Regierung treten mit der Bitte: gib uns Meinungsfreiheit, damit wir den Einfluss der Reventlows auf euch brechen können, pflichten sie der politischen, grundlegenden Behauptung der Scheidemann bei, dass zwischen der Regierung Bethmann-Hollwegs und der Tirpitzfronde ein prinzipieller Gegensatz bestehe, eine Behauptung, die – wie wir hier mehrmals bewiesen haben – eine Legende ist, wie sie Herr Bethmann sehr notwendig und die Sozialpatrioten noch notwendiger brauchen. Indem das Zentrum der Partei in der Rolle des Befreiers Bethmann-Hollwegs von dem Joche der Tirpitz auftritt, gibt es der Arbeiterklasse ein ganz falsches Bild der Situation, es weckt in ihr die Überzeugung, es handle sich um den Kampf gegen eine kapitalistische *Clique*, wo es sich um die *Gesellschaft* handelt.

Nachdem das Manifest mit der Auftischung einer betrügerischen sozialpatriotischen Legende beginnt, geht es zur Aufstellung der Kriegsziele über. Es erklärt, die Opposition habe niemals „die Bereitschaft zum Frieden um jeden Preis“ gefordert. Was bedeutet dieses vieldeutige Wort? Wollten vielleicht die Zentrumsleute den serbischen Genossen den Rat geben, sie sollen sich so lange dem Frieden widersetzen, bis ganz Serbien befreit sein wird. Die *Katzlerowitsch*, die tapferen Vertreter des jungen serbischen Proletariats, würden, wie wir sie kennen, – Katzlerowitsch hat sich auf der Kienthaler Konferenz ausdrücklich mit der Resolution der Zimmerwalder Linken einverstanden erklärt – unseren Zentrumsleuten antworten: ganz gewiss erstreben wir einen besonderen Frieden, den des Sozialismus, um den wir eben jetzt mit voller Wucht kämpfen müssen; ganz gewiss „stehen wir der Freiheit und Selbständigkeit der Nationen in der bürgerlichen Gesellschaft keineswegs gleichgültig gegenüber“ wie das zentrümliche Manifest mit Recht behauptet; aber wir stimmten nicht für die Kriegskredite, als Mackensen an der Donau und Koewes an der Morawa stand (merken Sie es, Gen. *Ledebour?*), und fordern den Frieden auch heute, kämpfen für ihn, denn keine nationale Unterdrückung, wie sie die schrecklichste Niederlage bringen kann, würde das Proletariat so schwächen, so weißbluten, wie es die Fortführung des Krieges ist, der das Geschlecht ausrottet, das, um den Sozialismus kämpfend, auch die schrecklichsten Folgen des Krieges aufheben kann.

Wir kämpfen – würde Katzlerowitsch sagen – um den Frieden, der allen Völkern Freiheit geben würde, um den Sozialismus; die Verantwortung für jeden anderen lassen wir denen,

die den Krieg heraufbeschworen haben; solange wir aber trotz aller Bemühungen keine Kraft besiegen werden, den eigenen, sozialistischen Frieden zu erringen, wird jeder Friede, den die Regierungen schließen können, gegen die Interessen des internationalen Proletariats sein, aber keiner wird es in höherem Grade als die Weiterführung des Krieges. Deswegen würde unser Freund Katzlerowitsch, der revolutionäre Vertreter eines niedergeworfenen Landes, die Einwendung gegen den „Frieden um jeden Preis“ als sozialpatriotische Phrase ablehnen, die nur das Bekenntnis zur Landesverteidigung verdeckt. Natürlich soll das niemanden ein Freibillet zur Zustimmung zu Annexionen geben, damit nur der Frieden schneller komme. Es soll nur zeigen, dass wir auch gegen die Gefahr der Annexionen nicht durch eventuelle Forderung der Weiterführung des Krieges kämpfen dürfen.

Nun erklären sich die Zentrumsleute, nachdem sie sich gegen den Frieden um jeden Preis“, das heißt für die evtl. Landesverteidigung ausgesprochen haben, für einen Frieden ohne Sieger und Besiegte“, einen „Frieden der Verständigung“. Das will auch Herr Scheidemann, und was noch mehr heißt, alle kühler denkenden imperialistischen Elemente. Denn ein Frieden der Verständigung, den die Regierungen schließen, würde – wie wir es hier oftmals bewiesen haben – nichts anderes sein als ein Frieden, in dem die imperialistische Beute „gerecht“ verteilt würde.

Deutschland würde z. B. Belgien und Nordfrankreich wiederhergeben, dafür den Kongo bekommen, Österreich und Bulgarien würden Teile Serbiens an sich reißen, dafür den Russen Ostgalizien, den Italienern das Trentino abtreten und ihnen erlauben, Balona zu besetzen, die afrikanischen Kolonien würden neu aufgeteilt usw. In solchem und ähnlichem Handel würde der Frieden der „Verständigung“ bestehen. Die Zentrumsleute fordern ihn, aber gleichzeitig heben sie die Finger an die Nase und fordern, dass dabei „keines der betreffenden Völker eine Demütigung oder Schädigung seiner Existenzbedingungen“ erleide. Ja, nachdem sie erklärt haben, dass die Eroberung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker „nur das Werk des siegreichen Proletariats sein kann“, fordern sie, dass Grenzverschiebungen nur mit Zustimmung der betreffenden Bevölkerung stattfinden. Also zusammengefasst: die Regierungen sollen sich verständigen, wie sie die Beute einteilen, aber über die Opfer des Imperialismus soll nur mit deren Zustimmung beschlossen werden und so, dass sie dabei weder am Leib noch an der Seele einen Schaden erleiden. Zwar kann das alles nur das Werk des siegreichen Proletariats sein, das macht nichts, man kann die Regierungen immerhin auffordern, in Vertretung des Proletariats dieses Werk einstweilen auszuführen.

Na, wenn der schlechte Imperialismus so gut ist, dass er unsere Aufgaben ausführen kann, warum nicht mehr fordern? Somit fordert das Manifest, dass die Regierung abrüsten und in Zukunft alle ihre Streitereien schiedsgerichtlich erledigen soll. So gewinnen sie Mittel zur Bezahlung der Kriegsschulden und noch mehr, sie freien die Menschheit von der Gefahr der Kriege, was ihnen besonders am Herzen liegen muss. Denn „im Wettrüsten liegt eine der stärksten Wurzeln des jetzigen Krieges. Sie auszurotten ist die erste Vorbedingung

dafür, künftigen Kriegen vorzubeugen“ sagt das Manifest und erreicht damit die Höhe der Erkenntnis; denn es ist klar, wenn es keine Kanonen und Soldaten gibt, dann gibt es keinen Krieg. Nur dass das Pferd beim Schwanz aufgezäumt wurde.

Damit die Völker die Waffen niederlegen können, muss der Kapitalismus verschwinden, der sie ihnen in die Hand drückt zur Verfolgung seiner imperialistischen Ziele. Das Wettrüsten ist nicht eine der stärksten Wurzeln des Weltkrieges. Man kann also den Krieg nicht dauernd abschaffen, ohne den Kapitalismus nicht beseitigt zu haben, man kann für den Frieden nicht kämpfen, ohne nicht für den Sozialismus zu kämpfen. Und hier kommen wir zu der Quelle all der Widersprüche des zentrümlichen Manifestes.

An der Spitze des Manifestes steht die Berufung auf die Beschlüsse internationaler Kongresse, die im Falle des Krieges den Kampf für dessen rasche Beendigung forderten. Das Manifest bricht hier ab; diese Beschlüsse forderten aber bekanntlich mehr. Das entscheidende Amendement der Resolution wurde auf dem Internationalen Sozialisten-Kongress in Stuttgart von der Genossin R. *Luxemburg* und dem Gen. N. *Lenin* eingebracht, die – bekanntlich – beide Vertreter der entschiedensten Linken sind. Wollten sie damit sagen, dass so ein Krieg, ebenso wie die Kommunalwahlen in Buxtehude, sehr gut ausgenutzt werden kann zur sozialistischen Agitation, zur Beweisführung, dass der Sozialismus einmal kommen wird. Nein, sie sagten damit, dass eine Epoche angebrochen sei, in der die sozialistische Umwälzung auf der Tagesordnung stehe, und dass besonders die erschütterndste politische Krise zu ihr treibt. Es ist kein Zufall, dass die Herren Zentrumsleute diese Stelle der internationalen Resolutionen auf einmal weglassen, und das in dem Moment, für den sie eben bestimmt waren.

Denn würden sie die Aufgaben der jetzigen Zeit gemäß dem Amendement Luxemburg und Lenin von 1907 auffassen, so würden sie sich nicht hinstellen können und erklären: da wir zum Kampfe um den Frieden politischer Freiheiten bedürfen, darum möge sie uns der Herr Reichskanzler geben. Auch wollen wir, dass der Friede gut sei und alle Regierungen auf ihre Hühneraugen wie auf die der Völker gebührende Rücksicht nehmen. Dafür wollen wir kämpfen, weil wir wissen, dass der Burgfrieden schlecht ist. Statt sich an die Regierungen zu wenden, würden sie die grundsätzliche Umwälzung propagieren, in ihrem Sinne und mit den ihr entsprechenden Mitteln den Kampf führen. Um das tun zu können, würden sie nicht platonische Wünsche äußern, nicht Pläne aushecken, wie sich die Republik mit dem Herzog an der Spitze einrichten ließe, sondern sie würden den Massen sagen, was ist und was sie zu tun haben. Aber weil – wie vor kurzem der Abg. *Herzfeld* in einem Berliner Wahlkreise erklärte – jetzt für einen Teil von ihnen die Frage der Massenaktionen als eine rein theoretische erscheint, weil sie ihr Ziel, die grundsätzliche Änderung als sehr entferntes ansehen, weil für einen weiteren Teil des Zentrums „solche Experimente“ als sehr gefährlich erscheinen (sie könnten noch nötigen zur Zahlung „jeden Preises“), so müssen ähnliche Produkte der Ohnmacht – Ohnmacht des Gedankens wie der von ihm zu befruchtenden Tat – entstehen, wie dieses Manifest.

Die Zentrumsleute berufen sich auf Zimmerwald und Kienthal. Aber wie viel man auch an den Kundgebungen dieser Konferenzen aussehen kann, sie atmen einen ganz anderen Geist. Die Kienthaler Friedensresolution insbesondere zeigt die Fragen in der Perspektive der grundsätzlichen Umwälzung, lehnt den Sozialpatriotismus offen ab, zeigt dem Proletariat die Wege der Tat. Die Zentrumsleute haben unter Führung Hoffmanns dieser Resolution zugestimmt, jetzt tischen sie unter Berufung auf Kienthal dem deutschen Proletariat alle dort bekämpften Illusionen auf, und sagen ihm nicht, auf welchen Weg Kienthal hinweist. Die entschiedene Linke in der deutschen Opposition wird sie bei entsprechender Gelegenheit an diese Preisgabe der Kienthaler Ideen erinnern.

Jetzt gilt es, im Gegensatz zum Zentrum, selbständig und klar den Kampf um den Frieden zu führen. Die grundsätzliche Umwälzung ist der Weg zu ihm, mit allem, was drum und dran hängt. Nur in ihrer Perspektive ist der Kampf gegen Annexionen kein Festhalten an dem alten, morschen Status quo, denn er strebt darüber hinaus, zur Neuordnung aller menschlichen Verhältnisse. Nur in diesem Sinne nimmt er von der Arbeiterklasse die Verantwortung für alle Lasten eines kapitalistischen Friedens, falls ihre Kräfte zu der Erringung eines anderen nicht langen würden. Nur in diesem Sinne geführt, kann der Kampf Kräfte wecken, die alle Folgen, selbst des ungünstigsten Friedens, zu überwinden imstande sein werden. Wer das Ziel der grundsätzlichen Umwälzung nicht zum Leitstern der Friedensaktion macht, der verurteilt sich zu all den Widersprüchen, die das zentrierte Manifest charakterisieren und er verurteilt seine Aktion zur Ohnmacht.

## Ein Manifest der französischen Opposition.

Unter dem Titel „Die Sozialisten von Zimmerwald und der Krieg“ veröffentlichte das französische Komitee zur Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen legal ein Manifest, das wir weiter unten in seinen wesentlichsten Zügen zum Abdruck bringen. Jeder Leser wird sofort bemerken, dass es sich hier um ein Dokument von erstklassiger politischer Bedeutung handelt, den ersten energischen Schritt der entschiedenen Opposition der französischen Sozialisten. Wir werden dem Abdruck dieser Kundgebung eine kritische Würdigung ihrer Bedeutung folgen lassen. Hier zunächst der Inhalt des Dokuments:

Der gegenwärtige Krieg versetzte der zweiten Internationale einen furchtbaren Schlag; seine Wirkung kann in diesem Augenblick niemand ermessen, seine Folgen niemand voraussehen.

Zu schwach, die Menschheit vor dem furchtbaren Krieg zu bewahren, zur Ohnmacht verurteilt, durch die antisozialistische Politik jeder Möglichkeit zur Entfaltung des Klassenkampfes beraubt, scheinen die Arbeiterorganisationen außer Stande zu sein, irgendwelchen Einfluss auf den Gang der Ereignisse auszuüben oder ihre Stimme in dem Moment des Friedensschlusses geltend zu machen.

Die organisatorische wie moralische Einheit der sozialistischen Bestrebungen bekam überall einen Sprung, an vielen Stellen ging sie vollkommen in die Brüche. In Frankreich ist sie ein leeres Wort, dem die Tatsachen jeden Sinn nehmen. Menschen, die dieselbe Sprache sprechen, die gestern noch – so konnte man glauben – für immer verbunden waren, verstehen einander nicht mehr. Den einen hat der Krieg den Zauber der Mitarbeit an der Regierung, den Burgfrieden, die Solidarität von Arbeit und Kapital, den nationalen Sozialismus, den Befreiungskrieg vorgegaukelt; den andern sind diese Blumen fremde Gewächse im Garten des Sozialismus.

Sie alle nennen sich selber Sozialisten. So ist es notwendig, sich in diesem Durcheinander auskennen zu lernen, mit größter Objektivität die Haltung jeder Fraktion, wie die Grundsätze, um die der Kampf geht, die noch völlig im Dunkeln liegen, zu untersuchen.

Verschiedene Richtungen haben sich seit zwei Jahren im Schoße der Internationale gebildet. Die Probleme, die sie aufgewühlt haben, sind so verwickelt, dass man kaum behaupten kann, dass auch nur eine dieser Richtungen völlig gleichartige Elemente besiegt. In Frankreich bildeten sich in der Partei drei wichtigere Richtungen, deren Entwicklung durch den Raub der bürgerlichen Freiheiten je nachdem begünstigt oder aufgehalten wurde. Es ist im gegenwärtigen Augenblicke schwer, ihre wirkliche numerische Stärke zu beurteilen und die Namen Mehrheit, Minderheit, Zimmerwaldisten sind nur Symbole. Was hinter ihnen steht, wird sich erst herausstellen, wenn das organisierte französische Proletariat die Möglichkeit der Klärung bekommen wird.

## Die Richtungen in der französischen Sozialdemokratie.

### 1. Die Mehrheit.

Nach der Auffassung der Mehrheit wurden die Verbündeten durch die Zentralmächte, die nach ihrer Meinung allein die Verantwortung für den Krieg tragen, brutal angegriffen und sie selbst kämpfen für Recht und Gerechtigkeit. Der Krieg muss also bis zu seinem logischen Ende, bis zum Siege geführt werden, bis zur Ausrottung des deutschen Militarismus. Dieser Sieg bringt einen dauerhaften Frieden, ohne Annexionen, bringt die obligatorischen Schiedsgerichte. „Die Befreiung der unterdrückten Nationen, die Emanzipation der Völker,

Wiederherstellung des Rechtes in Elsass-Lothringen, die Lösung der polnischen, tschechischen Fragen etc. etc“.

Um diese Ziele zu erreichen, gab die Mehrheit der Regierung ihre volle Unterstützung, ohne Vorbehalt, ohne Bedingungen; sie gab ihr drei Minister und stellte ihr die materiellen und moralischen Kräfte der zentralen Parteinstanzen zur Verfügung.

Sie hat einen Pakt mit unseren Klassenfeinden geschlossen, den Burgfrieden, und sie war seine kräftigste Stütze. Heute darf man den Burgfrieden nicht mehr als eine vorübergehende Notwendigkeit ansprechen. Die Mitglieder der Partei und der C. G. T. (Confederation General du Travail [Gewerkschaftsbundes]) haben nicht nur einmal betont, dass er bis in alle Ewigkeit notwendig ist.

Die Mehrheit widersetzte sich endlich stets jeder Aufnahme der internationalen Beziehungen und stellte auch für die Zukunft als Bedingung ihrer Wiederaufnahme revolutionäre Bewegungen in Deutschland und die Verpflichtung aller Sektionen der Internationale, die prinzipiellen Beschlüsse aller internationalen Kongresse wieder in Kraft zu setzen.

Was für Folgen wird diese Politik für die Partei und für die Völker haben?

Das ist ein Geheimnis der Zukunft; aber die gegenwärtigen Resultate rechtfertigen in vollem Umfange die Besorgnisse derer, die den Prinzipien aus der Zeit vor dem Kriege treu bleiben wollen.

Dem Hasse der einen, der Blindheit der anderen geopfert, liegt die Internationale in den letzten Zügen und ihr Wiederaufleben ist an derartige Bedingungen geknüpft, die es immer unwahrscheinlicher machen.

Gefordert von denen, die sie faktisch brechen, ist die Einheit nur ein Schatten, der zerfließt, je klarer der Sinn der Ereignisse und die Grundsätze jeder einzelnen Fraktion hervortreten.

Für den Schatten des dauerhaften Friedens, der Befreiung der unterdrückten Nationen, die Wiederherstellung von Rechten, die durch Jahrhunderte vergewaltigt waren, hat der Sozialismus seine Unabhängigkeit geopfert, die wenigen Freiheiten, die so teuer erkaufte waren.

Niemals war der Militarismus so machtvoll, niemals traten die Eroberungstendenzen des Imperialismus so klar zutage, niemals übte der Staat so ausgiebig seine Macht aus, niemals war die Ausbeutung der Arbeiter so groß, wie jetzt.

Der Klassenkampf wird von den Sozialpatrioten jeden Tag denunziert, jeden Tag beschimpft. Sie wollen ihn durch den längst kompromittierten Klassenfrieden ersetzen, der eine Verneinung des Sozialismus ist.

## **2. Die Opposition. (Die sozialistische Minderheit.)**

Diese Sachlage musste notwendig überall einen starken Widerstand hervorrufen. In Frankreich ist die Opposition durch zwei scharf voneinander abgegrenzte Gruppen vertreten: die *Minderheit*, bestehend aus den Anhängern von Longuet, Pressemane und die *Zimmerwaldisten*.

Nach zwei Jahren eines Krieges, dessen Sinn sich mit einer nicht misszuverstehenden Deutlichkeit entschleierte, bleibt die Politik der Minderheit inkonsequent, widerspruchsvoll, und ihre Mitglieder tragen vor den Massen und der Geschichte einen

großen Teil der Verantwortung dafür, dass man den organisierten Sozialismus in ein geduldiges Werkzeug des imperialistischen Blocks umgewandelt hat.

Wo laufen die Richtlinien dieser Politik? Was für Resultate kann sie dem Proletariat in den Rahmen einer Nation und international versprechen?

Die Untersuchung der Resolution, die die Minderheit dem Parteitag vorgelegt hatte, zeigt ganz klar, dass die Minderheit in allen wichtigen Fragen mit der Mehrheit übereinstimmt. Wie die Mehrheit erklärt sie sich bereit, mitzuarbeiten an der Vaterlandsverteidigung, gibt sie zu, dass der Krieg auf der Seite der Alliierten ein reiner Verteidigungskrieg ist und bewilligt sie Kredite für seine Weiterführung. Sie kämpft für die „Wiederherstellung des vergewaltigten Rechtes von 1871“, für die Befreiung der unterdrückten Nationen und für die Ausrottung des deutschen Militarismus.

Gleichzeitig findet sie aber, dass „der Krieg für die Völker die schwersten Folgen haben wird und dass man eine Aktion für den sofortigen Frieden ohne Annexionen beginnen müsse.“

Aus diesem Grunde, und „um dem organisierten Proletariat die Möglichkeit zu geben, auf die Friedensverhandlungen einen Einfluss auszuüben, erklärt die Minderheit sich bereit, die internationalen Beziehungen wieder aufzunehmen und verlangt von der Partei und dem Parlament, sie sollen von der Regierung 1. die öffentliche Bekanntgabe der eigenen Kriegsziele 2. die Veröffentlichung der Kriegsziele der Alliierten und 3. wohlwollende Annahme jedes Vorschlages einer Vermittlung und eines Schiedsgerichtes fordern.

Wir finden nirgends die *Frage* des Burgfriedens, nirgends die Frage der Teilnahme an der Regierung aufgeworfen, und dieses Schweigen beweist, dass die Minderheit diese Dinge für notwendig hält.

Ihre Verurteilung stünde auch im Widerspruch zu der voraufgehenden Erklärung, deren widerspruchsvoller Charakter sowieso in die Augen springt. So tritt die Minderheit für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und gleichzeitig für die Gründe ein, die diese unmöglich machen, sie tritt gleichzeitig für den Internationalismus und für den Nationalismus ein.

Der Eindruck dieser Konfusion wird noch verstärkt bei der Lektüre des „Populaire“, des offiziellen Organs der Minderheit. Der krasseste Widerspruch herrscht oft zwischen verschiedenen Artikeln und Auszügen, die in diesem Organ veröffentlicht werden und dem offiziellen Standpunkt der Gruppe. Alle die, die durch die Stellungnahme der Mehrheit beunruhigt sind, können in diesen Artikeln wenigstens den Widerschein ihrer Gedanken und Hoffnungen finden.

Diese schlaue Taktik begünstigt augenscheinlich die Werbung von Anhängern, aber sie vergrößert die Zahl derjenigen, die eine Politik treiben, die letzten Endes mit der Politik der Mehrheit übereinstimmt. Diese Taktik bildet daher für den Sozialismus eine ebenso große Gefahr, wie der widerspruchsfreie, reine Rationalismus der Mehrheit.

Genauso wie der Regierungsblock einen Sozialismus nötig hat, der die Arbeitermassen diszipliniert und durch seine Autorität an den Militarismus kettet, genauso braucht die Mehrheit, durch den Widerstand der Zimmerwaldisten aufgescheucht, die Minderheit, die unbewusst allerdings ihr Spiel spielt, da sie die unzufriedenen Elemente an sich lockt, ihr sozialistisches Gewissen einlullt und sie dann nötigt, die offizielle Politik der Partei zu treiben.

Durch ihre Haltung schafft die Minderheit der tapferen deutschen Opposition unüberwindbare Schwierigkeiten, desavouiert sie die Stellung der italienischen, serbischen, russischen und beider englischen Parteien; gleichzeitig isoliert sie die Minderheit in gefährlicher Weise innerhalb der französischen parlamentarischen Fraktion, die Genossen Brizon, Raffin-Dugens und Blanc, die tapfer die ersten Schritte getan haben, um die Partei von der Verantwortung für das Werk des Militarismus zu befreien.

Die Minderheit bemüht sich, zu vereinigen, was unvereinbar ist; sie beraubt, vom Standpunkt des Klassenkampfes gesehen, jede ihrer internationalen Deklarationen jedes Wertes. Diese Erklärungen werden zu einer hohlen Phraseologie, deren unausbleibliche Konsequenz die Verschleierung in den Augen des Proletariats, des reinen Regierungs- und Kriegscharakters des offiziellen Sozialismus ist.

Die Notwendigkeit des sofortigen Friedens proklamieren und sich dabei mit der Forderung der Einberufung des internationalen Bureaus und der Veröffentlichung der Kriegsziele zu begnügen, heißt den Massen die trügerischen Hoffnungen auf die heilbringende Arbeit der Delegierten und Parlamentarier vorgaukeln und jede fruchtbare Arbeit zur Erringung dieses Friedens lähmen.

Zwei Jahre inhaltlosen Geredes und der Fehlschlag aller Bemühungen von Huysmans haben zur Genüge bewiesen, dass die Einberufung des Internationalen Bureaus eine Unmöglichkeit ist, wenigstens solange der Krieg dauert und wenigstens solange der Sozialismus nicht mit der Burgfriedenspraxis bricht.

Und der Bruch des Burgfriedens und das Aufgeben der Mitarbeit an der Regierung können in dem Programm der Minderheit, mit Ausnahme kleiner vereinzelter Manifestationen, keinen Eingang finden. Eine Partei, die den Krieg unterstützt, hat keine Möglichkeit, die Mithilfe der Regierung zu verweigern; eine parlamentarische Fraktion, die den Ministern Milliarden bewilligt, hat nicht das Recht, ihre Mitarbeit zu entziehen bei der Verteilung dieses Geldes und bei der Leitung der Staatsgeschäfte.

So ist es klar, dass, während die Mehrheit durch ihre Politik die Zukunft des französischen wie internationalen Sozialismus untergräbt, so kompromittiert die Minderheit für immer die Idee sogar einer Opposition gegen den offiziellen Sozialismus.

Deswegen erachtet es das Zimmerwalder Komitee für notwendig, gegen gewisse Äußerungen zu protestieren, die es als mit der Minderheit verbündet darstellen. Im Gegenteil lehnt das Zimmerwalder Komitee in formellster Weise jede Solidarität mit der Aktion der Minderheit ab. Es erklärt, dass jede Hoffnung auf die Auferstehung der Internationale so lange unbegründet bleibt, solange im Innern des Sozialismus und Syndikalismus Gefangene der kapitalistischen Bourgeoisie verbleiben und solange nach außen der revolutionäre Wille des internationalen Proletariats durch die Geheimdiplomatie der sozialistischen und syndikalistischen Führer ersetzt wird.

## **Aus unserm politischen Tagebuch.**

25. Januar.

Endlich und nach langem Leiden hat sich nun auch die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages gespalten. Nicht durch die Initiative der oppositionellen Minderheit etwa! Wer könnte von einem Adolf Hoffmann, der noch tags zuvor auf der Konferenz der „Opposition“ zur Resolution des Parteizentrums stand, erwarten, dass er und seine zentrümlichen Freunde einen wirklichen Kampf gegen die Sozialpatrioten führen würde!



Nein, auch hier gebührt den Sozialpatrioten das Verdienst, Klarheit geschaffen und die Fraktion gespalten zu haben. Wir glauben keinen Augenblick, dass dieser Akt dem „oppositionellen“ Zentrum um Adolf Hoffmann besonders heilsam sein wird. Unfähig und unlustig, den Kampf gegen die Sozialpatrioten zu führen, wird die Zentrumsopposition des preußischen Landtages ihre Haltlosigkeit gerade jetzt vor aller Welt offenbaren. Die Spaltung der Partei ist für das Zentrum in jeder Hinsicht ein gefährliches Ding. Man begreift die tiefe Abneigung der Zentrumsleute vor ihr vollkommen.

## Feuilleton

### Sickingens tragische Schuld.

Ich hätte euch vielleicht ganz anderen Rat  
Gegeben minder klugen Rat und doch  
Vielleicht zugleich auch klügeren.

In unserem Kampfe vor und während des Krieges haben wir von gar manchem guten Freund - wirklich ganz ohne Ironie, von manchem guten lieben Freund die freundliche Mahnung erhalten: Ihr fangt die Sache verkehrt an. Warum so offen sagen, was man denkt und will? Damit kommt ihr nie zum Ziele. Der Gegner weiß, woran er ist, und rüstet dafür und den Freund stoßt ihr vor den Kopf. Klug muss man sein. Politik will diplomatisch betrieben werden. So drängten unsere klugen welterfahrenen Diplomaten und so kluge Politik ist gang und gäbe gewesen in unserer Partei und sie wurde es immer mehr, je mehr das politische Handeln in das parlamentarische Souterrain verwiesen wurde und die klugen Führer Weltgeschichte machten. Da war die Gelegenheit dafür die feinen Schachzüge und heimlichen Kabalen, für die diplomatische Vorsicht der halben Wahrheiten und der ängstlichen Sicherung der Rückzugslinien, für die Taktik des Totschweigens und der feigen Ablehnung und Abschwächung von Worten, die im hitzigen Gefechte vom Herzen stracks über die Zunge gelaufen. Gelegenheit zum Paradien mit all dem Rüstzeug, das zu Eintagserfolgen führt. Was Wunder, dass es damit nicht aufhören will! Was Wunder, dass man auch unserer „Arbeiterpolitik“ gegenüber geltend machte: Zwar habt ihr Recht in eurer Beurteilung der inneren Parteifragen, aber wir können das Blatt nicht brauchen, weil es allzu unklug die Tatsachen ausspricht, die schwächeren Anhänger der Opposition abschreckt, diese teilt und schwächt. Auch ist es wenig diplomatisch, die heiklen Fragen der Kreditbewilligung, der Vaterlandsverteidigung zu erörtern, wodurch wir nur diejenigen verlieren, die nicht so weit mitgehen können, dem Gegner aber Waffen gegen uns in die Hände drücken. Diesen schlaun Köpfen pflegten wir zu antworten: Studiert Lassalles Drama „Franz von Sickingen“! Und so tun wir es auch heute wieder.

So soll es ein Aufsatz mit politischer Tendenz, keine ästhetische Würdigung sein, was wir über Lassalles „Sickingen“ schreiben. Nur zwei Worte erscheinen uns in dieser Hinsicht und bei solch günstiger Gelegenheit nicht überflüssig. Der „Sickingen“ soll ästhetisch völlig wertlos sein. Gewiss will uns, die wir von Ibsen und Strindberg auch von der Bühne herab eine Sprache im Alltagsgewand vernahmen und eine Kunst schätzen lernten, die auf die Aushilfsmittel der Theatralik verzichtet, gewiss will uns der pathetisch Jambusschritt der Lassalle'schen Helden nicht mehr imponieren. Doch wo die Aufführung des Marquis Posa mehr sein will als eine Verbeugung vor dem Schiller'schen Genius, da kann auch „Sickingen“ sich sehen lassen. Und wenn nichts anderes bestehen sollte, so bleibt doch Huttens Auseinandersetzung mit Marie eine Szene von dramatischer Wucht. Gewaltig wird die Nachempfindung geweckt von der Schilderung des Lebens Ulrichs von Huttens, dieses Leben voll Unrast und Kampf, voll Wissensdrang und Leidenschaft, voll Elend und Enttäuschung

und Niederlagen. Und mächtig ringt sich empor aus allen Niederlagen der Opferwille in der Menschheit höchstem Dienst:

Die Besten müssen springen in den Riss der Zeit,  
Nur über ihren Leibern schließt er sich,  
Nur ihre Leiber sind der seltne Samen,

Aus dem der Völkerfreiheit üpp'ge Pflanze  
Grünend hervorschießt, eine Welt befruchtend.

Lassalles Drama ist ein Tendenzstück, das den Zweck hatte, den Liberalen in Deutschland den Rücken zu steifen. Es war einer der letzten Versuche, die alle mit Enttäuschungen endeten, bis er zu dem Entschluss kam, dass mit dieser Partei nichts zu erreichen sei und an die Arbeiter appellierte. Er gibt in diesem Stück die Grundlage für alle politische Taktik, indem er die liberal blöde sprachlich unmögliche Redensart über den Haufen wirft, wonach die Politik die Kunst des Erreichbaren ist. Er führt seinen Nachweis durch die Entwicklung der tragischen Schuld Sickingens.

Wir sehen davon ab zu untersuchen, ob Lassalle seine Helden und ihre Zeit richtig zeichnet. Nach ihm will Sickingen, der sich durch kühne glückliche Feldzüge im Kampf mit dem kleinen Fürsten- und Pfaffentum, durch sein furchtloses Eintreten für Luther den Namen eines deutschen Brutus erworben hat, das deutsche Elend, die Kleinstaaterei und Pfaffen- und Fürstenwirtschaft vernichten und Deutschland in alter Einheit und Kraft unter einem mächtigen Kaiser wieder aufrichten. Karl der Fünfte, der junge Kaiser von Sickingens Gnaden, ist seine Hoffnung. Aber der junge Kaiser hat eine greisenhafte Gesinnung. Um seine Hausmacht zu sichern, unterwirft er sich den Pfaffen. Nun entschließt sich Sickingen. Wenn nicht für und mit dem Kaiser, dann gegen ihn für den Reichsgedanken. Die Ritterschaft hat er hinter sich, die unter seiner Führung sich getraut mit allen Fürsten anzubinden. Sie drängen zum Kampf. Aber Sickingen selber hält sie zurück. Er will klug zu Werke gehen. Rüstet er jetzt ein großes Heer und spricht er offen seine Ziele aus, dann wird er den Feinden zeigen, warum es geht, sie zusammenschmieden und auf den härtesten Widerstand stoßen. Unklug wäre es, das herauszufordern. Wie fein gesponnen ist indes der Plan, erst mit dem Kurfürst-Bischof von Trier anzubinden, mit dem er wegen kleiner Privatsache in Fehde liegt. Er soll erst niedergezwungen sein und dann soll's weiter gehen. Und damit's die Fürsten dennoch als seine eigene Privatfehde ansehen, wie er sonst sie wohl geführt, so wird der Vertrag des Ritterbundes angefertigt.

... in unscheinbar kleinlichem Gewand,  
Den großen Zweck des Bundes zu verhüllen,  
Beschwichtigend den stets bereiten Argwohn  
Der Fürsten, wenn sie von der Einung hören.  
Denn früher nicht, bis reif der Augenblick,  
Darf man durchschaun, was hier gestiftet worden.

Trotz ernster Mahnung wird nach dem Plan gehandelt, und von Erfolg zu Erfolg führt Sickingen sein kleines Heer. Des Trierer Bischofs Burgen fallen, bis vor Triers Mauern Halt geboten wird. Auch hier glückt erst die Sache. Die feste Stadt, in der der Aufruhr gärt, steht vor der Übergabe. Da kommt der Rückschlag fürchterlich. Dem Kurfürsten wachsen von allen Seiten Kräfte zu. All jene, die sich bedroht fühlen von Sickingens Kühnheit und himmelstürmenden Plänen, leihen ihre Hilfe. In Sickingens Lager jagt eine Hiobspost die andere. Es kommt zuerst der Dank vom Hause Österreich, die Ächtung durch den Kaiser. Ein Feind nach dem andern ersteht. die Fürsten vergessen ihre Eifersüchteleien und rücken von

allen Seiten mit Heeresmacht gegen Trier vor. Und als der Kurfürst von der Pfalz, der Sickingen tief verpflichtet ist, mit dem Luthertume liebäugelte, zur Rettung der fürstlichen Oberhoheit vor Sickingens hochverräterischen Plänen heranrückt, da muss Trier kurz vor dem Falle aufgegeben werden. Und nun folgt ein mühseliger Rückzug und ein langsames Zu-Tode-Kämpfen in der belagerten Burg Sickingens.

Die kleine Klugheit hatte sich gerächt. Sickingens weiser Ratgeber Balthasar Stör zieht das Fazit der Rechnung. Notwendigkeit, nicht Zufall war es, was zum Zusammenbruche führte. Besser sich offen gegen Kaiser Karl erheben, Umformung der Kirche und des Reiches lesbar auf das Banner schreiben, ja besser selbst, sich kühn Kraft solcher Titel und solchen Rechts zum Kaiser ausrufen, als dies Verstecken mit dem Freund zu spielen, das keinen Feind noch blind gemacht.

Das eben ist's. Durch eure Klugheit stürzt ihr.  
Das Größ're hättet ihr gekonnt, das Klein're  
Konntet ihr nicht!

Der Feind wurde nicht getäuscht. Sichern Instinktes sahen die Fürsten in Sickingen den allgemeinen Todfeind ihres Standes.

Die Freunde nur habt sorglich ihr getäuscht:  
Der Nation galt es als solche Fehde!  
Drum bleibt sie ruhig, Städte, Landvolk lässt euch  
Mit eigener Kraft den eignen Handel enden,  
Derweil schon durch des ersten Schlags Misslingen  
Der Adel zögernd sich zurückehält.

Die Gärung, die Deutschland durchwühlte, blieb ungenutzt.  
Der Feind triumphierte. So schließt – eine Mahnung für jeden  
politischen Kämpfer – Balthasar seine Abrechnung:

O, nicht der Erste seid ihr, werdet nicht  
Der Letzte sein, dem es den Hals wird kosten,  
In großen Dingen schlau zu sein. Verkleidung  
Gilt auf dem Markte der Geschichte nicht,  
Wo im Gewühl die Völker dich nur an  
Der Rüstung und dem Abzeichen erkennen;  
Drum hülle stets vom Scheitel bis zur Sohle  
Dich kühn in deines eignen Banners Farbe  
Dann probst du aus im ungeheuren Streit  
Die ganze Triebkraft deines wahren Bodens  
Und stehst und fällst mit deinem ganzen Können.

## Verse aus dem Sickingen.

O, hätt ich tausend Zungen – grade jetzt  
Mit allen tausenden wollt ich zum Lande reden:  
Viel lieber will ich, elend wie ein Wild gehetzt,  
Von einem Dorfe mich zum andern tragen,  
Als an der Wahrheit schweigend zu verzagen!

Wohl mag es der Gewalt, mich zu verderben, glücken,  
Des Geistes Stimme soll sie nie mir unterdrücken.

\*

Ich kann nicht schweigen, kann durch Schweigen nicht  
Mir Obdach und des Leibes Sicherheit erkaufen.

\*

Beschleun'gen könnt ihr - könnt verhindern nicht,  
Gestalten könnt ihr - könnt nicht unterdrücken,  
Nicht wenden, nicht verzögern das Notwendige,  
Das mit des Lebens Kraft zur Selbstentfaltung drängt.

\*

Die Zeit vollzieht sich - doch vollzieht sie sich  
Anders mit euch und anders gegen euch.

\*

Das Ziel nicht zeige, zeige auch den Weg.  
Denn so verwachsen sind hinieden Weg und Ziel,  
Das eines sich stets ändert mit dem andern  
Und anderer Weg auch anderes Ziel erzeugt.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl  
Becker): sämtlich in Bremen

Arbeiterpolitik 5/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 3. Februar 1917.

Nr. 5

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie.

Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie, die seit dem 4. August 1914 politisch immer klarer zutage trat, ist jetzt durch die sozialpatriotischen Instanzen auch organisatorisch vollzogen worden. Sie haben die Organisationen, die sich zum Kampfe gegen die Politik des 4. August auf der Oppositionskonferenz zusammenfanden, kurzerhand als außerhalb der Partei stehend erklärt. Die guten Zentrumsleute, die auf der Konferenz die Propaganda der Beitragssperre abgelehnt haben, um den Sozialpatrioten keine Handhabe gegen sich zu geben, hatten wieder einmal vergessen, dass, wenn man den Hund prügeln will, der Stock sehr bald gefunden ist. Wie zahm und lendenlahm die Zentrumsopposition auch immer war, so hemmte sie dennoch die Bewegungsfreiheit der Sozialpatrioten, und so wurde den Zentrumsleuten der Stuhl vor die Tür gesetzt. Wenn sie sich, wie es in einem besonderen Aufruf der Arbeitsgemeinschaft geschieht, jetzt noch auf den tausendmal zerstörten „Rechtsboden“ der Partei berufen, wenn sie das Statut schwingen und erklären: der sozialpatriotische Parteivorstand hat kein Recht, uns auszuschließen, wir bleiben in der Partei, erst der Parteitag wird entscheiden: so erinnern sie lebhaft an jenen russischen Juden, der, auf dem Polizeirevier verprügelt, nach Hause eilte, das Gesetzbuch holte und dem Prügelhelden bewies, dass er das Gesetz nicht kenne, da die Prügelstrafe aufgehoben sei, worauf er dann sofort eine zweite Tracht Prügel bekam.

Ich bin, ich bleibe! Jawohl, außerhalb der offiziellen Organisation, wo nur die Sozialpatrioten die Mehrheit haben. Das Schwenken des Parteistatuts wird an dieser Tatsache nichts ändern; es wird nur das ergötzliche Bild zeigen, wie die Zentrumsleute, die in ihrer offiziellen Antwort auf den Beschluss der sozialpatriotischen Instanzen diese des Sozialnationalismus bezichtigen, in Wirklichkeit den heroischen Kampf führen um die Einheit mit den Sozialpatrioten.

Das alles sind Kindereien, und unser Bruderblatt, der Duisburger „Kampf“, war vollkommen im Recht, als es am 6. Januar schrieb, die deutsche Sozialdemokratie existiere heute als Ganzes gar nicht mehr. Als die entschiedene Linke das offen aussprach und die sozialistischen Arbeiter immerfort aufforderte, sich für die kommende organisatorische Spaltung vorzubereiten, die der politischen Spaltung unbedingt folgen musste, da wurde sie

von den Zentrumsleuten als „Spaltpilz“ angefaucht. Der „Vorwärts“ erklärte unter der damaligen Zentrumsredaktion, dass die Zentrumsleute selbst eine Entscheidung des nächsten Parteitag, der zugunsten der Sozialpatrioten ausfallen würde, hinnehmen würden, weil die späteren Beschlüsse sich ganz gewiss auf die Seite der Opposition stellen würden. Ja, selbst unsere Freunde aus der Gruppe „Internationale“ (Spartacus) fürchteten die Losung der Spaltung als unpopulär. Indes: die „Spaltpilze“ behielten Recht. Die Spaltung ist gekommen, weil sie kommen musste (merken Sie es jetzt endlich, Genosse Henke?), obwohl die sozialpatriotische Mehrheit wie das gesamte Parteizentrum nichts mehr als die Spaltung, d. h. die klare Auskämpfung der Gegensätze fürchtete.

Auf die Dauer konnte eine Organisation die Helfershelfer des Imperialismus und seine erkorensten Gegner, diejenigen, die auf Streikrecht und Freizügigkeit verzichteten und diejenigen, die den Klassenkampf führen wollen, nicht in ihren Reihen beherbergen. Der Gegensatz der bürgerlichen und proletarischen Politik musste die Organisation der deutschen Sozialdemokratie sprengen. Wer den Burgfrieden mit der Bourgeoisie schloss, *musste* die Arbeiterklasse spalten. Und wie in Deutschland, so wird es auch in Frankreich geschehen, früher oder später. In Deutschland erfolgte die Spaltung früher einerseits, weil die Opposition hier stärker ist, als in anderen Ländern und weil dadurch die Sozialpatrioten unmittelbar bedroht wurden, die Organisationen aus den Händen zu verlieren; andererseits, weil die jetzige militärische Lage es den Sozialpatrioten Deutschlands nicht erlaubt, die Verantwortung vor der Regierung nicht nur für die Haltung der entschiedenen Linken, sondern selbst für die des Zentrums zu tragen.

Als die entschiedene Linke erklärte: die deutsche Sozialdemokratie ist nicht mehr, sie ist politisch gespalten und die organisatorische Spaltung wird folgen, bereitet euch darauf vor, um im Moment der Spaltung nicht ohne alle Organisationsmittel zu bleiben, schafft euch – einstweilen im Rahmen der Partei – einen internen Zusammenhalt, schafft euch Pressorgane: da waren es nur ein paar tausend Arbeiter, die die Richtigkeit dieses Standpunktes einsahen. Jetzt ist diese Angelegenheit *erledigt*. Die oppositionellen Arbeiter können jetzt einsehen, *wer weitsichtiger war*: die „Sektierer“, die erklärten, dass die Sozialpatrioten die Opposition aus der Partei herausdrängen müssen und herausdrängen werden, oder die Zentrumsleute, die erklärten: wir sind für die Einheit, der Parteitag muss sie schaffen! Die Zentrumsleute, die, auf diesen zukünftigen Parteitag starrend, vor jeder schärferen Attacke auf die Sozialpatrioten zurückschraken.

Die Spaltung ist da, und es wird keinen allgemeinen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie mehr geben, selbst einen Scheideparteitag nicht. Mögen die oppositionellen Arbeiter diese Probe auf die Weitsichtigkeit des Zentrums nicht vergessen! Wären sie den Mahnungen der entschiedenen Linken gefolgt, sie würden an vielen Orten von dem Vermögen der Partei, den organisatorischen Kampfmitteln, vieles zeitig gerettet haben, was jetzt in den Händen der Sozialpatrioten als Kampfmittel gegen das sozialistische Proletariat dienen wird.

Jetzt ist diese Frage erledigt. *Neue Fragen* stehen auf der Tagesordnung. Die sozialpatriotischen Führer sind nicht nur in den entwendeten Parteieinrichtungen verbarrikadiert. Sie haben auch die *Gewerkschaften* und die *Genossenschaften* in den Dienst des Imperialismus gestellt. Gemeinsam mit den christlichen und liberalen Gewerkschaftsführern sind sie eines der wichtigsten Organe der Kriegswirtschaft, wie das Mitglied der Generalkommission, der Abg. Bauer, im „Vorwärts“ prahlte. Um diese Rolle ehrlich und treu ausführen zu können, werden die Gewerkschaftsführer nicht nur alles tun, um die erwachende Opposition in den Gewerkschaften niederzuhalten, sondern sie werden bei ihrem Wachstum alle Gewaltmittel anwenden, um sie außerhalb der Organisation zu stellen.

So droht der „Grundstein“ aus Anlass eines – nach unserer Meinung unrichtigen – Vorschlages, den ein oppositioneller Berliner Metallarbeiter im Braunschweiger „Volksfreund“ zur Bekämpfung der verräterischen Gewerkschaftsführer gemacht hat, mit dem Ausschluss der „Quertreiber“. Wenn die oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder nicht überall eine *Aktion auf die Absetzung der sozialpatriotischen Gewerkschaftsführer beginnen, wenn sie nicht politisch zuverlässige Genossen zu Treuhändern der Gewerkschaftsgelder wählen*, dann werden sie eines Tages außerhalb der Gewerkschaft stehen – ohne alle Geldmittel.

Unter dem Schutze der bürgerlichen Gerichte werden die Gewerkschaftsführer mit der Opposition dasselbe tun, was die sozialpatriotischen Instanzen mit der Opposition der Partei getan haben. Wer jetzt die geringsten Illusionen darüber hat, dass die Sozialpatrioten unter der „Einheit der Arbeiterbewegung“ nur die Expropriation ihrer Kampfmittel, ihre Verwendung für die Politik des 4. August, für die Interessen des Imperialismus, den Ausschluss der oppositionellen Arbeiter verstehen, wer Illusionen über die Möglichkeit der Einheit mit den Sozialpatrioten in der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung verbreitet, und das alles nach der Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz und nach der Spaltung in der Sozialdemokratie, *der begeht ein Verbrechen am Proletariat*.

Die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung ist ein Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung. Derselbe Geist, der die Parteimassen beherrscht, herrscht auch in den Vorderreihen der Gewerkschaftsmitgliedern. Dieselbe Politik des 4. August, die die Führer der Partei und der Gewerkschaften betreiben, muss in der Partei wie in den Gewerkschaften dieselben Folgen haben. Sie hat die Partei gespalten und sie wird auch die Gewerkschaften spalten. Dass dies noch nicht der Fall war, ist nur durch die Tatsache bewirkt worden, dass es aus verschiedenen Gründen bisher zu keinen größeren Gewerkschaftsaktionen gekommen ist. In dem Moment, wo sich diese Kämpfe einstellen, wird es den breitesten Massen klar sein, dass die Gewerkschaftsführer mit der Bourgeoisie schachern werden, während die Arbeiter gegen sie kämpfen wollen.

Diese Erkenntnis wird in den Gewerkschaften Kämpfe zwischen Massen und Führern auslösen, deren Resultat der Versuch der Gewerkschaftsführer sein wird, gestützt auf die bestentlohnten Arbeiter, die durch Zugeständnisse der Bourgeoisie hoffen vorwärtszukommen, die kampflustigen Arbeiter aus den Gewerkschaften auszuschließen. Sie müssen es ebenso tun, wie klassenkämpferische Gewerkschaftler die Gelben und diese die Ersteren bis aufs Messer bekämpfen. Und was sind die Gewerkschaftsführer, die auf Streikrecht und Freizügigkeit verzichten und diesen Verzicht als sozialpolitischen Fortschritt anpreisen, anderes als *Gelbe*? Zu dieser Erkenntnis beginnen sich selbst bürgerliche Kreise durchzuringen. So schreibt der Rechtsanwalt Ernst Böttger in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 13. Januar:

„Wie Paul Umbreit in der ‚Münchener Post‘ vom 2. Dez. 1916 (Zivildienstpflicht und Gewerkschaften) zutreffend ausführt, bringt das Hilfsdienstpflichtgesetz die *teilweise Aufhebung der Arbeitsfreiheit und damit im Zusammenhang die Aufhebung der Freizügigkeit*.

Wenn der deutsche Gewerkschaftler sich diesen Beschränkungen unterworfen hat, dann befindet er sich in einem Zustande der Abhängigkeit, der entfernt nicht zu vergleichen ist der ‚Abhängigkeit‘ des wirtschaftsfriedlichen Arbeiters im Bund der deutschen Werkvereine. Der Unterschied ist, dass der wirtschaftsfriedliche Arbeiter in normalen Zeiten, von dem nationalen Werte der stetigen, in Verständigung mit dem Arbeitgeber ausgeführten Tätigkeit überzeugt, *freiwillig* diese von den Gewerkschaften verurteilte Abhängigkeit auf sich nahm, während der Gewerkschaftler erst unter der Herrschaft des Ausnahmezustandes sich der wirtschaftsfriedlichen Richtung anpasste und *sie in Bezug auf den Grad der Abhängigkeit weit*

*überholte*. Die Gewerkschaften können dieser Beweisführung nicht entgegenhalten, dass sie die Lasten nur des Ausnahmezustandes wegen auf sich genommen hätten. Nein, offen haben sie ausgesprochen, dass sie das Gesetz als *sozialpolitischen Fortschritt* begrüßen, von ihm wichtige Wirkungen über die Kriegszeit hinaus erwarten. Wer wegen des Vorteiles für den Frieden das Kriegsoffer bringt, begibt sich freiwillig in Abhängigkeit und so ist die soziale Gleichstellung der „Gelben“ mit den freien Gewerkschaften auf Grund des Hilfsdienstgesetzes eine von den freien Gewerkschaften gewollte, die auch Geltung haben sollte für den Frieden, weil eben das Hilfsdienstgesetz seine ethischen Strahlen tief in den Frieden senden soll, nach dem Willen der Gewerkschaften selber. ...Wirtschaftlich und sozial stehen sie durch den Hilfsdienst auf der gleichen Stufe wie die ihnen sogar unter der volksverbindenden Kraft des Krieges noch verhassten „Gelben“.

Gegen diese Ausführungen ist ehrlicher Weise nichts einzuwenden, und der Kampf zwischen den auf den Boden der Gelben übergetretenen Gewerkschaftsführern und den dem Sozialismus treu gebliebenen Arbeitermassen wird noch die schärfsten Formen annehmen. Mögen die Arbeiter, gewitzigt durch die Erfahrungen der Parteispaltung, zeitig mit der Rüstung zu diesem Kampf beginnen.

Die Spaltung mit den Sozialpatrioten in der Partei, auf die die Gewerkschaftsführer bei den sich verschärfenden Kämpfen ganz sicher die Spaltung der Gewerkschaften folgen lassen werden, stellt die Frage des Verhältnisses der Linksradiكالen zum Zentrum in eine neue Phase. Früher kämpften wir auf dem Boden der gemeinsamen Parteiorganisation gegen die Zentrumsleute; jetzt sind wir gemeinsam mit den Zentrumsleuten ausgeschlossen worden. Es gilt zu untersuchen, wie in dieser neuen Situation unser Verhältnis zum Zentrum der Partei sich gestalten soll. Darüber demnächst.

## Der französische sozialistische Parteitag.

Von Henri Guilbeaux.

Wer noch einen Funken Hoffnung auf die Minderheit um Longuet, Pressemanne, Mistral und Valiere hatte, wird in der Zukunft jeder Illusion beraubt sein. Was sich auch die Organe der Minderheit denken, die Mehrheit hat gesiegt. Der Kongress der Federation de la Seine (der Organisationen von Paris und Umgebung) erlaubte noch irgendwelche Hoffnungen aufkeimen zu lassen, die Annahme des provisorischen Budgetzwölfteils nach der Rede des russischen Ministers Trepoff, die mit allen Stimmen der Minderheit, mit Ausnahme der Zimmerwaldisten, beschlossen wurde, zeigt ausdrücklich, woran die Minderheit ist! (Trepoff hat bekanntlich die Annexion Konstantinopels durch Russland als Kriegsziel der Entente proklamiert. Red. A.-P.). Übrigens zeigte das Zirkular über den Krieg, das kurz vor dem Kongress von der Minderheit herausgegeben wurde, noch einmal den Patriotismus und Opportunismus dieser Sozialisten. Man protestierte gegen die Herren Millerand und Delcasse „zwei für das Land unselige Männer“; man protestierte gegen die Versäumnisse bei der Beschaffung von Kriegsmaterialien; man protestierte gegen die Kriegführung, die man zu wenig energisch und intelligent fand.<sup>3</sup>

In einer Versammlung, die unter der Leitung von Longuet vor einigen Monaten abgehalten wurde, antwortete Mayeros, einer der radikalsten Abgeordneten der Minderheit, Lebas, dem

---

<sup>3</sup> Dieses Dokument wurde von 31 Abgeordneten der Minderheit und 5 Mitgliedern der Verwaltungskommission der Partei unterzeichnet. Befremdend wirken zwischen diesen Abgeordneten die Namen der 3 Zimmerwaldisten, Blanc, Raffin-Dugens und Brizon. Es zeigt sich, wie wenig sattelfest allem guten Willen auch diese „Besten“ sind.



Bürgermeister von Roubaut, einem der Führer der Sozialpatrioten: „Es ist eine glatte Verleumdung, dass man uns immer wieder, gegen unsere Gegenversicherung, darzustellen versucht als Gegner der Vaterlandsverteidigung. Und wenn ich den 4. August die Sicherheit gehabt hätte, dass die französische Regierung der Angreifer war, hätte ich nichtsdestoweniger die Militärkredite angenommen.“

Ich weiß zwar, dass Verfeuil im „Populaire“ Nr. 39 (dem wöchentlichen Organ des Zentrums) in dem Artikel „Vor dem Kongress“ schrieb: „Nur eine Frage spaltete bis jetzt die Minderheiten: die Kreditabstimmung. Nach der Rede von Herrn Trepoff in der Duma wird eine Verständigung in dieser wie in den anderen Fragen möglich sein ... Die Haltung der Minderheit ist jetzt klar: sie muss von jetzt an die Kredite ablehnen. Ich will noch sagen: wenn die Minderheit auch darauf bestehen sollte, die Kredite anzunehmen, ist die Übereinstimmung zwischen den Zimmerwaldisten und Nicht-Zimmerwaldisten doch möglich ...“ So Verfeuil, der „Radikalste“ aus dem „Populaire“. Sein Rat wurde allerdings von seinen Freunden nicht befolgt. Schon vor der Rede von Trepoff, seit der Pariser Reise des Abgeordneten Miljukoff, kannten die Minderheiten die russischen Kriegsziele. Vor sechs Monaten wurde Brizon in der Kammer zur Ordnung gerufen, als er auf sie Bezug nahm. Seit dem Parteitag ist die Einigkeit zwischen den Zimmerwaldisten und Nicht-Zimmerwaldisten – zwischen den konsequenten Internationalisten und den opportunistischen Zentrumsleuten unmöglich. Diese letzteren stehen der Mehrheit viel näher als den Zimmerwaldisten. Die einzige Frage, die sie von den Sozialpatrioten trennt, ist die Frage der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen.

Erklärte doch Presseманne in seiner Rede über die Beziehungen zwischen Mehrheit und Minderheit: „Die Differenzen zwischen uns (d. h. den Zentrumsleuten um Longuet und den Sozialpatrioten) sind mehr Schein als Wirklichkeit und mit derselben Überzeugung dienen wir derselben Sache.“

Herr Renaudel, der gleichzeitig Pferdehändler aus der Normandie, Tierarzt und Zeremonienmeister ist, der die Schüchternheit der Minderheitler kennt, hat die ganze „obere Schicht“ der Sozialpatrioten zusammengetrommelt: die Herren Vandervelde, Henderson, Smith, Roberts, Rubanowitren usw. Er hat, wie man sagt, der französischen Regierung versprochen, die Minderheit mit der Mehrheit zu verschmelzen, damit die französische sozialistische Partei eine sichere Stütze der Regierung für den Frieden, wie für den Krieg weiter sein könne. Herr Minister Vandervelde erklärte nach seiner Luftreise zwischen London und Calais: „Trotz alledem ..., dennoch! Komme, was kommen mag ..., ich bin der Vorsitzende der Internationale.“ Und er endete die Rede mit einer Harlekinade: „Es lebe Frankreich, England, Belgien und Serbien! Ja, nieder mit dem Kapitalismus und hoch die Internationale.“ Was Herrn Henderson betrifft, der, wie es die Humanite in dem Bericht vom Parteitag unterstreicht, Mitglied des Kriegsrates unter dem Vorsitz von Lloyd Georges ist, musste noch besonders seine Verachtung für den internationalen Sozialismus hervorheben und ließ sich interviewen von dem Redakteur der „Agence economique et financiere“: er wiederholte alle die seit August 1914 umlaufenden Durchhalte-Flachheiten, Die ökonomische und finanzielle Agenz! und: Nieder mit dem Kapitalismus und hoch die Internationale!!! Alles das zusammen!

Die wichtigste, den Frieden betreffende Resolution – sie rief eine lange Diskussion hervor – wurde mit 2838 gegen 109 Mandate bei 20 Stimmenthaltungen angenommen. Sie wurde nur von den konsequenten Zimmerwaldisten abgelehnt. Sogar Raffin Dugens und Bourderon ließen sich durch die aufgedonnerte pseudo-pazifistische Phraseologie der Resolution betören und bemerkten, was sie enthält: „Die sozialistische Partei fordert, dass die alliierten Regierungen den Krieg zum Zwecke der Vaterlandsverteidigung energisch fortführen, die

materiellen Kräfte ihrer Völker beleben, ihre moralische Kraft wachhalten, da ihre Schwächung den Widerstand mindern und traurige Überraschungen bringen könnte.“

Sie waren bestochen durch die Phrase von der Gemeinschaft der Nationen (*Societe des Nations*); nur merkten sie nicht, dass diese wunderschöne Gemeinschaft auf dem Boden des Kapitalismus erwachsen soll, dass es sich also um eine Phrase handelt, wie sie Lloyd George und Briand tagtäglich fordern. Darum konnte der reaktionäre „Figaro“ schreiben: „Entkleidet der Phrasen, die solche Dokumente charakterisieren, ist die Resolution annehmbar.“

Um die Resolution *Loriot* sammelten sich die entschiedenen Zimmerwaldisten; Brizon, der während der Abstimmung abwesend war, erklärte sich mit der Resolution Loriot brieflich einverstanden. Die Resolution über die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen wurde durch eine kleine Mehrheit abgelehnt: 1407 Stimmen wurden für die sofortige, 1537 für die bedingte Wiederaufnahme abgegeben. Aber es bleibt unklar, was für eine Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen die Zentrumsleute erstreben. Brennen sie nach einem Zusammentritt des sogenannten Int. Soz. Büros unter Vorsitz des Königlichen Ministers Vandervelde? Sehnen sie sich nach der Zusammenkunft aller Sozialpatrioten?

Die Minderheit forderte auch Vertretung in der Humanite. Die betreffende Resolution wurde abgelehnt, aber Renaudel versprach „versöhnend“, den Zentrumsleuten die Vertretung ihrer „Ideen“ in seinem Blatte zu erlauben. Bei der Besetzung des Parteivorstandes mussten die Mehrheitler Stimmen an die Minderheit abtreten: einer der Gewählten scheint Zimmerwaldist zu sein.

Das Zentrum, das nur „direkte Erfolge“ und Ziffern gelten lässt, sieht den Himmel voller Geigen. „Das wichtigste Resultat des Parteitages ist der Sieg der Minderheit“ – schreibt Delepine. Er fügt triumphierend hinzu: „Die dem Sozialismus fremde Phraseologie ist ausgemerzt oder fast ausgemerzt.“ Der brave Zentrumsman versteht nicht, dass es besser ist, wenn die Sozialpatrioten die Arbeiter durch nationalistische Phrasen abstoßen, als wenn sie sie durch sozialistische Ködern. Und das oppositionelle Blatt von Limoges, *Populaire de Centre*, singt Hosiannah: „Die Minderheit ist im Begriff, Mehrheit zu werden und bald wird die Mehrheit unserer Partei wahrhaft sozialistische Politik treiben.“

Das sind natürlich Phrasen. Der Ausgang des Kongresses bewies, dass die Zentrumsleute sich von den Sozialpatrioten durch nichts als durch Phrasen unterscheiden. Kommen sie ans Ruder, dann ändert sich an der taktischen Politik der Partei nichts. Nur die entschiedenen Zimmerwaldisten treiben eine den Sozialpatrioten entgegengesetzte Politik. Deshalb wollten sie Sembat und Renaudel aus der Partei ausschließen. Und es ist möglich, dass dies noch gelingt. Aber hinter ihnen stehen mit jedem Tag wachsende Massen. Heute auf den Parteitagen eine kleine Minderheit, werden sie morgen die Partei des französischen Proletariats sein und es zum Kampfe um den Sozialismus führen.

## Der Kampf der österreichischen Parteiopposition.

Die österreichische Parteiopposition begnügte sich bekanntlich bisher mit dem Kampfe gegen die sozialpatriotischen Instanzen in geschlossenen Parteikonventikeln, wie mit rein propagandistischer Arbeit, deren Zentrum der unlängst aufgelöste Bildungsverein „Karl Marx“ in Wien war. Mit der Arbeitermasse und ihren Bewegungen befand sie sich in keinerlei Kontakt. Auf den Parteikonferenzen suchte sie mehr die Resolutionen der Sozialpatrioten zu verbessern als durch eigene den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Sozialpatriotismus und Sozialismus zu demonstrieren.

Trotz der Aussichtslosigkeit dieser zentrümlichen Politik, die letzten Endes zur Tragödie Friedrich Adlers geführt hat, hat die Mehrheit der österreichischen Parteiopposition sie nicht aufgegeben. An der „Friedensaktion“, die die Sozialpatrioten Österreichs jetzt entfalten, die durch eine um Frieden winselnde Rede Viktor Adlers und durch Telegramme an Wilson eingeleitet wurde, nehmen die Vertreter der zentrümlichen Opposition auch teil. Nun zweifeln wir nicht, dass Genosse Dannenberg z. B. in den Friedensversammlungen anders spricht als die ermüdeten Sozialpatrioten, die die Pflicht der Vaterlandsverteidigung hochhalten, die es aber doch gerne sehen würden, dass sie nicht gar zu lange dauere. Solange es Dannenberg und seinen Freunden jedoch nicht möglich ist, in den Versammlungen, die er gemeinsam mit den Sozialpatrioten abhält, den Widerspruch aufzudecken, der darin besteht, dass die Sozialpatrioten Friedenspalme und Schwert zugleich schwingen, solange dienen seine Friedensreden nur dem Kriege, weil sie das Ansehen der stärksten moralischen Stütze des Weltkrieges, das Ansehen der sozialpatriotischen Politik stärken. Wenn der oppositionelle Sozialdemokrat – so denken die Arbeiter – gemeinsam mit den Vertretern der offiziellen Partei für den Frieden wirken kann, so ist das doch ein Beweis dafür, erstens, dass diese ihre Pflicht gut oder schlecht erfüllt und zweitens, dass man durch ihre Unterstützung tatsächlich zum Frieden gelangen kann. Aber diese einfache Logik scheint den zentrümlichen Oppositionellen nicht einzuleuchten.

Sie verstanden zu haben und aus ihr die praktischen Schlüsse zu ziehen, ist das historische Verdienst der kleinen Gruppe der österreichischen Linksradiكالen. Wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ vom 7. Januar berichtet, hat, nach dem Referat des sozialpatriotischen Abgeordneten Volkert in der Friedensversammlung in dem Wiener Bezirk Hernels unser Gesinnungsfreund, Genosse Koryschoner, das Wort ergriffen und das sozialpatriotische Friedensmanöver beleuchtet. Er fand Zustimmung bei einem Teil der Versammelten, die ihm stürmisch applaudierten, wie sie ebenso stürmisch den Referenten unterbrachen, als er das Frevelhafte der Störung einer so menschenfreundlichen Sache, wie der „Kampf um den Frieden“, geißelte. Wie die „Arbeiterzeitung“ vom 12. d. M. berichtet, wurde auch das Friedensreferat des Abg. Leuthner, der bekanntlich schon vor dem Kriege ein Nationalist vom reinsten Wasser war, durch einen Teil der Zuhörer kräftig gestört.

Die „Arbeiterzeitung“ behauptet, die „Störer“ des Volkertschen Referats seien Jugendliche vom Ottakring gewesen, die unter Führung Koryschoners, der Leiter ihres Bildungsausschusses ist, standen. Das Alter der Zwischenrufer in Mariahilf, die Leuthner daran hinderten, der Welt den Frieden zu bringen, wird nicht angegeben. Die „Arbeiterzeitung“ bezweckt natürlich nicht, Koryschoner als Führer einer oppositionellen Organisation der Aufmerksamkeit der entsprechenden Faktoren zu empfehlen. Wird diese erweckt, so wird das sozialpatriotische Organ behaupten, das sei nicht seine Schuld. Und wenn die „Arbeiterzeitung“ darauf aufmerksam machte, dass es sich um 16 oder 17jährige Jugendliche handelte, die Koryschoner unterstützten, so wollte sie ganz gewiss dadurch nur in zensureller Form ausdrücken, dass es überhaupt unzulässig sei, die jungen Proletarier in irgendwelche Berührung mit dem Kriege zu bringen, was bekanntlich manchmal geschehen soll. ... Aber wie es auch um die reinen Absichten des sozialpatriotischen Blattes bestellt sein mag, welche Wirkungen für die Beteiligten die Angaben des edlen Organs auch haben: sie zeigen, dass auch in Österreich oppositionelle Kräfte vorhanden sind, die wissen, dass die Opposition entweder an die Arbeiter selbst sich wenden muss oder als soziale und politische Kraft nicht existieren wird.

Wir begrüßen die Genossen, die das erkannt haben, von ganzem Herzen. Und sollte es wahr sein, dass ihnen die jugendlichen Arbeiter in Österreich ihre Unterstützung verleihen, wie die „Arbeiterzeitung“ berichtet, dann alle Ehre diesen Jugendlichen. Sie haben sich dann in Österreich, wie überall, als Vortrupp der neuen Internationale erwiesen; sie haben gezeigt,

dass sie mehr von der Politik verstehen, als die Gelehrten der österreichischen Opposition, und sie lassen die Hoffnung zu, dass auf den Ruinen der vom Sozialpatriotismus zerfressenen Sozialdemokratie Österreichs neues Leben erblühen wird.

## Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung.

Von M. Bronski. (Schluss.)

Entsprechend war auch die Handelspolitik, die die Regierung Kongress-Polens getrieben hat. „Die Handelspolitik Lubetzki Russland gegenüber – sagt Dr. Straßburger in seiner kürzlich erschienenen Publikation über ‚Lubetzki ökonomisches Programm‘ – war darauf gerichtet, ein östliches Absatzgebiet für polnische Industrie zu erhalten.“ Der Ukas von 1819 hob die Zollgrenze zwischen Russland und Polen auf, schob die russische Zolllinie bis auf die Westgrenze Polens ab. Diese Zollunion dauerte jedoch nur zwei Jahre. Im Jahre 1822 baute man wieder die innere Zollgrenze auf, und die Handelsfreiheit zwischen Polen und Russland wurde aufgehoben. Auf das Betreiben der russischen Industriellen, die die Konkurrenz der polnischen Industrie fürchteten, wurde diese Zollautonomie Polens wieder aufgefrischt. Dank den Bemühungen Lubetzki ist es gelungen, die Zollgrenze zwischen Russland und Polen wieder aufzuheben. Seit Ende 1823 hatte die polnische Industrie wieder die offene Ostgrenze.

Diese Politik Lubetzki wurde, wie schon im Gegensatz zu den Wünschen und Bedürfnissen der polnischen adligen Gesellschaft durchgeführt. Mochnatzki, der Zeitgenosse Lubetzki und sein entschlossener politischer Gegner, gibt dieser Stimmung Ausdruck, indem er in seiner Geschichte des polnischen Aufstandes 1830-31 die Wirtschaftspolitik Lubetzki scharf kritisiert. „Bei uns“, sagt Mochnatzki, „geht die Landwirtschaft vor der Manufaktur, und solange das Land seine Unabhängigkeit nicht haben wird, solange seine Produkte nicht im Inlande konsumiert werden, solange werden alle Bemühungen aussichtslos sein, das Land in die Richtung der industriellen Entwicklung zu drängen. In Polen kann man nur die Hände in den Fabriken benützen, die von der Landwirtschaft übrigbleiben. Und doch schon früher, bei einer größeren Bevölkerungszahl hatte die Landwirtschaft noch lange nicht genug so viel Bebauung, wie sie brauchte, desto mehr jetzt, nach den großen, durch Kriege entstandenen, Bevölkerungslücken ...“

Und wie die Industriepolitik Lubetzki, so war auch seine Finanzpolitik, seine Handelspolitik und seine Agrarpolitik den Adligen verhasst, wenn auch in der Agrarfrage, besonders bei der Bauernregulierungsfrage, den Wünschen des Adels nachgegeben werden musste, was auch einen teilweisen Bankrott seiner Politik herbeiführte. Er konnte den Aufstand von 1830 nicht verhüten ...

Wenn er aber eine scharfe Opposition beim polnischen Adel zu gewärtigen hatte, so hatte er doch eine Unterstützung der höheren russischen Bureaucratie. Soweit die industrielle und antiadlige Politik in Kongress-Polen nur den polnischen Adel unzufrieden machte aber sonst wirtschaftlich und finanziell der Bureaucratie und dem Lande nützlich sein konnte – so hatte sie nichts dagegen. Im Gegenteil, das war ihr sehr nützlich. Auch dann unterstützte sie alle Maßnahmen des Fürsten Lubetzki, wenn die aufkommende polnische Industrie die ersten Anfänge der russischen unangenehm sein konnte; denn eben die politischen Interessen der Bureaucratie waren wichtiger als die wirtschaftlichen der eigenen Industriekreise. Soweit aber die Maßnahmen der Kongress-Regierung die Interessen des *russischen* Adels unbequem waren, z. B. allzu liberale Handhabung der bäuerlichen Regulierung da, wo eine Gefahr für

den russischen Adel zu befürchten wäre, so war die russische Bureaucratie eher eine Stütze der polnischen Agrarier.

Die von Fürst Lubetzki inaugurierte Industrialisierung Polens konnte durch keinen Aufstand des rebellierten Kleinadels mehr aufgehalten werden. So lange in Russland keine ernsthafte Konkurrenz entstanden ist, nützte die aufkommende Kapitalistenklasse die ungemein günstige Situation aus.

Der polnische Aufstand 1831, der natürlich die Entwicklung der Manufaktur aufhielt, führte freilich noch dazu, dass zwischen Polen und Russland eine Zollgrenze wieder aufgestellt wurde. Schon längst war die Konkurrenz des polnischen Tuches in Russland und China den russischen Fabrikanten ein Dorn im Auge. Bis 1831 gelang es ihr nicht, die polnische Konkurrenz durch Zollgrenzen aufzuhalten. Erst der Aufstand von 1831 und der Stillstand in der Ausfuhr des polnischen Tuches nach Russland gab den russischen Industriellen die gewünschte Gelegenheit, den gefährlichen Konkurrenten zu treffen. Es wurde eine Zollgrenze aufgestellt, die für die polnische Wollproduktion, die wichtigste Exportindustrie, ein schwerer Schlag war. Nun musste man anfangen, den heimischen Markt, den man vernachlässigt hatte, zu pflegen und die Basis der kapitalistischen Wirtschaft auszubauen. Als 1851 die Zollgrenze wieder und endgültig aufgehoben wurde, da war die polnische Industrie kräftig genug, die Märkte wieder zu gewinnen. Und als 1864 durch Bauernbefreiung in Polen die letzten feudalen Schranken gefallen sind, konnte die Industrialisierung weiter fortschreiten. Auch die Grundbesitzer, der unentgeltlichen Arbeitskräfte der Fronbauern beraubt, waren an der Entfaltung der Industrie interessiert.

Als nach dem Krimkriege auch in Russland eine modern-kapitalistische Strömung Oberhand gewann, brach eine Periode der Industrialisierung Russlands an. Die Schutzzollpolitik Russlands gewährte der polnischen Industrie alle ihre Wohltaten. In der kürzesten Zeit wuchs sie zur Großindustrie auf und drängte ökonomisch wie auch politisch den adligen Grundbesitz zurück.

Dass diese im Gegensatz zur adligen Tradition emporgekommene polnische Bourgeoisie dem polnischen Nationalismus nicht huldigte, hat sie während des ganzen 19. Jahrhunderts bewiesen. An keinem Aufstande nahm sie teil, schon deswegen nicht, weil diese Aufstände eine Opposition gegenüber der kapitalistischen Entwicklung selbst waren.

Aber entstanden mit Hilfe des zarischen Absolutismus, war sie auch, ähnlich der russischen Bourgeoisie, nicht fähig, den Kampf mit dem Zarismus aufzunehmen, auch dann nicht, als der Zarismus ein Hemmnis der kapitalistischen Entwicklung wurde. Dies hat die polnische Bourgeoisie in den historischen Tagen des Revolutionsjahres 1905 bewiesen. Sie war sich auch 1914 treu geblieben.

## Aus unserm politischen Tagebuch.

Man schreibt uns: Die „*Bergische Arbeiterstimme*“ brachte einen wütenden Artikel gegen die Beitragssperre-Propaganda der „Arbeiterpolitik“. Sie kann nicht verstehen, was „die Leutchen wollen“. Schließlich spricht sie die Überzeugung aus, dass sich die Bremer Linksradiكالen zu Führern der Massenaktionen nicht eignen. Als uns der Artikel des vom zentriemlichen Abgeordneten Dittmann redigierten Blattes in die Hände fiel, lachten wir herzlich. Denn wenn Dittmann, der am 4. August 1914 annahm, Wölfe seien über Nacht Lämmer geworden, der ein Jahr lang einer der eifrigsten Agitatoren des Sozialpatriotismus war, der später, nachdem er seine alten Prinzipien in der Schublade entdeckte, die Welt überzeugte, dass es nicht seine

Schuld war, dass er so wenig im ersten Kriegsjahr vom Wesen dieses Krieges verstand, wenn also der besagte Abgeordnete Dittmann erklärt: Ich verstehe nicht, was „die Leutchen“ wollen, so sagt man ihm einfach: Sie müssen noch lernen, mein Lieber! Ein Jahr sozialpatriotischer Trompeter zu sein, das strengt an! Aber gleichzeitig muss man dem Abg. Dittmann einen Rat geben: Wer sich nach solchem Umfall, wie er dem Abg. Dittmann Anno 1914 passiert ist, schonen muss, der soll sich etwas zurückhalten in seinen Urteilen über die politischen Fähigkeiten anderer. Er hat sich erst von Neuem das Vertrauen der Genossen zu verdienen. Dem Abg. Dittmann ist das noch nicht gelungen. Wir fürchten, dass es damit noch seine Wege haben wird, denn augenblicklich schwadroniert er, statt Einkehr zu halten. Und das ist ein böses Zeichen.

### **31. Januar.**

In der *Schweiz* vollzieht sich die Trennung zwischen dem Zentrum der Partei unter Führung des Nationalrats Robert Grimm und den Linksradikalen. Grimm, der theoretisch die Vaterlandsverteidigung ablehnt, sucht praktisch die Stellungnahme der Partei bis nach dem Kriege zu verschieben. Als er zuletzt zusammen mit den Sozialpatrioten die Verschiebung des für Februar angesetzten außerordentlichen Parteitags durchsetzte, hatte er den linksradikalen Genossen schließlich die Augen darüber geöffnet, dass alle seine einzelnen Umfälle nichts anderes sind als ein System, und zwar das System der zentrierten Politik des Schwankens zwischen Sozialpatriotismus und Linksradikalismus. Die von den Linksradikalen ergriffene Initiative zur Einberufung des Parteitages gab schließlich Anlass zu solchen Angriffen gegen die Linke, dass nunmehr eine klare Situation geschaffen ist, die auch zur Klärung der Beziehungen zwischen der Zimmerwalder Rechten und Linken überhaupt beitragen wird. Wir werden über diese für die ganze Internationale symptomatischen Verhältnisse in einem besonderen Artikel berichten.

### **1. Februar.**

Der sogenannte *Parteiausschuss* – der Ausschuss der Partei – hat gesprochen. Mutig hat er eine Vorlage des sogenannten Parteivorstandes gutgeheißen. Eine Resolution Löbe – Sindermann erklärt im Anschluss an die auf der Konferenz der Arbeitsgemeinschaft angenommene EntschlieÙung: „Das ist die Gründung einer Sonderorganisation gegen die Partei, und die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft wie ihre Anhänger haben sich nunmehr selbst von der Partei getrennt. Die Schaffung dieser Sonderorganisation und die Zugehörigkeit zu ihr ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft der Gesamtpartei.“ Die armen Arbeitsgemeinschaftler! So sehr wetterten sie gegen die Beitragssperre, weil sie fürchteten, sich außerhalb der Partei zu stellen. Nun halten sie eine harmlose Konferenz ab und schon ereilt sie das Geschick! Denn auch der sogenannte Parteivorstand erklärt: „Die Genossen und Organisationen, die sich mit den Beschlüssen der Reichs-Sonderkonferenz der oppositionellen Gruppen solidarisch erklären, können nicht gleichzeitig Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben.“ Da haben wir nun den Kladderadatsch für die „Arbeitsgemeinschaft.“ Was wird nun Herr Dittmann sagen, der uns so liebevoll Leute nannte, aus denen man nicht klug werden könnte! Er wird wahrscheinlich mit Meister Anton sagen: Ich verstehe die Welt nicht mehr! Armer Dittmann! Armer Henke! Arme S. A. G.!

### **2. Februar.**

Herr Stampfer hat jetzt herausgefunden, dass es drei, „sozialistische“ Parteien in Deutschland gibt, nämlich 1. die sozialdemokratische Partei Deutschlands, 2. die Partei der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und 3. die Partei der Spartacusgruppe. Dieser Fortschritt in der Erkenntnis Stampfers ist immerhin erfreulich, wenn man bedenkt, dass er vor einigen Monaten noch nichts anderes sah als ein wüstes Durcheinander in der Partei. Es

scheint also allmählich Ordnung in die Gedankenwelt Stampfers zu kommen. Allmählich natürlich nur. Man kann unmöglich verlangen, dass die Gedanken im Kopfe eines Menschen, der bis heute nichts als politische Konfusionen hervorgebracht hat, wie sie nur dem konfusesten Anarcho eigen sein können, über Nacht sich zu wohlgestalteter Ordnung zurechtschieben sollen. Darum verwundert es auch nicht weiter, wenn er die „sozialdemokratische Partei“, als welche er natürlich die der Herren Ebert-Stampfer-Scheidemann betrachtet, als die Partei des Klassenkampfes um den Sozialismus hinstellt, die nur eben während des Krieges ihr großes Werk des Klassenkampfes zugunsten des Imperialismus aufstecken muss. Es ist nicht verwunderlich, wenn er als echter Internationalist den Sieg Deutschlands, d. h. des deutschen Imperialismus, herbeiführen helfen will, und wenn er der entschiedenen Linken vorwirft, sie wolle die Niederlage Deutschlands, d. h. des deutschen Imperialismus. Stampfer will den Sieg „Deutschlands“. Was nun verlangt er von seinen französischen, englischen, russischen Freunden, mit denen er doch als echter Internationalist ein Herz und eine Seele ist? Dass auch sie den Sieg „Deutschlands“ wollen sollen? Aber dann wären sie doch in ihrem Lande die bösen „Spartacusleute“, die die Niederlage des eigenen Landes – nach Auffassung Stampfers – wollen! Und mit solchen Gesellen wollte Stampfer noch eine Sekunde länger verkehren? Ausgeschlossen! Er muss sagen: Verteidigt ihr euer Vaterland; wir verteidigen das unsere. Und die Internationale ist uns wurscht! Aber das sagt Stampfer nicht. Noch nicht. Aber vielleicht schiebt sich auch das noch in seinem Hirn einigermaßen zurecht.

Notabene: Was uns betrifft, so haben wir die Denunziation Stampfers – es ist bereits eine wiederholte –, dass die entschiedene Linke die Niederlage Deutschlands wolle, längst zurückgewiesen. Herr Stampfer und alle, an die er seine Denunziation richtet, mögen sich die Mühe nehmen, die „Arbeiterpolitik“ durchzublättern. Sie werden schon finden, wenn sie nur zusehen.

## Feuilleton

### Ein Traum.

*Aus dem Ulenspiegel von Charles de Coster.*

Im achtundzwanzigsten Jahre des sechzehnten Jahrhunderts trat Katheline zu Soetkin ins Gemach und sprach: „Verwichene Nacht, da ich mich mit Balsam gesalbt hatte, ward ich auf den Turm der Frauenkirche versetzt. Ich sah die Geister der Elemente die Gebete der Menschen den Engeln zutragen, welche sie hier wiederum nach dem hohen Himmel zum Throne emportragen. Und der Himmel war ganz übersät mit strahlenden Sternen. Plötzlich erhob sich von einem Scheiterhaufen eine Gestalt, die mich schwarz dünkte, und schwebte hinauf und setzte sich neben mich auf den Turm. Ich erkannte Klas, so wie er im Leben war, mit einem Kohlenträgerkittel angetan. „Was machst du auf dem Turme der Frauenkirche?“ sagte er zu mir. „Aber wohin gehst du, der du wie ein Vogel in den Lüften fliegst?“ fragte ich dagegen. „Ich gehe zum Gericht“, sagte er. „Hörst du nicht die Posaune des Gerichts?“ Ich stand ganz nahe bei ihm und fühlte, dass seine Geistesgestalt nicht hart war wie der Körper, sondern so zart, dass ich in ihn eindrang wie in einen Dampf, da ich ihm nahe zureckte. Zu meinen Füßen durch das ganze Land Flandern erglänzten etliche Lichter, und ich sagte zu mir selbst: die da frühe aufstehen und spät schaffen, sind die Gesegneten des Herrn.

Und immerda hörte ich in der Nacht die Posaune der Engel ertönen. Und alsbald sah ich einen anderen Schatten aufsteigen, so aus Spanien kam; selbiger war alt und abgelebt, hatte ein Kinn wie ein Holzschuh und Quittenmus an den Lippen.

Er trug einen karmesinroten Sammetmantel, mit Hermelin gefüttert, eine Kaiserkrone und in der einen Hand eine Anchovis, die er knabberte, in der anderen einen vollen Bierhumpen.

Er kam und setzte sich auf den Turm der Frauenkirche, ohne Zweifel aus Müdigkeit, niederknieend sprach ich zu ihm: „Gekrönte Majestät, ich verehere euch, aber ich kenne euch nicht. Von wannen kommt ihr und was wart ihr in der Welt?“ „Ich komme aus St. Just in Estremadura“, sagte er, „und war der Kaiser Karl der Fünfte.“ „Aber“, so sprach ich, „wohin gehet ihr jetzo in dieser kalten Nacht, durch die hagelschweren Wolken?“ Ich gehe zum Gericht“, sagte er. Da der Kaiser seine Anchovis aufessen und das Bier aus seinem Krüge austrinken wollte, ertönte die Posaune des Engels, und er erhob sich in die Luft und murrte, weil er also in seiner Mahlzeit gestört ward. Ich folgte seiner heiligen Majestät. Er ging durch den Weltraum, indem er vor Müdigkeit schlenderte, vor Asthma keuchte und zu Zeiten erbrach, denn der Tod hatte ihn mit verdorbenem Magen ereilt. Wir stiegen unaufhörlich, wie Pfeile, aus einem Bogen von Kirschbaumholz geschnellt. Die Sterne flogen an uns vorüber und zogen feurige Streifen in den Himmel. Wir sahen, wie sie sich loslösten und fielen. Die Posaune des Engels ertönte. Welch schmetternder mächtiger Schall! Bei der Fanfare, so die Dünste der Luft erschütterte, zerrissen sie, wie wenn ein Orkan ganz dicht auf sie dreingeblasen hätte. Und so war uns der Weg vorgezeichnet. Da wir nun tausend Meilen und mehr emporgestiegen waren, sahen wir Christum in seiner Herrlichkeit auf einem Sternenthron sitzen. Zu seiner Rechten stand der Engel, der die Taten der Menschen auf eine eiserne Tafel schreibt, und zu seiner Linken Maria, seine Mutter, die ihn unablässig für die Sünder um Gnade bittet.

Klas und Kaiser Karl knieten vor dem Throne nieder.

Der Engel warf ihm die Krone vom Haupt. „Hier ist nur ein Kaiser“ sprach er, „das ist Christus.“

Seine heilige Majestät schien erzürnt, jedoch sagte sie, demütig sprechend: „Könnte ich nicht diese Anchovis und diesen Humpen Bier behalten? Denn die lange Reise hat mich hungrig gemacht.“

„Wie du es dein lebelang warest“, versetzte der Engel, „aber iss und trink immerhin.“

Der Kaiser leerte den Humpen und knabberte Anchovis.

Darauf redete Christus und sprach: „Stellst du dich mit reiner Seele zum Gericht?“

„Ich hoffe es, mein gütiger Herr, denn ich habe gebeichtet,“ antwortete Kaiser Karl.

„Und du, Klas?“ fragte der Engel, „denn du zitterst nicht wie dieser Kaiser.“

„Mein Herr Jesus,“ antwortete Klas, „es ist keine Seele, die rein ist, darum habe ich keine Furcht vor Euch, die Ihr die höchste Güte und die höchste Gerechtigkeit seid; aber ich fürchte dennoch für meine Sünden, die zahlreich waren.“

„Rede, Kadaver,“ sprach der Engel, sich an den Kaiser wendend.

„Ich,“ antwortete Karl mit unklarer Stimme, „ich ward durch den Finger Eurer Priester gesalbet und zum König von Castilien, Kaiser von Deutschland und König der Römer geweiht. Unablässig lag mir die Erhaltung der Macht am Herzen, so von Euch kommt, und darum wirkte ich mit Strang, Schwert, Grube und Feuer gegen alle Reformierten.“

Aber der Engel sprach: „Du Lügner und Völler, Du willst uns betrügen. In Deutschland hast Du die Reformierten geduldet, denn Du hattest Furcht vor ihnen; und in den



Niederlanden, wo Du nur eins fürchtestest, nicht genug von diesen fleißigen, honigreichen Bienen zu erben, hast Du sie enthaupten, verbrennen, hängen und lebendig begraben lassen. Hunderttausend Seelen sind durch Dich zu Grunde gegangen, nicht weil Du Christum, meinen Herrn, liebtest, sondern weil Du ein Despot, ein Tyrann und Länderverschlinger warst. Du liebtest nur Dich selbst und nach Dir Fleisch, Fisch, Wein und Bier, denn du warest gierig wie ein Hund und durstig wie ein Schwamm.“

„Und Du, Klas, sprich“, sagte Christus. Aber der Engel erhob sich.

„Dieser hat nichts zu sagen. Er war gut, arbeitsam, wie das arme flandrische Volk, das da gerne arbeitet und gerne lacht und seinen Fürsten die schuldige Treue hält und glaubt, dass die Fürsten ihm die Treue hielten, die sie ihm schulden. Er hatte Geld, ward angeklagt und da er einen Reformierten beherbergt hatte, ward er lebendig verbrannt.“

„Ach“, sprach Maria, „armer Märtyrer. Aber im Himmel sind kühle Bronnen, Springbrunnen von Milch und köstlichem Wein, die werden dich erfrischen, und ich selbst will Dich dorthin führen, Kohlenträger.“

Die Posaune des Engels erscholl abermals, und aus der Tiefe der Abgründe sah ich einen Mann aufsteigen, nackt und schön, mit Eisen gekrönt. Und auf den Reifen seiner Krone waren diese Worte geschrieben: „Traurig bis an den Tag des Gerichts.“

Er nahete dem Throne und sprach zu Christo: „Ich bin dein Sklave, bis dass ich dein Herr sein werde.“ „Satan“, sagte Maria, „ein Tag wird kommen, wo es weder Sklaven noch Herren gibt und wo Christus, welcher die Liebe, und Satan welcher der Stolz ist, bedeuten werden: Kraft und Wissen.“

„Weib, Du bist gut und schön“, sprach Satan. Dann zu Christo redend und auf den Kaiser deutend, sprach er: „Was soll mit diesem hier geschehen?“

Christus antwortete: „Du sollst das gekrönte Gewürm in ein Gemach bringen, darinnen Du alle Folterwerkzeuge, so unter seiner Regierung in Gebrauch waren, zusammenträgst. Jedes Mal wenn ein unschuldiger Unglücklicher die Wasserfolter die Menschen aufbläht wie Blasen, die Kerzenfolter, welche die Fußsohlen und Achselhöhlen verbrennt, den Wippgalgen, welcher die Glieder zerbricht, das Zerreißen durch vier Pferde; jedes Mal, wenn eine freie Seele auf dem Scheiterhaufen ihren letzten Atem aushaucht, soll er eines nach dem anderen diese Tode und Foltern erdulden. Er soll innewerden, wieviel Böses ein Ungerechter, der über Millionen gebeut, tun kann. Möge er in den Gefängnissen verfaulen, auf den Schafotten sterben, in der Verbannung, fern vom Vaterland, stöhnen; möge er geschimpft, verunglimpft, gestäupt werden. Er möge reich sein und der Fiskus von ihm zehren: der Angeber soll ihn verklagen und die Konfiskation soll ihn zugrunde richten. Du sollst ihn in einen Esel verwandeln, auf dass er sanftmütig, mishandelt und schlecht genährt sei; in einen Armen, auf dass er um Almosen bitte und mit Schimpfworten begrüßt werde; in einen Arbeiter, auf dass er zu viel arbeite und nicht genug esse. Wenn er alsdann an Leib und Seele genug gelitten hat, so sollst Du ihn zum Hunde machen, auf dass er gut sei und Prügel empfahe [empfange?]; zu einem Sklaven in Indien, der öffentlich versteigert wird; zu einem Soldaten, damit er sich für einen anderen schlage und sich töten lasse, ohne zu wissen warum. Und wenn er nach Verlauf von 300 Jahren alle Leiden, alles Elend erschöpft haben wird, sollst Du ihn zum freien Menschen machen. Wenn er in diesem Stande so gut wie Klas ist, sollst Du seinen Leichnam in einem Erdenwinkel, der am Mittag schattig ist und am Morgen von der Sonne beschienen wird, unter einem schönen Baume mit frischem Rasen bedecken und ihm die ewige Ruhe geben. Und teure Freunde werden kommen und auf seinem Grabe bittere Tränen vergießen und Veilchen säen, die Blumen der Erinnerung.“

„Gnade, mein Sohn,“ sprach Maria, „er wusste nicht, was er tat, denn Macht verhärtet das Herz.“ „Hier ist keine Gnade“, sagte Christus. „Ach“, sprach seine Heilige Majestät, „wenn ich nur ein Glas andalusischen Weines hätte!“ „Komm“, sprach Satan, „die Zeit des Weines, der Fleischspeisen und Geflügel ist vorbei.“

Und in die tiefste Hölle schleppte er die Seele des armen Kaisers, der noch an seinen Anchovis kaute.

Satan ließ es aus Mitleid geschehen. Dann sah ich Mutter Maria Klas in den höchsten Himmel führen, dorthin, wo nichts war, denn Sterne, die in Trauben am Gewölbe befestigt sind. Und allda wuschen ihn die Engel und er ward schön und jung. Alsdann gaben sie ihm Reisbrei mit silbernen Löffeln zu essen. Und der Himmel schloss sich. „Er ist in der Herrlichkeit“, sagte die Wittib. „Klaus Asche brennt auf meinem Herzen“, sprach Ulenspiegel.

## Zeugen und Rufer.

Man kann nie eine Revolution machen; man kann immer nur einer Revolution, die schon in den tatsächlichen Verhältnissen einer Gesellschaft eingetreten ist, auch äußere rechtliche Anerkennung und konsequente Durchführung geben.

Eine Revolution machen wollen, ist eine Torheit unweiser Menschen, die von den Gesetzen der Geschichte keine Ahnung haben. Eben deshalb ist es ebenso unreif und ebenso kindisch, eine Revolution, die sich bereits einmal in den Eingeweiden einer Gesellschaft vollzogen hat, zurückdämmen und sich ihrer rechtlichen Anerkennung widersetzen oder einer solchen Gesellschaft oder einzelnen, die sich bei diesem Hebammendienste beteiligen, den Vorwurf machen zu wollen, dass sie revolutionär seien. Ist die Revolution drin in der Gesellschaft, in ihren tatsächlichen Verhältnissen, so muss sie, da hilft nichts, auch herauskommen und in die Gesetzsammlung übergehen.

*Ferd. Lassalle* (1863): Politische Aufsätze.

\*

Nie hat, nie wird eine Versammlung den bestehenden Zustand umstürzen. Alles was eine Versammlung je getan und gekonnt hat, ist, den draußen bestehenden Zustand zu proklamieren, den draußen schon vollzogenen Umsturz der Gesellschaft sanktionieren und ihn in seine einzelnen Konsequenzen, Gesetze usw. auszuarbeiten. Aber ewig wird eine solche Versammlung impotent sein, die Gesellschaft selber umzustürzen, die sie vertritt.

*Friedr. Engels* (1849): Machtgrenzen des Parlamentarismus.

\*

Es ist im Völkerleben der Rechtsboden ein schlechter Standpunkt. Das Gesetz ist nur der Ausdruck und geschriebene Wille der Gesellschaft, nie ihr Meister. Hat sich der gesellschaftliche Wille und Bedürfnis geändert, so gehört der Kodex in das Museum der Geschichte, an seine Stelle tritt das neue Abbild, das neue Konterfei der Gegenwart.

*Ferd. Lassalle* (1863).

\*

Die Lage der arbeitenden Klasse ist der tatsächliche Boden und Ausgangspunkt aller sozialen Bewegungen der Gegenwart, weil sie die höchste, unverhüllteste Spitze unserer bestehenden sozialen Misere ist.

*Friedr. Engels (1845): Lage der arbeitenden Klassen Englands.*

## Herbstlied eines Chinesen.

Wir sind nicht reif?

Das ist das Lied, das sie gesungen haben  
Jahrhunderte lang uns armen Waisenknaben,  
womit sie uns noch immer beschwichten  
des Volkes Hoffen immer vernichten,  
den Sinn der Bessern immer betören  
und unsere Zukunft immer zerstören.

Wir sind nicht reif?

Reif sind wir immer, reif zum Glück auf Erden,  
wir sollen glücklicher und besser werden.  
Reif sind wir, unsre Leiden zu klagen,  
reif sind wir, euch nicht mehr zu ertragen,  
reif, für die Freiheit Alles zu wagen.

*Hoffmann von Fallersleben.*

## Bild der Freiheit.

Siehst du den Strom, der Bergeshöhe entquollen,  
die dunklen Wogen majestätisch rollen?  
Es steht bei dir, ob er auf seinem Pfad  
dir segenbringend, ob verderbend naht.

Grab ihm ein Bett, so wird er deine Auen  
erquicken, und zur Fruchtbarkeit betauen,  
doch stemmst du dich entgegen seinem Lauf,  
so geht der Acker, samt der Frucht darauf.

*Hebbel.*

## Sprüche.

Ihr erblichen Leibeigenen! wisst ihr's nicht?  
Wer frei sein will, der schlage selbst die Schlacht?

*Byron*

\*

Sei Leu! Wenn Narrenhände  
dir in der Mähne kratzen,  
Dann mach dem Spiel ein Ende  
und zeige deine Taten.

*Sallet*

\*

Ja, die Mächtigen, die Beglückten,  
ja, die Götter dieser Erden!  
Ihnen muss der Unterdrückten  
sühnend Blut geopfert werden.  
Rein von Blut sind ihre Hände,  
Das Gesetz verlangt die Spende!

*Chamisso*

\*

Der Glaube ist zum Ruhem gut;  
Doch bringt er nicht von der Stelle;  
Der Zweifel in ehrlicher Männerfaust,  
Der sprengt dir die Pforten der Hölle.

*Storm*

\*

Wisse deine Kraft zu achten,  
Dass du magst nach Großem trachten.

*Sallet.*

---

Verantwortlich: Frau Ahrens: Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl  
Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 6/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 10. Februar 1917.

Nr. 6

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Wilsons pazifistische Botschaft

Zu Weihnachten wandte sich der Präsident der Vereinigten Staaten Amerikas an beide kriegführenden Lager Europas mit der Aufforderung, ihm doch die Kriegsziele zu nennen, damit er sehen könne, ob man nicht den Tomahawk vergraben und die Friedenspfeife anzünden könnte. Darüber vergossen die bürgerlichen Friedensfreunde, die Sozialpazifisten wie die Sozialpatrioten der Zentralmächte, denen es immer ungemütlicher in der Seele wird, viele Tränen der Freude und die Kabelgesellschaften verdienten ausgiebig an Begrüßungstelegrammen.

Die aber, an die sich Herr Wilson wandte, die Regierungen, huldigten seinem Edelmut und erfüllten seine Bitte, aber in etwas sonderbarer Weise: die Zentralmächte erklärten sich bereit zu Friedensverhandlungen mit der Entente, lehnten es aber ab, ihre Friedensbedingungen zu nennen; die Entente nannte ihre Friedensbedingungen in solchem Umfange, dass sie die Schwelle der Friedenskonferenz nicht mit ihnen passieren kann. Dann erklärten sie beide; wir wollen rüsten zum entscheidenden Kampfe. Herr Wilson warteten ein paar Tage ab und wandte sich an den Senat mit einer Botschaft, in der er ein positives Friedensprogramm entwickelte, ein Programm des dauernden Friedens. Und dieses Programm ist so, dass Herr Alfred Fried, der Papst der Friedenskirche, von seinem Thron niederstieg und sagte: Dir gebührt der Stuhl, Wilson, hier ist meine Tiara.

Liest man die Botschaft Wilsons durch, so muss man Herrn Fried recht geben. Zum ersten Male hat sich hier ein Oberhaupt eines großen kapitalistischen Staates restlos zu den Grundsätzen des Pazifismus bekannt. Wilson setzt sich ein für die Beschränkung der Rüstungen zu Land und zu See, für einen Staatenbund, der jedem seiner Mitglieder die Möglichkeit der Entwicklung gewährt, für die Beendigung des Krieges ohne den Sieg einer Mächtegruppe über die andere, für die Freiheit der kleinen Völker, die nicht mehr wie Hammel verschachert werden sollen. Herr Wilson sieht es als Beruf Amerikas an, der Menschheit zu einem solchen dauerhaften Frieden zu verhelfen. „Die Teilnahme an einem solchen Dienste wird die Gelegenheit sein, für welche unser Volk sich schon durch die Prinzipien und Zwecke seiner Politik und die bewährte Praxis seiner Regierung seit jeher vorzubereiten gesucht hat“, erklärt Wilson.

Man muss sagen: der Mann hat Humor. Das Land, das Texas geraubt, Alaska gekauft, Kuba und die Philippinen „befreit“ hat, das jetzt, während des Krieges, die Antillen von Dänemark gekauft hat, als ob sie ein Sack Pfeffer wären, es ist „vorbereitet“ zu der Erklärung, „dass es nirgends ein Recht gibt, demzufolge die Völker von Machthaber zu Machthaber abgetreten werden können, als wenn sie deren Eigentum wären“. Ein Land, das den Panamakanal baute, um den Stillen Ozean beherrschen zu können, es ist sehr berufen zu erklären: „die Freiheit der Meere ist eine *conditio sine qua non* für den Frieden“. Das Land, das sich jetzt eine Flotte schafft, vor der es dem Meere beherrschenden England bange wird, das Land, das an die Schaffung eines großen Heeres geht, es ist in erster Linie berufen zu erklären: „der Geist der Ruhe und Sicherheit wird niemals unter den Völkern heimisch werden, wenn große schwerwiegende Rüstungen da und dort auch in Zukunft Platz greifen und fortgesetzt werden“.

Wie jeder Klumpen Gold, den die amerikanischen Milliardäre angesammelt haben, von Blut und Schweiß der maßlos ausgebeuteten Proletarier trieft, wie an jedem ein krimineller Betrug haftet – man lese doch das Werk Gustavus Myers – so trieft die ganze Friedensbotschaft Herrn Woodrow Wilsons von Heuchelei. Aber wäre sie auch nicht ein Wolkenkratzer der Heuchelei, sondern wäre Herr Wilson der naive Professor aus dem Wolkenkuckucksheim, als den man ihn oft darstellt, sein Plan des dauernden Friedens bliebe dieselbe Utopie, wie alle Pläne der Pazifisten. Die kapitalistische Gesellschaft mindert nicht, sondern sie verschärft die Gegensätze zwischen der Bourgeoisie verschiedener Nationen. Der Weltkrieg schafft den Kapitalismus nicht ab, umgekehrt, er hat seine Entwicklungstendenzen: die Vernichtung des Mittelstandes, die Konzentration des Kapitals, seine Zusammenfassung unter der Leitung der Banken usw. beschleunigt. Der Krieg kann einzelne kapitalistische Mächte zertrümmern, sie als selbständige Faktoren aus der Weltpolitik ausschalten, aber den Kampf um die unentwickelten Länder, um die Neuaufteilung der Kolonien schafft er nicht ab.

Das bildet eben die Triebkraft des Wilsonschen Pazifismus. Er ist nichts anders als die Rüstung der Vereinigten Staaten Amerikas zu den zukünftigen Weltkonflikten. Das ist zu beweisen.

Das zentrale Problem der Weltpolitik der Vereinigten Staaten ist das des Stillen Ozeans, des Pazifik. Der junge amerikanische Kapitalismus blickt schon seit hundert Jahren nach Westen über den Stillen Ozean. Im Osten liegt das alte Europa, an dessen Beherrschung das amerikanische Kapital bisher auch im Traume nicht denken konnte, und Afrika, das schon in den Klauen des europäischen Kapitals sich befindet. *China* als ungeheurer zukünftiger Absatzmarkt schwebte den Kapitalisten Nordamerikas schon in der Zeit vor Augen, wo ihr industrieller Warenexport sich erst in den allerersten Anfängen befand. Die Eroberung von Hawaii, der Philippinen, die Festsetzung in den Südseeinseln bedeutete für die Vereinigten Staaten nur die Erlangung von strategischen Punkten nach China.

Aber bevor die wirtschaftlichen, wie militärischen Kräfte der Vereinigten Staaten ihnen erlaubten, in China imperialistische Politik zu treiben, begannen diese die europäischen Großmächte vorzubereiten. Der chinesisch-japanische Krieg zeigte die Schwäche Chinas als Staat, und führte zu der Besetzung Weiheiweis durch England, Kiautschous durch Deutschland, zum Kampfe Russlands und Japans um Korea und die Mandschurei. In allen diesen Kämpfen traten die Vereinigten Staaten Nordamerikas für die Unversehrtheit Chinas ein. „Offene Tür“ war ihre Losung. Da sie China nicht erobern konnten, traten sie gegen die Zerstückelung dieses so aussichtsreichen, entwicklungsfähigen Marktes ein. Im russisch-japanischen Kriege unterstützten sie vorerst materiell wie moralisch Japan, da ihnen das große Russland gefährlicher für die chinesische Unabhängigkeit schien. Als Japan zu sehr siegte, sperrte ihm die New Yorker Börse jede materielle Hilfe ab, und half mit ihm die

Kriegsentschädigung seitens Russlands zu hintertreiben, damit es nach dem Kriege nicht mit neuen Kräften seine Expansionspolitik weiterführe.

Im Jahre 1910 brachten die Vereinigten Staaten den Knoxschen Plan der Internationalisierung der Mandschureibahnen ein, aber sie wurden damit in Tokio und Petersburg abgeblitzt. Die Berichte ihrer Konsuln klagen von nun andauernd über die Verdrängung des amerikanischen Handels aus der Süd-Mandschurei und Mongolei durch unzulässige russische und japanische Machenschaften. Nun wird Japan durch diesen Weltkrieg sehr gestärkt: finanziell durch die Kriegsbestellungen Russlands, militärisch durch das Weißbluten seiner Verbündeten wie seiner Feinde. Es hat mit Russland im Juni 1916 einen Vertrag geschlossen, der ihm freie Hand in der weiteren Durchdringung und eventuelle Aufteilung Chinas gibt, wofür es Russland den entsprechenden Anteil sichert. Natürlich schwören seine Vertreter in Washington Stein und Bein, dass die Unabhängigkeit Chinas bewahrt werden soll, aber die kapitalistischen Haifische in New York wissen, dass dies eine Flunkerei ist. Sie rüsten fieberhaft für den Fall, dass Japan Teile von China an sich reißen sollte. Die ungeheure Vergrößerung der Flotte, die Vorbereitung zur Bildung eines großen Heeres, sind alles Vorbereitungen für den Kampf gegen Japan. Und diesem zukünftigen Kampfe dient auch die Einmischung in den Weltkrieg, die pazifistische Botschaft Wilsons.

Keine Sieger und keine Besiegten bedeutet für die nordamerikanische Regierung: wir dürfen keine Niederlage Englands zulassen, weil es als Verbündeter Japans seine Expansionstendenzen dämmen kann, und falls dies nicht gelingt, gegen Japan kämpfen würde schon aus Angst vor der Einbeziehung Australiens und Indiens in die japanische Expansionspolitik. Dazu muss es stark bleiben. Aber wir dürfen auch nicht die Niederlage Deutschlands zulassen, weil nur ein starkes Deutschland Russland an die Westgrenze kettet, ihm die Freiheit der Bewegung im fernen Osten nimmt. Dies Drängen nach Bildung eines Weltbundes, dessen „Grundprinzip die Gleichheit und gemeinsame Teilhaberschaft an dem gemeinsamen Nutzen ist“, d. h. die „gerechte“ Einteilung der imperialistischen Beute, bezweckt die Herbeiführung einer Verständigung zwischen europäischen imperialistischen Mächten, die sich solange Zugeständnisse machen und gemeinsam die Beute teilen sollen, wie der amerikanische Imperialismus ihrer Hilfe gegen Japan bedarf: entweder zur Hintertreibung seiner Expansionspläne an den Gestaden des Stillen Ozeans oder zur Erringung eines entsprechenden Anteils.

Der Pazifismus des biedereren Wilson ist Pazifikpolitik, nicht mehr und nicht weniger, wie der Pazifismus des Zaren im Jahre 1898 nichts anderes bezweckte als die Verlangsamung der Rüstungen in Europa, damit Russland in Ostasien rüsten konnte. Wilson spricht von Rüstungsbeschränkungen in Europa, aber gleichzeitig erklärt er: die Vereinigten Staaten müssten die Macht haben, um diesen dauernden Frieden zu sichern. Was das bedeutet, hat der alte Fuchs Clemenceau in seinem „Homme Enchaine“ vom 25. Januar sehr gut herausgefunden: „Wissen Sie, was Sie das kosten kann, diese amerikanische Garantie?“ fragt er Wilson. „Eine Armee von zehn Millionen Menschen, um den Koalitionen der Gewalt begegnen zu können, eine entsprechende Kriegsflotte, dazu eine Transportflotte, die imstande ist, diese Armee trotz der Unterseeboote nach den aufrührerischen Gegenden zu transportieren, ohne von den Festungen zu sprechen, die den Überraschungen begegnen müssten. Das bedeutet ein schönes Kriegsbudget, das eine Steuerverschwendung erheischen würde, die man nicht ermessen kann. Wie denkt das amerikanische Volk darüber? Alle Völker der Erde im Frieden, unter Garantie Amerikas, das bereit ist, alle Sanktionen auszuüben, nur das amerikanische Volk nicht, das die Rolle des Weltschutzmannes übernehmen muss. Wenn der Schutzmann auch Hiebe austeilt, so kriegt er auch manchmal welche ab. Auf welcher Seite wird er in die Schlachten eingreifen? Es wird vielleicht nicht immer einfach sein, darüber zu

beschließen. Eines alleine scheint sicher: durch Ihr Friedensevangelium werden Sie nur den Weltkrieg vorbereiten.“

Würde Herr Wilson offen sprechen können, er würde Clemenceau auf die Schulter klopfen und sagen: „Alter Knabe, Sie scheinen mich wirklich für den weltfremden Professor zu halten; glauben Sie denn, dass das amerikanische Kapital einem weltfremden Menschen seine Portemonnaies anvertrauen würde? Dass mein Friedensevangelium die Vorbereitung ungeheurer Rüstungen in Amerika bedeutet und einen eventuellen Weltkrieg um China, weiß ich ebenso gut wie Sie, aber man bereitet den Krieg um den Pazifik besser vor, wenn man vom Pazifismus spricht. Schauen Sie auf die Sozialpatrioten und Sozialpazifisten aller Länder, wie sie mir zujubeln. In der amerikanischen Sozialdemokratie haben sich Männer gefunden, die erklären, sie könne sich auflösen, weil ich schon den Weltfrieden besorge. Nun sagen Sie, lohnt es sich nicht, als weltfremder Friedensfreund zu gelten!“ Herr Wilson hat vollkommen Recht.

## Die Spaltung der Partei und das Zentrum.

Der Gewaltstreich des Parteivorstandes, dessen Zweck es ist, von den Organisationen und ihren Organen für die Sozialpatrioten zu retten, was sich irgend retten lässt, nachdem die Politik des 4. August die Spaltung der Partei unumgänglich notwendig gemacht hat, hat die Führer der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (des Parteizentrums) vollkommen überrumpelt. Wo liegt der letzte Grund der Spaltung? fragen wir sie. „Der Vorstand und seine Anhänger haben sich durchgemausert zu nationalsozialen Anschauungen und sind so zu einer Gefolgschaft der Regierung und der imperialistischen bürgerlichen Parteien geworden. Wir (die Arbeitsgemeinschaft) blieben und bleiben auch während des Weltkrieges: Vorkämpfer für den Weltfrieden und die Befreiung des Proletariats“ – so lautet die Antwort, die der offizielle Aufruf der Arbeitsgemeinschaft, unterzeichnet von Haase, Ledebour, Dittmann und Vogtherr, und seitens Groß-Berlins von Adolf Hoffmann und Paul Hoffmann, am 20. Januar auf unsere Frage zu geben wusste. Die Arbeitsgemeinschaft erklärt also, dass es sich bei der Spaltung um einen grundsätzlichen Gegensatz der bürgerlichen und proletarischen Politik handelt. Und dieselbe Erklärung gibt das auf dem Boden des Parteizentrums stehende Hallesche „Volksblatt“, indem es die Sachlage folgendermaßen beleuchtet:

„Es handelt sich hier um das Ringen zweier Weltanschauungen zweier politischen Systeme. Es dreht sich auf der einen Seite um internationalen Sozialismus, um Klassenkampf, um Selbständighaltung der Arbeiterklasse, um Befreiung des Proletariats durch Eroberung der politischen Macht – und auf der andern Seite um eine reine Reformpolitik auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft, um Anerkennung und Bewilligung der „Staatsnotwendigkeiten“, um Anlehnung an die Regierung des bestehenden Regiments, um „Teilnahme an den sozialen Fragen“, um „Durchhalten“ und „Nicht-ausschalten-lassen“, kurz um etwas anderes, als was wir alle – einschließlich der Gegner der Sozialdemokratie – bisher als Sozialismus und als sozialistische Taktik verstanden.

Ist man der Meinung, dass zwischen der Politik des 4. August und der des Zentrums derselbe Abgrund gähnt, wie zwischen bürgerlicher und proletarischer Politik, so muss man grundsätzlich für die Spaltung sein; man kann sie aus taktischen Gründen hinausschieben wollen, um einstweilen auf dem Boden der alten Organisationen Anhänger zu werben, aber man muss offen sagen: ein Frieden mit den Scheidemännern ist unmöglich; wir arbeiten für die Spaltung. Und hat der Gegner die Spaltung durchgeführt, um den Klassenkämpfern keine Zeit zu lassen, ihm Waffen zu entwenden, dann bleibt nur eins: eine eigene proletarische Kampfpartei zu gründen ganz gleich, ob die Verhältnisse günstig sind oder nicht. Warum will das die Arbeitsgemeinschaft nicht tun?



Nun, derselbe Abg. Dittmann, der am 20. Januar erst den Aufruf unterzeichnete, in dem es heißt, der Vorstand vertrete eine nationalsoziale, d. h. bürgerliche Politik, während die Zentrumsleute die proletarische Politik vertreten, veröffentlicht am 22. Januar in seinem Organ, der „Bergischen Arbeiterstimme“, einen Artikel „Um die Zukunft der Partei“, in dem er erklärt, dass in der Mehrheit selbst zwei Flügel kämpfen: die Sozialpatrioten unter der Führung Scheidemanns, die den Frieden auf Grund des Status quo wollen, und die Sozialimperialisten unter der Führung von Lensch, Schippel usw., die den Krieg bis zur Niederringung Englands wollen. Dann schreibt Dittmann: „Dass der tatsächliche Gegensatz in der Frage des Krieges zwischen diesem Mehrheitsflügel und dem Flügel, der das Ende des Krieges unter Zugrundelegung des Zustandes vor dem Kriege will, *größer ist als der Gegensatz zwischen der Mitte und dem letztgenannten Flügel, liegt auf der Hand.*“ Einer der Führer des Zentrums erklärt also offen, den Scheidemännern seien doch die Haases näher als die Lensch; wozu also die Spaltung? Und Dittmann wendet sich offen gegen die Spaltung:

„Eine organisatorische Trennung wird aber auch die beiden Richtungen (die Männer des 4. August wie die Linksradiكالen) der Partei selbst verwirren. Rechts wird rückgratloser sein ohne Links, und Links wird manches tun, was mit Rechts anders getan worden wäre. Im Bruderkampf werden sich eine Reihe brauchbarer Männer und Frauen zermürben, und nach Jahren werden wir doch einen Vergleich schließen müssen, den das Proletariat bezahlt hat. Den Schaden wird das Proletariat als Ganzes auf jeden Fall haben, wenn der unverantwortliche Beschluss des Parteiausschusses zur Tat wird. Der Krieg geht seinem Ende zu. Die Hauptursache des schweren Konflikts fällt damit weg, und neue gewaltige Aufgaben treten an das Proletariat heran, die bald ganz neue Gruppierungen in der Partei bringen werden.“

Der grundsätzliche Gegensatz verwandelt sich hier in einen vorübergehenden und zufälligen: nach dem Kriege werden die Scheidemänner wieder gute Sozialdemokraten werden.

Die Meinung Dittmanns ist die wirkliche Meinung der Zentrumsleute, die offiziell in ihrem Aufruf geäußerte ist nichts als Theaterdonner. Denn würde es umgekehrt sein, sie würden den ihnen zugeworfenen Fehdehandschuh sofort aufnehmen. Stattdessen erklären sie ausweichend: „Wie die oppositionell gerichteten Parteiorganisationen später ihre Rechte zu wahren und die Vertretung unserer Anschauungen im öffentlichen Leben sicherzustellen haben, muss künftigen Entschlüssen vorbehalten werden?“ Das bedeutet, dass die Führer des Zentrums im Moment der entscheidenden Attacke selbst nicht wissen, in welchen Positionen sie dem Gegner Widerstand zu leisten gedenken, geschweige denn, dass sie zum Angriff überzugehen bereit wären.

Dieses Schweigen verhüllt jedoch nur die Tatsache, dass im Lager des Zentrums über das: Was weiter? ein völliges Tohuwabohu herrscht. *Heinrich Ströbel*, der dank seinem Kämpfertemperament den linken Flügel des Zentrums bildet, schreibt in der „Sozialistischen Auslandskorrespondenz“:

Die Mehrheit hat die reinliche Scheidung gewollt. Pflicht der Minderheit ist es nun, sie ihrerseits mit aller Konsequenz und äußerster Energie durchzuführen. Die Scheidung von dem rücksichtslosen Instanzenklüngel und seiner Politik der Grundsatzlosigkeit und der Verleugnung aller demokratischen und sozialistischen Pflichten – nicht die Scheidung von der Partei. Denn die Partei ist dort, wo das sozialdemokratische Programm und die nationalen und internationalen Kongressbeschlüsse noch in Geltung stehen.“

Aber dafür ist der rechte Flügel des Zentrums nicht zu haben. *Eduard Bernstein* sucht in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 25. Januar die Arbeitsgemeinschaft zu überzeugen, sie müsse

so tun, als ob sie gar nicht hinausgeworfen wäre: „Gegen dieses Verfahren ... gibt es auf Seiten der Bedrohten nur zweierlei: entweder sie treten mit Protest aus der Partei aus und organisieren die Propaganda für eine *Gegenpartei*, oder sie führen den Widerstand wider die Gewaltpolitik des Parteivorstandes als einen Kampf ums Recht *ausschließlich mit den Mitteln des Rechts, d. h. hier des Parteirechts*“. Was bedeutet das konkret? „Jede Maßnahme, jeder Beschluss von oppositionellen Mitgliedschaften, die als Verstoß gegen das formelle Recht der Partei ausgelegt werden können, werden als Mittel benutzt werden, die Mitgliedschaft für außerhalb des Parteirechts zu erklären“ – warnt Bernstein mit erhobenem Finger. Er merkt nicht, dass er schon samt Haase, Herzfeld, Dittmann, samt allen andern tüchtigen Kennern des Parteistatuts hinausbugsiert wurde, obgleich sie alle dieses Statut wie die Orthodoxen die zehn Gebote zu wahren suchten.

Jetzt, wo man längst draußen ist, noch das Statut in den Händen zu halten und zu erklären: hier habe ich einen Talisman; nichts kann mir passieren! ist ein groteskkomisches Unterfangen; es sei denn, dass die Zentrumsorganisationen ruhig zusehen wollen, wie ihre Anhänger aus den Organisationen, wo sie in der Minderheit sind, hinausgeworfen werden, und dass sie ferner ruhig zusehen wollen, wenn die Zentrumsleute, wo sie die Mehrheit der Organisationen bilden, die Beschlüsse vom 7. Januar verleugnen. Das wäre politischer Selbstmord. Und so werden die Zentrumsleute, ob sie wollen oder nicht, genötigt sein, eine *eigene Partei* zu gründen. Nur werden sie es tun nach langem Zaudern, demoralisiert durch das eigene Schwanken.

Der Grund dieses Schwankens und Wankens liegt darin, dass zur Gründung einer eigenen Partei eigene politische Ideen, ein Programm nötig sind. Das haben sie nicht: der Mischmasch, der sich Zentrumsideologie nennt, ist ein sozialpatriotisch-sozialpazifisches Simmelsammelsurium, das zerfällt, sobald man es positiv zusammenfassen will. Die Partei, die auf dieses Programm hin geschaffen würde, wird zerrieben zwischen Sozialpatrioten und Linksradiكالen. Das erklärt das Tohuwabohu im Zentrum und sein ganzes Geweimer: warum habt ihr uns ausgeschlossen!

Wollen die Linksradiكالen nicht das Zaudern und Schwanken der Zentrumsleute mitmachen, dann müssen sie daran gehen, jetzt, trotz aller äußeren Ungunst der Verhältnisse, die Konstituierung der eigenen Partei in die Hand zu nehmen. Darüber im nächsten Artikel.

## Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung

Von M. Bronski.

### 4. Polens Kriegsziele.

Beim Kriegsbeginn war die ahnungslose bürgerliche Welt von der Haltung der politischen Vertretungen Polens in den drei Teilungsstaaten überrascht: man solidarisierte sich mit jedem der Teilungsstaaten und zwar im Namen der ganzen polnischen Nation. „Zur Verteidigung der Freiheit seiner Länder sendet Österreich-Ungarn eine mächtige Armee nach Polen gegen den russischen Unterdrücker“, lautet das *Manifest* des Obersten Polnischen *National-Komitees* in Krakau vom 16. August 1916. „... Der edle Herrscher dieses Reiches“ – sagt das Manifest weiter – „unter dessen gerechter und weiser Regierung es einem Teile unserer Nation vergönnt war, ein halbes Jahrhundert lang die polnische nationale Kraft zu entwickeln und zu mehren, die ganze mächtige Armee dieses Herrschers, die zur Verteidigung der höchsten

kulturellen Ideale in den Krieg zieht, sie schauen auf das polnische Volk als auf den bewährter Verteidiger dieser Ideale, dass es heute die Möglichkeit erlangt, eine den Körper fesselnde und die Seele vergiftende Knechtschaft abzuschütteln.“

Entsprechend lautete die Solidaritätserklärung der polnischen Vertreter in der russischen Duma und im Reichsrat. „Die Polen haben immer ihre staatsbürgerlichen Pflichten tadellos erfüllt. Sie werden sie auch im jetzigen Moment erfüllen. Die Polen werden nicht nur durch das Pflichtbewusstsein geführt, sie werden gehen, um den preußischen „Drang nach Osten“ zurückzudämmen. Ihr Blut wird für eine gerechte Sache fließen ...“ „Ich will glauben“ – sagte weiter der offizielle Sprecher der polnischen Fraktion im Reichsrat am 8. August 1914 – „dass es vergossen wird auch zur Abtragung der jahrhundertelangen Missverständnisse und für die endgültige Begründung des russisch-polnischen Einvernehmens.“

Wir wissen auch, dass die preußischen Polen ihre Staatspflicht gegenüber dem deutschen Staate politisch erfüllt haben, wenn sie auch keine Gelegenheit hatten, ihre Freude bei der Erfüllung dieser Staatspflicht so hoch klingen lassen, wie die österreichischen Polen es in überschwänglicher Weise taten.

Diese Uneinigkeit der polnischen Nation in Bezug auf die Kriegshoffnungen und Kriegsziele hat in der bürgerlichen Welt auf beiden Seiten des Schützengrabens große Verwunderung ausgelöst. Die primitive historische Auffassung glaubte in diesem Weltkriege die „glückliche“ Situation für Polen kommen zu sehen, um es von der hundertjährigen Unterdrückung befreien zu können. Der literarische Prototyp dieser Auffassung ist der Pater Robak aus der Dichtung des Adam Mickiewicz: „Pan Tadeus“, der die Hoffnung der Wiederherstellung Polens auf „allgemeine Schlägerei“ setzte: „... wenn die gesamte Schurkerei dahinfällt, so wird das Glück und die Republik aufblühen“, so hoffte der patriotische Konspirator in Polen am Anfang des 19. Jahrhunderts.

Nun ist zwar die „allgemeine Schlägerei“ da, die Weltkatastrophe, von der auch Mickiewicz geträumt hat, von der „Republik“ aber ist keine Rede.

Diese Uneinigkeit in Bezug auf die Lösung der polnischen Frage ist nichts anderes, als ein Beweis dafür, dass der historische Inhalt der polnischen Frage eine Wandlung durchgemacht hat, und heute, in der Epoche des Imperialismus, ein vollständig anderer geworden ist als er früher war, was auch praktisch in diesem imperialistischen Weltkriege krass zum Ausdruck gekommen ist.

Die kapitalistische Entwicklung in allen Teilen Polens hat dazu geführt, dass die polnische Frage in allen diesen Teilen in der Erzwingung solcher wirtschaftspolitischer Formen bestand, bei denen die kapitalistische Entwicklung am besten gedeihen könnte. In diesem Sinne fand eine politische Anspannung der polnischen besitzenden Klassen an die entsprechende Bourgeoisie des betreffenden Teilungsstaates statt.

Wenn auch zwischen der Regierung der herrschenden Nation und den Polen in den national-kulturellen Fragen keine Harmonie bestand, so war dies ein Kampf, der keineswegs die Solidarität der politischen und wirtschaftlichen Interessen in Frage stellen konnte. Für die polnischen herrschenden Klassen war der Kampf um nationale und kulturelle Forderungen ein Kampf um die Erweiterung der Basis ihrer Zusammenarbeit im Rahmen des Staates. Es war nicht ein Kampf gegen den Staat, sondern im Gegenteil ein Kampf um größeren Einfluss im Staate. Wie überhaupt die nationale Frage für die herrschende Klasse der unterdrückten Nation darin liegt, wie sie sich die Ausbeutung „ihrer“ Arbeiter und Bauern sichern soll, um sie dem „fremden“ Kapital nicht ausliefern zu brauchen.

Durch diese nationalen Kämpfe im Rahmen eines Staates war die ahnungslose Welt von der Umwandlung der polnischen Frage hinters Licht geführt, obwohl die politische Tätigkeit der bürgerlichen Parteien keinen Zweifel darüber bestehen ließ, dass sie die Bedeutung eines großen und starken Staates, sei es Deutschland, Österreich-Ungarn oder gar das zarische Russland, für die polnische Bourgeoisie zu würdigen verstand. Der galizische Landtag kleidete diese Erkenntnis in eine vom Jahre 1866 datierte Adresse an Franz Joseph, die den berühmten Programmsatz enthielt: „Bei Dir, Allerhöchster Herr, stehen wir und wollen wir stehen.“

## Kriegskurse.

Als der Krieg ausbrach, schloss die Börse ihre Pforten. Eine schöne Geste: Wenn Mars das Regiment antritt, muss sich Merkur, der Gott der Händler und Gauner, aufs Altenteil zurückziehen; wenn das bedrohte Vaterland Opfer über Opfer fordert, haben nur die Ideale Daseinsberechtigung und der Eigennutz verkriecht [verkriecht?] sich; wo der Lorbeer winkt, wird die wilde Jagd nach dem gleißenden, schmutzigen Golde eingestellt. Eine schöne Geste, aber kitschig, schwindelhaft! Die Börse war geschlossen, das Feilschen und Prachern hallte nicht mehr auf den offenen Markt hinaus, aber der Geist Banquos spukt doch seitdem in allen Ecken und bei aller opernhafte Verachtung für das Krämervolk heißt es auch im Deutschen Reiche: Business as always. Geschäft wie immer! Niedriger, schmieriger und profitabler denn je. Während draußen der Höllenlärm der Schlachten tobt und der Tod weitausholend in scharfem Schnitte das junge Leben mäht, rast im Lande der Tanz um das goldene Kalb verrückter denn je. Die Spekulanten leben den fröhlichsten Tag und das blanke Gold sammelt sich aus Millionen Adern in den großen Becken.

Die Börse ward geschlossen, nicht weil man annehmen konnte, dass während des Krieges das Börsenspiel eingestellt wurde. Wo jeder Tag neue Sensationen bringt, wo das wirtschaftliche Leben vollkommen umgekrempelt wird, wo die Transaktionen in die Milliarden gehen, ist gerade die günstigste Gelegenheit dafür gegeben. Wo ein kritischer Tag dem andern folgt, muss der Kampf zwischen Haussiers und Baissiers lustiger denn je entbrennen.

Namentlich zu Beginn des Krieges führten die sich überstürzenden Ereignisse und die Unklarheit der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Kriegszeit, später die Wendungen im Kriegsverlauf, die behördlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben u. a. m. zu kritischen Situationen auf dem Geldmarkte. Dabei fehlte es am nötigen Barometer, den amtlichen Börsenkursen, die seit August 1914 nicht mehr bekanntgegeben werden. Die Maßregel sollte neben den politischen Zwecken, denen sie diente, Paniken entgegenwirken. Sie führte im Verlaufe der Zeit aber zu einem besorgniserregenden Zustande der Spekulation, der die klare Orientierung und die öffentliche Kontrolle fehlte und die sich deshalb blind den augenblicklichen Eindrücken und dem Rausche der Kriegsgewinne hingab. Es kam so weit, dass die Börsenblätter wochenlang Vernunft predigen und vor dem unausbleiblichen Katzenjammer warnen mussten. Zur öffentlichen Kursnotierung hat man sich aber dennoch nicht entschließen können.

Dagegen wurden von der Regierung zweimal während des Krieges Kurszettel herausgegeben, und zwar für den 16. November 1915 und in den ersten Tagen des Januar für den 31. Dezember 1916. Diesmal sollen sie den Zwecken der Steuereinschätzung dienen.

Man darf sich sagen, dass diese Kurse nicht der reine Niederschlag der Börsenlage am Ende des Jahres sind, sondern dass allerlei Tendenzen auf ihre Festsetzung eingewirkt haben. Ob politische Zwecke einwirkten, lässt sich kaum sagen. Offenbar aber ist, dass bei den hochwertigen Industriepapieren zur Hintanhaltung der Spekulation gebremst worden ist.

Ein Blick auf den Kurszettel zeigt zunächst die starke Wirkung der Kriegsanleihen. Sie wirken allein schon durch ihre Milliardenzahlen, die das Schwergewicht der Börsenwerte stark zugunsten der festverzinslichen Papiere verändert. Dann aber sind diese Anleihen zu dem abnormen Zinsfuß von 5 Prozent begeben worden. Das hat die alten Anleihen erheblich entwertet. So fiel die 3 Prozent Reichsanleihe von 74,70 vor dem Kriege auf 70 am 16. November 1915 und weiter auf 66 am 31. Dezember 1916. Den Staats- und Stadtanleihen erging es ähnlich. Preußische Konsols zu 4 Prozent sind auf 87 herabgesunken, Bremer Anleihe zu 33 Prozent steht auf 73, zu 3 Prozent gar nur auf 65 Prozent. Den anderen kriegführenden Ländern ist es natürlich ähnlich gegangen, so Österreich-Ungarn. Bei Bulgarien und der Türkei sind die Kursrückgänge verhältnismäßig gering. Von den französischen Wertpapieren verzeichnet der Kurszettel nur die 3prozentige Rente, die ähnlich den deutschen Wertpapieren auf 65 Prozent festgesetzt ist. Englische sind nicht verzeichnet. Auch die Kapitalisten, die durch ihr Geld die russische Revolution niederschlagen halfen, haben schwer zu büßen. Sie erleiden Kursrückgänge von etwa 20 Prozent gegenüber der Zeit vor dem Kriege. Das ist die Nemesis. Traurig stehen Serben und Portugiesen auf 49 und 48 Prozent, ein bedeutsamer Wink, wie die Börsenkreise das Schicksal dieser kleinen Kriegführenden einschätzen. Von den am Kriege beteiligten Mächten hat allein Japan seine Papiere verbessern können, um mehr als 10 Prozent. Es hat an den Kriegslieferungen so viel verdient, dass es einen großen Posten seiner Anleihen abstoßen konnte. Die Neutralen haben während der Kriegszeit auch aus dem Zustrom des Goldes für Lieferungen aller Art Nutzen gezogen. Dazu kommt, dass das deutsche Geld im Auslande ungemein an Wert verloren hat. So stehen selbst die Staatspapiere der Länder, die mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wie etwa die Schweiz, um 25 bis 30 Prozent über dem Nennwert.

Ein viel lebendigeres Bild zeigen die Industriepapiere. In ihnen spiegelt sich die Kriegskonjunktur. Wie sind sie emporgesprungen, die gesuchten Spekulationspapierchen der Kriegszeit! Nur ein paar Beispiele dafür: Daimler von 365 auf 630, Lanz von 295 auf 410, Rheinische Metallwaren von 95 auf 410, Adler und Oppenheimer von 117 auf 290, Chemnitzer Werkzeugmaschinen von 52 auf 200, Aluminium--Industrie von 97 auf 280. Stark gestiegen sind die Kohlenaktien, namentlich die der Braunkohlenwerke, die im Tagebau ihre Ausbeute schnell steigern konnten. Bezeichnend für die kapitalistische Wirtschaftsordnung sind die Kurssteigerungen bei vielen Werten derjenigen Industrien, in denen besonderer Rohstoffmangel herrscht. Dort war es möglich, die billig angekauften Lager mit märchenhaftem Gewinn abzusetzen, so in der Textilindustrie, in der Lederbranche, in der Müllerei. Glänzend stehen die Aktien der Zucker-, der Brau-, der Papierindustrie trotz oder vielmehr wegen der traurigen Erfahrungen, die die Konsumenten auf diesen Gebieten des Marktes machen müssen. Natürlich haben einzelne Industrien unter dem Kriege auch schwer gelitten, z. B. alles, was mit dem Baugewerbe zusammenhängt, Bau-, Terraingesellschaften usw. Ziemlich stabil geblieben, im Durchschnitt mit willkommener Steigerung, sind die Bankaktien. Ihnen muss ja jede Konjunktur zum Besten dienen und gar die Kriegsindustrie, die die gewaltigen Geschäfte mit den Staatskrediten brachte.

Ohne weiteres sind die Kurse der verschiedenen Aktien nicht zu vergleichen. Die innere Festigkeit der Werke und manches anderes spielt dabei eine Rolle. Selbst die Gestaltung des Geschäfts in der Kriegszeit lässt sich aus der Kursentwicklung noch nicht absehen. Gerade dort, wo die riesigsten Verluste gemacht wurden, haben die Gesellschaften zu allerhand Vertuschungsmaßregeln gegriffen. So ist die Kapitalverwässerung in der Kriegszeit im großen

Stil betrieben worden. Durch Neuausgabe von Aktien zu lächerlich niedrigem Kurse wurde den Aktionären Extragewinn in den Schoß geschüttet. Von einer ganzen Anzahl von Gesellschaften wurden aufgesammelte Gewinne neben den eigentlichen Dividenden zu 100 und mehr Prozent des Aktienkapitals als Bonus auf einmal ausgeschüttet und was dergleichen Scherze mehr sind.

Schließlich wirkte eben wieder die starke Belastung des Geldmarktes mit hochverzinslichen Staatspapieren stark auf die Kurshöhe der Aktien ein. Zinssatz und Kursstand der festverzinslichen Papiere stellen für den Kapitalisten die normale Verwertung eines sicher angelegten Kapitals dar. Hypotheken und andere mündelsichere Kapitalanlagen richten sich in ihrer Verwertung danach und ebenso die börsenmäßige Bewertung anderer Papiere. Wenn Staatsanleihen zu 4 Prozent ungefähr zu ihrem Nennwert zu Kurs stehen, so ist 4 Prozent auch der Satz für die sicher festgelegten Kapitalien. Unsichere Kapitalien, deren Verwertung von den Konjunktoren usw. abhängt, werden deshalb bei 4 Prozent Dividende unter dem Kurse von 100 stehen, und bei sonst gesunden Verhältnissen wird eine Verzinsung von etwa 5 Prozent als normal angesehen werden. Das entsprach ungefähr den Verhältnissen vor dem Kriege. Wie nun durch die Kriegaanleihen alle früheren Anleihen entwertet worden sind, so werden Industrieaktien, die nur 5 Prozent Dividende abwerfen, nicht mehr als vollwertig angesehen. Tatsächlich zeigt sich, dass jetzt durchschnittlich erst bei 7 und 8 Prozent Dividende der Kurs von 100 erreicht wird. Das bedeutet zugleich eine Erschwerung der Kapitalbeschaffung für die Industrie.

Für die Zukunft lassen sich aus diesen Tatsachen allerlei Schlüsse ziehen. Zunächst wird die höhere Verzinsung der Staatspapiere eine starke Erhöhung der Hypothekenzinsen nach sich ziehen, die während des Krieges durch Gesetz verhindert ist. Die Beschaffung zweiter und dritter Hypotheken wird später noch viel schwieriger werden, als sie vor dem Kriege schon war. Nehmen wir aber nur an, dass der Zinssatz für Hypotheken nur um 1 Prozent steigen wird, so wird das allein schon die Wohnungen um 20 bis 25 Prozent verteuern. Außerdem wird die Bautätigkeit stark eingeschränkt werden.

Dann aber wird die Verzinsung der Milliardenanleihen in allen Staaten außerordentliche Schwierigkeiten machen, die heute schon den Finanzleuten heftige Kopfschmerzen verursachen. Außerdem ist nach dem Frieden sicher mit Staatsbankrotts in den am stärksten geschwächten kriegführenden Staaten zu rechnen, in diesen oder jenen – je nach dem Ausgang des großen Kampfes. Und außerdem wird der Übergang in die Friedenswirtschaft eine ungeheure Anspannung des Geldmarktes bringen.

## **Aus unserm politischen Tagebuch.**

6. Februar.

Die Spaltung der Sozialdemokratie schreitet fort. Die Groß-Berliner Organisation hat sich, wie der „Vorwärts“ berichtet, zu der Konferenz der Opposition bekannt und der Parteivorstand der Sozialpatrioten hat unverzüglich wahr gemacht, was er ankündigte: er hat die größte Organisation als außerhalb der Partei stehend erklärt. Damit ist die Spaltung in Groß-Berlin vollzogen. Die sozialpatriotische Gegenorganisation ist bereits gegründet worden. Die Zentrumsleute werden einen nicht geringen Schrecken bekommen haben, als sie das Urteil der Scheidemänner vernahmen, trat doch nunmehr ein, was sie selbst verhindern wollten, indem sie von der Beitragssperre abrieten. Wird nun der Abg. Dittmann in seinem Agitationsbezirk von der Zustimmung zur Konferenz der Arbeitsgemeinschaft abraten, da er doch für sich und die Seinen dasselbe Schicksal befürchten muss, das die oppositionellen Organisationen, die sich hinter die Konferenz stellten, bereits ereilte? Wird er jetzt endlich

begreifen, was die Bremer Linksradiكالen wollten, als sie die Beitragssperre durchführten? Oder wird dieses Organisationsgenie immer noch von der Einheit der Sozialdemokratie träumen, derweil seine Fraktionskollegen einer nach dem andern par ordre du musste aus der Partei hinausfliegen?

Übrigens heißt es, dass die Groß-Berliner Organisation sich zur Arbeitsgemeinschaft bekannt habe. Sollte das richtig sein, so wird es die Aufgabe der Berliner Linksradiكالen sein, unverzüglich den Kampf gegen die Zentrumsleute aufnehmen, um von der oppositionellen Arbeiterschaft Groß-Berlins für sich zu gewinnen, was sich irgend gewinnen lässt. Die Arbeitsgemeinschaftler und mit ihnen im Bunde das gesamte Zentrum der Partei zur Ohnmacht zu verurteilen ist jetzt die wichtigste Aufgabe der Linksradiكالen.

In der sozialpatriotischen Presse erscheint ein Artikel über den Konflikt mit Amerika, in welchem es heißt: „Kann aber in dem großen Kampfe um Deutschlands Existenz von dem verschärften U-Bootkriege nicht abgegangen werden, und ist deshalb ein kriegerischer Zusammenstoß mit Amerika nicht abzuwenden, dann bleibt eben nichts anderes übrig, als die uns noch bevorstehende, noch schwerere Zeit mit zusammengepressten Zähnen auf uns zu nehmen und die grausige Kriegszeit bis zum bittersten Ende auskosten.“ Das ist sozialpatriotische Konsequenz. Was wird nun aber die Arbeitsgemeinschaft tun, nachdem die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten abgebrochen wurden? Wird sie sich darauf besinnen, dass die Kriegslage Deutschlands dadurch eine Verschlechterung erfahren hat und demgemäß bei der nächsten besten Gelegenheit die Kredite bewilligen? D. h. wird sie sich auf einige Konsequenz besinnen? Oder wird sie ihren noch vor kurzem so hell bejubelten Friedensapostel Wilson gegenüber der deutschen Regierung in Schutz nehmen? Oder wird ihr einleuchten, dass Wilsons Friedensgerede nur der Kriegsrüstung diene? Wer weiß, was sie tun wird? Sie weiß es sicher selbst noch nicht.

7. Februar.

In der letzten Kundgebung der Arbeitsgemeinschaft, die aber im Reichstag nicht mehr zur Verlesung kam und daher den Weg in die Öffentlichkeit durch die Spalten der Parteizentrumspresse suchen musste, heißt es, dass die Arbeitsgemeinschaft von jeher den Frieden angestrebt und jedes Friedensangebot, jede Friedensvermittlung begrüßt habe, ganz gleich, von welcher Seite sie auch gekommen sei. Die Arbeitsgemeinschaft glaubt also allen Ernstes, dass irgendeine imperialistische Regierung der Welt den Frieden bringen könnte! Sie glaubt allen Ernstes, dass ein Wilson der Sachverwalter der Interessen der amerikanischen Hochfinanz, der internationalen Arbeiterklasse die Segnungen des Friedens bescheren könnte! Sie sagt damit den Arbeitern: Nur nicht aufgemuckt! der Imperialismus ist gar nicht so schlimm, wie ihr glaubt. Unter seinen Fittichen ist noch Raum genug für ein friedliches Dasein; wenn nur erst der rechte Mann kommt, der euch diesen Platz bereitet. Ihr braucht also den Kampf gegen den Imperialismus gar nicht unter Aufgebot aller eurer Macht zu führen. Herr Wilson oder sonst wer wird schon für euch sorgen.

Unverbesserlicher Utopismus! Und wie aller Utopismus stockreaktionär!

\*

Die Welt vernimmt die erschütternde Kunde, dass der Führer des bremischen Parteizentrums, der Abg. Henke, aus den Redaktion der „Bremer Bürger-Zeitung“ hinausgeflogen ist. Über das Wie und Warum herrscht einstweilen noch ziemliches Dunkel. Es wird aber mit einiger Bestimmtheit behauptet, dass nicht Henke, sondern sein sozialpatriotischer Chef Donath die Initiative ergriffen hat.

Henke hat also nach wie vor den Kampf gegen die Sozialpatrioten in Bremen vermieden. Jetzt hat er den Fußtritt weg, den er verdient hat. Erst fällt er den Bremer Linksradikalen in den Arm, als sie die bremischen Arbeiter über den bürgerlichen Klassencharakter des Sozialpatriotismus aufklärten. Dann fiel er ihnen in den Rücken, als sie die bremischen Arbeiter auf die Notwendigkeit der Spaltung hinwiesen und sie auf diesen unvermeidlichen Zeitpunkt vorbereiteten. Dann unterband er in der „Bremer Bürger-Zeitung“ die Polemik der Linksradikalen gegen die Halbheiten des Parteizentrums und der Arbeitsgemeinschaft. Und schließlich half er durch positive Mitarbeit unter der Leitung des sozialpatriotischen Chefs seine Anhänger an die „Bremer Bürger-Zeitung“, in der die Ebert, Stampfer, Braun und Rhein das Wort führten, ketten. Nachdem er so den Sozialpatrioten reichlich Knechtsdienste geleistet, bekam er seinen wohlverdienten Lohn. Sein Verhalten ist typisch für die Art, in der das Parteizentrum die Geschäfte der Sozialpatrioten und damit der bürgerlichen Klasse besorgt, und darum mag es in unserm Tagebuch Erwähnung finden.

## Feuilleton

### Gerardo Segarelli.

Um die sechziger Jahre des 13. Jahrhunderts begann die Zahl der Apostel zu wachsen, die in der Umgegend von Parma bußepredigend Städte und Dörfer durchwanderten und zum völligen Verzicht auf allen Besitz und alle irdischen Freuden ermahnten. Es waren die ersten Anhänger Gerardo Segarellis, die umherziehend seine Lehren verbreiteten.

Gerardo stammte aus ärmlichen Verhältnissen und nährte sich in Parma von einem Handwerk. Wissen, gelehrte Bildung waren ihm unzugängliche Dinge. Aber es bedurfte auch keinerlei Gelehrsamkeit, um den Verfall der Kirche, die Sittenlosigkeit und Unwahrhaftigkeit des Klerus zu erkennen – um zu sehen, welche Kluft zwischen den Worten der Geistlichen und ihrem Leben, ihrem Tun lag. Einmal zu dieser Erkenntnis gelangt, tat Gerardo auch noch den nächsten Schritt. Durch die Bibel mit dem Leben und Lehren der ersten Apostel vertraut, kam er zu der Überzeugung, jeder wahrhaftige Christ müsse gleich den ersten Aposteln ein Leben in völliger Bedürfnislosigkeit, in Armut und strenger Gleichheit mit seinen Brüdern führen. –

In der Zeit, da Gedanken dieser Art sich in Gerardos Sinn zu regen begannen, hielt er noch die Franziskanermönche für die wahren Nachfolger der ersten Apostel. Er bat die in Parma ansässigen Brüder um Aufnahme in ihren Orden – sie wurde ihm verweigert. Die biederen Mönche mochten in Gerardos warmherzigen und schwärmerischen Sinn Gefahr, Keime neuen Lebens wittern. Doch gerade die Einsamkeit, in die sie Gerardo zurückstießen, trieb jenen zu weiterem Grübeln. Es wuchs in ihm die Überzeugung, er sei berufen, die verdorbene Welt zu der Frömmigkeit der ersten Christen zurückzuführen. Und Gerardo blieb nicht beim bloßen Träumen. In einen langen weißen Rock aus grobem Tuche gekleidet, mit einem Strick geschürzt, in Socken und unbedeckten Hauptes – so wie er die zwölf Apostel in der Franziskanerkirche abgebildet gesehen – zog er durch das Land. Auf dem Marktplatz zu Parma warf er das Geld, das ihm der Verkauf seines kleinen Häuschens eingebracht hatte, unter das Volk. Er wollte sich nur noch von dem nähren, was Liebe und Mitleid anderer Menschen ihm gaben.

Lange blieb Gerardo ganz allein. Doch um 1263 hören wir von seinen ersten Anhängern. Bald hat sich eine Gruppe von etwa 30 Menschen fest mit ihm verbunden.

In Faenza, einem kleinen Städtchen der Romagna, schließen sich ein Teil der Apostelbrüder zu einer Gemeinde zusammen. Dass es hier und nicht in Parma zuerst zu einer



solchen Organisation kam, lag wahrscheinlich daran, dass die Gefahr der Verfolgung durch eifrige Bischöfe und fleißige Ketzerforscher – die Spitzel des Mittelalters – hier geringer war. Während vieler Jahre soll Gerardo Vorsteher dieser Gemeinde gewesen sein. Doch war er als solcher nur berechtigt, für die Aufrechterhaltung der von allen Brüdern anerkannten Regeln zu sorgen.

Über das Leben der Brüder erzählt Mosheim (Versuch einer unparteiischen und gründlichen Ketzergeschichte): „Sie hießen sich alle untereinander, nach der Weise der ersten Christen, Brüder und Schwestern. Sie lebten in einer strengen Armut und durften weder eigene Häuser noch Vorrat auf den anderen Morgen, noch etwas, das zur Bequemlichkeit und Gemächlichkeit gehörte, haben. Wenn der Hunger sich bei ihnen regte, sprachen sie den ersten um Speise an, ohne etwas Gewisses zu begehren und aßen ohne Unterschied das, was man ihnen reichen wollte. Die Begüterten, die zu ihnen traten, mussten dem Besitz ihrer Güter entsagen und dieselben dem gemeinschaftlichen Gebrauche der Bruderschaft überlassen. Diese Armut hielten sie für den größten Schmuck ihres Ordens und für das sicherste Zeichen ihrer apostolischen Sendung. Da kann keine Heiligkeit sein, hieß es bei ihnen, wo keine vollkommene Armut ist. Kein Papst kann Sünde vergeben, wo er nicht so heilig und so arm als der Apostel Petrus ist.“

Und an einer späteren Stelle: „Das Amt dieser neuen Heiligen war die Predigt der Buße. Sie liefen durch Städte und Dörfer, verkündigten, so wie die ersten Apostel, die Ankunft des Reiches Gottes, und ermahnten die Welt, dass sie Buße tue und dem einbrechenden Gerichte Gottes durch eine völlige Verleugnung aller irdischen Dinge entgegengehen möchte.“

Den Widerspruch, der zwischen dem Gebot der völligen Besitzlosigkeit und der Vorschrift liegt, dass die Begüterten ihr Eigentum der Gemeinde abtreten sollen, erklärt Mosheim damit, dass vollständig eigentumslos nur die im Lande umherziehenden Apostel, die wandernden Lehrer, sein konnten, während ihre fest ansässigen Anhänger, die Brüder, in einer kommunistischen Gemeinschaft miteinander lebten.

In ihren Lehren stellten sich die Apostel durchaus in keinen grundsätzlichen Gegensatz zu der Kirche – sie bekämpften nicht ihre Existenz, sondern nur ihre Existenzformen – sie predigten dringlichst ihre Reform, ihre Wiederherstellung in der alten Armut und Reinheit.

Bei der Verbreitung ihrer Lehren, in ihrer agitatorischen Tätigkeit, mussten sie – in steter Furcht vor Verfolgung und Unterdrückung – mit der größten Vorsicht zu Werke gehen. Sie pflegten mit allgemeinen Klagen über Bischöfe, Geistliche und Mönche zu beginnen – Klagen, die – damals in aller Munde – ohne besondere Gefahr ausgesprochen werden durften, da die Verdorbenheit des Klerus fast jedem bekannt und gleichermaßen unliebbar war. Fanden sie soweit Beifall, so gingen sie weiter – sie bezeichneten die Kirche, einst die Braut Christi, als die große Hure, die Sünden der Geistlichkeit als die Ursache des Verfalls ihrer Macht. Sie verglichen den schwelgenden Reichtum, in dem Bischöfe und Mönche lebten, mit der Armut der ersten Apostel. Und wenn sie fühlten, dass sie auch jetzt noch die Zustimmung ihrer Hörer fanden, so gingen sie auf ihr Ziel los, zogen die Schlüsse aus dem bisher Gesagten: sie sprachen aus, dass eine Erneuerung der Kirche notwendig sei, dass sie die Werkzeuge seien, die diese vollbringen sollen. In dieser Weise gingen die Apostel gewöhnlich vor, wenn sie ihrer Lehre neue Anhänger, ihrer Bewegung neue Kämpfer zu gewinnen suchten. Wie jede Bewegung, blieb auch die der Apostelbrüder von ernster Verfolgung verschont, von systematischer Unterdrückung frei, solange sie noch keine Macht darstellte, mit der die Kirche zu rechnen hatte, solange ihre Anhängerschaft noch gering war. So hatte sie etwa 25 Jahre Zeit, sich auszubreiten. Italien, besonders in seinen nördlichen Teilen, wurde stark von ihr ergriffen. Aber die Brüder begnügten sich nicht damit, nur innerhalb Italiens zu wirken. Ihre Gesandten

zogen in alle Teile der Welt; bestimmtere Nachrichten über ihre Tätigkeit sind aus Deutschland, Frankreich und Spanien vorhanden.

Da die Bewegung so stetig weiter um sich griff, ist es nur natürlich, dass die Kirche ihr Augenmerk auf sie richtet. 1280 wird Gerardo zum ersten Mal von dem Bischof in Parma ins Gefängnis geworfen und dann 6 Jahre lang im bischöflichen Palast gehalten, da der fromme Herr in ihm keinen Verbrecher, sondern nur einen einfältigen Schwärmer sah, der in Freiheit gelassen, das Volk mit seiner Narrheit anzustecken drohte. Während dieser Jahre wurden mehrere Anhänger Gerardos ergriffen. Bei ihrem Verhör erfuhren die Geistlichen mehr als von Gerardo selbst über seine Lehren und berichteten dem Papst darüber. Gerardo wurde 1286 aus Parma ausgewiesen. In demselben Jahre verbietet der Papst Honorius der Vierte den Apostelorden, doch ist die erste Bulle noch in einem recht milden Ton gehalten. Er sieht hier in den Brüdern noch verlorene Söhne der Kirche – noch keine gottlosen Ketzer, die man den geistlichen Gerichten überliefern muss. Dennoch beginnen schon zu dieser Zeit die genaue Beobachtung und die ersten Verfolgungen der Apostelbrüder, wir hören von den ersten Verhören, denen sie durch übereifrige Ketzerforscher unterzogen werden – aber diese Nöte vermögen das Wachstum der Bewegung nicht zu hindern – täglich gewinnen die Apostelbrüder neue Anhänger. Gerardo wurde mehrmals festgenommen, jedoch immer wieder frei gelassen. 1290 erlässt der neue Papst eine zweite Bulle wider die Brüder, die jedoch noch in dem gleichen Sinne wie die erste gehalten ist. Noch hat die hohe Geistlichkeit ihren Gegner nicht durchschaut; noch sieht sie in ihm nur das unzufriedene Kind. Sie erkannte noch nicht das umstürzlerische Element in den Lehren der Brüder. Doch waren es nur die Päpste, die dank ihrem mangelnden Scharfblick die Brüderschaft so milde beurteilten. Bischöfe und Ketzerforscher beginnen eine hartnäckige Verfolgung der Apostel. Und je weiter ihre Lehren und Ansichten in das Volk drangen, desto eifriger spürten jene ihnen nach, desto gejagter und ruheloser waren die Apostel überall.

In Parma waren die Ketzerforscher besonders rege. So wurden hier im Jahre 1294 zwei Brüder und zwei Schwestern dem geistlichen Gericht übergeben und verbrannt. Gerardo, der damals trotz der bischöflichen Verbote in Parma geheim predigend umherzog, wurde von den Dominikanern entdeckt und gefangen genommen. Zu lebenslänglicher Gefangenschaft verurteilt, finden wir ihn dennoch schon sechs Jahre später vor ein neues geistliches Gericht gestellt – ob er in der Zwischenzeit freigelassen oder entflohen war, ist unbekannt – und einem hochnotpeinlichen Verhör unterzogen. Gerardo bekennt sich zum Rückfall in die Ketzerei. Das weltliche Gericht, dem er übergeben wurde, spricht das Todesurteil aus. Im Juli 1300 wird Gerardo, „der zurückgefallene Ketzer“, öffentlich auf einem Scheiterhaufen verbrannt.

Segarelli, der einfältige Schwärmer, war seinen Träumen, seinem Glauben bis in den Tod getreu geblieben. Er hatte ein Leben lang aller Verfolgung, aller Not zum Trotz, in Reinheit und Armut für ihre Verwirklichung gekämpft.

Sein Tod konnte eine vorübergehende Niedergeschlagenheit und Kampfesmüdigkeit auslösen – noch vermochten keine harte Verfolgung, keine Scheiterhaufen, die als Warnung für das unruhige Volk immer zahlreicher in den oberitalienischen Städten aufflammten, die Bewegung zu unterdrücken. Gerardo, der Kämpfer, fand den Flammentod, aber sein Leben hatte Frucht getragen. Er hatte die Augen aller Unzufriedenen, aller Bedrängten und Armen auf die große Ausbeuterin und Unterdrückerin gelenkt – er hatte begonnen, die proletarischen Elemente im Volk zum Kampf gegen die Kirche zu sammeln.

L. K.

## Zeugen und Rufer.

Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz.

Mark: Das Kapital (1866).

Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden.

Marx: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte (1852).

---

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 7/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 17. Februar 1917.

Nr. 7

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Biegen oder Brechen.

„Also setzen wir alles ein, um alles zu gewinnen.“

Graf v. Reventlow am 1. Februar 1917.

Deutschland erklärte den verschärften U-Bootkrieg. Wogegen sich Bethmann-Hollweg über ein Jahr lang gesträubt hat, ist Tatsache geworden. Das ist kein Sieg einer militärischen Richtung, es ist ein Sieg eines politischen Lagers. Bethmann-Hollweg war Gegner des unbeschränkten Unterseebootkrieges nicht aus moralischen Gründen, sondern weil er für die Zukunft eine Verständigung mit England suchte, nach dem Programm, das ein Regierungspublizist, Dr. Plehn, im Jahre 1913 im Titel einer anonymen Broschüre zusammenfasste: Weltpolitik und Kleinkrieg. Der deutsche Imperialismus sollte durch ein Kompromiss mit dem Englands seinen Teil an der Weltbeute erhalten.

Mag die Ausführung dieser Idee bei Plehn auf sein persönliches Konto fallen – er plädierte für rein wirtschaftliche Betätigung in der Türkei, dagegen wollte er die machtpolitischen Ziele Deutschlands in einem großen zentralafrikanischen Reiche verwirklichen – der Grundgedanke der Broschüre gab den Standpunkt Bethmann-Hollwegs, Lichnowsys und Jagows. Aus diesem Bestreben nach einem Zusammengehen mit England waren die vorderasiatischen und zentralafrikanischen Abkommen vom Frühjahr 1914 geboren, durch die der Krieg einen Strich gemacht hat. Der deutsche Imperialismus sollte die Vormacht auf dem Kontinent werden, und die kontinentale Vormacht sollte mit dem Inselreiche als Gleicher mit Gleichem die Geschichte Asiens und Afrikas leiten, den anderen in diesen Weltteilen kleinere Anteile zumessen. Dem Koloss in Amerika sollte sein Kontinent untertan sein. Aber England, das vor dem Kriege kein nennenswertes Landheer besaß, fürchtete den Ausgang der Teilhaberschaft mit einer Macht, die zugleich erstklassige Land- und Seemacht ist. Darum wartete England nicht ab, bis Deutschland mit Frankreich und Russland fertig wird, um erst bei den Friedensverhandlungen das Zünglein an der Waage zu bilden, sondern es warf sein Schwert sofort in die Waage.

Die 160 000 Mann des englischen Expeditionskorps halfen Frankreich an der Marne die deutschen Sturmkolonnen aufhalten. Der Weltkrieg trat in die Ära des

Schützengrabenkrieges. Nur im Osten und Südosten gelang es den deutschen Truppen, immer wieder zur Offensive überzugehen, im Bewegungskriege den Feind vor sich her zu jagen. Im Westen bewies der Krieg, wie schwer es ist, moderne große Nationen niederzuschlagen: nicht nur die Deutschen konnten nicht die französisch-englischen Linien durchbrechen, sondern auch die Engländer und Franzosen nicht die deutschen. Daraus zog die deutsche Regierung ihre Schlüsse. Sie vermied es, durch den verschärften U-Bootkrieg sich den Weg zur Wiederaufnahme ihrer alten Politik zu versperren.

Der deutsche Imperialismus ist bereit, auf den Versuch jeder Minderung der Macht des französischen und englischen Imperialismus für die Anerkennung seines Rechtes auf Erschließung ganz Vorderasiens durch das zu bildende Mitteleuropa zu verzichten. Aber eben weil er in 31 Kriegsmonaten der Welt eine ungeahnte Macht vordemonstriert hat, wollen seine Gegner auf einen Halbpart nicht eingehen. Selbst wenn Deutschland Belgien und Nordfrankreich räumt, ja auf Elsass-Lothringen verzichtet, würde es nach dem Ausbau Mitteleuropas und seiner Verbindung mit der Türkei eine immer wachsende Kraft entfalten, die schließlich dem englischen Imperialismus die Rippen einstoßen würde, – schrieb der „*New Statesman*“, das Organ der Fabier.

Die Teilung der imperialistischen Beute wurde abgelehnt. Die Ideen der Tirpitzfronde, die von vornherein eine imperialistische deutsche Politik mit englischer Zustimmung für eine Utopie hielt, siegten, die Brücken nach England wurden abgebrochen, der unbeschränkte Unterseebootkrieg wurde proklamiert.

Herr Bethmann-Hollweg widersetzte sich dem unbeschränkten Unterseebootkrieg auch aus Rücksicht auf die Vereinigten Staaten Nordamerikas. Dieser kapitalistische Koloss, der in dem Weltkrieg das in Strömen dahinfließende Blut Europas in sechs Milliarden Dollar nur einmaliger Kriegsgewinne verwandelt hat, stellt eine zu große Macht dar, als dass man sich leichtsinnig seine Gegnerschaft in noch größerem Maße auf den Hals laden möchte, als es bisher der Fall war. Der Bruch mit den Vereinigten Staaten bedeutet, dass erstens die besten deutschen Handels- und Passagierschiffe, die sich in den amerikanischen Häfen befinden, konfisziert werden und beim Friedensschluss, wo der Kampf um den Frachtraum beginnt, fehlen. Er bedeutet, dass die großen Vorräte an Rohstoffen, die die deutschen Banken für den Moment des Friedenschlusses einkauften und magazinierten, möglicherweise verloren gehen werden. Er bedeutet, dass starke Widerstände der Wiederaufnahme der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen im Wege stehen. Er wird das Publikum, das bisher nicht besonders gerne die Anleihen der Entente zeichnete, ihr zutreiben. Er wird dem Bau der amerikanischen Handels- und Kriegsflotte einen mächtigen Ansporn geben und zur Bildung eines großen Heeres führen.

Selbst wenn diese Flotte und dieses Heer nicht in den jetzigen Weltkrieg geworfen werden sollten, wird ihre Bildung als stille Reserve auf die Ententemächte wirken, und nach dem Kriege einen Faktor der Beunruhigung bilden, der sofortiges Weiterrüsten zum Gebot für alle imperialistischen Staaten machen wird. Wir sehen, dass es an Gründen nicht fehlte, weshalb die deutsche Regierung dem Bruch mit Amerika aus dem Wege ging. Jetzt sieht sie in all diesen Gefahren ein kleineres Risiko, als in dem Unterlassen des Versuchs, den Feind zur See niederzuwerfen.

Alles Verständigungsgerede ist zu Ende, alle pazifistischen Predigten haben sich als wertlos erwiesen. Herr Wilson kämpft jetzt um „die Ehre der amerikanischen Nation“. Diese Ehre besteht darin, dass die amerikanischen Kriegsspekulanten unter allen Umständen ihre Milliarden verdienen müssen. Sie haben sie bisher von der Entente verdient, jetzt, wo der Handel mit ihr lahmgelegt wurde, wollen sie die Munition, die Kanonen, die Kriegsschiffe

dem amerikanischen Staate verkaufen, der die Situation ausnützen wird, um eine große Armee zu bilden, was sonst trotz aller Preparednessagitation beim angeborenen Individualismus der Angelsachsen nicht so leicht wäre. Ob auf den Abbruch der diplomatischen Verhältnisse die Kriegserklärung folgt oder nicht, der amerikanische Imperialismus wird seine Rüstung kriegen.

Somit ist der Schwindel des amerikanischen Pazifismus durch die Tatsachen früher entlarvt, als die marxistische Kritik Zeit fand, ihn zu widerlegen. Die Sozialpatrioten der Zentralmächte, die in dem etwas unsicheren Gefühle, das sie jetzt beherrscht, Wilson als den „einzigen Europäer“ begrüßten und von ihm die „Rettung der Menschheit“ erhofften – wer Sorgen hat, hat auch Likör –, die Sozialpazifisten, diese verkörperte Ohnmacht, sie können jetzt sehen, wie recht wir Linksradikalen hatten, als wir der Arbeiterklasse immer sagten: nur sie alleine kann die Menschheit retten aus den Krallen des Ungeheuers, das sie zerfleischt. Langsam erfolgt das Erwachen der Arbeiterklasse. Aber trotzdem wird das Proletariat seine historische Mission erfüllen. Die Zeit ist aus den Fugen. Aber das Proletariat wird auf die Dauer nicht mit Hamlet flennen:

„Schmach und Gram  
das ich zur Welt, sie einzurichten, kam!“

Es wird aus Schmach und Gram zum Werke erwachen. Um die Arbeiterklasse davon abzuhalten, werden alte Legenden aufgefrischt. So durch die „*Chemnitzer Volksstimme*“ unter Berufung auf unsere Artikel. Sie bewährt sich dabei nicht nur als Fälscherin (sie unterschlägt beim Zitieren den ganzen Teil unseres Artikels über die mitteleuropäischen Ziele des Krieges), sondern sie mindert die historische Bedeutung des Ringens, das jetzt seinem Höhepunkt zueilt. Wäre die militärische Lage Deutschlands auch noch so traurig, so würde das den Charakter des Krieges nicht bestimmen. Dies können nur seine Quellen, seine objektiven Ziele, wie sie im Falle eines Sieges verwirklicht würden, tun. Graf Reventlow hat vollkommen Recht: auch heute wird alles eingesetzt, damit *alles* erreicht wird. In diesem Kriege kann sich keiner auf Verteidigung von Haus und Heim beschränken, und wer Haus und Heim rettet, der wird sich auch die Wege in die ferne Welt, zur Hebung ihrer Schätze, offenhalten.

## Unterm eigenen Banner.

„Verkleidung  
Gilt auf dem Markte der Geschichte nicht,  
Wo im Gewühl die Völker dich nur an  
Der Rüstung und dem Abzeichen erkennen.  
*Drum hülle stets vom Scheitel bis zur Sohle  
Dich kühn in deines eigenen Banners Farbe!*  
Dann probst du aus im ungeheuren Streit  
Die ganze Triebkraft deines wahren Bodens  
Und stehst und fällst mit deinem ganzen Können.“

*Lassalle: Sickingen.*

1.

Die deutsche Sozialdemokratie ist gespalten. Alle Bemühungen der Zentrumsleute, so zu tun, als ob diese historische Tatsache von größter Bedeutung nicht vollzogen wäre, sind nur ein neues Beispiel dafür, dass diese Leute noch immer nicht verstanden haben, dass es den Hals kostet, in großen Dingen schlau sein zu wollen. Die Sozialpatrioten kümmern sich nicht um die lächerlichen Bemühungen des Zentrums, „auf dem Boden der Partei“ zu verbleiben:

sie gründen in Berlin offen ihre eigene Organisation, treffen in allen Städten, wo sie die Mehrheit besitzen, Vorbereitungen zum Hinauswerfen der Opposition. Und die Zentrumsleute sehen das Aussichtslose ihres Versteckspiels und ergreifen im Stillen Gegenmaßnahmen. Sie haben eine *Leitung ihrer Organisationen* in der Arbeitsgemeinschaft, sie hielten eine *neue Konferenz* ab, in der „Leipziger Volkszeitung“ haben sie ihr *Zentralorgan*. Kurz und gut: sie haben eine Partei gebildet, die sich von den anderen nur dadurch unterscheidet, dass sie selbst ihre Existenz verleugnet, um als Verein verfolgter Unschuldsknaben das Leben leichter fristen zu können. Dieser äußerlich amorphe Zustand enthebt sie der Pflicht, offen das Banner ihrer Partei zu entfalten, erlaubt ihnen, vom Zwielficht zu profitieren. Für die *Linksradi-kalen birgt dieser Zustand die Gefahr der Verwirrung der eigenen Reihen*, weswegen es ihre Pflicht ist, offen und klar zu sagen, was wirklich ist und die *praktischen Schlussfolgerungen* daraus zu ziehen.

„Es gibt in Deutschland keine einheitliche sozialistische Partei mehr, sondern es gibt drei sozialistische Parteien, nämlich: 1. die sozialdemokratische Partei Deutschlands, 2. die Partei der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, 3. die Partei der Spartacusgruppe“, schrieb am 22. Januar Friedrich Stampfer, der Generalstabschef Scheidemanns, in seiner Korrespondenz. Mag diese Feststellung seiner Spekulation auf die Teilung der „Opposition“ entstammen, sie entspricht immerhin der Wirklichkeit. Jawohl, die ehemals einige Sozialdemokratie Deutschlands ist in drei, nicht in zwei Teile gespalten: 1. das Lager des 4. August (Sozialpatrioten und Sozialimperialisten), 2. das Zentrum, dessen parlamentarische Vertretung die Arbeitsgemeinschaft bildet, 3. die *Linksradi-kalen*, welche Richtung alle revolutionären internationalen Sozialdemokraten umfasst, die sich teils in den Gruppen der „Internationale“ (Spartacus), der Internationalen Sozialisten Deutschlands (I. S. D.), der „Arbeiterpolitik“ zusammengefunden haben, teils unorganisiert wirken.

Diese Dreiteilung ist nicht künstlich, sie ist historisch, oft entgegen dem Willen der Beteiligten, entstanden und hat zur Grundlage tiefe programmatische und taktische Ursachen. Dass das Lager des 4. August ein selbständiges politisches Gebilde ist, braucht man nicht erst lang und breit auseinanderzusetzen. Es hat im Kriege den Klassenkampf aufgegeben, den Burgfrieden mit der Bourgeoisie geschlossen. An die Stelle des Kampfes um den Sozialismus hat es den Kampf um die Erhaltung des kapitalistischen Staates (Sozialpatrioten) und seiner Entwicklung zum imperialistischen Weltstaat (Sozialimperialisten) gesetzt.

Das Lager des 4. August behält zwar zwecks Irreführung der Arbeitermassen den Namen der Sozialdemokratie bei, hat aber ihr Wesen vollkommen aufgegeben. Somit hat die Spaltung mit ihm in den Augen eines jeden ernst denkenden Politikers vollkommene Berechtigung, und die Männer des 4. August erkennen sie auch an, indem sie sie vollziehen. Bestehen aber auch zwischen dem Zentrum der Partei und den Linksradi-kalen solche Unterschiede, die die Trennung notwendig machen: handelt es sich hier nicht bloß um Unterschiede im Tempo. Temperamentsdifferenzen usw.?

Das kann am besten beantwortet werden, wenn man die Geschichte der Trennung der Linksradi-kalen vom Zentrum zu Rate zieht. Sie begann im Jahre 1910, also bereits vor dem Kriege. Die Erfahrungen der imperialistischen Epoche haben gezeigt, dass in ihr die Arbeiterklasse zu Massenaktionen übergehen muss, wenn sie auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiete vorwärts gelangen will. Die Waffe der Wahlen, des Parlamentarismus, der Gewerkschaften wurde nicht überflüssig, aber sie stumpfte zusehends ab, wenn die Arbeitermasse nicht selbst in Bewegung trat und ihre Rolle als Produktionsfaktor nicht ausnützte. Gegen die Propaganda für die neue Taktik zwecks Eroberung des preußischen Wahlrechts, wie der Abwehr der Kriegsgefahr, wandte sich die Mehrheit der früheren Radikalen unter Kautskys, Ledebours und Haases Führung. Sie erklärten diesen Weg als

verfrüht und gefährlich. Da sie aber selbst einen Weg zeigen mussten, so weckten sie in der Arbeiterklasse Hoffnungen auf einen neuen Liberalismus, der der Arbeiterklasse im Parlament Zugeständnisse machen werde: sie stimmten der Dämpfung des Wahlkampfes 1911 zu, was bereits ein teilweiser Burgfriede war. Und dieser neue Liberalismus sollte die Kriegsgefahr eindämmen durch Verständigung der kapitalistischen Regierungen, die die Rüstungen einschränken und alle Gegensätze schiedsgerichtlich schlichten sollten. Indem die früheren Radikalen, die von 1911 an Zentrum genannt wurden<sup>4</sup>, an Stelle des verschärften Klassenkampfes, der Massenaktionen, das Zusammengehen mit den Liberalen, an Stelle des Hinarbeitens auf die soziale Umwälzung die Verständigung der kapitalistischen Regierungen zwecks Überwindung des Imperialismus gesetzt haben, haben sie sich praktisch mit den Revisionisten zusammengefunden. Dies drückten sie aus in der Behauptung, der Revisionismus sei eigentlich tot. Kautsky in seiner Broschüre über die taktischen Differenzen in der Sozialdemokratie, Hilferding in seinen Artikeln in der „Neuen Zeit“ suchten den Tod des Revisionismus in demselben Moment zu beweisen, wo er praktisch in der Fraktion, dem Parteivorstand wie der ganzen Tätigkeit der Partei die Oberhand gewann. Somit war das Zentrum einer der Väter des 4. August. Es hat die Keime der Aktionen, die, wenn sie auch den Krieg nicht hätten verhüten können, doch gewiss einen geschlossenen, kampffähigen linken Flügel geschaffen hätten, der den vollkommenen Zusammenbruch der Internationale verhütet hätte, niedertreten helfen; es hat die Masse durch die Hoffnung auf die liberale Bourgeoisie, auf ihre friedlichen Tendenzen, auf die Unschädlichkeit des Revisionismus eingelullt und verwirrt. So hat das Zentrum – wenn auch ungewollt – die Auslieferung des Proletariats an die Bourgeoisie vorbereitet.

Im Kriege ging die Mehrheit der Zentrumsleute ins Lager des 4. August über. Die Minderheit, die sich dazu nicht entschließen konnte, konnte sich auch zum Bruch mit den Sozialpatrioten nicht entschließen. Während die Linksradikalen seit den ersten Kriegstagen den Kampf gegen den zum Sozialpatriotismus umgeformten Revisionismus und seine Politik des Verrats begonnen haben, – in den Organisationen wie im Parlament – haben die Zentrumsleute um Vertrauen für die Scheidemänner Eberts, und Legiens gebettelt, jeden scharfen Kampf gegen sie als Desorganisation der Partei denunziert. Sie haben die Hoffnungen auf die Umkehr der „irrenden Brüder“ in den Arbeitern geweckt. Irgendwelche größere Aktionen hielten sie für ein Hirngespinnst. Und da sie doch irgendeinen Ausweg aus dem Kriege suchen mussten, so weckten sie wieder Hoffnungen auf die Bourgeoisie, die sich schließlich verständigen werde, wenn sie einsieht, dass der Krieg ein schlechtes Geschäft ist und die Sozialdemokratie ihr das durch parlamentarische Reden und die Bearbeitung der „öffentlichen Meinung“ zu Gemüte führen werde.

An diesen Auffassungen hält das Zentrum der Partei mit voller Zähigkeit fest. Von den Sozialpatrioten aus der Partei hinausbefördert, schreit es immerfort: Einheit, Einheit! Kampf um das Parteirecht, d. h. das Recht, mit den Sozialpatrioten, den Verrätern am Sozialismus, zusammen zu bleiben. Noch jetzt weckt es (siehe die Artikel der „Bergischen Arbeiterstimme“) die Hoffnung, dass die Sozialpatrioten nach dem Kriege wieder gute Sozialdemokraten werden. Schon nach dem vollkommenen Abbruch aller Aussichten auf Verständigung der kapitalistischen Staaten arbeitet es einzig an den besten Plänen, wie der Krieg mit einer dauernden Verständigung – nicht Überwindung – des Kapitalismus beendet werden kann

---

<sup>4</sup> Die klare Herausarbeitung der Gründe der beginnenden Trennung im Lager der deutschen Radikalen gab Gen. Radek schon im Herbst 1910 in einem Artikel „Zur Geschichte des Marxismus in Deutschland“, der während des Magdeburger Parteitages in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienen ist. Die Begrüßungsartikel der Bremer Bürger-Zeitung“ und „Leipziger Volkszeitung“ zum Jenaer Parteitag 1911 sprechen schon offen von der Spaltung zwischen Linksradikalen und Zentrumsleuten.



(siehe den Artikel Ledebours: Drei Ergänzungen zum Friedensmanifest vom 7. Januar, „Leipziger Volkszeitung“ vom 30. 7.). Was bedeutet das alles? Zwischen den Linksradikalen und den Zentrumsleuten bestehen Gegensätze 1. im *Programm*: Während die Linksradikalen die nicht nur einzig logisch mögliche, sondern historisch aktuelle Lösung der imperialistischen Gegensätze im Sozialismus sehen, stellen die Zentrumsleute als historisches Ziel des Proletariats in der kommenden Periode der Weltgeschichte die Reform des Kapitalismus, seine Umwandlung aus einem imperialistischen in einen friedlichen hin. Die Linksradikalen sind Sozialrevolutionäre, die Zentrumsleute sind Sozialpazifisten. Dieser grundlegende programmatische Gegensatz zeitigt einen unüberbrückbaren taktischen Gegensatz: d. h. andere Ziele bedingen andere Wege, eine andere Kampfweise. Da die Linksradikalen auf Grund ihrer Ansicht von der Reife der wirtschaftlichen Entwicklung, von der Verschärfung der sozialen Gegensätze die kommende Epoche als die der Massenkämpfe um den Sozialismus betrachten, muss ihre ganze Taktik auf die Verschärfung, Vertiefung und Ausbreitung jedes Teilkampfes der Arbeiterklasse zum allgemeinen Kampfe gerichtet sein. Sie verlegen ihre Haupttätigkeit auf die Propaganda, Agitation und Organisation solcher Kämpfe, während der Parlamentarismus für sie nur insoweit eine Bedeutung hat, als er diese Ziele fördert. Für die Zentrumsleute ist der parlamentarische Kampf immer noch der wichtigste, wobei sie ihn vielmehr als Mittel der Beeinflussung der Regierenden als der Massen handhaben. Während sie immer der Regierung die Rezepte für die beste Politik geben, sagen sie niemals den Massen, was diese zu tun haben, appellieren sie nicht an das Volk. Sie sind die Kämpfer für kleine Reformen (selbst die Schutzhaft reformieren sie), nicht für die grundsätzliche Umwälzung. Weil sie an diese nicht glauben, sie nicht erstreben, sehen sie aus den Schrecknissen der imperialistischen Epoche keine andere Rettung als durch den Sprung ins Reich der pazifistischen Utopie. Bis dieses Reich aber verwirklicht ist, wagen sie nicht offen die Pflicht der Verteidigung des Bestehenden abzulehnen, sondern verbreiten einen Nebel um alle wichtigsten Fragen. Wie ihr Programm, so hat auch ihre Taktik nichts Gemeinsames mit der der Linksradikalen.

Eine Partei ist eine politische Kampfgenossenschaft. Sie lässt in ihren Reihen nur insofern Meinungsdivergenzen zu, als sie den Kampf für gleiche Ziele mit gleichen Mitteln nicht stören. Von einem solchen gemeinsamen Kampf kann zwischen uns und den Zentrumsleuten keine Rede sein. Das hat am besten die Konferenz des 7. Januar gezeigt. Die Linksradikalen konnten weder dem Kriegsplan der Zentrumsleute gegen die Sozialpatrioten zustimmen noch ihrem Friedensaufruf, d. h. ihrem Plan des Kampfes gegen den Imperialismus. Würden sie in der Friedensfrage einen eigenen Aufruf ausgearbeitet haben, so würde es jedem klar sein, dass ihr Ziel wie ihr Weg dem zentrumsleuten entgegengesetzt ist. Wenn dem so ist, so ist der Gedanke *an eine gemeinsame Parteibildung mit den Zentrumsleuten eine schädliche Utopie. Die Linksradikalen müssen, ob die Verhältnisse für sie günstig sind oder nicht, an die Bildung einer eigenen Partei gehen, wenn sie ihre historische Aufgabe erfüllen wollen.*

Dies hält ein Teil der Linksradikalen für verfrüht. Mit seinen Argumenten wollen wir uns auseinandersetzen, was von selbst zur Besprechung der praktischen Schritte führen wird, die die Linksradikalen demnächst unternehmen müssen.

## Zur Frage der Einheitsschule.

In Händen der herrschenden Klassen wird die Schule zu einem mächtigen Mittel der Beherrschung des Volkes.

„Der Staat, wie er ist, d. h. der Klassenstaat, macht die Schule zu einem Mittel der Klassenherrschaft“, sagte Wilhelm Liebknecht in einer Festrede im Jahre 1872 (siehe seine

Broschüre „Wissen ist Macht, Macht ist Wissen“). Seitdem ist diese Wahrheit zu einem Axiom für jeden denkenden Sozialdemokraten geworden.

Unzweifelhaft ist auch, dass jede Schulreform, welche die Bourgeoisie durchführt, das Ziel hat, dieses Machtmittel zu vervollkommen, es feiner und deshalb wirksamer zu machen. Jetzt ist zum Beispiel die staatsbürgerliche Erziehung ohne Zweifel ein viel feineres Mittel der geistigen Beherrschung der heranwachsenden Generation als die religiöse Erziehung alten Schlages.

Die Einheitsschule – die Reform, welche jetzt auf der Tagesordnung steht – macht hiervon keine Ausnahme; sie ist auch ein Geschenk der Danaer.

An sich ist die Einheitsschule ein demokratisches Schulsystem, das für jeden, ohne Rücksicht auf Stand und soziale Lage, den Zutritt zu allen Stufen der Bildung eröffnet. Die Einheitsschule ist der Gegensatz zur Standesschule.

Aber weshalb hat die Bourgeoisie die Einheitsschule auf die Tagesordnung gesetzt? Weshalb propagieren Schulpädagogen wie Kerschensteiner, der ein geschworener Feind jeder Demokratie ist, die bestehende Ordnung verherrlicht und ihr mit ganzer Seele ergeben ist, dieses Schulsystem so eifrig? Was ist ihm Hekuba, was ist er ihr?

Der unerhörte Fortschritt der Technik in Deutschland während der zwei letzten Jahrzehnte hat für sie die Erzeugung einer breiten Schicht intelligenter, tüchtiger, polytechnisch gebildeter Arbeiter zu einer Lebensfrage gemacht. Wie die hochinteressante Arbeit Otto Kämmerers<sup>5</sup> zeigt, ist bei den neuesten, vollkommensten Maschinen der jüngsten Zeit eine grundsätzliche Änderung des Verhältnisses zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit zu beobachten. Der größte Teil der Hilfsbewegungen, der früher von den ungelerten Arbeitern ausgeführt wurde, wird jetzt von der Maschine selbst durchgeführt. Die Zahl der nötigen Handlanger vermindert sich beträchtlich, stattdessen wächst die Zahl hochwertiger Arbeit, die die notwendige Intelligenz und Bildung besitzen, um die vollkommenen Maschinen zu verstehen und richtig zu lenken.

Dabei ist die qualifizierte Arbeit, die in der gegenwärtigen Produktion Anwendung findet, ganz anderer Art als die der früheren Zeiten. Die frühere qualifizierte Arbeit beruhte hauptsächlich auf mehrjährigem Drill, während jetzt von Seiten qualifizierter Arbeiter eine hohe intellektuelle Bildung, Selbständigkeit, Initiative gefordert wird. Gewiss, es werden im Großen und Ganzen in der gegenwärtigen Produktion noch Maschinen gebraucht, welche eine Anzahl der ungelerten und verhältnismäßig wenig qualifizierter Arbeiter anwenden, aber in vorgeschrittenen Industriezweigen, besonders in der Schwerindustrie, tritt die erwähnte Tendenz deutlich zutage.

Der Krieg hat dem technischen Fortschritt einen mächtigen Ruck gegeben, und deshalb kommt diese Tendenz jetzt besonders zur Geltung. „Am letzten Ende“, schreibt Kämmerer, „führt die Entwicklung überall zur Ausschaltung des Handlangers. Aus dieser Entwicklung ist der Grundgedanke der Maschinenteknik erkennbar: die Verwertung des Menschen nicht als Muskelmaschine, sondern als denkendes Wesen im Rahmen der Arbeitsteilung.“ (S. 424) „Ein Staat“, schreibt Kämmerer weiter, „der nicht auf irgendeine Art dafür sorgt, dass die heranwachsende Generation eine Fachbildung (er meint hier eine Fachbildung neuer Art, die im Wesentlichen einen polytechnischen Charakter hat) erhält, wird vielleicht in Zukunft in die

---

<sup>5</sup> Über den Einfluss des technischen Fortschrittes auf die Produktivität. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 132).

gleiche Bedrängnis geraten wie ein Staat, der hölzerne Kriegsschiffe mit Vorderladekanonen in den Kampf gegen gepanzerte Linienschiffe mit Schnelladegeschützen schickt.“ (S. 425.)

Das ist des Pudels Kern. Dieses Bedürfnis der gegenwärtigen imperialistischen Produktion an einer breiten Schicht intelligenter, tüchtiger, selbständiger Arbeiter ist der letzte Grund aller Schulreformen der jüngsten Zeit.

Die Volksschule der früheren Stadien der kapitalistischen Entwicklung war eine Standesschule, eine Schule für niedere Volksschichten. Das war eine Lernschule mit eiserner Disziplin, die jede Individualität, jedes selbstständige Denken unterdrückt. Diese Schule hatte als Ziel eine massenhafte Erzeugung gehorsamer, gewissenhafter, gut gedrillter Arbeiter, von welchen man weder Talent und Initiative noch Selbständigkeit forderte. Diese Lernschule war ein ausgezeichnetes Mittel der Beherrschung des Volkes.

Jetzt braucht die Produktion Arbeiter ganz anderer Art. Die herrschenden Klassen stehen vor einem Dilemma: die Produktion fordert eine grundsätzliche Reform der alten Standes- und Lernschule. Aber eine konsequente Reform in dieser Richtung bedeutet die Ausbildung in den heranwachsenden Generationen der Arbeiter einer solchen Intelligenz, welche der Arbeiterbewegung einen mächtigen Ruck geben und rasch eine breite Schicht der Arbeiter schaffen würde, die befähigt wären, die Produktion in ihre eigenen Hände zu nehmen. Eine solche Schule würde die Befreiung der Arbeiter mächtig fördern. Die Bourgeoisie kann sich in keiner Weise so etwas gefallen lassen.

Und darum schätzt sie Leute wie Kerschensteiner so hoch, der alle seine hervorragenden Kräfte dazu gebraucht, um eine Methode herauszufinden, wie man tüchtige, hochintelligente, polytechnisch gebildete Arbeiter, die die neueste Industrie gebraucht, erzeugen kann, ohne sie aus der geistigen Vormundschaft der Bourgeoisie zu befreien.

Diese Aufgabe ist außerordentlich schwierig. Schon fast zwei Jahrzehnte ist in Deutschland eine ununterbrochene Gärung auf dem Gebiete der Schulreform bemerkbar. Die alte Lernschule wird einer rücksichtslosen Kritik unterzogen. Jede Frage der Schulpolitik überschreitet sogleich die Grenzen einer rein pädagogischen Behandlung und wird zu einer politischen Frage. Nehmen wir zum Beispiel die Frage der Arbeitsschule. Die alte Lernschule unterdrückte jede Begabung, die Arbeitsschule hilft jede Individualität, jede Begabung zur Entwicklung bringen. Es entsteht weiter die Frage, wie man die Arbeitsschule organisieren soll. Und da wurde es sogleich offenbar, dass die Arbeitsschule mit der gegenwärtigen bürokratischen Schulorganisation, mit kleinlichen engherzigen Inspektionen unvereinbar ist. Die Frage der Arbeitsschule ist notwendigerweise zu einer Frage der Demokratisierung des ganzen Schulwesens geworden. Und auf eine derartige Demokratisierung werden die herrschenden Klassen nie eingehen wollen, denn es würde für sie ein Lossagen von einem solchen mächtigen Mittel der Beherrschung, wie die heutige Schule es ist, bedeuten.

Und nun die Frage der Einheitsschule. Die Produktion fordert nicht nur, dass die Talente entdeckt werden, sie müssen auch ausgebildet werden. Das kann die jetzige Volksschule nicht leisten. Den Talenten muss freie Bahn geschaffen werden. Kerschensteiner hat die Losung der Einheitsschule in die Diskussion hineingeworfen. Diese Losung entfesselte einen wahren Sturm, sie führte zu einer rücksichtslosen Kritik der bestehenden Standesschule. Vor den breiten Reihen der Lehrerschaft, aber auch vor der Bevölkerung, die sich für diese Frage lebhaft interessierte, wurde der Klassencharakter der bestehenden Schule rücksichtslos enthüllt. Diese demokratische Losung, hat entgegen der Absicht derer, die sie aufgestellt hatten, ihre Wirkung ausgeübt: die Bewegung nahm sehr rasch einen politischen Charakter an.

Ganz richtig bemerkt der katholische „Pharus“, dass einige Führer, welche die Losung aufgestellt hatten, sich jetzt bemühen, sie wieder in den Hintergrund zu schieben, sie durch die Losung der Beseitigung der Vorschulen zu ersetzen. Die Beseitigung der Vorschulen ist nur ein Glied in der Kette der Einheitsschulforderungen. Das Ganze auf die Beseitigung der Vorschulen zu beschränken, hieße die Losung der Einheitsschule ersticken wollen. Man sucht auch die Frage der Einheitsschule durch die der Auslese der Tüchtigsten zu ersetzen. An sich gibts keine organische Verbindung zwischen diesen beiden Fragen. Seit langem versucht man die Auslese der Tüchtigsten auf dem Boden der alten Lernschule zu verwirklichen. In der Tat, ist denn das nicht das so vielgepriesene Mannheimer System mit feiner Trennung der Schüler nach quantitativer Begabung? Wir wissen, wie geringfügig die Resultate dieses System waren.

Die Auslese der Tüchtigsten wird mit der Frage der Einheitsschule künstlich zusammengefügt, um diese Losung unschädlich zu machen. Georg Kerschensteiner sagt in seinem Buche „Staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Jugend“ folgendes: „Gefährlich wird eine große gleichartige Masse Unzufriedener nur dann, wenn die staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen auch den Tüchtigen an die Galeeren schmieden: ein kluger Strategie aber weiß, dass er feindliche Massen am ehesten bezwingt, wenn es ihm gelingt, sie auseinander zu ziehen.“ (S. 27.)

Als Beispiel führt Kerschensteiner England an, wo die herrschenden Klassen sehr gut zu herrschen verstehen, indem sie die Arbeiterklasse in Arbeiteraristokratie und gemeines Volk trennen.

Man muss sich den niederen Klassen nähern. Und Kerschensteiner bedauert, dass das in Deutschland nicht der Fall ist. „Wir haben weite industrielle Bezirke im nordwestlichen Deutschland gesehen, in denen sich die besitzenden und gebildeten Stände geradezu hermetisch von den arbeitenden Ständen abschließen.“ (S. 28.) „Allerdings macht uns in Deutschland heute die Haltung der Sozialdemokratie mit seinem Mangel an nationaler und religiöser Gesinnung und seinem Klassenhass das Entgegenkommen wesentlich schwerer als in England.“ (S. 28.)

Das wurde vor 15 Jahren geschrieben. Jetzt stehen unsere Sozialpatrioten gänzlich auf dem Standpunkt des Herrn Kerschensteiners. Jetzt findet Heinrich Schulz keine Worte, die kräftig genug wären, um die Annäherung mit den gestrigen Klassenfeinden zu preisen. Jetzt sucht die „Chemnitzer Volksstimme“ sorgfältig der Frage der Einheitsschule aus dem Wege zu gehen unter dem Vorwand, dass der Begriff der Einheitsschule zu unbestimmt sei. Sie preist Herrn Bethmann-Hollweg für seine Worte: „Frei Bahn für alle Tüchtigen!“ Sie versichert, dass die breiten Volksmassen in dieser Frage auf seiner Seite stehen. („Chemnitzer Volksstimme“, Nr. 228, 1916.) Die „Volksstimme“ glaubt an die guten Absichten der Regierung. Sie sagt: „Es müssen zunächst durch Gesetzgebung und Verwaltung gewisse äußere Hindernisse fallen. Dazu bedarf es an sich nur eines Federstreiches; aber Voraussetzung ist noch, dass die öffentliche Meinung und die maßgebenden Kreise umlernen und ihre sozialen Vorurteile einschränken“. O, Kerschensteiner kann schon zufrieden sein mit den Sozialpatrioten! Sie helfen ihm so eifrig die demokratische Losung der Einheitsschule durch die Losungen der nationalen Schule, der Auslese der Tüchtigsten zu ersetzen.

Die Frage ist zu wichtig, als dass die Linksradikalen sie außer Acht lassen könnten. Sie müssen eine energische Agitation für die Einheitsschule entfalten, sie müssen zeigen, wie die Einheitsschule mit allgemeiner Demokratisierung der Schule verbunden ist, zeigen, dass die Regierung nie freiwillig eine wahre Einheitsschule verwirklichen wird. Die Linksradikalen müssen den Sinn und die Bedeutung der Losungen, welche die Bourgeoisie mit der

Einheitsschule zu verbinden sucht, das heißt: der Losungen der noch stärkeren Nationalisierung der Schule und der Auslese der Tüchtigsten, zu entlarven suchen.

Die Halbheit, zu welcher die Bourgeoisie in ihren Versuchen der Schulreform verurteilt ist, schafft einen sehr günstigen Boden, auf dem jener Teil der Sozialdemokratie, welcher seine Überzeugungen für die „wohlwollende“ Nachsicht der herrschenden Klassen nicht preisgegeben hat, den Massen zeigen kann, was für Probleme der technische Fortschritt gestellt hat, wie ohnmächtig die Bourgeoisie ist, sie zu lösen.

Die Sozialpatrioten bemühen sich, der Bourgeoisie jene Schule verwirklichen zu helfen, welche sie für ihre imperialistischen Pläne braucht; wir werden uns bemühen, die Schule zu verwirklichen, welche für die Eroberung des Sozialismus nötig ist. Eine echt demokratische Einheitsschule, konsequent durchgeführt, mit allen für ihr Gedeihen nötigen Reformen, ist nur dem Sozialismus möglich. Der Kampf für diese Schule muss jetzt schon einsetzen. Dieser Kampf muss unzertrennlich in der täglichen Propaganda mit dem Kampfe gegen die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geführt werden.

N. Krupski.

## Aus unserm politischen Tagebuch.

14. Februar.

Aus der Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme“ wird uns mitgeteilt, dass wir uns in der Verfasserschaft irrten, als wir jenen Artikel des Solinger Parteiblattes, der wegen der Beitragssperre gegen die Bremer Linksradiكالen vom Leder zog, als Arbeit Dittmanns bezeichneten. Wir erfahren nun, dass Dittmann seit fünfviertel Jahren wegen seines Militärverhältnisses nur noch in freundschaftlichen Beziehungen zur „Bergischen Arbeiterstimme“ steht, dass er der Redaktion keinen Rat gibt und also auch dem Inhalt der Zeitung fernsteht. Wir waren über diesen Sachverhalt natürlich nicht unterrichtet, mussten aber auf Grund des Auftretens Dittmanns im Reichstage und seiner sonstigen Betätigung in den Reihen der Zentrumsopposition annehmen, dass er der Redaktion auch aktiv noch angehöre. Wir nehmen aber gern den personalen Zusammenhang zwischen jenem Artikel und Dittmann als Irrtum zurück. Am Wesen der Sache wird dadurch jedoch nichts geändert. Der Artikel vertritt den typischen Zentrumsstandpunkt, und wenn Dittmann zur „Bergischen Arbeiterstimme“ in freundschaftlichen Beziehungen steht und die in der Zeitung veröffentlichten politischen und parteitaktischen Artikel entsprächen nicht seiner Auffassung, so würde er ganz selbstverständlich sofort und in jedem einzelnen Falle Verwahrung eingelegt haben. Im Übrigen ist Dittmann seit einigen Tagen wieder in die Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme“ eingetreten und so wird nunmehr seine persönliche Auffassung in den parteitaktischen Fragen wieder zum Ausdruck kommen. Sollte sie von dem in der Zeitung bislang vertretenen Zentrumsstandpunkt grundsätzlich nach links abweichen, so wären wir darüber gewiss sehr erfreut.

15. Februar.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erlässt einen Aufruf, in welchem er eine neue Konferenz der Opposition ankündigt. Der Aufruf fordert den Zusammenschluss aller oppositionellen Elemente; zugleich aber macht er eine sehr wesentliche Einschränkung: nur diejenigen, die gewillt sind, mit der Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuwirken, sollen sich an der Konferenz beteiligen. Da die letzte Konferenz der Opposition bereits gezeigt hat, dass die Linke nicht mit dem Zentrum zusammenwirken kann, so wäre sie nach diesem Aufruf von der Konferenz

folgerichtig ausgeschlossen. Denn ein Zusammenwirken der Linken mit der Arbeitsgemeinschaft kann nur Selbstmord für die Linke bedeuten. Wir haben in unseren Artikeln über die Spaltung der Partei dargelegt, dass die Linke ihre eigene Partei gründen muss. Sollte sie aus besonderen Gründen genötigt sein, sich an der Konferenz zu beteiligen, so kann der Sinn dieser Beteiligung nur sein: Trennung vom Zentrum zum Zwecke der Sammlung der eigenen Reihen.

---

Ochsen spannt man nicht an Faden; denn sie würden stracks zerrissen; schwerlich bindet man den Menschen, der Gewalt hat, ans Gewissen. Logau.

Luther erschütterte Deutschland – aber Franz Drake beruhigte es wieder: er gab uns die Kartoffel. Heine.

---

## Feuilleton

### Zum Studium des Sozialismus.

Das Studium des Sozialismus ist seit jeher eine der wichtigsten Aufgaben derjenigen Arbeiter gewesen, die im Vordertreffen des proletarischen Befreiungskampfes standen. Sind diese Arbeiterschichten auf Grund objektiver ökonomischer Verhältnisse an die Spitze der proletarischen Bewegung gestellt worden, so war es andererseits die Kenntnis der sozialistischen Theorie, die sie befähigte, ihren wichtigen und verantwortungsreichen Posten nicht nur zu behaupten, sondern ihn ständig auszubauen und zu befestigen, um so Stellungen zu schaffen, in die immer größere Massen der Arbeiterarmee nachrücken konnten. Die sozialistische Lehre ist nie vereinsamte Professorenweisheit gewesen; sie hat sich von allem Anfang an den Massen der Arbeiter zugewandt, wie ihre wesentlichsten Bestandteile aus der Bewegung der Massen abgeleitet wurden, und sie war nie ein bequemes Ruhekitzel zum wohligen Ausruhen nach getaner Arbeit, sondern sie war und ist das Schwert, mit dem sich das Proletariat den Weg zu seiner Befreiung bahnt. Als Philosophie der Tat entstand sie; zur menschenbefreienden Tat wird sie die Arbeitermassen in den Kampf führen.

Was preist sich heute alles als Sozialismus an! Mit welchem Eifer berufen sich die Lensch und Cunow, die Hänisch und David und Kautsky auf Marx und Engels, um ihre Lehren als den einzigen und wahren Sozialismus auszuposaunen! Wieviel Unfug wird gerade heute mit der sozialistischen Lehre getrieben und wieviel Verwirrung wird dadurch täglich aufs Neue in den Köpfen der Arbeiter angerichtet! Da ist es für den Arbeiter wirklich an der Zeit, sich in den Wirren der Anschauungen zurechtzufinden, damit er klaren Blicks die Gegenwart erkennen lernt und die Forderungen der Zukunft begreift. Wir können ihm keinen besseren Rat geben, als seinen eigenen Kopf bei dieser Arbeit zu gebrauchen. Wir wollen nicht mehr, als ihm einen Wegweiser darbieten, der ihn auf sicherem Pfade dem Ziele zuführt. Kärglich ist die freie Zeit des Arbeiters bemessen; da ist es doppelte Pflicht, ihm zu helfen, dass er bei seinen Studien durch planloses Lesen keine Zeit vergeudet, dass er sich an systematisches Arbeiten gewöhnt. Wir wollen ihm hierfür einen Grundriss bieten. Hat er ihn genügend durchdacht, dann wird er leicht weiterbauen können und das Werk selbst immer größerer Vollendung entgegenführen, das sich ihm zur festgefügtten sozialistischen Weltanschauung zusammenschließt. Wir schalten dabei zunächst alles aus, was für die Lektüre mit allzu großen Schwierigkeiten verbunden ist und was an das Portemonnaie des Arbeiters allzu große Anforderungen stellt. Wir gruppieren den Stoff so, dass ein Gebiet sich mit innerer

Notwendigkeit aus dem anderen ergibt, damit ein möglichst geschlossenes Bild der gesamten sozialistischen Theorie und Praxis entsteht. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass jedes einzelne Gebiet auch für sich behandelt und weiter ausgebaut werden kann.

Die Grundlage der sozialistischen Lehre bildet die politische Ökonomie. Die Kenntnis der gegenwärtigen Produktionsweise, des Kapitalismus, ist daher auch der Ausgangspunkt unserer Studien. Dabei werden wir nicht mit dem Standard-Werk des Sozialismus, dem „Kapital“, beginnen, sondern mit populären Schriften teils von Marx selbst, teils von seinen Nachfolgern. Das Studium des „Kapital“, sowie der von Kautsky herausgegebenen „Mehrwerttheorien“ und des „Finanzkapital“ von Hilferding raten wir überhaupt ganz am Schlusse unserer Liste zu beginnen. Nächste den ökonomischen werden wir die historischen Grundlagen des Sozialismus behandeln. Wir werden dabei nicht mit theoretischen Schriften über den historischen Materialismus beginnen, sondern das lebendige historische Material vorführen, auf Grund dessen der Leser die Gesetze des Geschehens zu erkennen vermag. Wir wählen dabei naturgemäß diejenigen historischen Ereignisse und ihre Darstellungen, die die Grundlage des historischen Materialismus, die Lehre von den Klassengegensätzen und den Klassenkämpfen am klarsten erkennen lassen: die Geschichte der großen Umwälzungen, der wirtschaftlichen und politischen Revolutionen. Der Fortgang dieser geschichtlichen Betrachtung führt uns in die engere Geschichte des Sozialismus und der sozialistischen Bewegungen, der mittelbaren und unmittelbaren Vorläufer der modernen Arbeiterbewegung. Unzertrennlich von ihr ist die Geschichte der 1. und 2. Internationale. Damit sind wir hart an der Schwelle der Gegenwart angelangt. Die Kenntnis der modernen bürgerlichen Gesellschaft und ihrer ökonomischen Grundlagen würde jetzt also zu suchen sein; denn die Arbeiterbewegung ist durchaus abhängig von der Entwicklung des Kapitalismus und der bürgerlichen Welt. Folgerichtig müsste jetzt also das Studium der allgemeinen Geschichte einsetzen. Um jedoch den Bau nicht zu sehr zu komplizieren, verzichten wir an dieser Stelle darauf. Wir werden später einen besonderen Plan für das Studium der Geschichte entwerfen. Wir begnügen uns jetzt mit der Darstellung der imperialistischen Epoche, ihrer wirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und politischen Probleme.

Aus dem Ganzen ergibt sich dann die Erkenntnis der Anwendung derjenigen Kampfmittel, die dem Proletariat in der gegenwärtigen Epoche seines Befreiungskampfes aufgezwungen werden. Die Frage der Massenaktionen bildet naturgemäß den Abschluss unseres Studienganges. In dieser Frage verkörpert sich die letzte Phase des Trennungsprozesses des Proletariats von der Bourgeoisie, die Überwindung der bürgerlichen Welt durch die proletarische Welt. Dieser Emanzipationsprozess ist sowohl ein materieller als auch ein geistiger. Auf den weiten historischen Wanderungen haben wir Etappe für Etappe an zahlreichen Beispielen die sozialistische Denkweise kennen gelernt; es bleibt noch übrig, den Gegensatz zwischen bürgerlicher und proletarischer Gedankenwelt auf dem Gebiete der Philosophie und der Kunst zu erkennen. Streifzüge durch diese Gebiete bilden also den ergänzenden Abschluss des gesamten elementaren Lehrganges.

Wir betonen nochmals: es kann sich nur um einen ganz einfachen Grundriss handeln, den wir darbieten. Das Ausbauen und Weiterführen ist Sache der Arbeiter selbst. Zugleich aber kann dieser Riss die Grundlage abgeben für gemeinsames Lesen in Zirkel und Kursen. Und schließlich ist er wohl auch geeignet, eine Anleitung zur Anlage einer Arbeiterbibliothek zu bieten. Als Grundstock ist er nach allen Seiten entwicklungsfähig. Es sei nur darauf hingewiesen, dass das Studium der Geschichte an zahllosen Stellen zur Lektüre der schönen Literatur reizt und zwingt

So mag unser anspruchsloser Grundriss unsern Lesern immerhin einen Anhalt geben, sich in den großen Fragen der Vergangenheit Gegenwart und Zukunft zurechtzufinden. Und wir hoffen, dass er ihnen willkommen und nützlich sein wird.

### **1. Ökonomische Grundlagen.**

Marx: Lohnarbeit und Kapital.

Marx: Lohn, Preis, Profit.

Kautsky: Karl Marx' ökonomische Lehren.

Kautsky: Das Erfurter Programm.

Dannenberg: Das sozialdemokratische Programm.

### **2. Historische Grundlagen**

Müller-Lyer: Phasen der Kultur.

Cunow: Die Technik der Urzeit.

Engels: Der Ursprung der Familie etc.

Kautsky: Der Ursprung des Christentums.

Ciccotti: Der Untergang der Sklaverei im Altertum.

Salvioli: Der Kapitalismus im Altertum.

Bloch: Soziale Kämpfe im alten Rom.

Kautsky: Vorläufer 1.

Kautsky: Vorläufer 2.

Kautsky: Thomas Moore.

Zimmermann: Der große Bauernkrieg.

Engels: Der deutsche Bauernkrieg.

Conrady: Geschichte der Revolutionen.

Bernstein: Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution.

Mignet: Die Französische Revolution.

Krapotkin: Die Französische Revolution.

Kautsky: Die Klassengegensätze in der Französischen Revolution.

Cunow: Die Parteien der großen Französischen Revolution und ihre Presse.

Heritier: Die Französische Revolution von 1848

Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich.

Bloß: Die deutsche Revolution von 1848.

Marx: Revolution und Konterrevolution.

Marx: Der 18. Brumaire.

Lissagaray: Die Geschichte der Kommune 1871.

Trotsky: Russland in der Revolution.

### **3. Geschichte des Sozialismus.**

Luzatto: Sozialistische Bewegungen und Systeme bis 1848.

Muchkee: Geschichte der sozialistischen Ideen.

Tönnies: Die soziale Frage.

Lange: Arbeiterfrage.

Sombat: Sozialismus und soziale Bewegung.

Engels: Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.

Bebel: Fourier.

Liebknecht: Owen.

H. Simon: Owen, siehe auch Kapital, 1. Bd., Seite 73, 304, 509, 526

Engels: Lage der arbeitenden Klassen in England.

Weitling: Garantien.

Marx: Das kommunistische Manifest.



**4. Geschichte der Arbeiterbewegung.**

„Mayer: Die Trennung der proletarischen und bürgerlichen Demokratie in Deutschland.

Lassalle: Offenes Antwortschreiben.

Bernstein: Lassalle.

Mayer: J. B. v. Schweitzer.

Kautsky: Karl Marx historische Leistung.

Kautsky: Friedrich Engels.

Der Leipziger Hochverratsprozess.

Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.

Webb: Geschichte der Tradeunions.

Schlüter: Der Chartismus.

Beer: Geschichte des Sozialismus in England.

P. Louis: Geschichte des Sozialismus in Frankreich.

P. Louis: Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich.

Hillanith: Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten.

**5. Die Internationale.**

Jaekkh: Die Internationale.

Brupbacher: Marx und Bakunin.

Stieklow: Bakunin.

Engels: Internationales aus dem „Volksstaat“.

Die Protokolle der internationalen Kongresse.

Sorge: Briefwechsel. 9

**6. Taktische Fragen.**

Bernstein: Voraussetzungen.

Kautsky: Bernstein und das sozialdemokratische Programm

Parteitagprotokolle von Hannover und Dresden.

Rosa Luxemburg: Soziale Reform oder Revolution?

Kautsky: Die soziale Revolution.

Pannekoek: Der Kampf der Arbeiter.

Pannekoek: Die Machtmittel des Proletariats.

Pannekoek: Taktische Differenzen.

**7. Der Imperialismus.**

Bauer: Die Teuerung.

Kautsky: Der Weg zur Macht.

Imperialismus oder Sozialismus? (Vorwärts-Verlag.)

Radek: Der deutsche Imperialismus.

Strasser: Arbeiter und Nation.

Pannekoek: Klassenkampf und Nation.

Parvus: Kolonialpolitik und Zusammenbruch.

Kautsky: Kolonialpolitik und Sozialdemokratie

Parvus: Staat, Industrie und Sozialismus.

Liefmann: Kartelle und Trusts.

Kautsky: Handelspolitik.

Sieveking: Auswärtige Handelspolitik. (Goeschen.)

Schmidt: Geschichte des Welthandels. (Teubner.)

Langenbeck: Geschichte des deutschen Handels. (Teubner.)

Arndt: Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft. (Teubner.)

Lassalle: Die indirekten Steuern.

Renner: Das arbeitende Volk und die Steuern

Karski: Brandschatzung.

Schwarz: Steuersysteme des Auslandes. (Goeschen.)

Bernhardi: Unsere Zukunft.

Rohrbach: Deutschland unter den Weltvölkern.

Jaekkh: Deutschlands Orientpolitik nach dem Balkankrieg.

Bauer: Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik.

Rohrbach: Der Krieg und die deutsche Politik.

### **8. Philosophische Grundlagen des Sozialismus.**

Engels: Feuerbach.

Kautsky: Ethik und materialistische Geschichtsauffassung.

Pannekoek: Ethik.

Pannekoek: Darwinismus und Sozialismus.

Dietzgen: Die Zukunft der Sozialdemokratie.

Dietzgen: Streifzüge.

Dietzgen: Wesen der menschlichen Kopfarbeit.

Roland-Holst: Dietzgen.

Engels: Anti-Dühring.

---

Welch tiefer Schlund und öde Wüsteneien  
Entdeckte man im Menschenbusen wohl  
Im Herzen großer Männer welche Reih'n  
Eisberge um der Selbstsucht kalten Pol'  
Wie mancher würd' ein Menschenfresser sein,  
Der Völkerglück beherrscht und Staatenwohl.  
Wenn alle Ding' ihr richtig Wort bekämen  
So würde Cäsar selbst des Ruhm's sich schämen.

Byron: Don Juan, 4. Ges.

---

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 8/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 24. Februar 1917.

Nr. 8

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Die Verständigung der Linksradikalen.

### Zur bevorstehenden Reichskonferenz der Arbeitsgemeinschaft.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft ruft für Mitte März eine Konferenz ein, die der Opposition helfen soll, „sich organisatorisch zu vereinen zu gemeinsamer Arbeit für die Gesundung der sozialdemokratischen Bewegung, für die Durchsetzung des sozialdemokratischen Programms sowie der Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Sozialistenkongresse“. Der Aufruf lädt zur Konferenz alle ein, „die gewillt sind, mit der Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuwirken“. An einer anderen Stelle wendet sich der Aufruf an alle jene Organisationen, „die sich bereits auf den Boden der Opposition gestellt haben“. Die Linksradikalen sind danach genötigt, zu der Konferenz Stellung zu nehmen, was zugleich eine Verständigung in ihren eigenen Reihen bedeutet.

Wir haben unsere Stellung zur Arbeitsgemeinschaft und zum Parteizentrum in der „Arbeiterpolitik“ von der ersten bis zur letzten Nummer dargestellt. Wir haben die grundsätzliche Auffassung des Parteizentrums untersucht und die Haltung der Arbeitsgemeinschaft kritisiert. Wir sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass das Parteizentrum durch tiefe prinzipielle und taktische Differenzen von uns getrennt ist, sodass von einem Zusammenwirken zwischen den Linksradikalen und ihm keine Rede sein kann, was jedoch nicht ausschließt, dass Fälle eintreten können, in denen Parteizentrum und Linksradikale zusammengehen müssen.

Das letztere ist auch die Auffassung der Genossin Zetkin, einer hervorragenden Vertreterin der Gruppe „Internationale“. Die Genossin Zetkin modifiziert die Parole der Genossin Duncker, dass man von der Arbeitsgemeinschaft zwar getrennt marschieren, dass man aber mit ihr vereint schlagen müsse, in der „Gleichheit“ dahin, dass nur ein Zusammenwirken mit der Arbeitsgemeinschaft „von Fall zu Fall“ möglich sei, und selbst die Genossin Duncker interpretierte auf der Konferenz der Opposition ihre Parole so, dass von einem Vereint-Schlagen nur dann die Rede sein könne, wenn die Arbeitsgemeinschaft überhaupt schlagen wolle; ja, sie schleuderte den Arbeitsgemeinschaftlern geradezu die Tatsache ins Gesicht: Ihr wollt ja gar nicht schlagen!

Das ist ganz unsere Meinung, nur, dass diese Erkenntnis sofort die Frage aufwirft: warum die Arbeitsgemeinschaft nicht schlagen will, eine Frage, die zu der Erkenntnis führt, die wir an dieser Stelle an zahlreichen praktischen Beispielen der Politik, die die Arbeitsgemeinschaft trieb, nachgewiesen haben: dass die Arbeitsgemeinschaft nicht schlagen will, weil sie nicht schlagen kann. Sowohl zur Frage der Landesverteidigung wie des Friedens, zur Frage der Organisation wie der Massenaktionen, zur Frage der Reife des Kapitalismus wie des Imperialismus, zur Frage Mitteleuropas wie der Internationale nimmt das Parteizentrum eine Stellung ein, die grundsätzlich von der Auffassung der Linksradiكالen abweicht. Es war daher nur natürlich, dass die Linksradiكالen vom Kriegsbeginn an den Kampf gegen das Parteizentrum aufnahmen. In den „Lichtstrahlen“, in Spartacusbriefen und später in der „Arbeiterpolitik“ wurde dieser Kampf mit grundsätzlicher Schärfe geführt. Tagesblätter, wie die „Bremer Bürger-Zeitung“ und der Braunschweiger „Volksfreund“ schlossen sich diesem Kampfe an. Es wurde so nur fortgesetzt, was bereits vor dem Kriege begonnen wurde: die Auseinandersetzung zwischen Linksradiكالen und Parteizentrum.

Diese Auseinandersetzung ist noch nicht abgeschlossen; sie ist durch den Krieg nur mächtig vorwärtsgetrieben worden. Aber schon jetzt ist den führenden Elementen der Linksradiكالen und ihrem Anhang unter den Arbeitern die Notwendigkeit der organisatorischen Trennung von dem Parteizentrum völlig klar, umso mehr, als der geistigen Trennung, die wir oben kennzeichneten, schon bald nach Kriegsbeginn die organisatorische gefolgt ist. Warum konstituierte sich die Gruppe „Internationale“? Etwa um eine organisatorische Einheit zu schaffen, an deren Spitze nicht Ebert und Scheidemann, auch nicht Haase und Ledebour, sondern Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stehen sollten? Wäre das der Fall gewesen, sie hätte sich die Mühe sparen können, eine eigene Organisation zu gründen, und sie hätte, läge kein anderer Grund zur organisatorischen Selbständigkeit vor, gewiss keinen Anhang unter den Arbeitern gefunden. Nein, weil sie nach längerem vergeblichem Bemühen einsehen musste, dass mit dem Parteizentrum kein gemeinsamer Kampf geführt werden kann, weil zu tiefe grundsätzliche und taktische Differenzen trennend zwischen den beiden Richtungen stehen, ist sie, und mit Erfolg, zur Gründung einer eigenen Organisation geschritten.

Die Tatsache allein, dass die Linksradiكالen genötigt waren, sich organisatorisch vom Parteizentrum zu trennen, beweist, dass auch in aller Zukunft kein Zusammenwirken mit den Leuten um Haase und Ledebour möglich ist. In diesem Punkte sind alle Linksradiكالen einig. Und sie sind ebenfalls einig in der Frage der Massenaktionen, dieser Grundlage des Klassenkampfes in der Epoche des Imperialismus. Es gilt jetzt die Arbeit fortzusetzen, die mit der Gründung der Gruppe „Internationale“ und der der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ begonnen wurde. Jeder Fußbreit, der von dieser organisatorischen Selbständigkeit aufgegeben wird, bedeutet den unheilvollsten Rückschritt. Darum ist es höchst erfreulich, dass die Gruppe „Internationale“ ihre Beteiligung an der Märzkonferenz der Arbeitsgemeinschaft von der Bedingung abhängig macht, dass ihre volle geistige und organisatorische Selbständigkeit dabei gewahrt bleibt. Sie wird also als Gruppe „Internationale“ auf dieser Konferenz erscheinen - vorausgesetzt, dass die Arbeitsgemeinschaft diese Bedingung mit ihrem Aufruf in Einklang zu bringen gewillt ist. Sollte das nicht der Fall sein, und sollte sie daraus die praktischen Schlussfolgerungen für ihr Verhalten der Gruppe „Internationale“ gegenüber ziehen, so wird damit die Notwendigkeit der Neugründung der linksradikalischen Partei auch für die Gruppe „Internationale“ schon jetzt gegeben sein.

Es kommt nun darauf an, dass die Linksradiكالen sich zu einer einheitlichen Organisation zusammenfinden. Sie haben die Differenzpunkte, die sie trennen, zu diskutieren und die gemeinsame Basis für das geistige und organisatorische Zusammenwirken festzustellen. So

wollen wir die neue Partei der Linksradikalen vorbereiten helfen, deren Bildung wir für notwendig halten. Zugleich aber wollen wir damit der Arbeitsgemeinschaft Gelegenheit geben, offen zu sagen, was sie denkt und was sie will. Die Gruppe „Internationale“ hat ihren Willen zur Beteiligung an der Märzkonferenz unter der angeführten Bedingung bekundet. Zur Verständigung der Linksradikalen untereinander und zur Diskutierung in den Parteiorganisationen, die die Konferenz beschicken wollen, schlagen wir folgende *Resolution* vor:

1. Die durch Gewaltstreiche der sozialpatriotischen Instanzen vollzogene Sprengung der Deutschen Sozialdemokratie ist nur die organisatorische Vollendung der politischen Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung durch die Politik des 4. August. Die Politik des Friedens mit dem Kapital konnte mit der Politik des Klassenkampfes nicht von einer und derselben Partei betrieben werden; dieselbe Partei, die die Überwindung des Kapitalismus erstrebt, konnte nicht gleichzeitig für seine Ausbreitung und Stärkung durch den Imperialismus eintreten. Die Partei ist gespalten, und jeder Versuch, die vollzogene Spaltung durch einen sogenannten Kampf ums Parteirecht rückgängig zu machen, ist als verderbliche Illusion und Kraftvergeudung zurückzuweisen. Umgekehrt besteht die Aufgabe der Opposition in dem rücksichtslosesten Kampfe gegen den Sozialpatriotismus als den gefährlichsten Helfershelfer des Imperialismus. Dieser Kampf, ein Teil des allgemeinen Klassenkampfes der sozialistischen Arbeiterschaft, hat zum Ziel die Niederringung und Ausrottung des Sozialpatriotismus als Vorbedingung unseres Sieges über den Kapitalismus.

2. Indem sich die Opposition auf den Boden der Spaltung mit den Sozialpatrioten stellt, erkennt sie an, dass der Kampf gegen sie die Zusammenfassung der oppositionellen Organisationen und Gruppen zu einer neuen, proletarischen Partei erfordert. Die erste Aufgabe dieser Partei muss in dem Bestreben bestehen, das Gefühl der internationalen Solidarität im deutschen Proletariat wieder zu wecken, es durch Kundgebungen des Willens zum sozialistischen Frieden, durch Ausnutzung der Rolle des Proletariats in der Produktion zu einer Kraft zu machen, die gemeinsam mit der gleichgesinnten Arbeiterklasse anderer Länder imstande sein wird, nicht nur den Frieden, sondern den Sozialismus zu erkämpfen. Gemäß diesen Zielen hat die neue Partei in erster Linie die Weckung der Arbeitermassen zur Entfaltung ihrer Macht zur Aufgabe, unter Ausnutzung aller Mittel, über die sie verfügt. Insbesondere haben Presse und Parlamentstribüne allein diesem Ziele zu dienen. Aus demselben Gesichtspunkt sind die sozialpazifistischen Forderungen der Abrüstung und der Schiedsgerichte als Illusionen abzulehnen, die die Kampfkraft der Arbeiterklasse lähmen, indem sie in den Arbeitern die Vorstellungen von der Möglichkeit eines friedlichen Imperialismus erwecken.

3. Die Bildung der Partei kann nur nach gründlicher Vorbereitung durch die oppositionelle Arbeiterschaft selbst erfolgen, nach eingehender Besprechung aller Fragen, die mit der Lage der Arbeiterklasse in der Epoche des Imperialismus zusammenhängen. Indem die Konferenz ihren festen Willen zur Bildung dieser Partei ausspricht, fordert sie die oppositionellen Arbeiter auf, alle die Fragen zu diskutieren und Stellung zu den Leitsätzen zu nehmen, die ihr von den oppositionellen Gruppen über die jetzige proletarische Politik bereits vorgelegt wurden oder noch werden, worauf eine neue Konferenz einzuberufen ist, die, falls eine Einigkeit in den wichtigsten Fragen der Spaltung mit den Sozialpatrioten, der Landesverteidigung, des Parlamentarismus und der Massenaktionen erzielt worden ist, die Internationale Sozialistische Partei Deutschlands konstituieren wird.

\*

Diese Resolution soll die Grundlage zur Wahl der Delegierten zur Konferenz bilden. Die Stellungnahme der Konferenz zu dieser Resolution wird die Antwort auf die Frage sein, ob die Linksradi-kalen mit dem Parteizentrum zusammengehen können oder ob sie sofort die Bildung einer selbständigen Partei zu erstreben haben. Zugleich aber kann diese Resolution die Grundlage abgeben für die Verständigung der Linksradi-kalen untereinander. Sie werden Gelegenheit haben, sich bei der Beschickung der Konferenz auszusprechen. Aufgabe der Gruppe „Internationale“ wird es dabei sein, die Vorarbeiten zur Zusammenfassung aller linksradikalen Elemente zu einer Vorbesprechung zu übernehmen. Damit würde auch der Bildung einer neuen Partei der Linksradi-kalen am besten vorgearbeitet werden. Wir unsererseits sind jedenfalls gewillt, an den Besprechungen der Gruppe „Internationale“ teilzunehmen und wir glauben auch bei denjenigen unter unsern Lesern, die sich, wie wir, der Gruppe „Internationale“ bisher noch nicht angeschlossen haben, auf volles Verständnis für unseren Willen zu stoßen und glauben auch in ihnen den gleichen Willen zu finden.

Wir halten unsere vorgeschlagene Resolution natürlich nur für einen vorläufigen Entwurf, der durch eine gemeinsame Besprechung der Linksradi-kalen geändert werden kann. Wir glauben aber in ihr den Boden abgegrenzt zu haben, auf dem allein eine ehrliche, loyale Verständigung möglich ist. An unserer Mitarbeit an diesem Werke soll es nach wie vor gewiss nicht fehlen.

## Unterm eigenen Banner.

2.

Manche Mitglieder der entschiedenen Linken erklären: „Die Arbeitsgemeinschaft hat sich seit dem ersten Nein gegen die Kriegskredite und seiner recht opportunistischen Begründung entschieden weiter nach links entwickelt. Der überwältigende Anschauungsunterricht der Tatsachen und die Kritik der äußersten Linken haben ihre vorwärtsstrebende Wirkung nicht verfehlt. Aber die Fraktion hat sich noch nicht allen vom Kriege aufgeworfenen Erscheinungen und Fragen gegenüber stets mit der nötigen Schärfe und Festigkeit auf den Boden des internationalen Sozialismus gestellt, noch ist ihr grundsätzliches Bekenntnis hier und da unklar und kompromisselnd, ihr taktisches Verhalten schüchtern und zaghaft, es welkt unter dem Reif des Parlamentarismus.“ (Gleichheit vom 7. Januar 1917). „Gewiss“, fährt das Blatt weiter fort, „noch ist es zu keinem dauernden Schutz- und Trutzbündnis zwischen den verschiedenen Gruppen der Opposition gekommen. Der Selbstbesinnungsprozess im Lager der Sozialdemokratie kann nicht das Werk eines Tages sein. Es bedarf der Zeit, in der gesichtet, gewogen, gelernt werden muss, der Zeit, um alte Irrtümer gegen neue Erkenntnisse auszutauschen. Die Konferenz hat beleuchtet, dass der Selbstbesinnungsprozess voranschreitet. Die Rechte der Opposition beginnt die Scheu vor ihrem eigenen Vorgehen, ihrem eigenen Mute zu verlieren. Sie entschuldigt sich nicht mehr, sie klagt an, sie weicht nicht mehr aus, sie stellt sich zum Kampfe. Offener, unverklausalierter als bisher hat sie ausgesprochen, was ist. Sie ist innerlich und äußerlich zu der äußersten Linken gekommen und auch ohne Beschlüsse wird bei einigem guten Willen von Hüben und Drüben ohne Hinopferung grundsätzlicher Überzeugung ein nötiges Zusammenwirken von Fall zu Fall möglich sein.“

So die von uns allen gleich verehrte Genossin Zetkin. Wir würden uns freuen, wenn es so wäre. Leider ist es nicht so, und die nächsten Freunde der Genossin Zetkin müssen sich auf der Konferenz der Opposition davon überzeugen. Dem Kampfe gegen die Sozialpatrioten wich das Zentrum auf der Konferenz aus. Wenn es die Beitragssperre ablehnte, so nicht, weil es, wie es bei der Genossin Zetkin der Fall ist, in ihr kein geeignetes Kampfmittel, sondern weil es in ihr ein zu scharfes Kampfmittel sah, da es den Bruch mit den Sozialpatrioten vermeiden

wollte. Dem Imperialismus sagte es in dem Kautskyschen Friedensmanifest einen solchen „Kampf“ an, dass es den Vertretern der entschiedenen Linken eine Gewissenspflicht war – wie die Genossin Zetkin schreibt – dieser Kundgebung ihre Stimme zu versagen. Also: weder organisatorisch noch politisch konnte die entschiedene Linke mit dem Zentrum gehen.

Ja, die Verschärfung des gegenwärtigen Verhältnisses der beiden Gruppen äußert sich selbst in dem Artikel der Genossin Zetkin. Während Genossin Dunker auf der Reichskonferenz ein „getrennt marschieren, aber vereint schlagen“ proklamierte, tritt Genossin Zetkin nur für ein Zusammenwirken von Fall zu Fall ein, wogegen niemand in der entschiedenen Opposition ist, wenn es sich „ohne Hinopferung grundsätzlicher Überzeugung“ erzielen lässt. Die Überzeugung von der Wandlung des Zentrums als Ganzes in der Richtung der entschiedenen Linken halten wir für eine völlige Illusion. Die Führer des Zentrums, die Kautsky, Bernstein, Ledebour, Haase, vertreten seit Jahren eine bestimmte Politik, die der reinen parlamentarischen Opposition, des Kampfes um die Reform des Imperialismus. Sie sind keine Kinder, keine Jünglinge und keine unaufgeklärten Arbeiter, die durch unsere Kritik eines Besseren belehrt werden könnten. Aber wenn die Ereignisse sie eines Besseren belehren werden? Die Ereignisse sind niemals eindeutig, und bevor wir nicht in der grundsätzlichen Umwälzung stecken, werden sie die Führer des Zentrums nach ihrer Auffassung deuten, die ein Resultat der ganzen vorhergehenden Epoche der friedlichen Arbeiterbewegung ist.

Ja, aber damit ist zugestanden, dass die von ihnen geführten Arbeitermassen unseren wie der Ereignisse Lehren zugänglich sind – erklärt ein anderer Teil unserer Freunde, der zwar nicht auf die Umkehr aller Zentrumsführer, aber dafür der Zentrumsmasse rechnet.<sup>6</sup> Darin liegt allerdings ein Teil Wahrheit. Aber auch nur ein Teil. Wie hinter den Scheidemännern auch Arbeiterkreise stehen, die den Sozialismus für ein Taube auf dem Dache halten, der ein Sperling der bürgerlichen Zugeständnisse vorzuziehen ist, so ist auch ein Teil der Zentrumsarbeiter jedem scharfen Kampfe abgeneigt. Die Ideologie der Kautsky und Ledebour hängt auch nicht in der Luft: sie basiert auf der Stimmung von Arbeiterkreisen, die zwar den Ideen des Sozialismus Treue bewahren wollen, die aber den wirklichen Kampf scheuen, an ihn als eine nahe Möglichkeit glauben. Auf die werden wir bis auf weiteres keinen Einfluss haben. Aber es unterliegt keinem Zweifel, dass dagegen ein anderer Teil der Arbeiterschaft hinter den Ledebours und Haases steht, nur weil er in ihnen die Führer im Kampfe sieht. Auf diese Massen dürfen und wollen wir nicht verzichten.

Es entsteht nur die Frage: Wie können wir sie erobern? Kann es geschehen, indem wir mit dem Zentrum gehen? Indem wir uns als Minorität den Beschlüssen seiner Konferenzen unterwerfen? Würden wir mit dem Zentrum eine Partei bilden, so könnte es nur unter dieser Voraussetzung geschehen. Die Spaltung der Reichstagsfraktion ist ein unwiderleglicher Beweis hierfür.

Solange sich die oppositionelle Minderheit den Beschlüssen der Mehrheit, gegen die sie in den Fraktionssitzungen sicher mit Entschiedenheit gekämpft hatte, in der Öffentlichkeit unterwarf, war es möglich, dass beide Richtungen organisatorisch zusammenblieben. Als aber schon Liebknecht seinen eigenen Weg in der Öffentlichkeit ging, musste er sich auch organisatorisch von der Fraktion trennen, und dem selbständigen Vorgehen der Achtzehn vom 21. Dezember 1915 folgte mit Notwendigkeit die Konstituierung der Arbeitsgemeinschaft. Zwei durch grundsätzliche Differenzen geschiedene Richtungen

---

<sup>6</sup> So Genosse P. L., ein hervorragendes Mitglied der Gruppe „Internationale“, dessen Artikel: „Wir und die anderen“ wir in der nächsten Nummer unseres Blattes bringen werden.

können nur so lange in derselben Partei verbleiben, als die eine von beiden auf ihr selbständiges Auftreten in der Öffentlichkeit verzichtet. Wollen wir also mit dem Zentrum organisatorisch zusammenbleiben, so kann es nur geschehen, indem entweder wir oder das Zentrum auf die selbständige Aktion verzichten. Dass wir um den Preis der grundsätzlichen und taktischen Selbständigkeit, des Verzichtes auf das eigene politische Leben, die organisatorische Verbindung mit dem Zentrum eingehen sollen, ist ganz gewiss auch nicht die Meinung der Genossin Zetkin; sie will doch nur ein Zusammenwirken von Fall zu Fall ohne Gesinnungsoffer. Wenn aber die Zentrumsleute eine Partei bilden – und sie tun es, ob sie es sagen oder nicht – so können wir nur mit ihnen von Fall zu Fall zusammenwirken, wenn wir eine andere, eine *linksradikale Partei* bilden. Es sei denn, dass es Linksradikale geben würde, die es als höchste Taktik ansehen würden, wenn den organisierten Zentrumsleuten verstreute Linksradikale nachliefen. Davon kann keine Rede sein: nur ein organisierter klarer Kern kann auf die radikalen Zentrumsarbeiter Einfluss ausüben. Bisher, wo wir auf dem Boden der alten Partei wirkten, konnte man mit der losen Verbindung einzelner Linksradikaler auskommen. Jetzt, wo nach der Spaltung in vielen Orten überhaupt keine öffentlichen Organisationen zu bilden sein werden, kann nur eine linksradikale Partei mit klarem Programm und eigenen Organen die zerstreuten Kräfte sammeln, zusammenhalten und vergrößern. Unsere Einwirkung auf die eigenen Kräfte, auf die Zentrumsarbeiter, wie die überhaupt abseits der Partei stehende, aber in Gärung begriffene Masse, kann doch nicht in bloßer Kritik der Sozialpatrioten bestehen: wir müssen durch Aktion, durch Einmischung in alle Fragen des öffentlichen Lebens auf den Gang der Ereignisse wirken. Das alles kann ohne große Vergeudung der Kräfte nur durch die Organisation der Linksradikalen in einer eigenen Partei geschehen. Wir können mit dieser Organisation nicht warten, bis wir die Mehrheit der oppositionellen Arbeiter hinter uns haben, da wir diese Mehrheit nur erobern können, wenn alle linksradikalen Gruppen sich sammeln zur einheitlichen Politik.

## Gewerkschaftsprobleme.

### Die Gewerkschaften in der Kriegszeit.

Der Krieg brachte den Gewerkschaftsführern Erlösung aus den Zweifeln und Wirrnissen, in die sie durch die Entwicklungstendenzen der Gewerkschaftskämpfe gekommen waren. Zwar war der erste Schritt in die Politik vom 4. August nur bei wenigen bewusst als Ausdruck eines neuen Prinzips gemacht worden. Zunächst handelte es sich für sie wesentlich nur um eine Aktion zur Rettung der Organisation.

Es war klar, dass die Organisationen und ihre Kassen verloren gewesen wären, wenn sie die Front gegen den Krieg genommen hätten. Selbst bei rein passivem Widerstande waren sie gefährdet. Das aber war längst klar geworden, dass die Gewerkschaftsbureaukratie nicht die moralische Kraft hatte, die Positionen der Arbeiterklasse mit ihren Taten zu decken, viel weniger mit ihren Pfennigexistenzen. Die moralische Kraft fehlte, aber außerdem war mit der Organisationsform auch das Denkvermögen erstarrt. Die Organisationen hatten sich derart den staatlichen Verhältnissen angepasst, dass ihre Form als die allein mögliche, natürliche angesehen wurde. Die Möglichkeit einer Organisation unter schwierigen Umständen, das Schlagen auf anderem Gelände als dem heimischen Exerzierplatze, lag ganz und gar außerhalb des geistigen Horizonts der Gewerkschaftsführer. Das zeigt sich schon an den abenteuerlichen Formen, in denen allein die Generalstreikidee von ihnen erfasst werden konnte. Diese Organisationen verloren, hieß für sie deshalb, alles verloren, hieß die Arbeiterklasse vollkommen wehrlos gemacht, hieß nochmals ganz von vorn anfangen im



Zotteltrab auf dem alten Wege. Das stolze Wort: Wir pfeifen auf dieses Gesetz! gehörte längst der Mythe an.

## Der Burgfrieden.

Die Dialektik der Tatsachen rächte sich an diesem engen, stumpfen Geiste. Sie zwang die Gewerkschaftsführer, der Arbeiterklasse selbst die Waffen abzunehmen und ihr Fesseln anzulegen. Der Burgfriede wurde proklamiert. Glaubt jemand ernstlich mit ihnen, der Abbruch aller Lohnbewegungen ohne jede reale Sicherung gegen Übertölpelung sei einem politischen Kopfe entsprungen? Konnten die zahlreichen Klagen über den Bruch des Burgfriedens durch die Unternehmer etwas anderes sein denn Altweibergejammer? Was kam, war vorauszusehen und es hätte vorausgesehen werden müssen. Zwischen Unternehmer- und Arbeiterklasse kann es höchstens einen Frieden mit der Rechten am Schwertknauf geben. Stattdessen wurden die Gewerkschaften mit gebundenen Händen überliefert. Das Unternehmertum heimst als erste Früchte dieser Politik die Kriegsgewinne ein. Was aber hat die Arbeiterschaft erzielt? Die Erfolge, die in den Kriegsjahren hier und da errungen worden sind, wurden meist trotz der Gewerkschaftsführer errungen. Wir erinnern nur an die Braunschweiger Bewegung gegen den Sparzwang.

Die Mitgliederzahlen aber sind erschrecklich zurückgegangen, die alte Erfahrung bestätigend, dass Gewerkschaften, die nicht kämpfen und darum keine Erfolge erzielen, die Arbeitermassen abstoßen, statt sie anzuziehen.

Heillosen jedoch sind die Folgen der Politik vom 4. August auf die Gedankenwelt der Gewerkschaften geworden. Hätten sich die Erwartungen eines kurzen Krieges erfüllt, dann wäre alles eine Episode der Verirrung gewesen und die Gewerkschaften hätten sich in alter Weise weiter durchgewurstelt. Bald aber genügte es nicht, dass die Burgfriedenpolitik nur durch praktische Erwägungen motiviert wurde, sie heischte je länger, desto notwendiger der Rechtfertigung ihres innersten Wesens. Außerdem wandeln Gewerkschaftsgenerale nicht ungestraft unter den Topfpalmen der Regierung.

Zuerst zeigte sich in der Gewerkschafts- wie in der Parteipresse ein wahnwitziges Chaos. Der Rausch verflieg mit der Zeit und nun ging man daran, die Konsequenzen zu ziehen. Natürlich war bei der gründlichen Verachtung der alten Praktikusse für die Theorie eine gründliche Abrechnung mit der Vergangenheit und ein Abstecken der künftigen Bahnen der Gewerkschaftstätigkeit nicht zu erwarten. Aber was an Einzelheiten vorläufig ans Tageslicht getreten ist, das zeigt deutlich genug, wo die Reise hingehet.,

## Die Gewerkschafts-Internationale.

Der internationale Gedanke wurde zunächst auf den Index gesetzt. Der internationale Gedanke, der die Grundlage für die moderne Arbeiterbewegung bildete, ihr festes Ferment, ihr deutlichstes Kennzeichen, das sie himmelhoch über jede kleinbürgerliche Bewegung vor und neben ihr erhob, der internationale Gedanke wurde verhöhnt als ein Hirngespinnst wirklichkeitsfremder Ideologen. Drollig war es anzusehen, wie der Gewerkschaftsredakteur der „Bremer Bürger-Zeitung“ mit todernster Miene ausrief: Soll denn Marx' Wort nicht mehr gelten: Proletarier, vereinigt euch! Der Treffliche hatte schon verlernt, was ihm früher heilig war wie ein Katechismus. Ehemalige vaterlandslose Gesellen erfanden das Philisterwort von den wurzellosen Existenzen, und der Antisemitismus, diese muffigste Blüte kleinbürgerlicher Denkart, schoss ins Kraut. Es kam die hämische Bekämpfung der Gewerkschaftsführer anderer Länder, die nicht besser, aber auch nicht schlechter sind als die Ironsides um Karl Legien. Die verheerenden Folgen dieses nationalen Paroxysmus werden sich erst nach dem Kriege in ihrer Gemeingefährlichkeit zeigen. Aber schon jetzt wird man täglich kühner. So

wird vom Vorsitzenden des Bauarbeiterverbandes, August Winnig, ein Feldzug geleitet, der die Gleichberechtigung der ausländischen mit den deutschen Arbeitern auf dem Arbeitsmarkt durch Gesetz oder Tarifverträge aufzuheben erstrebt, ein Schildbürgerstreich, der hoffentlich am Profitinteresse der Unternehmer scheitern wird.

Was bisher von Gewerkschaftsseite über die Gewerkschaftsinternationale veröffentlicht worden ist, lässt sich dahin zusammenfassen: Die Gewerkschaftsinternationale ist ein Phantom, soweit sie sich nicht auf ganz bestimmte praktische Punkte beschränkt. Vorzüglich sollen sich in Zukunft die nationalen Verbände gegenseitig ihren Mitgliederstand sichern. Deshalb Reiseunterstützung auch im Auslande durch die dortige Organisation und Wegfall des Eintrittsgeldes bei Übertritt, sowie Anrechnung der bisherigen Beiträge auf die Anwartschaft für Unterstützungen. Sonst wird nichts im Wege stehen, gegenseitig Erfahrungen auszutauschen, womit die Aufgaben der Gewerkschaftsinternationale erschöpft sind. Die Internationale der Reiseunterstützung, welch ein weltumspannender Gedanke!

## Die Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit.

Der internationale Gedanke lässt den Charakter der modernen Arbeiterbewegung am klarsten hervortreten: Alle Gegensätze des Geschlechts, der Nation, der Rasse verlieren ihre Bedeutung gegenüber dem fundamentalen Gegensatz: Kapital und Arbeit. Durch den internationalen Gedanken wird der Blick der Arbeiter konzentriert auf ihren Feind, die Kapitalistenklasse. Der bewusst geführte Klassenkampf offenbart sein Wesen am reinsten im internationalen Gedanken. Mit der Aufgabe des internationalen Gedankens als Ausgangspunkt für die Orientierung der Arbeiterschaft müssen die scharfen Konturen des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit verwischt werden. Kampffeld und Kampfziel verschwimmen im Zwielflicht des nationalen und des Klassenstandpunktes.

Die Erfahrung hat allzu sehr diese Logik erhärtet. Die Aufgabe aller grundsätzlichen Auffassungen lässt sich von Etappe zu Etappe verfolgen. Die Regierung wurde von Schuld und Fehle freigesprochen und reumütig nahm man alle Vorwürfe gegen sie zurück. Herr Kummer wies den deutschen Arbeitern nach, dass sie ihre Regierung schmählich verkannt und Pankratius Schneckenbein, der sonst in den Spalten des „Hamburger Echo“ Gift und Galle gespuckt, vergoss die heftigsten Bußtränen. Die Regierung erklärte selber, dass sie keine Parteien mehr kenne, sie stand also über den Parteien. Durch alle Setzergassen, aus allen Winkelhaken hallte das Lob der Regierung. Sie hatte die beste Sozialgesetzgebung geschaffen. Die Regierung, selbstverständlich. Diese Sozialgesetzgebung musste nicht notwendig die Führung haben, weil die kapitalistische Ausbeutung in Deutschland den höchsten Grad erreicht hat, weil hier die stärkste Arbeiterbewegung wirkte.

Wo allem Kampf abgesagt werden soll, wird vergessen, dass bisher nur der Kampf den Arbeitern Früchte trug. Alle gute Gabe kommt von oben herab. Zugleich wird den französischen Elsässern vorgerechnet, dass die deutsche Sozialversicherung besser sei als die französische. Die nationale Idee wird zu einem Groschenexempel. Ubi bene ibi patria. Wo du im Greisenalter fünf Groschen mehr kriegst, ist dein Vaterland. Wo ist noch ein Fünkchen proletarischen Geistes in solchen Gedankengängen?

Aber weiter! Dem Unternehmertum wurden in den ersten Kriegsmonaten Lorbeeren gestreut. Langsam ist das Lob verschämter geworden, da die Erfahrungen allzu trübe gewesen sind in diesen Kriegsjahren. Aber eine neue Theorie wurde gefunden: die Parallelität der Interessen des nationalen Unternehmertums und der Arbeiterschaft. „Mit einem regsamen, weitsichtigen, auf den freien Wettbewerb vertrauenden Unternehmertum vermag die Arbeiterschaft, unbeschadet ihrer Interessen, sehr wohl ein gut Stück Weges

zusammengehen“, sagt Herr Emil Kloth in dem Buche „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis“, das der neuen Theorie gewidmet ist.<sup>7</sup> Die Parallelität der Interessen ergebe sich augenfällig, weil der Kapitalist doch erst Profit machen müsse, ehe er die Arbeitsbedingungen des Arbeiters verbessern könne. Wo nichts ist, habe sogar der Kaiser das Recht verloren. Darum gelte es, die Profitmöglichkeit der Unternehmer zu fördern. Erweitert wird der Grundsatz zu dem allgemeinen Interesse der Arbeiterschaft am Blühen der nationalen Industrie.

Für die naive Logik ist das ein ganz bestechender Gedanke. Gewiss, ein Schelm gibt mehr als er hat. Wie soll ein Kapitalist, der keinen Profit macht, Lohnerhöhungen bewilligen können! Dagegen, je höher der Profit, desto größer die Möglichkeit, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Indessen, wenn auch die Herren, die jene These verfechten, sich auf ihre nüchterne Weltbetrachtung einen gehörigen Stiefel einbilden, so appellieren sie hier doch an weiter nichts als an die Moral der Kapitalisten. Nach den Naturgesetzen des Kapitalismus steht aber die Moral im umgekehrten Verhältnis zur Höhe des Profits. Die Lage der Arbeiter wird nicht durch die Moral des Unternehmertums, sondern durch das Kraftverhältnis zwischen Kapital und Arbeit bestimmt. Deshalb ist es sehr richtig, was Heinrich Schneider in dem sehr lesenswerten Aufsatz über die chemische Industrie in dem erwähnten Buche sagt: „Übrigens sprechen die Erfahrungen der täglichen Gewerkschaftsarbeit auch durchaus gegen die Auffassung, dass der Arbeitslohn am Unternehmergewinn reguliert werde. Nur allzu häufig machen die Gewerkschaften die Erfahrung, dass nicht in kapitalschwachen, sondern in kapitalstarken Unternehmungen und Industriezweigen die Forderungen der Arbeiter am heftigsten und auch am erfolgreichsten bekämpft werden. Die hohen Gewinne führen eben zur Anhäufung von Kapital und damit zur Anhäufung von Macht, die gegen die Arbeiter Verwendung finden kann.“

Wir verkennen freilich nicht, dass in einem gewissen Sinne die gute Konjunktur einer Industrie günstig auf den Arbeitslohn wirkt. Die Erfahrung lehrt indessen, dass es bei den paar Pfennigen Lohnerhöhung bleibt, wogegen die Arbeitsintensität wächst und in der Regel die Überstunden zunehmen. Gute Konjunktur bedeutet eine höhere Ausbeutungsrate. Der Arbeiter bezahlt die Lohnerhöhung mit seiner Lebenskraft, seinen Erholungsstunden, das heißt mit ein paar Jahren Lebenszeit. Die gute Konjunktur ist durchaus nicht etwas Erstrebenswertes.

## Imperialistische Gewerkschaften.

Bei alledem handelt es sich ja nun nicht um die müßige Frage, ob guter oder schlechter Geschäftsgang für die Arbeiterschaft besser ist. Es handelt sich um die Stellung zum imperialistischen Kriege. Es handelt sich darum, ob die Arbeiterklasse sich in den Dienst einer bestimmten nationalen Unternehmerklasse stellen soll. Stellt sich die Gewerkschaftsbewegung in diesen Dienst, dann bedeutet das die endgültige Zerfleischung des Proletariats und die Verewigung dieser Zerstückelung, da mit dem Kriege die imperialistische Politik nicht aufhören wird. Oder wird noch bezweifelt, dass die imperialistischen Gedankengänge sich in den Gewerkschaftsleitungen festgesetzt haben? Dann denke man daran, dass die Lerchentriller Paul Müllers: Antwerpen ist deutsch und wird deutsch bleiben! erst durch Organisationsbeschluss erstickt werden mussten und dass Leimpeters in seiner Eroberungswut nur das ausspricht, was von den anderen

---

<sup>7</sup> Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis. Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch. Herausgegeben von Wilh. Jansson. Verlag der Internationalen Korrespondenz A. Baumeister, Berlin-Karlshorst.

vorsichtigerweise bloß angedeutet wird. Dass bei den englischen Gewerkschaftsführern dieselben Tendenzen in Blüte stehen, unterstreicht nur die Tatsache.

Förderung der nationalen Industrie im imperialistischen Sinne ist nur möglich durch die Unterdrückung der ausländischen Konkurrenz. Die Arbeiterschaft, die sich dazu hergibt, ist die Hundeseele, die gegen den Fremden die Zähne fletscht, um sich die Brosamen von der Herren Tische zu sichern. Die imperialistische Gewerkschaftspolitik folgt den gelben Prinzipien auf internationalem Gebiete. Darum ist der Winnigsche Kampf gegen die italienische Bauarbeiter-Konkurrenz keine Verirrung, keine Ausnahmerecheinung, sondern ein Auftakt.

## Die Verramschung der Prinzipien.

Diese Stellung zum Kriegsergebnis entscheidet die Gewerkschaftspolitik für die Zukunft überhaupt. Zu Gunsten der imperialistischen Politik werden deshalb jetzt schon die Prinzipien verramscht. Kolonialpolitik ist die reine Selbstverständlichkeit, und Wilhelm Jansson von der Generalkommission begeistert sich im Besonderen für die deutsche Türkenpolitik. Und wenn auch die Verschiedenheit der Interessen in den einzelnen Industrien gegenwärtig noch eine Einigung auf der Grundlage der Zollpolitik ausschließt. Am Ende aber wird Herr Jansson wohl zu dem erwünschten Resultat kommen, wenn erst einmal die Frage erneut geprüft ist, „ob die Ablehnung jeden Zollschatzes für die Landwirtschaft eine leistungsfähige Agrarproduktion gewährleistet oder nicht.“ Eine leistungsfähige Agrarproduktion für den nächsten Krieg, wer wollte sie ablehnen! So friedliebend sind denn doch wohl unsere imperialistischen Gewerkschaftler geworden, dass sie für den Krieg rüsten wollen, nicht militärisch sondern auch wirtschaftlich! Also!

Der Anstrich macht es.

So sehen wir, wie „ein gesunder nationaler Egoismus den ungesunden internationalen Illusionismus“ dämpft (Paul Müller). Aber wo, fragt unser Leser, wo ist denn nun das Unterscheidende gegenüber den anderen Gewerkschaftsbewegungen, den Hirsch-Dunkerschen, den christlichen und wie sie sonst heißen mögen? In der Farbe, lieber Leser, im Anstrich, in der Phrase, mit der man in Agitationsversammlungen hier den modernen Großstädter, dort den ultramontan bevormundeten, da wieder den „besseren“ Arbeiter zu gewinnen sucht, damit die Mitgliederzahlen wachsen und Beamtenstellen geschaffen werden. Getrennt marschieren und vereint – diplomatisieren. Darum ist wiederum die Verbrüderung aller gewerkschaftlichen Organisationen durchaus in der Ordnung. Und eine große Täuschung würde es sein, wollte man es als Kateridee der Kriegspsychose ansehen, dass der vorsichtige und geschmeidige Stampfer auf der Vorständekonferenz der Gewerkschaften für sozialdemokratische Kriegervereine Stimmung machte. Es gilt eben, alle Arbeiter in die Gewerkschaften hereinzuholen und sie zu diesem Zwecke bei all ihren Schwächen zu packen. Alle Arbeiter mit Ausnahme der heillosen Illusionisten, die da glauben, die Gewerkschaften müssten Kampforganisationen sein. Dann wird das Ziel erreicht: die Gewerkschaften ein Koloss, wenn auch auf tönernen Füßen, so doch ein prächtiger Tummelplatz für bürokratische Aspirationen. Die Legien, Schlicke, Leipart als Gewerkschaftsgenerale mit unbeschränkten Vollmachten Die Gewerkschaften modern-imperialistische Trades-Unions Die Internationale tot.

Die Dinge haben ihre eiserne Konsequenz und wer vom Papste isset, der stirbt daran.

W. Meppen.

# Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung.

Von M. Bronski.

In Russisch-Polen war diese staatspolitische Erkenntnis umso schwieriger, je unsinniger die russischen Tschinowniks die Grundlagen der kapitalistischen Entwicklung des Gesamtreiches zerstörten. Ihre barbarische nationalistische Raubpolitik in Polen machte jede Annäherung schier unmöglich.

In einer politischen Publikation, die 1895 ein bekannter Führer der Partei „Ugodowey“ veröffentlichte (die eine Annäherung an Russland propagierten), klagte der Verfasser über die für den russischen Staat schädliche Politik der russischen Tschinowniks.

„Früher lehnten die Polen selbst die Solidarität mit dem Staate ab, heute (1895) sind es die Russen, die das polnische Element davon energisch abstoßen. Es wird ein Moment der Ernüchterung kommen, und die Arbeit müsste von neuem angefangen werden“. (Obrachunki polityczne 1. [Politische Abrechnung,] Krakau 1895.) So klagten die Vertreter der polnischen herrschenden Parteien über die vom Standpunkte der russischen Staatsraison verbrecherische antipolnische, die brutal-nationalistische, die bürokratisch-reaktionäre Politik, die ihnen unmöglich macht, den Staatspatriotismus in Polen tief einzupflanzen.

Dafür aber erleichterte sie die Propaganda des intrasingenten polnischen Nationalismus, der die Grundlage der Partei der National-Demokratie bildete. Solange die zarische Administration keine Hoffnung auf Vereinbarung mit den polnischen herrschenden Klassen zuließ, blieb die National-Demokratie antirussische Unabhängigkeitspartei.

Seit aber die revolutionäre Krise in Russland sich bemerkbar machte, seit 1903, erklärte sich die Partei offen für die Solidarität mit dem russischen Staat, und als die Zeit des revolutionären Aufstiegs vorbei war, und die Hoffnung auf die Einschüchterung des zarischen Absolutismus aufgegeben werden musste, gab die National-Demokratie nicht ihre Solidarität mit dem russischen Reich auf. In einer politischen Publikation, die 1910 erschien, zweifelt der Führer der National-Demokraten Dmowski, „ob Russland in dem Streben zur Schaffung eines großen und starken Staates, in der Führung einer aktiven imperialistischen Politik den neuen Weg der Entwicklung der produktiven Kräfte sowohl des eigenen Volkes wie aller anderen im russischen Reich einverleibten Völker antreten wird und ob es imstande sein wird, eine machtvolle imperialistische Politik zu treiben ...“ (R. Dmowski: Deutschland, Russland und die polnische Frage. 1909.) Dies war nur die kummervolle Sorge der ehemaligen nationalistischen Unabhängigkeitspartei.

Also trotz des zarischen Absolutismus imperialistische Hoffnungen und Ideale der polnischen herrschenden Klassen in Russisch-Polen, in Galizien und, wenn auch nicht so politisch offen und krass, auch in den polnischen Provinzen Preußens.

Dieser imperialistische Inhalt der polnischen Frage hat natürlich ein ganz eigenartiges Gewand. Man stellte äußerlich, d. h. für das Volk, als patriotische Formel beinahe die gleichen Forderungen als Maximalforderung: die Vereinigung aller Teile des ehemaligen polnischen Reiches, aber – und hier kommt der imperialistische Pferdefuß zum Vorschein – im Anschluss an den eigenen Teilungsstaat. Die österreichischen Polen wollen die Vereinigung Russisch-Polens mit Galizien „im Verbands der österreichisch-ungarischen Monarchie“; die herrschenden Parteien Russisch-Polens erstreben die Vereinigung Polens aber in den Rahmen des russischen Reiches.

Mit anderen Worten: die herrschenden Klassen in jedem Teilungsstaate wollten nicht auf die Vorteile eines großen Staates verzichten, sie wollten – durch die Annektierung der anderen polnischen Teile – ihre eigene Machtposition im Teilungsstaate erweitern. Der Vizepräsident des Obersten National-Komitee in Krakau sagte neulich ganz präzise: „... das Oberste polnische National-Komitee erhob bei Kriegsbeginn am 16. August 1914 jenes Programm zur Parole, welches die *Einverleibung* der bis dahin unter russischer Herrschaft stehenden polnischen Lande in die Habsburger Monarchie ...“ wünscht, und natürlich in Verbindung mit Galizien die beste Lösung der polnischen Frage bildet. Ähnlich in Russland ..., wenn auch der Kriegsgott nicht sehr günstig für die russisch-polnischen Imperialisten gestimmt ist.

Dafür, dass diese imperialistischen Neigungen keine Kriegsimprovisation bilden, ist die vor dem Kriege erschienene Literatur ein unverdächtig Zeuge. Ein gut patriotisch gesinnter und angesehener politischer Schriftsteller, Starezewski, schrieb 1912, als die politische Atmosphäre kriegsschwanger war, in einer umfangreichen Untersuchung über die polnische Frage folgendes: „... Unser politisches Ideal soll nicht die Gründung eines selbständigen Polens sein, sondern die Vereinigung aller polnischen Lande zu einem mit ehrlicher Autonomie ausgestatteten Organismus auf föderalistischer Grundlage im Rahmen eines großen europäischen Staates ...“ Als Begründung, führt Starczewski aus, dass heute, in dieser historischen Situation, „der Begriff des Staates viel umfassender ist, als der Begriff der Nation ... und dass die kleinen Nationalstaaten sehr bald zum Anachronismus werden.“

Nun aber schuf der Krieg in seinem Verlauf eine ganz neue Situation. Wie passten sich die herrschenden Klassen in allen Teilen Polens, besonders aber Russisch-Polens, dieser Kriegslage an. Änderten sie ihre imperialistischen Ambitionen entsprechend der neu geschaffenen Lage um?

## Aus unserm politischen Tagebuch.

In Bremen nimmt die Auseinandersetzung zwischen dem Parteizentrum und den Linksradiكالen ihren Fortgang in den Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins.

Genosse Knief, als Vertreter der Linksradiكالen, legte der Versammlung nach eingehender Begründung folgende Resolution vor:

1.

Die Konzentration des Kapitals ist in den entwickelten Ländern Europas wie in den Vereinigten Staaten Nordamerikas durch die Bildung der Kartelle, Syndikate und Trusts den wirtschaftlich bedeutsamsten Zweigen der Industrie, durch den Betrieb der Landwirtschaft mit den Methoden der kapitalistischen industriellen Produktion, sowie durch die Beherrschung des gesamten Wirtschaftslebens durch die Banken soweit vorgeschritten dass die Überführung des Kapitalismus in den Sozialismus schon jetzt ökonomische Notwendigkeit ist.

2.

Das historische Problem für die Verwirklichung des Sozialismus besteht in der Entwicklung der Macht der Arbeiterklasse durch die Entfesselung ihres Kampfes um die Eroberung der politischen Gewalt.

Angesichts der Tatsache, dass die Arbeiterschaft heute mehr als je zum unentbehrlichsten Faktor des wirtschaftlichen und politischen Lebens geworden ist, angesichts der Tatsache

ferner, dass der Krieg die ... Energien der Arbeiterklasse in dem Maße weckt und fördert, in welchem er den Kapitalismus und die gesamte bürgerliche Welt in immer tiefere, für die gegenwärtige Gesellschaftsordnung verhängnisvolle Widersprüche stürzt und die Klassengegensätze verschärft, ist das Auftreten der Arbeiterklasse selbst ... die Grundlage des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht in dieser letzten im Zeichen des Imperialismus stehenden Epoche des Kapitalismus.

3.

Die Entfesselung der Macht der internationalen Arbeiterklasse hat zur Voraussetzung die grundsätzliche, geistige wie organisatorische Trennung von den Sozialpatrioten in allen Ländern und ihre Bekämpfung als Klassenfeinde des Proletariats.

Ebenso notwendig aber ist die geistige und organisatorische Trennung vom Parteizentrum, das durch seine sozialpazifistische Propaganda des Abrüstens und der Schiedsgerichte, durch das Anrufen der Regierungen zur Herbeiführung des Friedens, durch sein Versagen in der Ausnutzung der Parlamentstribüne zur offenen Lösung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus und alle seine Äußerungen, durch sein Versagen in der Frage der Landesverteidigung, sowie durch sein Versagen im grundsätzlichen Kampf gegen den Sozialpatriotismus stets neue Verwirrung in die Köpfe und Reihen der oppositionellen Arbeiter trägt und dadurch den Sozialpatrioten und der Bourgeoisie, wenn auch unbewusst, Helferdienste leistet und den Durchbruch der Macht der Arbeiterklasse hemmt.

4.

Die durch die sozialpatriotischen Instanzen vollzogene Spaltung der Partei erfordert gebieterisch den schärfsten Kampf gegen die Sozialpatrioten und das Parteizentrum auch in den Gewerkschaften und Genossenschaften; sie erfordert ferner den unverzüglichen Zusammenschluss aller ... linksradikalen Elemente zu einer neuen ... Arbeiterpartei und sie erfordert endlich die Anbahnung des internationalen Zusammenschlusses der sozialistischen Arbeiterschaft durch die Fortführung des Werkes von Zimmerwald und Kienthal.

Dieser Resolution steht eine Resolution des Genossen Henke, des Führers des bremischen Parteizentrums, gegenüber, die folgenden Wortlaut hat:

Die Beschlüsse der Konferenz vom 7. Januar 1917 sind durch die Entwicklung der Parteiverhältnisse überholt und können für das Wirken der Opposition nur noch bedingt maßgebend sein.

Das Vorgehen des Parteivorstandes und Parteiausschusses sowie der sich ihnen anschließenden Bezirks- und Kreisvorstände hat insbesondere den entschiedenen, d. h. grundsätzlichen Kampf gegen die Politik vom 4. August und alle ihre Vertreter im Rahmen der Partei unmöglich gemacht.

Die Spaltung der Partei ist dadurch zu einer unverkennbaren Tatsache geworden und hat die gesamte Opposition vor neue Aufgaben gestellt.

Tat gegen Tat! Der Sozialdemokratische Verein Bremen erklärt sich nicht nur solidarisch mit allen durch die Gewaltmaßregeln des Parteivorstandes und seiner Gefolgschaft vergewaltigten Parteimitgliedern, er fordert diese auch auf und will ihnen, soweit sie im Bereich seines Wirkungskreises sich befinden, behilflich sein zum schleunigen, selbständigen organisatorischen Zusammenschluss.

Nichts richtiger als das Wort des Parteivorstandes: Es muss Farbe bekannt werden. Wer jetzt nicht mit der Opposition ist, der ist gegen sie.

Die organisatorische Zusammenfassung aller zum entschiedensten Kampf gegen die Sozialpatrioten und Sozialimperialisten bereiten Genossinnen und Genossen, sowie die Schaffung einer eigenen Presse ist deren vorerst dringendste Aufgabe. Nächst dem wird und muss sich, gedrängt und gefördert durch den Gang der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung die Austragung der grundsätzlichen und taktischen Gegensätze innerhalb der Opposition vollziehen.

Bis es möglich ist, die theoretischen und praktischen Resultate dieser Auseinandersetzungen zu ziehen, müssen für die Opposition im Allgemeinen das Erfurter Programm und die Beschlüsse der Parteitage wie der internationalen Kongresse gelten.

## Zeugen und Rufer.

Günstigste Bedingung für die Lohnarbeit ist möglichst rasches Wachstum des produktiven Kapitals, heißt nur: Je rascher die Arbeiterklasse die ihr feindliche Macht, den fremden, über sie gebietenden Reichtum vermehrt und vergrößert, unter desto günstigeren Bedingungen wird ihr erlaubt, von neuem an der Vermehrung des bürgerlichen Reichtums, an der Vergrößerung der Macht des Kapitals zu arbeiten, sich selbst die goldenen Ketten zu schmieden, woran die Bourgeoisie sie hinter sich her schleift.

Marx, Lohnarbeit und Kapital (1849).

\*

Und wie man im Privatleben unterscheidet zwischen dem, was ein Mensch von sich meint und sagt, und dem, was er wirklich ist und tut, so muss man noch mehr in geschichtlichen Kämpfen die Phrasen und Einbildungen der Parteien von ihrem wirklichen Organismus und ihren wirklichen Interessen, ihre Vorstellung von ihrer Realität unterscheiden.

Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte (1852).

\*

So wenig es euch gelingen wird, den Glauben zu erzwingen, hier ist ein Verbrechen, wo kein Verbrechen ist, so sehr wird es euch gelingen, das Verbrechen selbst in eine rechtliche Tat zu verwandeln. Ihr habt die Grenzen verwischt, aber ihr irrt, wenn ihr glaubt, sie seien nur in eurem Interesse verwischt. Das Volk sieht die Strafe, aber es sieht nicht das Verbrechen, und weil es die Strafe sieht, wo kein Verbrechen ist, wird es schon darum kein Verbrechen sehen, wo die Strafe ist.

„Rheinische Zeitung“ (1842).

\*

Die Sicherheit ist der höchste soziale Begriff der bürgerlichen Gesellschaft, der Begriff der Polizei, dass die ganze Gesellschaft nur da ist, um jedem ihrer Mitglieder die Erhaltung seiner Person, seiner Rechte und seines Eigentums zu garantieren. ... Durch den Begriff der Sicherheit erhebt sich die bürgerliche Gesellschaft nicht über ihren Egoismus. Die Sicherheit ist vielmehr die Versicherung ihres Egoismus.

Deutsch-französische Jahrbücher (1844).



Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 9/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 3. März 1917.

Nr. 9

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Wir und die Andern.

von P.L.<sup>8</sup>

... Aber welche Blasphemie  
musst er von dem Mönch jetzt hören;  
dieser sprach: „Der Tausves-Jontof  
möge sich zum Teufel scheren!“

„Gilt nichts mehr der Tausves-Jontof?  
Was soll gelten? Zeter! Zeter !!...“

Heine: Disputation.

Wenn Luther gegen Eck oder der toledanische Rabbi gegen den Gerardian der Kapuziner disputierte, ging es um nichts größeres als es jetzt geht in dem Kampf der Opposition gegen die in den sozialdemokratischen Instanzen vertretene politische, wirtschaftliche, geistige,

<sup>8</sup> Dieser Artikel entstammt der Feder eines hervorragenden Genossen der Gruppe „Internationale“. Wir bringen ihn gern zum Abdruck, umso mehr, als er durchaus dem Charakter der „Arbeiterpolitik“ entspricht. Worin wir von ihm abweichen ist nur die Auffassung, dass ein Teil der Arbeitsgemeinschaft sich noch zu dem Standpunkt des Linksradikalismus entwickeln könnte. Diejenigen Elemente der Arbeitsgemeinschaft, die, wie Herzfeld, Henke, Dittmann, den jüngeren Jahrgängen angehören, haben in den bald drei Kriegsjahren Zeit und Gelegenheit in Fülle gehabt, diese Entwicklung mindestens anzubahnen. Aber heute erklärt Herzfeld in aller Öffentlichkeit vor den Berliner Arbeitern, dass die Frage der Massenaktionen einstweilen nur akademischen Charakter habe, heute rührt Dittmann keinen Finger, wenn in seinem Blatte der heftigste Kampf gegen die Linksradikalen geführt wird, heute entwickelt Henke vor den Bremer Arbeitern eine Auffassung des Parlamentarismus, die völlig der alten parlamentarischen Praxis entspricht. Und das ist sozusagen das grünste Holz der Arbeitsgemeinschaft. Die Ideologie des Parteizentrums stützt sich auf ganz reale Dinge: sie ist der Ausdruck all der Interessen, die ihre Wurzeln in dem Gefüge großer, ausgebauter Organisationsformen haben, und sie unterscheidet sich hierin im Prinzip gar nicht vom Sozialpatriotismus und seinen Lebensbedingungen. Daher auch die Furcht der Arbeitsgemeinschaft vor einer nochmaligen organisatorischen Spaltung.

Redaktion der „Arbeiterpolitik“.

moralische Reaktion. Vielleicht sogar ging es damals um ein Geringeres. Man stritt ja nur um das Heil im damals wie heute unbekanntem Jenseits. Heute geht es um das Heil von Millionen Seienden, Brüdern, die bluten. Und um die Erlösung von Übeln, die nicht im Jenseits drohen; die im Hier und Jetzt sind und die jeder kennt, selbst wenn er, wie Scheidemanns G. m. b. H., nur eine Automobilreise zur Front gemacht hat. Es geht um eine Welt und um eine Weltanschauung.

In den Sinnen vielleicht den Gegensatz ahnend, in Worten ihn nicht aussprechend, in den Handlungen ihn vertuschend, hat die Arbeitsgemeinschaft bislang den Kampf geführt. In diesem Kampfe traten an die Stelle der Handlung die zwischen Haase und Ebert oder anderen „Vorkämpfern“ der bezüglichen bewährten Sache gewechselten Grobheiten. Von ihnen spricht man nicht. An die Stelle der Worte trat ein Aktenfäseikel und an die Stelle des Gedankens eine Phrase oder vielmehr zwei. Von diesen dreien ist zu reden.

Die die sozialdemokratischen Instanzen und die Arbeitsgemeinschaft trennenden Gegensätze werden ausgetragen unter der Form der Auslegung der §§ 24 ff. der Organisationsstatuten. Diese Paragraphen sind der Fels, auf dem Haase die Kirche der Zukunft will aufbauen. Der Parteivorstand ist aber ein „hartnäckiger und verstopfter Sünder“. Auf Haases „Bezugnahme“ auf den § 24 streckt Ebert die Zunge heraus, beruft sich Haase auf § 25, so macht ihm Ebert eine lange Nase, stützt Haase sich nun gar auf § 26 dieser heiligen Codicis so bezieht sich Ebert gegenbeweislich – auf Götz von Berlichingen. Dieser Prozess hat damit geendet, dass im abgekürzten Verfahren – im Wege der einstweiligen Verfügung, würden die Juristen sagen – die Firma Haase vor der Türe saß. Trotz der schönsten Paragraphen. Es ist eben kein Paragraphenprozess gewesen, sondern ein Kampf unter dem Faustrecht und im Faustrecht – Haase als guter Anwalt müsste das wissen – gibt es nur einen Rechtsgrund: die stärkere Faust.

Immerhin muss man gestehen: ganz in den Formen trockensten Zivilprozesses hat sich die Sache nicht abgespielt. Es gibt noch ideale Worte im Leben und moralische insbesondere. So haben beide Streitmächte den Kampf ihrer Führer mit einem lebhaften Schützenfeuer begleitet, in dem moralische Platzpatronen gegeneinander verfeuert wurden. Die beiden Chöre standen gegeneinander und sangen einen Wechselgesang:

Wir sind die Echten – Und wir sind die Gerechten. Das schwoll manchmal zu einer Stärke an, dass man denken musste an einen Sommerabend, an dem ein Hund an einem Froschteich stand. Die Frösche quakten und der Hund boll. Die Frösche quakten lauter und der Hund sah, dass es mit der Stimme nicht ging. Er sprang ins Wasser und schnappte zu. Darauf war plötzlich Ruhe.

Ich kenne die Psychologie des Froschteiches nicht, aber ich wette: selbst die Frösche bildeten sich nicht ein, sie hätten Weltgeschichte gemacht.

Doch nun ist der Prozess zu Ende und das Gequake hoffentlich auch und etwas Neues muss beginnen. Man kann nichts Neues schaffen ohne Klarheit. Das ist tausendmal gesagt und muss immer noch einmal wieder gesagt werden. Was will die Arbeitsgemeinschaft? Sie will die Kredite verweigern. Das ist gut und schön, kann aber nur Mittel zu einem Zweck sein, solange die Regierung den Krieg auch führt, wenn 377 statt 397 Abgeordnete die Kredite bewilligen. Was ist also der Zweck? „Hier stock' ich schon ...“ Hier ist der Punkt, wo statt eines Gedanken zwei Phrasen sind. „Verständigungsfrieden“ und „keinen Frieden um jeden Preis“. Ein Verständigungsfriede wird aller Voraussicht nach geschlossen werden, d. h. ein Frieden, bei dem nach wochen- oder monatelangem Handeln, Feilschen, Schachern die gegenseitigen Unterschriften unter ein Papier gesetzt werden, in dem das Versprechen von Frieden und Freundschaft und alle guten Wünsche bis zum nächsten Kriege enthalten sind.

Frieden, der kein Verständigungsfrieden, war, wurde auch schon geschlossen, Das ist aber schon lange her. Das war in alten Zeiten, als – wie wir so stolz es nennen – halb barbarische Völker über ganz barbarische herfielen, deren Könige köpften und dann Männer, Frauen und Kinder zu Sklaven machten. Einen solchen Frieden braucht Ledebour nicht zu befürchten. Wenn es nur auf die ankommt, die den „Verständigungsfrieden“ schließen, wird keinem König ein Härchen gekrümmt. Also seinen Verständigungsfrieden wird Genosse Ledebour haben. Er will aber – hier wird negativ definiert – keinen Frieden um jeden Preis. Man macht dem Reichskanzler mit Recht den Vorwurf, dass er seine Friedensbedingungen nicht nenne. Wäre ich Reichskanzler, so würde ich fragen: Herr Ledebour, was ist eigentlich der Preis für den Frieden, den Sie anlegen oder nicht anlegen wollen? Worauf vielleicht Genosse Ledebour antworten würde: „Wenn ich Reichskanzler wäre, würde ich es sagen“. Und der Reichskanzler dann nur antworten könnte: „Wenn ich Führer der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wäre, würde ich es auch sagen.“

Das alles in diesem Augenblicke noch einmal zu sagen, ist vonnöten. Denn der Kampf der Opposition innerhalb dessen, was sich noch heute Sozialdemokratische Partei Deutschlands nennt, ist mit dem 18. Januar 1917 in ein neues Stadium getreten. Der Hinauswurf ist perfekt. Der Parteivorstand hat gehandelt, hat Organisationsstatut und Thansoes-Sontef sich zum Teufel scheren lassen. Zeter! Zeter!! hat die „Leipziger Volkszeitung“ eine Woche und noch länger geschrien. Aber: was nun?

Für die Teile der Opposition, die abseits der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft standen, ist die Folge klar. Für sie ist das Verhältnis zur Organisation nur ein Mittel in dem Sinne, wie etwa ein Arbeiter in einen gelben Betrieb geht, um dort politische Arbeit zu leisten. Für sie war es ein Kampf im Kreis der Organisation, nicht um die Organisation. Kein Kampf ums „Recht“, sondern ein Kampf um politische Gedanken, kein Kampf um die „ordnungsmäßige Verwertung“ gezahlter Beiträge, sondern ein Kampf um politisches Handeln. Sie nimmt ihre Kraft aus den massebewegenden ökonomischen Gewalten, die dieser Krieg entfesselt; die Not, das Blut, die Verarmung, die Aufreibung des Mittelstandes, die Vernichtung von ungezählten Existenzen sind für sie – nicht, wie die Chemnitzer Volksstimme seufzend meinte, „bald wieder vorübergehende“ – die unerbittlichen Folgen dieses Krieges, die ihre politischen Formen finden müssen. In alledem war der organisatorische Kampf nicht mehr an Bedeutung, als wenn einst Bebel den Kampf gegen den Militarismus damit führte, dass unter anderem auch die Offiziere der Kavallerieregimenter zu viel Litzen am Waffenrock trügen. Also ein Teil, ein Teilchen des Kampfes. Für die Arbeitsgemeinschaft aber das Wesen des Kampfes. Und damit ist die Gemeinsamkeit umschrieben, die zwischen der Arbeitsgemeinschaft und dem linken Teil der Opposition bisher bestand. Zugleich freilich auch gezeigt, dass selbst in diesem schmalen Saum die Wege sich künftig nicht mehr berühren. War der Kampf um die Organisation bisher ohne Wesen, so ist er jetzt ohne Sinn. Auf dem Gebiete des Organisationsstatutes ist der Prozess verloren: trotz vermehrten Krähens wird der Fuchs dem Raben den Käse nicht mehr zurückgeben. Noch weiter der Massen Blick auf dieses Kampfbjekt lenken, heißt sie von der Niederlage zu ebenso sicheren, künftigen Niederlagen führen und heißt die Demoralisation in die eigenen Reihen tragen.

Bleibt freilich noch ein anderes: in den Organisationen kämpfen. Nicht um die Sekretärposten, nicht um die Sitze als Vorstand und Kassierer, und nicht um die wohl durch die Bank um dreiviertel bankrotten Parteigeschäfte. Sondern um von innen heraus das Ungetüm zu zersetzen, um politische Aktionen zu stören, um die Maschine zu sabotieren. Das mag gehen, hat aber die große Gefahr, dass in der Diaspora die Kräfte sich zersplittern. Was nottut und was heute nicht mehr auf morgen verschoben werden kann, ist einheitliche Leitung und Sammlung der oppositionellen Kräfte. Das neue Leben, das längst schon aus den Ruinen

gesprossen, muss sichtbar werden und sein eigen Leben führen wollen. *Die Organisation der Linken durchs ganze Reich muss Tat werden.*

Und wie wird dazu die Arbeitsgemeinschaft stehen und wie werden wir zu ihr es tun? Ist eine politische Verständigung möglich? Ich sage rund heraus: wenn die Arbeitsgemeinschaft stehen bleibt, wo sie steht, dann nein. Nein, nicht nur, weil in den letzten Enden die Gedanken auseinander gehen, nein: weil die gegebene politische Situation den jetzigen „Prinzipien“ der Arbeitsgemeinschaft und ihr selbst den Tod muss bringen.

Sie will nicht den Frieden „um jeden Preis“. Ist der Friede Lloyd Georges in ihrer Preislage? Oder ist ihr etwa der Preis zu hoch? Dann wird sie vielleicht „das Vaterland verteidigen“ müssen, vielleicht gar bald. Man sah dieser Tage in französischen Zeitungen eine Weltkarte, auf der Deutschland und was mit ihm geht, weiß, und was gegen Deutschland im Felde steht oder stehen wird, schwarz gezeichnet war. Einem deutschen Patrioten konnte gruselig werden ob diesem Bilde. Es gab einmal eine Zeit, in der sich eine taktische Verbindung denken ließ zwischen denen, die den Krieg prinzipiell und denen, die ihn als Angriffskrieg bekämpfen. Die Zeit war einmal. Nur schade, dass damals gerade so erleuchtete Feldherren wie Kautsky und Bernstein versagten.

Sie will auch all die schönen Dinge, die wir unter dem Namen Pazifismus jahrzehntelang verlacht haben und die wir jetzt im Kriege als „Sozialismus“ neu erstehen sehen. Vielleicht – wer kann es wissen? – wird dieser Pazifismus aus amerikanischen Friedensnoten sich hinüberretten in die stilleren Gewässer der „Neuen Zeit“. Doch wehe. Schon bläst Äolus-Ebert die Backen auf: der kommende Sturm wird Kautsky verjagen, der Pazifismus aber wird ein sozialpatriotisches Wimpelchen aufsetzen und bleiben.

Wir können nicht stehen bleiben, wir können nicht rasten. Selbst für den Kampf des Tages und der Stunde ist keine Gemeinsamkeit mehr. Man tauscht kein Schwert gegen einen Pappensäbel um der Gleichheit der Waffen willen und wegen der „Gemeinschaftlichkeit“ des Kampfes. Nicht uns, der Arbeitsgemeinschaft ist jetzt die Frage ihres Schicksals gestellt. Die Zeiten sind zu ernst zum Tanzen; man muss jetzt stehen oder sterben. Das mag noch klingen wie eine Hoffnung auf die Arbeitsgemeinschaft. Ja und nein. Ja: was ehrlicher revolutionärer Wille ist, schlecht erkanntes aber recht gefühltes proletarisches Interesse in den Scharen der Arbeitsgemeinschaft – das muss jetzt erwachen. Nein: jene „oppositionelle“ Trainatke der Bernstein und Kautsky – ein Siebzjähriger glaubt, das Kindlein unter dem Herzen einer jungen Frau sei seiner Lenden Kraft zu danken – ist hoffnungslos. Die Zeit wird bald wahr machen, was Kautsky jüngst meinte: in Deutschland gäbe es niemanden, mit dem er politisch so verbunden sei, wie mit Bernstein. Sie dürfen aber in ihr politisches Grab mit hinübernehmen das Lob, dass sie allezeit fest und treu am Statut der Partei gegegangen haben. So fest wie der Gehenkte am Strick.

## Unterm eigenen Banner.

3.

Die Bildung einer eigenen linksradikalen Partei unter Ausschluss des Parteizentrums ist ganz besonders im Hinblick auf die taktische Grundlage des Kampfes der Linksradikalen geboten. Das organisatorische Zusammengehen mit dem Parteizentrum würde nichts anderes bedeuten als die Fortsetzung der inneren Kämpfe, wie sie die Partei in ihrer letzten Epoche durchwühlt haben; denn dieselben tiefgehenden Gegensätze, die ehemals in der Partei bestanden, würden in die neue Partei der Gesamtopposition übernommen werden. Es hieße von vornherein die Partei durch innere Kämpfe in ihrer Aktionsfähigkeit nach außen

schwächen, wollte man das Zentrum mit übernehmen. Es gilt aber, eine Partei zu schaffen, deren innere Gegensätze auf das denkbar geringste Maß zurückgedrängt sind, um so die Stoßkraft der Partei nach außen möglichst groß zu machen. Man erinnere sich der mit äußerster prinzipieller Schärfe geführten Auseinandersetzungen über die Frage des Massenstreiks, wie sie vor dem Kriege zwischen Kautsky und Pannekoek stattfanden; man erinnere sich des leidenschaftlichen Kampfes der Linksradikalen gegen die Dämpfungs- und Cunctatortaktik; man erinnere sich des Gegensatzes in der Frage des Imperialismus, wie er in Chemnitz hervortrat. Und in all diesen Fragen hat das Zentrum bis heute noch nicht im Mindesten umgelernt. Und wenn in der neuesten Erklärung der Arbeitsgemeinschaft zur Ablehnung der Kriegskredite die Formel der Abrüstung und der Schiedsgerichte unterdrückt wurde, so ist das dasselbe Verfahren, als wenn nach der Kritik der Geyerschen Erklärung vom 21. Dezember 1915 die haltlose Formel von der Sicherung der Grenzen und später sogar jeder Hinweis auf die Frage der Landesverteidigung in den Erklärungen der Arbeitsgemeinschaft verschwand, ohne dass etwas Positives im Sinne des Linksradikalismus an die Stelle gesetzt wurde. Man nähert sich dem Linksradikalismus nicht dadurch, dass man den wichtigsten politischen Fragen gegenüber Straußenpolitik treibt. Man hat in jeder Situation unumwunden seine Meinung zu all diesen Fragen zu sagen. Und ganz besonders haben das die sozialistischen Parlamentarier zu tun, wenn anders sie begriffen haben, in welcher Weise sie die Parlamentstribüne im Sinne des Linksradikalismus auszunutzen haben. Indem die Arbeitsgemeinschaft darauf bewusst verzichtet, beweist sie stets aufs Neue, dass zwischen ihr und uns kein gemeinsames Wirken zustande kommen kann.

Nun unterliegt keinem Zweifel, dass der Klärungsprozess zwischen dem Parteizentrum und den Linksradikalen in den Organisationen vorderhand noch nicht so weit vorgeschritten ist, dass den Arbeitern die sachlichen Gegensätze, die zwischen diesen Richtungen bestehen hinreichend zum Bewusstsein gekommen wären. In den Arbeitern lebt vielfach, noch ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl mit allen Elementen der Opposition, das ihnen das Verständnis für die Notwendigkeit auch der organisatorischen Spaltung mit dem Zentrum außerordentlich erschwert. Und ganz besonders handelt es sich dabei um die älteren Arbeiter, die noch in der Tradition des ausschließlichen Kampfes gegen den Revisionismus befangen sind, während den jüngeren Arbeitern bereits die Elemente des neuen historischen Gegensatzes zum Parteizentrum zum Bewusstsein gekommen sind; wie denn überhaupt das Hauptrekrutierungsfeld des Parteizentrums unter den älteren, in der ausschließlichen, intensiven organisatorischen Kleinarbeit ergrauten Arbeitern zu suchen ist. Diese Arbeiter sind es auch, die, erfüllt von dem rein organisatorischen Gedanken, vor einer nochmaligen Spaltung der Opposition am meisten zurückschrecken, in dieser Spaltung eine Schwächung der neuen Partei sehen. Sie sind noch ganz befangen in der Vorstellung, dass die Stärke der Organisation nur in der Zahl der Organisierten besteht. Demgegenüber erblickt der Linksradikalismus die Bedeutung der Organisationen nicht in der numerischen Größe ihrer Mitgliederzahlen, sondern in ihrer Kampffähigkeit, und die Linksradikalen sind auf Grund der Erfahrungen und der Ergebnisse der hinter uns liegenden Epoche der Arbeiterbewegung zu der Erkenntnis gelangt, dass Kampfkraft und hohe Mitgliederzahl durchaus nicht in geradem Verhältnis zu stehen brauchen.

Die Schwierigkeit der Klärung des Gegensatzes zwischen Parteizentrum und Linksradikalen ist naturgemäß da am größten, wo ganze oppositionelle Organisationen durch die sozialpatriotischen Instanzen ausgeschlossen worden sind; so in Berlin, Leipzig, Bremen. Und die Aussicht für die Linksradikalen, in diesen Organisationen den entscheidenden Einfluss zu gewinnen, ist wiederum dort am geringsten, wo eine intensive linksradikale Propaganda nicht zustande kommen konnte. So rächt sich in Berlin jetzt die Zentrumspolitik des alten „Vorwärts“ an den Linksradikalen. Ebenso liegt es in Leipzig. Und in Bremen

versuchte Henke rechtzeitig, die ihm so unbequeme Kritik der Linksradikalen in der „Bremer Bürger-Zeitung“ zu unterbinden, was mit zur Gründung der „Arbeiterpolitik“ geführt hat.

Nun lässt sich die neue Internationale Sozialistische Partei Deutschlands nicht in Zirkeln und Konventikeln von heute auf morgen organisieren. Sie kann nur das Produkt des Kampfes gegen das Zentrum sein, der wesentlich auf dem Boden der oppositionellen Organisationen ausgefochten werden muss, die aus der alten Partei ausgeschlossen wurden. Hier gilt es in der Übergangszeit, in die wir nunmehr eingetreten sind, den Kampf gegen das Zentrum weiterzuführen, um so für unsere Ideen zu wirken und die Vereine zur Entscheidung für uns oder für die Zentrums politik zu bringen. Zu diesem Zwecke ist es nötig, dass sich die Linksradikalen überall zusammenschließen, dass sie sich fortgesetzt untereinander verständigen, den Resolutionen und Manifesten des Zentrums ihre eigenen Entschlüsse entgegenstellen. Dieser Kampf wird zur Bildung einer besonderen Partei der Internationalen Sozialdemokraten führen, in organischer, für die Arbeitermassen verständlicher Weise. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Zentrumsleute diesen Prozess durch Gewaltakte gegen die „disziplinlose“ Opposition beschleunigen. Die Vorgänge in Berlin lassen damit rechnen. Aber wir brauchen derartige Gewaltakte nicht zu fürchten; sie werden den Arbeitern nur noch schneller die Augen darüber öffnen, wie notwendig die Trennung von den Zentrumsleuten ist.

In den Orten aber, wo die Linksradikalen der sozialpatriotischen Mehrheit gegenüberstehen, wo sie aber formell noch nicht ausgeschlossen wurden, gilt es, eigene linksradikale Organisationen zu gründen, was den sofortige Ausschluss zur Folge haben wird.

Zur Verständigung der Linkradikalen untereinander und zum Kampfe gegen Parteizentrum und Sozialpatrioten ist es nötig, eine eigene Presse zu schaffen. Da die äußeren Schwierigkeiten hier sehr groß sind, empfiehlt es sich, für größere Gebiete ein gemeinsames Organ zu gründen. Die speziellen lokalen Bedürfnisse könnten durch ein besonders am Orte selbst redigiertes und gedrucktes Mitteilungsblatt, das dem Hauptorgan beigelegt würde, berücksichtigt werden.

Wir fassen unsere Ausführungen zusammen: zentraler und lokaler Zusammenschluss der Linksradikalen zwecks gemeinsamen Kampfes für die linksradikalen Ideen in den Oppositionsvereinen, die durch die Spaltung der Partei entstanden sind, Schaffung eigener linksradikaler Organisationen, wo die Linksradikalen der sozialpatriotischen Mehrheit gegenüber in aussichtsloser Minderheit sind, Teilnahme an den Konferenzen der Opposition zwecks Klärung der Gegensätze zwischen Linksradikalen und Parteizentrum zur Förderung des Spaltungsbeschlusses: das ist der Weg zur Bildung der linksradikalen Partei. Möge schon die bevorstehende Konferenz der Arbeitsgemeinschaft die Linksradikalen auf diesem Wege zur eigenen Partei, zum Kampfe unter dem eigenen Banner in Einigkeit voranschreiten sehen.

## Das Zentrum der Partei und die Kriegsfragen.

### 1. Die Aussichten des Imperialismus.<sup>9</sup>

Schon in den ersten Diskussionen im Jahre 1911 die die Scheidung zwischen Linksradikalen und Zentrum anbahnten, spielte die Frage von der Zukunft des Imperialismus

---

<sup>9</sup> Wenn auch nicht zur Vorbereitung der von der Arbeitsgemeinschaft einberufenen Konferenz geschrieben, so erscheinen die Artikel *Karl Kautskys* über die Kriegsfragen (Nr. 13, 14, 19 und 20 der „Neuen Zeit“) sehr glücklich vor ihr, um die zentrierte Politik in allen ihren Widersprüchen zu zeigen, und den oppositionellen

eine entscheidende Rolle. Wir vertraten die Auffassung, dass er die Politik des Kapitalismus in seiner letzten, dem Sozialismus vorangehenden Epoche sei. Nicht als ob er die Interessen aller Schichten der Bourgeoisie direkt vertreten würde. Er vertritt die Interessen nur der führenden Schichten des Kapitals. Aber diese Schichten (das Finanzkapital, die schwere Industrie) gewinnen in den kapitalistischen Staaten immer mehr an Gewicht, und es ist eine reaktionäre Utopie, ihre Politik in die friedlich-freihändlerischen Geleise zurückführen zu wollen. Die imperialistische Politik bedeute aber nicht nur die Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt, sondern auch in der Weltpolitik und sie müsse schließlich zu einem Weltkrieg führen, wenn das Proletariat nicht die Gewalt an sich bringe. So behaupteten die Linksradikalen.

Demgegenüber vertrat Kautsky die Auffassung, dass die internationale Versippung des Kapitals einen wichtigen Friedensfaktor darstelle, der durch die Friedensinteressen gewisser Teile der Bourgeoisie, die unter dem Imperialismus leide, gestärkt werde. Das Proletariat müsse die bürgerliche Friedensbewegung unterstützen, Abrüstung, Schiedsverträge usw. fordern. Es sei noch zu schwach, um den Kapitalismus abzuschaffen, aber es könne ihm den Frieden aufzwingen. Wir bekämpften diese Auffassungen und suchten zu beweisen (wir nennen nur die Abhandlung in der besonderen Beilage der „Bremer Bürger-Zeitung“ zum Chemnitzer Parteitag 1912, die die erste Phase der Diskussion abschloss), dass solange die Bourgeoisie am Ruder bleibt es – trotz mancher Stillstandsmomente – zu einer immer größeren Verschärfung der internationalen Gegensätze kommt. Wenn Kautsky auf Teilbündnisse zwischen einzelnen kapitalistischen Staaten hinweist als auf den Beweis, dass eine Verständigung möglich sei, so vergisst er, dass es sich nur um eine Konzentration der größten imperialistischen Gegensätze zu desto allgemeinerem Kampfe handle. Kommt es zu Verständigungen über Rüstungen, so handle es sich nur um einen vorübergehenden Waffenstillstand.

Dass der Gang der Ereignisse uns und nicht Kautsky Recht gab, brauchen wir nicht erst zu beweisen. Irgendwelche bürgerliche Friedensbewegung, die sich dem Kriege entgegensetzen sollte, war nicht vorhanden, die imperialistischen Koalitionen erwiesen sich als Mittel der Verallgemeinerung des Krieges. Wir waren nur insoweit im Unrechten, als wir die angeblichen Überschätzer der Macht des Imperialismus und seine Kraft noch unterschätzten: denn selbst das Proletariat erwies sich als aktive Friedenskraft ohne jede Bedeutung. Als sich Kautsky von den ersten Kriegsschlägen erholt, die erste wichtigste Arbeit erledigt hatte (nämlich zu beweisen, dass die Politik des 4. August wohl mit dem Internationalismus zu vereinigen sei, wenn sie nur aus guten, internationalen Rücksichten getrieben wird), begann er von neuem sein sozialpazifistisches Lied zu singen. Die europäische Bourgeoisie wird kein Geld hassen, um nach dem Kriege imperialistische Politik zu treiben, der Gegensatz zu den Vereinigten Staaten Amerikas wird sie zusammenführen, große Kreise des Bürgertums werden gegen den Imperialismus aufstehen usw. Also: Proletarier aller Länder, vereinigt

---

Arbeitern vorzudemonstrieren, dass das „vorläufige Banner“, das ihm die Zentrumsleute mit der unschuldigsten Miene in die Hand drücken wollen, kein Kampfbanner des Sozialismus, sondern ein aus pazifistischen und sozialpatriotischen Fetzen zusammengefleckter durchlöcherter Regenschirm ist, mit dem man sich kaum in die Stürme der Zeit hinauswagen kann. Gleichzeitig mit den Kautskyschen Artikeln erschien in Bern eine Broschüre *Spektators*: „Vaterlandsverteidigung und Auswärtige Politik der Sozialdemokratie“. (31 S.) *Spektator* ist ein ehrenwerter Mitarbeiter der „Neuen Zeit“, er hat mehr Bücher gelesen, als er verdauen kann. Ein solch gelehrtes Haus verdient achtungsvolle Behandlung. Da er aber Kautsky nur abgesehen hat, wie er sich räuspert und spuckt, wird er uns nicht verübeln, wenn wir ihn nur da heranziehen, wo er die Argumente Kautskys „ergänzt“. Dass wir den *Famulus* nur in Fußnoten behandeln, erfordert die Achtung vor dem Magister.



euch, um die Bourgeoisie zur Verständigung zu bringen, brecht der kapitalistischen Rose die Dornen ab, aber lasst sie weiter blühen.

Wir antworteten auf diese Ausführungen Kautskys in unserer Artikelserie „Staat, Nation, Imperialismus“, dass die Verarmung Europas durch den Krieg nur die der Volksmassen (des Proletariats und des Kleinbürgertums) sei, dass sie die Bereicherung der führenden kapitalistischen Schichten bedeute, dass, wenn dem Kapital in den Kolonialländern große Profite winken werden, es weiter Kapital exportieren wird, dass, wenn die Vereinigten Staaten und Japan, dank dem Kriege, die Vorhand bekommen, sie eben die imperialistische Politik treiben werden, dass der Gegensatz zu Amerika nicht allgemein sei, dass es umgekehrt zum Mittelpunkt einer neuen imperialistischen Koalition wird. Kurz und gut: Keine Ära des Friedens, sondern neuer imperialistischer Kriege drohe, und nicht die pazifistische Reform des Imperialismus, sondern seine Abschaffung durch eine grundsätzliche Umwälzung müsse das Ziel des Proletariats sein.

Kautsky blieb auf alle diese Argumente die Antwort schuldig. „Kennt ihr die Fabel? Ja? Wenn ja, dann kann ich sie euch noch einmal erzählen“ – so leitet ein jovialer Junker in einer alten polnischen Komödie die Rezitation von Fabeln ein, die seine Hörer schon hundertmal gehört haben. So ein Herr Jowialski ist auch der führende Theoretiker des Parteizentrums. „Was sich im Imperialismus durchsetzt, ist ein Streben, das nicht ihn allein kennzeichnet, das Streben nach Extraprofit. Dieses freilich ist untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden,<sup>10</sup> es kann nur verschwinden mit diesem, nur durch den Sozialismus überwunden werden. Aber der Imperialismus ist nur eines der Mittel, Extraprofit zu gewinnen, nicht das einzige. Wird dieser Weg dem Kapital gesperrt, sucht er sich andere Wege“, – erzählt Kautsky zum xtenmale in der „Neuen Zeit“ vom 16. Februar. Und er weist auf die „Wandlungen“ hin, die sich in der imperialistischen Politik der Großmächte anbahnen. Schon indem ein imperialistischer Staat sich mit den anderen verständigt, Bündnisse schließt, hat er „den Weg zu einer erheblichen Modifikation ... beschritten“, wiederholt er wie ein Star, denn dem Wesen des Imperialismus nach müsste jeder von ihnen für seinen eigenen Magen beanspruchen.

Wenn sich nun einige imperialistische Staaten verständigen, um einer Koalition anderer, gleiche Zwecke verfolgender Staaten die Beute abzujagen, warum sollen sie sich nicht überhaupt verständigen? „Es ist keinesfalls ausgeschlossen, dass der jetzige Krieg damit endet, dass die Imperialisten der führenden Großmächte beider Lager sich über die Teilung und Ausbeutung der Welt verständigen. ... Die imperialistische Internationale mag den Weltfrieden bringen, ja unter Umständen sogar sichern, aber umso planmäßiger und riesenhafter wird sich in diesem Falle die Ausbeutung der Welt durch das internationale syndizierte Finanzkapital gestalten.“

Wie der Leser sieht, hält Kautsky an seiner Illusion über die Rolle der imperialistischen Bündnisse fest; er wandert weiter wie ein Blinder in der vom Weltkrieg erschütterten Welt herum, hält Kriegswaffen für Friedensinstrumente, und träumt seinen Traum vom Frieden im

---

<sup>10</sup> Verehrter Spektator! Spitzten Sie die Ohren und schreiben Sie in ihrer Broschüre (S. 29) den Satz: „Es handelt sich (bei der imperialistischen Politik) immerhin bloß um *Extraprofite*, nicht um den Profit selbst. Auf *Extraprofite* verzichtet man, wenn es nicht anders geht“ usw. Spektator scheint als den Typus des modernen Kapitalisten einen kleinen Krämer anzusehen, der sich duckt. Das Großkapital der imperialistischen Staaten wird um den Extraprofit bis zum Letzten kämpfen, bis es mit dem Extraprofit [Profit?] zusammenfällt. Jetzt nachdem es von Kautsky „selbst“ beglaubigt ist, wird es wohl auch der Famulus glauben.

Kapitalismus, und schläfert die Arbeiter mit diesem Liede ein.<sup>11</sup> Aber, aber tun wir Kautsky nicht Unrecht? Sagt er doch, dass ein imperialistischer Weltfriede „nur eine unter vielen anderen Möglichkeiten des Kriegsabschlusses“ sei, und dass dieser eine „umso planmäßiger und riesenhaftere Ausbeutung der Welt durch das international syndizierte Finanzkapital“ bedeuten würde! Nein, wir tun ihm nicht Unrecht! Diese theoretischen Zugeständnisse, die er hier den Linksradiكالen nach sechsjähriger Diskussion im Punkto des imperialistischen Weltfriedens als Vergrößerung der Ausbeutung macht, drücken seiner Politik den Stempel einer durch und durch konterrevolutionären Politik auf.

Würde er wie der brave Spektator<sup>12</sup> alle umwälzenden sozialen Möglichkeiten, die die Krise des Imperialismus eröffnet, in absehbarer Zeit für unmöglich halten, so müsste man auch dann die Stärkung des Kapitalismus durch die pazifistische Agitation ablehnen, aber sein Handeln würde seiner Auffassung von dem Charakter der bevorstehenden Epoche entsprechen. Er wäre nur Opfer seines Unverständes. Aber so ist es nicht. Kautsky ist überzeugt, dass die ökonomischen Verhältnisse für den Sozialismus schon reif sind. (Er hat dies gegen Cunow noch im Jahre 1915 behauptet.) Er hält verschiedene Möglichkeiten der Lösung der Weltkrise, die seit zweieinhalb Jahren das Proletariat vernichtet, für objektiv gegeben: der Beginn der grundsätzlichen Umwälzung als Folge des Krieges ebenso als eine Festigung des Kapitalismus durch seine Verständigung, eine Verstärkung seiner Ausbeuterkraft. Niemand kann - nach seiner Überzeugung - sagen, welche Möglichkeit wahrscheinlicher ist. Der Ausgang hängt aber auch von der Politik des Proletariats ab, von der Kraft, die es in die Waagschale der Geschichte wirft. Die allgemeine Richtung unserer Propaganda, unserer Agitation, unserer Aktion ihr Charakter ist nicht nur Resultat der Verhältnisse, sondern auch einer der für die Kraft des Proletariats entscheidender Faktoren. Und trotzdem tut dieser führende Theoretiker der 2. Internationale, zu dem noch heute Tausende und Tausende als zum Lehrer der revolutionären Politik hinaufblicken nichts, um die politischen Kräfte, die er beeinflusst, in die Richtung einer Politik zu lenken, die für eine grundsätzliche Umwälzung arbeitet, sondern er stellt sich praktisch von vornherein auf den Boden der zweiten Lösung, der Verständigung der imperialistischen Staaten, die nach seiner Überzeugung die Ausbeutung der Welt nach planmäßiger, noch rücksichtsloser gestalten wird.

Hier ist der unüberbrückbare Gegensatz zwischen uns Linksradiكالen und dem Zentrum. Nicht um theoretische Spintisierereien handelt es sich, sondern um die Grundrichtung unserer Politik. Es kann sich später herausstellen, dass wir das Tempo der Bewegung überschätzt haben. Größere als wir, unsere Altmeister, haben es sogar oft überschätzt. Und trotzdem war ihre aus dieser Überschätzung des Tempos der Entwicklung entstammende Politik richtig.

---

<sup>11</sup> Der gute *Spektator* zitiert sogar die Rede Herrn Bethmann-Hollwegs und die Bemühungen Mister Wilsons für die Schaffung einer „zwischenstaatlichen Organisation“, als Beweis des Realismus der zentrierten Politik. Wir wissen nicht, ob wir dem Zentrum oder Herrn Bethmann-Hollweg oder Wilson zu diesem Jünger Kautskys gratulieren sollen.

<sup>12</sup> Der Kautskysche Adjutant *Spektator* lehnt jede Umwälzungsperspektive für absehbare Zeit im vornhinein ab: „Wenn es sich nicht bloß um moralische Kundgebungen, sondern um wirkliche proletarische Massenkämpfe handelt, (so) sind diese nicht bald zu erwarten. Jedenfalls gerade nicht sofort nach diesem Kriege.“ (S. 7.) „Dass auf den Krieg sofort die soziale Revolution folgen würde, wird wohl kein ernst zu nehmender Mensch behaupten“. (25.) Wenn sie aber nicht „sofort“, d. h. an einem bestimmten Datum „beginnt“, dann muss der „ernst zu nehmende“ - mit Respekt zu sagen - Theoretiker des Marxismus Herrn Bethmann-Hollweg und Wilson als die Verkünder des Weltfriedensgedankens feiern. Und das alles wirft nur so mit dem „Marxismus“, „Dialektik“ usw. herum!

Denn wenn es nur unter vielen eine Möglichkeit gibt, eine soziale Krise zu lösen, so ist es eine Pflicht jedes Sozialdemokraten, seine Politik auf dieses Ziel einzustellen, denn nur dadurch werden die darauf hinarbeitenden Kräfte – inwieweit es von der Sozialdemokratie abhängt – gestärkt. Wohlgedenkt: es handelt sich nur um die Richtung der Propaganda und Agitation und Verschärfung der schon bestehenden Konflikte. So haben es Marx und Engels ihr lebenslang getan. Aber wer die Möglichkeit einer Lösung zugibt, und nicht aus allen Kräften, mögen sie klein oder groß sein, für sie eintritt, der mag Bibliotheken über Marxismus zusammengeschrieben haben, mag der beste Marxphilologe, Marxapologet sein, mit der marxistischen Politik hat er nichts zu tun. Wenn er aber dazu, nachdem er die Möglichkeit, der Lösung der Weltkrise angenommen hat, für eine kapitalistische eintritt, indem er die Fahne des Pazifismus im Lager des Proletariats aufpflanzt, der gebraucht den Namen des Marxismus, nur zur Verdeckung einer ihrem Wesen nach konterrevolutionären Politik.

Und dass die Politik, die Kautsky vertritt, objektiv nichts anderes darstellt als einen Kampf gegen die aufwachenden Kräfte der Internationale, als eine Irreführung der sozialistischen oppositionellen Arbeiterschaft, das beweisen, wie die Taten des Zentrums, Kautskys Ausführungen über die Mängel der linksradikalen Formel vom imperialistischen Kriege. Darüber im zweiten Artikel.

## Die polnische Frage in ihrer Entwicklung.

Von M. Bronski.

### Polens Kriegsziele.

Die deutschen Siege über Russland schufen eine neue Situation, die die herrschenden Klassen Polens zwang, sich dieser neuen Lage anzupassen. Vor allem wurde die vor dem Kriege herrschende Ansicht bekämpft, als ob die kapitalistische Entfaltung Russisch-Polens, an die Zugehörigkeit zu Russland aufgebaut ist. Mit großem „theoretischen“ Aufputz wurde „zahlenmäßig“ bewiesen, dass Polen wirtschaftlich unabhängig sein *kann*, dass die russische Wirtschaftspolitik nur schädlich für die polnische Volkswirtschaft ist. Darum ist die staatliche Zusammenkoppelung mit Russland nicht notwendig.

„Auf die Gestaltung der Anschauungen über die Bedingungen wirtschaftlicher Entwicklung Polens übte die Arbeit von Frau Rosa Luxemburg, ‚Die industrielle Entwicklung Polens‘, einen großen Einfluss“, schreibt ein Herr Marcell Lewy, Verfasser einer unlängst erschienenen größeren Arbeit über „Die russische Zoll- und Tarifpolitik“. Er stellte sich zur Aufgabe, eine Kritik der ökonomischen Politik der zaristischen (!) Regierung in Bezug auf Polen zu geben, in der Meinung, dass damit auch die Ansichten der Genossin Luxemburg abgetan worden seien. Wie der Verfasser selbst erklärt, „würden ihre, d. h. R. Luxemburgs Ansichten zuerst nur von einem Teil der radikalen Linken aufgenommen, im Laufe der Zeit aber drangen sie in die gesamte Gesellschaft durch, und aus den Tatsachen und Schlussfolgerungen der Frau Luxemburg wurden weitgehendsten Konsequenzen für den Aufbau der politischen Programme gezogen ...“<sup>13</sup>

Die Annahme, dass die wirtschafts-politischen Ansichten eines revolutionären Marxisten einen Einfluss auf die politische Programmbildung der herrschenden Klassen ausüben könnten, gehört zur politischen Humoristik. In Wirklichkeit war es umgekehrt. Die

---

<sup>13</sup> Marcell Lewy. Das ökonomische Leben des Königreichs Polen. Bd. 1. Russische Zoll- und Eisenbahntarife und ihr Einfluss auf das ökonomische Leben des Königreichs Polen. Warschau 1915. (Polnisch.)

wirtschaftliche Tätigkeit der herrschenden Klassen Russisch-Polens führte zu politischen Konsequenzen sowohl für die Bourgeoisie wie für das Proletariat. Diese politischen Konsequenzen für die polnische Arbeiterklasse zu ziehen war eben nur möglich, indem man den Tatsachen scharf ins Auge blickte. Wie es nicht die Aufgabe der polnischen Sozialdemokratie war, für die kapitalistische Entwicklung Polens zu sorgen, so war es nicht ihre Aufgabe, die politischen Programme der polnischen Bourgeoisie zu formulieren. Wenn dagegen ein Teil der bürgerlich-nationalistischen Elemente heute das Bedürfnis fühlt, die politischen Programme der polnischen Bourgeoisie zu ändern, so zeugt das nicht von der Unrichtigkeit der Ansichten von Rosa Luxemburg und polnischer Marxisten in der polnischen Frage, sondern eben von einem Auftauchen eines Bedürfnisses, der neugeschaffenen wirtschafts-politischen Situation ein neues politisch-ideologisches Gewand zu geben. Der König ist tot, es lebe der König! Die russischen Absatzmärkte, der russische Imperialismus ist für die polnische Bourgeoisie auf dem Wege, verloren zu gehen – nun ist man bestrebt, neue Wege zur weltpolitischen Geltung zu suchen.<sup>14</sup>

Wenn es vor dem Krieg sowohl für die Industriellen wie für die Agrarier hieß: höhere Schutzzollmauern gegenüber Deutschland und Österreich-Ungarn, ohne den Kampf gegen die schädliche Wirtschaftspolitik des Zarismus zu führen, so sucht man jetzt alle diese reaktionären, bürokratischen und kleinlich-nationalistischen Maßnahmen herauszubringen, ohne freilich den Grundcharakter der polnischen kapitalistischen Wirtschaftspolitik fallen zu lassen: kein Verzicht auf den russischen Absatzmarkt.

*Politisch* haben sich die herrschenden Klassen insofern den neuen Tatsachen angepasst, als sie ihre politischen Forderungen Russland gegenüber erweiterten. Wenn früher von ihnen die Autonomie des vereinigten Polens gefordert wurde, stellen sie heute das Ziel auf vollständige staatliche Unabhängigkeit auf, wobei natürlich die „Unabhängigkeit“ der selbständigen Regierung eine wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit von Deutschland bedeuten soll.

Selbst die nationalistischen Elemente der Gegenwart, die sich in der Rolle politischer Führer Polens gefallen, stellen Ideale auf, die den wahren Charakter der polnischen Frage in der Gegenwart offenbaren. Es genügt nicht, einen polnischen *Staat* zu haben, auch nicht einen *unabhängigen Staat*, man fordert einen wirtschaftlich *entwicklungsfähigen* Staat. „Wir brauchen tatsächlich – sagt der homo novus der polnischen Politik, Lempitzki, das jetzige Mitglied des Staatsrats – die Märkte Litauens und Preußens ... eines ackerbautreibenden Landes, das das Gebiet der natürlichen polnischen wirtschaftlichen und kulturellen Expansion bildet und eine bedeutende Absatzstelle für die Industrieerzeugnisse des Königreiches ist.“ („Polen“, 14. Jan. 1916.) Neuerdings wurde diese Expansionsmöglichkeit von dem Kronmarschall des Staatsrats als eine wirtschaftliche Notwendigkeit proklamiert.

Dabei gehen auch die radikalsten Nationalisten nicht so weit, dass sie die wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland bestreiten. „Der vollständige Abbruch der Handelsbeziehungen mit Russland ist unmöglich, – schreibt der Theoretiker des Obersten Nationalkomitees in Galizien, *Daszynska-Golinska* in einer Untersuchung: Mitteleuropa und Polen. Krakau 1916 – dies würde dem Fortbestehen des Krieges gleichen. Man müsste annehmen, dass der

---

<sup>14</sup> Bei diesem Bedürfnis, sich schnell der neuen Wirklichkeit anzupassen, sind zuweilen ganz ernste Institutionen in eine unfreiwillige komische Situation geraten. So hat z. B. der Verband der Industriellen im Königreich Polen längst vor dem Kriege eine umfassende statistische Untersuchung über die Handelsbilanz Polens in Angriff genommen, um bei den Tarifverhandlungen zur Erneuerung des russisch-deutschen Handelsvertrages gerüstet zu sein und für die polnische Industrie größeren Zollschutz gegenüber Deutschland herauszuschlagen. Nun brach plötzlich der Krieg aus, und 1916 erschien diese Untersuchung – ein stattlicher Band von etwa 600 Seiten – als – eine Begründung der neuen politischen Orientierung eines Teiles der polnischen Industriellen!

vorkriegerische Zustand wichtig, sowohl für die Zentralmächte wie für Polen, wieder angebahnt werde. Auf den russischen Märkten werden deutsche und polnische Waren konkurrieren. Polen besaß vor dem Kriege vorteilhafte Bedingungen, da keine Zollgrenze bestand. Nach dem Kriege wird dieses Vorrecht verschwinden, um aber diese Änderung nicht so rapid vor sich gehen zu lassen, muss Polen für sich eine Übergangszeit fordern. Diese Forderung wird auch von der Warschauer Presse gestellt.“ „Im Interesse der polnischen Industrie“, sagt ein anderer „hervorragender Volkswirt“, wie ihn „Polen“ nennt, Herr Henryk Tennenbaum, „läge bloß (!) ein günstiger Vertrag mit Russland, der durch die eignen polnischen Interessen diktiert wäre.“

Mit einem Worte: für die polnische kapitalistische Entfaltung ist von größter Wichtigkeit, die günstigen Handelsbeziehungen zu Russland selbständig, d. h. unabhängig von den fremden Interessen ausbauen zu können. Dieses bedeutet ja nichts anderes, als dass nicht von vornherein von den befreienden Staaten die Möglichkeit der imperialistischen Expansion im Gegensatz zu ihren Interessen fordert.

Das ist auch den nationalistischen Elementen klar, trotzdem sie weit davon entfernt sind, die Wortführer der wirklichen Kapitalmagnaten zu sein. Schon ihre Ideale weisen auf kleinbürgerliche, reaktionäre Quellen hin. Ihre Hoffnungen sind eher der nahen Vergangenheit entnommen als der Zukunft. Die staatliche Selbstständigkeit Polens, wird nach ihrer Meinung den polnischen Bauer nationalisieren, den Handwerker und Kleinindustriellen auf die Beine bringen und die Industrie polonisieren. „Der polnische Ackerbauer“, sagt der schon erwähnte „hervorragende Volkswirt“ H. Tennenbaum, „wird ... unbedingt gewinnen. In nationalwirtschaftlicher Beziehung ist das von großer Bedeutung, da die Schicht der Großgrundbesitzer und der Bauer national einheitlich ist. Schon seit 1905 ... hat das Element der Gutsbesitzer im Lande eine führende Stellung, das Bauernelement eine um vieles angesehenere erlangt. Die national nicht einheitlichen Schichten der Stadtbürger und Arbeiter haben etwas an Bedeutung verloren und sich größeren Massen der nationalen Interessen untergeordnet.“

Wenn die nationalen Interessen von den Agrariern und durch sie beeinflussten Bauern vertreten, und „nach der Abtrennung des Königreichs von Russland - noch gründlichere Grundlagen gewinnen“ werden, kann man leicht erkennen, wohin diese wirtschaftspolitische Orientierung steuert.

Als weitere Folge der politischen Selbständigkeit wird „eine Entwicklung der Kleinindustrie und des Handwerks hervorgerufen, die in nationaler Hinsicht überwiegend polnisch sind.“ Freilich „unsere Industrie wird eine starke Erschütterung erfahren“, aber dafür wird sie leichter zu polonisieren sein und im Allgemeinen wird „die Änderung der politischen Bedingungen den wirtschaftlichen Bau unseres Landes nicht notwendigerweise ungünstig den polnischen Besitzstand beeinflussen.“<sup>15</sup>

Es ist klar, dass diese Ideale das Großkapital wie den kapitalistischen Agrarier kaum befriedigen können. Das erste war bereit, mit Hilfe des russischen Imperialismus die Welt zu beherrschen, der zweite wusste bereits, dass seine Grundrente mit der kapitalistischen Entfaltung des eigenen Landes wächst. Wenn Russland als imperialistische Weltmacht bis jetzt noch versagt hat, so wollen sie jedoch die Hoffnung auf Russland nicht aufgeben. Sie wollen die Beziehungen zu Russland nicht lösen, denn die wirtschaftlichen Interessen des

---

<sup>15</sup> „Nationalwirtschaftliche Entwicklungsbedingungen in Polen“ von Henryk Tennenbaum. „Polen“ 1. Jahrg. 1915. Nr. 43.

Industriekapitals und des Großgrundbesitzes sind enger mit Russland verknüpft als mit den Zentralmächten.

Anderer Ansicht sind die kleinbürgerlichen Elemente Russisch-Polens, die von der kapitalistisch-imperialistischen Entfaltung Russlands nur benachteiligt wurden. Der Kleinhandel, die Kleinindustrie und das Handwerk, sie alle erhoffen eine Wiederbelebung unter dem Schutze der eigenen nationalen Regierung und bereiten sich vor, den Altweibersommer der Nationalepoche des Kapitalismus zu durchleben und die verpasste Zeit des kapitalistischen Nationalismus zu repetieren, um national gestärkt ihre imperialistische Aufgabe erfüllen zu können.

Die Geschichte kann aber keine Repetierstunden für nachlässige Völker einrichten. In der Epoche des Imperialismus ist keine Zeit für Nachholungskurse des Kapitalismus vorhanden. Entweder ist Polen allein oder zusammen mit einer Weltmacht Subjekt des Imperialismus, oder es wird unter den noch so glänzenden äußeren Unabhängigkeitsformen Objekt desselben.

## Aus unserm politischen Tagebuch.

Vor kurzem (am 5. Febr.) schrieb der „Braunschweiger Volksfreund“, der unter Redaktion Sepp Örters den linken Flügel des Zentrums vertritt, seufzend und klagend: „Ein dritter Teil der Opposition glaubt jetzt unter dem Belagerungszustand, neue grundsätzliche Änderungen am Programm, neue Stellungnahme zu den von dem Krieg aufgeworfenen Fragen der Vaterlandsverteidigung usw. als das wichtigste propagieren zu müssen, und er will in der Opposition organisatorisch nur mitarbeiten, wenn die gesamte Opposition diese Neuerungen anerkennt. Diese Fragen sind zu diskutieren. Es muss zu ihnen Stellung genommen werden. Aber das Wichtigste jetzt sind diese nicht.“ Das Wichtigste sei „die Rettung des Sozialismus“, „einmütiges, entschlossenes, klares Handeln“. „Und dieses Handeln besteht gegenüber dem bewussten Abdrängen der Sozialdemokratischen Partei zu einem sozialisierenden (!) Nationalliberalismus und der zu diesem Zwecke herbeigeführten Spaltung durch den Parteiausschuss und Parteivorstand in der Aufrechterhaltung und in der organisatorischen Konstituierung der alten sozialdemokratischen Partei auf dem vorläufigen Boden des Erfurter Programms, der Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Kongresse.“

So wie der „Volksfreund“ mögen auch viele andere Genossen denken. Aber es genügt, darauf hinzuweisen, dass die Sozialpatrioten aller Länder sich auch auf die Beschlüsse der internationalen Kongresse berufen, in denen das Verteidigungsrecht der Nationen anerkannt ist, ja, dass sie sich selbst auf die Stuttgarter Resolution berufen, die die Pflicht des Kampfes um den Frieden feststellt, indem sie sagen: hat Scheidemann nicht immerfort für den Frieden gesprochen, geschrieben, gereist, diniert, gefunkt! Wollen wir hiergegen ankämpfen, wollen wir dies „einmütig, entschieden, klar“ tun, wie es der „Volksfreund“ fordert, so ist es selbstverständlich, dass wir selbst vorerst klar darüber sein müssen, was diese Entschlüsse enthalten, was in ihnen angesichts der neuen Erfahrungen eines zweiundeinhalbjährigen ungeheuren Welterdbebens hinfällig wurde, was wir zulernen müssen. Ohne diese Klärungsarbeit gibt es eben kein entschlossenes, klares Handeln. Will deswegen der „Volksfreund“ auf das Handeln verzichten?

Ein Zusammenschluss auf dem Boden der Unklarheit würde nicht nur zu keinem einheitlichen, entschlossenen, klaren Handeln führen, sondern umgekehrt dieses Handeln verzögern, die Arbeiter weiter verwirren. Würde die entschiedene Linke heute sich entschließen, sich den Mehrheitsentschlüssen des Zentrums zu unterwerfen, um eine „einheitliche Front“ gegen die Sozialpatrioten und die Imperialisten zu bilden, sie würde

morgen diesen Entschluss brechen müssen, zu selbständigem Handeln greifen, da die Zentrumsleute weder gegen den Sozialpatriotismus noch gegen den Imperialismus einen wirklichen Kampf zu führen imstande sind. Die Spaltung würde der Einigung auf dem Fuße folgen, nur dass die geweckten Hoffnungen Enttäuschungen hinterlassen würden.

Es mag ein sehr bitteres Gefühl sein, dass die Einigung der „Opposition“ unmöglich ist, und Arbeiter, die das Wesen der Gegensätze noch nicht verstehen, mögen sich momentan verärgert vom Kampfe zurückziehen. Darüber hilft ein Donnerwetter des „Volksfreunds“ und Gleichdenkender nicht hinweg. Niemand kann den Arbeitern die Arbeit des eigenen Kopfes, kann ihnen eigenes Denken ersparen, sie selbst müssen die Klarheit schaffen, indem sie sich für den einen oder den anderen Standpunkt entscheiden, denn nur von einem aus können sie entschieden, klar und konsequent handeln.

28. Februar.

Die Hamburger Linksradikalen haben ihre eigene Organisation gegründet. Sie steht in bewusstem Gegensatz nicht nur zu den Sozialpatrioten, sondern auch zum Parteizentrum. Wie die Hamburger Linksradikalen orientiert sind, zeigt eine Resolution, die die Grundlage zur Konstituierung der eigenen Organisation bildet, Sie hat etwa folgenden Wortlaut:

„Die Politik des 4. August ist ein Bestandteil der Politik des imperialistischen Bürgertums; die Vertreter dieser Politik sind daher als Klassengegner der Arbeiterschaft zu bekämpfen.

Die sozialpazifistische Opposition des Parteizentrums und der Arbeitsgemeinschaft unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der Politik des Sozialpatriotismus; sie ist, wie die Politik des 4. August, grundsätzlich zu bekämpfen, da sie durch ihre Illusionen der Schiedsgerichte und der Abrüstungen in den Arbeitern die Vorstellungen eines friedlichen Imperialismus erweckt und dadurch die Kampfkraft der Arbeiterklasse lähmt.

Die Grundlage des Kampfes der Arbeiterklasse bilden die Massenaktionen, in deren Dienst auch der Parlamentarismus zu stellen ist.

Die Spaltung der Partei erfordert den organisatorischen Zusammenschluss aller Linksradikalen zum Kampfe gegen Parteizentrum und Sozialpatriotismus und die Schaffung einer eigenen Presse; sie erfordert ebenso die Anbahnung der internationalen Verständigung der Arbeiterklasse auf dem Boden des grundsätzlichen Kampfes gegen den Imperialismus.“

Wir begrüßen den Schritt unserer Hamburger Freunde aufs herzlichste und hoffen, dass die große Mehrzahl der Hamburger Arbeiter sich hinter die neue Organisation stellen wird.

---

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 10/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1. Jahrg.

Bremen, den 10. März 1917.

Nr. 10

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Vor der Entscheidung.

Die Konferenz der „Opposition“ stellt die Linksradikalen vor eine Entscheidung, die viel schwerwiegender ist, als man noch vor einigen Wochen annehmen konnte. Es gilt, der Lage kühl und klar in die Augen zu blicken und sie ohne alle diplomatischen Rücksichten darzustellen, damit sie die linksradikalen Arbeiter rücksichtslos durchdenken. Wir haben nichts zu verheimlichen und brauchen Selbstverständigung.

Wie ist das Stärkeverhältnis in der „Opposition“? Mit Ausnahme weniger Orte steht die Mehrheit der oppositionellen Arbeiter hinter der Arbeitsgemeinschaft. Nicht als ob diese Arbeiter ihren grundsätzlichen sozialpazifistischen Standpunkt teilen würden. Die Mehrheit der oppositionellen Arbeiter ist aus Klasseninstinkt Gegnerin der Politik des 4. August. Sie lehnt diese Politik als das Aufgeben des Klassenkampfes ab. Aber die wirkliche Bewegung der oppositionellen Arbeiterschaft ist einstweilen nur zu einem kleinen Teile über das Stadium des Protestes gegen die Politik des 4. August hinausgegangen, sie hat sich erst sporadisch und spontan an einzelnen Orten zum Kampf gegen den Imperialismus aufgeschwungen. Das hat mancherlei Gründe. Die aktivsten Elemente, die Arbeiter vom 20. bis 40. Lebensjahr, stehen im Felde, die Arbeiterfrauen werden erst jetzt in großem Umfange durch die kapitalistische Arbeit zum Kampfe erzogen. Dieser Stand der objektiven Entwicklung bringt es mit sich, dass nur ein kleiner Teil der Arbeiterschaft über das: was weiter? und wie weiter? - nachdenkt.

Die ungeheuren Probleme, vor die der Weltkrieg die Arbeiterklasse aller Länder stellt, die Notwendigkeit einer Neuorientierung in den neuen Bedingungen der Arbeiterbewegung, die der Imperialismus in den letzten 20 Jahren geschaffen, die aber erst im Kriege in aller Klarheit sich enthüllen, alle diese Fragen sind für die oppositionellen Arbeitermassen nicht nur nicht geklärt, sondern für ihre Mehrheit nicht einmal vorhanden. Ihr Protest gegen die Politik des 4. August ist revolutionär-konservativen, nicht weiterbauenden Charakters. Diese Umstände geben der Arbeitsgemeinschaft ein Übergewicht über uns. Das Zentrum schmarotzt an der Zurückgebliebenheit des Bewusstseins der Arbeitermasse hinter den Änderungen des sozialen Seins. Wir linksradikalen Pioniere bilden erst einen kleinen Teil der klassenbewussten



Arbeiterschaft. Und selbst unter diesen Pionieren ist die Mehrheit, durch die mangelnde Praxis der Arbeitsgemeinschaft abgestoßen, erst auf dem Wege zum vollen Erfassen des Wesens der internationalen Krise des Sozialismus.

Dies sind auch die objektiven Quellen der Zauderpolitik, die wir oft an der stärksten Gruppierung der Linksradiكالen, an der Gruppe Internationale (Spartacus) in ihrem Verhältnis zum Zentrum kritisierten. Abgesehen davon, dass ihre aktivsten Führer in dieser Zeit nicht in ihren Reihen sind, was ihre Entschlossenheit oft hemmt, fragt sie sich, das hier Ausgeführte bedenkend, oft: ist die notwendige Trennung vom Zentrum momentan nicht verfrüht? Verfrüht in diesem Sinne, dass wir bei einer sofortigen Trennung nicht nur auf einen Teil der Arbeiterschaft verzichten müssen, die uns sonst in der Taten folgt, sondern dass selbst ein Teil unserer eigenen Anhänger uns nicht folgen würde, da sie noch Illusionen über die Wandlungsfähigkeit des Zentrums haben? Die Gruppe Internationale rechnet damit, dass der Abgrund, der zwischen dem Linksradikalismus und dem Zentrum besteht, den Massen noch unbekannt ist, und dass sie ihn erst bei weiterer Verschärfung der Gegensätze erkennen werden.

„Die definitive Konstituierung kann nicht dekretiert werden, sie fällt zusammen mit der Bewegung, die wir durchlaufen haben“ – diese Worte, die Marx im Jahre 1848 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ über die deutsche Einheit geschrieben hat, scheinen die Grundlage der Haltung der Gruppe „Internationale“ dem Zentrum gegenüber zu bilden. Es schreckt sie das Schicksal einer propagandistischen Sekte ab.

Wir würdigen vollkommen die Bedenken der Gruppe „Internationale“ gegen die sofortige Konstituierung einer selbständigen linksradikalen Partei, weil auch wir uns sehr gründlich mit uns selbst auseinandersetzen, bevor wir unsere Parole ausgaben und uns immerfort die Gründe für und gegen sie überlegten. Und trotzdem bleiben wir bei der Losung. Wenn irgendetwas unsere Bedenken zu zerstreuen geeignet war, so die Kundgebung des Genossen Ledebour: „Ein Wort an die Zögernden“ in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 24. Februar. Dieser Artikel klärt vollkommen die Lage. Wir rechneten damit, dass die Zentrumsleute noch eine Spanne Zeit in einem amorphen Zustand des „Kampfes ums Recht“, d. h. um die Einheit mit den Sozialpatrioten bleiben würden.

Die Rechtsstudien Eduard Bernsteins auf dem Gebiete des Parteistatuts, die Tränen Kautskys in der „Neuen Zeit“ darüber, dass er und seine Freunde mir nichts, dir nichts aus der Partei hinausgeflogen sind, wie dies bisher bei keiner Spaltung geschah, die Kautsky während einer vierzigjährigen Zugehörigkeit zur Internationale beobachtet hat, alle diese Kindereien begründeten vollauf die Annahme, dass sich die Arbeitsgemeinschaft noch nicht zur Konstituierung als Partei aufschwingen werde. Würde sie sich nicht als Partei konstituiert haben, so würde das einstweilige Verbleiben mit ihr in denselben Organisationen, bei Beibehaltung der Sonderexistenz der linksradikalen Gruppen, ihrer vollkommenen Freiheit nicht nur der Kritik, sondern auch der Aktion, schließlich nur das Verbleiben bei dem jetzigen Zustand, bei dem wir nicht schlecht fuhren, bedeuten. Würden sich die Linksradiكالen darüber hinaus auf dem Boden der allgemeinen oppositionellen Organisationen vereinigt haben, so würde sie von dem von uns erstrebten Ziele der Bildung einer eigenen Partei nur das Fehlen des eigenen Namens, des offenen Visiers trennen. Das wäre ein Mangel, aber schließlich angesichts der oben genannten Umstände einer, mit dem man sich zeitweilig aussöhnen kann.

Ledebour wiederholt die Argumente, die wir gegen Bernstein u. Co. gebraucht haben: man kann auf einem nicht bestehenden Rechtsboden nicht kämpfen; er verhöhnt die Bernstein und Haase, er verzichtet auf die Hoffnung, dass noch ein gemeinsamer Parteitag mit den

Sozialpatrioten stattfinden könnte, er fordert die Bildung der „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Sozialdemokratie“, d. h. der Zentrumspartei. Und wie die Stimmung in den Kreisen der Zentrumsanhänger ist, gehen wir kaum fehl, dass Ledebour, nicht Bernstein auf der Konferenz die Oberhand gewinnt. Es wird eine Zentrumspartei mit einem provisorischen Vorstand, der politische Befugnisse haben wird, gebildet werden. Müssten die Zentrumsleute, wenn sie sich nicht als Partei konstituiert hätten, uns die Freiheit der Existenz als linksradikale Sonderorganisation geben, müssten sie uns dann die Freiheit der Aktion gewähren, so werden sie jetzt, wo sie sich als besondere Partei konstituieren, sagen: wir sind eine sozialdemokratische Partei, wir erkennen das Programm der Partei, die Beschlüsse der internationalen Kongresse an; gehen diese euch nicht weit genug, gut, agitiert für ihre Änderung durch die zukünftigen Parteitage; ihr habt volle Freiheit der Kritik, aber Sonderorganisationen, besondere Aktionen können wir nicht dulden: die Minderheit muss sich der Mehrheit unterwerfen, und kann es, da beide auf gleichen Boden stehen.

Würde das letztere der Fall sein, so hätten sie recht. Aber wie wir viele Male in unserm Blatte gezeigt haben und jetzt in der Polemik gegen Kautsky wieder demonstrieren, bestehen zwischen dem Zentrum und den Linksradikalen die tiefsten grundsätzlichen und taktischen Unterschiede, die bei jedem Schritt der Bewegung zu Zusammenstößen führen werden. Mancher unserer Freunde von der Gruppe „Internationale“ wird auf das letzte Auftreten Ledebours hinweisen und sagen: sehet, die entschließen sich doch zur Bildung der eigenen Partei, auch die prinzipiellen Unterschiede werden mit der Zeit überwunden werden. Wir halten dies für ausgeschlossen und sind überzeugt, dass selbst in einer umwälzenden Massenbewegung das Zentrum den rechten, opportunistischen, bremsenden Flügel bilden wird.

Der Entschluss zur Anerkennung der taktischen vollzogenen Spaltung, wie er bei Ledebour und Ströbel nach dem Hinauswurf zustande gekommen ist, ist ein Resultat des Selbsterhaltungstriebes einer politischen Organisation, die leben will. Aber wie sie leben wird, d. h. welche Politik sie treiben wird, das wird durch tiefere Momente, als politisch-organisatorische Konkurrenzgründe bestimmt: sie wird leben als politisches Organ einer proletarischen Übergangsschicht und Übergangszeit, immer pendelnd zwischen Sozialpatriotismus und Linksradikalismus. Setzt nicht bald eine scharfe Brise ein, wird die Arbeiterklasse unfähig zu Aktionen sein, so wird das Zentrum seine passiv--protestierende Haltung, seine sozialpazifistische, verwirrende Agitation weitertreiben.

In dieser Situation - wir halten sie für unwahrscheinlich, müssen aber mit ihrer vorübergehenden Möglichkeit rechnen - würde es für die Arbeiterklasse eine Lebensfrage sein, ob wir eine aufrüttelnde, entschiedene Agitation führen können oder nicht. Aber diese Situation würde uns, als einen Teil der Zentrumspartei, vollkommen die Hände binden, uns zur Rolle einer rein kritisierenden Minderheit in ihr verurteilen. Kommt aber in die Bewegung ein schärferes Tempo, dann stehen vor uns große Aktionsaufgaben, für die wir volle Freiheit des Handelns, der Agitation brauchen. In jedem Falle dürfen wir dem Zentrum gegenüber nicht geringere Bewegungsfreiheit haben, als wir sie uns den Sozialpatrioten gegenüber erobert hatten. Ein Verzicht auf unsere eigene Zentralisation, auf die Freiheit der Aktion, auf die Freiheit der rücksichtslosen Kritik, das heißt auf das Wesen einer besonderen Partei, wäre ein Selbstmord, ein Verzicht auf Waffen im Kampfe für unsere Ziele und Grundsätze.

Wie aber die drei Parteien, in die sich die alte Sozialdemokratie Deutschlands gespalten hat, nicht in ihr existieren konnten, so werden auch zwei nicht in einer Partei zusammenwohnen können. Keine „Arbeitsgemeinschaft“, sondern eine „Hadergemeinschaft“ würde die „einige“ Partei darstellen. Konstituiert sich das Zentrum als selbständige politische Partei, dann ist der Kristallisierungsprozess in der Mitte der alten

Partei weiter fortgeschritten als wir glaubten und es würde eine große Gefahr für uns bedeuten, wenn nur der linke Flügel amorph, unorganisiert bleiben würde. Die Sozialpatrioten hätten dann in ihrem Parteivorstand, das Zentrum in der Arbeitsgemeinschaft ihre politische Leitung. Die Linksradikalen, die die Zukunft der Bewegung, ihre Kristallisationsachse darstellen sollen, wenn sie wirklich in Fluss kommt, sie allein würden auf dem Kampffelde nur als atomisierte Gruppen erscheinen. Das darf nicht sein.

Die Linksradikalen stehen vor einer schwerwiegenden Entscheidung. Die größte Verantwortung liegt bei der Gruppe „Internationale“, in der wir trotz aller Kritik, die wir an ihr üben müssen, die aktivste, zahlreichste Gruppe, den Kern der zukünftigen linksradikalen Partei anerkennen. Ohne sie – das gestehen wir offen ein – werden wir und die I. S. D. in absehbarer Zeit keine aktionsfähige Partei bilden können. Von der Gruppe „Internationale“ hängt es ab, ob der Kampf der Linksradikalen in geordneter Front, unter eigenem Banner, wenn auch einstweilen durch eine kleine Armee geführt wird, oder ob die Gegensätze in der Arbeiterbewegung, die einmal bestehen und deren Durchkämpfung ein Faktor der Klärung, der Machtgewinnung ist, eine lange Zeit in verwirrter Form, also langsamer ausgefochten werden.

Die geringe Zahl, die einstweilen hinter uns steht, gibt keinen Anlass zur Angst, dass wir eine Sekte bleiben werden. Nicht von der Zahl hängt der Charakter einer Parteibildung ab. Sie ist eine Sekte, wenn sie die Arbeiterbewegung nicht durch Teilnahme an allen ihren Kämpfen, sondern durch reine Propaganda, durch Anpreisung ihrer Allheilmittel zu gewinnen sucht. Eine solche Taktik ist dem Wesen des Linksradikalismus vollkommen fremd, der das Schwergewicht eben in der Massenbewegung sieht und sich an jeder ihrer Äußerungen beteiligen wird, mögen sie noch so sehr im Anfangsstadium stechen und den Charakter des Unreifen tragen. Nicht von der Arbeiterbewegung trennen wir uns, wenn wir uns organisatorisch vom Zentrum trennen. Wir werden in den Gewerkschaften der vorwärtstreibende Teil sein, wir werden jeden Schritt des Zentrums unterstützen, wo es kämpfen wird und selbständig der Masse vorangehen, wo es versagt. Darum wird jeder Schritt der Arbeiterbewegung nach vorwärts unsere Reihen stärken, wenn wir unter dem eigenen Banner an dem Kampfe des Proletariats teilnehmen werden, an jedem seiner Schritte ihm die Richtigkeit unserer Ziele demonstrierend. Es hat die Stunde geschlagen, wo es zu wagen gilt. Mögen alle unsere Gesinnungsgenossen ihren Schlag vernehmen und ohne Scheu vor allen Hindernissen an die Pionierarbeit gehen:

Das Vergangene lassen wir hinten,  
Gehen los auf eine neue, weite, wechselreiche Welt;  
Frisch und stark ergreifen wir sie, Welt der Arbeit und des Marsches,  
Pioniere, Pioniere!

## **An unsere Gesinnungsgenossen!**

Die Zeit der Erfüllung scheint zu nahen. Nachdem die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft wieder und wieder durch Ablehnung der Beitragssperre sich geweigert hat, den Bruch mit dem Parteivorstand zu vollziehen, hat dieser nunmehr den Spieß umgedreht und weigert sich, von den Arbeitsgemeinschaftlern hinfort noch Beiträge anzunehmen. Solchergestalt aus der Partei hinausgedrängt, sehen sich die Arbeitsgemeinschaftler wohl oder übel gezwungen, eine eigene Partei zu gründen, und das soll in einer Konferenz geschehen, die vermutlich schon Mitte März stattfinden wird. Damit tritt an jeden, der der sozialdemokratischen Sache treu geblieben ist, die Frage heran, ob er der neuen Partei der Arbeitsgemeinschaft beitreten oder wie er sich sonst verhalten soll.

Um das zu entscheiden, muss man sich darüber klar werden, was von dieser neuen Partei für die Sache des Sozialismus zu erwarten sei. Dazu genügen aber nicht die guten Absichten ihrer Gründer, denn wer wollte bezweifeln, dass die Männer und Frauen, die vor 40–50 Jahren die deutsche Sozialdemokratie gründeten, von den allerbesten Absichten beseelt waren? Und dennoch haben sie nicht verhindern können, dass ihr Werk im Laufe der Jahre zu einer Waffe gegen den Sozialismus geworden ist. Gesetzt also selbst den Fall, dass die Führer der Arbeitsgemeinschaft uns jetzt mit einem tadellosen Programm kämen, wo ist die Sicherheit, dass es nicht im Laufe der Jahre durch die Praxis ebenso in sein Gegenteil verdreht werden wird wie die ehemals sozialdemokratische Partei? Man täusche sich doch darüber nicht, dass das Vertrauen weg ist und dass es keineswegs nur darauf ankommt, eine neue Partei mit einem neuen besseren Programm aufzubauen. Was uns nottut, sind nicht neue Leitsätze, Resolutionen und Programme – könnte daran die Arbeiterklasse genesen, sie müsste längst gesund sein, denn damit ist sie seit 50 Jahren zum Überdruß gefüttert worden. Sondern – ja, was denn? Was ist es, das uns nottut? Was ist das Neue, das an Stelle des zusammengebrochenen Alten gesetzt werden muss?

Am 4. August 1914 haben die Reichstagsabgeordneten der sozialdemokratischen Partei die Kriegskredite bewilligt. Die Partei zählte damals ungefähr eine Million Mitglieder. Zu einer Katastrophe hat sich das Versagen der 110 nur deshalb ausgewachsen, weil man ihnen eine so überragende Stellung eingeräumt hatte, weil man zu ihnen wie zu Halbgöttern emporblickte, weil man gewohnt war, von ihnen und den sonstigen „Führern“ das politische Verhalten der Partei bestimmen zu lassen. So kam es, dass gegen ihren Umfall zunächst überhaupt kein Widerspruch sich regen konnte – Monate hat es gedauert, bis es auch nur möglich war, ihr Verhalten in der Öffentlichkeit zu kritisieren – und so kam es, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der Parteimitglieder, jeder Selbständigkeit in Denken und Handeln ungewohnt, zu dem Verhalten der Führer Ja und Amen sagte, entsprechend der alten Gewohnheit, in dem „Führer“ und zumal in dem Abgeordneten einen Vormund zu sehen, der alles viel besser weiß als so ein armer Prolet.

Soll gegen die Wiederholung derselben Vorgänge die Gründung einer neuen Partei helfen, die an Stelle der Führer Scheidemann und Ebert einfach die Führer Haase und Ledebour setzt oder auch die Führer Liebknecht und Luxemburg?

Doch forschen wir weiter, woher jene Unselbständigkeit gekommen ist. Sie hat natürlich mancherlei Gründe, vor allem die Jahrtausende lange Unselbständigkeit der Volksmassen überhaupt. Aber durch das ganze Verhalten der sozialdemokratischen Partei seit mindestens 25 Jahren musste sie erstarkt und befestigt werden. – Was war das für ein Verhalten der Partei?

Unglaublich aber wahr: die sozialistische „Betätigung“ der allermeisten Mitglieder der sozialdemokratischen Partei hat diese langen Jahrzehnte hindurch in nichts anderem bestanden als darin, sich alle paar Jahre einen neuen Vormund zu wählen – meist behielt man sogar den alten, – und dann abzuwarten, was dieser für sie tun würde. Das Wählen war nicht nur die höchste und heiligste, sondern geradezu die einzige Pflicht des braven Sozialdemokraten. Denn selbst zum Zettelaustragen, zum Versammlungabhalten und ähnlichen sogenannten „Aktionen“ der Partei kam ja nur eine kleine Minderzahl der Mitglieder. Das hat denn natürlich jeden Funken von Selbständigkeit und von demokratischem Geist erstickt und ertötet. Man bildete sich ein, der Besitz recht vieler Reichstagsmandate sei „politische Macht“, und diese erringen zu helfen, sei die einzige Aufgabe der Parteigenossen. Darin lag der weitere Gedanke, dass die Befreiung des Proletariats, die Herbeiführung des Sozialismus Sache der Reichstagsabgeordneten und der anderen „Führer“ sei. Wenn diese es mit ihrer Aufgabe ernst nahmen, so standen sie nun vor der Pflicht, irgendetwas für die Arbeiter zu tun. Was aber kann man denn im Reichstag tun?

Man kann dort wirklich und wahrhaftig weiter nichts tun als – Reden halten! Und so kam man naturgemäß in jene Geistesverfassung hinein, die in einer guten Rede eine Tat erblickt, während sie doch nur ein Propagandamittel sein kann, um sozialistische Erkenntnis zu verbreiten und sozialistische Tatkraft zu wecken. Wer aber damit nicht genug hatte, wer sich auf die Dauer der Erkenntnis nicht verschloss, dass auch die besten Reden an den bestehenden Umständen keinen Pfifferling ändern konnten, den drängte es, wenn anders er Pflichtgefühl besaß, nach „positiven Erfolgen“. Darunter verstand man kleine Änderungen an den Gesetzen, wodurch man für die Arbeiter diese oder jene Erleichterung erhoffte. Solche „positiven Erfolge“ konnten aber die Sozialdemokraten in den Parlamenten niemals aus eigener Kraft durchsetzen. Denn selbst als sie im Reichstag auf 110 angewachsen waren, stand ihnen eine kompakte Mehrheit von 287 gegenüber. Da glaubte man denn, durch kluge Ausnutzung der Interessengegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien, d. h. durch Diplomatie etwas erreichen zu können, und der Arbeiterführer wurde zum Diplomaten. Hier aber ward nun unentbehrliche Bedingung die Verschwiegenheit. Darf denn der Diplomat seine klugen Pläne auf offenem Markt ausposaunen, wo sie der Gegner alsbald erfährt? Auf diesem Wege kam die Partei in jenen Zustand hinein, dass alle wichtigen Entscheidungen in kleinen, streng geschlossenen Zirkeln gefasst wurden, nicht nur ohne die Genossen zu befragen, sondern ohne ihnen auch nur etwas davon mitzuteilen.<sup>16</sup> Und für die Genossen blieb außer dem Wählen nichts zu tun, als die von den Führern gefassten Beschlüsse auszuführen. Das nannte man „Disziplin“ und hatte damit glücklich die demokratische Disziplin, welche will, dass Vorstände, Abgeordnete etc. die von den Mitgliedern gefassten Beschlüsse ausführen, auf den Kopf gestellt.

Das ist der Zustand, der in der sozialdemokratischen Partei nun schon seit Jahrzehnten geherrscht und ihr jede sozialistische Tätigkeit unmöglich gemacht hat. Auch wenn der Krieg nicht gekommen wäre, so wäre doch die Partei in dieser Verfassung ganz außer Stande gewesen, für den Sozialismus zu kämpfen, denn „diese gesellschaftliche Umwälzung (nämlich der Sozialismus) ... kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein“, sagt mit vollem Recht das Erfurter Programm, und darin liegt vor allen Dingen, dass sie nicht das Werk von irgendwelchen „Führern“ sein kann, und wären diese die tüchtigsten Menschen mit lauterstem Charakter und edelsten Absichten.

Welche Sicherheit gegen die Wiederkehr solcher Zustände gewährt die Gründung einer neuen Partei? Gar keine. Zumal dann nicht, wenn sie von Leuten ausgeht, die, genau wie die alte Partei, als erstes und wichtigstes Ziel des Strebens den Besitz möglichst vieler Parlamentsmandate ansehen. So aber steht es um die Führer der Arbeitsgemeinschaft. Hätten sie nicht in diesen Dingen, auf die es gerade jetzt ankommt, dieselben Ansichten wie die Scheidemänner, so würden sie nicht am 4. August 1914 und noch lange nachher – entgegen ihrer Überzeugung – die Kriegskredite bewilligt haben; es würde nicht ihr erster Führer vor aller Welt jene Erklärung verlesen haben, die er selbst vorher im Beratungszimmer als „Schützenbrüderphrasen“ verurteilt hatte; sie würden nicht eineinhalb Jahre lang die Politik der Scheidemänner teils durch offene Beihilfe, teils durch schweigendes Mitgehen unterstützt haben; sie würden nicht bis in die jüngste Zeit hinein am Zusammengehen mit ihnen festgehalten haben, so lange bis von der anderen Seite der Bruch erfolgte. Dies alles taten sie unter Berufung auf die „Disziplin“, um die „Einheit“ der Partei zu wahren. Das heißt – wenn man persönliche Motive ausschaltet und die Dinge rein sachlich betrachtet – sie taten es, um eine große Partei beieinander zu halten, weil nur eine große Partei viele Parlamentsmandate

---

<sup>16</sup> Über die ungeheuer folgenschweren Verhandlungen der Reichstagsfraktion am 2. und 3. August 1914 ist bis heute nicht Rechenschaft noch Bericht gegeben worden!

haben kann, und weil man nur mit vielen Mandaten im Parlament „politische Erfolge“ erreichen kann. Sie befinden sich also genau auf dem Wege, der die alte Partei zum Zusammenbruch geführt hat. Und man kann ihrer Versicherung glauben, dass sie die Partei wieder dahin führen wollen, wo sie vor dem 4. August 1914 gestanden hat.

Die Spartacusführer wollen, wie wir vernommen haben, ihren Beitritt zur neuen Partei von deren Programm abhängig machen. Wir zweifeln nicht daran, dass ein schönes Programm zustande kommen wird, der Hauptunterschied zwischen Arbeitsgemeinschaft und Spartacusführern ist ja jetzt beseitigt: die Beitragssperre. Die Arbeitsgemeinschaft kann jetzt ihre Beiträge nicht mehr an den Vorstand der Scheidemannpartei abliefern. Nun bestehen zwischen ihnen nur noch unwesentliche Differenzen, indem die Spartacusführer glauben, durch Massenaufgebote Straßendemonstrationen usw. auf die Zusammensetzung und die Beschlüsse des Reichstages einwirken zu können und auch über die Art der Ausnutzung der Parlamentstribüne. Das sind keine wesentlichen Unterschiede; durch ein wenig Nachgiebigkeit von beiden Seiten wird man sich darüber einigen können, zumal die Spartacusführer in dem wesentlichsten Punkte, in der Frage des Führertums, nicht von der Arbeitsgemeinschaft abweichen. Haben doch die Spartacusführer auch vorher eineinhalb Jahre mit den jetzigen Arbeitsgemeinschaftlern zusammengearbeitet, als diese noch längst nicht die Kriegskredite ablehnten, und haben sie doch seitdem nie das Streben nach einer Wiederherstellung dieser Gemeinschaft aufgegeben. Sie werden also wahrscheinlich ein schönes Programm aufstellen, gegen das theoretisch vielleicht wenig einzuwenden sein wird, obgleich es natürlich immer möglich bleibt, jede radikale Forderung durch eine noch radikalere zu übertrumpfen. Aber dann werden sie wieder die Vollmacht beanspruchen, als Führer das neue Programm zur Anwendung zu bringen.

Auf diese Weise würde eine neue Partei nur bedeuten, dass der alte Geist in neue Formen gegossen wird. Das aber kann uns nicht weiterhelfen. Worauf es ankommt, ist die Beseitigung jeglichen Führertums in der Arbeiterbewegung. Was wir brauchen, um je zum Sozialismus zu gelangen, ist reine Demokratie unter den Genossen, das heißt Gleichberechtigung, Selbständigkeit, Wille und Kraft zur eigenen Tat bei jedem Einzelnen. Nicht Führer dürfen wir haben, sondern nur ausführende Organe, die, anstatt ihren Willen den Genossen aufzuzwingen, umgekehrt nur als deren Beauftragte handeln.

Das ist die Auffassung, wodurch die unterzeichneten Internationalen Sozialisten Deutschlands sich von allen anderen Gruppen innerhalb der deutschen sozialistischen Opposition unterscheiden. Wir behandeln es demgemäß als offene Frage, ob das, was jetzt zu geschehen hat, gerade die Gründung einer neuen Partei ist.

Jedenfalls wenn es geschehen soll, dann nicht auf Wunsch und Befehl einiger Führer, sondern aus dem Willen der Beteiligten selbst heraus. Wir geben keine Parole aus, wie wir überhaupt jede Art von Bevormundung vermeiden wollen. Man hat uns gesagt, ohne das sei keine Politik zu machen. Selbst wenn das zutreffen sollte, könnte es unsern Entschluss nicht ändern. Denn wohin eine Politik mit Bevormundung führt, haben wir soeben schaudernd erlebt und bedanken uns für Wiederholung. Aber wir glauben auch nicht, dass die Warner Recht haben. Im Gegenteil, wir sind überzeugt, dass eine sozialistische Politik – d. h. eine solche, die zum Sozialismus führt – überhaupt nur aus dem gemeinsamen Willen der Arbeiter und ohne Bevormundung geboren werden kann.

Wer über die Hauptfrage der gegenwärtigen Krise der sozialdemokratischen Bewegung, nämlich über die Frage des Führertums, ebenso denkt wie wir, wird deshalb gebeten, sich mit dem Unterzeichneten in Verbindung zu setzen. Die Internationalen Sozialisten Deutschlands.

I. A.: Julian Borchardt.  
Berlin-Lichterfelde, Hedwigstr. 1.

## Anmerkung der Redaktion der „Arbeiterpolitik“.

Wir begrüßen den Aufruf der I. S. D. weil er geeignet ist, die Klärung unter den Linksradi kalen zu fördern. Es wäre sicher von Vorteil gewesen, wenn die I. S. D. schon früher, bei jeder auftauchenden Differenz zwischen sich und den anderen linksradi kalen Gruppen ihre Auffassung öffentlich zum Ausdruck gebracht hätten, da dann die Klärung in diesem, für die deutsche Arbeiterbewegung so hochbedeutsamen Augenblick bedeutend weiter fortgeschritten wäre. Wir werden in der nächsten Nummer der „Arbeiterpolitik“ ausführlich auf die vorstehenden Ausführungen der I. S. D. zurückkommen. Für heute nur folgendes:

Auch die I. S. D. sind der Meinung, dass ein Zusammengehen mit der Arbeitsgemeinschaft nicht möglich ist. Sie stimmen hierin mit der Auffassung der Gruppe Internationale und der unsrigen überein, wie denn der Gen. Borchardt als Redakteur der „Lichtstrahlen“ von Anfang des Krieges an die Parole ausgab: Kampf gegen das Parteizentrum. Weit wichtiger aber ist die Übereinstimmung aller linksradi kalen Gruppen in der Frage der Taktik. Sie alle sehen ausnahmslos in der Verwirklichung des Wortes, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann, den Mittelpunkt der ganzen linksradi kalen Propaganda. Das ist es auch, was uns, trotz mancher Differenzpunkte, mit der Gruppe Internationale eint. Von diesem Gesichtspunkt aus orientieren sich für die Linksradi kalen alle anderen Fragen der Taktik und der Organisation und vor allem das Problem: Massen und Führer. Und eben die Frage der Massenaktionen ist es, die die Linksradi kalen im tiefsten Grunde von dem Parteizentrum und der Arbeitsgemeinschaft trennt.

Wenn einige Führer der Gruppe Internationale das Bestreben zeigen, die alte Führertaktik in der neuen Bewegung wieder aufleben zu lassen, so beweist das noch nicht, dass dieses Streben von den Anhängern dieser Gruppe gebilligt wird. Vielmehr liegen zahlreiche Anzeichen vor, dass die Anhänger der Gruppe Internationale im Reiche Selbständigkeit genug besitzen, um derartige Führergelüste zu ersticken. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Gruppe Internationale in Folge ihrer eifrigen praktischen organisatorischen Propaganda sich zu der größten und einflussreichsten linksradi kalen Gruppe in Deutschland entwickelt hat. Umso mehr ist es Aufgabe aller Linksradi kalen, durch ihr Zusammenwirken mit der Gruppe Internationale etwa auftauchende theoretische Inkonsequenzen der Rückfälle in die alten organisatorischen Formen zu bekämpfen; es sei denn, dass die Gruppe Internationale von ihrem Gegensatz zur Arbeitsgemeinschaft und damit vom Prinzip der Massenaktionen zurückträte. Nur in diesem Falle würden wir ein selbständiges Vorgehen der übrigen linksradi kalen Gruppen für notwendig halten. Bis dahin ist es die Pflicht aller Linksradi kalen, der Gruppe Internationale, wenn auch unter Wahrung ihrer Eigentümlichkeiten und unter Sicherung ihrer Bewegungsfreiheit, beizutreten; wie es Pflicht der Gruppe Internationale ist, aus ihrer bisherigen Gruppenpolitik herauszutreten und die nächste Gelegenheit zu ergreifen, alle linksradi kalen Gruppen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzurufen. Sollte sie diese Pflicht versäumen, so trüge sie die schwere Verantwortung für eine fortgesetzte Zersplitterung der Linksradi kalen. Wir hoffen, dass schon die Konferenz der Arbeitsgemeinschaft die Gruppe Internationale an diese ihre dringendste Aufgabe der Sammlung aller linksradi kalen Gruppen erinnern wird, und dass bereits die Vorbereitungen für diese Sammlung getroffen sind. Was an uns liegt, werden wir jedenfalls tun, um diesen Zusammenschluss zu fördern und erwarten mit Ungeduld die Bekanntgabe einer von der Gruppe Internationale angesetzten Konferenz der Linksradi kalen. Wir dürfen wohl vermuten, dass diese Konferenz bereits geplant ist, da das offizielle Organ der Gruppe Internationale, „Der Kampf“ in seiner letzten Nummer die

Sammlung der Linksradikalen gebieterisch fordert. Wir hoffen, dass auch die I. S. D. sich diesem Zusammenschluss nicht widersetzen werden.

## **Das Zentrum der Partei und die Kriegsfragen.**

### **2. Vom Charakter des Weltkrieges.**

Der Leser des ersten Artikels könnte sagen: nun, gut, Kautsky fehlt eine richtige Perspektive, aber was den jetzigen Krieg anbetrifft, so hat er nach 30 Kriegsmonaten schließlich festen Grund unter den Füßen. Er hat doch sogar in seinem Friedensmanifest sich auf Zimmerwald berufen. Und schließlich handelt es sich in der praktischen Politik um das, was man heute tut. Die Ausführungen Kautskys beweisen das gerade Gegenteil. Kautsky negiert die Grundlagen einer gemeinsamen Haltung des Proletariats dem Weltkriege gegenüber.

Kautsky hält uns zuerst einen Vortrag darüber, dass der Imperialismus verschiedener Großmächte dank ihrer verschiedenen ökonomischen und politischen Zustände verschieden sei. England hat eine entwickeltere Textil- aber eine weniger entwickelte Schwerindustrie als Deutschland und die Vereinigten Staaten Amerikas. Es besitzt Freihandel und keinen entwickelten Militarismus, während Deutschland schutzzöllnerisch ist und ein stehendes Heer besitzt usw., was an solchen Unterschieden sich schon jeder ABC-Schütze an den Sohlen abgelaufen hat.

„An allen diesen räumlichen und zeitlichen Verschiedenheiten im Charakter des Imperialismus sowie seiner Kompliziertheit mit den mannigfachsten anderen Problemen – an allen dem geht achtlos derjenige vorbei, der meint, die Stellung zu jedem kriegführenden Staate und in jeder einzelnen Phase des heutigen Krieges sei schon mit der Konstatierung gegeben, dass wir im Zeitalter des Imperialismus leben. Das Bedürfnis, die unendliche Fülle der Motive und Tendenzen in den verschiedenen Staaten, bei den verschiedenen Klassen, unter den wechselnden Situationen auf das eine Schema des Imperialismus zu reduzieren, zwingt förmlich zur Blindheit gegenüber den Erscheinungen der Außenwelt, so dass man sie nur noch in jenem Dunkel sieht, in dem alle Kühe grau und alle Kriegsprobleme imperialistisch.“

Wir können von Kautsky nicht fordern, dass er alle die Artikel liest, die wir innerhalb der letzten zehn Jahre über die imperialistischen Fragen in der „Leipziger Volkszeitung“, „Bremer Bürger-Zeitung“ usw. veröffentlicht haben, wo wir über die besonderen Tendenzen des Imperialismus in verschiedenen Ländern dauernd berichteten. Aber mindestens die müsste er kennen, die er selbst aus unserer Feder in der „Neuen Zeit“ gebracht hat – manche, wie die über die Marokkokrise in den gespanntesten weltpolitischen Verhältnissen – und die es ihm verbieten müssten, solche Vorwürfe zu erheben. Und so wie wir, hat es van Ravensteyn, einer der besten Kenner der Weltpolitik unserer Richtung getan, dessen letztes Buch: „Wereldoorlog“, (Zutphen, 1916, Verlag Thieme) – eine Sammlung seiner Artikel aus der Kriegszeit – direkt musterhaft die Unterschiede in der Struktur des Imperialismus der verschiedenen Länder herausarbeitet.

Der Streitpunkt zwischen uns und Kautsky in diesem Punkte ist nicht, ob wir blind den Unterschieden im Charakter des Imperialismus gegenüberstehen und er sie sieht – wie stark seine Sehkraft ist, bewies er am 3. August 1914, als er nicht wusste, worum es sich auf deutscher Seite handelte –, nicht, ob wir an den vorimperialistischen Elementen in diesem imperialistischen Weltkrieg achtlos vorübergingen, sondern in der Frage, ob all die verschiedenen Imperialismen trotz ihrer Verschiedenheit gleich verderbliche Folgen für das



internationale Proletariat haben und ob ihnen allen die Internationale mit gleicher Entschiedenheit entgetreten muss. Kurz, ob der Weltkrieg einen einheitlichen Charakter hat. Kautsky sucht lang und breit zu beweisen, dass verschiedene Teile der Bourgeoisie nicht immer eine reaktionäre Masse bilden. Wir haben im Laufe der letzten Jahre diese seine schönen Ausführungen x-mal gelesen. Aber er wiederholt sie ganz gewiss nicht deswegen, um uns die Freude zu bereiten, alte Bekannte wiederzusehen, sondern um uns den Schluss nahe zu legen: wie wir bei den Unterschieden in der Struktur der Bourgeoisie mit einzelnen ihrer Teile ein Stück Wegs zusammengehen können, so ist es auch mit dem Imperialismus.

Und richtig: Kautsky erklärt, das Zentrum „lehne ebenso jene Verpflichtung (der Linksradikalen. D. V.) zu unbedingter Opposition ab, die aus dem imperialistischen Charakter des Krieges gefolgert wird, wie jene Verpflichtung (der Sozialpatrioten. D. V.) zu unbedingter Unterstützung der Regierung, die aus dem Grundsatz der Landesverteidigung gefolgert wird. Das Zentrum entscheidet im Kriege über jeden besonderen Fall nach seinen besonderen Merkmalen“. Wir wissen, dass Kautsky, der am 3. August 1914 über die besonderen deutschen „Merkmale“ im Unklaren war, später sich durch die französischen Merkmale zur Anerkennung der besonderen Lage der französischen Sozialpatrioten bestimmen ließ. (Siehe seine Erklärung im „Vorwärts“ vom 1. Januar 1916.) Hier ist der Unterschied zwischen Kautskys und unserer Position.

Unsere Blindheit demonstriert Kautsky an einem Zitat aus dem „Volksrecht“ (vom 5. August 1916), das lautet: „Die Kleinstaaten, die Kolonien besitzen, sind imperialistische Staaten, und die belgischen Proletarier, die ihr Blut für die Unabhängigkeit Belgiens verspritzen, verspritzen es, wenn auch ungewollt, nicht minder dafür, dass die belgischen Bourgeois es den Kongonegern abzapfen können.“ Entsetzt fragt Kautsky: „sind der Besitz dieser Kolonie und die Unabhängigkeit Belgiens unzertrennlich miteinander verbunden, so dass man für das eine nicht kämpfen kann, ohne für das andere zu kämpfen?“ Gewiss sind die beiden Dinge nicht unzertrennlich. Aber helfen die belgischen Proletarier der Entente zum Siege, und anders können sie für die „Unabhängigkeit“ ihres Landes nicht kämpfen, so haben sie auch für die Unzertrennlichkeit des Kongos von Belgien gekämpft. Und wenn Kautsky fragt, ob Belgien wegen des Kongos in den Krieg geraten ist, so würden wir ihm sehr die Arbeit des Historikers Rathgen (in den Preußischen Jahrbüchern) über die Kongofrage und den Weltkrieg empfehlen. Man mag in noch so vielen Punkten mit Rathgen differieren, dass die Angst um den Kongo für den Fall eines deutschen Sieges die belgische Regierung sehr stark auf die Ententeseite gedrängt hat, kann keinem Zweifel unterliegen. Das haben auch die belgischen Genossen bei dem Erwerb des Kongos befürchtet. Sie hatten eben zur kapitalistischen belgischen Regierung nicht das Vertrauen des Genossen Kautsky; sie glaubten, dass die Aussicht auf Verlust einer Kolonie, die allein in Catanga Milliarden an Werten birgt, auf die Haltung der Regierung nicht ohne Einwirkung bleiben würde.

Noch gekünstelter scheint Kautsky unsere Behauptung, dass durch die allgemeinen kapitalistischen Zusammenhänge auch die Bourgeoisie der Kleinstaaten, die keine Kolonien besitzen oder sogar keine besitzen können, Nutznießer des Imperialismus ist. Dass sie einerseits durch Investierung ihres Kapitals in den imperialistischen Unternehmungen der Großmächte, ein Interesse an dem Siege eines oder des anderen Lagers haben können, dass andererseits die Anlage des fremden Kapitals in den Kleinstaaten die Haltung der Bourgeoisie des Kleinstaates oft im Sinne des Geldverleihers beeinflusst. Dies alles sei eine „verzweifelte Konstruktion“. Und Kautsky stellt uns dann zerschmetternde Fragen. Wenn dem so ist, so müsste doch z. B. deutsches in Russland investiertes Kapital, ein Interesse an Russlands, französisches in der Türkei investiertes ein Interesse am Siege der Türkei haben? Das sind Spiegelfechtereien. Das deutsche Kapital kann desto besser Russland und das französische die Türkei ausbeuten, je größer die Macht Deutschlands oder Frankreichs ist, denn die

Unterstützung der Regierung verschafft ihm bessere Bedingungen der Ausbeutung von Russland resp. der Türkei.

Diese kann dem Übersee exportierenden Kapital des Kleinstaates seine Regierung nicht geben, es lehnt sich an die Großstaaten an. Ohne die Macht des deutschen Imperialismus käme z. B. das Schweizer Kapital gar nicht dazu, sich an der Bagdadbahn zu beteiligen, weil sie ohne den Druck Deutschlands nicht gebaut worden wäre. Ob es den Schweizer Teilnehmern an dem Bau der Bagdadbahn nicht gleich wäre, wenn sie von Engländern geleitet wäre – fragt Kautsky. Nein, werter Genosse Kautsky, denn die Schweizer Kapitalisten kennen die Bagdadbahnfrage besser als Sie: wenn England in diesem Kriege entscheidend siegt, wird es den größten Teil der Bagdadbahn nicht bauen, weil dies seinen Interessen widerspricht. Das würde aber die Profitaussichten sehr mindern, denn die Bagdadbahn würde zu einer kleinen Provinzbahn herabsinken. In gleicher Weise kann man die anderen zerschmetternden Fragen Kautskys beantworten. Aber dies ist nicht nötig. Denn würden die Kapitalisten der Kleinstaaten so unbeteiligt an der imperialistischen Politik wie der Genosse Kautsky sein, würde in der kapitalistischen Welt das Wunder bestehen, dass in ihrer Mitte ganze Staaten mit höchstentwickeltem Kapitalismus als von seinen modernen, gewaltigen Tendenzen unberührte Oasen existieren, das alles würde nichts an der wichtigsten, durch die Erfahrungen dieses Krieges erhärteten Tatsache ändern: kein Kleinstaat, gleichgültig ob er in den imperialistischen Weltkrieg freiwillig eintritt, ob er als Opfer des Imperialismus in ihn hineingezerrt wird, kann eine selbständige Politik treiben, er kämpft als Teil der imperialistischen Koalition, als sehr wehrloses Werkzeug für die allgemeinen Interessen des Imperialismus. Das entscheidet auch die Frage, ob das Proletariat der Kleinstaaten dieselbe Politik treiben kann, wie das der Großstaaten, oder ob es sich an die „besonderen“ Merkmale zu halten hat.

„In dem jetzigen Krieg verfolgen alle kapitalistischen Staaten, selbst wenn man annehmen würde, dass sie gegen ihren Willen in den Krieg hineingezogen wurden, imperialistische Ziele.“ Alle kapitalistischen Staaten! Was für ein „Blinder“ schrieb das? Gustav Eckstein schrieb diese Worte kurz vor seinem Tode in einem Artikel des Avanti, Gustav Eckstein, von dem Kautsky im Nekrolog schrieb, er habe „die politische Ökonomie gemeistert“, Eckstein, dessen Tod Kautsky als den Verlust der „rechten Hand“ beklagte.

Es zeigt sich, dass die linke Hand nicht weiß, was die rechte wusste und so klar niederschrieb. Das beweist nur, dass jüngere Theoretiker des Zentrums nach langem Schwanken die Blindheit den Tatsachen gegenüber aufgeben mussten, die sich Kautsky als besonderes marxistisches Verdienst anrechnet. Er sieht Bäume, sieht aber den Wald nicht. Sieht Imperialismen, sieht den Imperialismus, den imperialistischen Krieg nicht. Deswegen kommt er zu einer besonderen Politik der Arbeiterklasse jedes imperialistischen Landes nach seinen besonderen Merkmalen, zu einer besonderen Politik des Proletariats in den Kleinstaaten. Indem er die Auflösung der Internationale zu ihrem Ideal erhebt, erklärt er mit Stolz, das sei der Standpunkt der ersten und der zweiten Internationale gewesen. „Wir brauchen nur wieder seine allgemeine Anerkennung, brauchen keinen neuen internationalen Standpunkt und keine neue Internationale.“

Aber Genosse Kautsky, da haben Sie ja alles, was Ihnen zum Glück nötig ist, und Sie können mit Scheidemann, Plechanow, Renaudel usw. eine freundliche Unterhaltung über die „besonderen Merkmale“ beginnen. Es wird ein Symposium sein, das hoffentlich seinen Plato findet, ein Symposium der Sozialpatrioten aller Länder. Aber eine internationale proletarische Aktion wird und kann es nicht fördern.

Der „Blindheit“ der Linksradikalen stellt Kautsky seinen eigenen positiven Standpunkt entgegen. Ihn den Lesern zu zeigen ist ein besonderer Genuss. Niemals zeigte sich ein Philosoph in einem zerrisseneren und zerschabteren Mantel, als der Theoretiker des Zentrums.

## Aus unserm politischen Tagebuch

5. März

Es ist gelungen, eine Verständigung zwischen den linksradikalen Gruppen von Hamburg, Bremen, Hannover und Rüstingen auf folgender Grundlage herbeizuführen:

Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der linksradikalen Gruppen und ihrer Trennung vom Zentrum der Partei wird anerkannt. Die praktischen Vorarbeiten dazu sind mit aller Kraft aufzunehmen.

1. Durch die Zusammenfassung der auf dem Boden des Linksradikalismus stehenden oppositionellen örtlichen Organisationen,

2. durch Beeinflussung dieser Organisationen im Sinne der Gründung einer selbständigen linksradikalen Partei,

3. durch Delegation von Vertretern auf die Vorkonferenz der Gruppe Internationale, die gehalten sind, im Sinne der Zusammenfassung der Linksradikalen auf dieser Vorkonferenz und

4. dahin zu wirken, dass die Vertreter der linksradikalen Organisationen auf der Konferenz der Arbeitsgemeinschaft geschlossen auftreten, um ihre Stellung zum Zentrum öffentlich scharf zu bestimmen und dort Propaganda für den Linksradikalismus zu betreiben.

5. Die Gründung einer linksradikalen Tageszeitung für Nordwestdeutschland soll in die Wege geleitet werden.

\*

6. März

„Man mag die Möglichkeiten des freien Weltmarktes noch so hoch einschätzen, das ändert doch nichts daran, dass die deutsche Volkswirtschaft der Kolonien nicht entreten kann ... Bleiben diese Kolonien deutsch (und dass sie deutsch bleiben und zu einem zusammenhängenden afrikanischen Kolonialreiche ausgebaut werden, ist eines unserer wichtigsten Kriegsziele) ...“ So verkündet Herr August Winnig in den Monatsheften. Zu einem deutschen zusammenhängenden Kolonialreich gehören die Kleinigkeiten belgisch Kongo und portugiesisch Angola. Die schluckt August der Starke man so über. Nach solcher Leistung legt er aber auch die Hand dafür ins Feuer, dass weder Bethmann-Hollweg noch seine getreuen Sozialimperialisten an irgendwelche Eroberungen denken. Das für die Kolonialpolitik der Sozialismus herhalten muss, versteht sich am Rande.

## Feuilleton

### Kohlsuppe.

Einer alten Witwe raffte der Tod den einzigen, zweiundzwanzigjährigen Sohn dahin – er war der erste Arbeiter im Dorf.

Die gnädige Frau, die Besitzerin dieses Dorfes, hörte, welches Leid die Witwe betroffen, und suchte sie am Tage der Beerdigung auf.

Sie fand sie zuhause.

Mitten in der Stube vor dem Tische stehend, schöpfte sie mit der rechten Hand (die linke hing kraftlos herab) mit langsamen gleichmäßigen Bewegungen dünne Kohlsuppe aus einem verräucherten Topf und führte den Löffel ununterbrochen zum Munde.

Das Gesicht der Alten war trübe und abgemagert, die Augen rot und geschwollen; aber sie hatte eine feste, gerade Haltung wie in der Kirche.

„Mein Gott!“ dachte die gnädige Frau. „In einem solchen Augenblick kann sie noch essen ... welch rohe Empfindungen haben doch all diese Leute!“

Und die gnädige Frau erinnerte sich, wie sie vor einigen Jahren, da sie ihr neunmonatliches Töchterchen verloren, vor Gram es abgelehnt hatte, eine sehr schöne Villa in der Nähe von Petersburg zu mieten und den ganzen Sommer in der Stadt geblieben war! ... Und die Alte aß noch immer von ihrer Kohlsuppe.

Endlich vermochte die gnädige Frau nicht mehr an sich zu halten.

„Tatjana!“ sprach sie. „Um Gottes willen! Ich bin erstaunt! Du hast deinen Sohn also gar nicht geliebt? Du hast nicht einmal den Appetit verloren? ... Wie kannst du nur diese Kohlsuppe essen!“

„Mein Wassja ist tot“, entgegnete leise die alte Bäuerin und von neuem rollten ihr bittere Tränen über die eingefallenen Wangen. „Nun ist auch mein Ende nahe! Bei lebendem Leibe hat man mir den Kopf genommen. Aber darum kann ich doch die Kohlsuppe nicht verkommen lassen: sie ist ja gesalzen.“

Die gnädige Frau zuckte nur die Achseln – und entfernte sich.

Sie bekam ihr Salz billig.

Iwan Turgenjeff.

---

### Der Berichtstatter.

Von Iwan Turgenjeff.

Zwei Freunde saßen am Tische und tranken Tee.

Plötzlich erhob sich ein lauter Lärm auf der Straße. Man vernahm klägliches Stöhnen, heftige Schimpfworte und schadenfrohes, schallendes Lachen.

„Da wird jemand geprügelt“, bemerkte einer der Freunde, zum Fenster hinausblickend.

„Ein Missetäter? Ein Mörder?“ fragte der andere. „Höre einmal: wer es auch sei, wir dürfen nicht zulassen, dass er ohne Urteilsspruch gerichtet werde. Komm, lass uns für ihn eintreten!“

„Es ist ja kein Mörder, den sie da prügeln.“

„Kein Mörder? Also ein Dieb? Es ist ganz gleich, wir wollen ihn dem Pöbel entreißen.“

„Auch ein Dieb ist's nicht.“

„Auch kein Dieb? Also vielleicht ein Kassierer, oder ein Eisenbahnschwindler, ein Armeelieferant, ein russischer Mäcen, ein Advokat, ein gesinnungstüchtiger Redakteur, eine edle Seele, die sich fürs Gemeinwohl opfert? – Wer es auch sei, wir müssen ihm helfen.“

„Du hast's nicht erraten: sie prügeln einen Berichterstatter.“

„Einen Berichterstatter? – Hm, weißt du was? Da wollen wir doch erst unsern Tee austrinken.“

---

## „Des Thoren Urteil wirst du hören ...“

Putschkin.

„Des Thoren Urteil wirst du hören ...“ Du hast immer wahr gesprochen, du unser großer vaterländischer Dichter; und auch in diesem Falle hast du Recht.

„Des Thoren Urteil und der Menge Lachen“ – wer hat nicht dieses wie jenes kennen gelernt?

All dies kann man – und muss man ertragen; und wer sich stark genug fühlt, der mag es auch verachten.

Aber es gibt Schläge, die empfindlicher berühren, die das Herz selber treffen. Es hat jemand alles getan, was in seinen Kräften lag; er hat angestrengt, redlich, mit Hingebung gearbeitet ... Da wenden sich ehrliche Herzen mit Widerwillen von ihm ab; ehrliche Gesichter röten sich vor Unwillen, wenn sein Name genannt wird. „Fort mit dir! Hebe dich von hinnen!“ schreien ihm ehrliche jugendliche Stimmen entgegen. „Wir brauchen weder dich noch dein Bemühen; du entehrst unser Haus, du kennst und verstehst uns nicht, du bist unser Feind.“

Was soll der also Verstoßene tun? Er fahre fort zu arbeiten, er mache keinen Versuch, sich zu rechtfertigen – ja er erwarte nicht einmal eine gerechte Beurteilung.

Einst verfluchten die Landleute jenen Reisenden, der ihnen die Kartoffel, die tägliche Nahrung der Armen, an Stelle des Brotes gebracht. Sie schlugen ihm das kostbare Geschenk, welches er ihnen darbot aus der Hand, warfen es in den Koth und traten es mit Füßen.

Jetzt nähren sie sich davon – und wissen nicht einmal den Namen ihres Wohltäters! Sei es drum! Was soll ihnen sein Name? Auch in seiner Namenlosigkeit bewahrt er sie vor dem Hungertode. Lasst uns nur darauf sehen, dass das, was wir darbieten, in der Tat nützliche Speise sei. Bitter fürwahr ist ungerechter Tadel im Munde derer, die wir lieben. Aber auch er lässt sich ertragen. „Schlage mich, doch höre mich an!“ sprach der athenische Feldherr zum spartanischen. „Schlage mich, aber – sei gesund und satt!“ müssen wir sagen.

Von Iwan Turgenjeff.

## Verschwörung.

Ihr wittert stets Verschwörung und Komplotte  
und setzt hin die blutigen Gerichte,  
indessen aber lächelt die Geschichte  
auf euch hernieder mit dem klugen Spotte.  
Wenn wir uns scheuten vor des Tages Lichte,  
dann wären wir nur Bonzen unserm Gotte,  
dann wären wir, fürwahr, nur eine Rotte,  
und so wie ihr dann gingen wir zunichte.  
Hell wie die Sonne, wandelt der Gedanke,  
der uns verknüpft aus nächtgen Kerkerwänden,  
hoch über euren Häuption, ohne Schranke.  
Wir sind wie jene wunderbare Bäume  
die der Befruchtung Keim einander senden,  
ob sie getrennt durch länderweite Räume.

Hartmann.

---

Misstrauen in gewissem Sinne und in gewissen Umständen ist eine höchst revolutionäre Eigenschaft. Lassalle, Briefe an Marx (11. März 1860).

---

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 11/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 17. März 1917.

Nr. 11

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Noch sind nicht alle Märze vorüber.

### Das altmodische Gespenst.

Wenn die Stürme des Märzen kamen, so erinnerte früher die Sozialdemokratie die Arbeiter an jene Tage, in denen 1848 und 1871 politische Stürme am alten Gemäuer Europas gerüttelt haben. Sie erinnerte an den Frühling der Völker, an den Ansturm der Arbeiter und Kleinbürger von Paris nach Wien gegen die feudalen Throne, an den Aufstand des Pariser Proletariats, das ungebrochen durch die Entbehrungen der Belagerung nach dem nationalen Kriege die Fackel des Bürgerkrieges anzündete, um für die eigenen Interessen gegen den „inneren Feind“, die Versailler Krautjunker und Kapitalisten, zu kämpfen. Alter Tage gedenkend mahnte die Sozialdemokratie die Proletarier: Der Tag, der Tag wird kommen ...

Als sie aber „umlernten“, als sie aus proletarischen Klassenkämpfern zu Stützen der Bourgeoisie wurden, da verfluchten sie die Erinnerung jener Tage, die ihnen das Kainszeichen in die eiserne Stirn einbrannten, jener Tage, an denen das Volk aufstand. Am Tage, der die Märzerinnerung heraufbeschwört, wandte sich Scheidemann – es war Anno 1915 – an die Bourgeoisie mit der flehentlichen Bitte, sie solle doch den Arbeitern ein Stückchen Brot und ein bisschen Freiheit gewähren, damit die Märzerinnerung nicht mehr zu Fleisch und Blut werde. Und die Schriftgelehrten *Cunow* und *Renner*, sie suchen dem Gespenst einzureden, es sei doch schon zu altmodisch, es solle doch aufhören herumzuspuken. Sie beweisen, dass die Erinnerungen an die Revolutionen auf die jetzige sozialdemokratische Generation nur irreführend wirken können. Einst, als die Bourgeoisie ihre Revolutionen auskämpfte, da handelte es sich um die Niederreiung alter morscher absolutistischer Gebäude, um die Aufräumung des feudalen Schutts. Das konnte in kurzen, dramatischen Perioden des Bürgerkrieges geschehen. Jetzt handle es sich um den Umbau der Produktion, der Grundlagen der Gesellschaft, und das kann nur in langsamer, methodischer Arbeit geschehen, in der Förderung der Organisation einst individualistische Bourgeoisie ihre Wirtschaft eigenhändig unterwerfen muss. Drum fort mit den Gespenstern, es lebe die Arbeitsgemeinschaft der Klassen, die Monopolisierung der Wirtschaft.

Anknüpfend an einen Artikel Friedrich Adlers, der diese emsige Totengräberarbeit dem Proletariat denunzierte, schrieb einmal *Heilmann*, der Chemnitzer Prophet der Umlernerei, der tiefste Unterschied zwischen den Männern des 4. August und der „Opposition“ bestehe eben

darin, dass sie aus Veteranen alter demokratischer Kämpfe, oder aus jungem demokratisch-kleinbürgerlichem Nachwuchs bestehe, dem die formelle Demokratie alles sei, während die Gewerkschaftler und die Umlerner als wissenschaftliche Sozialisten wissen, dass die Organisation der Wirtschaft alles sei. Dieses Liedchen widerspricht zwar der anderen Anklage, als seien wir Anarchisten, Anarcho-Syndikalisten und Anarcho-Sozialisten, oder wie die schreckliche Spezies von Menschen heißt, die auf jeden politischen Kampf und den geheiligten Parlamentarismus respektlos pfeift, aber es ist nicht weniger unsinnig. Und wir glauben am besten der alten Märzkämpfe zu gedenken, wenn wir das eine wie das andere sozialistische Gerede untersuchen. So wird der Charakter der alten Märztage ins richtige Licht gerückt.

## Brot und Freiheit

Schon in den Tagen des März 1848, als es galt, in Frankreich die Herrschaft der Bourbonen und Finanzoligarchen und in Deutschland wie Österreich die des Feudalismus zu stürzen, standen vor der jungen Arbeiterklasse keine formell demokratischen, keine nur demokratischen Aufgaben. Nicht nur ihre weitsehenden Vorkämpfer, die Marx und Engels, sahen in der bürgerlichen Revolution einen Übergang zur proletarischen, in der Republik den Weg zum Sozialismus selbst. Die breiten Massen der Arbeiterklasse, die zum großen Teil noch in den Kinderschuhen des Handwerkerproletariats steckten, also noch unklar sein mussten über den objektiven Sinn ihres Kampfes, über das Wesen des Sozialismus, auch sie fühlten dumpf, dass die bürgerliche Freiheit, die demokratische Republik nicht genüge. Ihr Sehnen nach einer Gesellschaftsordnung, die das Schicksal der Lasttiere von ihnen nehmen sollte, drückte sich unklar aus in dem Schrei nach der *sozialen* Republik, in konfusen Forderungen von Arbeitsministerien, vom Recht auf Arbeit.

Alle diese Illusionen über das Wesen der bürgerlichen Demokratie, alle ihre Hoffnungen, die Disteln könnten Feigen tragen, sie waren nichts anderes als Ausdruck der Tatsache, dass, indem das junge Proletariat sein Herzblut für die Demokratie vergoss, es ihm nicht nur um politische Freiheiten, sondern um Brot ging. Und eben, weil schon das junge Proletariat nicht nur um politische Freiheit kämpfte, weil es nicht gewillt war, der Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen, sondern in der Demokratie den Weg zur Lösung der sozialen Frage, d. h. zum Kampfe gegen die Bourgeoisie empfand, wurde es von dieser verraten, den feudalen Berserkern ausgeliefert und niederkartätscht.

Und worum griffen die Pariser Proletarier im Jahre 1871 zu den Waffen? Um die Freiheiten der Pariser Kommune zu verteidigen. Warum aber hingen sie so an ihnen? Weil in ihnen die Erinnerung an die Pariser Kommune von 1793, die Kommune von Chaumette und Marat lebte, die ihnen Brot gab, als sie hungerten. Und was wollten sie aus der Kommune 1871 machen? Wie unklar auch ihre Gedanken waren, ihre Taten sagen es laut: Die Pariser Kommune verteidigten sie gegen die Hausherren wie Fabrikusbeuter, suchte die Nacharbeit abzuschaffen, die Ausbeutung der Frauen und Kinder, suchte allen Brot zu sichern. Eine Feste gegen die Ausbeutung wollten die Pariser Proletarier in ihr haben, darum kämpften sie bis zum letzten Tropfen Blut für ihre demokratischen Rechte gegen den kapitalistischen Zentralismus.

## Demokratie und Sozialismus.

Seitdem war der Kampf um die Demokratie mit dem Ringen um den Sozialismus für immer vermählt, der März im Andenken des Proletariats für immer mit dem Juni der Pariser Schlächtereien vereinigt. Und solange es eine Sozialdemokratie gab, verschmolz sich bei ihr der Kampf um den Sozialismus mit dem um die Demokratie. Jeder größere wirtschaftliche Kampf schlug in einen politischen Kampf um, und der Odem des politischen Kampfes, selbst des geringsten, war: jedes politische Recht soll umgemünzt werden in Brot, in Macht zur



Herbeiführung des Sozialismus. Hier liegen die Wurzeln ihrer rücksichtslosen Kritik der bürgerlichen Demokratie, der Republik, in Ländern, wo sie, wie in der Schweiz, Frankreich, den Vereinigten Staaten besteht: denn was nützte dem Proletariat auch die besten demokratischen Bestrebungen der Sozialdemokratie in Ländern, in denen sich bessere soziale Gesetzgebung, besseres Schulwesen, mit halbfeudalen Regierungsformen - wie in Deutschland - verband.

Wenn hier der demokratische Charakter des Sozialismus selbst zu der doktrinären Zuspitzung gelangte, der Sozialismus könne nur in einer demokratischen Republik verwirklicht werden, so besagte das nur: man kann nicht für den Sozialismus kämpfen, ohne gleichzeitig für die Demokratie zu kämpfen, weil man, wie man im Staate nicht frei sein kann und in der Fabrik ein Sklave, so auch nicht ein freier Genosse in der Produktion und Untertan im Staate.

## Kapitalistischer Feudalismus und Demokratie.

So sind wir bei der „Organisation der Produktion“, um derentwillen die Sozialpatrioten den stürmischen März zum spukhaften Gespenst machen wollen. Was ist er, dieser moderne Götze, dem das Proletariat die Demokratie und die Revolution als Weg zu ihr opfern soll? Der moderne Kapitalismus hat die kleine Werkstatt der fünfziger, wie die mittlere Fabrik der achtziger Jahre in die kapitalistischen Fabrikleviatane verwandelt, die Tausende und Abertausende Arbeiter ausbeuten. Untereinander versippt, gemeinsam durch das Finanzkapital geleitet, stellen die Aktiengesellschaften, Kartelle und Trusts die Organisation der Produktion zu Frommen und Nutzen der finanzkapitalistischen Clique dar, die die Welt beherrscht.

Das Kapital wurde so zum Herrn über Leben und Tod der Arbeitermassen. Jetzt zwingen die finanziellen Nöte, die der imperialistische Weltkrieg geboren hat, den kapitalistischen Staat einen Teil dieser Ungeheuer in die eigene Hand zu nehmen. Nicht aber um ihre Opfer freizumachen, ihnen das Produkt ihrer Arbeit zurückzugeben. Und da sie nicht einmal im Traume daran denken, die Besitzer der zu verstaatlichenden Unternehmungen zu expropriieren, sondern ihre Monopolunternehmungen für teures Geld abkaufen werden, so müssen sie die Proletarier noch immer stärker anspannen, um neben der Rente für die abgesetzten Ausbeuter die notwendigen Geldmittel für den Staat herauszuwirtschaften, um derentwillen sie die ganze „Organisation der Produktion“ unternahmen. Und wegen dieser Zukunft soll das Proletariat den März den Abschied geben. Die Toren, die so sagen, werden sich täuschen. Eben weil der Staat zum Herrn über Arbeiterarmeen wird, weil er, statt vom Teil ihres Produktes zu leben, den ihm die Bourgeoisie zuwies, das Produkt selbst ihnen nehmen, die es schaffende Arbeit vergrößern wird, wird der Kampf um die Demokratie zum täglichen Brot des Proletariats werden, wird es für politische Rechte, für die Herrschaft im Staate ringen müssen, wie niemals bisher. Langsam nur könne das Werk der Verwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsweise in die sozialistische vor sich gehen, drum fort mit den Stürmen des März, rufen sie. Nur merken sie nicht, dass damit die durch den Kapitalismus zu seinem Nutzen sich vollziehende Organisation der Gesellschaft in die zum Nutzen der Gesellschaft selbst arbeitende stattfindet, das Proletariat siegen muss über die jetzigen „Organisatoren“, die den Scheidemanns zu Liebe und den März zum Trutz ganz gewiss kein Atom des Profits opfern werden.

Ja, der Sozialismus wird nur die Folge langer, systematischer Organisation der Produktion sein, aber zwischen ihr und der heutigen werden Kämpfe liegen, mit denen verglichen die verflorenen Märzstürme im Glase Wasser waren. Um die Verwandlung einer auf Privatbesitz gegründeten Wirtschaftsweise in eine andere, der feudalen in die kapitalistische Ausbeutung handelte es sich einst. Um die Aufhebung jedes Privatbesitzes jeder Ausbeutung jetzt. London und Wien umgrenzten einst das Gebiet der Umwälzung. St. Franzisko und Tokio

sind die Grenzsteine der zukünftigen. Das Weltproletariat ist ihr Kämpfer, die Welt das Gebiet, das der Baum der Freiheit, mit der phrygischen roten Mütze geschmückt, beschatten soll.

Spottet des alten März, des stürmischen Gesellen. Wir aber sehen schon seine Wirbelstürme über die Ozeane jagen.

## Partei und Bewegung.

Der gegenwärtige Stand der Krise der deutschen Sozialdemokratie stellt die verschiedenen Richtungen vor die Notwendigkeit der Bildung neuer Parteien. Die Sozialpatrioten übernehmen dort, wo sie die Mehrheit in den Organisationen haben, einfach den Apparat und überlassen die oppositionellen Minderheiten entweder ihrem Schicksal oder drängen sie hinaus; wo sie jedoch selbst in der Minderheit sind, gründen sie ihre eigenen Parteivereine. Das Parteizentrum wird demnächst in einer besonderen Konferenz an die Gründung einer eigenen Partei gehen. Die Linksradiكالen werden dasselbe tun müssen, sind sich über diese Frage bis heute aber noch nicht einig.

Während einige Vertreter der Gruppe „Internationale“ den Augenblick der Parteibildung für verfrüht halten, haben die „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ in ihrem Aufruf zu erkennen gegeben, dass die Gründung einer neuen Partei in diesem Augenblick gar nicht die Hauptfrage sei. Wir haben die Einwände, die aus den Reihen der Gruppe „Internationale“ gekommen sind, bereits widerlegt und wollen uns heute mit den Argumenten der I. S. D. auseinandersetzen. Wir wissen nicht, wie groß die Zahl der Anhänger der I. S. D. ist. Aber selbst, wenn es sich, wie der Duisburger „Kampf“ geringschätzend sagt, um „ein paar Anhänger“ handeln sollte, so wäre das für uns kein Grund, ihre Argumente nicht zu prüfen. Würden diese „paar Anhänger“ eine Auffassung vertreten, die die Zukunft hätte, so würde man selbst ins Hintertreffen geraten, wenn man sein Verhalten zu den I. S. D. von deren numerischer Größe abhängig machen wollte. Nicht die Zahl ist das Entscheidende, sondern die Auffassung, die eine Richtung vertritt. Wie haben nicht die Ebert und Konsorten über unsere geringe Anhängerzahl gehöhnt. Es hat uns nichts geschadet. Wir sind trotzdem gewachsen und sind heute mehr denn je davon überzeugt, dass uns die Zukunft gehört.

Der Aufruf der I. S. D. nennt als die Hauptfrage der gegenwärtigen Krise der sozialdemokratischen Bewegung die Frage des Führertums. Sie erscheint ihm deshalb als Hauptfrage, weil nach seiner Meinung die Führerpolitik zum Zusammenbruch der Sozialdemokratie geführt hat. Nun unterliegt keinem Zweifel, dass die konzentrierte Führergewalt mit ihrem bürokratischen Apparat den Zusammenbruch der Sozialdemokratie vorbereitet und mächtig gefördert hat; aber schon die Tatsache, dass durchaus nicht in allen Parteien der Internationale die der deutschen Sozialdemokratie eigenen, festgefügtten Organisationsformen herrschten und dass die Krisis der Internationale trotzdem eine allgemeine ist, zeigt, dass die Frage des Führertums nicht die Hauptfrage der gegenwärtigen Krisis sein kann.

Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient. Und auch jede Partei hat die Führung, die sie verdient, d. h. ins Historische übersetzt: das Führertum wächst organisch aus allen Lebensbedingungen der Partei heraus; es ist mitsamt seiner Bürokratie eine historische Erscheinung. Als solche aber ist es der Veränderung unterworfen und es ist schon heute ein Ding der Unmöglichkeit, dass sich in der neuen linksradikalen Partei dieselben Organisationsformen mit allen ihren Äußerungen wiederholen könnten, die das Wesen der alten Partei ausmachten. Es ist der Todeskeim der Zentrums politik, dass sie nicht imstande ist, sich den neuen, durch den Imperialismus geschaffenen Kampfbedingungen und Kampfformen anzupassen. Die Linksradiكالen erstreben zwar die Bildung einer neuen Partei,

aber diese Partei ist ihnen nur Mittel zum Zweck des Kampfes. In den neuen Kampfformen ist das alte Führertum von vornherein unmöglich. Aber die Entwicklung zu diesen Formen ist ein Prozess. Das übersieht der Aufruf der I. S. D. Er setzt gewissermaßen ein allgemeines Ideal an die Stelle der gegenwärtigen Wirklichkeit. Gewiss: Gleichberechtigung, Selbständigkeit, Wille und Kraft zur eigenen Tat: das sind Eigenschaften, die alle Linksradikalen in den Arbeitermassen lebendig sehen möchten. Aber sie wissen auch, dass solche Eigenschaften als Massenerscheinungen erst durch den Kampf entwickelt werden können. Der Unterschied zwischen uns und dem Aufruf der I. S. D. besteht in dieser Frage also darin, dass die I. S. D. uns ein fertiges Ergebnis vorsetzen, während wir den Weg des Kampfes zur Erringung der Demokratie zeichnen und beschreiten.

Es ist nun aber an die I. S. D. die Frage zu richten: Durch welche Mittel wollt ihr euer Ziel der „reinen Demokratie“ erreichen? Darüber sagt der Aufruf nichts Positives. Er gibt eine Kritik der alten Bewegung, die, wenn sie auch nicht gerade sehr tief ist, doch von uns unterschrieben wird. Er weist auf die Gefahren hin, die in der Neubildung einer linksradikalen Partei liegen, wobei er übersieht, dass es sich im Linksradikalismus nicht nur um eine neue Anschauungsweise, sondern auch um eine neue Bewegung handelt, die jetzt, in der Zeit der Krisis und des Übergangs sich vorbereitet. Ganz sicher, dass in dieser Übergangszeit noch nicht gleich alle Schlacken der alten Bewegung beseitigt werden können; aber in ihrem Wesen ist die neue Bewegung vorhanden, und es ist nur eine Frage des Kampfes, wie weit und wie schnell das alte überwunden wird. Der Aufruf der I. S. D. will sein demokratisches Ideal dadurch erreichen, dass keine Parole ausgegeben, keine Bevormundung der Massen geschehen soll. Nun steht zwar fest, dass die I. S. D. bislang nicht gerade auf jede Paroleausgabe verzichtet hat – die Tätigkeit Borchardts an den „Lichtstrahlen“, seine Wirksamkeit in den Organisationen und anderes mehr beweist es, und es ist doch nicht anzunehmen, dass Genosse Borchardt als Mitglied der I. S. D. ein anderes Prinzip verfolgt, denn als Redakteur, organisiertes Mitglied von Teltow-Beeskow usw. – aber es wäre sicher im Interesse der von den I. S. D. gewünschten Ziele der Demokratie gewesen, wenn diese Ausgabe von Parolen sehr viel ausgiebiger geschehen wäre. Und was die „Bevormundung“ betrifft, so glauben wir nicht, dass eine Masse von Millionen Arbeitern sich bevormunden lässt.

Wenn die Parteigenossen sich in der hinter uns liegenden Epoche mit der vom Aufruf der I. S. D. gekennzeichneten Form der politischen Betätigung begnügten, so entsprach das den historischen Bedingungen, unter denen die alte Bewegung entstand und sich entwickelte. Es trat aber bereits vor dem Kriege in den Massen sehr lebhaft der Drang nach anderen, auf ihre eigene Tat gegründeten politischen Kampfformen hervor, und die Massenstreikdebatten auf den verschiedenen sozialdemokratischen Parteitagungen waren nur die ideologische Begleiterscheinung dieser Tatsache. Das Bewusstsein aber, die Geschicke der Arbeiterklasse in die eigene Hand nehmen zu müssen, wächst in den Massen der Arbeiter gerade im jetzigen Kriege, der eine Aktion der Massen im gewaltigsten Stile darstellt.

Aber selbst, wenn wir in einer Zeit der Bevormundung der Massen lebten, so wäre diese Bevormundung eben auch eine historische Erscheinung, die durch kein Lamentieren beseitigt werden könnte, gegen die nur der Kampf der Massen selbst, in welchem Selbständigkeit, Wille und Kraft zur eigenen Tat immer stärker werden, helfen kann. Diese Kräfte zu lösen, mit allen Mitteln, auch dem der Parteibildung, das ist die Aufgabe der Linksradikalen. Dabei braucht uns das Gespenst einer neuen Führerpolitik, wie es der Aufruf der I. S. D. heraufbeschwört, nicht zu schrecken. Wird sich das alte Führertum in der neuen Bewegung wieder ereignen, so wird auch das nur als Farce geschehen, und es wird schnell genug in der Versenkung verschwinden. Die Umstände, die wir unmittelbar vorfinden wie diejenigen, die als historische Epoche hinter uns liegen, machen ein Wiederaufleben des alten Führertums unmöglich, und wo sich in den Reihen der Linksradikalen Ansätze zu Führergelüsten alten

Stiles zeigen, stoßen sie schon heute auf den hartnäckigsten Widerstand in weiten Kreisen der Anhängerschaft.

Wenn also den I. S. D. daran gelegen ist, mit Hilfe der neuen Partei die neue Bewegung entwickeln zu helfen, so ist es ihre Pflicht, die Reihen der Linksradiكالen stärken zu helfen. Jedes Fernbleiben wäre entweder Eigenbrödelei oder Sektierersucht – wie denn der Aufruf der Aufruf der I. S. D. sehr starke fatalistische Züge aufweist – im einen wie dem andern Falle aber wäre das Schicksal der I. S. D. besiegelt: sie würden selbst als Sekte genau zu dem werden, was die alte Partei mit ihrem „Führertum“ geworden ist: zu bewussten oder unbewussten Werkzeugen des Imperialismus.

## Lensch – Erdmann – Borchardt.

Damit hat die Fraktion die Eingeweide der Internationale auf dem Tisch des Hauses ausgebreitet! So rief Herr Dr. Paul Lensch nach der Bewilligung der ersten Kriegskredite, indem er schauernd sein Haupt verhüllte und seine Hände in Unschuld wusch. Bald aber hatte er sich an den gräulichen Anblick so gewöhnt, dass er selbst tapfer in dem Gekröse umherwühlte und aus ihm, ein moderner Opferpriester, das Zukunftsglück der deutsch-imperialistischen Sozialdemokratie prophezeite. Und er schmiedete selber sein Zukunftsglück. Von der Baumeisterschen „I.-K.“ stieg er zu Rohrbachs „Größeren Deutschland“, vom Minderheitler zum Mitglied der „Deutschen Gesellschaft von 1914“. Ausziehend als unentwegter aut Caesar aut nihil – Radikaler, kehrte er als kompromittierter Reformier heim in die Gemeinschaft von David und Südekum, und er ward ein gewaltiger Federheld. Ihm war die Offenbarung geworden, dass England die volkgewordene Reaktion, die deutsche Bourgeoisie aber berufen sei zur gewaltigsten Revolution, die je das Antlitz der Erde verändert.

Erdmann über dir! Lensch hat Tausend geschlagen, Erdmann aber Zehntausend! Lensch musste erst seinen alten Glauben abschwören. Erdmann vollbrachte das größere Kunststück: Er blieb Linksradiكالer und wettert noch zornig auf das Jammergeschlecht, das der 4. August gefunden hat, und dennoch trommelt er den deutschen Arbeitern den Avanziermarsch des deutschen Imperialismus gegen England.

In einem Buche: „England und die Sozialdemokratie“ vermittelt er mit halsbrecherischer Dialektik die Gegensätze von Linksradiكالismus und Imperialismus.<sup>17</sup> In der rücksichtslosen Traktierung Marxscher Zitate wie der gesunden Vernunft ist er Lensch mindestens ebenbürtig. Während aber Lensch immerhin politische Gedanken vorbringt, ist dieser sogenannte Marxist nichts als ein recht windiger Moralpauker. Das Gerüst seines Buches bildet ein nationalistisch-tendenziöser Abriss der Geschichte des englischen Kapitalismus. Die wissenschaftliche Kritik hat sich längst abgewöhnt, eine Skandalchronik Geschichte zu nennen. Dennoch könnte man die Arbeit, die anderweit besser geleistet worden ist, gelten lassen, wenn sie den Zweck hätte, den heuchlerischen Verteidigern des Kapitalismus die Maske vom Gesicht zu reißen. Aber wenn Erdmann die blutigen Orgien der Bourgeoisie schildert, wenn er zeigt, wie das Kapital bei seiner ursprünglichen Akkumulation die Bauern gewaltsam proletarisiert und sie zu Bettel und Verbrechen treibt, um seine Opfer unter einer wahnwitzigen Halsjustiz hinzuschlachten, wenn er die tausendfachen Gräuel der kolonialen Eroberung und Ausbeutung aufzählt, wenn er zeigt, wie der nie gestillte Golddurst die Bourgeoisie in eine von keinen moralischen Bedenken gehemmte Raserei versetzt, die alle Sitte, alles Heilige niedertrampelt, dann ruft er nicht: das ist der Kapitalismus! sondern: das

---

<sup>17</sup> Karl Erdmann, England und die Sozialdemokratie. Vom Vertragsbruch der „Internationale“ zur Notwehr. Mit einem Geleitwort von Julian Borchardt. Verlag von Max Kirstein Berlin 1917. 4 Mk.

ist England! Ein Beispiel. Bei der Schilderung des Bauernaufstandes unter John Ball und Wat Tyler zeigt er uns den wortbrüchigen König Richard, wie er im blutigen Taumel die heimtückisch getäuschten Bauern niedermetzelt und er schließt die Schilderung mit den Worten: „Sein brutaler Betrug ist bis zum heutigen Tage das typische Charakteristikum der englischen Politik geblieben.“ Wir fragen den Historiker Erdmann! War jener Betrug nicht das Charakteristikum aller Rache trunkenen Unterdrücker, die einmal vor ihren Opfern zittern mussten? Zieht sich das Geschick von Wat Tyler und seinen Bauern nicht durch die ganze Geschichte bis zur Abschlachtung der Pariser Junikämpfer und darüber hinaus? Ist nicht die Kolonialpolitik aller Völker, angefangen bei den Römern und Karthagern bis in die neueste Zeit ein wüstes Chaos von List, Betrug, Heimtücke, Raub, Unterjochung, Ausbeutung und Strömen von Blut?

Und wenn es mit dem Historiker Erdmann in der Tat so wenig weit her ist, wie uns scheint, dürfen wir dann den Ästheten Erdmann fragen, ob er die ergreifenden Schilderungen Multatulis von der holländischen Kolonialwirtschaft, ob er Hauptmanns Weber kennt? Aber Erdmann weist auf die sprichwörtliche Heuchelei des perfiden Albion hin. Noch hat es keine Schuftigkeit gegeben, der nicht die Heuchelei das Lammfell gottseliger Gesinnung gereicht hätte. Um ein glänzendes Beispiel davon bei dieser Gelegenheit in Erinnerung zu bringen: Die sogenannten sozialdemokratischen Abgeordneten der Niederlande gehören sicherlich zu den begeisterten Verehrern von Multatulis Stil. Das hielt sie aber nicht ab, vor ein paar Jahren einen Namensvetter Multatulis zu verdonnern, weil er die Javaner aufgerufen hatte zur Empörung gegen ihre niederländischen Unterdrücker. Also die Heuchelei mitten im eigenen Hause der stolzen Sozialdemokratie. Und uns will scheinen, als habe sich Erdmann zu sehr in das Studium englischer Lüge und Heuchelei vertieft. Seine Argumentation in den Fragen der aktuellen Politik dürfte das erweisen.

Erdmann donnert höchst oberflächlich, aber forsch gegen den Verrat der Kreditbewilliger. Hören wir ihn deklamieren:

„Es schien bei Kriegsausbruch nach der Stimmung der Arbeiterschaft, als warte sie auf die Parole, als harre sie mit verhaltenem Atem des Zeichens der großen revolutionären Intervention, die wie ein furchtbarer Sturmwind über die Fluren und Schlote, über die Städte und Dörfer Europas dahingefegt wäre, alle jene über den Haufen werfend, die das fürchterliche Völkermorden entfesselt haben und denen allein es dient.

Aber die große Zeit fand ein kleines Geschlecht. Der Masse des internationalen Proletariats wurde an Stelle der sieghaften Selbstbehauptungs- die Selbstzerfleischungsparole gegeben. In der zwölften Stunde des Schichsals klappte das ganze offizielle Vertretertum des Sozialismus zusammen.“ (S. 34.)

„Der internationale Kongress zu Stuttgart proklamierte die natürliche Gegnerschaft der Arbeiterklasse zum Kriege, weil er ihren Zielen widerspricht: die sozialistischen Instanzen des August 1914 aber stellten sich auf den Boden des Krieges dadurch, dass sie ihn honorierten.“ (S. 34.)

„Die sozialistischen Instanzen ... akzeptierten den Burgfrieden und leisteten feierlich Verzicht auf des Wesens tiefste Wesenheit des großen proletarischen Befreiungskampfes, auf den Klassenkampf... Und bis zum heutigen Tage leidet die Leitung der deutschen Sozialdemokratie unter dem fürchterlichen Paradoxon, dass sie schweißtriefend für den Frieden wirkt und dabei zu gleicher Zeit unausgesetzt die Mittel für den Krieg bewilligt.“ (S. 36.)

„Sie beugten sich der Diktatur des Todfeindes. Des Kassenstandpunktes wegen [Klassenstandpunktes?] ... Die Pointe der bisherigen siegreichen Agitationsparole wurde prostituiert. Und man sagte: um Gottes willen keine Aktion, nicht diese Aktion, denn sie zerstört uns die schöne große Organisation; unsere herrliche nach soundso viel Millionen

abgerundete Zahl kriegt einen Schmiss, und wenn nicht hiermit, womit anders sollen wir in Zukunft unsere Schwäche vertuschen und uns Einigkeit und Macht vortäuschen? ... In der Theorie der schroffe Klassenkampf, in der Praxis das Annähern an die herrschenden Gewalten, das im Kriege sogar zur vollkommenen Assimilation mit dem Imperialismus ausartete.“ (S. 43.)

„Die Abwendung der Bedrohung des eigenen Landes ist gleichbedeutend mit dem Willen zum Siege, der natürlich in der Besetzung eines Teiles des feindlichen Territoriums seinen Ausgang findet. Somit sehen wir schon mit einem Ruck die sozialistischen Landesverteidiger in der intimsten Gesellschaft der Imperialisten.“ (S. 46)

Hat er nicht gut gebrüllt unser Löwe? Aber keine Aufregung:

Mögt itzo zweifelsohn' erzittern und erbeben,  
Wenn Löwe, rauh von Wut, lässt sein Gebrüll heraus.  
So wisset denn, dass ich Hans Schnock, der Schreiner, bin,  
Kein böser Löw' fürwahr, noch eines Löwen Weib;  
Denn käm ich als ein Löw' und hätte Harm im Sinn,  
So dauerte meiner Treu, mich mein gesunder Leib.

Erdmann ist kein Revoluzzer, ihn dauert sein gesunder Leib. Seine „Assimilation mit dem Imperialismus“ ist vollkommen, „ging über zum Baalspaffentum des Imperialismus“. Er ruft das Proletariat auf zum rücksichtslosen Kampfe mit allen Mitteln für „die volle Ausdehnungsfreiheit der deutschen Industrie“, „für die Weltgeltung Deutschlands“. Den paradoxen Widerspruch löst er spielend durch eine tolle Argumentation. Er offenbart uns die geheimsten Wünsche seines Herzens:

„Bringt ein zermalmender Sieg einer Mächtegruppe über die andere ihr die wirtschaftliche Weltbeherrschung in so vollkommener Weise, dass die zukünftigen Kämpfe um dasselbe Ziel ausgeschieden werden, dann ist damit dem einheitlichen Kampf des mit keinem nationalen Plunder mehr belasteten einheitlichen Proletariats der Welt gegen den diese Welt beherrschenden einheitlichen Großkapitalismus der historische Boden gegeben. Wir sähen dann schon am Horizonte der Weltgeschichte die ersten Sonnenstrahlen der glücklichen sozialistischen Gesellschaftsordnung. ... (Der Krieg) reißt dem Proletariat der Nationen den die geschichtliche Fernsicht verhüllenden nationalen Schleier von den Augen ...“ (S. 8.)

---

Aber der - übrigens völlig unhistorisch ausgedachte - Wunsch Erdmanns hat keine Aussicht auf Erfüllung. Zwar ist es ihm nur nichtsnutzige theoretische Präzision zu behaupten, das Proletariat dürfe „nicht das Werkzeug irgendeiner der beiden kriegführenden Mächtegruppen werden“, aber leider geht es nicht, „der gegnerischen Mächtegruppe die Niederlegung der eigenen zu ermöglichen. Uns fehlt die Macht dazu.“ Für Erdmann gibt es darum nur den Schluss: „Nichts bleibt dem deutschen Proletariat übrig, draußen auf den Schlachtfeldern diese Gräuel zu steigern bis zum Höhepunkt des Schreckens.“ Und da kommt ihm gelegen ein Zitat aus Marx in die Finger, der sagt, dass der Kampf des Proletariats zunächst ein nationaler sein muss, weil das Proletariat jedes Landes erst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden muss, und flugs schließt er:

„Darum müssen wir für die bevorstehenden Kämpfe den nationalen Resonanzboden besitzen.“ (S. 47.)

„Unser vitalstes Interesse zwingt uns, zu verhindern, dass der Reichtum der eigenen Bourgeoisie dem englischen Imperialismus als Schlachtopfer dargebracht wird, weil dieser Reichtum die unentbehrliche Grundlage unseres Befreiungsprozesses, das Ziel unserer wirtschaftlichen, politischen und geistigen Kämpfe ist.“ (S. 9.)

Dem wackeren Marxisten ist natürlich entgangen, dass gerade die Marxisten der unterdrückten Nationen weislich die nationale Parole vermieden und bekämpft haben, weil der Klassenkampf durch sie verfälscht wird, und weil Marx selbstverständlich meinte, dass das einige, durch keinen „nationalen Plunder“ zerrüttete Proletariat seine eigenen Gewalthaber zunächst zu stürzen hat. Erdmann aber will die Arbeiterklasse erst mit ihrer höchsten Aktivität in den Dienst dieser Gewalthaber stellen, um diese dann zu stürzen. Unsere Passivität hat den Weltkrieg ermöglicht. „Sollen wir den Gedanken der Aktivität, des Handelns, der Bewegung erkranken lassen?“ Gewiss nicht, darum Aktivität für die Kriegspartei. „Wir müssen uns mit der paradoxen Tatsache abfinden, dass wir unseren eigenen Ausbeuter nur besiegen können, dadurch, dass wir ihn zum Siege führen.“ (S. 316.) Paradox in der Tat, aber auch nichts als paradox! Die Sache läuft darauf hinaus, dass das Proletariat nur in Aktion gesetzt werden muss. Dann haben es die Herren Führer schon in der Hand, die Fronten herumzuschwenken: Heute gegen die Arbeitsbrüder anderer Nationen im Interesse der eigenen Bourgeoisie. Darauf: Das Ganze halt! Kehrt, marsch marsch! Fällt das Gewehr! Gegen die eigene Bourgeoisie! – Selbst Erdmann sieht ein, da sind wir überzeugt, dass dies eine glatte Unmöglichkeit ist. Aber es ist nach unserer Überzeugung auch gar nicht seine Absicht.

Was ist der Zweck der Übung?

Es handelt sich bei dem Buche nicht um das Produkt ernster Arbeit, nicht um einen verirrtten aber ehrlich abgeschrittenen Gedankengang. Das zeigt schon rein äußerlich die jeder Sorgfalt bare Lotterarbeit mit nicht kontrollierten Zitaten und zahlreichen lächerlichen Verstößen gegen die Grammatik. Ein ehrlicher Wille arbeitet sauber. Das zeigt die wechselnde Argumentation. Einmal die paradoxen Auffassungen über den Klassenkampf, dann wieder unvermittelt die Forderung, den englischen Imperialismus durch den deutschen zu ersetzen. Das zeigt der fast völlige Verzicht, die abstrusen Ideen fest zu begründen, das erste Ziel jedes ehrlichen Willens. Stattdessen werden einfach Behauptungen und sich übergipfelnde Paradoxe aneinandergereiht. Das spricht schließlich aus der tieferen Heuchelei, die das ganze Buch durchzieht.

Es handelt sich darum, das deutsche Proletariat einzufangen für ihm wesensfremde Zwecke. Dabei kommt es wahrscheinlich weniger darauf an, die Arbeiter für den U-Boot-Krieg, als vielmehr sie für den Imperialismus auch für die Friedenszeit zu gewinnen. Es zeigt sich, dass dies den Mehrheitspolitikern bisher weder mit den pseudohistorischen Phantasien eines Lensch noch mit dem Köder der imperialistischen Fleischtöpfe gelungen, von welchen besonders die Gewerkschaftler fasziniert sind. Das Misstrauen der Arbeitermassen ist zu wach. Jetzt soll der demagogische Trick helfen, der die Schlingen durch ein Gespinnst radikaler Phrasen verdeckt. Es handelt sich um den planmäßigen Versuch, die Arbeiterklasse noch weiter zu verwirren, um sie fremdem Willen und fremden Zwecken gefügig zu machen.

\*

Für dieses Buch hat Julian Borchardt ein Geleitwort geschrieben.

Nicht dass er mit Erdmanns Auffassungen übereinstimme, durchaus nicht. Aber einzelne Abschnitte haben es ihm angetan: die Kritik der Augustpolitik, die Darstellung der kapitalistischen Raubwirtschaft, der Gedanke von der Aktivität des Proletariats. Und dann meint Borchardt, er werde jedem Buche ein Geleitwort schreiben, wenn es von ihm verlangt werde, wie er jederzeit seine eigene Tribüne seinem Gegner im politischen Kampfe zur Verfügung stellt. Alle Achtung vor dieser Toleranz! Aber es handelte sich nicht darum, jemanden den Weg zum Publikum zu öffnen. Borchardt weiß, welche Auffassungen heute gehemmt, welche sorgsam gefördert werden.

Borchardt hat auch gar keine Tribüne, er hat nur seinen ehrlichen Namen.

Auf diesen war es abgesehen. Wer ist Erdmann? Irgendein Unbekannter, der noch nie der deutschen Arbeiterklasse gezeigt hat, was er ist, was er will. Ein Name wurde gebraucht, ein linksradikaler. Das krönte die Demagogie, wenn irgendetwas, so machte dies allein sie wirksam. Borchardt fing sich in der Schlinge. Er reichte seine Hand zur Verwirrung der sich langsam und unsicher orientierenden Arbeiterklasse, zu ihrer Korruption. Er tat es um der Toleranz willen. Er hält Erdmann für ehrlich. So schwer es uns fällt, ihm dies zu glauben angesichts des durchsichtigen Gewebes seines Schützlings, so erinnern wir uns Borchardts erprobten Charakters und glauben ihm. Dass wir uns nicht täuschen! Dass wir uns für immer dieses Falles nur mit dem bitteren Urteil erinnern mögen: Ein braver Mensch aber kein Politiker! und nie daraus werde: Julian Apostata!

## Aus unserm politischen Tagebuch.

13. März.

Das erweiterte Agitationskomitee von Frankfurt a. M., das sich aus dem Bezirksvorstand, je einem Vertreter der Wahlkreise und deren Abgeordneten resp. Kandidaten zusammensetzt, hat einen Beschluss gefasst, in welchem es sich noch immer tapfer auf den Rechtsboden stellt und mit dem Parteivorstand in der Luft herumfuchelt. Die „Leipziger Volkszeitung“ nennt das einen „scharfen grundsätzlichen Protest gegen die Politik der Fraktionsmehrheit und die Beschlüsse des Parteausschusses“. Die Sozialpatrioten haben die Spaltung des Bezirksverbandes und einiger Wahlkreisorganisationen in die Wege geleitet. Im Wahlkreise Wiesbaden haben sie die Spaltung bereits vollzogen. Das ist ihre Antwort auf den Rechtsfimmel der Zentrumsleute. Was sagen nun sie weiter zur Spaltung? Sie legen „dem Bezirksvorstande die Pflicht auf, alles zu tun, um entsprechend unserer Beschlüsse den bisherigen Bezirksverband des Agitationsbezirks Frankfurt a. M. mit allen seinen vorhandenen Einrichtungen zu erhalten und gegen alle Sprengungsversuche und Eingriffe zu sichern.“ Das heißt also: Kampf gegen die Sozialpatrioten durch die Versöhnung mit ihnen! Auch das nennt die „Leipziger Volkszeitung“ einen „scharfen grundsätzlichen Protest“!

14. März.

Die Kieler Opposition hat in einer Versammlung folgende Resolution angenommen:

„Der Aufruf des Parteivorstandes sowie die Erklärung der Bezirks- und Kreisvorstände von Schleswig-Holstein bedeuten die Spaltung der Partei. Man nimmt damit den mit der Politik des Vorstandes und der Fraktion nicht einverstandenen Genossen die Möglichkeit, im Rahmen der Partei für ihre Anschauungen zu wirken. Ganze Wahlkreisorganisationen werden von der Parteimehrheit entgegen allem Parteirecht außerhalb der Partei gestellt und somit gezwungen, sich zu einem neuen organisatorischen Gebilde zusammenzuschließen.

Die Versammelten erklären sich mit den Gemaßregelten solidarisch und beschließen, einen neuen Sozialdemokratischen Verein zu gründen, beruhend auf der alten im Programm der Partei und den Beschlüssen der Parteitage festgelegten Grundlage.

Die Vertretung seiner Interessen im Parlament überträgt der Verein der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.“

In der Versammlung sprach der Arbeitsgemeinschaftler Henke. Die Kieler Genossen werden sich alsbald zu der Erkenntnis durchringen, dass es sich heute nicht darum handeln kann, das Erfurter Programm und die Parteitagsbeschlüsse wieder aufleben zu lassen. Und selbst, wenn sie die in jenen Manifesten enthaltenen „Grundlagen“ als bindend für die neue Partei ansehen wollen, werden sie sich davon überzeugen, dass ihnen in diesem Augenblicke das schönste Bekenntnis zu den Grundsätzen des Sozialismus nicht um Haaresbreite weiterhilft, wenn sie nicht den Weg zur Erreichung dieses Zieles einschlagen wollen. Über diesen in der Epoche des Imperialismus notwendigen Weg des Kampfes sagen aber Erfurter



Programm und Parteitagebeschlüsse kein einziges Wort. Indem jedoch die Kieler Genossen die Vertretung ihrer Interessen im Parlament der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft übertragen, verzichten sie auf das Beschreiten des einzigen Weges, der zur Verwirklichung der im Erfurter Programm und den Parteitagebeschlüssen festgelegten Grundlage führt. Die Politik, wie sie die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft betreibt, führte zur Politik des 4. August. Sie wird in der Zukunft zum Zusammenbruch der großen Kämpfe der sozialistischen Arbeiter führen. Wenn die Kieler Genossen diesen Zusammenbruch verhindern helfen wollen, so müssen sie schon ihren Beschluss umstoßen. Wir sind überzeugt, dass unter den Kieler Genossen wenigstens einige sind, die begriffen haben, was hinter den Rattenfängerliedern der Henke steckt. Haben sie denn nicht vernommen, dass Henke im Parlament devotest betont, dass er nicht die Absicht hat, dieses hohe Haus zu beleidigen? Und haben sie nicht gesehen, wie Herr Westarp ihm für dieses Schweifwedeln einen wohlverdienten Fußtritt verabfolgte? Und diesem „Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft“ wollen die Kieler Genossen die Vertretung ihrer Interessen anvertrauen?

14. März.

Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht folgende Kundgebung über das Verhältnis des Genossen Borchardt zur Gruppe „Internationale“:

„Der Vorwärts und die Chemnitzer Volksstimme suchen ein von Julian Borchardt mit einem Geleitwort versehenes Buch Karl Erdmanns über England und die Sozialdemokratie gegen die Gruppe ‚Internationale‘ auszuschlachten. Von einem Anhänger dieser Gruppe werden wir gebeten, festzustellen, dass Borchardt nie zur Gruppe ‚Internationale‘ (der sogenannten ‚Spartacusgruppe‘) gehört hat. Borchardt rechnet sich zu den ‚Internationalen Sozialisten Deutschlands‘ (I. S. D.), die eine besondere Richtung neben der Gruppe ‚Internationale‘ vertritt. Inwiefern die I. S. D. die Verantwortung für das Erdmannsche Buch und das Borchardtsche Geleitwort übernehmen will, ist uns nicht bekannt. Die Gruppe ‚Internationale‘ hat jedenfalls mit beiden nicht das mindeste zu tun.“

15. März.

Im Dresdner 6. sächs. Wahlkreise ist nun, nachdem die Arbeitsgemeinschaftler „außerhalb der Partei“ gestellt worden sind, ebenfalls die Gründung einer Oppositionsorganisation (Groß-Dresden) erfolgt. Die Genossen Fleißner, Schulze usw., die bisher alle diejenigen bekämpften, die der Partei den Rücken kehrten und die jetzt zur Neugründung eines Kreisvereins aufforderten, sind nach ihrer erfolgten Kaltstellung endlich zu der Auffassung gekommen, dass es notwendig ist, außerhalb der Partei die proletarischen Interessen zu vertreten. Eine von der gesamten Opposition einberufene Kreisversammlung, die von 460 Personen besucht war, fasste gegen eine Stimme den Beschluss, einen Wahlverein Groß-Dresden zu gründen. Die Anwesenden zeichneten sich fast restlos als Mitglieder ein. Die Anhänger der entschiedenen Opposition gaben die Erklärung ab, dass sie es für vorteilhafter gefunden hätten, wenn die Trennung schon lange aus grundsätzlicher Auffassung heraus erfolgt wäre und nicht erst jetzt wegen des brutalen Vorgehens der Instanzen. Sie ließen weiter erklären, dass sie die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht als ihre Interessenvertretung ansehen, da deren Politik die Köpfe der Arbeiter verwirrt. Sie fordern von einer Arbeitervertretung eine klare und entschiedene Stellung und halten es für unbedingt notwendig, dem heutigen kapitalistisch-imperialistischen System ständig den internationalen Sozialismus gegenüberzustellen. Die Erklärung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

---

Drei Jahreszeiten sind uns vergönnt:  
Der Sommer, der Winter und der Herbst.  
Auch sei der Frühling nicht vergessen,  
Der Blüten bringt, doch nichts zum Essen!

---

Alkman (Altgriechischer Dichter.)

---

## Feuilleton

### Das Lied des Falken.

Von Maxim Gorki.

Regungslos liegt das Meer da in tragem sein Hauch erstirbt am Strande. Das samtne Dunkel seiner Flut verschmilzt am Horizont mit dem Blau des südlichen Himmels. Es schlummert und spiegelt die leichte, durchsichtige Kette der Wolken wider, auf die das Licht der Sterne goldene Arabesken zeichnet. Der blaue Dom scheint sich immer tiefer herabzusenken, als wolle er das unaufhörliche Raunen der Wellen auffangen, die sehnsuchtsvoll am Strande verebben.

Im Höhenwind wallen die düsteren Massen der Wälder auf den Bergen, deren Häupter sich jäh in die blaue Wüste empor gereckt zu haben scheinen, in der sie verschwinden. Ein warmer, kosender Rauch umhüllt ihre Formen mit einem Schleier. Es ist, als träumten sie. Und doch breitet sich ihr Schatten über das Meer, als wolle er es erdrücken und dem Singen und Seufzen der Wellen ein Ende bereiten, die allein das geheimnisvolle Schweigen brechen.

„Allah ... a ... ah ... Akbar!“ seufzt Nahir-Rahim-Ogli leise.

Mein Gefährte ist ein alter, dürrer, knochiger Tschaban aus der Krim. Sein strenges Antlitz ist von der Sonne verbrannt. Am Fuße eines riesigen Felsblockes, der vom Berge herabgefallen, liegen wir beide im Sande. Dieser dunkle, vom Moos über wucherte Fels richtet sich auf wie ein mürrischer Riese. Nach dem Meere zu ist er mit Algen und Seegrass bewachsen, die sich als grüne Linien über den Sand hinziehen und das Meer mit dem Gebirge zu verbinden scheinen.

Unser Feuer flackert. Schatten und Lichter huschen über den alten Fels, hängen sich an die Vorsprünge und verlieren sich in den Tiefen der Spalten.

Vorhin haben wir Fische gefangen und braten sie nun. So sitzen wir denn beide am Feuer – in jener seltsamen Stimmung, wo das Herz sich so rein und leicht fühlt, dass man Furcht empfindet, irgendein Geräusch möchte den Traum stören.

Und das Meer spielt am Strande. Die Wellen singen eine süße, schwermütige Weise, als flehten sie, sich an unserm Feuer wärmen zu dürfen. Hin und wieder erklingt eine schärfere Stimme, kindisch und verräterisch – es ist eine kühnere Welle, die dicht an uns heranrollt. Rahim verglich vorhin die Wellen mit einem Weibe und meinte, sie wollten uns umschlingen und zu Tode küssen.

Die Stirn dem Meere zugewendet, liegt der Greis auf dem Bauche da. Auf die Ellbogen gestützt, hält er den Kopf zwischen den Händen und blickt träumerisch in die nebelnde Ferne. Die Pelzmütze ist ihm in den Nacken gesunken und der frische Hauch des Meeres bläst ihm das graue Haar aus der runzligen Stirn. Ohne sich an meine Gegenwart zu stören, beginnt er mit dem Meere zu reden als wäre er ganz allein:

„Der Getreue, der Gläubige kommt ins Paradies. Was aber wird aus dem, der weder Gott noch dem Propheten dient? Vielleicht wird er in eine solche Welle eingeschlossen? Vielleicht lebt seine Seele in den silbernen Pünktchen, die auf den Wogen schimmern. Wer weiß es ...?“

Der Himmel wird heller. Der Mond hat sich über die schleierumwallten Gipfel erhoben und gießt nun sein träumerisches Licht herab aufs Meer, das ihm entgegenbebt wie eine atmende Brust.

„Rahim, erzähle mir ein Märchen.“

„Wozu denn?“ antwortet Rahim, ohne sich auch nur zu mir zu wenden. Doch da ich auf meiner Bitte beharre, erklärt er: „Ich habe sie Dir schon alle erzählt, ich weiß keines mehr.“

Rahim lässt sich gern bitten, und so dringe ich weiter in ihn. Endlich willigt er ein:

„Ich werde Dir ein Lied vortragen, willst Du?“

Und indem er die Originalmelodie des alten Steppenliedes zu wahren suchte, begann er.

\*

Eine Natter kroch auf den Gipfel des Berges, und kauerte sich zusammengerollt in eine Höhle, die aufs Meer hinausging.

Die Sonne strahlte am Himmel, und ein warmer Brodem stieg aus dem Gebirge auf. In der Tiefe brach das Meer seine Wogen an den Felsen.

Durch die Finsternis der Höhle schoss ein Strom. Weiß schäumte er an den Granitfelsen und stürzte sich dann jäh in zorniger Kaskade ins Meer.

Plötzlich fiel ein verletzter Falke hoch aus den Lüften in die Höhle, in der die zusammengerollte Natter schlief.

Seine Brust war blutig. Purpurner Tau befleckte sein Gefieder. Mit einem Schrei sank er herab, und in ohnmächtigem Zorn schlug er wütend mit dem Schnabel auf den Felsen.

Im ersten Moment erschrocken, wich die Natter klug zurück. Dann, als sie sah, dass der Vogel nur noch einige Augenblicke zu leben hatte, kroch sie zu ihm und ihm frech in die Augen sehend, zischte sie:

„So, Du willst sterben?“

„Ich sterbe . . .“, sagte der Falke. „Aber ich habe gelebt ... habe mein Leben ausgefüllt. ... Ich sterbe, nachdem ich mich tapfer geschlagen. ... Ich habe den Himmel gesehen. ... Aber Du wirst ihn nie so nahe sehen, armes kriechendes Wesen, Du ...“

„Den Himmel!“ höhnte die Natter. „Was ist denn der Himmel? Ein leeres Nichts. Wozu denn so hochkriechen? Man fühlt sich ja hier sowohl in dieser warmen Feuchtigkeit.“

So sprach die Natter zu dem stolzen Falken, und im Stillen lachend dachte sie: Ob man fliegt oder kriecht, das Ende ist doch dasselbe. Wir gehören alle zur Erde und enden an ihrer Brust ... im Staube.“

Doch ein Schaudern schüttelte plötzlich den kühnen Vogel. Er richtete sich auf und durchsuchte die Höhle mit dem Blick. In dem Halbdunkel sickerte das Wasser durch den Felsen.

Er raffte seine letzten Kräfte zusammen und schrie schmerzlich:

„Ach wäre es mir doch noch einmal vergönnt, ein letztes Mal noch zum Himmel aufzusteigen!“

„Zum Himmel!“ dachte die Natter. „Ist das Leben denn da so herrlich, dass dieser Vogel sich so danach sehnt! Nun, schleppe Dich zum Rande der Höhle,“ sagte sie zum Falken, „und schwinde Dich in die Lüfte. Vielleicht haben Deine Fittiche noch die Kraft, Dich zu tragen, und Du kannst dann noch einige Augenblicke in Deinem Element weilen.“

Der Falke erbebte, stieß einen schwachen Schrei aus. schleppte sich fort ... klammerte sich mit den Krallen an den glatten Fels und erreichte den Ausgang der Höhle. Ganz am Rande atmete er die reine Höhenluft und breitete die Schwingen aus.

Ein letztes Leuchten flackerte in seinen Augen, dann sank er hinab ... fiel wie ein Stein, von Fels zu Fels, brach die Flügel und zerriss sich die Brust an den Kanten.

Und der Strom erfasste ihn, hüllte ihn in ein Schaumgewand, wusch die blutenden Wunden aus und trieb ihn zum Meer. Und sein Leichnam verlor sich in der Unendlichkeit der Wogen.

\*

In der Höhle zurückgeblieben, dachte die Natter lange an den verschwundenen Vogel und an das, was er vom Himmel geredet. Zum ersten Mal hob sie die Augen zu dem fernen Reich, wo so viele Blicke die Illusion des Glückes suchen.

Was mochte der Falke denn nur in dieser unermesslichen blauen Wüste sehen? Weshalb hatte er noch im Sterben ihre Seele in Unruhe gestürzt, indem er ihr seine Schwärmerei für die Höhen zuschrie? Und sie dachte: „Wie, wenn auch ich versuchte, dieses Glück zu kosten?“

And schon entrollte sie schnell ihre Ringe und schnellte über den Rand der Höhle ins Leere. Einen Augenblick glänzte das schmale Band ihres Körpers in der Sonne. „Wer zum Kriechen geboren ist, kann nie zur Höhe fliegen!“ Und schwer schlug die Natter auf den Boden auf.

Doch ihr geschmeidiger Körper empfand keinen Schmerz, und im Stillen lachend, rief sie aus:

„Das ist also der ganze Reiz eines Fluges zum Himmel! Man schwebt ja in Gefahr, zerschmettert zu werden! O lächerliche Vögel, die die Wonnen der Erden nicht kennen und sich nach dem Himmel sehnen! Den Himmel habe ich auch gesehen, habe erkannt, dass seine strahlende Schönheit nur Leere und Enttäuschung in sich birgt. Besingt den Ruhm des Himmels, arme Vögel – ich bin auf der Erde geboren und bleibe auf der Erde.“

Und indem sie die Ringel ihres Leibes wieder zusammenrollte und den Kopf verächtlich dem Licht zuwendete, schlief die Natter abermals auf dem Felsen ein.

Das Meer glitzerte in der Sonne und peitschte wütend die Küste. Und da, mitten in ihrem Toben, stimmten die Wogen ein Lied an – das Lied des stolzen Falken. Unter ihren furchtbaren Schlägen erbeben die Felsen, und ihr Gesang schien den Himmelsdom zu erschüttern.

Wir besingen die Heldenkühnheit der Tapferen!

Die Heldenkühnheit ist die wahre Weisheit!

Kühner Falke, edler Falke, deinen Wunden entströmte dein reines Herzblut.

Doch nun wird ein Tag kommen, da jeder Tropfen in der Nacht leuchten wird wie ein Funke. Und alle kühnen Herzen werden schwärmerisch träumen von Freiheit und Licht. Und immer wirst du das lebende Symbol bleiben, das die Herzen der strahlenden Morgenröte entgegenführt!

Wir besingen die Heldenkühnheit der Tapferen!

\*

Rahims Stimme verstummt. Der Gesang ist zu Ende. Schwermütig plätschern die Wogen am Strande, und der Mond gießt seine Silberstrahlen auf das fast regungslose Meer. Die Sterne zeichnen geheimnisvolle goldene Schriftzüge an den Himmel: der Geist ist verwirrt wie in der Erwartung einer Enthüllung. Alles schläft, doch in so leichtem Schlummer! Es ist, als wolle im Augenblick alles erwachen und die Stimme aller Dinge, aller Wesen sich in einem unendlich sanften Akkord vereinen. Und diese Harmonie wird das Geheimnis der Welt entschleiern ... wird die Seele einhüllen und sie in die Unendlichkeit tragen, wo bei ihrer Begegnung die Gestirne selbst erbeben werden bei der göttlichen Musik der Erkenntnis.

---

## Zeugen und Rufer.

Wenn das Geld, nach Augier, „mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zur Welt kommt“, so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend.

Marx, Das Kapital (1866).

---

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 12/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 24. März 1917.

Nr. 12

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Die Revolution in Russland.

Der März 1917 wird in der Geschichte der Menschheit nicht weniger als Beginn einer neuen Epoche gelten wie der März 1848. Die russische Revolution ist ausgebrochen. Selbst die spärlichen Nachrichten, die über die Ereignisse vom 9. – 13. März, die Tage des Durchbruchs, schon vorliegen – es sind neben der offiziellen Darstellung der neuen russischen Regierung, die Telegramme der Times, Temps, Coriere de la Sera – lassen keinen Zweifel über die Entwicklung und den Charakter der revolutionären Ereignisse zu. Unter den Proletariern Petersburgs, Moskaus und anderer Großstädte Russlands stieg die Gärung wegen der Lebensmittelnot, der vollkommenen Versklavung, der Kriegsdauer von Monat zu Monat. Die Arbeiter forderten Brot. Sie begnügten sich nicht mit den Wechselln auf die Zukunft nach dem Kriege, die ihnen die russischen Sozialpatrioten und Liberalen in Hülle und Fülle ausstellten. Zuerst den Sieg über Deutschland, dann den Sieg über den Zarismus erringen, erklärten die Sozialpatrioten. Wir wollen nicht mehr bluten für den Imperialismus, noch das Joch des Zarismus ertragen – antworteten die Sozialdemokraten und ihre Worte fanden ein millionenfaches Echo in den Herzen der Arbeiterschaft. Es gilt zu kämpfen! riefen die Sozialdemokraten. Und sie fanden Gehör. Wer jetzt in den Nummern des Sozialdemokraten, des in Genf erscheinenden Zentralorgans der russischen Sozialdemokratie, nachblättert, der findet in ihm Nachrichten über eine Reihe von Demonstrationstreiks – so der Massenstreik in Petersburg am 22. Januar, dem Jahrestag der russischen Revolution – von Munitionstreiks, von Demonstrationen. Gleichzeitig wurde direkte revolutionäre Agitation im Heere geführt.

Die Unzufriedenheit der Arbeitermassen stieg in den letzten Monaten zu solchem Umfang, dass die führenden Kreise der russischen Sozialdemokratie mit dem Nahen der Revolution rechneten. Die ausländischen Vertreter des Zentralkomitees der russischen Sozialdemokratie erhielten z. B. in den ersten Märztagen einen von Anfang Februar datierten Brief aus Moskau, der geradezu erklärt: wir gehen der Revolution entgegen und arbeiten auf sie hin. Diese Auffassung wurde nicht Lügen gestraft. Anfang März begannen in Moskau und Petersburg große Hungerrevolten. Die Arbeiter und Arbeiterfrauen stürmten die Bäckerläden und Lebensmittelgeschäfte. Die Fabriken wurden stillgelegt, die Straßenbahnen aufgehalten. Die Massen überfluteten am 7., 8. und 9. die Straßen Petersburgs. Die Regierung entsandte Truppen, drohte öffentlich mit Waffengewalt und ließ schließlich schießen. Hunderte von Arbeitern blieben tot liegen.

Aber dies war der Anfang vom Ende. Die durch die Ereignisse aufgewühlten Truppen der Hauptstadt – Arbeiter und Bauernsöhne – erkannten, was die Verteidigung des zarischen Vaterlandes bedeutet: sie sollten nicht nur das Blut der Deutschen vergießen, sondern zu Henkern ihrer eigenen Brüder werden. Ein Teil der Petersburger Garnison nach dem anderen weigerte sich zu schießen, vielerorts wurden höhere Offiziere erschossen. Die jüngeren Offiziere – es handelt sich um Reserveoffiziere – die sich dank dem ungeheuren Verlust an Offizieren im Kriege fast ausschließlich aus den Kreisen der akademischen Jugend, der Lehrerschaft usw. rekrutieren, begannen teils zu schwanken, teils stellten sie sich direkt an die Spitze der meuternden Soldaten. Ein Teil der Soldaten ließ sich aber weiter gegen die Arbeitermassen gebrauchen und so floss tagtäglich das Blut der Arbeiter in den Straßen Petersburgs.

Inzwischen beriet die Duma. Dank dem Schandgesetz vom 16. Juni 1907 besteht bekanntlich die Mehrheit der Dumaabgeordneten aus den Vertretern des konterrevolutionären imperialistischen Grundbesitzes und der Industriellen. Sie will den Krieg bis zum Siege des Imperialismus führen, bis Konstantinopel sich in den Händen des Zaren befinden wird. Sie ist zarenfreundlich, antidemokratisch, sie hat alle Taten des weißen Terrors, der nach dem Siege der Konterrevolution Russland von neuem verwüstete, gutgeheißen. Trotzdem musste sie die Regierung anklagen und die Milderung der Volksnot fordern, weil sie fürchtete, dass das Volk aufstehen und so die Aussicht auf den Krieg bis zum siegreichen Ende vereiteln könnte. Aber sie wagte nicht, etwas gegen die Regierung zu tun. Denn nach einem Briefe, den der jetzige „neue“ Kriegsminister und Fabrikant Gutschkow an den General Aleksiejew schrieb – der Brief ist in der vorletzten Nummer des „Sozialdemokrat“ veröffentlicht worden – fürchteten sie, dass sie durch den Kampf gegen die Regierung die Sintflut, d. h. die proletarische Revolution herbeiführen könnten. Schon als die Gerüchte von den wachsenden großen Demonstrationen verbreitet wurden, veröffentlichte der Führer der Liberalen, Miljukow, der in der neuen Regierung Minister des Auswärtigen ist, ein Manifest, in dem er die Arbeiter kniefällig bittet, von solchen Unbesonnenheiten abzusehen, da sie dadurch nur der Reaktion dienen würden. Aber die Arbeiter ließen sich von den „Unbesonnenheiten“ nicht abhalten.

Das Resultat war, dass am 11. März 25 000 Soldaten auf die Seite der Arbeiterschaft traten, die reaktionären Offiziere töteten, die Arsenale besetzten, Waffen unter die Arbeiter verteilten. Die Duma suchte selbst in dieser Situation den Zaren zu retten. Am 11. März sendet sie an ihn ein Telegramm: „Die Lage ist ernst. In Petersburg herrscht die Anarchie. Die Regierung machtlos. Der Transport von Lebensmitteln und Brennstoffen ist völlig desorganisiert. Die Unzufriedenheit steigt. Auf den Straßen wird geschossen. Die Soldaten schießen, die einen auf den andern. Es wird zur Notwendigkeit, sofort einen Mann, der das Vertrauen es Landes genießt, mit der Bildung eines neuen Kabinetts zu betrauen. Neues Zögern ist unmöglich. Jede Verzögerung ist gleichbedeutend mit dem Tod. Wir beten zum Himmel, dass die Verantwortung auf uns, nicht auf die Krone falle.“ Und als der Zar sie nicht einmal einer Antwort würdigte, telegraphierten sie: „Die Lage wird immer schlimmer. Es ist notwendig, sofort zu handeln. Morgen wäre es zu spät. Die Stunde ist angebrochen, in der über die Geschichte des Landes und der Monarchie entschieden wird.“

Die imperialistische Bourgeoisie wollte keine Revolution, und als diese schon gegen sie ausgebrochen war, als sich die Arbeiter im Arbeitskittel mit dem Militär vereinigten, da war ihr erster Gedanke: Rettung des Zaren. Aber der Zarismus ist nicht zu retten und deswegen mit Blindheit geschlagen. Und der Zar antwortete nicht. Dagegen klopfen an die Türe der Duma die Vertreter der Soldaten und Arbeiter und drängen zum Entscheid. Draußen erbrachen die Arbeiter die Tore der politischen Gefängnisse, in allen Fabriken wählten sie auf je tausend Mann einen Vertreter, ebenso tat jede Soldatenkompagnie. Arbeiter und Soldaten umzingelten die Duma, und unter diesem proletarischen Druck entschlossen sich diese

Revolutionäre gegen ihren Willen zu dem Beschluss, vom Zaren den Rücktritt zu fordern. Die Arbeiter und Soldaten arretierten alle Vertreter des alten Regimes, Minister und Würdenträger. „Der Zar muss sofort den Wünschen der am meisten gemäßigten Elemente seiner Untertanen entgegenkommen, sonst wird der Einfluss des provisorischen Komitees der Duma in die Hände der Sozialisten gelangen, die eine Republik zu errichten wünschen“ – notierte am 14. März der Korrespondent der „Times“. Aber der Zar floh vor den „gemäßigten“ Elementen nach Oskow, um bei seinen Generälen Schutz zu suchen. Da waren die Brücken zwischen der Duma und ihm abgebrochen.

Da entschließt sich die Duma eine provisorische Regierung aus Vertretern der liberalen Bourgeoisie und Großgrundbesitzern zu wählen. Die Angst vor dem Widerstand der zarischen Elemente, deren Mobilisierung durch die Flucht des Zaren bevorzugen schien, nötigte die Duma, um die Gunst der Arbeiter zu werben. Sie wählte in die provisorische Regierung den Rechtsanwalt Kerenski, einen Vertreter des kleinbürgerlichen Sozialismus, sie verkündete sofortige Amnestie, versprach die Einberufung der konstituierenden Versammlung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts, verlieh den Arbeitern alle Freiheiten. Inzwischen überzeugte sich der Zar, dass momentan der Kampf unmöglich ist, und er trat zugunsten seines Bruders ab.

Das ist der Gang der Ereignisse, wie sie bis zum 18. März bekannt sind. In Russland hat einstweilen die Revolution gesiegt. Der neue Zar sieht sich genötigt, den Ereignissen so sehr Rechnung zu tragen, dass er die Krone nur dann behalten will, wenn sie ihm durch eine Volksabstimmung bestätigt wird. Aber es wäre unverzeihlich anzunehmen, dass der Sieg der Revolution dadurch garantiert ist. Die feudal-imperialistische Reaktion, die Nutznießer des Zarismus, werden nicht ohne weiteres die Waffen strecken. Der Kampf zwischen ihnen und der liberalen Bourgeoisie steht bevor, der Kampf, der auf beiden Seiten mit den Waffen in der Hand geführt wird. Und die liberale Bourgeoisie, die den Arbeitern das Blaue vom Himmel verspricht, um für einen Bissen Brot und Freiheit von ihnen das Recht zum weiteren Blutvergießen zugebilligt zu bekommen, wird den Arbeitern weder Brot verschaffen noch die Ketten der Sklaverei in den Munitionsfabriken von ihnen nehmen.

Und schließlich haben die Arbeiter nach 32 Kriegsmonaten nicht dafür die Revolution gemacht, um weitere 32 Monate zu bluten. Die in blutigen Kämpfen geborene russische Revolution wird in ihrem weiteren Verlauf noch stürmische Bürgerkriege hervorrufen.

Und damit ist die Frage von ihrer Bedeutung für den Weltkrieg beantwortet. Die Liberalen Russlands hoffen durch die von ihnen nicht gewollte Revolution die Kriegführung zu stärken. Die Presse der Entente und der deutschen Sozialpatrioten nennen sie die Revolution für den Sieg. Sie ist aber eine Arbeiterrevolution.

## **Die Lage der russischen Arbeiterschaft.**

Auch vor dem Kriege war das Leben der Proletarier in Russland wahrlich nicht allzu süß. Von den politischen Verhältnissen ganz zu schweigen, so drückte die relativ schwache Entwicklung der Produktivkräfte einerseits (das Bestehen einer großen Reservearmee proletarisierter Bauern), und die verhältnismäßig starke Organisation der Ausbeuterklasse andererseits, mächtig auf den Arbeitslohn, so dass er auf einem unglaublich niedrigen Niveau stand. Öfters war er kleiner als der Wert der Arbeitskraft, so dass der Arbeiter sich gezwungen sah, die notwendigsten Lebensbedürfnisse unbefriedigt zu lassen. Der hartnäckige, ungeheure Opfer kostende Lohnkampf wurde ständig durch die Lebensmittelteuerung durchkreuzt, so dass vor dem Kriege das durchschnittliche Fallen des Reallohnes auch in Russland bemerkbar



war.<sup>18</sup> Während der neunjährigen Periode 1901-1909 stieg der Geldlohn um 18 Prozent, dagegen die Lebensmittelpreise (Fleisch, Brot, Mehl) um 38 Prozent. Im Zeitraume 1903-1913 stieg der Geldlohn um 10,5 Prozent, dagegen die Lebensmittelpreise um 15 Prozent.

Seit dem Ausbruch des Krieges hat sich die Lage des Proletariats noch beträchtlich verschlechtert, obgleich es schien, dass es ganz unmöglich sei, unter noch schlechteren Bedingungen zu leben.

Der Reallohn sank schnell und ununterbrochen. Das durchschnittliche Steigen der Lebensmittelpreise seit dem Jahre 1913 betrug bis zu Dezember 1915 mindestens 76 Prozent<sup>19</sup> und bis Mitte 1916 etwa 100 - 120 Proz.<sup>20</sup> Dagegen stieg der Geldlohn von 1913 bis Juni 1916 höchstens um 48 Prozent im Moskauer Industriebezirk oder 50 Prozent im Petersburger Bezirk.<sup>21</sup> Die Versicherungskassen berechnen für den Wolgaer Bezirk diesen Zuwachs auf nur 25 Prozent. Dabei sei bemerkt, dass wir mit mittleren Löhnen operieren und dass die hochqualifizierte, ganz speziell für die Kriegsindustrie notwendige Arbeit natürlich eine beträchtlich größere Geldloohnerhöhung bekommen hat. Es besteht also ein kolossaler Unterschied zwischen der Lebensmittelteuerung und der Erhöhung des Geldlohnes, und dieses gewaltige Nachbleiben des Geldlohnes trieb die letzten Familienmitglieder, die früher noch zu Hause bleiben durften, zu den Unternehmern und zwang die schon arbeitenden zur Überspannung und zur Extraarbeit.

In seiner Mehrheit fordert das Proletariat immer beharrlicher von den Unternehmern Erhöhung des Arbeitslohnes. Es entsteht auch während des Krieges eine ganze Reihe von Lohnkämpfen, die oft mit Streiks endigen.

Vom Frühling 1915 an gewinnt die Streikbewegung immer größeren Umfang und jagt schon im Herbst 1915 den Machthabern großen Schrecken ein. Wir hören die fordernden Stimmen nicht nur der Fabrik- und Straßenbahnarbeiter, sondern der Stadt-, Post, Telegraf- und anderer Angestellter. Es kamen sogar Fälle massenhafter Amtsniederlegungen vor, die von scharfen Erklärungen: „besser auf einmal sterben, als einem langsamen Hungertode ausgeliefert zu sein“ begleitet wurden.

Selbstverständlich gehen die Unternehmer mit dem größten Unwillen sogar auf die kleinsten Konzessionen ein, und wenn sie sich dazu genötigt sehen, so „lösen“ sie die unangenehme „Frage“ am liebsten mittelst der sogenannten temporären „Kriegszulagen“, die nicht größer als 20-30 Prozent vom Gehalt sind. Die Bourgeoisie stützt sich dabei auf die Regierung, welche ihr bereitwillig allerlei Beihilfe gegen die Arbeiter leistet. Es sei nur ein krasses Beispiel dieses brüderlichen Hand-in-Hand-Gehens angeführt. Als die Streikwellen im Herbst 1915 ziemlich stark gegen den festen Damm der kartellierten Bourgeoisie prallten, erließ im „desselben Jahres der Kommandant des Petrograder Militärbezirks einen allgemeinen Befehl über die „Bestrafung durch Verurteilung zum Zuchthause auf Fristen bis zu 6 Jahren mit Verlust aller Rechte. ... 1. für eigenmächtige Beendigung oder Verlassen der Arbeit, oder für eine Arbeitsverweigerung, 2. für ein Nichterscheinen ohne triftige Gründe zur Arbeit.“ Das war eine Unterstützung aus vollem Herzen und in einem Augenblicke, wo sie

---

<sup>18</sup> Es ist übrigens eine ziemlich allgemeine Tendenz der imperialistischen Vorkriegs-Periode. In den Vereinigten Staaten z. B. sank der Reallohn von 100 im Jahre 1900 auf 85 im Jahre 1912. Ähnlich in England, wo in der Zeit von 1875 bis 1905 die Arbeitslöhne um 15, aber die Preise um 18 Prozent stiegen.

<sup>19</sup> Offizielle Daten.

<sup>20</sup> Allerlei Schätzungen.

<sup>21</sup> Für andere Bezirke ist es schwierig, sogar einen annähernd mittleren Lohn zu berechnen. Er ist allerdings nicht höher als in den erwähnten Bezirken. Dabei machen wir noch darauf aufmerksam, dass die Teuerung in Petersburg und Moskau intensiver als in der Provinz ist.

der Bourgeoisie ziemlich notwendig war. Wir sehen deshalb, dass die in Kriegskomitees organisierte, von der Regierung und den russischen Scheidemännern (Plechanow, Maslow, Potresow tutti quanti) von zwei Seiten unterstützte Bourgeoisie immer stärker und frecher auf die Arbeiterschaft drängt und alle Mittel ausnützt, um den Arbeitslohn auf ein immer niedrigeres Niveau zu pressen.

Unter dem Vorwande, dass ein „Mangel an Arbeitskräften“ in der Kriegsindustrie bestehe – in derselben Zeit überfüllen die Flüchtlinge und Evakuierten aus der westlichen Kriegszone den Arbeitsmarkt! – erbittet und erhält die Ausbeuterklasse von der Regierung die Genehmigung einer unbeschränkten Einfuhr von *Chinesen, Koreanern und Persern* und die Hilfe zum Einsaugen allerlei „Fremdstämmiger“ aus den asiatischen Grenzgebieten Russlands (Sarten, Burjaten usw.). In verschiedenen Orten Russlands öffnen sich allerlei Bureaus für Versorgung der privilegierten Industrie mit billigen Arbeitskräften, im fernen Orient gründet man Kontore, mit verdächtigen Kerlen als „Vermittler“, für das „Anwerben“ von Arbeitern aus der hungernden Bevölkerung. Diese Kontore „beuten – laut „Rjetsch“ – die analphabeten Chinesen ganz schändlich aus, indem sie ungeheure Verträge fabrizieren, dass die Chinesen in eine völlige Leibeigenschaft verfallen“.

Diese Sklavenhändlerbuden müssen ein wahrhaftig schreckliches Wesen treiben, wenn – sogar ein Liberaler gegen sie auftritt. Die „importierten“ Träger der Ware „Arbeitskraft“, welche freilich fast gänzlich in eine Ware schwarzer Sklaven verwandelt sind, kommen bis zu der Stelle, wo sie arbeiten sollen, nicht auf freiem Fuß, sondern in größeren Scharen vereinigt unter dem Konvoi (d. h. militärische Bewachung) von Soldaten, die unter dem Kommando eines Offiziers stehen, also ganz so, wie in den vergangenen Zeiten die Sklaventransporte z. B. aus Afrika nach Südamerika abgingen! Den Vertrag schließt man mit den Chinesen oder Persern dabei *vor* der Reise, also in den hungernden Provinzen, man schließt ihn auf größere Fristen, so dass sie, in Russland angekommen, einen höheren Lohn fordern dürfen, und dieser Lohn wird also von den „Vermittlern“ ganz eigenmächtig festgestellt, da der Chinese den Vertrag gar nicht durchlesen kann. Es kann uns deshalb gar nicht überraschen, dass dieser Lohn weit hinter dem Lohn der „Schwarzarbeiter“ (d. h. ganz ungelerner Arbeiter Russlands) steht: Der Lohn der „Schwarzarbeiter“ beträgt jetzt 1.0–1,2 Rubel pro Tag, aber der Lohn der Chinesen schwankt von 50 bis 70 Rubel *pro Jahr!* Diese Sklaven müssen also mit etwa 10–20 Kopeken pro Tag leben! Wie das möglich ist, ist ganz unbegreiflich, wenn man nicht die „verfluchte Bedürfnislosigkeit“ mit in Betracht zieht. Ein Arbeiter vom Ural schreibt über das Leben dieser Unglücklichen, „dass die Hunde beim ordentlichen Hauswirte besser leben als die Chinesen bei dem Grubenunternehmer“. Es ist auch begreiflich, dass ein Lohnkampf für sie noch viel schwerer als für einen gewöhnlichen russischen Arbeiter ist, da ein bloßer Übergang von einem Unternehmer zum andern und noch mehr eine „eigenmächtige“ Beendigung der Arbeit schwere Gefängnisstrafen nach sich zieht.

Diese Arbeit, die Arbeit der kontraktmäßig an den Unternehmer gebundenen Proletarier, ist – wie auch die Arrestantenarbeit – eine *unfreie, sklavenartige* Arbeit, und diese sklavenartige Arbeit wird von den Ausbeutern mit fester Hand durchgesetzt – bis jetzt sind schon einige Hunderttausend importiert – um den freien und eigensinnigen Proletarier zu bändigen.

Zu der kontraktmäßig gebundenen Arbeit gesellt sich dann die Arbeit der *Kriegsgefangenen*, die bereits große Dimensionen angenommen hat. Einige Beispiele mögen diese Tatsachenfeststellung illustrieren. Auf den Kriworoger Eisengruben (Südrußland), die 8300 Arbeiter insgesamt beschäftigen, machen die Kriegsgefangenen die Hälfte der gesamten Arbeiterzahl aus. Auf den Uraler Werken waren im Juni 1016 17,4 Prozent aller dort tätigen Arbeiter – Kriegsgefangene. Nach dem offiziellen Berichte des Kriegsindustriekomitees, welches die Zahl eher vermindert, waren auf allen Gruben Südrußlands im Jahre 1915 50 000 Gefangene tätig, dagegen forderten die Unternehmer für das Jahr 1916 genau das Doppelte, d. h. 100 000 Kriegsgefangene. Es ist dabei leider zur Zeit unmöglich, den Arbeitslohn der

Kriegsgefangenen, die in allerlei Industrieunternehmungen<sup>22</sup> beschäftigt sind, festzustellen, da er sorgfältig verhüllt wird, aber die bloße Tatsache der Kriegsgefangenengier der Unternehmer bezeugt, dass man dieser Kategorie der Arbeiter beträchtlich weniger zahlt als den „freien“ Proletariern.

Zu diesen zwei Kategorien muss man die halbfreie Arbeit der Wehrpflichtigen beifügen. Arbeiter dieser Art werden wegen des geringsten Protestes prompt „nach der Front“ in die Vorderreihen geschickt, was natürlich eine beträchtliche Vermehrung der Unternehmermacht gegenüber diesen Arbeitern bedeutet. Der Umfang der Wehrpflichtigenausbeutung ist auch ziemlich groß. So fallen z. B. bei der Gesamtzahl der Arbeiter im Moskauer Industriebezirk von 259 669 auf die Wehrpflichtigen in diesem Bezirk in denselben Unternehmungen 50 832 oder ungefähr ein Fünftel.

Wenn man zu der Ausbeutung der unfreien und halbfreien Arbeit noch die erweiterte Ausnutzung der Frauen und Kinderkräfte hinzufügt, die in der Kriegszeit ganz schrankenlos verwendet werden darf, so tritt das Kriegsbild der Arbeitsbedingungen in Russland ziemlich deutlich hervor. Dass aber die Kinder- und Frauenarbeit wirklich ausgiebig angewendet wird, sieht man aus den folgenden Zahlen, die sich nur auf den Moskauer Industriebezirk beziehen: die Gesamtzahl der Arbeiter betrug Juni 1916 249 669, darunter Frauen, Jugendliche und Kinder 126 043, gleich 48 Prozent, Juli 1916 269 149, darunter Frauen, Jugendliche und Kinder 132 162, gleich 49 Prozent. Wie aber die Lage dieser Kategorie der Arbeiter aussieht, illustriert treffend ein kurzer, ganz naiver Brief, den einige 14–15-jährige Mädchen dem Redakteur einer Provinzzeitung geschrieben haben: „Lieber Redakteur! Wir bitten Sie, beschützen Sie uns. Unsere Herren schlagen und beleidigen uns, sie schlagen uns auf den Kopf mit allem, was nur unter ihre Hände kommt ..., aber wir arbeiten so wie Erwachsene, tragen Bretter und hämmern Nägel in die Kisten ein, aber man schlägt uns ..., beschirmen sie uns!“<sup>23</sup> *Erinnert das nicht an die grausamen Zeiten der Leibeigenschaft?*

Kurz und gut geht die Lohndrückerei und die Versklavung der Arbeit in Russland mit großen Schritten vorwärts. Aber falsch wäre es, dieses Sachverhältnis als ein nur temporäres zu betrachten und meinen, dass alle diese Übel ganz automatisch nach dem Kriege verschwinden werden. Natürlich werden einige Methoden unmöglich werden, so die Anwendung der Kriegsgefangenen- und Wehrpflichtigenarbeit, aber die allgemeine Tendenz wird bestehen bleiben. Schon jetzt bemühen sich die Unternehmer – und diese Bemühungen werden immer dringender und beharrlicher – von diesen angenehmen Zuständen alles Mögliche auch für die Friedenszeit zu bewahren: sie bitten um das Weiterbestehen der Genehmigung der unbeschränkten Ausbeutung der Frauen- und Kinderkräfte, um die Erlaubnis, auch weiter die kontraktmäßig gebundene Arbeit anzuwenden, um die Ausscheidung der Invaliden vom Schutz der Versicherungsgesetze usw. usw. Der Vorwand ist auch schon ausgefertigt, und dieser Vorwand ist höchst charakteristisch: die Grubenindustrie wird nach dem Kriege ganz ohne Arbeiter bleiben, da sie „jetzt ausschließlich von den Kriegsgefangenen und importierten Arbeitern betrieben wird“. Die Regierung wird gewiss diesen Bemühungen entgegenkommen und sie wird suchen, die „Arbeiterfrage“ auch für die „demobilisierte“ Wirtschaft ganz leibeigenschaftlich zu lösen. Man muss dabei nicht nur mit einem weiteren Sinken des Reallohnes, sondern wahrscheinlich auch des Geldlohnes in der nächsten Zukunft rechnen.

---

<sup>22</sup> In der Landwirtschaft bekommen die Gefangenen ca. 612 Rubel pro Monat. Um sie „zum Fleiß anzuspornen“, erhöhen manche Krautjunker den Lohn bis zu 75 Kopeken pro Tag; in derselben Zeit und Ort bekommt ein „freier“ Landarbeiter 2–2,6 Rubel pro Tag.

<sup>23</sup> Angeführt auch im „Rjetsch“ 1. 1. 1917

Die Zukunft ist vollends bei einer Passivität der Arbeiter so ziemlich schwarz gefärbt. Aber diese Passivität ist schon vorüber, wie es eben die Massenstreiks in Petersburg, die Unruhen in Russland beweisen. Der Ausweg liegt nur auf dem Wege des bittersten Kampfes, buchstäblich eines Kampfes ums Dasein. Diesen Weg geht die Arbeiterschaft Russlands schon jetzt, und diesen Weg wird sie auch weiter gehen. Dabei kann dieser Kampf nur als ein ausgesprochen revolutionärer Kampf geführt werden.

Die revolutionären Sozialdemokraten Russlands arbeiten aus allen Kräften auf dieses Ziel hin. Und wenn im Jahre 1907 die russische Revolution nicht so sehr durch die Bajonette der Bauernarmee als durch die Hülfe des internationalen Kapitals besiegt wurde, so wird die Lage in den alten kapitalistischen Ländern jetzt schwerlich dem internationalen Finanzkapital erlauben, die Büttelrolle des Jahres 1907 der russischen Revolution gegenüber zu spielen. Das internationale Zusammenwirken der umwälzenden Kräfte liegt vielmehr im Bereiche der Möglichkeit.

Eugenja Bogdanowa.

## Gewerkschaftsprobleme

### Die Gewerkschaften nach dem Kriege.

Auf die Entwicklung der Gewerkschaften wirken die wirtschaftlichen Zustände außerordentlich stark ein. Wie sie sich nach Friedensschluss gestalten werden, lässt sich heute schon einigermaßen absehen. Der Krieg hat ungeheure Werte: Arbeits- und Zeugungskraft, Geld, Gebrauchs- und Produktionsmittel zerstört. Die Friedenszeit wird außerdem mit der ungeheuren, zehrenden Schuldenlast bepackt und vor die gewaltigsten Regenerationsaufgaben gestellt. Auf die verschiedenen Gesellschaftsklassen verteilt sich der Verlust in sehr verschiedener Weise. Ungeheuerlich ist die Arbeiterklasse getroffen worden. Ihre kleinen Reservefonds sind aufgezehrt, ihre Arbeitskräfte zerstört oder stark herabgesetzt, die Lasten durch Teuerung und Steuern riesig gesteigert. Auch einzelne Kapitalistenschichten haben Einbuße erlitten. Den meisten aber ist es mindestens gelungen, ihre Position zu halten. Dagegen haben Industrielle, Kaufleute und Spekulanten märchenhafte Gewinne eingeheimst, und diese Gewinne waren und sind umso beträchtlicher, je größer die arbeitende Kapitalmacht ist. Das bezeugen die Abschlüsse der Aktiengesellschaften. Hier wurden Milliarden aufgehäuft, während der Gesamtwirtschaft das Zehn- und Mehrfache verloren ging. In der Zeit also, wo das Gesamtvermögen furchtbare Schläge erlitt, füllte eine kleine Schicht von Riesenkapitalisten ihre Beutel und Geldschränke. Der Verlust der anderen ist also noch bedeutend größer als der Gesamtverlust am Volksvermögen. Das heißt, die Klassengegensätze haben sich in einer alles bekannte Maß überschreitenden Weise zugespitzt. Das Großkapital hat seinen Gewinn, wie die Bilanzen, die Neugründungen (Krupp u. a.), die Herausgabe neuer Aktien beweisen, zur inneren Festigung benutzt. Es tritt mit einer stärkeren Rüstung in die Arena der wirtschaftlichen Kämpfe. Der Mittelstand ist stark proletarisiert. Der Frieden wird ihm eine verstärkte Konkurrenz und damit neue Leiden bringen. Nach dem Friedensschluss wird es noch deutlicher werden, dass es im Kapitalismus schließlich nur noch ganz Arme und ganz Reiche gibt.

Die Kriegsteuerung dürfte etwas zurückgehen. Wer sich da aber allzu kühnen Erwartungen hingibt, wird tief enttäuscht werden. Auf Jahre hinaus mindestens werden die Weltmarktpreise [Weltmarktpreise?] über dem normalen Niveau stehen. Die vollkommen erschöpften Märkte der kriegführenden Länder und der Neutralen müssen erst wieder auf die normale Höhe gebracht werden und in den am schwersten mitgenommenen Gegenden und Industrien wird manches Jahr verstreichen, ehe die alte Produktivität wieder erreicht ist. Wer

aber dürfte hoffen, dass etwa die brotverteuernde Zollpolitik aufgegeben wird, jetzt, wo die offizielle Sozialdemokratie nach schicklichen Redensarten sucht, um sich mit ihr auszusöhnen?<sup>24</sup>

Das Reich muss neue Steuerquellen suchen, es kann keine verstopfen. Milliarden sind nötig für die Verzinsung der Anleihen, Milliarden vielleicht für die Unterstützung der Krüppel, Witwen und Waisen, Milliarden künftig für das Heerwesen, das Neubewaffnet, reorganisiert und verstärkt werden wird. Die Wirtschaft der Einzelstaaten ist schlimm mitgenommen worden, und die Gemeinden haben neue ungeheure Lasten aufgeholt bekommen. Steuern müssen das alles aufbringen, und wenn wir eine Erhöhung des Durchschnittssteuerbetrags um 500 Mk. pro Familie ins Auge fassen, so sind wir uns bewusst, dass wir über die Maßen vorsichtig vorgehen. Natürlich wird der Steuerbetrag für Arbeiterfamilien etwas unter diesem Durchschnitt liegen. Zu vergessen ist aber nicht, dass voraussichtlich die Wohnungsmieten um mindestens ein Viertel steigen werden.

Der Übergang in die Friedenswirtschaft wird nicht so leicht vor sich gehen, wie seinerzeit der in die Kriegswirtschaft. Damals waren die Verhältnisse nach kapitalistischen Begriffen gesund und nur etwas beunruhigt. Damals war ein mächtiger zahlungsfähiger Auftraggeber da, das Reich. Jetzt zersplittert sich die Wirtschaft wieder. Dazu kommt die Entwertung des deutschen Geldes, die durch das Missverhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr verursacht wird. Das wird noch lange anhalten und wesentlich zur Erschwerung der Lage beitragen. Außerdem werden manche Industrien um die nackte Existenz zu kämpfen haben, so besonders die Textilindustrie, die in Amerika eine Konkurrenz finden wird, vielleicht ähnlich der, welche der Handwebstuhl im vorigen Jahrhundert in der modernen englischen Industrie fand.

So sind die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse äußerst ungünstig. In derselben Richtung aber wirken auch die Zustände auf dem eigentlichen Arbeitsmarkte. Die Kriegswirtschaft hat zunächst eine große Erfahrung gebracht. Sie hat gezeigt, dass beinahe jeder gelernte Arbeiter durch Ungelernte und Angelernte zu ersetzen ist, und dass selbst Arbeiten, die die höchsten Anforderungen an die Körperkräfte stellen, durch Frauen ausgeführt werden können. Entwertung der Arbeitskraft ist die Folge. Dazu kommt die riesenhafte Zunahme der Frauenarbeit, die kaum zurückgehen wird. Dazu kommt ferner die Konkurrenz der Kriegskrüppel. Dazu weiter die proletarisierten Elemente aus dem Mittelstande, die sich durch einen besonderen Mangel an Solidarität auszeichnen werden.

Also Stärkung der Kapitalmacht, verstärkter wirtschaftlicher Druck, Verschärfung der Konkurrenz der Arbeiter untereinander, Entwertung der Arbeitskraft; das sind die Voraussetzungen für die künftige Gewerkschaftsarbeit.

## Die Weiterentwicklung der alten Gewerkschaften.

Bei dieser Lage der Dinge erscheint uns als gewiss, dass bald nach dem Kriege, wenn das erste Ruhebedürfnis befriedigt ist, notwendigerweise große wirtschaftliche Kämpfe

---

<sup>24</sup> Von Interesse dürfte sein, auf die Argumentationen des Herrn Calver, des Lehrmeisters der Schippel, Kaliski und der übrigen Gewerkschafts-Nationalökonomien, hingewiesen zu werden, mit welchen er gegen die Höchstpreispolitik vom Leder zog. Er meinte, diese Politik verhindere die volle Ausnutzung des Marktes, sie hintertreibe damit große Gewinne und unterbinde die Kapitalakkumulation. Ohne genügende Schatzbildung in den Händen der Kapitalisten sei aber die Aufbringung der Kriegsanleihe ausgeschlossen. Es ist die konsequent bürgerliche Auffassung und wir werden bei sogenannten Sozialdemokraten noch allerlei Rücksichten auf die Kapitalakkumulation erfahren, wenn es sich um die Frage der direkten oder indirekten Steuern handelt.

ausbrechen müssen. Die Arbeiterschaft kann die ungeheure Verschiebung der wirtschaftlichen Zustände nicht fatalistisch hinnehmen. Von früheren Kämpfen werden diese sich schon dadurch unterscheiden, dass mehr die ungelerten Arbeiter und Frauen ihre Träger sind. Allein das schon würde andere Forderungen an die innere Organisation der Verbände stellen. Aber es fragt sich überhaupt, ob die jetzigen Gewerkschaften fähig sind, die Erwartungen zu erfüllen, welche die Arbeiter an sie stellen werden. Wir sehen, wie die Gewerkschaftsleitungen in den Kurs der Trade-Unions geraten sind, der in England bereits vor dem Kriege Bankrott gemacht hat, der dort zur Demoralisierung der Verbände geführt hat. Wir sahen, wie schon vor dem Kriege die Rücksicht auf die Gewerkschaftskassen die kampffeindliche Cunctatoraktik (vergl. Nr. 28 der Arbeiter-Politik) hervorbrachte. Darf man hoffen, dass die Schlicke, Legien, Leipart e tutti quanti kampffreudiger sein werden als früher? Das darf man wohl nicht. Es gibt freilich immer noch wackere Leutchen, die schon die Messer wetzen, für das Kälblein, das zu Ehren der Heimkehr dieser verlorenen Söhne geschlachtet werden soll. Ihre Zahl schrumpft zwar zusammen, dafür pflanzt die Hoffnung des Parteizentrums ihr entblättertes Stämmchen auf einem anderen Grabe auf. Nach dem Kriege werde es gelingen, die Leute vom 4. August in den Gewerkschaften zu entfernen. Deshalb dürfe jetzt der Streit nicht auch noch in die Gewerkschaften getragen werden. Ruhe ist die erste Genossenpflicht!

Nun hat sich schon in der Partei gezeigt, wie eitel solche Hoffnungen gewesen sind. Sie scheiterten daran, dass die Parteibureaucratie den Parteiapparat in der Hand hat. Die Herrschaft der Gewerkschaftsbureaucratie ruht aber auf viel festerer Grundlage als die der Parteibureaucratie, wie wir in unserer ersten Betrachtung skizzierten. Dazu ist sie homogener, gefestigter und rücksichtsloser als die der Partei, die Gewerkschaften aber weiter von der freien Demokratie entfernt und der bürgerlichen Ordnung enger angepasst. Es gibt kein praktisches Mittel, sie auf legalem Wege zu stürzen. Es ist eine Illusion, die bestehenden Organisationen aus dem lauen Golfstrom des Trade-Unionismus heraussteuern zu wollen, zumal immerhin breitere Schichten der Arbeiterklasse ihren Vorteil in dieser Strömung suchen werden.

Lassen sich aber die Gewerkschaften wirklich auf große Entscheidungskämpfe ein, so setzen sie dabei ihre Existenz aufs Spiel. Sahen wir doch schon im Jahre 1910 die Unternehmer im Baugewerbe, welches sich doch eben erst zu einer modernen Großindustrie mit stark konzentriertem Kapital entwickelt, drauf und dran, die Organisation zu zerschmettern. Hatte doch gerade die Cunctatoraktik in der Furcht vor der Vernichtung der Organisation ihres Daseins Ursache. Das durch den Krieg gewaltig gestärkte Kapital wird rücksichtslos den Gegner niederzuwerfen suchen. Die Hoffnung aber auf die Hilfe der während des Kriegs bekehrten öffentlichen Meinung oder gar auf die bürgerlichen Parteien ist nur eine der vielen Lächerlichkeiten, die heutzutage aufdringlich sind wie die Fliegen im Herbst. Der Organisationsapparat der Gewerkschaften ist heute viel zu stark belastet, als dass er solchen Stürmen gewachsen sein könnte. Kampfloses, unbefriedigendes Lavieren oder Aufopferung der Organisation ist das Dilemma. Die maßgebenden Kräfte haben es schon entschieden.

## Unsere Parole.

Kann nun einfach die Parole für die wirklichen Klassenkämpfer sein: Heraus aus den Gewerkschaften, überlasst sie ihrem Schicksal? Ebenso wenig, wie diese Parole gegen die verräterische Parteileitung erhoben wurde. Man darf keine Position aufgeben, ehe über ihren Besitz entschieden ist. Der Kampf um die Positionen wird die Arbeiterklasse zur Stellungnahme zwingen. Er wird die Gegensätze in ihrer Schärfe herausarbeiten, wird die Vermittler und Vermantscher isolieren, die zwischen Furcht und Hoffnung Taumelnden zu klarer Einsicht in die Tatsachen und entschlossener Haltung bringen. Er wird zugleich auch die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der neuen Organisationsformen in der lebendigen

organischen Entwicklung und nicht als Produkt abstrakter Grübeleien aufzeigen. Also Auskämpfen der Gegensätze! Und zwar dies schon heute, wo und soweit sich Gelegenheit dazu bietet.

## Die neuen Formen der gewerkschaftlichen Organisationen.

Aus den Kämpfen um die Organisationen und aus den wirtschaftlichen Kämpfen der kommenden Friedenszeit werden sich die neuen Formen der Gewerkschaftsbewegung herauskristallisieren. In rohen Umrissen lassen sie sich aber schon heute voraussehen. Sie müssen sich den künftigen Kämpfen anpassen, den Auseinandersetzungen mit dem übermächtigen Kapital. Sie werden vorwiegend den ausgeprägten Charakter von spontanen Machtproben haben, bei denen schwer organisierbare Elemente den Ausschlag geben: ungelernte, weibliche und jugendliche Arbeiter, das Element, das schon heute die überaus starke Fluktuation in den Gewerkschaften erzeugt. Im Wesen würde das auch nicht etwas den bisherigen Erfahrungen der Gewerkschaftspraxis durchaus Fremdes bringen, denn mit fast einziger Ausnahme der Bauarbeitersperrung von 1910 und des Werftstreiks von 1913 sind auch in Deutschland und mehr noch in England und Amerika die großen historischen Streiks spontan ausgebrochen, getragen von bis dahin überwiegend unorganisierten Massen, die sich erst während des Kampfes den Verbänden anschlossen, welche wiederum auch erst nach seinem Ausbruch die Leitung übernahmen.

Um diesen Voraussetzungen zu genügen, müsste die künftige Organisation beweglicher und anpassungsfähiger gestaltet werden. Dabei wird nach den Unterstützungseinrichtungen, die ja durchaus historisch notwendige Maßregeln waren, aber die Versteinerung und Bürokratisierung der Gewerkschaften förderten, kaum ein Bedürfnis auftreten. Viel zu sehr wird angesichts der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse das Streben der Arbeiterklasse auf die Befriedigung der allernächsten Bedürfnisse, denn auf die Sicherung der Zukunft gerichtet sein. Die jetzige Höhe der Gewerkschaftsbeiträge wird für die breiten Massen unerschwinglich sein.

Nur scheinbar ist das ein Rückschritt in der Entwicklung, obwohl dieser Vorwurf gewiss erhoben werden wird. Vielmehr haben wir hier eine Erscheinung, die in der Geschichte des Kriegswesens öfters beobachtet wurde. Sie lässt sich z. B. vergleichen mit der Verdrängung und Vernichtung der aus schwergewappneten Qualitätskriegern zusammengesetzten Ritterheere durch die leichte mit Speißen, Hellebarden und Schwertern bewaffneten und auch in der Zahl nur wenig überlegenen Bauernheere der Schweizer Reisläufer. Die fortgeschrittene Taktik gab den Ausschlag.

Die Überlegenheit der neuen Organisation wird durch eine bessere Anpassung an den modernen wirtschaftlichen Organismus geschaffen werden müssen. Die heutige gewerkschaftliche Organisation ist aus der Berufsgliederung hervorgegangen. Sie hat sich, mühevoll gegen zahlreiche Hemmnisse ankämpfend, bis zum Industrieverband entwickelt. Für die künftigen Massenbewegungen ist er eine unzureichende Organisationsform, wie er sich schon beim Werftarbeiterstreik als unzureichend erwiesen hat. Die moderne Großindustrie hat in ihrer Entwicklung alte Berufe zerstört und ungelerten Arbeitern überantwortet, zwischen anderen die Trennungslinie verwischt, in der Förderung der Arbeitsteilung aber eine große Zahl neuer Berufe geschaffen. Überaus stärker aber noch als die Arbeitsteilung hat die Arbeitsvereinigung gewirkt. Gewaltige Riesenbetriebe haben sich die mannigfaltigsten Berufsgruppen organisch eingegliedert, die Grenzen ihrer Selbständigkeit niedergeworfen und sie technisch und sozial voneinander abhängig gemacht.

Die Arbeiter dieser Riesenbetriebe verteilen sich heute durchweg auf verschiedene Industrieverbände, zwischen denen bei allen großen Bewegungen Reibungen entstehen, die in den meisten Fällen die Bewegung selbst zum Stillstand bringen. Schon vor dem Kriege begann sich deshalb die Erkenntnis durchzusetzen, dass die Berufsorganisation veraltet ist

und die Entwicklung über den Industrieverband hinaus zu einer Organisation auf breitester Grundlage geführt werden muss, die sich, natürlich angepasst, auf Betriebe gliedert.

## Imperialistische oder Klassenpolitik.

Abgesehen davon, dass die Gestaltung des politischen Kampfes wesentlich auf diese Entwicklung einwirken wird, ist es natürlich ausgeschlossen, dass sie glatt zu den hier theoretisch gefundenen Zielen eilen wird. Die heutigen Gewerkschaften sind vorzugsweise Organisationen der gelernten Arbeiter im Mittelbetrieb. Das sind dieselben Schichten, die heute die Anhängerschaft der Parteirechten und des Parteizentrums stellen. Sie werden sich auch nur schwer von den alten Verbänden lösen. Aus der Arbeiterschaft der Riesenbetriebe muss die Gewerkschaftsbewegung hervorgehen. Diese aber ist auch berufen zu den großen Entscheidungskämpfen der Zukunft. Die Gewerkschaftsführer erkennen die Gefahr sehr wohl, gerade jene Arbeiterschichten zu verlieren, die die Zukunft für sich haben. Die imperialistische Politik der Industrieverbände soll diese Schichten an die alten Verbände ketten, die Schaffung neue Arbeitsgelegenheit durch den Imperialismus mit seinen Rüstungen zu Wasser und zu Lande, mit seiner Kolonialpolitik, mit seiner „friedlichen Durchdringung“ halbbarbarischer Länder soll der Köder sein. Das zeigt deutlich den bis in den Kern reaktionären Charakter dieser Politik auf. Aber sie wird und muss scheitern, denn die Arbeiterschaft der modernen Riesenbetriebe ist die gesündeste Klasse der Gesellschaft. Sie wird nicht für das Linsengericht eines vermeintlichen Augenblicksvorteils das Erstgeburtsrecht ihres Klassen- ihres Zukunftsinteresses verkaufen. W. Meppen.

## Ein holländischer Kohlentrust.

Unser holländisches Bruderblatt, die „Tribüne“, bringt in ihrer Nummer vom 5. März unter der Überschrift: „Sicher kein Krieg mit Deutschland“, folgenden Aufsatz:

Vor einigen Wochen ist im Haag eine Gesellschaft mit 20 060 000 Gulden Kapital, von denen bereits 12 048 000 Gulden eingezahlt sind, gegründet worden, genannt Niederländische Gesellschaft zur Ausbeutung von Kohlenfeldern. Binnen kurzem soll außerdem eine Obligationsanleihe von 10 000 000 Gulden als erste 6 prozentige Hypothek ausgegeben werden. Zum Direktor ist Prof. P. de Voops bestimmt worden. Als Aufsichtsräte treten auf Westerman, Präsident der Rotterdamer Bankvereinigung; A. Gips, Direktor der Niederländisch Amerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Holland Amerika-Linie“ zu Rotterdam; J. B. Ponckheer, Direktor der Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Niederland“ zu Amsterdam; J. A. Kretschmar van Veen, Direktor der Gesellschaft zur Ausbeutung von Staatseisenbahnen und der Holländischen Eisenbahngesellschaft zu Utrecht; Dr. G. L. F. Philips, Direktor der Vereinigten Glühlampenfabriken „Philips“ zu Eindhoven; B. E. Ruys, Direktor der Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Rotterdamer Lloyd“ zu Rotterdam; Dr. F. G. Waller, Direktor der Niederländischen Spiritusfabrik zu Delft; F. H. Fentener van Vlissingen, Direktor der Steinkohlen-Handelsvereinigung zu Utrecht. Der erste und der letzte dieser Herren sind Vorsitzender resp. Sekretär des Aussichtsrats.

In verschiedener Hinsicht ist diese Gründung bedeutungsvoll. Man sieht hier wieder, was man gegenwärtig fast täglich beobachten kann, wie das niederländische Großkapital sich in seiner Weise auf die Zukunft vorbereitet, gewitzigt durch die freiwillig oder auf Regierungsbefehl hin durchgeführte und alles auf diesem Gebiet Bekannte übertreffende Kapitalkonzentration im Auslande. Natürlich fragen sich diese Herren in erster Linie, wie sie sich ihrer Profitinteressen auf der alten oder auf breiterer Grundlage versichern können. In der Ungewissheit, wie sich die Warenproduktion und der nationale und internationale Warenverkehr gestalten möge, folgen sie dem ausländischen, vor allem deutschen Vorbild und konzentrieren sich. Sie konzentrieren ihre Macht nicht allein auf ihrem eigenen Gebiet, d. h. nicht allein eine Bank mit der anderen, eine Schiffahrtsgesellschaft mit der anderen,



sondern auch darüber hinaus Banken, Dampfschiffahrts-Gesellschaften, Eisenbahngesellschaften usw. untereinander. Sie begreifen, dass es in nähere oder fernere Zukunft zu gewaltigen Kämpfen kommen wird. Sie rechnen auf allen Gebieten auf eine scharfe Konkurrenz zwischen den verschiedenen jetzt kriegführenden Ländern und auf inländische Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, und sie sehen ein, dass sie gegenüber allen Möglichkeiten vereinigt, mehr bedeuten als getrennt. Nicht zum Mindesten auf dem Gebiete der Staatsmacht, im Kabinett eines Ministers, in der Kammer oder sonst wo bedeutet der Einfluss aller Banken, aller Dampfschiffahrts-Gesellschaften usw. zusammen mehr als die Aktie des Herrn H. von der und der Bank oder des Herrn Z. von der und der Dampfschiffahrtsgesellschaft. Im ersten Falle (der internationalen Konkurrenz) sprechen sie von der allgemeinen oder, wie man heute sagt, nationalen Bedeutung, und im zweiten Falle (Wirkung auf die Staatsmacht) sagen sie sich, ist doch jedenfalls nichts unmöglich. Auch auf politischem Gebiet, d. h. in der planmäßigen Bekämpfung der Arbeiterbewegung erhoffen die Herren Freude an ihrem Zusammenschluss zu erleben. In mehr als einer Beziehung, sagten wir, ist die Gründung dieser Gesellschaft von Bedeutung. Sowohl die Höhe des Kapitals (zusammen über 50 Millionen Mark) als die Namen der Aufsichtsräte zeigen, dass man es mit einem groß angelegten Unternehmen zu tun hat. Überdies ist nichts Geringeres geplant, als die Produktion in absehbarer Zeit auf 2,5 bis 3 Millionen zu bringen, dies ist so viel wie alle limburgischen Gruben zusammen produzieren oder ein Drittel des gesamten Steinkohlenverbrauchs in den Niederlanden vor dem Kriege. Offenbar geschieht die Gründung mit der Billigung des auch in den Niederlanden übermächtigen, ja alleinherrschenden deutschen Steinkohlensyndikats. Herr Fentener van Blissingen ist ja der Vertreter dieser, man kann fast sagen deutschen Regierungskreise hier in Holland. Vor allem ist zu berücksichtigen, dass die Terrains dieser Gesellschaft nicht in Holland, sondern in Deutschland, nahe an der holländischen Grenze liegen.

Es ist undenkbar, dass diese Herren glatter Hand 20 Millionen ausgeben, wenn sie nicht mit großer Sicherheit, ja Gewissheit darauf rechnen können, dass Holland nicht in den Krieg kommt mit - Deutschland. Wo anders als bei der niederländischen Regierung sollen sie diesbezügliche zufriedenstellende Erklärungen erhalten haben? Das stimmt damit überein, was diejenigen immer erklärt haben, die die Äußerungen und Handlungen unserer vaterländischen Imperialisten ständig verfolgen, nämlich, dass die holländische Bourgeoisie überwiegend prodeutsch ist, d. h., dass sie den größten Vorteil von einem Zusammengehen mit Deutschland erwartet. v. L.

## Reformistische Quacksalbereien.

Den Propheten der praktischen Vernunft, die gegenwärtig den deutschen Arbeitern eine hausbackene Schrippenweisheit predigen, werden allmählich um ihre Gottähnlichkeit bange. Sie haben den Arbeitern eine Interessenharmonie mit dem nationalen Unternehmertum gepredigt. Langsam leuchtet den Arbeitern ein, dass der Krieg ein außerordentlich gestärktes Unternehmertum hinterlassen wird und eine dunkle Erinnerung aus früheren Zeiten sagt ihnen, dass zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum nicht Wohlverhalten und Wohlwollen, sondern allein die Macht entscheidet. In ihrer Not suchen sie ihr Heil in allerhand Schwärmereien, die bisher zum stehenden Inventar sozialer Gesundheitsbeter gehörten. Nachdem sie aufgehört haben, das Proletariat durch seinen Sieg aufzuheben, wollen sie es jetzt aus der Welt schaffen, indem sie aus dem Proletarier einen Kleinbürger machen. Gebt dem Arbeiter Grundbesitz und ihr löst mit der Agrarfrage die soziale Frage, zugleich wird der Arbeiter alle „revolutionären Phantastereien“ aufgeben und ein braver Spießbürger werden.

Eigenheime und Grund und Boden für Arbeiter und Kriegsinvaliden war eines jener Schlagworte, das zur Heilung der sozialen Wunden des Krieges kurz nach Kriegsbeginn in die Welt trompetet wurde. In der sozialistischen Literatur wurde diese Parole - abgesehen von

Peus, der auch dieses Steckenpferd schon längst durchgeritten hat – in der „Glocke“ von einigen Amateursozialisten aufgenommen. Langsam ist es damit stiller geworden, nachdem man sich der großen Schwierigkeiten der Sache bewusst geworden war. Die schönen Pläne, Kriegsinvaliden in hellen Scharen anzusiedeln, werden schon daran scheitern, dass einfach keine Mittel dafür vorhanden sind, ganz abgesehen von den übrigen Schwierigkeiten. Dafür ist umso größer die Gefahr, dass die Großindustrie, stärker noch als früher, ihre Arbeiter in Kolonien anzusiedeln versuchen wird. Ein soziales Mäntelchen, bunt und billig, ist bald beschafft, und so wie bei den großen Arbeiterkolonien im rheinisch-westfälischen Industriegebiet braucht die Sache auch nicht gemacht zu werden. Schon haben Gemeinden und Industrielle gemeinsam sogenannte Eigenheimgenossenschaften gegründet und finanziert, die von vornherein bestimmt sind, Pflanzstätten der gelben Verbände zu werden und in denen der Arbeiter in die Ketten des Hypothekenschuldners geschlagen wird.

Je leichter das Großkapital den Eigentumserwerb in solchen Kolonien machen wird, umso drückender müssen jene Fesseln werden, umso sicherer wird das Ziel erreicht: Aufhebung der Freizügigkeit des Arbeiters und damit seine Kampfunfähigkeit. Ist diese Gefahr bei den Unternehmersiedlungen am größten, so ist sie doch mit jeder Sesshaftmachung des Industriearbeiters verbunden und bei der sicher zu erwartenden Erschwerung der wirtschaftlichen Kämpfe nicht zu überschätzen. Umso bemerkenswerter ist es, wie nonchalant jetzt auch Herr August Winnig in einem Artikel: „Die neue Sozialdemokratie und die Gewerkschaften“, über diese Gefahren hinwegwischt. Er schreibt:

„Nicht weniger notwendig ist eine nachdrückliche Innenkolonisation, die das platte Land dichter besiedelt und die uns mit einer ergiebigeren Bodenbewirtschaftung eine Erweiterung und Festigung des inneren Marktes bringen soll. Das Schlagwort, man fessele damit abhängige Menschen an die Scholle, darf uns nicht länger abhalten, dieser Aufgabe unsere positive Mitarbeit zu widmen. Wäre diese Erwägung für uns wirklich zwingend, so müssten wir auch den Eigenhausbesitz in Gartenstädten und anderen genossenschaftlichen Siedlungen widerstreben. Denn die Bindung an einen bestimmten Arbeitsort liegt hier wie dort vor. Trotzdem haben wir diesen Bestrebungen unsere Teilnahme entgegengebracht, weil uns die Eroberung eines Stückchens Volkskultur wertvoller erschien, als die größere Bewegungsfreiheit des Proletariats in der Mietskaserne, weil wir keine Gelegenheit versäumen wollten, um dem großstädtischen Wohnungselend entgegenzuwirken, und weil wir schließlich in der Organisation eine Sicherung gegen die Gefahr haben, die dem Arbeiter aus der Gebundenheit an einen bestimmten Arbeitsplatz erwachsen könnte.“

Für die Volkskultur auf Kosten der Bewegungsfreiheit der Arbeiter! Nein, Herr Winnig, das gibt keinen Reim. Wo der Arbeiter seine Bewegungsfreiheit verliert, da ist seine Kultur bald dahin. Da steht er waffenlos seinem Feinde gegenüber und er muss kapitulieren. Kampf um Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gibt es für ihn nicht mehr, nicht einmal Abwehr von Verschlechterungen. Bald verbleicht der Glanz des Eigenheims, die Spinnweben der Hypothekensorgen hängen sich in die Ecken und im Häusel sitzt ein versorgter und verschüchterter Mann.

Berichtigung. In der Nr. 11, Seite 84, 1. Spalte, 3. Zeile von oben heißt es: „Das Bewusstsein aber, die Geschicke der Arbeiterklasse in die eigene Hand nehmen zu müssen, wächst in den Massen der Arbeiter gerade im gewaltigsten Stile darstellt.“ Es muss heißen: „Das Bewusstsein aber, die Geschicke der Arbeiterklasse in die eigene Hand nehmen zu müssen, wächst in den Massen der Arbeiter gerade im jetzigen Kriege, der eine Aktion der Massen im gewaltigsten Stile darstellt.“ [Korrigiert, d. Hrsg.]

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 13/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 31. März 1917.

Nr. 13

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Die Konferenz der Arbeitsgemeinschaft.

Die nunmehr veröffentlichten Leitsätze der Arbeitsgemeinschaft, die am 6. April ihrer Konferenz zur Annahme vorgelegt werden sollen, zeigen, dass sich die Arbeitsgemeinschaft als stramm organisierte Zentrumsparterie konstituieren will. Sie schafft eine Zentralisation, in deren Rahmen es für eine zentrale linksradikale Organisation keinen Platz geben wird. Sie erklärt das Erfurter Programm als einstweiliges Banner, obwohl unter diesem Banner, unter Berufung auf die Grundsätze von Erfurt, die zentrümlichen Abgeordneten am 4. August 1914 mit den Sozialpatrioten zusammen marschierten.

Schon diese Sachlage würde einen losen, vorübergehenden Zusammenschluss mit den Zentrumsleuten, an den die Berliner Leitung der Gruppe „Internationale“ und ein Teil ihrer Anhänger als an eine vorübergehende Notwendigkeit gedacht hat, unmöglich machen. Eine lose, uns in unserer Tätigkeit nicht hindernde Verbindung ist von den Zentrumsleuten abgelehnt. Sie schlagen keine Zelte auf, sondern mauern ein Haus. Es gibt also keine Wahl: die Linksradikalen müssen eine eigene Partei gründen.

Dies macht uns auch die Änderung in der internationalen Lage zur absoluten Notwendigkeit. Angesichts der Aufgaben, vor die sie die Linksradikalen stellt, wäre jedes organisatorische Sichbindenlassen durch das Zentrum die Verurteilung zur Passivität. Diese bedeutet aber in der gegebenen Lage: Selbstmord der Linksradikalen in Deutschland und Verrat nach außen.

Wir richten an alle Linksradikale die Aufforderung zum Zusammenschluss unserer Reihen und erklären, dass wir der Zentrumsparterie in keiner, auch nicht der losesten Form beitreten, die ihr beitretenden linksradikalen Elemente aber bekämpfen werden.

## Die Triebkräfte der russischen Revolution.

### 1. Die Soldatenrevolution.

Keine Revolution war der vorhergegangenen ähnlich. Jede trug ein anderes Gesicht. Darum fragte man beim Ausbruch jeder Revolution: ist das eine Revolution? Man maß sie mit alten Schablonen, schüttelte verwundert den Kopf über ihre „Unregelmäßigkeiten“. Als am 27. Januar 1905 Hunderttausende Proletarier in Petersburg, von einem Popen geführt, vor das

Zarenpalais marschierten, da rümpfte mancher die Nase: Revolution, vom Popen geführt? Auch die Revolution, die am 9. März 1917 in Petersburg ihr Haupt erhoben hat, wird jetzt gemustert und geprüft.

Was bedeuten die Soldaten, die ihre Vorderszene mit großem Tumult erfüllen? Die russische Revolution 1905 – 1907 scheiterte äußerlich daran, dass es nicht gelungen war, das Heer auf die Seite des aufständigen Volkes herüberzuziehen.

Wie mannigfaltig auch die tieferen Gründe des Zusammenbruchs der Revolution 1905 waren – er war bestimmt in erster Linie durch den Übergang der Bourgeoisie auf die Seite des Zarismus, die Hilfe, die ihm das ausländische Kapital zukommen ließ. Äußerlich wurde die Revolution durch die Bajonette der Bauern in Soldatenuniform niedergedrungen. In der Revolution 1917 stürmten die Soldaten der Petersburger Garnison Arsenale, verteilen Waffen unter das Volk, üben den stärksten Druck auf die Duma. Und dem widersetzt sich nicht nur die jüngere Offiziersgeneration nicht, sondern selbst vom Widerstand der Armeeführer, der Generale Brussilow, Rußkij, Ewerth, vernimmt man einstweilen nichts. Legt dies nicht den Gedanken nahe, dass der Anschluss der Soldatenmasse an die Arbeiter mit Zustimmung der Generalität erfolgte, dass also die Revolution eine Militärrevolution sei, eine Reproduzierung der jungtürkischen Revolution des Jahres 1908 auf breiterer Basis?

Aber dem ist nicht so. Vorerst gilt es, die jetzt schon zweifellose Tatsache festzustellen, dass die Revolution mit Arbeiterunruhen, Massenstreiks und Demonstrationen begann. Zuerst schossen die Soldaten vielerorts. Erst später schlossen sie sich in einzelnen Trupps den demonstrierenden Volksmassen an, bis schließlich ein Feuer die ganze Petersburger Garnison ergriff. Auf die Arbeiterrevolution folgte der Soldatenaufstand; aber zwischen ihnen und den sog. Militärrevolutionen besteht keine Ähnlichkeit. Die sog. Militärrevolutionen, wie sie die Dekrabristen bezweckten, wie sie seitdem die Geschichte Spaniens, Portugals, Griechenlands und zuletzt die Türkei sah, waren Staatsstriche des Offizierskorps, der einzigen organisierten Kraft der wenig entwickelten Länder. Die Soldatenmasse wurde bei ihnen gewöhnlich gar nicht in den Kampf hineingezogen, und geschah dies, so nur als eine passive rohe Kraft, die von den Offizieren kommandiert wurde. In der russischen Revolution des Jahres 1917 treten die Soldatenmassen, nicht die Generäle, zuerst auf den Plan. Und was stellen diese Soldatenmassen dar? Es sind Bauern und Arbeiter, die die Geschichte der letzten zwölf Jahre, die Jahre der Revolution und Konterrevolution, die zweiundeinhalb Jahre des Krieges erlebt haben, die durch sie bis aufs tiefste aufgewühlt wurden. Die Arbeiter, die schon vor dem Kriege sich von den Schlägen der Konterrevolution zu erholen begannen, die kurz vor dem Kriegsausbruch in Petersburg Barrikaden bauten, die durch die stolypinische Agrarreform proletarisierten Bauern, die Bauern, die der Krieg von Haus und Acker weggerissen hat, das ist die Soldatenrevolution. Der Krieg steckte die Volksmassen zum großen Teile in den Soldatenrock, aber er verstärkte in ihnen nur die revolutionären Tendenzen. Der Gegensatz zwischen Volk und Armee wurde aufgehoben, indem im Kriege das Volk zur Armee wurde. Auch in anderer Hinsicht erleichterte der Krieg den Übergang eines Teiles der Armee auf die Seite der Arbeiterschaft. Die großen Verluste an Offizieren nötigte die Regierung, die akademische Jugend, die Volksschullehrer usw. zum Offiziersdienst heranzuziehen. Diese demokratischen Elemente konnten natürlich keinen Damm bilden gegen die revolutionären Tendenzen im Heere. Dass die Generalität gegen diese Tendenzen war, braucht man nicht groß und breit zu beweisen. Jede revolutionäre Agitation wurde im russischen Heere mit ebenso drakonischen Mitteln unterdrückt, wie in allen anderen. Die Brussilow, Ewerth, hatten gewiss nichts gegen eine Erneuerung der Regierung durch die Liberalen, die zur Stärkung der Kriegführung beitragen konnte. Aber dass eine Revolution kein Weg zur Stärkung der Kriegführung des Imperialismus ist, das haben die Generäle ganz gewiss verstanden. Wenn sie trotzdem gegen die aufständischen Truppen in Petersburg keine anderen gesandt haben, so weil sie damit rechnen mussten – wie es nach dem Bericht der Times General Russki dem

Zaren gesagt hat, dass jedes Regiment, das man nach Petersburg sendet, auf die Seite der Revolution übergehen würde. Die Rolle der Soldaten in der Revolution, die gegen ihren proletarischen, ihren Volkscharakter zu sprechen schien, spricht für die Tiefe und Breite der Revolution. Nicht auf Kommando von oben, sondern dank dem elektrischen Funken, der von der Straße in die Kasernen sprang, trat die Armee in Bewegung. Und das bestimmt auch den Charakter ihres Aufstandes. Mögen auch revolutionär-patriotische Elemente in der Armee von Einfluss sein, die sich der Hoffnung hingeben, an der Spitze der revolutionären Truppen den Sieg über den preußischen Militarismus davon tragen zu können, eine proletarisch-bäuerliche Armee steht nicht im 32. Kriegsmonat auf, um den Krieg noch 32 Monate zu führen. Der Anteil der Armee an der Revolution, der dieser einen kriegerischen Charakter zu geben schien, wird die auf den Frieden hinwirkenden Tendenzen der Revolution stärken. Und damit sind wir bei den Trägern der imperialistischen Tendenz angelangt, die die Revolution als Weg zum Sieg gebrauchen wollen, bei der imperialistischen Bourgeoisie, deren Teilnahme an der Revolution das zweite Merkmal bildet, das das Jahr 1917 vom Jahre 1905 unterscheidet.

## Bagdad.

Am 11. März zogen die Engländer mit klingendem Spiel in der alten Kalifenstadt am Tigris ein, in Bagdad, das seit 17 Jahren in den Ohren der deutschen Imperialisten einen Zauberklang besitzt. Bagdad sollte den Hauptpunkt der Bahn bilden, die Konstantinopel mit dem persischen Meer verbindet. Diese Eisenbahn, die vom deutschen Kapital<sup>25</sup> gebaut wird, sollte die Türken befähigen, ihre Wirtschafts- und Militärkraft zu entwickeln. *Paul Rohrbach* hat schon im Jahre 1911 in seine Schrift „Die Bagdadbahn“ offen ausgesprochen: „Es gib für Deutschland im Grunde nur eine Möglichkeit, einem englischen Angriffskrieg zu begegnen, und das ist die Stärkung der Türkei. England kann von Europa aus nur an einer Stelle zu Lande angegriffen werden: in Ägypten. Mit Ägypten würde England nicht nur die Herrschaft über den Suezkanal und die Verbindung mit Indien und Asien, sondern wahrscheinlich auch seine Besitzungen in Zentral- und Ostafrika verlieren. Die Eroberung Ägyptens durch eine mohammedanische Macht wie die Türkei könnte außerdem gefährliche Rückwirkungen auf die 60 Millionen mohammedanischer Untertanen Englands in Indien, dazu auf Afghanistan und Persien haben. Die Türkei aber kann nur unter der Voraussetzung an Ägypten denken, dass sie über ein ausgebautes Eisenbahnsystem in Kleinasien und Syrien verfügt, dass sie durch die Fortführung der anatolischen Bahn einen Angriff Englands auf Mesopotamien abwehren kann, dass sie ihre Armee vermehrt und verbessert und dass ihre allgemeine Wirtschafts- und ihre Finanzen Fortschritte machen.“ (S. 19.)

Dieser weltpolitische Plan, der von manchen, selbst sehr gut informierten Sozialdemokraten für eine vollkommene Phantasterei erklärt wurde,<sup>26</sup> wurde in den englischen Regierungskreisen keinesfalls auf die leichte Schulter genommen. Wenn es trotzdem England nicht gelungen ist, mit diplomatischen Mitteln den Ausbau der Bagdadbahn zu hintertreiben, so lag es daran, dass in der Zeit, in der die grundlegenden Verträge zwischen der Deutschen Bank und der türkischen Regierung geschlossen worden

---

<sup>25</sup> Nach englischen Berechnungen soll die Deutsche Bank die den Bagdadbahnbau finanziert hat, daran 100 Millionen Mark an Vermittlergewinnen und 180 Millionen an „Ersparnissen“ bei den zu hoch angesetzten Baukosten verdient haben. Nach den Angaben des Herrn *Gwinner*, der Direktor des Deutschen Bank, sollen die Ersparnisse kleiner gewesen sein, dafür aber der „Vermittlergewinn“ 138 Mill. Mark betragen. (Siehe *Gwinner*: The Bagdad Railway in der Londoner Monatsrevue „The Nineteenth Century and After“, Juni 1901.) Dazu kommen alle die Verdienste an den Unternehmungen, die längs der Eisenbahnen entstehen und von der deutschen Finanz geleitet werden.

<sup>26</sup> So *T. Rothstein* in der „Leipziger Volkszeitung“ 1911, *M. Pawlowitsch* in seinem an Tatsachenmaterial inhaltsreichen Werke „Die großen Land- und Seewege der Zukunft“. (Russisch. Petersburg 1913. „Das waren alles Phantasien, bar jedes realen Inhalts.“ (S. 53.)

sind, England zuerst durch den Burenkrieg, dann durch den russisch-japanischen Krieg stark in Atem gehalten wurde. Die Deutsche Bank nutzte aber diese Zeit sehr geschickt aus, um vermittels der Gewährung von Vorschüssen von ihr eine Konzession nach der andern zu erlangen.<sup>27</sup>

Als es 1911 dem Staatssekretär v. Kiederlen-Wächter gelungen war, im Abkommen von Potsdam die Widerstände Russlands zu beseitigen (sie sind in der deutschen Bagdadliteratur sehr lückenhaft dargestellt, bei Parllowitsch findet man darüber sehr interessante Einzelheiten), war England genötigt auch seinerseits sich darauf zu beschränken, die Internationalisierung der Endstrecke der Bahn durchzusetzen. Aber wer, wie *Kautsky*, daraus den Schluss zog, dass die Gegensätze in der türkischen Frage zwischen Deutschland und England verschwunden sind, der irrte: die Bahn würde die Türkei wirklich so stärken, dass der englische Plan, Ägypten mit Indien vermittels einer transarabischen Bahn zu verbinden, vereitelt wäre und Deutschland eines Tages wirklich in der Lage wäre, an dem Suezkanal anzugreifen. Deswegen bedeuteten die deutsch-englischen Abkommen von 1914 nur einen Waffenstillstand.

Als der Krieg ausbrach und die Möglichkeit der Niederringung Serbiens, des Anschlusses Bulgariens an Österreich-Deutschland bevorstand, sah der englische Imperialismus die Gefahr vor dem Tore: denn während bisher Deutschland die Türkei nur auf den von England beherrschten Seewegen erreichen konnte, weswegen ein Teil der deutschen Imperialisten gegen die Behandlung der türkischen Fragen als einer der Lebensfragen des deutschen Imperialismus auftrat,<sup>28</sup> so stand Deutschland im Falle der Eroberung des Balkans der Landweg nach der Türkei offen. Als die Türkei und Bulgarien das Bündnis mit den Zentralmächten schlossen, als es gelang Serbien niederzuringen, als die französischen und englischen Kriegsschiffe von den Dardanellen wegzogen, ohne etwas ausgerichtet zu haben, ja als das englische Expeditionskorps bei Kut-el-Amara kapitulieren musste, da schien das Programm der Bildung eines zusammenhängenden politischen und wirtschaftlichen Gebietes von der Nordsee bis zum persischen Meer, das im Schlagwort Berlin-Bagdad zusammengefasst wurde, nahe der Verwirklichung. Der türkische Kriegsminister wie die deutschen Imperialisten verkündeten schon den Zug gegen Suez, und die Phantasie der Imperialisten sah schon Deutschland unabhängig in seiner Deckung der Lebensmittel und Rohstoffe durch das aufwachsende Mesopotamien.<sup>29</sup> Ja, ein Teil der deutschen Imperialisten begründete die Möglichkeit des Verzichts auf Belgien als ein Ausfalltor gegen England, eben damit, dass man England am Suezkanal die Kehle zuschnüren kann. Andererseits erklärten so ernst zu nehmende gleiche Politiker, wie der Imperialist *Garvin* auf der einen, das Fabierblatt „*New Statesman*“ (Gruppe Webbs) auf der anderen Seite, dass der Krieg mit einem eklatanten Sieg des deutschen Imperialismus endet, falls es dem englischen nicht gelingt, den Plan Berlin-Bagdad zu hintertreiben.

England ließ sich durch die Niederlagen bei Kut-el-amara und Gallipoli nicht abschrecken. Mit großer Energie und Umsicht bereitete es von Indien aus – zum Teil auf Kosten der geknechteten Hindu – eine neue Expedition gegen Bagdad vor, die jetzt am 11. März mit vollem Erfolg gekrönt wurde. Die Halbinsel Sinai, das heißt der Zugang zum Suezkanal wie

---

<sup>27</sup> Über diese Seite der Frage liefert interessantes Material K. Mermann in seinem Buche: „Die Bagdadbahn“. Dresden. Verlag des „Größeren Deutschland“.

<sup>28</sup> Siehe „Deutsche Weltpolitik und kein Krieg“. Berlin 1913. Der ungenannte Verfasser ist *Hans Plehn*, Vertrauensmann des Fürsten *Lichnowsky*, des deutschen Botschafters in London.

<sup>29</sup> Das war eine Phantasie. Wie alle Kenner der Verhältnisse – siehe die Arbeiten Junges, Bauses usw. – feststellten, würde eine namhafte Erhöhung der Baumwoll- und Getreideproduktion Mesopotamiens Jahrzehnte, Millionen Menschen und dutzende Milliarden fordern, kommt also für absehbare Zeit nicht in Betracht.

die Küsten Arabiens, befinden sich in englischen Händen. Die Russen haben Armenien erobert und rücken jetzt durch Persien nach Mesopotamien. Die Presse der Entente feiert die Eroberung Bagdads als Ende des imperialistischen Traumes Deutschlands, und es scheint die Proklamation eines unabhängigen arabischen Königtums – natürlich unter englischer Obhut – bevorzustehen.

Die deutsche imperialistische Presse weist darauf hin, dass erstens die Geschicke auch der Türkei auf dem Hauptschlachtfelde im Westen entschieden werden, dass zweitens Russland als Besitzer Armeniens und England als Besitzer Mesopotamiens sich in die Haare geraten müssen. Nun, das letzte ist eine Frage der fernen Zukunft. Ob die nächsten Monate einen entscheidenden Sieg Deutschlands im Westen bringen werden, kann niemand heute sagen, Seit der Schlacht an der Marne blieben die Verhältnisse im Westen stabil.

„Kein lebender Mensch kann sagen, wann England seine Brücke herstellen wird, die über Gibraltar und Malta, Kreta und Cypern nach Kairo und Suez, nach Damaskus und Bassorah führt; aber das darf man keck sagen, das Menschenkind ist geboren, das alles dies ausgeführt sehen wird“, schrieb im Jahre 1890 der Nationalökonom *Friedrich List*, den die deutschen Imperialisten als großen Propheten feiern. Der Ausgang des Krieges wird zeigen, ob er recht prophezeite. Sollte seine Prophezeiung in Erfüllung gehen, dann wird die Verbindung Südafrikas mit Ägypten (Kap-Kairobahn, deren Vollendung die Eroberung Deutsch-Ostafrikas durch England ermöglicht) und Ägypten mit Indien (durch Arabien und Südpersien) das englische Weltreich zu einer Macht gestalten, die nur von innen, durch die proletarische Revolution und den Aufstand der Ägypter, Inder und Araber gesprengt werden könnte.

## Das Zentrum der Partei und die Kriegsfragen.<sup>30</sup>

### 3. „Jeder besondere Fall nach seinen besonderen Merkmalen“.

„Getreu seinen Traditionen nimmt das marxistische Zentrum auch im Weltkrieg eine Mittelstellung ein. Es lehnt ebenso jene Verpflichtung zu unbedingter Opposition ab, die aus dem imperialistischen Charakter des Krieges gefolgert wird, wie jene Verpflichtung zu unbedingter Unterstützung der Regierung, die aus dem Grundsatz der Landesverteidigung gefolgert wird. Das „Zentrum“ entscheidet im Kriege über jeden besonderen Fall nach seinen besonderen Merkmalen, aber nicht opportunistisch je nach dem Augenblickserfolg, den man dabei erwartet, sondern prinzipiell vom Standpunkt der dauernden Interessen des internationalen Proletariats“. So definiert Karl *Kautsky* in der „Neuen Zeit“ vom 16. Februar die Kriegspolitik des Zentrums. Und um dieser Politik eine höhere Weihe zu verleihen, beruft er sich auf den „Zentrumsmann Marx“, den er sozusagen zum Vorläufer Kautskys ernannt, und er leugnet, dass das Zentrum eine opportunistische Politik treibt, eine Politik des Sumpfes. „Der Sumpf sucht eine Mittelstellung nur, solange die Entscheidung nicht gefallen ist. Ist sie getroffen, dann hält er sich stets zur augenblicklich stärkeren Seite. Er verträgt es nicht, in Minorität zu sein.“ Nicht so Marx, der oft in Minorität verblieb, wenn es nötig war, an seinen von der Mehrheit abgelehnten Auffassungen festzuhalten. So treibt es auch das Zentrum. Immerdar und allewege!

Die Berufung auf die Marxsche Politik ist jetzt schon so diskreditiert, seitdem die Scheidemanns und Legiens sich zu Vollstreckern seines Testaments aufwerfen, dass man Kautskys Erbensprüche auf sich beruhen lassen könnte: denn schließlich ist es für Marx kein größerer Schimpf als Zentrumsmann, wie als Sozialpatriot dargestellt zu werden, und die

<sup>30</sup> Siehe „Arbeiterpolitik“, 2. Jahrg., Nr. 10 vom 10. März.

Arbeiter müssen lernen, mit ihrem eigenen Kopfe und nicht mit einem fremden, und sei es auch das Löwenhaupt Marxens, die verzwickten Fragen zu beantworten, die die Gegenwart an sie stellt. Aber wie die Marxsche Methode überhaupt den wichtigsten Orientierungsfaden im Labyrinth der imperialistischen Erscheinungen bildet, sondern erlaubt auch die Prüfung seiner Stellungnahme zu den Kriegen des Zeitalters von 1848–1871, den prinzipienlosen, opportunistischen Charakter der Zentrums politik zu entlarven. Kautskys Berufung auf Marx ist ein ebensolcher Humbug wie die der Scheidemanns und Legiens.

Welchen Standpunkt nahm Karl Marx den Kriegsfragen gegenüber ein. Kautsky behauptet, er habe ihn bestimmen lassen zunächst durch die Frage des Kriegsbeginns – auf welcher Seite der Angriff und auf welcher die Abwehr liege –, aber dadurch ließ er sich nicht für den ganzen Verlauf des Krieges binden; dann kam die Frage des Kriegsausganges in Betracht: je nach seinen Resultaten für das internationale Proletariat stellte er sich auf diese oder jene Seite. Wir müssen bekennen: Eine ähnliche Vulgarisierung des Standpunktes von Marx würde uns bei Ledebour, der sein Leben lang ein braver Demokrat von 1848 war und nicht mehr, nicht weiter wundern, aber bei Kautsky geht sie doch über die Hutschnur.

Wir werden demnächst Gelegenheit haben, an den zwei Bänden der Marxschriften, die unlängst vom Genossen Riasanoff herausgegeben worden sind und die Abhandlungen von Marx und Engels über den Krimkrieg enthalten zum größten Teil, die Haltung von Marx an einem konkreten Falle zu analysieren. Hier kann es sich nur um die allgemeine Charakterisierung handeln, die auch vor dem Erscheinen der neuen Marxschriften für uns feststand, die aber kein zum Zwecke der Polemik gegen Kautsky konstruiertes Bild ist.<sup>31</sup>

Marx Haltung war durchaus einheitlich und grundsätzlich. Er ging aus vom Gesamtcharakter der Epoche der Jahre 1848–1871 aus. Auf ihrer Tagesordnung stand die Überwindung der staatlichen Zerklüftung Mittel- und Südeuropas. Die Bildung eines einigen Deutschlands, Polens, Italiens, einer Föderation der Balkanstaaten war in den Augen von Marx und Engels ein mächtiger Schritt auf dem Wege der kapitalistischen Entwicklung, von der er hoffte, dass sie bald zur sozialen Revolution führen würde. Wann und wo ein Staat diese Entwicklung hemmte, war er der Feind des internationalen Proletariats und ein Krieg gegen ihn ein Instrument vorerst der kapitalistischen Entwicklung, dann aber der sozialen Revolution. Da fragte Marx nicht nach Angriff oder Verteidigung, sondern, weil er das Ziel wollte, so predigte er den Angriff. Russland bedrohte 1848 die Entwicklung zum einigen Deutschland: Marx predigte den Angriffskrieg gegen Russland. Österreich verteidigte 1848 die Zerstückelung Italiens: Marx und Engels waren gegen Österreich. Die Orientpolitik des Zaren bedrohte die ganze demokratische Entwicklung Europas: Marx predigte zur Zeit des Orientkrieges 1854 den Krieg der Westmächte gegen Russland. Napoleon der Dritte stellte sich der Einigung Deutschlands in den Weg: Marx und Engels erklärten im Jahre 1871 das historische Recht auf Deutschlands Seite. Als Deutschland zur Annexion Elsass-Lothringens übergang, sahen Marx und Engels die Gefahr der späteren Stärkung des Zarismus darin enthalten, und sie wandten sich gegen die Politik Deutschlands. Die Politik von Marx und Engels war also grundsätzlich orientiert durch ihr Urteil von der Bedeutung des Entstehens starker zentralisierter Staaten in Mittel- und Südeuropa und über die Gefahren, die dieser Entwicklung, als Grundlage des Kampfes um den Sozialismus, sei es seitens Russlands (dauernd), sei es seitens des napoleonischen Frankreichs (vorübergehend) drohten.

---

<sup>31</sup> Wir gaben sie schon im Jahre 1909 in der „Bremer Bürger Zeitung“ in unserer Artikelserie: „Die auswärtige Politik der deutschen Sozialdemokratie“, wie auch in der theoretischen Revue der polnischen „Przegłond Socjaldemokratyezuy“. Oktober 1909: Die Politik des Imperialismus und das Proletariat. S. 459-475. Diese Artikel enthalten schon in Umrissen die Haltung, wie wir und andere Vertreter des Linksradikalismus sie später positiv und kritisch entwickelt haben.



Marx und Engels konnten irren und irrten in Teilfragen (so in der Überschätzung der Triebkräfte der polnischen Frage, in der Unterschätzung der Entwicklungsfähigkeit der österreichischen Slaven); aber ihre Politik entsprach vollkommen der allgemeinen, von ihnen scharf erkannten Tendenz der Entwicklung; sie war methodisch einheitlich, stellte als internationale Bedingungen der sozialistischen Politik scharf umrissene „Merkmale“. Sie war keine „Mittelstellung“, sondern eine radikale Stellungnahme und wandte sich rücksichtslos gegen die Politik Proudhons und seiner Anhänger, die erklärten, diese Fragen seien dem Proletariat gleichgültig, es solle auf die friedliche Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft durch die proudhonistischen Heilmittel warten. Sie war eine revolutionäre Politik, weil Marx in ihr nicht nur die Schaffung der Vorbedingungen der sozialen Revolution sah, weil er nicht nur keinen Augenblick auf die Selbständigkeit des Proletariats nicht [?] verzichtete, sondern dem Proletariat das Ziel setzte, in den großen Erschütterungen, die er von dieser Ära der Kriege erwartete, nach der Macht zu streben.

Kautsky sollte die großen Schatten der Marxschen Politik ruhen lassen. Denn, wie das an die Spitze dieses Artikels gestellte Zitat zeigt, hält er es für den Vorzug der Zentrumsopposition, eben darauf zu verzichten, aus dem allgemeinen Charakter der Ära der imperialistischen Kriege eine allgemeine Politik des internationalen Proletariats abzuleiten. Marx fasste die theoretischen Aufgaben der Ära der sog. nationalen Kriege scharf ins Auge: die Bildung der Großstaaten in Mittel- und Südeuropa, die Demokratie. Was ist der Charakter der jetzigen Epoche, was sind ihre Aufgaben? Wir Linksradikele antworten: das Bürgertum stellt sich die Bildung der imperialistischen Großstaaten, der Weltstaaten als Aufgabe, aber dieselben Tendenzen, die die Grundlage dieses bürgerlichen Strebens bilden, machen die Erringung des Sozialismus in allen kapitalistisch entwickelten Ländern zur historischen Möglichkeit und somit zur historischen Aufgabe des Proletariats. Welche Aufgaben liest Kautsky von der Stirn der gewaltigen historischen Kämpfe ab?

Im Jahre 1911 faselte er von der Bildung der Vereinigten Staaten von Europa als eines noch zwar kapitalistischen, aber friedlichen Gebildes und sah in der proletarischen Revolution den Weg zu ihnen. Jetzt erkannte er, dass dieses schöne Ziel ein imperialistisches wäre, wenn es möglich sein würde, und er sieht ein, dass es etwas schwierig ist, dem Proletariat zu raten, für dieses Ziel Revolutionen zu machen. Nachdem er so vom Baume der linksradikalen Erkenntnis gegessen und die Frucht als bitter befunden hat, begräbt er schweigend die Vereinigten Staaten Europas und bleibt ganz ohne Ziel. Von Fall zu Fall, diese neue Losung bedeutet nichts anderes, als dass Kautsky der ganzen eisenklirrenden Epoche, in der die Menschheit von Geburtswehen von etwas Neuem, Großem erschüttert wird, keinen allgemeinen Sinn entlocken kann: weder für die Bourgeoisie, noch für das internationale Proletariat. Marx und Engels suchten das Proletariat selbst in der Epoche der sich erst bildenden kapitalistischen Staaten auf die großen revolutionären Aufgaben vorzubereiten, Kautsky erkennt die Reife der jetzigen ökonomischen Verhältnisse für die sozialistische Umwälzung, aber er stellt sie nicht als aktuelle Aufgabe des Proletariats hin. Die Verständigung der kapitalistischen Regierungen: das ist sein und des Zentrums Ziel. Und dieses kurzdärmige und kurzatmige Epigontentum prätendiert auf die Weiterführung des Marxschen Werkes, verleumdet Marx als seinen Vorläufer!

Aber nehmen wir an, dass das gefälschte Bild, das Kautsky von Marxens Politik entwirft, richtig ist, dass nämlich Marxens auswärtige Politik als Ausgangspunkt der internationalen Stellungnahme des Proletariats die Frage: Angriff oder Verteidigung? habe, um später sich nach den internationalen Folgen des Kriegsausganges zu orientieren. Hat Kautsky und das Zentrum nach diesem angeblichen Vorbild gehandelt?

Am 3. August 1914 schlug Kautsky die Stimmenthaltung vor: wo waren Angriff und Verteidigung? Die Stimmenthaltung konnte doch nur bedeuten, dass ihm entweder unbekannt war, wer der Angreifer und wer der Angegriffene sei, oder dass er diesen

Merkmale keine Bedeutung beimaß. Kautsky wirft den Linksradikalen vor, dass sie dieser Frage keine Bedeutung beimessen, dass sie achtlos an ihr vorüber gehen. Das ist nicht wahr. Die Deklaration Karl Liebknichts vom 2. Dezember 1914 spricht in dieser Frage eine klare Sprache und wir haben zu ihr nicht weniger klar Stellung genommen (siehe Nr. 16 der Arbeiterpolitik vom 7. Oktober 1916). Wer zu ihr als Richtung keine Stellung nahm, das war das Zentrum. Wie es am 3. August damit aussah, wissen wir schon. Die Zentrumsleute wollten überhaupt von einer Sonderdeklaration nichts wissen. Nachher – erklären sie – belehrten sie die diplomatischen Dokumente eines Besseren. Und Gustav Eckstein schreibt in seinem schon zitierten Avanti-Artikel, sie hätten gut verstanden, „warum unsere französischen Genossen (d. h. die französischen Sozialpatrioten D.V.) in erster Linie ihr Vaterland gegen die feindliche Invasion verteidigen wollten. Selbst die Annahme der Ministerposten durch Guesde und Sembat wurde oft durch die radikalen deutschen Genossen (d. h. das deutsche Zentrum, in dessen Namen Eckstein spricht) gutgeheißen, die bisher Gegner jedes Ministerialismus waren und die jetzt anerkannten, dass die gefährdete Lage Frankreichs selbst solche außerordentliche Maßregel, wie der Eintritt der sozialdemokratischen Führer in das Ministerium, dessen einzige Aufgabe die Verteidigung des Landes sein sollte, entschuldigt.“

So dachten die Zentrumsführer nach dem Zeugnis eines der Ihrigen: Trotzdem schwiegen sie auf der parlamentarischen Tribüne und suchten nur in der Presse in den Artikeln Kautskys und Bernsteins „Verständnis“ für die Politik der Renaudels zu erwirken. Und als schließlich die Zentrumsleute im März 1916 den Mut fanden, von der parlamentarischen Tribüne ihren Standpunkt zu vertreten, da verschwiegen die Tapferen ihre von Eckstein geschulterte Auffassung von Angst und Verteidigung und erklärten ihre Opposition damit, dass Deutschland genug gesiegt habe, dass die Grenzen schon gesichert seien. Das heißt, sie hielten bis März 1916 am Verteidigungscharakter des Krieges auf der Seite Deutschlands fest.

Und wie steht es mit dem zweiten Kriterium, der Bedeutung des Kriegsausganges für das internationale Proletariat? Marx trat im zweiten Teile des Krieges 1871 dafür ein, dass es im Interesse des internationalen Proletariats liege, dass Frankreich siege, weil sonst die Annexion Elsass-Lothringens Frankreich in die Arme des Zarismus treiben würde, was die gesamte Demokratie gefährden müsste. Welcher Meinung sind jetzt Kautsky und das Zentrum? Wenn ihr Vorwurf, als beachteten die Linksradikalen nicht den Unterschied zwischen den verschiedenen Imperialismen überhaupt, irgendwelche Bedeutung haben kann, dann nur eine: entweder ist der Imperialismus der Ententestaaten oder der der Zentralmächte nach der Meinung des Zentrums weniger gefährlich, und es gilt den weniger gefährlichen zu unterstützen. Die Renaudels, Hyndmans, Plechanows, Potressows erklären, der der Ententemächte sei es, die Lensch, Rennert, der der Zentralmächte sei ungefährlicher. Dementsprechend unterstützen die einen die Entente, die anderen die Zentralmächte.

Die Linksradikalen lehnen den einen wie den anderen Standpunkt ab, wir erklären, dass trotz aller Unterschiede in der Struktur der imperialistischen Staaten nur das Proletariat den historischen Fortschritt darstellt und wir richten unsere Politik danach ein: Was ist die Meinung des Zentrums? Kautsky deklamiert gegen das Schlagwort von der reaktionären Masse, er fordert, man solle Unterschiede machen, aber wo es zum Pfeifen kommen muss, spitzt er den Mund.

Die Zensur ist gewiss nicht das Hindernis zur Änderung seines Standpunkts, denn wenn sie ihm das Schweigen gebieten würde, so würde man aus der politischen Stellungnahme des Zentrums sich einen Vers auf diesen Standpunkt machen können. Wenn der Fortschritt auf der Seite einer der Koalitionen liegen würde, dann müsste das Zentrum gegen den Frieden ohne Sieger und Besiegte sein. Aber ein solcher Kriegsausgang ist das A und O des Zentrumsstandpunktes. Das ganze Gerede von den „Unterschieden“ ist hohl, führt zu keinen politischen Folgerungen. Das Zentrum will den Frieden nur, weil der Krieg kein Honig ist. Der bürgerliche Pazifismus, die Kriegsmüdigkeit der Massen, das ist das Zentrum.

Wir sind am Ende unserer Ausführungen. Wir haben gezeigt, dass die ganze Zentrums politik keinen einzigen zu Ende durchdachten Gedanken darstellt, dass ihr jede allgemeine Auffassung von der imperialistischen Epoche, jede konkrete Auffassung des Weltkrieges fehlt, dass sie dem internationalen Proletariat weder sagt, was es jetzt tun soll, noch was es in der Zukunft zu tun hat. Sie drückt nur die Tatsache aus, dass, seitdem die Kriegsmüdigkeit in den Volksmassen zu steigen begann und die Gefahr drohte, dass die Linksradi kalen zur Macht werden, ein Teil der Sozialpatrioten sich genötigt sah, „oppositionell“ zu werden.

Hat Wurm am 4. August 1914 erklärt, man würde nicht bis nach dem Brandenburger Tor gelangen, wenn man die Kredite ablehnt, so hat er später bemerkt, dass umgekehrt die Sache auch brenzlich werden kann. Und wie Wurm, so die Zubeil, Dittmann und andere „grundsätzliche“ Zentrumsführer. Die ganze theoretische Begründung ihres Standpunkts muss dieser opportunistischen Rechnungsträgeri entsprechen. Und wie sie aus Angst um den Einfluss auf die Massen oppositionell wurden, so bleiben sie rein passiv, weil die Mehrheit der Arbeiterschaft sich nicht zum Kampfe entschlossen, hat. Die widerspruchsvolle „Theorie“ Kautskys, das Fehlen jeder umwälzenden Aussicht, spiegelt nur den faktischen Charakter der Zentrums politik wider. Wenn das Zentrum der Opposition vorschlägt, Prinzipienlosigkeit zur vorläufigen Grundlage zu nehmen, so schlägt es ihr vor, vorläufig inaktiv zu bleiben und aus dem Kampfe heraus den Imperialismus anzupacken. Dass sich das Proletariat dafür bedanken wird, daran zweifeln wir nicht. Dann wird vielleicht Genosse Kautsky andere „Merkmale“ finden und sie mit anderen Zitaten aus Marx belegen.

## Erklärung.

In einer anonymen Zuschrift an die „Bremer Bürger-Ztg.“ vom 14. März, die dem Erdmannschen Buche und dem Vorwort des Genossen J. Borchardt gewidmet ist, heißt es: „Vielleicht ist auch der geriebenste Kopf der I. S. D., Radek-Sobelson, *stiller Teilhaber* und *hilfsbereiter Ratgeber* des Borchardt gewesen.“

Ich brauche wohl den Lesern der „Arbeiterpolitik“ nicht erst zu erklären, dass ich *vollkommen* mit ihrem Blatte in der *Ablehnung* des sozialimperialistischen Buches Erdmanns einig, wie auch der Meinung bin, dass die Empfehlung dieses Buches durch Gen. Borchardt – trotz aller Einschränkungen, die er macht – für mich eine der unerklärtesten Überraschungen war, die ich in der Kriegszeit erlebt habe. Wenn ich, wie Gen. Lenin und Zinowjeff, die wir gemeinsam als Vertreter der Zimmerwalder Linken auf den internationalen Konferenzen solidarisch mit der I. S. D. auftraten, bisher nicht öffentlich zu der Affäre Stellung genommen haben, so geschah es, weil wir angesichts der persönlichen Angriffe auf Borchardt, der Verteidigung seiner Ehrlichkeit durch die sozial-patriotische wie Zentrums presse, es für notwendig hielten, erst seine eigenen Erklärungen abzuwarten.

Nachdem sie erfolgt sind, halte ich es für notwendig, in meinem und der genannten Genossen Namen zu erklären: wenn wir auch keinen Anlass haben, auf Verleumdungen der Gegner Borchardts hin ihm unser menschliches Vertrauen zu kündigen, so halten wir es für die Pflicht der I. S. D., offen zu seinem politischen Schritt Stellung zu nehmen, damit einer Organisation der Zimmerwalder Linken nicht nachgesagt werden kann, dass sie irgendwie einer sozialimperialistischen Propaganda Vorschub leistet.

Mit Parteigruß Karl Radek.

---

Ihr habt euch selber euer Los geschaffen,  
So gebt den Göttern nicht die Schuld daran.  
Dummheit und Feigheit bieten selbst die Waffen,

Dass freche Niedertracht sie knechten kann.  
Fuchsschlau ein jeder für die eignen Ziele,

Seid ihr als Ganzes für das Ganze blind  
Und gaukelt noch mit eitlen Redespiele,  
Wenn dreiste Taten schon im Werke sind.

Solon.

\*

Doch trügst du gerechtes  
Und reines Verlangen,  
Und läg dir nicht Schlechtes  
Verborgen im Mund:  
Nicht würde dann Zagen  
Noch Scham dich befangen;  
Dein Wünschen und Fragen,  
Frei tätest du's kund!

Sappho.

\*

Um Mut zu zeigen, bedarf es nicht, dass man die Waffen ergreife: den weit höheren Mut, mit Verachtung des Urteils der Menge treu zu bleiben seiner Überzeugung, mutet uns das Leben oft genug an.

(Fichte 1762-1814.)

\*

Bildung geschieht durch Selbsttätigkeit und zweckt auf Selbsttätigkeit ab.

(Fichte 1762-1814.)

## Feuilleton

### Der hessische Landbote.

#### Erste Botschaft.

Darmstadt, im Juli 1834.

Friede den Hütten! Krieg den Palästen!

Im Jahre 1834 sieht es aus, als würde die Bibel Lügen gestraft. Es sieht aus, als hätte Gott die Bauern und Handwerker am fünften Tage und die Fürsten und Vornehmen am sechsten Tage gemacht, und als hätte der Herr zu diesen gesagt: „Herrschet über alles Getier, das auf Erden kriecht“, und hätte die Bauern und Bürger zum Gewürm gezählt. Das Leben der Vornehmen ist ein langer Sonntag, sie wohnen in schönen Häusern, sie tragen zierliche Kleider, sie haben feiste Gesichter und reden eine eigne Sprache, das Volk aber liegt wie Dünger auf dem Acker. Der Bauer geht hinter dem Pflug, der Vornehme aber geht hinter ihm und dem Pflug und treibt ihn mit dem Ochsen am Pflug, er nimmt das Korn und lässt ihm die Stoppeln. Das Leben des Bauern ist ein langer Werktag, Fremde verzehren seine Äcker vor seinen Augen, sein Leib ist eine Schwiele, sein Schweiß ist das Salz auf dem Tische des Vornehmen.

Im Großherzogtum Hessen sind 718 373 Einwohner, die geben an den Staat jährlich an 6 363 436 Gulden, als

1. Direkte Steuern	2 128 131 Fl.
2. Indirekte Steuern	2 478 264 Fl.

3. Domänen	1 547 394 Fl.
4. Regalien	46 938 Fl.
5. Geldstrafen	98 511 Fl.
6. Verschiedene Quellen	64 198 Fl.
	6 364 436 Fl.

Dies Geld ist der Blutzehnte, der von dem Leib des Volkes genommen wird. An 700 000 Menschen schwitzen, stöhnen und hungern dafür. Im Namen des Staates wird es erpresst, die Presser berufen sich auf die Regierung, und die Regierung sagt, das sei nötig, die Ordnung im Staat zu erhalten. Was ist denn nun das gewaltige Ding: der Staat? Wohnt eine Anzahl Menschen in einem Land und es sind Verordnungen oder Gesetze vorhanden, nach denen jeder sich richten muss, so sagt man, sie bilden einen Staat, Der Staat also sind alle, die Ordner im Staate sind die Gesetze. durch welche das Wohl aller gesichert wird, und die aus dem Wohl aller hervorgehen sollen. – Seht nun, was man in dem Großherzogtum aus dem Staat gemacht hat, seht, was es heißt: die Ordnung im Staate erhalten! 700 000 Menschen bezahlen dafür 6 Millionen, d. h. sie werden zu Ackergäulen und Pflugstieren gemacht, damit sie in Ordnung leben. In Ordnung leben heißt hungern und geschunden werden.

Wer sind denn die, welche diese Ordnung gemacht haben, und die wachen, diese Ordnung zu erhalten? Das ist die Großherzogliche Regierung. Die Regierung wird gebildet von dem Großherzog und seinen obersten Beamten, die andern Beamten sind Männer, die von der Regierung berufen werden, um jene Ordnung in Kraft zu erhalten. Ihre Anzahl ist Legion: Staatsräte und Regierungsräte, Landräte und Kreisräte, geistliche Räte und Schulräte, Finanzräte und Forsträte usw. mit allem ihrem Heer von Sekretären usw. Das Volk ist ihre Herde, sie sind seine Hirten, Melker und Schinder, sie haben die Häute der Bauern an, der Raub der Armen ist in ihrem Hause, die Tränen der Witwen und Waisen sind der auf ihren Gesichtern, sie herrschen frei und ermahnen das Volk zur Knechtschaft. Ihnen gebt ihr 6 000 000 Fl. Abgaben, sie haben dafür die Mühe, euch zu regieren, d. h. sich von euch füttern zu lassen und euch eure Menschen- und Bürgerrechte zu rauben. Sehet, was die Ernte eures Schweißes ist!

Für das Ministerium des Innern und der Gerechtigkeitspflege werden bezahlt 1 110 607 Gulden. Dafür habt ihr einen Wust von Gesetzen, zusammengehäuft aus willkürlichen Verordnungen aller Jahrhunderte, meist geschrieben in einer fremden Sprache. Der Unsinn aller vorigen Geschlechter hat sich darin auf euch vererbt, der Druck, unter dem sie erlagen, sich auf euch fortgewälzt. Das Gesetz ist das Eigentum einer unbedeutenden Klasse von Vornehmen und Gelehrten, die sich durch ihr eignes Machwerk die Herrschaft zu spricht. Diese Gerechtigkeit ist nur ein Mittel, euch in Ordnung zu halten, damit man euch bequemer schinde, sie spricht nach Gesetzen, die ihr nicht versteht, nach Grundsätzen, von denen ihr nichts wisst, Urteile, von denen ihr nichts begreift. Unbestechlich ist sie, weil sie sich gerade teuer genug bezahlen lässt, um keine Bestechung zu brauchen. Aber die meisten ihrer Diener sind der Regierung mit Haut und Haar verkauft. Ihre Ruhestühle stehen auf einem Geldhaufen von 461 373 Gulden (so viel betragen die Ausgaben für die Gerichtshöfe und die Kriminalkosten). Die Fräcke, Stöcke und Säbel ihrer unverletzlichen Diener sind mit dem Silber von 197 502 Gulden beschlagen (so viel kostet die Polizei überhaupt, die Gendarmen usw.). Die Justiz ist in Deutschland seit Jahrhunderten die Hure der deutschen Fürsten. Jeden Schritt zu ihr müsst ihr mit Silber pflastern, und mit Armut und Erniedrigung erkaufte ihr ihre Sprüche. Denkt an das Stempelpapier, denkt an euer Bücken in den Amtsstuben und euer Wachestehen vor denselben. Denkt an die Sporteln für Schreiber und Gerichtsdienner. Ihr dürft euren Nachbarn verklagen, der euch eine Kartoffel stiehlt, aber klagt einmal über den Diebstahl, der von Staats wegen unter dem Namen von Abgabe und Steuern jeden Tag an

eurem Eigentum begangen wird, damit eine Legion unnützer Beamten sich von eurem Schweiß mästen, klagt einmal, dass ihr der Willkür einiger Fettwänste über lassen seid und dass diese Willkür Gesetz heißt, klagt, dass ihr die Ackerhäule des Staates seid, klagt über eure verlorenen Menschen rechte: wo sind die Gerichtshöfe, die eure Klage annehmen, wo die Richter, die Recht sprächen? – Die Ketten eurer Vogelsberger Mitbürger, die man nach Rockenburg schlepte, werden euch Antwort geben.

Und will endlich ein Richter oder anderer Beamter von den wenigen, welchen das Recht und das gemeine Wohl lieber ist als ihr Bauch und der Mammon, ein Volksrat und kein Volksschinder sein, so wird er von den obersten Räten des Fürsten selber geschunden.

Für das Ministerium der Finanzen 1 551 502 Fl.

Damit werden die Finanzräte, Obereinnehmer, Steuerboten, die Untererheber besoldet. Dafür wird der Ertrag eurer Äcker berechnet und eure Köpfe gezählt. Der Boden unter euren Füßen, der Bissen zwischen euren Zähnen ist besteuert. Dafür sitzen die Herren in Fräcken beisammen, und das Volk steht nackt und gebückt vor ihnen, sie legen die Hände an seine Lenden und Schultern und rechnen aus, wieviel es noch tagen kann, und wenn sie barmherzig sind, so geschieht es nur, wie man ein Vieh schont, dass man nicht so sehr angreifen will.

Für das Militär wird bezahlt 914 829 Gulden.

Dafür kriegen eure Söhne einen bunten Rock auf den Leib, ein Gewehr oder eine Trommel auf die Schulter und dürfen jeden Herbst einmal blind schießen und erzählen, wie die Herren vom Hof und die ungeratenen Buben vom Adel mit allen Kindern ehrlicher Leute vorgehen und mit ihnen in den breiten Straßen der Städte herum ziehen mit Trommeln und Trompeten. Für jene 900 000 Gulden müssen eure Söhne den Tyrannen schwören und Wache halten an ihren Palästen. Mit ihren Trommeln übertäuben sie eure Seufzer, mit ihren Kolben zerschmettern sie euch den Schädel, wenn ihr zu denken wagt, dass ihr freie Menschen seid. Sie sind die gesetzlichen Mörder, welche die gesetzlichen Räuber schützen, denkt an Södel! Eure Brüder, eure Kinder waren dort Brüder- und Vatermörder.

Für die Pensionen 480 000 Gulden.

Dafür werden die Beamten aufs Polster gelegt, wenn sie eine gewisse Zeit dem Staate treu gedient haben, d. h., wenn sie eifrige Handlanger bei der regelmäßig eingerichteten Schinderei gewesen, die man Ordnung und Gesetz heißt.

Für das Staatsministerium und den Staatsrat 174 600 Gulden.

Die größten Schurken stehen wohl jetzt allerwärts in Deutschland den Fürsten am nächsten, wenigstens im Großherzogtum. Kommt je ein ehrlicher Mann in einen Staatsrat, so wird er ausgestoßen. Könnte aber auch ein ehrlicher Mann jetzo Minister sein oder bleiben, so wäre er, wie die Sachen stehn in Deutschland, nur eine Drahtpupe, an der die fürstliche Puppe zieht, und an dem fürstlichen Popanz zieht wieder ein Kammerdiener oder ein Kutscher oder seine Frau und ihr Günstling oder sein Halbbruder – oder alle zusammen. In Deutschland stehet es jetzt, wie der Prophet Micha schreibt, Kap, 7. V. 3 und 4: „Die Gewaltigen raten nach ihrem Mutwillen, Schaden zu tun, und drehen es, wie sie es wollen. Der Beste ist unter ihnen wie ein Dorn, und der Redlichste wie eine Hecke.“ „Ihr müsst die Dörner und Hecken teuer bezahlen, denn ihr müsst ferner für das großherzogliche Haus und den Hofstaat 827 772 Gulden bezahlen.

Die Anstalten, die Leute, von denen ich bis jetzt gesprochen, sind nur Werkzeuge, sind nur Diener. Sie tun nichts in ihrem Namen, unter der Ernennung zu ihrem Amt steht ein L., das bedeutet Ludwig von Gottes Gnaden, und sie sprechen mit Ehrfurcht: „Im Namen des Großherzogs.“ Dies ist ihr Feldgeschrei, wenn sie euer Gerät versteigern, euer Vieh wegtreiben, euch in den Kerker werfen. Im Namen des Großherzogs sagen sie, und der Mensch, den sie so nennen, heißt: unverletzlich, heilig, souverän, königliche Hoheit. Aber

tretet zu dem Menschenkinde und blickt durch seinen Fürstenmantel. Es isst, wenn er hungert, und schläft, wenn sein Auge dunkel wird. Sehet, es kroch so nackt und weich in die Welt wie ihr und wird so hart und steif hinausgetragen wie ihr, und doch hat es seinen Fuß auf eurem Nacken, hat 700 000 Menschen an seinem Pflug, hat Minister, die verantwortlich sind für das, was er tut, hat Gewalt über euer Eigentum durch die Steuern, die es ausschreibt, über euer Leben durch die Gesetze, die es macht, es hat adlige Herrn und Damen um sich, die man Hofstaat heißt, und seine göttliche Gewalt vererbt sich auf seine Kinder mit Weibern, welche aus ebenso übermenschlichen Geschlechtern sind.

Wehe über euch Götzendiener! – Ihr seid wie die Heiden, die das Krokodil anbeten, von dem sie zerrissen werden. Ihr setzt ihm eine Krone auf, aber es ist eine Dornenkrone, die ihr euch selbst in den Kopf drückt, ihr gebt ihm ein Zepter in die Hand, aber es ist eine Rute, womit ihr gezüchtigt werdet, ihr setzt ihn auf euren Tron, aber es ist ein Marterstuhl für euch und eure Kinder. Der Fürst ist der Kopf des Blutigels, der über euch hinkriecht. Die Minister sind seine Zähne und die Beamten sein Schwanz. Die hungrigen Mägen aller vornehmen Herren, denen er die hohen Stellen verteilt, sind Schröpfköpfe, die er dem Lande setzt. Das L., was unter seinen Verordnungen steht, ist das Malzeichen des Tieres, das die Götzendiener unserer Zeit anbeten. Der Fürstenmantel ist der Teppich, auf dem sich die Herren und Damen vom Adel und Hofe in ihrer Geilheit übereinander wälzen – mit Orden und Bändern decken sie ihre Geschwüre, und mit kostbaren Gewändern bekleiden sie ihre aussätzigen Leiber. Die Tochter des Volks sind ihre Mägde und Huren, die Söhne des Volks ihre Lakaien und Soldaten. Geht einmal nach Darmstadt und seht, wie die Herren sich für euer Geld dort lustig machen, und erzählt dann euren hungernden Weibern und Kindern, dass ihr Brot an fremden Bäuchen herrlich angeschlagen sei, erzählt ihnen von den schönen Kleidern, die in ihrem Schweiß gefärbt, und von den zierlichen Bändern, die aus den Schwielen ihrer Hände geschnitten sind, erzählt von den stattlichen Häusern, die aus den Knochen des Volks gebaut sind, und dann kriecht in eure rauchigen Hütten und bückt euch auf euren steinigen Äckern, damit eure Kinder auch einmal hingehen können, wenn ein Erbprinz mit einer Erbprinzessin für einen andern Erbprinzen Rat schaffen will, und durch die geöffneten Glastüren das Tischtuch sehen, wovon die Herren speisen, und die Lampen riechen, aus denen man mit dem Fett der Bauern illuminiert. Das alles duldet ihr, weil euch Schurken sagen: „diese Regierung sei von Gott“. Diese Regierung ist nicht von Gott, sondern vom Vater der Lügen. Diese deutschen Fürsten sind keine rechtmäßige Obrigkeit, sondern die rechtmäßige Obrigkeit, den deutschen Kaiser, der vormals vom Volke frei gewählt wurde, haben sie seit Jahrhunderten verachtet und endlich gar verraten. Aus Verrat und Meineid, und nicht aus der Wahl des Volkes, ist die Gewalt der deutschen Fürsten hervorgegangen, und darum ist ihr Wesen und Tun von Gott verflucht, ihre Weisheit ist Trug, ihre Gerechtigkeit ist Schinderei. Sie zertreten das Land und zerschlagen die Person des Elenden. Ihr lästert Gott, wenn ihr einen dieser Fürsten einen Gesalbten des Herrn nennt, das heißt: Gott habe die Teufel gesalbt und zu Fürsten über die deutsche Erde gesetzt. Deutschland, 2 unser liebes Vaterland, haben die Fürsten zerrissen, den Kaiser, den unsere freien Voreltern wählten, haben diese Fürsten verraten, und nun fordern diese Verräter und Menschenquäler Treue von euch! – Doch das Reich der Finsternis neiget sich zu Ende. Über ein kleines und Deutschland, das jetzt die Fürsten schinden, wird als ein Freistaat mit einer vom Volk gewählten Obrigkeit wieder auf erstehn. Die Heilige Schrift sagt: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist.“ Was ist aber dieser Fürsten, der Verräter? – Das Teil von Judas! (Schluss folgt.)

---

## Zeugen und Rufer.

Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der

kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch belastet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie hervorkommt.

*Karl Marx* „Programmbrief“.

\*

Durch die industrielle Revolution hat die Produktionskraft der menschlichen Arbeit einen solchen Höhengrad erreicht, dass die Möglichkeit gegeben ist – zum ersten Mal, so lange Menschen existieren – bei verständiger Verteilung der Arbeit unter alle nicht nur genug für die reichliche Konsumtion der Gesellschaftsmitglieder und einen ausgiebigen Reservefonds hervorzubringen, sondern auch jedem Einzelnen hinreichende Muße zu lassen, damit dasjenige, was aus der geschichtlich überkommenen Bildung – Wissenschaft, Kunst, Umgangsformen usw. – wirklich wert ist, erhalten zu werden, nicht nur erhalten, sondern aus einem Monopole der herrschenden Klasse in ein Gemeingut der ganzen Gesellschaft verwandelt und weiter fortgebildet werde.

*Fr. Engels* „Wohnungsfrage“.

\*

Die nächste Ansicht der Geschichte überzeugt uns, dass die Handlungen der Menschen von ihren Bedürfnissen, ihren Leidenschaften, ihren Interessen, ihren Charakteren und Talenten ausgehen, und zwar so, dass es in diesem Schauspiel der Tätigkeit nur die Bedürfnisse, Leidenschaften, Interessen sind, welche als die Triebfedern erscheinen und als das das Hauptwirksame vorkommen.

*Hegel*.

---

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.



Arbeiterpolitik 14/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 7. April 1917.

Nr. 14

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Bürgschaften.

Die Entente verbreitet in Russland Nachrichten von einer drohenden deutschen Offensive gegen Petersburg. Und die neuen russischen Machthaber helfen diese Nachrichten zur größten Verbreitung. Und man soll sich darüber keine Illusionen machen: die breiten Massen des Kleinbürgertums wie ein Teil der Arbeiterschaft glaubt daran. Die neuen Machthaber Russlands verbreiten die Nachrichten aus konterrevolutionären, imperialistischen Gründen. Die Gefahr der deutschen Invasion hat im Sommer 1915 den russischen Sozialpatriotismus aus der Taufe gehoben. Aus Furcht vor Kontributionen, vor der Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands, hat ein Teil der Arbeiterschaft den Sozialpatrioten Gehör geschenkt, die da sagten: mit dem russischen Zarismus werden wir mit der Zeit fertig; wird aber die wirtschaftliche Entwicklung Russlands gehemmt, so werden auch die antikarischen Kräfte gefesselt. Also verteidigen wir das Land trotz des Zarismus! Diese Stimmung erlaubte den Bourgeois einen Teil der Arbeiterschaft für die Mitarbeit, den Kriegsindustriekomitees zu gewinnen. Jetzt, wo die Revolution den Zarismus niedergeworfen hat, wo die Bourgeoisie sich bemühen müssen, möglichst viel vom alten Regime zu retten, jetzt, wo die Entfaltung der Revolution den kommenden Frieden zu entfachen droht, jetzt ist die deutsche Gefahr das einzige Mittel, die die Kräfte der Arbeiterschaft lähmen kann. Das Spiel der russischen Imperialisten ist klar: Sie wollen unter der Losung: Das Vaterland ist in Gefahr! die antikriegsgerischen Tendenzen der Arbeiterklasse niederhalten, ihren Hass gegen die Gefahr der nationalen Unterdrückung als Wasser auf die Mühle des Kampfes um die imperialistischen Kriegsziele leiten.

Aber was den imperialistischen Machthabern imperialistische, konterrevolutionäre Mache ist, das ist für die Volksmassen in Russland bitterer Ernst. Sie haben erst geblutet für die demokratischen Rechte, haben den Zarismus gestürzt, kämpfen um die Republik, von der sie im Überschwanze des ersten Sieges alles Heil erwarten. Da sagt man ihnen: die deutsche Regierung hat Anno 1871 den französischen Junkern die in Deutschland gefangenen französischen Truppen zur Verfügung gestellt, um die Kommune von Paris niederzuwerfen. Da sagt man ihnen: Deutschland hat dem Zarismus geholfen die russischen Revolutionäre zu verfolgen: in Frankreich, England konnten sie sich vor dem Kriege frei bewegen, in Deutschland waren sie gehetztes Wild. Da sagt man ihnen endlich: Deutschland ist eine Monarchie, die im Westen an eine Republik grenzt; kann es nun auch noch einen republikanischen Nachbar im Osten ertragen? Das wird den russischen Volksmassen gesagt

und ein Teil von ihnen zieht den Schluss: Deutschland will die Revolution in Russland ausnützen, um im Osten den Hauptschlag gegen die Entente zu führen; wird Russland geschlagen, dann hilft Deutschland den Romanows, die dafür Zugeständnisse in der auswärtigen Politik machen werden, wieder auf den Thron. Also schließt die Reihen um Gutschkow und Miljukow, ihr verteidigt die Revolution, ihre jetzigen und zukünftigen Errungenschaften.

Es unterliegt keinen Zweifel – wiederholen wir –, dass diese Agitation bei einem Teil der russischen Arbeiterschaft, vom Kleinbürgertum gar nicht gesprochen, großen Erfolg hat, und die Kriegsstimmung stärkt, dass sie die Position unserer Gesinnungsgenossen, der Bolschewiks, bedrohe, die in dem unerschrockenen Klassenkampf gegen den Krieg und die russischen Imperialisten das beste Mittel sehen, Verteidiger der russischen Revolution auch in anderen Ländern in Bewegung zu setzen.

Die deutschen Sozialpatrioten, die nichts dagegen hätten, wenn die Revolution in Russland den Frieden bringen würde, sind über die Verdächtigungen der Absichten des deutschen Imperialismus sehr empört. Und sie bombardierten Herrn Bethmann-Hollweg, er solle doch eine Erklärung abgeben, dass die deutsche Regierung solche Absichten nicht hege. Und Herr Bethmann-Hollweg hat am 29. März im Reichstag erklärt, Deutschland habe sich niemals in die russischen Dinge eingemischt und wolle es auch jetzt nicht tun; wenn Russland einen ehrenvollen Frieden haben will, so kann es ihn haben. Dass diese Erklärung des Herrn Bethmann-Hollweg die Besorgnisse der russischen Volksmassen aus der Welt schaffen könnte, ist sehr zweifelhaft. Sie werden sich sagen: es ist nicht die Pflicht eines Staatsmannes, dem Feinde die Wahrheit zu sagen, und kann die Regierung den sich im Westen versteifenden Krieg im Osten entscheiden, so wird sie mit ihren wahren Plänen nicht herausrücken. Ob diese Entscheidung im Osten möglich ist, werden die Militärs beurteilen. Man mag es bedauern, dass die Scheidemanns den russischen Arbeitern den rücksichtslosen Glauben an die Erklärungen der deutschen Regierung nicht beigebracht haben, aber dieser Mangel wird dadurch nicht aus der Welt geschafft.

Ja, aber Herr Noske hat ausdrücklich gesagt: „Ich erkläre, dass wir allen Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die russischen Verhältnisse zu Eroberungszielen auszunützen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.“ Nun ist Herr Noske ein mächtiger Herr. Aber Herr Noske fordert ebenso „entschieden“ das preußische Wahlrecht, wie er entschieden der Ausnützung der russischen Verhältnisse zu Eroberungszwecken entgegentritt. Und einstweilen lehnt die Regierung seine entschiedenen Forderungen ab, und was sie mit seinem entschiedenen Protest gegebenenfalls tun würde, wissen wir auch nicht. Das wird die russische imperialistische Presse den russischen Volksmassen ganz gewiss sagen, und sie wird vielleicht zur Beleuchtung der „Entschiedenheit“ der Noske und Co. eine Stelle aus dem „Vorwärts“ vom 18. März zitieren, in der es hieß: „Innere Kämpfe während des Krieges wollen wir nicht. Das politisch reife Volk Deutschlands begreift, dass wir uns in der Lage, in der wir uns befinden, diesen Luxus nicht erlauben können, und darum erträgt es die Belastungsproben, die ihm auferlegt sind, in einer Weise, die den Reichskanzler zu Ausdrücken der Bewunderung hinreißt.“ Wenn die Sozialpatrioten sich den Luxus innerer Kämpfe nicht leisten können, wie können sie dann irgendeinem Volke etwas garantieren, was ohne „innerer Kämpfe“ gegebenenfalls nicht garantiert werden kann?

So werden die Volksmassen in Russland sagen, in denen der Zusammenbruch der Internationale den Glauben an die Volksgegengewichte gegen die Regierungspolitik zertrümmert hat. Die Internationale, die Arbeiterklasse, befindet sich in dem ersten entscheidenden Wendepunkt seit dem Kriegsausbruch. Ein heroisches Proletariat hat den Zarismus zu Boden geworfen. Aber es kann nicht allein auf die eigenen Kräfte angewiesen den Frieden bringen. Dieser kann nur das Resultat gemeinsamer Bemühungen sein. Mag der entschiedenste Teil des russischen Proletariats sein Herzblut hergeben, mag es wie Winkelried

alle Spieße in seiner Brust empfangen, um dem internationalen Sozialismus, dem Frieden den Weg zu bahnen, es wird verbluten, wenn sein heroischer Kampf nicht die internationalen Kräfte auslöst, wenn den russischen Arbeitern, dem russischen Volke nicht gezeigt wird, dass der russischen Revolution keine Gefahren drohen. Und das kann das internationale Proletariat nur tun, wenn es seine eigenen Interessen, die solidarisch sind mit denen der russischen Arbeiterklasse, aus allen Kräften vertritt. Wer seine eigenen Interessen nicht verteidigt, der kann niemanden Bürgschaft leisten. Die internationale Arbeiterklasse befindet sich in einer Schicksalsstunde. Zum ersten Mal seit dem Kriegsausbruch steht eine Wendung in greifbarer Nähe bevor. Die Arbeiterklasse wird mit ihrer ganzen Zukunft dafür büßen, wenn sie ihr Interesse nicht versteht und es mit allen Kräften verteidigt.

## Die Triebkräfte der russischen Revolution

### 2. Die imperialistischen Revolutionäre.

In Pskow lud der Moskauer nationalliberale Kapitalist Gutschkoff und der Konservative Schulzin, Vertreter des Großgrundbesitzes, den Zaren ein, gefälligst die Krone abzusetzen. In der neuen revolutionären Regierung tritt ein Kapitalist dem andern auf die Hühneraugen. Ist das eine Wiederholung der Ereignisse vom Januar bis Dezember 1905, wo die Kapitalisten den Arbeitern für die Tage der politischen Massenstreiks die Löhne auszahlten, um dann, als es sich zeigte, dass dies Proletariat nach seinem Siege über den Zarismus den Kampf um den Achtstundentag begann, sich in die Arme des Zarismus zu werfen? Oder hat vielleicht die Bourgeoisie die Unvereinbarkeit ihrer Interessen mit denen des Zarismus erkannt und sich entschlossen, eine gründliche Revolution zu machen? Haben die Opportunisten in der russischen Sozialdemokratie nicht Recht behalten mit ihrer Behauptung, dass die Revolution nur dann siegen wird, wenn sich die Bourgeoisie an ihre Spitze stellt? Die Tatsachen beantworten diese Frage. Die Bourgeoisie war in den Anfangsmonaten der Revolution von 1902 sich ihres Gegensatzes zum Proletariat nicht voll bewusst.

Sie hoffte, dass es ihr die Kastanien aus dem Feuer holen wird. In den Jahren des Krieges kehrte sie zu der Jugendeselei nicht mehr zurück. Sie vergaß keinen Augenblick den zehnjährigen Kampf mit dem Proletariat und sah sich bei jedem Schritt ängstlich um, ob sie durch ihre Konflikte mit dem Zarismus die Arbeiterschaft nicht in Bewegung setzt.

Nein, die Wonnen, Irrungen und Wirren der jungen Liebe blieben der um zehn Jahre älteren Bourgeoisie völlig versagt. Ist sie also eine Vernunfttehe mit der proletarischen Revolution eingegangen? Auf Grund der Rechnung vielleicht, dass sie zwar dem Proletariat Zugeständnisse machen wird, aber dafür die Macht in die Hände bekommt. Auch das ist nicht der Fall. Die Bourgeoisie hat sich in den zehn letzten Jahren mächtig organisiert. Sie hat Kartelle und Aktiengesellschaften, Unternehmerverbände ins Leben gerufen, sich im Kriege in Kriegsindustriekomitees organisiert, sie hat in die Hände des Bundes der Städte, der Provinzialverwaltungen des Roten Kreuzes nicht nur die Arbeit der Liebestätigkeit, sondern einen großen Teil der Heeresversorgung genommen. Und sie besorgte diese Arbeit nicht als Dienerin der zarischen Kriegspolitik, sondern weil sie im Weltkrieg ein Mittel zur Erreichung ihrer eigenen Interessen sah.

Hinter der imperialistischen Politik Russlands stehen keine so breiten Kreise des Bürgertums wie in England und Deutschland, aber es unterliegt keinem Zweifel, dass es breitere Kapitalistenkreise sind als die, die den Krieg mit Japan unterstützten. Die Eroberung Konstantinopels und Armeniens, die auch Persiens Unabhängigkeit ein Ende bereiten würde, würde nicht nur neue Märkte eröffnen, sondern durch Stärkung der Weltposition Russlands der kapitalbedürftigen russischen Bourgeoisie günstige Anleihebedingungen verschaffen. Der Sieg über Deutschland würde helfen, einen besseren Handelsvertrag zu erringen, d. h. einen, der eine noch höhere Kartellrente unter dem Schutze der erhöhten Industriezölle gewähren

würde. Auf dem Boden der imperialistischen Politik hat sich die Bourgeoisie mit dem Zarismus seit 1907 zusammengefunden und in den Anforderungen dieser Politik an die Staatsorganisation sah sie auch den Weg, auf dem der Zarismus genötigt werden konnte, ihr Zugeständnisse in der inneren Politik zu machen.

Der Verlauf des Weltkrieges bewies, dass obwohl der russische Militarismus seit dem russisch-japanischen Kriege größere Fortschritte gemacht hat, als man früher annehmen konnte, die Bureaukratie ebenso korrupt und zur Erfüllung der ungeheuren Aufgabe der Versorgung der Front, wie der Organisierung des Hinterlandes unfähig blieb. Die eigentliche Arbeit leistete, wie gesagt, die Bourgeoisie und ihre Organisationen. Sie hoffte also, dass dieser Zustand auch einen politischen Ausdruck finden wird. Sie redete auf die Bureaukratie wie auf ein krankes Pferd ein – bekam aber Fußtritte. Sie protestierte – bekam wieder Fußtritte. Da entschied sie sich endlich, das störrische Tier etwas an die Kandare zu nehmen. Zuerst mit Hilfe der Verbündeten, die einsahen, dass die russische Bourgeoisie besser die Kriegführung organisieren kann als die zarischen Diebe, und länger als sie im Kampf gegen Deutschland ausharren wird. Der englische Botschafter Buchanan unterstützte die imperialistisch-bürgerliche Opposition demonstrativ, Lord Milner kam, nach einer offenen Erklärung des „Manchester Guardian“, um den Zaren zu Zugeständnissen an sie zu überreden. Als auch das nicht half, suchte die Bourgeoisie mit den liberalen Admiralen und Generalen Verständigung, um durch gemeinsamen Druck auf den Zaren ihn zur Ernennung eines liberalen Ministeriums zu zwingen. Weiter gedachte die Bourgeoisie nicht zu gehen. Eine kleine Drohung mit einem kleinen Putsch, Majestät zur Vernunft gebracht und der Krieg kann flott weitergeführt werden. Das war der Plan. Man dachte nicht an die Revolution, wollte sie nicht, fürchtete sie. Und man hat sie auch nicht gemacht.

Noch am 10. März suchte die Bourgeoisie mit dem Zaren den Frieden zu schließen. Zu ihrem Unglück wollte der Zar kein Kompromiss. Dazu kam noch ein neuer Faktor, der der Bourgeoisie über den Kopf wuchs: das Proletariat und die Soldaten, die am 8. März auf den Straßen Kämpfe mit dem Zarismus ausfochten. Und sie stellten die Bourgeoisie vor eine vollkommen neue Situation. In Petersburg stand ein bewaffnetes Volk da, der Zar war geflohen, d. h. er hat der Bourgeoisie den Krieg erklärt. Sollte sie nunmehr auch auf die Hilfe des Volkes verzichten? Das wäre Selbstmord. Das Bürgertum ging zu einer kleinen Familienauseinandersetzung mit dem Zaren und geriet in die Revolution hinein.

Die Revolution hat das Proletariat in Bluse und Montur gemacht. „Die Revolution scheint begonnen zu haben als Soldatenaufstand, gestützt durch die Arbeiterschaft, aber die Duma nahm schnell und fest die Macht in ihre Hände“, schrieb die „Times“ am 16. März. Dieses Urteil des großen englischen konservativen Blattes, geschrieben unter dem ersten frischen Eindruck der Ereignisse, trifft den Nagel auf den Kopf und straft die „Times“ Lügen, wenn sie jetzt die russische Arbeiterschaft bezichtigt, nicht sie habe die Gewalt erobert, sie solle also kuschen und der Bourgeoisie helfen zu siegen.

Die arme „Times“ hatte sich geirrt, als sie am 16. März die Hoffnung aussprach, dass die gefährlichsten Tage vorüber seien, d. h., dass die Revolution vorüber sei. Sie ist erst im Anfange, und die Arbeiterklasse wird in ihr die entscheidende Rolle spielen. Darum gilt es zu sehen, was sie bisher getan hat. Daraus werden sich die Grundlinien ihrer Politik auch in Zukunft ergeben.

## Das neue Volk.

Herr von Bethmann-Hollweg setzte in den Verhandlungen über den neuen Reichsetat, in einer von den Reden, die für die Scheidemannsche Triarier zu den von ehemals berühmten „Marksteinen“ geworden sind: über die *großen Probleme der inneren Politik* wolle er sich nur auf

einige allgemeine Bemerkungen beschränken. Man weiß bei Staatsmännern solcher Größe nie, ob solche Bescheidenheit Tugend, ob solche Beschränkung Beschränktheit, ob solches Nichtwollen Nichtsollen sei. Jede so mögliche Deutung hat Herrn von Bethmanns Orakelspruch gefunden. Die „Kreuzzeitung“ ist für die letzte und äußert in kurzen Worten den kurzen Sinn: Neuorientierung; reden wir nicht davon! Das „Berliner Tageblatt“ gleicht der Braut, die – ach, zu lange schon vergebens der Flitterwochen Glück herbeisehnt, und ist darum für die zweite Deutung. Der „Vorwärts“ aber hat den kongenialen Politiker gefunden; er weiß des Kanzlers Tugenden zu schätzen, und wenn der gar spricht: „Wo wir von etwas zu befreien sind, da wollen wir es selbst besorgen“, so reicht mit züchtiger Begeisterung der „Vorwärts“ ihm die Proletarierglacehandschuhe hin und ruft: „Topp und Hand drauf. Das soll nicht vergessen werden, das soll gelten für und für!“

So sind sie denn bereits begriffen in diesem Selbstbefreiungsspuk, zu dem Bethmann-Hollweg und Herr Scheidemann sich gefunden. Denn in dem Augenblicke, indem Herr Bethmann-Hollweg sich solcher Art vom „Vorwärts“ „angetoppt“ sieht, war die erste Befreiungstat schon sozusagen aus dem Lauf: dem Reichstag lag bereits jener Gesetzentwurf vor, der zur Deckung der von Herrn Scheidemann mitbewilligten Kriegskosten dienen soll. Zwölfhundert und fünfzig Millionen Mark jährlich – als weitere Abschlagzahlung, die man auf folgende Weise aufzuteilen für gerecht hielt: einhundert Millionen Mark von der Reichsbank, vierhundert Millionen Mark von der Kriegsgewinnsteuer, die weiteren siebenhundert und fünfzig Millionen Mark vom Proletariate.

Man sage nun freilich nicht, dass dieser Verteilungsmaßstab bei der gesamten Scheidemannschaft ungeteilten Beifall gefunden habe. Das ist auch nicht vonnöten. Die glücklichste Ehe war nicht gleichmäßig glücklich vom ersten Tage an. Man muss sich erst aneinander gewöhnen. Und so nahm Herr Scheidemann in seiner letzten „großen Rede“ die Worte in den Mund: „Im vorigen Jahre deckte man die Lasten durch Steuern auf den Verkehr und den Verbrauch, diesmal durch Steuern auf den Verbrauch und den Verkehr, und ich bin neugierig, was im nächsten Jahre beschlossen werden soll. Wir haben keine Bewunderung für diese Art von Finanzkunst.“

Das war alles. Und schleunigst ging es über zu dem Gebiete, auf dem recht kräftige Worte zu reden der Kanzler ihm gestattet hat. Er sprach von dem Unwissen und Zorn über die unbegreifliche Rücksichtnahme gegenüber der wildesten Habgier und dem schamlosesten Wucher usw. usw. Er sprach, wie ein Löwe brüllt. (Ich denke nicht an Shakespeares Sommernachtstraum.) Er sprach wie Donner und Blitz. Und er hatte Erfolg.

Ein neuer Lebensmitteldiktator entstand; der preußische, im Unterschied zum Reichslebensmitteldiktator; der jetzt so kräftige Worte sprach, wie sie neue Männer zu sprechen pflegen. Wie sie auch Batocki sprach, als er noch jung war. Wer erinnert sich dessen nicht noch? Wie er mit seinem Maschinenfräulein alleine saß wie Adam und Eva vor dem Sündenfall, und wie er inzwischen Ämter und Beamte geschaffen hat, und Verordnungen und Kontrollstellen und Organisationen. Und wer wird danach nicht wissen, was Herr Michaelis tun wird?

Und weiter sprach Herr Scheidemann mit neuen trefflichen Argumenten vom Dreiklassenwahlrecht. Und er sagte: er habe nie gehört, dass es heiße, die Preußen erster Klasse in den ersten Schützengraben, die Preußen zweiter Klasse in den zweiten Schützengraben usw. Wir wissen nicht, ob Herr Scheidemann sich im Schützengrabenwesen so gut auskennt. Und was das vom Reichskanzler in seiner Rede gebrauchte Wort vom neuen Volk anbetrifft, das Scheidemann so entzückt hat, so ist es bereits da, just wie es der Reichskanzler gesagt hat.

Auf der einen Seite stehen sie schon in Schlachtordnung. Die, die so reichlich an dem Krieg verdienten und verdienen. Die Vertreter des Kapitals, das sich in diesem Kriege konzentrierte,

wie es zwanzig Jahre friedlicher Entwicklung nicht hätten fertiggebracht. Die Banken verfügen über größere Kapitalien denn je; die Deutsche Bank hat eben erst zwei große Provinzbanken verschlungen. Die Industrien vertrauen sich: die chemische Industrie ein Trust für fünfzig Jahre, das Kohlensyndikat verstärkt durch Beitritt des preußischen Fiskus, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, in ungeheurer Vergrößerung fast zur Gebieterin der Elektrizitätsindustrie geworden. Und die Eisen- und Kohlenherren mächtiger denn je. Man denke an Thyssen, der schon ins Gebiet der Reederei mit gewaltigen Kapitalien eingedrungen ist, der heute die Wörmannlinie mitbeherrscht.

Das ist das neue Volk von der einen Sorte.

Von der andern Sorte ist es auch da, das Volk; noch da und schon da. Noch da, die Proletarier von ehemals. Schon da, die Proletarier, die der Krieg dazu gemacht oder denen der Krieg erst gezeigt hat, dass sie es sind: die Scharen von Handwerkern, die der Krieg entwurzelt hat; die Scharen kleiner Kapitalisten – man denke etwa an den kleinen städtischen Hausbesitz – die der Krieg heruntergestoßen hat ins große Volk derer, die nichts haben; die kleinen und mittleren Beamten, die der Krieg fast noch schlechter stellt als das Industrieproletariat; die drei oder vier Millionen Frauen, die der Krieg aus dem Hause heraus an die Drehbänke, in die Gießereien, in die Bergwerke, in die Verkehrsanstalten gestellt hat.

Das ist das neue Volk. Das neue Volk, das auf der einen Seite gerüstet steht. Mit über Deutschland hin sichtbarer Gebärde reicht der Bund der Landwirte dem der Industriellen die Hand, und der Scheidemannschaft Barde *Lensch* scheint eine Götterdämmerung zu ahnen, wenn er meint: „Der Einfluss, den diese beiden Heeressäulen der Reaktion ausüben, wird nach dem Kriege noch größer sein, als er vor dem Kriege gewesen war.“ Und er, der offizielle Denker und Sieger fällt in die Leier, die er ehemals gespielt: „Nach dem Kriege werden die Arbeiterschichten mit vereinten Kräften den Krieg um die Neuorientierung aufnehmen müssen ...“ Ja nach dem Kriege! Da ist es wieder, das schöne Wort vom Klassenkampf, der nach dem Kriege wieder aufgenommen wird, wie eine elektrische Drehorgel, die nach der Pause genau so spielt, wie sie vor der Pause gespielt hat.

Will Brüderchen *Lensch* das leugnen? Ei, da lese er doch das Siegesbulletin des „Vorwärts“, dass es gelungen sei, eine Eisenbahnergewerkschaft mit höchster Genehmigung des vorgesetzten Ministers zu gründen, nachdem man auf das Streikrecht verzichtet habe. (Wo ist der Unterschied zu den „Gelben“?) Ei, da lese er doch die Rede seines Schwertgenossen *Scheidemann*, der im Reichstag den Professor *Herkner* als Kronzeugen herbeirief dafür: „dass im Gegensatz zu manchen anderen Erwerbsgruppen, die selbst vor einer wucherischen Ausbeutung der Kriegskonjunktur nicht zurückschreckten, die organisierte Arbeiterschaft jeden Kampf um bessere Arbeitsbedingungen eingestellt hat ... Die sozialistische Schulung und Disziplin, die das Interesse des Ganzen den Sonderinteressen voranzustellen bietet, haben hier Triumphe gefeiert.“ Und aus Eigenem fügte dann *Scheidemann* hinzu: „Es ist das ein Ruhmesblatt für die deutschen Arbeiter“.

Dies Ruhmesblatt ist nicht ohne Gleichen in der Geschichte. Im alten Rom war einst ein Mann, namens *Cajus Lilius*, der Roms Proletarier aufrief zum Kampf für ihre Klasse. Da aber, heißt es, die Großen sich ihm hartnäckig widersetzen, ward ihm vor den daraus entstehenden Unruhen bange, und so stand er von seinem Vorhaben ab, wovon er den Beinamen „der Weise“ bekam. Den Ruhmestitel haben sie ehrlich verdient, die Herren um *Scheidemann*. Das „neue Volk“ wird ihnen Lorbeeren nicht sparen. P. L.

## Die Opposition in der „American Socialist Party“.

Von einer hervorragenden, auch in Deutschland gut bekannten Genossin, die jetzt aus den Vereinigten Staaten Amerikas zurückgekommen ist, erhalten wir folgenden interessanten Bericht:

Ein frischer Wind bewegt die Luft in Amerika. Der Geist der Kritik in der Partei ist erwacht. Auch in den Massen zeigt sich der revolutionäre Geist immer häufiger in spontanen Ausbrüchen. Ein Zusammenstoß zwischen der opportunistischen, nur-parlamentarischen Taktik der Parteiinstanzen und der sich immer mehr ausbildenden Parteiopposition wird unvermeidlich.

Die Novemberwahlen haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass die in den opportunistischen und sozialpatriotischen Sumpf geratene Partei den komplizierten Aufgaben der sozialistischen Taktik, des sich immer verschärfenden Kampfes zwischen den Arbeitern und den Industriekönigen nicht gewachsen ist. Die Einwirkung der imperialistischen Entwicklung stellt Anforderungen an die Partei. Entweder muss die sozialistische Partei diesen Forderungen entsprechen und zuerst mit aller Entschiedenheit die imperialistische Politik, die von der Wallstreet<sup>32</sup> diktiert und von Wilson durchgeführt wird, bekämpfen oder sie ist zum Absterben verurteilt.

Die historische Situation ist zu ernst, der Kampf zwischen den sozialen Kräften, die das Leben in den Vereinigten Staaten hervorbringen und gestalten, zu akut, als dass die Partei sich durch Kompromisse retten könnte. Große Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit hören in Amerika nicht auf, und was für Kämpfe! Ihre Intensität, ihre Schärfe, der gegenseitige bittere Hass der Kämpfenden überschreitet alles, was Europa in dieser Beziehung bis jetzt gesehen hat. Zwischen den Industriekönigen und den Proletariern gibt es keine Versöhnung. Kampf bis auf's Messer!

Die Arbeitermassen fühlen und wissen es; sie fühlen, dass Streiks nicht bloß einen einzelnen Protest darstellen, sondern Glieder einer Reihe von Kämpfen. ... Daher muss, wer gegen den „Boss“, den Unternehmer, Protest erhebt, entschlossen sein, alle Folgen in den Kauf zu nehmen. Aber die Partei, deren Pflicht und Aufgabe es ist, mit Hilfe der wissenschaftlichen marxistischen Methode die historische Lage zu prüfen, aus ihr die Konsequenzen für den Klassenkampf zu ziehen und eine ausgesprochen revolutionäre Taktik durchzuführen, steht unentschlossen auf dem alten Weg und staunt: weshalb schließen die Massen sich ihr nicht an? Weshalb schenkt die Arbeiterklasse ihr kein Vertrauen mehr? Weshalb geraten die breiteren Schichten der Arbeiter, die nicht mit dem Kompass des Marxismus versehen sind, oft selbständig auf falsche irreführende Bahnen? Weshalb drängen sie sich an die I. W. W.<sup>33</sup> Oder glauben sie ein Wundermittel in den „Industrial Unions“ gefunden zu haben? Weshalb diese unorganisierten, von dem bitteren Mute der Verzweiflung erfüllten Massenaufstände in Bayonne, in Everet, in Mesaba Range? ...

Die Arbeitermassen haben alles Recht, eine Gegenfrage an die Partei zu stellen: wo war die Partei, als die blutigen Ereignisse in Everet, in Bayonne, in Mesaba Range stattfanden? Gab es offene Sympathiekundgebungen seitens der Partei? Wurde den kämpfenden Arbeitern, die niederträchtig von der Polizei des Herrn Rockefeller und seinesgleichen niedergeschossen wurden, zugerufen: Wir stehen zu Euch! Wir kämpfen mit Euch!?

---

<sup>32</sup> Bankviertel in New York.

<sup>33</sup> Industrial Workers of the World (I. W. W.) – syndikalistischer Gewerkschaftsverband.

Keine Spur davon: weder offene Proteste noch Demonstrationen ... Die Partei hatte etwas viel Wichtigeres zu tun: sie war mit den Wahlen des ausgesprochenen Sozialpatrioten Meyer Londons, des Militaristen Bergers, des großen Diplomaten Hillquith's in den Kongress, in das Parlament beschäftigt! Nicht nur die unklare Haltung der Partei gegenüber den Grundfragen der Gegenwart – der Vaterlandsverteidigung, dem Militarismus, Haag oder Zimmerwald, sondern auch ihre in Opportunismus verknöcherte Taktik trägt die Schuld daran, dass der proletarische Wähler von dem sozialistischen Wahlzettel abgeschreckt wurde. Viele der besten, revolutionärsten und klassenbewusstesten Elemente hielten sich fern von der Wahlurne, weil sie sich nicht dazu hergeben wollten, für Bergers oder seinesgleichen zu stimmen. Auch die Wahlplattform der Partei mit ihren einander widersprechenden Auffassungen über die Kernfrage: Vaterlandsverteidigung, erweckte bei den aufgeklärtesten Elementen in der Partei scharfe Kritik.

Der Geist der Opposition, der seit Ausbruch des Weltkrieges auch in Amerika sich auszubilden begann, erhielt seit den misslungenen Parlamentswahlen (die Partei erhielt nur einen Vertreter, den Sozialpatrioten Meyer London, gewählt) einen klareren und entschiedeneren Charakter.

Die Krise, die die Sozialdemokratie in Europa erschüttert, hat auch die Partei in den Vereinigten Staaten nicht verschont. Die Opposition ist in Begriff, sich zu organisieren. Zurzeit sind zwei Zentren der Opposition vorhanden: in Boston die „Sozialist Propaganda League“ und die New Yorker Opposition. Die S. P. League, die seit ungefähr eineinhalb Jahren besteht, aber bis in die letzte Zeit hinein meist nur mit lokalen Angelegenheiten des Staates Massachmetts [Massachusetts?] beschäftigt war, zeigt seit November ein reges Leben. Am 26. November, auf einer Konferenz der „League“, wurde ein Manifest angenommen – ein Programm der „League“ – das einerseits ein engeres Zusammenarbeiten zwischen politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen fordert, andererseits in den Massenaktionen das wichtigste Kampfmittel des Proletariats sieht. Die League stellt sich in ihrer Auffassung der Internationale auf die Seite der Zimmerwalder Linken. Seit Januar erscheint das Organ der League: „The Internationalist“, zu dessen Redaktion die Genossen Williams, Elwards, Rütgers (Mitarbeiter der holländischen Tribune) Rosin u. a. zählen. Im Laufe der Monate Dezember und Januar hat die League 40 neue Abteilungen gegründet.

Die League bildet vorläufig noch einen Teil der Partei und versucht in ihren Reihen durch Propaganda ihrer Ideen den Klärungsprozess zu fördern.

Die New Yorker Opposition fing auch erst Ende 1916 an, sich organisatorisch zusammenzuschließen. Zu ihr gehören außer den englisch sprechenden Parteimitgliedern auch Genossen aus den deutschen, russischen und litauischen Sprachgruppen. Obwohl die New Yorker Opposition eine Anzahl von guten, marxistisch geschulten Köpfen in ihren Reihen zählt, die die Fehler der Partei und die Notwendigkeit des selbständigen Eingreifens der „Linken“ erkennen, scheint die Gruppierung der Kräfte der New Yorker Opposition eine Neigung zum Zimmerwalder Zentrum und nicht zur Zimmerwalder Linken zu zeigen.

Die Hauptaufgabe der Opposition ist, einen organisatorisch selbständigen linken Flügel der Partei zu bilden, der auf die Taktik der Partei im Allgemeinen einwirkt und insbesondere Einfluss auf die Beschlüsse der Partei bei der Einberufung des außerordentlichen Kongresses ausüben soll.<sup>34</sup>

Auch will die New Yorker Opposition die Berner Kommission entschlossen gegen Haag unterstützen. Das ist von besonderer Wichtigkeit, da die leitenden Parteinstanzen in engster

---

<sup>34</sup> Dass ein außerordentlicher Parteikongress im Juni geplant worden ist, ist wieder ein Beweis, eine wie starke Unzufriedenheit unter den Parteimitgliedern herrscht.



Führung mit den Haager Sozialpatrioten stehen und auf offiziellen Anschluss der A. S. P. an Zimmerwald pfeifen ...

Das Vorhandensein der Opposition wird von großer Wichtigkeit in diesem kritischen Momente sein, in dem der Krieg das amerikanische Volk unmittelbar bedroht. Die schwankende Haltung der Partei gegenüber der imperialistischen Politik der amerikanischen Regierung kann nur durch eine organisierte Opposition, die entschlossen ihr Ziel verfolgt und vor der Spaltung der Partei nicht zurückschreckt, überwunden werden.

Die New Yorker Opposition hat die Absicht, eine Monatsschrift in englischer Sprache herauszugeben. Die oppositionellen Elemente in der Partei versuchen beständig, die Partei aus der Lethargie des „Nur-Parlamentarismus“ zu erwecken. Noch im Dezember vermochte die Opposition die Partei zu zwingen, politische Massenaktionen gegen die Teuerung ins Leben zu rufen. Die Parole wurde ausgegeben: Kampf gegen die Teuerung durch Massenaktionen! Aber der erste Versuch, eine Massendemonstration in den Straßen New-Yorks zu veranstalten, war wegen ungünstigen Wetters misslungen, und die Parteileitung unterließ es, Massenaktionen aufs Neue zu propagieren. Sie begnügte sich mit der Abordnung der Führer zu dem Bürgermeister von New-York.

Die letzten Nachrichten aus Amerika zeigen aber, dass die Verhältnisse die Arbeiter zwingen, entgegen dem Willen der opportunistischen Führer in Massenaktionen den Kampf gegen die Teuerung aufzunehmen. Selbstverständlich versucht die Klassenregierung Amerikas, den Eindruck zu erwecken, es seien die Proteste gegen die Teuerung nur das Werk der „progermanistischen“ Agitation. Sie glaubt auf diese Weise die gegen sie selbst und die Herren aus der Wallstreet gerichtete Bewegung auf den äußeren Feind abzulenken. Aber das wird den Industrieoligarchen aus Washington nicht gelingen! Zu schneidend ist die Not, zu bekannt sind die Schuldigen den Proletariern Amerikas!

Gleichzeitig mit der Massenaktion gegen die Teuerung wurden von der Opposition *Massenaktionen gegen den Weltkrieg* und für den sofortigen Frieden geplant.

Ein Manifest „An die Arbeiter Amerikas“ wurde von der Opposition ausgearbeitet und von der deutschen, russischen, lettischen und anderen Sprachgruppen der Partei angenommen.

Dieses Manifest sollte nicht nur ein Appell an die Massen sein, eine Bewegung gegen den Krieg und gegen Wilsons imperialistische Politik auslösen, sondern gleichzeitig auch eine Prinzipienklärung der Opposition darstellen.

Aber das Schicksal wollte es, dass die Verbreitung des Manifestes zur Unterschrift (es wurden Unterschriften von Organisationen und von einzelnen Sozialisten gesammelt) mit dem neuen Spiel Wilsons, mit seinem Auftreten als „Friedensengel“ zusammentraf. Bei einigen Genossen entstanden „Bedenken“, ob es auch der geeignete Moment sei, gegen Wilsons „Friedensbotschaft“ aufzutreten. Ob es nicht „klüger“ wäre, die Friedensaktion Wilsons zu unterstützen? Die Veröffentlichung des Manifestes mit allen Unterschriften wurde in die Länge gezogen.

Dieser kleine Zwischenfall, der solche „Bedenken“ in einem Moment erregte, da das entschlossene Lossteuern gegen Wilson und seine Freunde von besonderer Wichtigkeit war, zeigt, dass die Opposition in der amerikanischen Partei noch sehr schwach ist und ihr Ziel nicht immer klarsieht. Aber sie ist da und nicht mehr aus der Partei zu schaffen. Und das ist das Wichtigste! Der Geist der Kritik ist erwacht und das Leben in Amerika, der immer schärfer werdende Klassenkampf sorgt dafür, dass der revolutionäre Wille der Arbeiter gestärkt und entwickelt wird!

Es gärt in der Arbeiterbewegung Amerikas, es gärt in der Partei!

A. K-ay.

## Der Einzige.

Von Marfried Harger.

Und der Teufel führte Jesus mit sich auf einen hohen Berg und zeigte ihm alle Reiche der Welt und ihre Herrlichkeiten und sprach zu ihm: Das alles will ich dir geben. so du niederfällst und mich anbetest.

Da sprach Jesus zu ihm: Hebe dich weg von mir, Satan! Und der Teufel ließ ab von ihm.

So geschah es nach fast zweitausend Jahren, dass der Verführer zu mehr denn hundert Wahrheitskämpfern trat, ihnen Gold und Herrengunst versprach und große Ehren, so sie niederfallen und ihn anbeten würden.

\*\*\*

Und alle, alle knieten nieder und beteten den Satan an. Und allen wurde zehnfach der Lohn, den der Teufel verheißen. Und sie kamen zu hohen Ehren.

\*\*\*

Alle knieten nieder?! – Nein. Ein Einziger widerstand dem Versucher. – Wieder und wieder trat der Teufel zu ihm, mit Verheißen und Drohen.

\*\*\*

Siehe die Schätze, die ich dir biete, sprach er; nimm sie, eh' es zu spät. Was kann es dir schaden zu tun, was alle taten? – Niemals wird das Volk dein Tun Unrecht nennen, denn es weiß ja nicht, was Recht und Unrecht, – wenn du es ihm nicht sagst. Ihm wirst du das bleiben, was du ihm warst; – wie die andern. –: den Großen wirst du angenehm werden; – wie die andern -. Und Sorge und Not wird dir fernbleiben, geachtet, geehrt und gerühmt wirst du sein.

Weisest du mich aber ab, so wird Elend und Verfolgung dein Los und Vergessenheit dein Lohn sein. Glaube nur nicht, dass du, wie einst der Nazarener, Jünger und Schüler hast, die deine Lehre verkünden, trotz Verfolgung, trotz Marter. (Und was hat es ihm genützt, dass er meine Hand ausschlug? Was nützte ihm, dass alle Welt seinen Namen nennt, seine Werke kennt? Verrat und Tod war sein Lohn und tiefe Schmach. Seine Lehren kennt niemand.) Du kennst die Menschen nicht! Nicht nach dem, was du bist, nach dem, was du scheinst, bewerten sie dich, weil du alleinstehst, denn sie sind gewohnt, mit der Mehrheit zu gehen. Hohn und Spott wirst du von ihnen ernten.

Und deine Freunde?! – Glaubst du, dass sie einen Finger rühren werden, wenn Verbannung und Tod dir droht? Verlassen werden auch sie dich – wie das Volk – und dein Handeln dem Volke als Verrat darlegen. Deine Stärke werden sie Schwäche und deine Wahrheit Lüge heißen. Vor dem Volke werden sie dich verleugnen und dich einen Irren nennen. – Denn du könntest dem Volke sagen, dass sie sich dem Bösen verschrieben, und einem Irren wird man es nicht glauben.

Und kannst du der Menschheit nicht viel mehr Gutes tun, wenn sie in dir einen Führer sieht, wenn dein Wort ihr Wahrheit dünkt? – Gehst du allein deinen Weg, so war dein Wirken vergebens; was du dem Volke gabst, wird es von sich werfen.

Darum knie nieder und bete mich an, und Macht und Reichtum will ich dir geben.

\*\*\*

Und der Einzige sprach: Hebe dich weg von mir Satan!

## Feuilleton

### Der hessische Landbote.

#### Erste Botschaft. (Schluss.)

Darmstadt, im Juli 1834.

### Friede den Hütten! Krieg den Palästen!

Für die Landstände 16 000 Gulden.

Im Jahre 1789 war das Volk in Frankreich müde, länger die Schindmähre seines Königs zu sein. Es erhob sich und berief Männer, denen es vertraute, und die Männer traten zusammen und sagten, ein König sei ein Mensch wie ein anderer auch, er sei nur der erste Diener im Staat, er müsse sich vor dem Volk verantworten, und wenn er sein Amt schlecht verwalte, könne er zur Strafe gezogen werden. Dann erklärten sie die Rechte des Menschen: „Keiner erbt vor dem andern mit der Geburt ein Recht oder einen Titel, keiner erwirbt mit dem Eigentum ein Recht vor dem andern. Die höchste Gewalt ist in dem Willen aller oder der Mehrzahl. Dieser Wille ist das Gesetz, er tut sich kund durch die Landstände oder die Vertreter des Volks, sie werden von allen gewählt, und jeder kann gewählt werden, diese Gewählten sprechen den Willen ihrer Wähler aus, und so entspricht der Wille der Mehrzahl unter ihnen dem Willen der Mehrzahl unter dem Volke, der König hat nur für die Ausübung der von ihnen erlassenen Gesetze zu sorgen.“ Der König schwur, dieser Verfassung treu zu sein, er wurde aber meineidig an dem Volke, und das Volk richtete ihn, wie es einem Verräter geziemt. Dann schafften die Franzosen die erbliche Königswürde ab und wählten frei eine neue Obrigkeit, wozu jedes Volk nach der Vernunft und der Heiligen Schrift das Recht hat. Die Männer, die über die Vollziehung der Gesetze wachen sollten, wurden von der Versammlung der Volksvertreter ernannt, sie bildeten die neue Obrigkeit. Sie waren Regierung und Gesetzgeber – vom Volk gewählt, – und Frankreich war ein Freistaat.

Die übrigen Könige aber entsetzten sich vor der Gewalt des französischen Volkes, sie dachten, sie könnten alle über der ersten Königsleiche den Hals brechen, und ihre misshandelten Untertanen möchten bei dem Freiheitsruf der Franken erwachen. Mit gewaltigem Kriegsgerät und reisigem Zeug stürzten sie von allen Seiten auf Frankreich, und ein großer Teil der Adligen und Vornehmen im Lande stand auf und schlug sich zu dem Feind. Da ergrimte das Volk und erhob sich in seiner Kraft. Es erdrückte die Verräter und zerschmetterte die Söldner der Könige. Die junge Freiheit wuchs im Blut der Tyrannen, und vor ihrer Stimme bebten die Throne und jauchzten die Völker. Aber die Franzosen verkauften selbst ihre junge Freiheit für den Ruhm, den ihnen Napoleon darbot, und erhoben ihn auf den Kaiserthron. – Da ließ der Allmächtige das Heer des Kaisers in Russland erfrieren und züchtigte Frankreich durch die Knute der Kosaken und gab den Franzosen die dickwanstigen Bourbonen wieder zu Königen, damit Frankreich sich bekehre vom Götzendienst der erblichen Königsherrschaft und dem Gotte diene, der die Menschen frei und gleich geschaffen. Aber als die Zeit seiner Strafe verflossen war und tapfere Männer im Julius 1830 den meineidigen König Karl den Zehnten aus dem Lande jagten, da wendete dennoch das befreite Frankreich sich abermals zur halberblichen Königsherrschaft und band sich in dem Heuchler Louis Philipp eine neue Zuchtrute auf. In Deutschland und ganz Europa aber war große Freude, als der zehnte Karl vom Thron gestürzt ward, und die unterdrückten deutschen Länder richteten sich zum Kampf für die Freiheit. Da ratschlagten die Fürsten, wie sie dem Grimm des Volkes entgegen sollten, und die listigen unter ihnen sagten: Lasst uns einen Teil unserer Gewalt abgeben, dass wir das übrige behalten. Und sie traten vor das Volk und sprachen: Wir wollen euch die Freiheit schenken, um die ihr kämpfen wollt. – Und zitternd

vor Furcht warfen sie einige Brocken hin und sprachen von ihrer Gnade. Das Volk traute ihnen leider und legte sich zur Ruhe. – Und so ward Deutschland betrogen wie Frankreich.

Denn was sind diese Verfassungen in Deutschland? Nichts als leeres Stroh, woraus die Fürsten die Körner für sich herausgeklopft haben. Was sind unsere Landtage? Nichts als langsame Fuhrwerke, die man einmal oder zweimal wohl der Raubgier der Fürsten und ihrer Minister in den Weg schieben, woraus man aber nimmermehr eine feste Burg für die deutsche Freiheit bauen kann. Was sind unsere Wahlgesetze? Nichts als Verletzungen der Bürger und Menschenrechte der meisten Deutschen. Denkt an das Wahlgesetz im Großherzogtum, wonach keiner gewählt werden kann, der nicht hochbegütert ist, wie rechtschaffen und gutgesinnt er auch sei, wohl aber der Grolmann, der euch um die zwei Millionen bestehlen wollte. Denkt an die Verfassung des Großherzogtums. – Nach den Artikeln derselben ist der Großherzog unverletzlich, heilig und unverantwortlich. Seine Würde ist erblich in seiner Familie, er hat das Recht, Krieg zu führen, und ausschließliche Verfügung über das Militär. Er beruft die Landstände, vertagt sie oder löst sie auf. Die Stände dürfen keinen Gesetzesvorschlag machen, sondern sie müssen um das Gesetz bitten, und dem Gutdünken des Fürsten bleibt es unbedingt überlassen, es zu geben oder zu verweigern. Er bleibt im Besitz einer fast unumschränkten Gewalt, nur darf er keine neuen Gesetze machen und keine neuen Steuern ausschreiben ohne Zustimmung der Stände. Aber teils kehrt er sich nicht an diese Zustimmung, teils genügen ihm die alten Gesetze, die das Werk der Fürstengewalt sind, und er bedarf darum keiner neuen Gesetze. Eine solche Verfassung ist ein elend jämmerlich Ding. Was ist von Ständen zu erwarten, die an eine solche Verfassung gebunden sind? Wenn unter den Gewählten auch keine Volksverräter und feige Memmen wären, wenn sie aus lauter entschlossenen Volksfreunden bestünden?! Was ist von Ständen zu erwarten, die kaum die elenden Fetzen einer armseligen Verfassung zu verteidigen vermögen! – Der einzige Widerstand, den sie zu leisten vermochten, war die Verweigerung der zwei Millionen Gulden, die sich der Großherzog von dem überschuldeten Volke wollte schenken lassen zur Bezahlung seiner Schulden. – Hätten aber auch die Landstände des Großherzogtums genügende Rechte, und hätte das Großherzogtum, aber nur das Großherzogtum allein, eine wahrhafte Verfassung, so würde die Herrlichkeit doch bald zu Ende sein. Die Raubgeier in Wien und Berlin würden ihre Henkerskrallen ausstrecken und die kleine Freiheit mit Rumpf und Stumpf ausrotten. Das ganze deutsche Volk muss sich die Freiheit erringen. Und diese Zeit, geliebte Mitbürger, ist nicht ferne. – Der Herr hat das schöne deutsche Land, das viele Jahrhunderte das herrlichste Reich der Erde war, in die Hände der fremden und einheimischen Schinder gegeben, weil das Herz des deutschen Volkes von der Freiheit und Gleichheit seiner Voreltern und der Furcht des Herrn abgefallen war, weil ihr dem Götzendienste der vielen Herrlein, Kleinherzöge und Däumlings-Könige euch ergeben hattet.

Der Herr, der den Stecken des fremden Treibers Napoleon zerbrochen hat, wird auch die Götzenbilder unserer einheimischen Tyrannen zerbrechen durch die Hände des Volks. Wohl glänzen diese Götzenbilder von Gold und Edelsteinen, von Orden und Ehrenzeichen, aber in ihrem Innern stirbt der Wurm nicht, und ihre Füße sind von Lehm. – Gott wird euch Kraft geben, ihre Füße zu zerschmeißen, sobald ihr euch bekehret von dem Irrtum eures Wandels nur *ein* Gott ist und keine Götter neben ihm, die sich Hoheiten und Allerhöchste, heilig und unverantwortlich nennen lassen, dass Gott alle Menschen frei und gleich in ihren Rechten schuf, und dass keine Obrigkeit von Gott zum Segen verordnet ist als die, welche auf das Vertrauen des Volkes sich gründet und vom Volke ausdrücklich oder stillschweigend erwählt ist, dass die Obrigkeit, die Gewalt, aber kein Recht über ein Volk hat, nur *also* von Gott ist, wie der Teufel auch von Gott ist, und dass der Gehorsam gegen eine solche Teufelsobrigkeit nur so lange gilt, bis ihre Teufelsgewalt gebrochen werden kann, – dass der Gott, der ein Volk durch *eine* Sprache zu einem Leibe vereinigte, die Gewaltigen, die es zerfleischen und verteilen oder gar in dreißig Stücke zerreißen, als Volksmörder und Tyrannen hier zeitlich und dort

ewiglich strafen wird, denn die Schrift sagt: was Gott vereinigt hat, soll der Mensch nicht trennen, und dass der Allmächtige, der aus der Einöde ein Paradies schaffen kann, auch ein Land des Jammers und des Elends wieder in ein Paradies umschaffen kann, wie unser teuerwertes Deutschland war, bis seine Fürsten es zerfleischten und schunden.“

Weil das Deutsche Reich morsch und faul war und die Deutschen von Gott und von der Freiheit abgefallen waren, hat Gott das Reich zu Trümmern gehen lassen, um es zu einem Freistaat zu verjüngen. Er hat eine Zeitlang „den Satansengeln Gewalt gegeben, dass sie Deutschland mit Fäusten schlugen, er hat den Gewaltigen und Fürsten, die in der Finsternis herrschen, den bösen Geistern unter dem Himmel (Ephes. 6.) Gewalt gegeben, dass sie Bürger und Bauern peinigten und ihr Blut aussaugten und ihren Mutwillen trieben mit allen, die Recht und Freiheit mehr lieben als Unrecht und Knechtschaft.“ – Aber ihr Maß ist voll!

Sehet an das von Gott gezeichnete Scheusal, den König Ludwig von Bayern, den Gotteslästerer, der redliche Männer vor seinem Bilde niederzuknien zwingt und die, welche die Wahrheit bezeugen, durch meineidige Richter zum Kerker verurteilen lässt, das Schwein, das sich in allen Lasterpfützen von Italien wälzte, den Wolf, der sich für seinen Baals-Hofstaat für immer jährlich fünf Millionen durch meineidige Landstände bewilligen lässt, und fragt dann: „Ist das eine Obrigkeit von Gott zum Segen verordnet?“

Ha! du wärest Obrigkeit von Gott?  
Gott spendet Segen aus,  
Du raubst. du schindest, kerkerst ein,  
Du nicht, von Gott, Tyrann!

Ich sage euch: sein und seiner Mitfürsten Maß ist voll, Gott, der Deutschland um seiner Sünden willen geschlagen hat durch diese Fürsten, wird es wieder heilen. „Er wird die Hecken und Dörner niederreißen und auf einem Haufen verbrennen.“ Jesais 27, 4.

So wenig der Höcker noch wächst, womit Gott diesen König Ludwig gezeichnet hat, so wenig werden die Schandtaten dieser Fürsten noch wachsen können. Ihr Maß ist voll. Der Herr wird ihre Körper zerschmeißen, und in Deutschland wird dann Leben und Kraft als Segen der Freiheit wieder erblühen. Zu einem großen Leichenfelde haben die Fürsten die deutsche Erde gemacht, wie Ezechiel im 37. Kapitel beschreibt: „Der Herr führte mich auf ein weites Feld, das voller Gebeine lag, und siehe, sie waren sehr verdorrt.“ Aber wie lautet des Herrn Wort zu den verdorrtten Gebeinen: „Siehe, ich will euch Adern geben und Fleisch lassen über euch wachsen, und euch mit Haut überziehen, und will euch Odem geben, dass ihr wieder lebendig werdet, und sollt erfahren, dass Ich der Herr bin.“ Und des Herrn Wort wird auch an Deutschland sich wahrhaftig beweisen, wie der Prophet spricht: „Siehe, es rauschte und regte sich, und die Gebeine kamen wieder zusammen, ein jegliches zu seinem Gebein. – Da kam Odem in sie, und sie wurden wieder lebendig und richteten sich auf ihre Füße, und ihrer war ein sehr groß Heer.“

Wie der Prophet schreibt, also stand es bisher in Deutschland: eure Gebeine sind verdorrt, denn die Ordnung, in der ihr lebt, ist eitel Schinderei. Sechs Millionen bezahlt ihr im Großherzogtum einer Hand voll Leute, deren Willkür euer Leben und Eigentum überlassen ist, und die anderen in dem zerrissenen Deutschland gleich also. Ihr seid nichts, ihr habt nichts! Ihr seid rechtlos. Ihr müsset geben, was eure unersättlichen Presser fordern, und tragen, was sie euch aufbürden. Soweit ein Tyrann blicket – und Deutschland hat deren wohl dreißig – verdorret Land und Volk. Aber wie der Prophet schreibt, so wird es bald stehen in Deutschland: der Tag der Auferstehung wird nicht säumen. In dem Leichenfelde wird sich's regen und wird rauschen, und der Neubelebten wird ein großes Heer sein.

Hebt die Augen auf und zählt das Häuflein eurer Presser, die nur stark sind durch das Blut, das sie euch aussaugen, und durch eure Arme, die ihr ihnen willenlos leihet. Ihrer sind vielleicht 10 000 im Großherzogtum und eurer sind es 700 000, und also verhält sich die Zahl

des Volkes zu seinen Pressern auch im übrigen Deutschland. Wohl drohen sie mit dem Rüstzeug und den Reisigen der Könige, aber ich sage euch: Wer das Schwert erhebt gegen das Volk, der wird durch das Schwert des Volkes umkommen. Deutschland ist jetzt ein Leichenfeld, bald wird es ein Paradies sein. Das deutsche Volk ist ein Leib, ihr seid ein Glied dieses Leibes. Es ist einerlei, wo die Scheinleiche zu zucken anfängt. Wann der Herr euch seine Zeichen gibt durch die Männer, durch welche er die Völker aus der Dienstbarkeit zur Freiheit führt, dann erhebet euch, und der ganze Leib wird mit euch aufstehen.

Ihr bückt euch lange Jahre in den Dornäckern der Knechtschaft, dann schwitzt ihr einen Sommer im Weinberge der Freiheit und werdet frei sein bis ins tausendste Glied.

Ihr wühlt ein langes Leben die Erde auf, dann wühlt ihr euren Tyrannen ein Grab. Ihr bautet die Zwingburgen, dann stürzt ihr sie und bauet der Freiheit ein Haus. Dann könnt ihr eure Kinder frei taufen mit dem Wasser des Lebens. Und bis der Herr euch ruft durch seine Boten und Zeichen, wachet und rüstet euch im Geiste und betet ihr selbst und lehrt eure Kinder beten „Herr, zerbrich den Stecken unserer Treiber und lass dein Reich zu uns kommen – das Reich der Gerechtigkeit. Amen.“

Georg Büchner.

## Zeugen und Rufer.

Kannst du durch Kämpfen nichts erreichen,  
Musst du dich fügen oder weichen.

Hebbel

\*

Schlimmer als die Knechtschaft selber,  
Ist der Knechtschaft Geist.

\*

Von allem, was da vorgeht, wundert mich nichts, und ich erwarte noch weit Heilloseres. Dennoch bin ich fröhlichen Mutes; denn ich weiß, dass nur aus dem unvollkommenen Ersterben das neue Leben hervorgeht. (Fichte 1762–1814.)

\*

Die Kunst der Überzeugung genügt nicht immer. Am häufigsten müsste und muss man sich verträsten und abwarten, dass die harte Schule der Enttäuschung als Lehre dient, was sie besser besorgt, als es Vernunftgründe vermögen.

Antonio Labriola

Verantwortlich: Frau Ahrens: Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker): sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 15/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 14. April 1917.

Nr. 15

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Das Kompromiss von Gotha.

Am 7., 8. und 9. April wurde die Partei der Unabhängigen Sozialisten Deutschlands gegründet. Sie ist ein Kompromiss zwischen dem Parteizentrum und den Linksradikalen der Gruppe „Internationale“. Es unterlag nach den Artikeln, die Gracchus, einer der Führer der Sparkacusgruppe im „Kampf“ veröffentlichte, keinem Zweifel mehr, dass die Gruppe den Anschluss an das Parteizentrum vollziehen werde. Alle prinzipiellen und taktischen Differenzen zwischen Zentrum und Linksradikalen, die im „Kampf“, in den Spartacusbriefen, in zahlreichen Flugblättern der Gruppe „Internationale“ mit hinreißender Schärfe, oft genug in schonungslosester Form hervorgehoben worden sind, traten zurück hinter dem Streben, eine organisatorische Einheit zu schaffen. Der Satz der Jenaer Jugendthesen, dass nur prinzipielle Klärung die Grundlage der organisatorischen Zusammenfassung bilden könne, wurde ebenso desavouiert, wie das Verhalten Liebknechts, der sich der Arbeitsgemeinschaft nicht anschloss und nicht anschließen konnte, wollte er seine eigene Politik, seine gesamte parlamentarische Tätigkeit während des Krieges nicht zur Farce herabwürdigen.

Welche Gründe haben die Gruppe „Internationale“ geleitet, diesen für die linksradikale Bewegung so verhängnisvollen Schritt zu tun? Ist einer unter den führenden Köpfen dieser Gruppe, der die Illusion hegt, die Arbeitsgemeinschaft könnte vorwärtsgetrieben werden, wenn der Druck einer linksradikalen Gruppe hinter sie gesetzt werde? Dann wäre nicht einzusehen, weshalb die Gruppe „Internationale“ nicht von Anfang an diese Taktik verfolgt hätte; dann wäre ihre Trennung von der Arbeitsgemeinschaft und den Zentrumsleuten ein einziger taktischer Missgriff gewesen. Aber ganz sicher besteht diese Illusion nicht bei den Führern der „Internationale“. „Wenn es nach allem, was wir seit Jahr und Tag im Parlament und außerhalb desselben erlebt haben, eines neuen dokumentarischen Beweises bedurft hätte, um die *politische Impotenz, Ratlosigkeit und Hoffnungslosigkeit* dieser sogenannten ‚Opposition‘ auf flacher Hand darzutun, so hat ihr offizielles Friedensmanifest aus der Feder Kautskys ein solches Dokument in klassischster Form geliefert.“ – „Eine neue Verschärfung des Krieges, eine Ausdehnung der Rüstungen, eine neue Auflage des Massenmordes – und das gerade durch den Friedensapostel Wilson – das sind die diplomatischen „Abrüstungsabkommen“ und internationalen „Schiedsgerichte“, auf die die Arbeitsgemeinschaft ihre Friedenspolitik als auf einen steinernen Felsen basiert!“ – „Aber die verspätete Kopie der Wilsonschen Friedensbotschaft ist bei der Arbeitsgemeinschaft mehr als politische Impotenz: sie ist – was

die Kautsky-Haase-Ledebour offenbar gar nicht begreifen können – *eine glatte Preisgabe des Sozialismus*“.

Den Führern der Gruppe „Internationale“, denselben, die den organisatorischen Anschluss an diese organisierte politische Impotenz, an die Nachzügler der Ebert und Scheidemann, mit Eifer propagiert haben, dürften diese Worte nicht ganz unbekannt sein. Und dennoch der organisatorische Zusammenschluss! Aus welchen Gründen? Will man in der Wohnung der Arbeitsgemeinschaft als geduldeter Mieter sitzen in der stillen Hoffnung, den Hauseigentümer eines Tages vor seine eigene Tür setzen zu können? Das Schicksal der Opposition in der alten Partei sollte Unwissende für alle Zeit wissend gemacht haben. Oder glaubt einer, dass die Haase und Ledebour zartfühlender seien als die Ebert und Scheidemann? Man erinnere sich der Worte, die Haase auf der Konferenz der Gruppe „Internationale“ an den Kopf warf: Wenn ihr meint, ihr könntet usw.

Aber die Gruppe „Internationale“ verkalkuliert sich auch in jeder anderen Beziehung. Entweder führt sie in der neuen Partei den Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaft konsequent durch, dann wird die Spaltung die unmittelbare Folge sein; denn die Partei der Arbeitsgemeinschaft, die aufs Neue erfahren hat, dass sie vorerst die Mehrheit der oppositionell gesinnten Elemente hinter sich hat, wird keine Veranlassung haben, ihr unbequeme Gäste unter ihrem Dache zu dulden. Die Gruppe „Internationale“ wird dann doch genötigt sein, die Gründung einer eigenen Partei vorzunehmen. Wenn aber die Gruppe „Internationale“ den Kampf gegen die S. A. G. nicht mit äußerster Energie aufnimmt, so wird sie in kürzester Zeit alles Vertrauen der Besten unter ihren Anhängern verloren haben, die sich dann von ihr lossagen werden, um die eigene linksradikale Partei zu gründen. Aber auch vor den äußeren Schwierigkeiten sichert der Zusammenschluss mit der S. A. G. die Linksradikalen nicht. Gerade der Kampf gegen das Zentrum der Partei erfordert neben der Kritik die Entwicklung der positiven Forderungen der Linksradikalen, da das konterrevolutionäre Wesen des Parteizentrums sich in den praktischen Kämpfen am klarsten enthüllen wird. Organisatoren der Legalität aber, die sie sind, werden die Zentrumsleute alles zu verhindern trachten, was die Organisationen irgendwie aufs Spiel setzen könnte. Sie werden dabei vor den gewagtesten Mittel nicht zurückschrecken, durch die die Linksradikalen in die exponierteste Lage gedrängt werden, wenn sie es nicht von vornherein vorziehen, das Banner der linksradikalen Forderungen in frischer Initiative zu enthüllen.

So schützt die Gemeinschaft mit dem Parteizentrum nicht im Mindesten vor den äußeren Schwierigkeiten; wohl aber hindert sie manchen Unentschiedenen unter den Linksradikalen, den Kampf mit aller Rücksichtslosigkeit zu führen. Es geht aber nicht an, im Spartacus die S. A. G. nach Strich und Faden zu vermöbeln und im „Kampf“ derselben S. A. G. gegenüber harmlos zu sein. Durch nichts wird die Verwirrung in den eigenen Reihen der Gruppe „Internationale“ größer als durch solches Doppelspiel.<sup>35</sup>

Aber auch das andere Moment, dass man nur in Verbindung mit der S. A. G. an die Arbeitermassen gelangen könne, die ihr noch Gefolgschaft leisten, trifft nur bedingt zu. Wir stehen heute inmitten einer völlig veränderten Situation. Innerhalb der deutschen Partei gibt es nach der Spaltung nicht mehr den gemeinsamen, historisch gewordenen Kampfboden, auf dem wir vor der Spaltung mit den Sozialpatrioten und der S. A. G. um die Köpfe der Arbeiter

---

<sup>35</sup> „Wir nennen diesen Fall nicht etwa als einen nur möglichen. Unsere Freunde aus Magdeburg z. B. sympathisieren augenblicklich mit der „Arbeiterpolitik“ weniger und mit dem Duisburger „Kampf“ mehr, weil jene den Kampf gegen die S. A. G. mit aller Schärfe, dieser aber dagegen mit Zurückhaltung führt. Wir empfehlen unseren Magdeburger N sehr, bei der Gruppe „Internationale“ anzufragen, welches ihr wahres Verhältnis gegenüber der S. A. G. ist: das der Zurückhaltung im „Kampf“ oder das der äußersten Rücksichtslosigkeit im „Spartacus“.



kämpften. Heute ist die Spaltung da und es gilt, sie so gründlich wie möglich zu betreiben. Auch den Sozialpatrioten laufen noch Arbeitermassen nach. Wollte man das Argument der Gruppe Internationale gelten lassen, so dürfte man auch den Bruch mit den Sozialpatrioten nicht vollzogen haben. In Wirklichkeit werden Sozialpatrioten wie Zentrumsleute noch lange gewisse Kreise der Arbeiterschaft hinter sich haben, Kreise nämlich, die auf Grund ihrer sozialen Lage, auf Grund der Aussichten, die ihnen die imperialistische Entwicklung oder das Bestehen großer legaler Arbeiterorganisationen bieten, für die Kampfmethoden der Linksradikalen vorläufig nicht zu haben sein werden. Der übrige Anhang der reaktionären Richtungen, der nur noch nicht klarsieht, der aber den Willen und die Kraft zum Kampfe hat, wird umso eher zu uns stoßen, je selbständiger wir den Kampf führen können.

Weit wichtiger aber als die innere Lage der Partei ist die internationale Situation. Überall breitet sich der Spaltungsprozess mit den Zentrumsleuten aus, überall kompromittieren sich die Zentrumleute durch die reaktionären Halbheiten ihrer Politik, in Russland ruht die ganze Zukunft der Revolution auf der selbständigen Aktion der Bolschewiki – und in Deutschland stärkt die größte linksradikale Gruppe vor aller Welt das Prestige eines an Halbheiten, Widersprüchen, reaktionärem Gebaren bis über den Scheitel beladenen Zentrums durch den organisatorischen Zusammenschluss mit ihm in einem unerhörten Maße. Ein größerer Verrat an den Helden einer revolutionären Bewegung, wie wir sie jetzt in Russland erleben, wie sie sich in den westeuropäischen Ländern vorbereitet, wurde noch nicht verübt, und er ist umso schwerer, als er basiert auf den kleinlichsten organisatorischen Rücksichten.

Die neue Partei der Unabhängigen Sozialisten Deutschlands kann in ihrer jetzigen Form nicht lange bestehen. Entweder tritt die Gruppe „Internationale“ alsbald geschlossen wieder aus oder sie spaltet sich. Es ist interessant genug, dass der Vertreter von Berlin 6 und die Vertreterin von Duisburg, hinter der die Linksradikalen des gesamten Rheinlands stehen, den Zusammenschluss mit dem Parteizentrum ebenfalls verwarfen. Sie fanden sich in dieser Auffassung mit den Vertretern von Hamburg und Bremen zusammen, nur ließen sie sich noch von organisatorischen Rücksichten der Gruppe „Internationale“ gegenüber leiten, und vermieden so den Bruch mit der Gruppe. Sie werden ihren Mitgliedschaften die Entscheidung anheimstellen, und es wird sich bald genug zeigen, ob die Arbeiter dieser hochentwickelten Gegenden Weitblick genug besitzen, um die Notwendigkeiten zu erkennen, die die gegenwärtige Situation gezeitigt hat.

Nur die Bremer und Hamburger Delegierten traten für eine völlige Verselbständigung der Linksradikalen ein. Sie überreichten der Gruppe „Internationale“ bereits am Tage vor der Konferenz eine Erklärung, in der sie ihren Standpunkt propagierten. Die Erklärung lautete etwa so:

*Erklärung.*

Da das Zentrum der Partei und seine parlamentarische Vertretung, die Soz. A. G., sich von dem Sozialpatriotismus nicht grundsätzlich unterscheidet, so ist jedes organisatorische Zusammenwirken mit dieser Richtung zu verwerfen. Es würde nur zur Verlängerung der inneren Kämpfe führen, die der alten Partei die Stoßkraft nach außen nehmen.

Der Gedanke, innerhalb derselben Partei mit der A. G. eine selbständige, linksradikale Organisation mit völliger geistiger und praktischer Bewegungsfreiheit gründen zu können, ist als utopisch zurückzuweisen.

Die Linksradikalen können ihre Pflicht nur erfüllen als selbständige, jeder Schwierigkeit spottende, von allen Fesseln grundsätzlicher innerer Auseinandersetzungen mit der konterrevolutionären Richtung des Parteizentrums befreiten Organisation. Durch diese praktischen Kämpfe vollzieht sich ebenso die Aufklärung, wie die Sammlung der revolutionären Arbeitermassen am wirksamsten, nachdem durch die vollzogene Spaltung der Partei der gemeinsame historische Boden des Kampfes nicht mehr vorhanden ist.

Wir verwerfen daher jedes organisatorische Zusammenwirken mit dem Parteizentrum und werden alles als Hemmung im Befreiungskampfe des Proletariats bekämpfen, was ein derartiges Zusammenwirken propagiert oder praktisch vollzieht.

Sollte die Gruppe „Internationale“ eine organisatorische Verbindung mit der A. G. in irgendeiner Form eingehen, so werden wir genötigt sein, im vollen Gegensatz zu ihr die Gründung einer eigenen linksradikalen Organisation, der Internationalen Sozialdemokratie Deutschlands, vorzunehmen. Im andern Falle erklären wir uns unter bestimmten, noch zu formulierenden Bedingungen zum organisatorischen Zusammenschluss mit ihr bereit.

*Auf der Konferenz selbst erklärten sie:*

Die Unterzeichneten erklären:

Die Konferenz hat ein organisatorisches Parteigebilde geschaffen, ohne vorerst gründlich die Frage zu prüfen, ob die für jede lebensfähige Organisation notwendige gemeinsame geistige Grundlage gegeben ist. Allein schon die wenigen Ausführungen, die sich in der Richtung einer prinzipiellen und taktischen Auseinandersetzung bewegten, haben den Beweis erbracht, dass die Gegensätze zwischen dem Zentrum der Partei und den Linksradikalen zu tief sind, dass ein organisatorisches Zusammenwirken unmöglich ist. Die Unterzeichneten haben sich daher bei der Abstimmung über das Organisationsstatut der Stimme enthalten. Sie stellen ausdrücklich fest, dass sie sich einer gemeinsamen Organisation zwischen Parteizentrum und Linksradikalen nicht anschließen werden. Sie bedauern, dass die Gruppe „Internationale“ sich auf den Zusammenschluss mit dem Parteizentrum einließ, ohne vorerst die geistige Klärung im vollen Umfange durchgesetzt zu haben. Die Unterzeichneten halten nach wie vor die Gründung einer eigenen linksradikalen Organisation für notwendig und stellen fest, dass sie zu dem Zwecke die Konferenz besucht haben, um die Klärung zwischen Parteizentrum und Linksradikalen vorwärtszutreiben und so die organisatorische Sammlung der äußersten Linken vorbereiten zu helfen. Sie werden nach dem Ergebnis der Konferenz mit gesteigerter Energie in dieser Richtung wirken. Sie betonen ausdrücklich, dass sie jede Aktion der neuen Partei, die auf dem Wege der Entwicklung der Massenaktionen liegt, mit aller Kraft unterstützen werden.

Die Tagung von Gotha ist das Gegenstück jener denkwürdigen Einigungshandlung zwischen Lassalleanern und Eisenachern. Prinzipiell verwarfen die Arbeitsgemeinschaftler die Austragung der grundsätzlichen und taktischen Gegensätze zwischen den verschiedenen Richtungen. Was an den Anfang der Verhandlungen gehörte, tauchte ganz am Schluss auf; hier aber auch mit schneidender Schärfe und Kraft. In glänzender Analyse, überströmend von wichtigsten Argumenten, zog der letzte Redner der Gruppe „Internationale“ nach einem bankrotten Referat Ledebours über „unsere Aufgaben“ die Grenze zwischen Parteizentrum und Linksradikalen. Es war die Konstatierung eines unversöhnlichen Gegensatzes. Es war eine ebenso gründliche, wie in ihren Konsequenzen und zweifelhafte Stäupung der Kautsky, Haase, Ledebour, Bernstein, Eisner. Aber es war nicht der Geist der bekannten und unbekanntenen Führer der Gruppe „Internationale“, der aus diesem Redner sprach, sondern es war der Geist Karl Radeks und der „Arbeiterpolitik“, der ihn beseelte und begeisterte, der ihm die Argumente gegen das Zentrum gab. So schloss die Konferenz mit einer helltönenden und weittragenden Fanfare. Sie wird in allen Landen vernommen werden und die Linksradikalen zum Sammeln in ihren eigenen Reihen rufen. Dann wird die Farce von Gotha durch das große historische Drama abgelöst sein, und an die Stelle des zaghaften Kompromisses wird die Kühnheit der Tat treten.

<p>Aus Versehen beim Zusammenstellen sind nachfolgenden Zeilen auf der 1. Seite ausgelassen. In der 2. Sp. 20. Zeile von unten muss gelesen werden: an den Kopf warf: Wenn ihr meint, ihr könntet usw. [korrigiert, d. Hrsg.]</p>
---

Wenn ihr meint, ihr könntet unter unserem Dache Schutz suchen, könntet uns aber im Übrigen nach Herzenslust bekämpfen, dann irrt ihr euch! Die neue Partei wird Disziplin fordern wie die alte, und sie wird sie umso rücksichtsloser fordern müssen, als die in ihr vereinigten heterogenen Elemente nur durch äußere Disziplin zusammengehalten werden können.

Die Gruppe „Internationale“ fürchtete, jetzt keine selbstständige linksradikale Partei gründen zu können wegen des Mangels an Kräften und wegen der sonstigen Schwierigkeiten. Wenigstens eine legale Partei zu schaffen sei unmöglich. Nun kann man aber nicht eher von einer Unmöglichkeit reden, bevor man nicht die Probe gemacht hat. Die Gruppe „Internationale“ war, gerade wenn sie solche Befürchtungen hegte, verpflichtet, den Versuch einer Parteibildung zu unternehmen. Indem sie es unterließ, wick sie dem Kampf um die Gleichberechtigung mit den andern Parteien aus. Sie setzte dadurch selbst Zweifel in ihre Tatkraft.

## Die Triebkräfte der russischen Revolution

### 3. Die Rolle der Arbeiterklasse.

Die treibende Kraft dieser Revolution, wie der des Jahres 1905, bildet die Arbeiterklasse. Die Gärung im Kleinbürgertum, das Streben der Bourgeoisie nach Macht, bildeten nur die günstigen Bedingungen, in denen das revolutionäre Drängen des Proletariats sich so schnell in Revolution umwandeln und vorerst dem Zarismus einen betäubenden Schlag versetzen konnte. Ohne Unterstützung des Kleinbürgertums in Land und Stadt wird das Proletariat die Revolution nicht siegreich durchführen können, und sollte es über die Bourgeoisie siegen, so wird es sich in einem agrarischen Lande wie Russland ohne Hilfe der Bauern eine längere Zeit nicht behaupten können. Wir unterstreichen diese Momente einstweilen nicht zwecks Aufstellung einer Perspektive der Entwicklung – das wird die Aufgabe weiterer Artikel sein – sondern um zu zeigen, dass unsere Auffassung von der Rolle des Proletariats nicht aus Überschätzung seiner Kraft entspringt. Wir sehen ihre Grenzen, aber das schafft nicht die Tatsache aus der Welt, dass die Bourgeoisie 1917 ebenso wenig wie 1905 die treibende Kraft der Revolution war, dass es vielmehr, damals wie heute, die Arbeiterklasse ist.

Die Revolution begann 1905 mit dem „Bittgang“ des Proletariats zum Zaren am 22. Januar, und ihr Siegeslauf wurde beendet mit ihrer Niederlage im Moskauer Aufstand im Dezember 1905. Im Jahre 1906 suchte sie die eroberten Positionen in den blutenden Händen zu halten, aber die Stockprügel auf den Magen, die ihr das Kapital versetzte, die Füsiladen des Zarismus warfen sie zu Boden.

Noch einmal richtete sich die Arbeiterschaft Petersburgs auf, als die sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma vors zarische Gericht geschleppt wurden. Die Proletarier Petersburgs feuerten die letzten Patronen ab, um ihren Vertrauensmännern auf dem schweren Weg zuzurufen: Wir sind da! Dann aber senkte sich über das Proletariat die Finsternis der Konterrevolution, und nur aus den Gefängnissen kam Kunde von den Kämpfern, die aus seinen Reihen gerissen waren.

Wenn auch ein Teil der Sozialdemokratie, die Liquidatoren, kapitulierte, teils die Reihen der Partei verließ, teils annahm, die einzige Arbeit, die vor den Sozialdemokraten stehe, sei, allerhand legale Organisationen zu bilden, die allmählich der Arbeiterschaft erlauben würden, sich Positionen zu erringen im Russland, das den Weg der bürgerlichen Revolution schon endgültig verlassen und den Weg langsamer bürgerlicher Entwicklung betreten hat, – so hielten die Radikalen der Partei, die Bolschewiks, ihre revolutionären Ziele aufrecht. Solange der Zarismus und die Bourgeoisie die Bauern nicht befriedigt haben, gilt es an dem Ziel der

gewaltsamen Niederringung des Zarismus festzuhalten, den Kampf der Partei auf dieses Ziel, nicht auf Reformen einzustellen, alle legalen Positionen nur für diesen Zweck zu gebrauchen. Zwischen diesen zwei Standpunkten, den der Liquidatoren, die die Revolution als beendet, die Reform als nächste Aufgabe erklärten und dem der Bolschewiks, gab es eine mittlere, hauptsächlich von Trotzky repräsentierte Richtung, die zwar auf die Revolution nicht verzichtete, aber im Kampfe um Teilreformen den Weg zu ihr sah. Als im Jahre 1912 dank der Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur die in den Jahren 1906–1907 niedergeworfene Arbeiterbewegung wieder ihr Haupt zu erheben begann, als sie nach den Lenametzleien stürmischen Charakter annahm, entschied der wirkliche Gang der Ereignisse über den Streit in der Partei. Die Mehrheit des Proletariats, die wirklich zu kämpfen anfang, stellte sich nicht die Reformierung des Zarismus, sondern seine Niederringung als Ziel. Sie wollte nicht einmal als Ausgangspunkt den Kampf um Reformen nehmen, sondern rückte dem Zarismus auf den Leib. Im Juli 1914, im letzten Monat vor dem Kriegsausbruch, konnte Poincare in Petersburg Barrikaden, demonstrierende Massen sehen. Vielleicht würde das Resultat dieser Kämpfe nur die Eroberung von Reformen sein, nicht der Sieg über den Zarismus, wenn der Krieg nicht alle Gegensätze so ungeheuer verschärft hätte. Aber auch dann würde die Geschichte alle die, die im Kampfe um die Reformen den Weg zur Revolution sehen, lehren, dass sie noch eine andere Dialektik kenne, als durch den Kampf um Reformen zur Revolution zu gelangen: die Reformen als Resultat des Strebens zur Revolution. Die Geschichte hat den Bolschewiks schon völlig Recht gegeben gegenüber den Liquidatoren, wie den Vermittlern. Wie recht sie in ihrer Politik der Trennung von den Liquidatoren hatten, zeigte die Umwandlung der Mehrheit der Liquidatoren in Sozialpatrioten.

Der Krieg hat die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe vorerst zurückgeworfen. Die antikriegische Haltung der Bolschewiks, ihre Propaganda des revolutionären Massenkampfes wurde von den Sozialpatrioten des Auslandes als bedeutungslos dargestellt: kleine Gruppen von Ideologen, verbittert gegen den Zarismus, die nichts zu verlieren haben. Selbst als aus Russland Nachrichten vom Kampfe immer mehr wachsender Teile der Arbeiterschaft, von Munitionsstreiks, Demonstrationen kamen, hielt man sie für symptomatisch, aber real genommen für bedeutungslos. Die Losung der Bolschewiks: Nicht Burgfrieden sondern Bürgerkrieg! schien manchem zentrumlichen „Realpolitiker“ eine Übertreibung, die das Leben selbst korrigieren werde: es ist genug, wenn die Sozialdemokratie die Hände rein behält, keine Verantwortung übernimmt. Jetzt steht Russland im Bürgerkrieg, im buchstäblichstem Sinne des Wortes. Er ist gegen den Willen der Bourgeoisie ausgebrochen; unter dem Druck des Proletariats wurde der Zar abgesetzt und festgenommen, wurden die Schergen der Reaktion arretiert, wurde dem Großfürsten Nikolai Nikolajewiez das Oberkommando genommen. Das Proletariat rief sofort die Arbeiterdelegiertenräte ins Leben, dieses im Jahre 1905 aus den Massen herauswachsende Instrument ihres Kampfes, die direkte Vertretung der Klasse, es bewaffnet sich. Gegen wen? Gegen die noch lebendigen Kräfte das alten Regimes wie gegen das neue Regime der Bourgeoisie. Das neue Regime ist noch nicht gesichert vor einem Streich der Reaktion. Einstweilen ist nur der Zar besiegt, aber die Demokratie noch nicht durchgeführt. Ist es nicht zu früh, wenn schon jetzt die radikale Sozialdemokratie das Volk zum weiteren Kampfe rüstet, wenn sie weitergehende Forderungen nicht nur auf dem Gebiete der Demokratie – Republik – sondern auf sozialem Gebiete aufstellt: wenn sie den Achtsturentag für die Arbeiter, Grund und Boden für die Bauern fordert? Da sich diese Forderungen nicht nur gegen die früheren, sondern auch gegen die heutigen Machthaber richten, spricht die Ententeppresse von der konterrevolutionären Aktion der Bolschewiks und der Arbeiterklasse überhaupt. Aber ein Blick auf die Kräfte der Reaktion und die äußere Lage der Revolution wird zeigen, dass die Revolution umsonst für die Arbeiterklasse und Bauern stattfand, wenn sie von der Sozialdemokratie als beendet erklärt würde.

#### 4. Die Taktik der Arbeiterklasse.

„Da Russland freudig das neue Regime begrüßt hat, ist es eine augenscheinliche Lächerlichkeit, von der Möglichkeit der Wiederherstellung der Herrschaft der Reaktion zu sprechen; aber die Extremisten (d. h. revolutionäre Sozialdemokraten, K. R.) bestehen darauf, dass es gefährlich ist, wenn die Arbeiter in die Fabriken, die Soldaten zu ihren Pflichten zurückkehren.“ – telegraphierte am 20. März der Korrespondent der Times, dessen Korrespondenzen trotz ihrer Pfiffigkeit noch die besten Einblicke in die gegensätzlichen Strömungen der Revolution gewähren. Und in einer offiziellen Note des Pariser „Temps“ vom 27. März heißt es: „Die jetzige Regierung hat wenig zu fürchten von einem reaktionären Rückschlag. Es scheint aber, dass sie von den Sozialisten zu fürchten hat, die sich revolutionär erweisen in der ganzen Bedeutung des Wortes“. Nicht das alte Regime, das Proletariat ist die Gefahr, das ist die Losung, die das Finanzkapital Englands und Frankreichs der russischen Bourgeoisie ausgibt. Und das ist auch ihr Standpunkt. Aber zu schwach, sofort mit dem Proletariat abzurechnen, sucht die russische Bourgeoisie es einzulullen mit dem ersten Teil der kontrerevolutionären Losung, mit dem Freudenruf: das alte Regime ist tot!

Niemals haben die Kräfte der Reaktion ohne die verzweifeltste Gegenwehr die Waffen gestreckt. Die russischen Junker und Bürokraten werden es am wenigsten tun: Jahr für Jahr untergräbt die wirtschaftliche Entwicklung und ihre eigene Lotterwirtschaft sie ihre Grundlagen als halbfeudale Großgrundbesitzer; die Staatsmacht ist ihr letzter Rettungsanker. Für den Tross der bürokratischen Aussauger und Diebe ist sie die einzige Quelle von Geld und Macht. Wollen sie nicht untergehen, so müssen sie auf Leben und Tod kämpfen. Sie wurden durch die Ereignisse überrumpelt, sind sich noch im Unklaren, was sie von einzelnen Truppenteilen zu erwarten haben. Sie wollen abwarten, bis die durch das Anwachsen der proletarischen Bewegung erschrockenen Bourgeois sich ihnen in die Arme werfen.

Kann sich das Proletariat dagegen durch „Mäßigung“ wehren? Nun, verzichtet es auf den Kampf um Brot, Freiheit und Frieden, dann werden ihm die jetzigen Bourgeois Lobreden spenden, sie werden sich gegen die Nikolajew halten können, aber die Arbeiter werden weiter bluten für den Imperialismus und am Schlusse mit leeren Händen ausgehen. Es gibt nur einen Weg der Sicherung gegen das alte Regime. Es ist die Verschanzung und Verbarrikadierung der Revolution: politisch und sozial. Die soziale Revolution besteht darin, dass das Proletariat sich sofort bewaffnet, sofort die Wahlen zu den Kommunen der Städte erzwingt, den Verwaltungsapparat in die Hände nimmt, die Obdachlosen in die Wohnungen der Reichen bringt und gegen die Kriegswucherer drakonisch vorgeht. Die städtischen Verwaltungen müssen sofort die Bildung von Bauerngemeindeverwaltungen anregen, die Bauern anspornen, sich in den Besitz des Grund und Bodens der Großgrundbesitzer zu setzen, ihnen Hilfskräfte zur Bebauung des Landes zur Verfügung stellen. Es wird Sache der großen Kommissionen und der Arbeiterdelegiertenräte sein, laut die Forderung zu erheben, dass Fabriken Ackergeräte liefern, dass Bauernsoldaten nach der Heimat beurlaubt werden zur Bestellung ihres Ackers. Das letzte ist unmöglich ohne Einstellung jeder offensiven Bewegung, die dem russischen Imperialismus Persien, Armenien, die Dardanellen sichern sollen ohne defensives Verhalten an der deutschen Front.

Und das führt zu den politischen Forderungen. Es ist die Forderung sofortigen Waffenstillstandes, von Friedensverhandlungen, der Achtstundentag, die Wahlen zur Konstituante auf Grund der allgemeinen, gleichen Wahlen für Mann und Frau, die Romanows vor Gericht, kann man sich stärkere Rufe vorstellen? Und wie der Kampf für alle diese Ziele aufrüttelnd auf das Proletariat wirken wird, so wird er die Arbeiter- wie Bauernmasse Russlands so sehr mit den Geschicken der Revolution verketteten, dass die Reaktion weder auf die Unaufgeklärtheit der Bauern, noch auf die Müdigkeit der Arbeiter rechnen können wird.

Ist das nicht ein „Plan“ revolutionärer Alchimisten, die in ihrer Studierstube Rezepte aushecken? Wer aufmerksam das Wirrwarr der Telegramme liest, die die große Presse aus Petersburg bringt, der wird bemerkt haben, dass wir nur systematisiert haben, was die radikale Arbeiterschaft schon an Ort und Stelle unter dem Drang der Notwendigkeit durchführt. Selbst von der Forderung der Soldaten, dass ältere Jahrgänge zur Bestellung der Äcker entlassen werden, berichtete die „Times“ vom 24. März.

Es kann nicht anders sein. Das Proletariat muss suchen, den Sieg in seinem Interesse auszunützen. Und diese Ausnützung des eigenen Sieges für die eigenen Interessen des Proletariats, das ist die Anarchie, Fanatismus, Extremismus der „unbekannten Redner“ aus dem Arbeiter- delegiertenrate, gegen die die Temps wie die Times so schimpfen. Antäus, der die Mutter Erde zu berühren sucht, um Kraft zu gewinnen!

Und weil es so ist, wird diese Schanzarbeit des Proletariats früher oder später zum Zusammenstoß mit der „neuen Regierung“ der imperialistischen Bourgeoisie führen, wobei sie sich mit den Männern des alten Regimes zusammenfinden wird. Das Proletariat erstrebt momentan den Sturz der neuen Regierung nicht, es will sich nur gegen ihre langen Finger wehren, die ihm alle Früchte des Sieges nehmen wollen. Aber weil es sich der „neuen Regierung“ der alten Ausbeutung nicht auf Gnade und Ungnade ausliefern will, wird es nach aller Voraussicht zwischen ihm und ihr zum Kampf auf Leben und Tod kommen.

Sein Ausgang wird von der Wirkung abhängen, die die russische Revolution auslöst.

## Demokratie in den Genossenschaften.<sup>36</sup>

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine wird in der nächsten Woche in unserer Stadt seine Jahresversammlung abhalten. Auch sie wird, wie ihre Vorgängerinnen, zeugen von der gewaltigen Macht, die heute schon die Genossenschaftsbewegung der Arbeiterklasse darstellt. Unsere Zeit der Teuerung, der Ausraubung der Massen durch die herrschenden Kapitalscliquen fordert organisierten Widerstand der Konsumenten immer lauter heraus. Dass dieser Ruf nicht verhallt ist, dass die Arbeiterklasse ihre Macht als Konsument ebenso tüchtig und erfolgreich wie als Produzent zu gebrauchen weiß, das beweist der gegenwärtige Stand der Genossenschaftsbewegung. 1200 Genossenschaften mit 1 600 000 Mitgliedern sind gegenwärtig dem Verband angeschlossen 30 000 Angestellte stehen unmittelbar im Dienste dieser gewaltigen Organisation, in der im letzten Jahre ein Umsatz von 675 Millionen Mark erzielt wurde. Ein Netz von Verkaufsläden ist über ganz Deutschland ausgespannt und mächtig hat sich die eigene Produktion entwickelt, die immer neue Produktionszweige erobert. Das ist ein glänzendes Bild von der Kraft und dem Machtwillen der deutschen Arbeiterklasse. Die aufgeklärte Arbeiterschaft ist der lebendige Träger dieser Bewegung, ihr in erster Linie ist die machtvolle Entfaltung jener wirtschaftlichen Kräfte zu danken. Aber gern wird man auch die Tatkraft, Umsicht und Erfahrung jener Männer anerkennen, die in der Zentrale wie in den einzelnen Genossenschaften die Leitung in den Händen haben.

In der Tat, wenn es gilt, ein Urteil über die Geschäftstüchtigkeit und das Organisationstalent dieser Männer zu fällen, die die treibenden Kräfte in der Masse der

---

<sup>36</sup> Dieser Aufsatz wurde im Juni 1914 in der „Bremer Bürger-Zeitung“ veröffentlicht. Er wurde von einem unserer Freunde geschrieben, auf dessen Mitarbeit wir jetzt leider verzichten müssen. Die hier gegebene Kritik hat in der Kriegszeit nichts von ihrer Berechtigung verloren. Im Gegenteil ist sie durch die Vorgänge während des Krieges noch erhärtet worden. Wir erinnern an die kurzsichtig egoistische und arbeiterfeindliche Stellung zur Frage der Nacharbeit der Bäcker und an den Eintritt Dr. Müllers in den Dienst der Regierung mit seinem eigenartigen Kampf gegen die Kritik an der Lebensmittelpolitik. Wenn wir trotzdem von Anhängern des Parteicentrums vor einem „Hineintragen des Parteistrits in die Genossenschaften“ warnen hörten, so kann uns das nur „die Frage der Genossenschaftspolitik erst recht aufzurollen.

Konsumenten in ein großes Strombett leiteten, dann wird man sagen können: 1a. Indessen darf uns die Freude über das Errungene nicht den kritischen Blick trüben und uns nicht abhalten, auch das zu sehen, was weniger erfreulich ist. In den letzten Jahren haben sich allzu oft Dinge ereignet, die schwere Bedenken über den Kurs in der Genossenschaftsbewegung wecken. Da wäre hinzuweisen auf die fortschreitende Versimpelung der theoretischen Erkenntnis in den leitenden Kreisen, die die bürgerlichen Auffassungen eines Wilbrandt kritik- und vorbehaltlos zu Reklamezwecken benutzt, die zuletzt zu der wunderbaren Definition des Professors Staudinger geführt hat, der in der Genossenschaft eine Unternehmerorganisation sieht, und die darauf ausgeht, die Genossenschaftsbewegung aus dem Zusammenhang mit der allgemeinen Arbeiterbewegung herauszureißen. Im Vertrauen auf die gesunde Kraft der Arbeiterklasse und den ehernen Zwang der Tatsachen könnte man vielleicht über diese Erscheinungen hinweggehen. Doch dieser Gleichmut muss verschwinden gegenüber dem Schwinden proletarischen Geistes, das sich in der Praxis zeigt. Wir weisen nur hin auf die mannigfachen Differenzen der Verlagsanstalt Kaufmann u. Co. mit den Buchdruckern, bei denen sich offenbarte, wie tief jene Staudingersche Auffassung in dem Gedankengange der Genossenschaftsleitungen Wurzel gefasst hat.

Wir sind weit entfernt, nun deshalb die leitenden Kreise einfach zu verdonnern, denn wir wissen, dass jene üblen Erfahrungen zum guten Teil ihre Erklärung in der Entwicklung der Verhältnisse finden. Hier wie auch anderwärts in der Arbeiterbewegung zeigt sich das starke Übergewicht der Bürokratie über die von ihr geleiteten Massen. Dass Differenzen daraus entstehen, ist unvermeidlich. Nirgends aber ist dieses Übergewicht stärker als in der Genossenschaftsbewegung. Hier ist der Kontakt zwischen den Arbeitermassen und ihrer Führung viel geringer als in der politischen und der gewerkschaftlichen Bewegung. Hier werden keine Kämpfe geführt, die Führer und Truppen zusammenschweißen und zugleich ihre beständige gegenseitige Kontrolle notwendig machen. Die Kontrolle wird immer geringer und die Genossenschaftsleitungen werden unabhängiger. Dazu kommt die Eigenart der genossenschaftlichen Arbeit. Die Konsumvereine sind hineingeworfen in das kapitalistische Getriebe, dessen Methoden sie nicht ohne weiteres entsagen können. Hier gilt es, die Konjunkturen auszunützen, jede Gelegenheit zu erlisten, jeden Vorteil zu erraffen. Das fordert selbständige Entscheidungen, bei denen kaum Leute mitreden können, die nicht vollkommen mit den Dingen vertraut sind. Je mehr Aufgaben in den Bereich der genossenschaftlichen Arbeit hereingezogen werden, je stürmischer diese Entwicklung vor sich geht, je größer die daraus folgende Differenzierung des Betriebes ist, umso unabhängiger müssen die Leitungen von den Massen werden. Umso stärker wird aber auch ihr Machtbewusstsein. Was im Wesentlichen das Werk der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse und des Erstarkens der Arbeiterbewegung ist, erscheint den Leuten an der Spitze nur zu leicht als ihr Werk, für das sie verantwortlich sind, das ohne sie und gegen ihren Willen weder so groß geworden wäre, noch sich günstig weiter entwickeln kann. Das alles könnte bestehen, ohne dass sich Differenzen ergeben müssten.

Solange sich die Genossenschaft entwickelt, werden Mitglieder und Leitungen gleichermaßen befriedigt. Aber die Genossenschaften stehen nicht nur mit dem Kapitalismus im Kontakt, sie können sich seinem Einfluss auf ihr inneres Wesen nicht entziehen. Der Gegensatz zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft zeigt sich auch hier. Die Genossenschaften sind auf der einen Seite den allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Produktion unterworfen, auf der anderen Seite ist in den Arbeitern der Trieb nach Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse mächtig. Je mehr sich die Leitung unabhängig gemacht hat, je größer der Umfang des Betriebes, je mehr der Geschäftsgeist die treibende Maxime geworden, umso klaffender muss der Gegensatz zwischen Angestellten und Leitung werden, umso schroffer die Formen, in denen er ausgetragen wird.

In der Zentrale in Hamburg ist diese Entwicklung am weitesten gediehen. Sie wird in letzter Zeit noch besonders gefördert durch gewisse Umwälzungen im Innern des Betriebes. In die Augen springend ist vor allem die scheinbare Dezentralisierung der Unternehmung in den Zentralverband, die Großeinkaufsgesellschaft und die Verlagsgesellschaft. Diese Dezentralisation wird noch weiter gehen, die Gründung einer Bankaktiengesellschaft ist schon in Aussicht genommen. Diese verschiedenen Unternehmungen haben eine getrennte Verwaltung, ihre natürliche Einheit wird nur wieder hergestellt durch die Personalunion einiger Leute, die jeweils als Geschäftsführer, Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder tätig sind, die allein den Zusammenhang der Geschäfte zu erkennen vermögen und deren Selbständigkeit damit ungeheuer gefördert wird. Gewiss ist diese Differenzierung und gleichzeitige Zusammenfassung der Spitzen des Unternehmens eine Notwendigkeit, die sich auch weiter durchsetzen wird, aber umso bedenklicher müssen ihre Folgen sein. Dazu kommt bei der Zentrale, dass die vorhandenen Kontrollinstanzen nicht unmittelbar aus den Mitgliederkreisen der Gewerkschaften hervorgehen, sondern aus der, sagen wir einmal: mittleren Bureaucratie.

Was das bedeutet, mag eine kleine Geschichte von der letzten Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft zeigen. Dort war ein Antrag gestellt worden, dem Aufsichtsrat für die Anstellung der Geschäftsführer nicht mehr eine untere und obere Gehaltsgrenze vorzuschreiben, sondern diese Vereinbarung dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat frei zu überlassen. Ein Teilnehmer äußerte kurz einige Bedenken gegen diese Maßregel, worauf der Referent erwiderte: „Sie alle, meine Herren, wünschen ja in Ihrem Konsumverein dieselbe Maßregel für sich selbst, also müssen Sie das erst einmal bei uns einführen.“ Der Antrag wurde nach dieser durchschlagenden Begründung gegen verschwindend wenige Stimmen angenommen. Nun ist es gewiss nicht von großer Bedeutung, ob die Herren Kaufmann und Müller 12 000 oder 20 000 Mk. Einkommen haben. Proletarisch ist keines von beiden. Aber es zeigt sich, wie die Unabhängigkeit von der Masse der Mitglieder selbst in diesen persönlichen. Verhältnissen wächst. Und diese Unabhängigkeit bekommt ihre stärkste Stütze durch die Tatsache, dass sich diese obersten Leiter nicht jährlich zur Wiederwahl zu stellen haben, sondern auf lange Jahre angestellt sind und nur bei nachzuweisender Pflichtwidrigkeit entlassen werden können. Nach alledem ist es kein Wunder, wenn diese obersten Spitzen der Genossenschaftsbureaucratie bestrebt sind, nach und nach eine Autokratie in den Genossenschaften zu etablieren.

## **Zu Karl Erdmann's Buch über England und die Sozialdemokratie.**

Zu einem Buch, das andere Ansichten vorträgt als die meinigen, habe ich mir erlaubt, ein Geleitwort zu schreiben und es zu empfehlen, in der Absicht und zu dem Zweck, ihm Leser auch in solchen Kreisen zu verschaffen, die auf meinen Namen etwas geben und das Buch sonst vielleicht nicht beachtet haben würden. Darob sind in der Öffentlichkeit die wüstesten Angriffe gegen mich gerichtet worden. Der ehrenwerte Vorwärts kann sich die Sache natürlich auf keine andere Weise erklären, als dass ich bestochen sein muss. Das würde mich in meiner Ruhe nicht stören, denn ich weiß seit Jahren, dass es für einen anständigen Menschen eine Ehre ist, vom Vorwärts – wie überhaupt von den offiziellen Instanzen der ehemals sozialdemokratischen Partei – mit Dreck beworfen zu werden. Aber auch sonst hat manch einer den Kopf dazu geschüttelt. Zwar dass ich mich wirklich verkauft hätte, glaubt kein Mensch, auch die nicht, die so tun, als ob sie es glaubten. Und es fällt mir nicht ein, mich gegen einen solchen Vorwurf zu verteidigen. Das wäre unter meiner Würde. Aber viele, die es gut mit der Sache meinen, werden sich mein Tun nicht erklären können, und es ist mir deshalb ein



Bedürfnis, meine Gründe öffentlich darzulegen. Ich hoffe, dabei manchem etwas zu sagen, woran er vielleicht noch nie gedacht hat.

Über den Ort, wo ein Sozialdemokrat etwas veröffentlichen darf, haben früher mehrere Parteitage Beschlüsse gefasst. Ich habe solche Beschlüsse stets für überflüssig gehalten. Denn ich sagte mir, wem die Sache heilig ist, der wird von selbst darauf achten, sie in keiner Weise zu schädigen, sondern immer zu fördern. Ich habe an und für sich nie etwas dagegen einzuwenden gehabt, dass ein Sozialdemokrat nicht nur im Berliner Tageblatt, sondern auch in der Kreuzzeitung und wo es ihm sonst beliebt, schreiben darf, vorausgesetzt, dass er stets sozialdemokratisch schreibt. Nur weil es mir sicher war, dass solche Blätter doch niemals etwas sozialdemokratisches aufnehmen würden, dass also der Ort einen Zwang ausüben müsse auf den Inhalt des Schreibens, habe ich mich Jahrzehnte lang sorgsam von der Mitarbeit an nichtsozialdemokratischen Organen ferngehalten. Was aber ist dabei herausgekommen? Die Herren von der anderen Seite haben – ungeniert unbekümmert um Parteitagsbeschlüsse – für sich und ihre Sache durch Benutzung der bürgerlichen Presse eine ungeheure Reklame gemacht, und wir sind ins Hintertreffen gekommen. Es ist dies mit ein Grund dafür, dass sie heute die Macht haben, die Opposition aus der Partei zu drängen und alle Einrichtungen der Partei in ihren Händen zu behalten. Ich habe aus diesen Vorgängen gelernt und lasse mir heute über den Ort, wo ich schreiben und reden darf, keine Vorschriften mehr machen. Ich schreibe und rede überall, wo ich zu Worte kommen kann, unter der einzigen Voraussetzung, dass man mich schreiben und reden lässt, was ich will. Das ist hier der Fall gewesen, und damit ist die Frage, ob ich an dieser Stelle etwas schreiben durfte, erledigt. Wer aber deswegen doch noch Bedenken haben sollte, den fordere ich auf, sich erst einmal mit dem Genossen Eduard Bernstein auseinanderzusetzen, der viele Jahre lang regelmäßiger Mitarbeiter des Berliner Tageblattes gewesen ist und darum doch heute zu den Führern der Opposition zählt.

Für mich kommt es darauf an, was ich geschrieben habe. Und es ist noch niemand aufgetreten, der zu behaupten gewagt hätte, dass in dem Geleitwort irgendetwas im Widerspruch stände mit meinen allgemein bekannten Ansichten, wie ich sie immer vertreten habe. Ich habe auch hier nicht umgelernt, sondern habe deutlich betont, dass meine Ansichten von denen des Verfassers in vielem wesentlich abweichen und dass ich speziell seinem Urteil über England und über den U-Bootkrieg nicht beistimme. Es hat mich deshalb höchst sonderbar berührt, dass Genosse Dittmann in einer Besprechung des Buchs (in der Bergischen Arbeiterstimme zu Solingen, Nr. 56 vom 7. März 1917) zwar nicht direkt das Gegenteil behauptet, wohl aber den gegenteiligen Anschein erweckt. Für eine ehrliche Kampfweise kann ich das nicht anerkennen.

Wenn ich aber diese Ansichten Karl Erdmanns nicht teile, wenn ich die Aufforderung zum verschärften U-Bootkrieg nicht mitmachen will, wie durfte ich dann seinem Buch zu einer weiteren Verbreitung verhelfen? Das ist die eigentliche Sünde, die man mir vorwirft, und hierauf will ich antworten.

Einmal stehen in dem Buch denn doch noch eine ganze Menge anderer Dinge. Vor allem die ausgezeichnete Abfertigung des treulosen Umfalls der Sozialdemokratie in den meisten beteiligten Ländern. Dies kann, meine ich, den Volksmassen gar nicht oft und gar nicht deutlich genug gezeigt werden. Sodann ist Erdmann allerdings für den verschärften U-Bootkrieg, aber doch wahrhaftig nicht um des Krieges willen, sondern um des Friedens willen! Er hofft, dadurch den Krieg abzukürzen, schneller zum Frieden zu gelangen.

Was hierauf zu erwidern, weiß ich so gut wie einer und denke nicht, damit hinter dem Berge zu halten. Nach meiner Auffassung darf sich ein Sozialdemokrat für keine Form des Krieges ins Zeug legen, und zwar aus Gründen des Sozialismus. So wird selbst für späterhin die Völkerverbrüderung erschwert und auf lange hin aus verhindert. Und ob die größere Anstrengung auf der einen Seite zum schnelleren Frieden führt oder nicht vielleicht zu

entsprechend größerer Anstrengung auf der anderen Seite und dadurch zur Verlängerung des Krieges und zur Vergrößerung des Hasses, das ist mir zum mindesten sehr zweifelhaft.

Das ist es, was auf Erdmanns Ausführungen zu antworten wäre. Wer aber so denkt, der muss dann jede direkte wie indirekte Beihilfe zur Kriegführung ablehnen (zum allermindesten jede, die über das Maß dessen hinaus geht, wozu man ihn zwingt, wie etwa zum Militärdienst und zur Munitionsarbeit). Nur wenn man die Dinge so betrachtet, kann man zwar nicht mir, wohl aber dem Genossen Erdmann einen Vorwurf aus dem machen, was er geschrieben hat. Wer aber die Dinge so betrachtet, was sagt denn der zu den Haase, Ledebour und Genossen, die drei oder viermal Kriegskredite bewilligt haben? Und die auch seither die Kredite nicht aus Grundsatz ablehnen, sondern aus Zweckmäßigkeitsgründen (siehe ihre Erklärung im Reichstag am 21. Dezember 1915 und ihre Broschüre über die Bildung der Arbeitsgemeinschaft). Der grundsätzliche Standpunkt war zerrissen in dem Augenblick, als – nicht die Heine und David, von denen niemand etwas anderes erwartet hatte – sondern die Männer der heutigen Arbeitsgemeinschaft Kriegskredite bewilligten. Und nun soll ich es dem Genossen Erdmann als Verbrechen ankreiden, wenn er sagt: der grundsätzliche Standpunkt ist einmal aufgegeben, Beihilfe zum Kriege hat die Sozialdemokratie einschließlich der Arbeitsgemeinschaft nun einmal geleistet, nun wollen wir sehn, ob nicht durch schärfste Anspannung der einmal entfesselten Kräfte das Unglück schneller beseitigt werden kann! Seine Schlussfolgerung widerstrebt dem sozialistischen Prinzip um nichts mehr als die – zur Tat gewordenen – Schlussfolgerungen der Haase und Ledebour. Ja, ich möchte auch das noch hinzufügen: so wenig ein Sozialdemokrat nach meiner Meinung für irgendeine Form des Krieges eintreten darf, so wenig hat die Ablehnung des U-Bootkrieges mit Sozialismus zu tun. Wenn ich die guten Leute jetzt die Verantwortung für den U-Bootkrieg ablehnen oder jammern höre, so habe ich stets den Eindruck, dass sie ihre eigenen Gewissensbisse übertönen wollen. Sie haben einmal gegen das sozialistische Prinzip gesündigt, aber nun möchten sie es wenigstens nicht „allzu sehr“ getan haben. Dem Beginn des Krieges haben sie ihren Segen erteilt, vor den notwendigen Folgen möchten sie ihre Hände in Unschuld waschen.

Aber wird denn nicht eine solche Empfehlung, wie ich sie geschrieben, „Verwirrung gestiftet“ haben? Musste ich nicht voraussehen, dass sie „gegen die Opposition ausgeschlachtet“ werden würde? – Hier kommen wir an den Punkt durch den ich mich von der ganzen übrigen Opposition unterscheide.

Wenn heute der Graf Reventlow zu mir käme und mich bäte, ihm zu helfen, dass er seine Ansichten den Leuten, die zu mir Vertrauen haben, selbst vortragen kann, damit sie so zu hören kriegen, wie er selbst sie ihnen sagen will – schriftlich oder mündlich – und nicht bloß in der Form verstümmelter Berichte, ich würde seine Bitte auf der Stelle erfüllen. Das würde ich schlechthin für demokratische *Pflicht* ansehen. Und ich würde meine Hilfe nicht davon abhängig machen, dass er statt *seiner* Ansichten etwa *meine* vorträgt. Ein für alle Mal: ich schreibe und rede für *denkende* Menschen. Ich will nicht, dass die Leute eine Ansicht deshalb annehmen oder ablehnen, weil ich sie ihnen empfehle oder widerrate; ich will also nicht, dass sie mir nachbeten sollen. Sondern sie sollen sich selbst *ein Urteil bilden*. Dazu aber müssen sie die verschiedenen Ansichten kennenlernen, und zwar am besten in der Fassung ihrer Urheber selbst. Die sozialdemokratische Organisation vor dem Kriege war aber zum größten Teil aufs Nachbeten eingestellt, und wer heute aus der Empfehlung eines Buches, das andere Ansichten enthält, „Verwirrung“ befürchtet, der stellt seine Agitation auch wieder aufs Nachbeten ein. *Das mache ich nicht mit*, denn darin sehe ich gerade den Grund des kläglichen Zusammenbruchs der Sozialdemokratie. Mit Ingrimme denke ich noch heute daran, wie hier gesündigt worden ist. So hat z. B. im Frühjahr 1914 der Vorwärts – die Schrift des Oberleutnants Frobenius „Des Deutschen Reiches Schicksalsstunde“ in höchst wegwerfender Weise kritisiert, sodass ich in den Glauben versetzt wurde, es handle sich um eine tendenziöse Sudelei, die zu lesen sich nicht lohne. Wie war ich erstaunt, als ich nach Kriegsausbruch die

Schrift vornahm und eine gründliche, sorgfältige, in jeder Hinsicht ausgezeichnete Arbeit vorfand, die nur den einen Fehler hatte, Ansichten vorzutragen, die der Vorwärts – und ich mit ihm – für falsch hielt! Der Vorwärts hatte mich also hinter Licht geführt. Warum? Weil er es verhindern wollte, dass die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei das Buch lesen, weil er „Verwirrung“ fürchtete. Ich dagegen will, dass die Sozialdemokraten alle ehrlichen Meinungen kennen lernen und dann selbst entscheiden, was sie glauben und was sie tun wollen.

Zum Schluss noch eins. Ich mache gar kein Geheimnis daraus, dass ich die Abfassung des Geleitworts auch deshalb übernommen habe, weil ich nicht von vornherein das Zusammenarbeiten mit Leuten ablehnen wollte, die zwar in vielen und wesentlichen Ansichten sich von mir unterscheiden, die aber ehrlich etwas tun wollen für den Frieden, für die internationale Verständigung, für die Völkerverbrüderung, und die, obgleich sie niemals Mitglieder der sozialdemokratischen Partei gewesen sind, dennoch mehr echten Sozialismus im Herzen tragen als so mancher der lautesten sozialdemokratischen Wortführer.

Julian Borchardt.

Berlin-Lichterfelde, 12. März 1917.

*Anmerkung der Redaktion.* Die vorstehende Erklärung des Genossen Borchardt ging uns bereits vor einigen Wochen zu. Sie musste aus Raumrücksichten bis heute zurückgestellt werden. Wir bringen die Erklärung zum Abdruck, weil dem Genossen Borchardt die gesamte Parteipresse zu seiner Rechtfertigung verschlossen blieb. Was den Inhalt seiner Erklärung betrifft, so vermag er in keinem Punkte unsere Auffassung zu erschüttern, dass die von Borchardt propagierte Toleranz praktisch in eine direkte Unterstützung des Imperialismus ausläuft. Auch Borchardt durfte über diese Wirkung seiner Handlung nicht im Zweifel sein. Für uns ist der Fall damit erledigt. Wir betonen aber nochmals mit allem Nachdruck, dass die Methode Borchardts den Interessen des Proletariats zuwiderläuft und dass wir sie, wo immer wir ihr wieder begegnen mögen, mit äußerster Schärfe entgentreten werden.

## Feuilleton

### Das letzte Lied des alten Spielmanns.

Was sammelt ihr Gegner euch um mich her,  
Was droht ihr von allen Seiten? –  
Hurra! Ihr zwingt mich zur Tat und Wehr,  
Und des Mannes Heil heißt: *Streiten*.

Wie oft schon sah ich mein irdisch Glück  
Vor mir in den Abgrund sinken,  
Und wandte doch immer wieder den Blick  
Nach des ewigen Zieles Blinken.

Wie oft schon quälte mich herbe Not,  
Mit Hungern und mit Frieren,  
Doch immer zwang mich ihr Gebot  
Mein letztes Selbst zu verlieren!

Ich *blieb* im Elend stolz und grad  
Mit ungebeugtem Rücken,  
Und schritt empor den Dornenpfad  
Trotz aller Feindestücken.

Ich wuchs mit jedem Kampfestag  
In meinem Innern nur höher –  
Und jeder schwere Schicksalsschlag  
Brachte dem Ziel mich näher.

Mich stählt das Leid, mich hebt der Drang,  
Mich fördern die Widersacher, –  
Und droben jauchz' ich den Siegesgesang,  
Ein freier Weltverlacher!

Karl Weiser.

## Die Stimmen der Völker.

Wer hat den grausamen Krieg entfacht,  
Das furchtbarste Völkerzerfleischen –  
Wer hat uns in Trauer und Elend gebracht  
Mit rücksichtslos, kriegerischem Kreischen? –  
Wer hat den Neid und den Hass entrollt,  
Der die Völker der Welt musst gefährden?! –

Wir haben den schrecklichen Krieg nicht gewollt,  
Wir streben nach Frieden auf Erden!

Wer trägt die Schuld an dem fließenden Blut,  
Die Verantwortung für alles Vernichten? –  
Wer schüret die Zwietracht zu rasender Glut,  
Nicht achtend der menschlichen Pflichten?  
Wer ist's, der dem Nachbar als Todfeind so grollt  
Und dem Volke bringt Lasten, Beschwerden?! –

Wir haben den schrecklichen Krieg nicht gewollt.  
Wir streben nach Frieden auf Erden!

Ein jeder vermeint sich im sicheren Recht –  
Der glühende Hass tief im Herzen  
Den grimmigen Zorn und den Zwist nimmer schwächt,  
Er vergrößert die Qualen und Schmerzen.  
Das Volk in wachsender Not ringsum grollt  
Den schlangengiftgen Gebärden,

Wir haben den schrecklichen Krieg nicht gewollt,  
Wir streben nach Frieden auf Erden! –

Den Frieden, der die Menschheit vom Jammer befreit,  
Und sie eint in Lieb' und Vertrauen  
Der mit heuchelnder Lüge und Habgier und Neid  
Nicht die Völker entsetzt voller Grauen.  
Vernehmet die Stimme, die dem Donner gleich rollt,  
Die *beredteste* Stimme hinieden:

Wir haben den schrecklichen Krieg nicht gewollt,  
Wir wirken vereint für den Frieden! –

W. Bünger.

---

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 16/1917

# Arbeiterpolitik

**Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.**

2. Jahrg.

Bremen, den 21. April 1917.

Nr. 16

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Die Konsequenz von Gotha.

In doppelter Hinsicht hat sich die Lage in der sozialistischen Bewegung Deutschlands im Laufe dieses Jahres völlig geändert. Als nach der Januarkonferenz der Opposition die Spaltung der Sozialdemokratie eintrat, war dem Kampf um die Macht innerhalb der Partei, der sich in den Formen der theoretischen Auseinandersetzungen vollzog, der gemeinsame historische Boden entzogen worden. Die Spaltung der Partei hatte eine Fülle verschiedenartigster organisatorischer Situationen geschaffen, in denen sich jetzt die Auseinandersetzung zwischen dem Parteizentrum und den Linksradi kalen vollziehen musste. Diese Auseinandersetzung, die ihren Ursprung bereits in den Debatten über die russische Revolution und den Massenstreik, also lange vor dem Kriege, hatte, wurde jetzt von aktuellster Bedeutung. Sie war gleichzeitig aus dem Stadium der Theorie in das der organisatorischen Praxis getreten.

Die Linksradi kalen standen vor der Frage, ob sie, in der Erkenntnis, dass die Gegensätze zwischen sich und dem Parteizentrum unüberbrückbar sind, ein organisatorisches Kompromiss, mit der ausgesprochenen Absicht, eine neue Spaltung der Opposition herbeizuführen, eingehen, oder ob sie die Gründung einer eigenen linksradi kalen Organisation vornehmen wollten. Die Meinungen hierüber gingen in den Reihen der Linksradi kalen auseinander, und innerhalb der Gruppe „Internationale“ selbst traten die Gegensätze scharf zutage. Wer den Duisburger „Kampf“ in den letzten Monaten verfolgte, konnte erkennen, wie klar sich diese Gegensätze in diesem „Zentralorgan“ der Gruppe „Internationale“ widerspiegelten. Die Duisburger selbst vertraten mit Entschiedenheit den Standpunkt der Verselbständigung, während die Berliner Leitung der Gruppe, ihr voran Gracchus, mit derselben Entschiedenheit für den Anschluss an das Parteizentrum eintrat.

Es ist gewiss kein Zufall, dass diese Gegensätze innerhalb der Gruppe „Internationale“ bestehen. Sie bestanden bereits vor dem 7. Januar in einer andere Frage: die der Gruppe angeschlossenen Linksradi kale von Duisburg, Frankfurt a. M., Dresden propagierten die Austrittsbewegung, während die Berliner Leitung in Übereinstimmung mit uns den Kampf gegen die Sozialpatrioten zunächst innerhalb der Gesamtpartei ausgetragen wissen wollten. Mit den Duisburger Genossen stimmten wir aber wieder in der Auffassung von der Notwendigkeit der Spaltung und ihrer Propaganda überein, während hier wieder ein neuer Differenzpunkt zwischen den Duisburgern und uns einerseits und der Berliner Leitung der

Gruppe „Internationale“ andererseits bestand. Durch alle die verschiedenartigsten taktischen Gegensätze unter den Linksradikalen zieht sich aber wie ein roter Faden die Stellung zu der Frage: wie verhalten wir uns zum Zentrum der Partei? Die Duisburger und die ihnen angeschlossenen rheinischen Genossen sind sich von Anfang an mit uns völlig darin einig gewesen, dass der Bruch auch mit dem Parteizentrum erfolgen müsse, ja, die Austrittsbewegung war nur der krasseste Ausdruck dieser Auffassung. Die Berliner Leitung der Gruppe „Internationale“ dagegen hat von allem Anfang an sich nur sehr schwer und sehr langsam für die Trennung vom Zentrum der Partei entschließen können.

Als die „Lichtstrahlen“ die Gegensätze zwischen den beiden oppositionellen Richtungen bereits mit aller Schärfe hervorhoben und die Notwendigkeit der Spaltung auch mit den Zentrumsleuten propagierten, bestand zwischen der Gruppe „Internationale“ und den Ledebouristen noch lange die einträchtigste Arbeitsgemeinschaft. Es haben sich während der ganzen Zeit ihrer Existenz innerhalb der Gruppe „Internationale“ zwei deutlich voneinander unterschiedene Flügel bemerkbar gemacht. Der eine, unter der Leitung der Berliner „Instanz“, am wirksamsten gestützt durch die „Gleichheit“, bewegte sich rechts, der andere, hauptsächlich vertreten durch einige Berliner Wahlkreise und durch die rheinischen Genossen, am wirksamsten gestützt durch den „Kampf“, bewegte sich links. Es ist bemerkenswert, dass die Vertreter des linken Flügels den ökonomisch entwickeltesten Gebieten Deutschlands angehören, wie sie jetzt auch den stärksten Sukkurs aus den beiden großen Hansestädten mit ihrer hochentwickelten Werftindustrie erhalten haben. Wenn nun die Berliner Leitung der Gruppe „Internationale“ den Bruch mit dem Parteizentrum so schweren Herzens vollzog und wenn sie jetzt in Gotha wieder den Anschluss an die Arbeitsgemeinschaft suchte, so ließ sie sich gewiss vornehmlich von dem Streben leiten, möglichst große Massen organisatorisch zu umfassen. Sie fürchtete sich davor, in der Minderheit zu bleiben.

Dieser Gedanke entspringt ganz der Auffassung, von der die alte Partei beherrscht wurde und die die alte Partei seit je hinderte, den organisatorischen Bruch mit den Revisionisten zu vollziehen. Indem die Berliner Leitung der Gruppe „Internationale“ diesen Standpunkt des Massenticks vertritt, überträgt sie die alte Auffassung von der Bedeutung der Organisationen auf eine völlig veränderte historische Situation in einer für die gesamte Internationale höchst bedeutsamen Übergangszeit.

Es ist nämlich noch insofern eine gewaltige Veränderung in der allgemeinen Situation vor sich gegangen, als durch das russische Proletariat der Massenkampf um den Sozialismus in größtem Maßstabe eröffnet worden ist. Wenn die Arbeitsgemeinschaft auch jetzt noch ihre alte Haltung bewahrt, so tut sie es schließlich aus denselben Gründen, die die Berliner Leitung der Gruppe „Internationale“ hindern, den Bruch mit der Arbeitsgemeinschaft zu vollziehen.

Wenn die Arbeitsgemeinschaft und mit ihr die Berliner Leitung der Gruppe „Internationale“ trotzdem aus „taktischen“ Gründen wichtige Aufgaben versäumt, so beweist das, dass sie beide in einem besonderen Verhältnis zu der neuen Situation stehen: die Arbeitsgemeinschaft ablehnend, der rechte Flügel der Gruppe „Internationale“ zögernd. Sie beide aber lassen sich bestimmen von den alten Vorstellungen über die Bedeutung der Organisationen und des Führertums.

Das Dasein eines linken Flügels der Linksradikalen aber beweist, dass die alten Formen zwar noch aus der Klärungsflut der Parteiwirren vorübergehend wieder auftauchen können, dass aber eine wachsende Gegenströmung ihre Entwicklung von vornherein hemmt. Der linke Flügel der Linksradikalen hat daher die Pflicht, sich selbständig zu machen, um die Entwicklung der Arbeiterbewegung dem Stande der Situation gemäß in die Bahnen zu lenken, in denen sich die großen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit in der Zukunft vollziehen wird. Wir empfehlen den linksradikalen Genossen im Reiche, die der neuen Partei

nicht beitreten können, sich zunächst örtlich selbständig zu machen, um dann alsbald miteinander Fühlung zu nehmen. Die Hamburger Genossen sind bereits mit einem guten und tapferen Beispiel vorangegangen. Es ist der Beginn einer neuen Epoche in der Arbeiterbewegung Deutschlands. Wer ihren Sinn begriffen hat, tue mit!

## Die Triebkräfte der russischen Revolution.

### 5. Der Kampf um den Frieden.

Im Zentrum aller Fragen der Revolution steht die Kriegs- und Friedensfrage. Wenn auch die historischen Wurzeln dieser Revolution viel tiefer liegen – ist sie doch nicht nur ein Resultat des Krieges, sondern des langen Zersetzungsprozesses Russlands, wie der langen revolutionären Kämpfe – so wurde sie ausgelöst durch den Krieg. Die Bourgeoisie kam in Opposition zum Zarismus, weil sie den Krieg energischer führen zu können glaubte, die Volksmassen erhoben sich, weil sie gegen die schrecklichen Kriegsfolgen kämpfen wollten. Aber nicht nur diese Entstehung der Revolution aus dem Krieg stellt die Kriegsfrage ins Zentrum aller Kriegsprobleme. Der Zarismus ist gestürzt; aber ein neues Gebäude ist noch nicht errichtet. Da entsteht die Frage: wie wird die Weiterführung des Krieges, sein Ausgang auf den inneren Ausbau Russlands wirken? So konzentrieren sich alle Widersprüche der Revolution, alle ihre Gegensätze auf die Frage: Krieg oder Frieden?

Die *imperialistische Bourgeoisie* will den Krieg bis zum Siege. Dieses Sieges wegen hat sie zwar gegen den Zarismus frondierte und dazu beigetragen, die Lage zu schaffen, in der der Sieg der Revolution möglich wurde. Und indem sie den Krieg bis zum Ende propagiert, erklärt sie, dem Werke der Demokratisierung Russlands zu dienen. Nur wenn Russland seine imperialistischen Ziele verwirklicht hat, in erster Linie, wenn es Konstantinopel besitzt, die freie Durchfahrt durch die Dardanellen, hat es Aussicht auf eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung, ohne die der innere Ausbau unmöglich ist. Nur die Zertrümmerung Österreichs, die Niederlage Deutschlands, der allgemeine Sieg der Entente wird ein demokratisches Europa entstehen lassen, in dem Russland vor den konterrevolutionären Eingriffen Deutschlands geschützt sein wird. Und darum ist jeder ein Verräter an der Revolution, der nicht für den imperialistischen Krieg der Herren Gutschkow und Miljukow eintritt. Die russischen Arbeiter werden diesem Rattenfängerlied nicht folgen. Vorerst kennen sie die Herren Miljukow und Gutschkow, d. h. die großen Kapitalisten, liberalen Junker und Professoren zu gut. Die Revolution 1917 weiß von keinen Flitterwochen. Alle ihre Akteure kamen in der Zeit 1907 – 1916 in so nahe Berührung, dass sie füreinander keine Überraschungen mehr bergen. Die liberalen Bourgeois vom Zeichen Miljukows klagten zwar in dieser Zeit den Zarismus an, aber sie waren immer bereit, mit ihm gegen die Demokratie zu konspirieren; sie kämpften nicht um die Niederwerfung des Zarismus, sondern um seine Zustützung, Modernisierung. Und noch am 14. März, nach dem Siege der Revolution, erklärte sich Miljukow für die konstitutionelle Demokratie, gegen die Republik. Wenn schließlich das Zentralkomitee seiner Partei, der Kadetten, sich für die Republik erklärte, so geschah das unter dem wachsendem Druck der Massen und kann deshalb bei ihnen kein Vertrauen erwecken. Mit Herrn Gutschkow und seiner Partei, den Oktobisten, liegen die Dinge noch klarer. Es gibt keine Schandtät des Zarismus nach 1905, an der diese Partei der Großkapitalisten, der geschworenen Feinde des Proletariats, nicht mitschuldig wäre. Und das sollen die Verteidiger der Demokratie sein, sie sollen einen Krieg führen, der die Sicherung der Republik in Russland zum Ziel haben sollte? Nur durch den Kampf gegen sie, den Kampf bis aufs Messer, den Kampf mit dem Ziele ihres Sturzes, kann man die Demokratie in Russland sichern. Dieser Kampf gilt auch ihren Kriegszielen. Sie bilden nicht nur keine Vorbedingung einer gedeihlichen wirtschaftlichen Entwicklung Russlands, sondern umgekehrt, verwirklicht,



werden sie Russland die größten Lasten aufladen. Konstantinopel und die Durchfahrt durch die Dardanellen sind für die friedliche Entwicklung Russlands unwertig. Wenn Russland mit der Türkei im Frieden lebt, kann es seine kornbeladenen Schiffe so oft in die Welt hinaussenden, wie es ihm gefällt. Die Dardanellen sind Russland nur dann nötig, wenn es an die weitere Raubpolitik des Imperialismus denkt, wenn es im Mittelmeer auf Abenteuer ausgehen will. Das bedeutet aber neue ungeheure Rüstungen, neues Schürzen von Knoten, zu deren Durchhauen dann wieder Millionen russischer Bauern und Arbeiter ihr Leben hergeben müssten.

Das Kriegsziel der Kadetten wie das der Oktobisten erfordert den Krieg bis zum Weißbluten Europas, den Krieg, der die Kriegslasten zu einem zermalmenden Berge anwachsen ließe. Und sollte dieses Ziel erreicht werden, so müssen die russischen Bauern und Arbeiter sich auf neue Kriege vorbereiten. Es ist klar: die Interessen der russischen Revolution erfordern den Kampf auf Leben und Tod gegen die Kadetten und Oktobristen, gegen die provisorische Regierung, die ihre Ziele verfolgt. Es verrät die Revolution – mögen seine subjektiven Absichten nach so gut sein – wer, wie der kleinbürgerliche Demokrat Kerenski, in dieser Regierung sitzt.

Ja, wir müssen gegen die imperialistischen Kriegsziele kämpfen, aber wir können trotzdem die Waffen nicht niederlegen, bis der preußische Militarismus, bis die Hohenzollern nicht besiegt sind. Kommen sie aus diesem Kriege heil davon, so wird es keinen Platz für die russische Republik geben. Wir müssen die junge russische Freiheit mit Bajonetten so lange verteidigen, bis die ihr von außen drohende Gefahr durch den Sieg der Entente überwunden wird. So erklären nicht nur die offenen Sozialpatrioten, die Plechanow im Ausland, die Potressow, Tschenkeli in Russland, sondern auch die Zentrumsleute wie der Abgeordnete Tscheidse, Skobelew und seine Anhänger, die formell die Zimmerwalder Beschlüsse anerkennen. Auf diesem Standpunkt steht die Mehrheit des Petersburger Arbeiter- und Soldatendelegiertenrates, der Vertretung der Volksmassen Petersburgs. Triumphierend berichtet die Ententepresse: mit Ausnahme der „Extremisten“, der Bolschewiks, die gekaufte Agenten Deutschlands oder fanatische Narren sind, sind alle Sozialisten Russlands für die Weiterführung des Krieges, den sie als einen Verteidigungskrieg darstellen. Und würden die Sozialpatrioten wie Zentrumsleute Aussicht haben, das Übergewicht, das sie einstweilen in dem Arbeiterdelegiertenrate besitzen, zu behalten, die Entente hätte allen Grund, sie an ihren Busen zu drücken: denn die Herrn Sozialpatrioten, wie die Zentrumsleute dienen durch ihre Arbeit nicht nur den Zielen der Entente, ihres Imperialismus, sondern sie arbeiten den Miljukows und Gutschkows, also den Gegnern des Sieges der Revolution, den Gegnern der Republik in die Hand.

Die Herren Sozialpatrioten und Zentrumsleute erklären: ja, wir sind gegen die imperialistischen Kriegsziele, ja, wir sind dagegen, dass um die Eroberung der Dardanellen und Konstantinopels das Blut der russischen Bauern und Proletarier fließe. Wir wollen nur die russische Republik vor den preußischen Bajonette verteidigen. Das ist sehr schön. Aber wenn die imperialistische Bourgeoisie am Ruder bleibt, wenn die Gutschkows und Miljukows die Regierung in der Hand behalten, dann gelten doch nicht die Wünsche der Sozialpatrioten und Zentrumsleute, sondern die Kriegsziele des russischen Imperialismus und der Entente. Sollte die Entente mit Hilfe der russischen Sozialpatrioten und Zentrumsleute siegen, so wird es der Sieg des Imperialismus sein und nicht der Friede ohne Annexionen und Kontributionen, den der Arbeiterdelegiertenrat als sein Ziel proklamiert. Würden die russischen Arbeiter und Bauern die provisorische Regierung der imperialistischen Bourgeoisie stürzen, alle imperialistischen Bündnisse und Verpflichtungen, die der Zarismus eingegangen und die provisorische Regierung anerkannt hat, aufheben, dann könnten sie sagen: wir haben die Republik gesichert, die keine Eroberung will, dann könnten sie sagen, wer gegen uns ist, der führt einen Eroberungskrieg, dann könnte sie an das Proletariat aller Länder appellieren, es

aufrufen zum Friedensschluss aller Völker. Dann würde die russische Revolution sagen können: Friede der Völker gegen den Imperialismus, oder das Jahr 1793 des russischen Proletariats und Bauerntums, der Kampf der russischen Revolution gegen alle reaktionären Kräfte der Welt. Wir werden noch sehen, ob die Vorbedingungen für einen solchen revolutionären Krieg gegeben sind, jetzt wollen wir nur feststellen, dass es direkt lächerlich ist, wenn die Tscheidses und Skobelevs sich in die Pose der Dantons werfen. Einstweilen helfen sie den Gegnern der russischen Republik, nicht nur den Girondisten, sondern sogar den Feuillants der russischen Revolution, nicht nur den Kadetten, sondern den Oktobristen. Denn was bedeutet praktisch die Losung: wir führen weiter den Verteidigungskrieg? Sie bedeutet nicht nur, dass die russische Soldaten einstweilen weiter ihr Blut für die imperialistischen Ziele verspritzen, sie bedeutet den Burgfrieden im Innern.

Der Arbeiter- und Delegiertenrat kann Tag für Tag mit der provisorischen Regierung hadern, wie es die Blätter berichten. Aber er darf nicht den Arbeitern sagen: führt, wie ihr im Dezember 1905 getan habt, den Kampf um eure proletarischen Rechte! Denn würden die Sozialpatrioten und Zentrumsleute dies tun, sie würden die Kriegsführung ungeheuer schädigen, da die Munitionsproduktion gestört und geschwächt würde. Wollen die Sozialpatrioten und Zentrumsleute „einstweilen“ das Vaterland verteidigen, so dürfen sie nicht auf die sofortige Demokratisierung des Heeres drängen, auf die Abschaffung der Vorrechte der Offiziere, denn durch den Kampf um diese Ziele schwächen sie momentan die Schlagkraft der Armee. Wollen die Sozialpatrioten die alte Generalität behalten, deren Abschaffung die jetzige Schlagkraft der Armee zweifelsohne mindern würde, so dürfen sie nicht den Bauern sagen: nehmt sofort den feudalen Großgrundbesitzern den Grund und Boden weg. Würden sie dies tun, so würden die Herren Generale, die mit den Junkern versippt und verschwägert sind, ganz gewiss sich erst überlegen, ob es sich ihnen lohnt, ein so undankbares Vaterland zu verteidigen.

Kurz zusammenfassend: die Sozialpatrioten und die Zentrumsleute wollen einstweilen unter Führung der Gutschkow und Miljukow das Vaterland verteidigen, damit die junge russische Freiheit dem preußischen Militarismus nicht unterliege. Aber diese Freiheit kann nur gesichert werden – wie es die Geschichte aller Revolutionen beweist – wenn die Arbeiterklasse und das Bauerntum ohne auf die konstituierende Versammlung zu warten, die Demokratie von unten durchführt, wenn sie die faktische Macht erobert, sie sozial verankert. Auf diese wirkliche Sicherung der Revolution müssen die Sozialpatrioten und Zentrumsleute verzichten, wenn sie unter der Leitung der imperialistischen Bourgeoisie den Krieg weiterführen wollen. Die Revolution, deren Sicherung ihr Ziel ist, wird den Gegnern der Revolution ausgeliefert. Das einzig Reale was bleibt, ist der Kampf um die imperialistischen Ziele.

Aber zum Glück für die Revolution ist ihre Logik stärker als die der Sozialpatrioten und Zentrumsleute. Trotz der Bemühungen der liberalen Bourgeoisie und ihrer sozialpatriotischen und zentrumlichen Helfershelfer lässt sich der Titan schwer bändigen. Wie die große Entente-Prese zähneknirschend meldet, geht der Kampf der Arbeiterschaft um Durchführung der Demokratie und den Achtstundentag, um Grund und Boden weiter. Dieser Kampf richtet sich aber gegen die weitere Kriegsführung. Und er findet seine Träger in den Sansculotten, den „Eurages“ der russischen Revolution, in den revolutionären internationalen Sozialdemokraten Russlands, den Bolschewiks, die sich der vorübergehenden Welle republikanisch-revolutionärer Illusionen entgegenstemmen. Und nichts beweist besser das Wachstum ihrer Kraft, wie die Wut, mit der sie von der Times, dem Temps, diesen ausgesprochensten Organen des europäischen Finanzkapitals, bekämpft werden.

Die Geschicke der russischen Revolution, der europäischen Umwälzung, des Friedens hängen in der nächsten Zeit von den Geschicken dieser proletarischen Partei ab. Die Frage

ihres Standpunktes und ihres Kampfes, die wir demnächst behandeln werden, fällt zusammen mit der Frage der Aussichten der russischen Revolution.

## Demokratie in den Genossenschaften

(Schluss.)

Wir sehen, dass dieser Zug zur Autokratie in der Entwicklung der Tatsachen selbst seine Wurzel hat. Umso notwendiger aber ist es, dem entgegenzuwirken. Mittel dazu sind zunächst: Wählbarkeit der leitenden Beamten auf kurze Perioden durch die Vertretungskörper der Mitgliedschaft, und dann: Ausbau der demokratischen Kontrollinstanzen.

Nun ist vor zwei Jahren auf dem Hamburger Genossenschaftstag eine Einrichtung geschaffen worden, die anscheinend einen Schritt auf dem Wege zur Demokratie bedeutet: der Generalrat.

Er soll eine Instanz über Vorstand und Ausschuss bilden, die aus etwa 120 Vertretern besteht und bei der Verwaltung des Verbandes und seinen wirtschaftlichen Unternehmungen mitzuwirken hat. Also: Einschränkung der Vorstandsgewalt, Erweiterung der Mitgliederrechte, Weiterentwicklung zur Demokratie. Aber gemacht! Die Demokratisierung müsste sich zeigen in dem Zurückdämmen des überwuchernden Einflusses der Bürokratie. Der pseudodemokratische Fortschritt in der Genossenschaftsbewegung geht gerade den entgegengesetzten Weg. Im Generalrat herrscht das Beamtenelement vollständig. Er wird zusammengesetzt aus je 12 Vertretern der neun Revisionsverbände und 12 Vertretern der Großeinkaufsgesellschaft. Zu diesen 12 Vertretern jedes Revisionsverbandes müssen Vorstand und Aufsichtsrat des Revisionsverbandes und der Sekretär gehören. Die übrigen werden vom Revisionsverbandstag gewählt. Der Vorstand des Revisionsverbandes besteht nun aus drei, der Aufsichtsrat aus 5–7 Mitgliedern, sodass unter Umständen nur ein einziger Vertreter wirklich zu wählen ist. Diese Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sind aber fast durchweg Leiter von Konsumvereinen, und man kann sicher sein, dass der eine zu wählende Vertreter, der dies nicht schon von Amtswegen ist, auch noch ein Vereinsleiter sein wird. So ist der Generalrat von vornherein gegen die Masse der Konsumvereinsmitglieder luftdicht abgeschlossen. Wer da wünscht, dass in der Genossenschaft nur möglichst gute Geschäfte für die Mitglieder gemacht werden, mag von einer so organisierten Kontrollinstanz befriedigt sein. Wer aber in der Genossenschaftsbewegung einen Teil der Emanzipationsbewegung der Arbeiterschaft sieht und wünscht, dass ihre höheren Ziele nicht vergessen werden, dem muss ein solches Konzil tüchtiger Einkäufer und Kassenbeamten doch bedenklich erscheinen.

Ätzend wirkt schon diese konzentrierte Lösung von Geschäftsgeist auf den demokratischen Firnis, mit dem der Generalrat überpinselt ist. Aber die ganze Politur verschwindet vollends, wenn man die Funktionen und Vollmachten des Generalrats betrachtet. Er muss zunächst einmal zusammentreten vor dem Genossenschaftstage, wo er gemeinschaftlich mit Vorstand und Ausschuss verhandelt. Andere Sitzungen werden gemeinschaftlich von Vorstand und Ausschuss einberufen. Jede dieser beiden Instanzen kann auch den Generalrat zu außerordentlichen Sitzungen laden. Aber aus eigenem Willen kann der Generalrat nie zusammenkommen, selbst wenn er glaubt, dass das Wohl des Ganzen sein Eingreifen fordert.

Die Aufgaben des Generalrats sind zunächst recht nebensächlich. Er hat die Tagesordnung der Genossenschaftstage festzusetzen und dem Genossenschaftstage Vorschläge über Delegationen zu machen. Er bestimmt, welche Zeitschrift als Verbandsorgan gelten soll und er entscheidet über die Aufteilung von Revisionsverbänden. In all diesen Angelegenheiten darf der Generalrat schalten und walten, wie es ihm beliebt. Er ist aber schon nicht berechtigt, von sich aus Anträge an den Genossenschaftstag zu stellen, sondern kann dies nur

gemeinschaftlich und mit Zustimmung von Vorstand und Ausschuss. Wie sich im Übrigen das Verhältnis zu diesen beiden Instanzen gestaltet, mögen folgende Bestimmungen zeigen:

„Endgültig beschließt der Generalrat über alle diejenigen inneren Angelegenheiten des Zentralverbandes, deren Erledigung nicht in die Kompetenz des Genossenschaftstages fällt. In Angelegenheiten, die der gemeinschaftlichen Kompetenz des Vorstandes und des Ausschusses unterliegen, entscheidet, falls eine Einigung zwischen diesen beiden Organen nicht erfolgt, der Generalrat ... Beschlüsse des Generalrats, die von den Entschlüssen des Vorstandes und Ausschusses abweichen, bedürfen der Zustimmung des Genossenschaftstages.“

Der Gedanke liegt nahe: Das Bestreben, dem Generalrat möglichst wenig Rechte zu geben, ihm aber zugleich einzureden, dass er eine große Macht besitze, habe zu diesen krausen Bestimmungen geführt. Bemüht man sich, eine Harmonie in den Sinn dieser Sätze zu bringen, so ergibt sich Folgendes: Abgesehen von den oben erwähnten Nebensachen haben natürlich Vorstand und Ausschuss zunächst all die Fragen zu behandeln, die der Genossenschaftstag nicht zu erledigen hat. Der erste zitierte Satz besagt also gar nichts neben den beiden anderen. Nach diesen Instanzen aber darf der Generalrat nur dann eine bindende Entscheidung treffen, wenn Ausschuss und Vorstand nicht einig sind. Will der Generalrat klüger sein als diese beiden Instanzen, dann zählt er nicht; dann ist er rein überflüssig. Der Generalrat absolut, wenn er dem Vorstand den Willen tut, meinte ein Delegierter auf dem Hamburger Genossenschaftstag.

Es scheint nun verwunderlich, ein Parlament von 120 Mann mit so geringen Vollmachten zu unterhalten. Wie kommen so praktische Leute zu einer so unbeholfenen, unnötigen Einrichtung? Nun, sie kann ja den Vorstand und seine Tätigkeit kaum stören, aber sie bildet einen guten Schutzwall, hinter dem er stehen kann, wenn sich einmal eine Opposition regen sollte. Dann wird auch dieser Generalrat im Genossenschaftstag selbst wieder den Sauerteig bilden. Ist er einmal für einen Plan des Vorstandes gewonnen, dann gibt es im Plenum keine Schwierigkeit mehr. Die ganze Verwaltung funktioniert wie am Schnürchen, und gerade die scheinbar größere Demokratie sichert die Autokratie.

Man mag das alles für Schwarzseherei halten. Dennoch wird man zugeben müssen, dass einem sich all diese Befürchtungen bei den eigenartigen Umständen aufdrängen. Dabei gab es auf jenem außerordentlichen Genossenschaftstag nur ein, zwei Redner, die sich gegen einzelne dieser Bestimmungen wandten. Auf dem Berliner Genossenschaftstage, wo Kaufmann schon die Organisation des Generalrats in den Grundzügen deutlich entwickelte, fand sich auch nicht ein Redner, der auch nur ein Wort über die Sache verloren hätte! Das zeigt, dass auch die Zusammensetzung des Genossenschaftstages nicht den Ansprüchen der Genossenschaftsmitglieder entsprechen kann, worüber man sich übrigens auch ziemlich klar ist. Aber gerade durch den Generalrat, der erst alle schwierigen Punkte in geheimer Sitzung durchzuberaten hat, werden die Genossenschaftstage mehr und mehr zu blendenden Paraden. War Opposition vorhanden, so hat sie sich müde geredet und Friede, Friede herrscht überall. War es etwa in Dresden im vorigen Jahre nicht so? Hat man etwas erfahren über die Behandlung der Buchdruckerdifferenz, auf die die Arbeiterschaft gespannt war, weil sie wissen wollte, ob Unternehmergeist oder proletarische Auffassung das Regiment in der Kaufmannsburg führen sollen? Nichts ist bekannt geworden als eine fleischlose Protokollierung von wenigen Zeilen.

Die innere Verwaltung der Genossenschaften wird, wenn diese Entwicklung weiter geht, immer mehr ein Mysterium einer kleinen Gruppe von Leuten, die den Massen immer mehr entfremdet werden und dem reinen Geschäftsgeist als höchster Maxime huldigen. Dagegen helfen nur demokratische Reformen. Aber die werden nicht kommen und, wenn sie eingeführt werden, nicht den demokratischen Inhalt haben, solange die Massen der Mitglieder sich nicht

um das innere Leben der Genossenschaften kümmern. Nur durch unausgesetzte Betätigung in der Genossenschaft können demokratische Rechte errungen und gehalten werden. *Die Masse selber ist ihres Glückes Schmied.* –

## Die Sozialdemokratie Schwedens gespalten.

### Eine neue Partei im Werden.

Der im Februar abgehaltene Kongress der schwedischen Sozialdemokratie hat den inneren Zwiespalt zum offenen Ausscheiden der Linksgruppe der Partei gebracht. Seit mehreren Jahren wurde die Linke, ihrer strengen prinzipiellen Haltung wegen, als der Mehrheit unbequem betrachtet. Insbesondere war dies der Fall in der Rüstungsfrage, wo die radikale Minorität den Kampf für die Abrüstung, einem früheren Kongressbeschluss gemäß, als eine aktualisierte Forderung von parlamentarischer Natur führen wollte. Dagegen hat die Mehrheit der Reichstagsfraktion sich immer gesträubt.

Der diesjährige Kongress hat jetzt – trotz der Erklärung des Internationalen Kongresses in Kopenhagen von den kleinen Nationen als die Trägerinnen der Abrüstungsidee, und trotz des erhabenen Beispiels, das unser neutrales Land gleichwie Norwegen von der prinzipiellen Verwerfung der Rüstungen hätten geben können – aus der seit dem Jahre 1911 geltenden Resolution von der Abrüstung all das Wesentliche gestrichen. Die alte Partei ist also nunmehr prinzipieller Anhänger von der „positiven“ Landesverteidigung durch ein mehr oder weniger militärisches Heeres- und Flottenwesen.

An die Frage anknüpfend hat die Linke auch gegen den Ministerialismus der Parteirechten ihre Stimme erhoben. In Schweden hängt das Eintreten von Sozialdemokraten in eine liberal-sozialistische Regierung, also in eine Koalitionsregierung, vor allem von ihrem Standpunkt zum Militarismus ab. Jedoch dürften auch andere Gesichtspunkte in Betracht kommen. Geheime Verhandlungen sind unter den sozialdemokratischen und den liberalen Parteiführern zum Schaffen einer gemeinsamen Regierungsplattform geführt, und also wurde und wird die alte Partei vor die tiefgehende Frage, gestellt, ob sie ihren Charakter als Klassenkampfpartei abschwören soll oder als der konsequente Vertreter des proletarischen Klassenkampfes sich weiter betätigen will.

Die Linke fordert die demokratische Republik. Somit war das Hauptziel der Linksoption, und ist das Ziel der *neuen* sozialdemokratischen Partei, vor allem das Klassenbewusstsein der Arbeiter zu wahren. Dies vor allem in Hinsicht auf die nächste Zukunft in allen Ländern.

Auch ist zu bemerken, dass der innere Parteistreit auf die Vergewaltigung der Minorität von Seiten der Mehrheit durch Maßnahmen, die den Grundprinzipien jeder sozialdemokratischen Partei den gefährlichsten Abbruch tun, sich abgespielt hat. In der Reichstagsfraktion wurde von der Mehrheit ein „disziplinäres Statut“ angenommen, wodurch der Linksminorität selbständige Anträge zu stellen oder selbständig zu stimmen, gleichviel ob die gestellten Anträge in voller Übereinstimmung mit dem Parteiprogramm stände – die Linke wollte nur das Programm als Richtschnur gelten lassen, während die Mehrheit mehrmals dagegen verstoßen hatte – ausdrücklich verboten.

In vielen Fällen hatte die Linke dringende Ursache gehabt, die Mehrheit an das Parteiprogramm und an die Verpflichtung dem sozialistischen Geist der Partei gegenüber zu erinnern. In einer gewissen Gesetzgebungsfrage wurde sogar durch die Mehrheit die bürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz verletzt. Auch in den Zollfragen nahm die Parteirechte – trotz der Teuerung der Kriegszeit – eine sehr schwankende und schwache Haltung ein. Dasselbe kann auch gesagt werden von ihrem Auftreten im Reichstage gegenüber den

Versuchen, der Idee der Sozialisierung gewisser Erwerbszweige Bahn zu brechen. Der Linken wurde verboten, gegen das Militärbudget zu stimmen.

Der Geist des „Disziplinarstatuts“ offenbarte sich endlich in dem an den Sozialdemokratischen Jugendverband gerichteten sogen. „Ultimatum“, d. i. eine Aufforderung in sehr kategorischer Form an diese, formal außerhalb der Partei stehende Organisation, seine unabhängige Stellung aufzugeben. Das war ein Versuch, auf Umwegen der ganzen Parteilinken zu Leibe zu gehen. Der Jugendverband, der solche Vorschläge natürlich abgelehnt hatte, hatte außer vielen anderen „Fehlern“, auch das Verbrechen auf dem Gewissen, am Einberufen eines Arbeiterkongresses im Frühjahr 1916, um den Friedenswillen der Arbeiter zu betätigen, teilgenommen zu haben. Diesem Kongress folgte der bekannte schwedische Hochverratsprozess gegen Höglund, Heden und Oljelund. Der Kongress wurde von dem größten Teil der sozialdemokratischen Presse, unter dem klatschenden Beifall der liberalen Blätter, heftig angegriffen. So kam es schließlich zum Kampf um die Autorität des hohen mit bürgerlichen, halb liberalen Elementen eingesprengten Parteivorstandes. Sehr lahm traten die Parteimehrheit und die vom Vorstand beherrschte sozialdemokratische Presse gegen den Hochverratsprozess auf. Es war sogar deutlich, dass Branting u. a. in der Tiefe ihrer Seelen an der durch die Behörden dem Jugendverband und dessen Sprachrohr „Stormklockan“ erteilte „Lektion“ sich erfreuten.

Alle diese verschiedenen Momente haben sich zu einer so hochgradigen Spannung verdichtet, dass eine Spaltung schließlich unvermeidlich wurde. Auf dem Parteikongress wurden sogar gewisse hervorragende Mitglieder der Opposition in Acht und Bann erklärt und verlangt, dass sie ihren Irrlehren und ihrer Taktik abschwören sollten, oder binnen kurzer Frist aus der Partei hinausfliegen würden. Seitdem sind die Unterzeichner des Manifestes, worin die Grundlinien der neuen Partei gezogen werden, von „dem großen Bannstrahl“ der alten Mischmaschpartei getroffen. Sie habe mit vollkommener Gemütsruhe diese parteipäpstliche „Bulle“ empfangen. Unter den ausgetretenen Genossen sind auch einige, die seit den 80er Jahren der Partei angehört haben.

Infolge solcher Ausschweifungen hat die alte Partei ihren sozialdemokratischen Namen verwirkt: sie ist nunmehr nationalsozialistisch, sozialliberal oder was sonst – ein bürgerlich-proletarischen Brei und in allen Richtungen verschwommen.

Die neue sozialdemokratische Partei befindet sich jetzt im Werden. Sie zählt im Reichstage 15 Mitglieder. Ihr Name ist: „Die Sozialdemokratische Linke“. Die neue Richtung, die auf dem Kongress der alten Partei durch ihre 40 Delegierten mehr als 40 Prozent der Wählermasse zu den Kongresswahlen repräsentierte, wird Mitte Mai ihren ersten konstituierenden Parteitag abhalten.

## Aus unserm politischen Tagebuch.

19. April.

Der Vorstand der „Unabhängigen Sozialisten Deutschlands“ ist fertig. Haase und Ledebour sind die Vorsitzenden. Dittmann und Frau Zietz sind Sekretär. Hofer, Wengels und Laukant sind Beisitzer. Damit hätte denn die Parlamentspolitik in der „neuen“ Partei ihre fröhliche Urständ gefeiert, und die Arbeiterschaft, die sich dieser Partei anschließt, hat weiterhin das Vergnügen, sich schöne Reden vorhalten zu lassen. Sie wird mit Vertrauen auf ihre neuen Führer blicken: auf Haase, der sein politisches Gewissen vergewaltigte, um nur ja nicht gegen die Fraktionsdisziplin zu verstoßen – er verlas am 4. August die hochsozialpatriotische Erklärung der Fraktion – Ledebour, dem seine Baralongrede unvergessen bleiben wird, Dittmann, der manchen Monat hindurch der eifrigste Verfechter der Politik vom 4. August war. Frau Zietz und Herr Wengels, die noch bis zuletzt bei den Herren Ebert u. Co. aushielten. Laukant, der ein fanatischer Parteigänger der

Arbeitsgemeinschaft ist. Und schließlich Hofer, ein braver Mensch, der es gut meinen mag, der aber leider unter den Haaseaten nicht viel ausrichten kann. Ihnen allen soll die Arbeiterschaft ihr politisches Vertrauen schenken. nachdem sie dieses Vertrauen in so vielen Stunden getauscht haben!

Übrigens vermischen wir im Vorstand ganz die Gruppe „Internationale“. Dass sie auf die Teilnahme am Vorstand verzichtete, ist nicht anzunehmen, denn sie ließ ihren Schnellbacher mit in den Beirat wählen. Er wird im Beirat alles vermeiden, was irgendwie Anstoß erregen könnte; denn er zeichnete sich auf der Konferenz durch ganz besondere Werbetätigkeit für den Einigungsgedanken aus. Ist die Gruppe „Internationale“ im Vorstand nicht stärker vertreten, so kann man schließen, dass ihr nicht daran liegt, den Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaft mit Energie zu führen. Es hieß aber doch, dass man der A. G. beitreten solle, um „Massen“ aufklärend herankommen zu können. Oder hieß es anders? Man kennt sich bald bei der Gruppe „Internationale“ nicht mehr recht aus. Die Berliner Diplomatesiererei beginnt allmählich ihre wurmstichigen Früchte zu tragen.

\*

Die linksradikalen Genossen in Hamburg haben sich entschlossen, der neuen Partei der Unabhängigen Sozialisten Deutschlands nicht beizutreten. Sie sind also mit der Gründung einer eigenen linksradikalen Organisation vorangegangen. Sie waren einsichtig genug, um sich vor den desorganisatorischen Wirkungen des Gothaer Kompromisses zu bewahren, und sie sind kühn genug, den eigenen Weg zu beschreiten. Die Hamburger Linksradikalen sind sich darin einig, dass es in Zukunft keine in Partei und Gewerkschaften getrennte zweiseelige Arbeiterbewegung geben darf. Sie vertreten mit Nachdruck den Gedanken der Einheitsorganisation und werden gerade in diesem Sinne wirken. Alle Arbeiter also, die den sogen. freien Gewerkschaften, deren imperialistischer Charakter klar zutage liegt, den Rücken gekehrt haben, werden in der neuen Organisation also eine Stelle finden, wo sie sich wieder sammeln können. Pflicht der oppositionellen Arbeiter Hamburgs aber ist es, wenn sie sich in den Dienst der linksradikalen Bewegung stellen wollen, der neuen Organisation beizutreten. Und auch den übrigen linksradikalen Elementen in ganz Deutschland, soweit sie den verhängnisvollen Schritt der Gruppe „Internationale“ nicht billigen, erwächst die Pflicht, zunächst örtlich oder provinziell ihre Selbständigkeit zu proklamieren, um die linksradikale Organisation über das Reich vorzubereiten.

An unsere Abonnenten!

Wir ersuchen alle unsere Abonnenten, die die Zeitung durch die Post zugestellt erhalten, ihre Adresse genau aufzugeben, da sonst Verzögerungen und Unregelmäßigkeiten vorkommen.

Unsere Feldpostabonnenten erinnern wir daran, dass sie uns ihre Adresse mitteilen müssen, sobald sich diese ändert.

Diese Einfallspinsel! Sie verteidigen das Recht der Majorität, und doch sind die Stimmberechtigten eine kleine, willkürlich begrenzte Minderzahl.

Die Stimmberechtigten unter uns sind in der Minorität. Hat aber die Minorität recht?

\*

Das Gewissen ist nichts Stabiles. Es variiert bei den verschiedenen Individuen und im Wechsel der Zeiten. Des Bauern Gewissen ist altmodisch, abgelebt. Die abgelebten und die werdenden Gewissen sind es, zwischen denen die Parteikämpfe geführt werden.

\*

Wünschen und Wollen. Unsere ärgsten Gebrechen kommen daher, dass wir diese beiden Dinge durcheinanderbringen.

\*

Die Ethik und der Idealismus bestehen fortan darin, den wissenschaftlichen Gedanken in den Dienst des Proletariats zu stellen.

Antonio Labriola.

\*

Das Reich der Freiheit beginnt erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.

Karl Marx. (Das Kapital) 1866.

## Feuilleton

### Völkerfrühling

Von Manfred Harger.

Niemals werde ich den ersten Maientag vergessen, den ich vor zehn Jahren in einer kleinen mecklenburgischen Stadt erlebte.

Wir waren unserer sechzehn, lauter junge von sozialistischen Ideen erfüllte Männer. Mit den Gesinnungsgenossen der Nachbarorte standen wir in regem Verkehr. Da auch mehrere Staatsangestellte unserer Verbindung angehörten, mussten unsere Zusammenkünfte und dergleichen stets heimlich erfolgen, was ihnen den Reiz des Geheimnisvollen verlieh.

Es war beschlossen worden, die Maifeier besonders festlich zu begehen; selbstverständlich in aller Heimlichkeit. Ein Mitglied hatte uns sein Lokal, eine in der Umgegend belegene kleine Gartenwirtschaft, zur Verfügung gestellt. Für die Festrede war uns ein alter Landwirt, dessen Begeisterung für die Sache der Freiheit allen gut bekannt war, empfohlen.

So pilgerten wir froh am Mittag des ersten Mai auf schlammigen Waldwegen zum Festort. Es war ein nasskalter trüber Tag. Lang und kalt war der Winter gewesen. Der März hatte seine neun Sommertage, die zu liefern er verpflichtet sein soll, nicht gebracht und auch im April waren die Tage ohne Ausnahme unfreundlich geblieben. Ohne jegliches Laub standen noch immer im Walde die Bäume, und Birken und Weiden wiesen kaum ein Kätzchen auf.

Wir aber waren voll Fröhlichkeit und ein lustiger Scherz jagte den andern. Mit Scherzen und Lachen hatten wir wohl die Hälfte des Weges zurückgelegt, als plötzlich einer von uns, den wir seiner pessimistischen Prophezeiungen halber die „Unke“ nannten, stehen blieb, die Nase in die Luft steckte und sagte: „Heute gibt's noch ein schweres Gewitter!“ Alles lachte und neckte den Wetterpropheten; der aber blieb bei seiner Behauptung. Kaum waren wir aber auf dem Festplatze angekommen, wo um 4 Uhr unter freiem Himmel die Rede gehalten werden sollte, als ein dumpfes Donnerrollen uns ankündete, dass die Spürnase der „Unke“ doch richtig gewittert hatte. Bald rauschte ein frischer Sommerregen, schon blitzte es hin und wieder, und unser Plan, vorläufig im Freien zu bleiben, wurde zunichte. Schnell stellten wir daher in dem kleinen Saale, der kaum die 130 Erschienenen fasste, ein Podium auf, und das Fest begann.

Immer noch sehe ich die hohe kräftige Gestalt des Redners, das kluge Gesicht mit den harten Zügen, der hohen Stirn, dem dunklen Bart und blondem Haar. Und immer noch höre ich seine klangvolle Stimme.

„Der Frühling naht mit Brausen“ begann er. – Laut schallten seine Worte durch den Saal. Die geballten Fäuste weit von sich gestreckt, hochaufgerichtet mit kühn blitzenden Auge stand der Alte da, ein Bild urwüchsiger Kraft.



Das Gewitter war nähergekommen; Blitz auf Blitz zuckte vom Himmel. Laut prasselten Regen und Hagel gegen die Scheiben. Ein fürchterlicher Sturm heulte um das Haus und schien mit dem Gebrüll des Donners wetteifern zu wollen.

„Der Frühling naht mit Brausen; er rüstet sich zur Tat ...“ Die Stimme des Alten übertönte das Tosen des Unwetters, klar und scharf durchdrang sie den Raum. – Es war, als ob die Luft vibrierte, als ob jeder Ton nachklänge, wie Töne einer Glocke. – Und weiter sprach der Alte: „So wie der Frühling draußen mit Brausen und Toben endlich die Erde vom langen Joche des Winters erlöst, so wird bald mit Sturm und Brausen die Menschheit ihr Joch abschütteln. So wird sie die Fesseln, in die der Geist geschlagen ist, zersprengen. – So wie der Frühlingssturm mit Brausen die schweren Winterwolken verjagt und der Erde das helle Licht und die Wärme der Sonne teilhaftig werden lässt, so wird bald ein Sturm kommen, der die Wolken, die die Sonne der Wahrheit verhüllen, mit Brausen und Toben vertreibt. Und der Sturm wird die Menschen erwecken und sie werden die Sonne sehen, die alles erleuchtet, die unbarmherzig erkennen lässt, was morsch und fest, was krank und gesund ist. Und der Sturm wird das Morsche zerbrechen, das Feste aber und Gesunde wird erstarken. ...“ Mächtig erklangen die Worte des Alten.

Das Gewitter war gerade über uns und tobte fürchterlich. Es war, als wollte die Natur der Rede Nachdruck verleihen. Stockfinster war es im Saale geworden und nur die rasch aufeinanderfolgenden Blitze ließen den Redner sehen. Eigenartig beleuchteten sie seine Gestalt. Die Reflexe des grellen Lichtes wirkten großartig. Es war, als ob periodisch eine Marmorstatue bengalisch beleuchtet wurde. Ein selten schönes Schauspiel fürwahr. – „Drum wach, erwach' du Menschenkind, dass dich der Lenz nicht schlafend find't“, so schloss er seine Ansprache.

Ich kann nicht sagen, was uns mehr fesselte, die Worte des Alten oder die groteske Erscheinung, Jedenfalls machte beides auf uns einen tiefen unauslöschlichen Eindruck.

\*

Das Schicksal hat mich jetzt wieder nach Mecklenburg verschlagen. Meine Freunde fand ich nicht mehr. Wohl aber traf ich den Alten vor einiger Zeit. Die zehn Jahre waren nicht spurlos an ihm vorübergegangen; er war sehr gealtert. Seine kraftvolle Gestalt war zusammengesunken, sein dunkler Bart stark mit hellen Fäden durchzogen und sein Haar ergraut. Wir gingen gemeinsam eine Strecke Weges. Ich suchte seine Ansicht über die gegenwärtige Lage der Partei zu erfahren, aber allen meinen Fragen wich er mit großer Zähigkeit aus. Mich verdross dieses sehr. Spöttelnd begann ich von seiner Maifeierrede zu sprechen:

Was ist aus dem Brausen geworden, mit dem der Völkerfrühling kommen sollte, was aus dem Eichen knickenden Sturme? Ein lindes Lüftchen ward er, das leise und angenehm in den Kronen der Bäume säuselt, aber kein Zweiglein bricht ... Was ward aus dem brüllenden Donner, den zuckenden Blitzen? Ein kaum vernehmbares Rollen in der Ferne, ein interessantes Wetterleuchten. Der strömende, alles fortreißende Regen ward zum milden Tau, der auf Blumen und Gräser silberne Perlen zaubert, der die Saaten köstlich erfrischt, aber auch Unkraut und Wucherpflanzen ...

Mit Vogelsingen und Brunnenklingen kann ja vielleicht auch der Völkerfrühling einziehen; auf alle Fälle ist es so bequemer und angenehmer. Sanft könnte dann das Menschenkind weiterlullen.

Der Alte blickte vor sich hin, – düster oder traurig – ich konnte es nicht sehen. Unsere Wege trennten sich bald. Ein kurzes Lebewohl und wir schieden voneinander.

Ich mochte wohl hundert Schritte gegangen sein, da war es mir, als bliebe der Alte stehen. Er rief mich und ich kehrte um. Da stand er an eine Linde gelehnt, hochaufgerichtet, ganz wie

damals, mit trotzig leuchtenden Augen. Das Licht der sinkenden Sonne beleuchtete durch das Geäst sein kühnes Gesicht. Ich glaubte dasselbe Bild wie vor zehn Jahren zu sehen und mit Bewunderung genoss ich es. –

Er fasste meine beiden Hände und drückte sie kräftig. Scharf sah er mir ins Auge und sagte: „Uns wird er nicht schlafend finden, wenn er kommt, der Frühling.“

## Zeugen und Rufer.

Der Verfall jeder Regierung beginnt fast immer mit dem Verfall ihrer Grundsätze.

\*

Ein gewisser Marsyas träumte, dass er dem Dionys den Hals abschnitte. Dieser ließ ihn hinrichten, indem er sagte, dass er in der Nacht nicht davon geträumt haben würde, wenn er am Tage nicht daran gedacht hätte.

\*

Die chinesischen Gesetze bestimmen, dass jeder, der es an Ehrfurcht vor dem Kaiser fehlen lässt, mit dem Tode bestraft werden soll. Da sie nicht bestimmen, worin dieser Mangel an Ehrfurcht besteht, so kann alles einen Vorwand abgeben, wenn man will, das Leben zu nehmen, oder jede beliebige Familie auszurotten.

\*

Als zwei Personen, denen es oblag, die Hofzeitung anzufertigen, in irgendeiner Begebenheit Umstände hineingebracht hatten, die sich nicht als wahr erwiesen, sagte man, in einer Hofzeitung zu lügen, sei Mangel an Ehrfurcht vor dem Hofe und man ließ sie hinrichten.

\*

Vaterlandsliebe und dergleichen ist ein Durchgangspunkt.

\*

Die moderne Gesellschaft ist keine menschliche Gesellschaft; sie ist einzig die Gesellschaft des Mannsvolkes.

Montesquieu (Der Geist der Gesetze).

## Springer.

### Epilog von Ferd. Freiligrath.

Kein besser Schachbrett als die Welt:  
Zur Limmat rück' ich von der Schelde!  
Ihr sprengt mich wohl von Feld zu Felde,  
Doch schlagt ihr mich nicht aus dem Felde!

So ist es eben in dem Schach  
Der Freien wider die Despoten:  
Zug über Zug und Schlag auf Schlag  
Und Ruh' wird keine nicht geboten!

Mir ist, als müsst' ich auch von hier  
Den Stab noch in die Weite setzen:  
Als würden auch aus Tells Revier  
Die Launen dieses Spiels mich hetzen!

Ich bin bereit! Noch braust das Meer  
Um Norwegs freie Bauernstätten;

Noch rasselt es von Frankreich her,  
Wie Klirren von gebroch'nen Ketten!

Kein flüchtig Haupt hat Engeland  
Von seiner Schwelle noch gewiesen;  
Noch winkt mir eine Freundeshand  
Nach des Ohio luft'gen Wiesen!

Von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt,  
Von Land zu Land – mich schiert es wenig.  
Kein Zug des Schicksals setzt mich matt:  
Matt werden kann ja nur der König!

---

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag d „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker);  
sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 17/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 28. April 1917.

Nr. 17

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Die deutsche Reformation.

Solange der Krieg dauert, keine „Neuorientierung“, keine inneren Reformen – erklärte bisher die deutsche Regierung. Tiefer greifende Reformen müssen den schärfsten Kampf der Parteien hervorrufen, denn wenn man dem einen gibt, so muss man dem andern nehmen. Solche Kämpfe sind aber dem Burgfrieden, der Einheit der Nation nicht bekömmlich, und ohne Burgfrieden wiederum kann man keinen Krieg führen. Diese Argumentation der deutschen Regierung fand volle Zustimmung bei den Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen, d. h. bei den Vertretern der schweren Industrie und des Agrartums. Nur die Freisinnigen, die Vertreter der Handelsbourgeoisie, wagten sofortige Reformen zu fordern, ohne jedoch den Kampf um sie zu entfalten. Und vom Standpunkt des Imperialismus ließ sich gegen die Vermeidung der Kämpfe um die Reformen so wenig sagen, dass auch die Sozialpatrioten keinen stärkeren Druck auf die Regierung riskierten, obwohl ihnen bei ihrer Abhängigkeit von breiteren Volksmassen in erster Linie diese Beruhigungsmittel notwendig erscheinen mussten.

Auf einmal setzte ein neuer Wind ein. Im Reichstag trat nicht nur der Freisinnige *Müller-Meinigen* mit einer Philippika auf, in der er in energischsten Tönen sofortige Reformen forderte, in der er rief: *öffnet die Ventile!* auch der Nationalliberale, Syndikus des Industriellenverbandes, Herr Stresemann, donnerte in flammenden Worten gegen die Herrschaft des Militärabsolutismus und drohte, dass, wenn die Regierung nicht sofort zu Reformen schreite, der Reichstag das Werk in die Hand nehmen müsse. Und die Sozialpatrioten Noske und David wandten sich zwar gegen alle Versuche, die deutschen Verhältnisse mit den russischen zu vergleichen, aber sie beschworen den Reichstag und die Regierung der Volksstimmung Rechnung zu tragen; sie verlasen eine ganze Litanei von Reformen, deren Durchführung sie sofort forderten. Das Wunder geschah, dass der Reichstag mit allen Stimmen gegen die der Konservativen die Einsetzung einer *Verfassungsreformkommission* beschloss, die sich die notwendigsten Reparaturen am stolzen Bau des Reiches ansehen soll.

Die Regierung erklärte durch den Mund des Reichskanzlers, dass sie auch für eine Neuorientierung sei, aber sie könne nicht so ohne weiteres ihre Meinung über die Gefahr solcher Neuorientierungen im Kriege ändern, eine Meinung, die bisher die Mehrheit der

bürgerlichen Parteien teilte. Aber ein schroffes Nein hat Herr Bethmann-Hollweg nicht ausgesprochen.

Nun mag die Regierung nachgeben oder nicht, wenn die Herren Freikonservativen, Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialpatrioten sich zusammentun, so werden sie ganz gewiss kein Werk zusammenbauen, das den Volksmassen auch in „normalen“ Zeiten munden könnte. Sie können weder die Ungleichheit der Reichstags-Wahlkreiseinteilung aufheben noch das preußische Wahlrecht wirklich abschaffen, sie können weder die Verantwortung der Regierung vor dem Parlamente, noch die Demokratisierung des Heeres beschließen. Selbst wenn der hohe Bundesrat all diesen Herrlichkeiten zustimmen würde, die Vertreter des Kapitals würden sie ihm nicht vorschlagen. Aus dem einfachen Grunde, weil niemand neben seinen eigenen Schatten springen kann, und die Vertreter des Kapitals dem arbeitenden Volke in Deutschland keine demokratischen Rechte gewähren können. Demokratische Rechte bedeuten in einer so kapitalistisch zerklüfteten Nation wie der deutschen und besonders bei der ungeheuren Zuspitzung der sozialen Gegensätze, wie sie der Krieg mit sich brachte, eine Auslieferung der Kampfpositionen an die Volksmassen, auf die man eben einundeinhalb Milliarden Mark Steuern lädt. Wenn die Herren bürgerlichen Abgeordneten und die Sozialpatrioten so furchtbar nach der Neuorientierung schrien, so ist ihre Anstrengung viel mehr darauf zurückzuführen, dass sie sich von ihrem lauten Geschrei wunder was versprochen, als dass sie in diesem Geschrei ihre Sehnsucht nach Demokratie ausdrückten.

Aber nehmen wir einmal an, dass die Herren ernste politische Reformen durchzuführen geneigt wären und dass die Junker und die Bürokratie sich ohne Gegenwehr in so freundlich parlamentarischer Weise das Genick brechen ließen, wie sie es – nebenbei gesagt – niemals und nirgend in der Geschichte getan haben. Politische Reformen – auch die gründlichsten – bedeuten die Öffnung des Weges zu sozialen Reformen. Ihr Zweck ist, den Volksmassen zu zeigen, dass sie zwar langsam, aber friedlich, ihre Lage bessern können. Kann dieser Zweck in den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen erreicht werden?

Und wie denken die Herren eine *Staatsschuld* von 100 Milliarden Mark zu reformieren, gerecht zu zerlegen? Wir fanden bisher in der finanzpolitischen Literatur keine Vorschläge dafür. Alle die gemacht werden, drehen sich nur um die Erfindung neuer Lasten. Denn wenn die schönste Frau nicht mehr geben kann als sie hat, so kann auch der beste Finanzkalkulator 100 Milliarden Staatsschulden nicht verzinsen – von anderen Folgen des Krieges, die schwere Milliarden jährlich schlucken werden, gar nicht zu sprechen – ohne die breitesten Volksmassen schwer zu belasten.

Wie man die Sache auch dreht und wendet, *die Reformatoren sind etwas spät aufgestanden*. Die preußische Wahlreform konnte Anno 1911, als die Herren Revisionisten und Zentrumsleute den Kampf um sie unterdrückten, ein Schlachtruf sein. Heute sie auf das Banner des Kampfes zu setzen, ist lächerlich. Der Organismus der Staaten und der Gesellschaft fordert ganz andere Heilmittel.

Wir glauben keinen Augenblick, dass die Staatsmänner der Bourgeoisie und die Scheidemänner des Sozialpatriotismus dies verstehen werden. Niemand kann „verstehen“, dass er sich den Grund unter den Füßen weggraben soll. Aber es ist ein Zeichen der Zeit, dass die *Arbeitsgemeinschaft* mit einem „Reformprogramm“ in dem Moment auf den Plan gerückt kam, als der Schrei nach Reformen von allen bürgerlichen Parteien und den Sozialpatrioten ausgestoßen wurde. Nicht einmal darum handelt es sich hier in diesem Moment, dass dieses Programm der Arbeitsgemeinschaft, das wir noch analysieren werden, jedem wahrhaft demokratischen Grundsatz ins Gesicht schlägt, dass es rein politisch ist, während die soziale Frage die brennendste ist.

Das Charakteristische ist, dass die alten und jungen Herren von der Arbeitsgemeinschaft die Möglichkeit der schmerzlosen Reform unterstützen, dass sie direkt erklären, sie drohen nicht. Das beweist, dass sie nur der linke Flügel des bürgerlichen Reichstages, nicht seine sozialistischen Antipoden sind, dass sie nicht einmal die Harfe sein können, auf der der neue Wind der Geschichte sein Sturmlied singt, geschweige denn, dass sie selbst das Lied der Zeit verstünden.

Reformation! Reformation! Wohl bekomm's, ihr Herren!

## Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung.

Von M. Bronski.

### 5. Zur Naturgeschichte des Sozialpatriotismus.

Man muss der Wahrheit die Ehre widerfahren lassen, die Begründer und Väter der so heldenhaft an der Seite der deutsch-österreichischen Armeen kämpfenden polnischen Legion sind diejenigen Sozialisten, die seit 25 Jahren systematisch für die Unabhängigkeit Polens im sozialistischen Lager gewirkt haben. Die polnische Legion mit Brigadier *Pilsudzki* an der Spitze, des einstigen Redakteur des geheimen sozialistischen Blattes „*Robotnik*“ („Der Arbeiter“), ist die Verkörperung der letzten Stufe des polnischen Sozialpatriotismus, ist sein letzter Triumph.

Es ist nicht der persönliche Verdienst Einzelner, wenn der polnische Sozialpatriotismus solch ausgeprägte, solch klar und konsequente Form angenommen hat, die es dem einfachsten Arbeiter leicht macht, sich sofort Rechenschaft darüber abzulegen, mit wem er es zu tun hat, sondern es ist begründet in der *besonderen Lage Polens*, die dazu zwang, den Streit zwischen Sozialdemokratie und Sozialpatriotismus schon am Anfang der sozialistischen Bewegung auszutragen. Die *Daszynskis* und *Pilsudzkis* e tutti quanti sind nicht von heute auf morgen Sozialpatrioten geworden. Sie waren schon damals, als die heutigen *Guesdes*, *Plechanoff* und *Cunows* als internationale Marxisten den polnischen Sozialdemokraten halfen, den Sozialpatriotismus in der Internationale zu bekämpfen. Bereits vor 25 Jahren, auf dem internationalen sozialistischen Kongress in Zürich (1893) wurde der polnische Sozialpatriotismus offiziell von der polnischen Sozialdemokratie denunziert, und zwar „als ein Versuch der kleinbürgerlichen Intellektuellen, das Programm der Unabhängigkeit Polens mit sozialistischem Programm zu einer Synthese des Sozialpatriotismus zu bringen“.<sup>37</sup>

Fünfundzwanzig Jahre versuchte die polnische sozialistische Partei (P. P. S.) gegen diese Charakteristik anzukämpfen. Vergeblich! Die polnische Sozialdemokratie war auf ihren Posten – und unter den schwierigsten politischen Situationen in Polen, wie in der Internationale, gelang es den polnischen Marxisten ihre historische Aufgabe zu erfüllen, die polnische Arbeiterklasse zu bewahren, sich für die Interessen ihrer Klassenfeinde ausnützen zu lassen. Sowohl 1905 wie 1914.

\*

„Charakteristisch für die ersten Jahre der Existenz der P. P. S. war die vollständige Ruhe der sozialistischen und revolutionären Bewegung der vom Zarismus beherrschten Völker“, – schrieb der alte Führer der P. P. S. *A. Wronski*<sup>38</sup>, ohne sich bewusst zu werden, wie ihn diese

<sup>37</sup> Bericht über die sozialdemokratische Bewegung im Königreich Polen 1889–1893, abgegeben durch die Redaktion „*Sprawa Robotnicza*“, Organ der Sozialdemokratie des Königreichs Polen.

<sup>38</sup> „*Przedswit*“ Heft Nr. 1. 1907

Worte ausliefern. Die Grabesstille der revolutionären Bewegung Anfang der 90 er Jahre war also die Geburtshelferin des polnischen Sozialpatriotismus! Und immer war so gewesen. Wenn die sozialistische Arbeiterbewegung in Russland ihre Höhepunkte erklimmte, da sanken die Kurse der sozialpatriotischen Aktien unter Pari. Konnte man besser den konterrevolutionären Charakter – im besten historisch-politischen Sinne dieses Wortes – des polnischen Sozialpatriotismus charakterisieren als durch die Hervorhebung dieser Tatsache?!

In den Jahren 1905 und 1906, als die Wellen der Revolution den Zarenthron zu überfluten drohten, musste die P. P. S. ihr sozialpatriotisches Programm in die Tasche stecken. „Sowohl die Agitation gegen die Unabhängigkeit wie gegen den Aufstand – sagt derselbe unverdächtige Zeuge, der jetzt legionslustige Wronski – ist leicht zu erklären. Alle standen unter dem Eindrucke der immer mehr steigenden russischen revolutionären Bewegung: man glaubte an ihre Macht, man erhoffte in der nächsten Zeit den Zusammenbruch des Zarismus.“ („Przedswit“ 1907. 1.)

In der Epoche der Ruhe des revolutionären Kampfes gegen den Zarismus, erhebt die nationalistische Agitation in der Arbeiterschaft ihr Haupt – und schwächt also das Entflammen des sozialistischen Kampfes der polnischen, und damit auch der russischen Arbeiterschaft. Zu der Zeit aber, wenn die Wogen der revolutionären Bewegung in Russland hochgehen, „erhofft“ man den Sieg des russischen Proletariats, ihn hinterhältig durch nationalistische Agitation schwächend. Und wenn die polnische Arbeiterschaft trotzdem immer der sicherste und aufopferndste Kampfgenosse des revolutionären russischen Proletariats war, so ist dies wahrlich keiner Vernachlässigung der sozialpatriotischen Agitation zuzuschreiben, sondern dem proletarischen Klassenbewusstsein der polnischen Arbeiterschaft, das verstanden hat, sich diese Sozialnationalisten vom Leibe zu halten. Die oben angeführten Zitate beweisen, wie schwach der Sozialpatriotismus beim polnischen Proletariat verankert ist.

Wer waren aber die Träger dieses sozialpatriotischen Gedankens? Welche Interessen, welchen politischen und wirtschaftlichen Situationen entsprach ihre Ideologie?

Es ist die gleiche Sucht der kleinbürgerlichen und kleinadligen Elemente, die sich an der kapitalistischen Entwicklung Polens nicht anzupassen vermochten, – eine materielle Macht zu finden, die für die Ideale des Kleinadels und Kleinbürgertums den Kampf um die Unabhängigkeit des Staates aufnehmen soll. Wie die Bauernschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stets die Hoffnung dieser adligen Elemente war, so wurde seit den 90er Jahren die Arbeiterschaft ihre einzige Hoffnung.

Der grausam unterdrückte Aufstand 1863 hat die Aussichtslosigkeit der Hoffnung auf die Bauern als patriotisch revolutionäre Macht evident bewiesen. Die Bauern ließen sich nicht vor den Wagen des adligen Staatsrekonstruktionsgedankens spannen. Was sie brauchten, war eine Befreiung vom – Adel, der doch polnisch war, und dazu war der Weg über die Unabhängigkeit Polens nicht gerade der kürzeste. So ward die Idee des bewaffneten Aufstandes begraben. Die besitzenden Klassen des Großadels und der Bourgeoisie bekamen nun die Möglichkeit, an der kapitalistischen Entwicklung teilzunehmen und nahmen die zarische Herrschaft mit dem immensen russischen Absatzgebiet im Kauf. Anders aber Kleinbürgertum, Kleinadel, und, last not least, zwei Jahrzehnte später, die Arbeiterschaft. Für letztere war der Kapitalismus keineswegs eine „Milderung“ des Zarismus, sondern im Gegenteil ein tiefaufwühlendes, aufpeitschendes, stets zum Kampfe gegen den Zarismus treibendes Element. Das wurde schon in den 80er Jahren in Polen den verschrobensten Glücksrittern klar. Die ersten Demonstrationen und politischen Prozesse der 80er Jahre haben die Existenz der „modernen kapitalistischen Krankheit“, des Sozialismus, der revolutionären

Arbeiterklasse auch in Polen festgestellt. Diese einzig revolutionäre, den Zarismus auf Leben und Tod bekämpfende Klasse, den patriotischen Interessen des Kleinadels und Kleinbürgertums dienstbar zu machen, war die historisch politische Grundlage des polnischen Sozialpatriotismus, der Verbindung des Patriotismus mit dem Sozialismus. Und die fünfundzwanzigjährige Tätigkeit der P. P. S. bestand hauptsächlich darin, die polnische Arbeiterschaft zu überzeugen, dass sie, wenn sie sozialistisch ist, die patriotische Pflicht der Staatsgründung übernehmen muss, die von dem Adel wie vom Bürgertum nicht erfüllt werden würde. „Das Fehlen der selbständigen Leitung ihrer eigenen Interessen durch die polnische Bourgeoisie, die Unterordnung der ökonomischen Interessen der polnischen Provinzen unter die allgemeinen Staatsinteressen (Russlands), die Erschwerung der Beziehungen zwischen den drei Teilen Polens, hält die Entwicklung des Kapitalismus auf, was überall eine Vorbedingung der sozialistischen Bewegung ist.“ So schrieb 1900 der bedeutendste Theoretiker des polnischen Sozialpatriotismus M. Lusnin in einer Begründung des sozialpatriotischen Programms, als ob es die Aufgabe des Proletariats ist, für die Grundlage des Kapitalismus zu sorgen!

Aber auch andere Argumente der Sozialpatrioten wurden benutzt, um die Arbeiterklasse von ihrem Klassenkampf und den Kampf um die Demokratisierung desjenigen Staates, wo sie ausgebeutet ist, wegzuleiten. So war eines der wichtigsten Argumente – dass Polen viel demokratischer sein kann als Russland, weil es industriell entwickelter ist.

Während der Revolution 1905 bekam die Sozialdemokratie die Oberhand, und spülte die sozialpatriotische Welle hinweg. In der P. P. S. selbst mussten die Sozialpatrioten verstummen und eine mehr an die Sozialdemokratie sich anlehrende Richtung nahm an Kräften zu. Aber sie gaben ihre Hoffnungen nicht auf, die Arbeiterschaft in ihrem Sinne zu beeinflussen. Wenn ihnen die Leitung der Partei (P. P. S.) und der politische Einfluss in der Arbeiterschaft verloren ging, so versuchten sie auf einem anderen Wege die Herrschaft über die Arbeiterschaft zu gewinnen. Sie wurden zu Agitatoren des „schärfsten“ terroristischen Kampfes gegen die zarischen Beamten in Polen. Das war der patriotische Aufstand gegen den Erbfeind an die Revolution übertragen. Da sie den Ausstand nicht zustande bringen konnten – das polnische Proletariat kämpfte in Reih und Glied mit den russischen Arbeitern – so blieb den Patrioten nur das terroristische Surrogat auf die Funktionäre des Zarismus und auf die Soldaten übrig. Auf diesem Wege wollten sie jedoch vorwärtsschreiten und die Partei (P. P. S.) zum Kampfe mit dem Heere zwingen. Der Kampf innerhalb der zwei Richtungen in der P. P. S. spitzte sich immer mehr zu, bis es endlich zum Bruche kam. Die Sozialpatrioten, die sich der Kampforganisation der P. P. S. bemächtigt hatten, formulierten 1906 offiziell ihre Stellung folgendermaßen: „Soll die proletarische Revolution vor den russischen Soldatenbajonetten Einhalt tun und das Haupt in tiefer Ehrfurcht vor ihnen senken, ihre Zukunft in den Händen so unsicherer Elemente wie dem Heer überlassen, oder soll sie den Weg zur Überwindung dieser letzten Störung suchen und gestützt auf eigene Kraft und Macht mit bewaffneter Hand alles das erobern, was uns nötig ist?“ („In der Angelegenheit der Kampforganisation P. P. S.“ 1908. D. 10). In dieser Formulierung ist schon bereits der Legionengedanke vorhanden. Was noch abzustreifen war, war die sozialistische Dekoration dieser kleinadligen Aufstandsideologie. Denn für die Sozialdemokratie, für die sozialistisch gesinnte und proletarisch denkende Arbeiterschaft war ein siegreicher Kampf aussichtslos, wollte man die Bauern und Proletarier, die zwangsweise in des Königs Rock gesteckt wurden oder unbewusst zarische Diener geworden sind, von vornherein als Feinde, als „Erbfeind“ der polnischen Proletarier betrachten und behandeln. Sozialistische Organisation im Heere, im zarischen Heere, war die Losung der Sozialdemokratie, die auf diesem Wege die „letzte Störung“, das letzte Bollwerk des Zarismus zu überwinden versuchte. Anders aber die Sozialnationalisten: unter dem Vorwande der Agitation im Heere verbarg sich der Nationalismus, der den Aufstand predigte. Das musste von einer Arbeiterpartei, die nun nicht Verrat üben oder sich



in der Arbeiterschaft nicht unmöglich machen wollte, abgewiesen werden. Und nach langen Kämpfen wurde es abgewiesen. 1906 kam es zum Bruch und die Sozialpatrioten Russisch-Polens mit Pilsudzki an der Spitze und unter tätiger Mithilfe von Daszynski e tutti quanti, gründeten eine neue Partei, oder richtiger gesagt: sie übernahmen die ganze Ideologie der P. P. S. vor 1905 samt Programm-Namen u. dergl. mehr. Zuletzt fügten sie noch zum Unterschied gegen die andere Fraktion, die sich „Lewitza“, d. h. Linke nannte, die Erläuterung „Revolutionäre Fraktion“ bei, die sie aber nach kurzer Zeit fallen ließen.

Nun ging aber die weitere Entwicklung des konsequenten Sozialpatriotismus mit rapider Schnelligkeit vor sich. Nachdem man die proletarisch-sozialdemokratischen Elemente losgeworden ist, näherte er sich immer mehr dem kleinadligen Patriotismus. Die Zeiten der Konterrevolution (1908 – 1912) schufen eine ganz geeignete politische Konjunktur für den Abgang vom Sozialismus, für eine Revision der patriotischen Hoffnungen auf den Sozialismus. Man ging zur militärisch-insurgentischen Idee über, wohin auch die P. P. S. (Rev. Fraktion) Russisch Polens und Galiziens geführt wurde. Die Quelle der militärisch-insurgentischen Richtung bestand nach einem führenden Sozialpatrioten in der „Enttäuschung einzelner revolutionären Führer über den revolutionären Wert des Sozialismus für den *national*-politischen Kampf“ (Res. Placowka, Nr. 1, 1912). Die Klassenkampftheorie wurde abgelegt und die ganze Nation für den Unabhängigkeitskampf mit dem Erbfeinde als fähig erklärte. „Unser Gedanke sehnt sich nach vollständiger Solidarität im Geiste und im Willen mit der Nation“ – schrieb 1910 der einstige Sozialist, der Burgfriedenvorläufer, M. Sokolnicki, in seiner krausen Schrift über das Problem der polnischen Armee.

*Und in der Tat!* Die kriegsschwangeren Tage der Jahre 1912-1914 erlaubten den patriotischen Hoffnungen aufzublühen, da doch klar wurde, dass der Krieg zwischen den Teilungsmächten eintreten kann. Und da sie der russisch-polnischen Arbeiterschaft entfremdet wurde, konnten sie desto leichter die Solidarität mit den besitzenden Klassen – Galiziens im Geiste und im Willen durchführen, wo sie ihr Hauptquartier bezogen und bereits 1912 eine provisorische Kommission der konföderierten Unabhängigkeitsparteien gegründet haben, die ein Vorläufer der Obersten Nationalpolnischen Komitee in Krakau des Jahres 1914 wurde, die auch der Gründer der Polnischen Legion wurde. Und die Anteilnahme der Polnischen Legion an der deutsch-österreichischen Seite wird ganz einfach damit begründet, dass der größten Teil polnischen Gebietes und der polnischen Bevölkerung Russland an sich gebracht hat. Russland also ein unversöhnlicher Feind Polens und da Österreich-Ungarn und Deutschland sich mit Russland im Kriege befinden, so ist es die Aufgabe des polnischen Sozialpatriotismus, sich diesen Mächten zur Verfügung zu stellen, wie sie 1904 den – Japanern ihre Dienste offerierten.<sup>39</sup> „Dieser Kampf müsste aber die weitesten Kreise umfassen, deshalb muss er nicht unter dem Losungsworte *einer Klasse*, sondern unter dem eigenen gesamt-nationalen Banner geführt werden“. („Polen“ 1915. Nr. 23.) Diese Auflösung des Sozialpatriotismus in der nationalen Einheit hat der polnische Marxismus vor 25 Jahren vorausgesagt.

Und wie seit 25 Jahren die polnische Sozialdemokratie es war, die das polnische Proletariat ideologisch vor dieser Gefahr gefeit hat – trotz des ständigen Klagens und Heulens wegen der

---

<sup>39</sup> Dies wird jetzt von den Führern der Sozialpatrioten offen zugestanden: „Gleichzeitig reisen Abgesandte der P. P. S., I. Pilsudzki und andere, nach Tokio, um sich wegen Erlangung einer Unterstützung der antirussischen Bewegung in Polen mit der japanischen Regierung ins Einvernehmen zu setzen“. (L. Wasitewski in „Polen“ 1915, Heft 23.) Vor ein paar Jahren, als man ihnen vorgehalten hat, dass polnische Sozialisten im Dienste der japanischen Regierung standen, und sie deswegen stark durchklopfen, leugneten sie diese Unterstützung. Jetzt ist der Sozialpatriotismus unverschämt, weil – international geworden.

angeblichen „Spaltung“ der Arbeiterorganisationen – und sie in der russischen Revolution für die Revolution rettete, so war es auch 1914 im Weltkriege wiederum die polnische Sozialdemokratie, die die polnische Arbeiterklasse ideologisch und politisch vor der Robot im Dienste des Imperialismus bewahrte, um die Kräfte den proletarischen Kämpfen zuzuführen.

## Bildungsprobleme.

Der Krieg hat das Bedürfnis nach einer vielseitigen Bildung des Individuums allen zum Bewusstsein gebracht. Vor täglich neue Aufgaben stellt der Krieg die Völker, und die Kriegswirtschaft muss mit einer fortgesetzten Umgruppierung der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte rechnen. So überraschend und bewundernswert aber selbst dem Kriegsgegner die Anpassungsfähigkeit der Industrie beispielsweise an die Erfordernisse der Munitionserzeugung vorkommt, so ist diese Anpassung doch nur eine relativ glückliche zu nennen; denn keine noch so weitblickende Regierung konnte imstande sein, das ganze gewaltige industrielle Problem im Voraus rechtzeitig zu erfassen und die Mittel zu seiner Lösung im ganzen Umfange bereitzustellen.

Dem Hilfsdienstgesetz zufolge soll nunmehr jeder Arm und jede Hand möglichst unmittelbar im vaterländischen Interesse verwandt werden. Der letzte Muskel wird gespannt. Eine großzügige, straffe Organisation kann augenblicklichen Notständen dadurch begegnen, dass sie die Massen bald hierhin, bald dorthin an die meist bedrohten Punkte dirigiert. Nur das Notwendigste, Wichtigste wird geschafft, wie es aus den Erfordernissen des Tages in die Augen springt. Die menschliche Natur muss sich immerfort neuen Situationen, dem Zwang neuer Verhältnisse einfügen, so gut oder so schlecht es eben geht. Dem vielseitig gebildeten Individuum mag dieser Wechsel eine Lust und ein Lebensbedürfnis sein; dennoch sind die Menschen spärlich gesät, die, durch glückliche Veranlagung unterstützt, im Feuer der Betätigung sich das Prädikat erwerben, sozusagen in allen Sätteln gerecht zu sein.

Auch die sozialistische Gesellschaft wird sich den Luxus einer „Reservearmee“ von arbeitsfähigen Individuen nicht leisten können, oder besser: leisten wollen. Das ist ihr Unterschied gegenüber dem Kapitalismus, dass diesem in normalen Zeiten das unvermeidliche Heer der Arbeitslosen eine direkte Lebensnotwendigkeit bedeutet. Indem das kapitalistische System einerseits auf dem Konkurrenzkampf der Unternehmer gegeneinander, andererseits auf dem Kampf der Klassen gegeneinander beruht, kann das Unternehmertum nicht leben, ohne gegebenenfalls auf die Unterstützung arbeitsloser, jedoch arbeitswilliger Elemente rechnen zu können. Bekanntlich liegt in diesem Umstand die Quelle einer unvergleichlichen Macht der Arbeiterklasse in solchen Zeiten, wo der Bedarf an arbeitenden Händen besonders groß ist.

Der Sozialismus, dem der Kampf des Menschen gegen den Menschen in diesem Sinne völlig fremd ist, kann auf eine Reservearmee von Arbeitern verzichten. Diese ist auch unter kapitalistischer Herrschaft nichts als ein notwendiges Übel, welches der Regellosigkeit der kapitalistischen Produktion sowie den erwähnten Bedürfnissen des wirtschaftlichen Kampfes seine Entstehung und Erhaltung verdankt. In der sozialistischen Gesellschaft kommt aber nicht nur dieser Kampf des Menschen gegen den Menschen in Fortfall, sondern auch die Regellosigkeit der Produktion hört auf. Gehen die Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft über, so lässt sich die Produktion vereinfachen, vereinheitlichen, übersichtlicher, planmäßiger gestalten. Die Planmäßigkeit aber besteht in der zweckmäßigen Verwendung aller Produktionsmittel, zu denen natürlich auch die menschliche Arbeitskraft zählt.

Dabei kann sich die sozialisierte Gesellschaft jedoch dem „Wechsel der Arbeit“ nicht entziehen. Dieser verliert dafür aber auch, wie Marx im „Kapital“ gezeigt hat, seine blindzerstörenden Wirkung. Im kapitalistischen System ist jener Wechsel meistens ein Unglück für

den davon Betroffenen; die sozialistische Gesellschaft garantiert jedem dagegen seine Existenz auch in Perioden der Arbeitslosigkeit. Nur hat sie ein Interesse daran, solche Zwischenzeiten möglichst auszuschalten oder doch zu verkürzen. Sie wird in dieser Hinsicht ihre Vollkommenheit darin suchen, den Nachweis neuer Arbeitsstellen, die Zuweisung der Arbeitskräfte an andere Betriebe, die Umgruppierung aller dieser Kräfte gemäß den wechselnden Arbeitserfordernissen zu bewerkstelligen, ohne dass sich Stockungen in der Gesamtproduktion und Härten für den Einzelnen daraus ergeben.

Die vielseitige Verwendungsmöglichkeit des Individuums ist heute während des Kriegszustandes wie in der sozialistischen Zukunft Bildungsideal. Auch um eine Art „Stammrollen“, in welche gegenwärtig selbst alle Hilfsdienstpflichtigen Aufnahme finden, wird die künftige Neuordnung auf sozialem Gebiete nicht herumkommen. Dass auch im Felde noch der Soldat in möglichst vielen Methoden der Kriegskunst unterrichtet wird, dafür sorgen fortwährende Neueinteilungen der Truppenkörper, dazu die Einrichtung von Kursen aller Art, um den Fortschritt der Technik und der Strategie sofort nutzbar zu machen. Natürlich kann das Streben nach vielseitiger Befähigung eine Gefahr für die gründliche Durchbildung in der Praxis dieses oder jenes Tätigkeitszweiges werden; doch ebenso sehr kann das Gegenteil der Fall sein, indem die auf verschiedenen Gebieten gesammelten Erfahrungen sich gegenseitig befruchten, den Blick erweitert, die Anpassungsfähigkeit erhöht und einer Verknöcherung der „Fachbildung“ wirksam entgegengearbeitet wird.

Wir sehen in gewissem Sinne bereits sich anbahnen, was Fr. Engels in „Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ (Seite 320) ankündigte: „Die von den Schranken der kapitalistischen Produktion befreite Gesellschaft erzeugt ein Geschlecht von allseitig ausgebildeten Produzenten, die die wissenschaftlichen Grundlagen der gesamten industriellen Produktion verstehen und von denen jeder eine ganze Reihe von Produktionszweigen von Anfang bis Ende durchgemacht hat.“

In dem Wechsel der Arbeit, der von der Natur der großen Industrie bedingt wird und die möglichst vielseitige Ausbildung des Individuums erfordert, haben wir ein allgemeines Produktionsgesetz vor uns, dem sich alle Verhältnisse des sozialen Lebens, vor allem auch die Bildungsverhältnisse immer mehr anpassen resp. unterordnen müssen. Dieser Wechsel der Arbeit jedoch der „sich jetzt nur als überwältigendes Naturgesetz durchsetzt, das überall auf Hindernisse stößt“ (Kapital, Bd. 1, S. 453), wird, wenn dieser Prozess der Anpassung sich vollzogen hat, zum Segen für die menschliche Gesellschaft ausschlagen. Die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit wird sich in ganz ungeahntem Maße heben, in dem gleichen Maße, wie die zweckmäßige, planvolle Ausbildung und Verwendung aller verfügbaren Arbeitskräfte sich steigert. Wir sehen sofort, dass uns in dieser Richtung, sozusagen bis zum Höhenpunkt des Sozialismus, noch ein weiter Weg bevorsteht, können aber aus den Leistungen beispielsweise des deutschen Volkes während dieser Kriegszeit bereits einen kleinen Begriff bekommen, was ein einheitlich und zielbewusst geleitetes Gesellschaftsganzes zu schaffen imstande wäre, wenn menschliche Tatkraft dauernd den großen Aufgaben sich zuwenden würde, die das Glück und die Wohlfahrt der ganzen Menschheit bedeuten.

Wie, würde sich nun unter jenen künftigen Verhältnissen die Vorbereitung des Menschen auf die spätere Berufstätigkeit gestalten? Darüber lässt sich im Anschluss an die durch die bezeichnete Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit gegebenen Richtlinien recht wohl einiges als feste Tatsache erkennen. Z. B. werden wir alsdann kein bestimmtes Lebensalter als Abschluss des Bildungsganges ansetzen dürfen. Schule wäre das gesamte praktische Leben, darin sich keiner auskennen könnte – und lebte er noch so lange. Es handelte sich nur darum, eine Methode ausfindig zu machen, jedes Individuum zwanglos, doch unmittelbar in alle möglichen Berufsarten einzuführen. Sicher wird man der eigenen freien Entschließung des Lernenden möglichst weiten Spielraum lassen; denn nichts ist imstande, die kräftigen Willensimpulse zu ersetzen, die aus der freiwillig übernommenen und vom eigenen Interesse

getragenen Arbeit fließen. Allerdings wird auch diese Gesellschaftsorganisation sich erst ganz allmählich vervollkommen.

Der gesellschaftliche Zwang zur Arbeit überhaupt kann natürlich nie ganz aufhören; aber dafür ist die Auswahl der Bildungs- und Arbeitsgelegenheiten eine überaus reiche und der Zutritt zu ihnen durch keine von Klasse oder Stand gezogenen Schranken gehemmt. Dazu wird das Maß der gesellschaftlich festzusetzenden Arbeitszeit nach und nach immer mehr verkürzt werden können, in demselben Tempo, wie der gesellschaftliche Reichtum steigt. Herabsetzung der Arbeitszeit bedeutet entsprechende Ausdehnung der arbeitsfreien Zeit. Aber man darf nicht glauben, dass letztere immer nur unproduktive Beschäftigungen gewidmet sein wird, je länger, je mehr, die eigentliche Arbeitszeit entlastet wird, indem außer derselben und nebenherlaufend persönlich angenehme Arbeit vom Einzelnen übernommen wird. So arbeitet sich der Schüler, der dem Alter nach ein Erwachsener sein kann, selbständig oder unter Anleitung in neue Berufszweige ein, zunächst vielleicht in verwandte, dann in fernliegende. Damit soll nicht die Abschaffung des Unterrichts nach Art des gegenwärtigen prophezeit sein, vielmehr wird er dort, wo er sich als notwendig erweist, auch Raum zu finden wissen; nur die Buntscheckigkeit der Stundenpläne von heute wird sich in der künftigen Schule der Praxis gegenüber der Form der zusammenhängenden Kurse nicht behaupten können. Die Arbeit des Lebens selbst wird die jeweilige Form der Schule bestimmen. Überhaupt werden Schule und wirtschaftliches Leben immer mehr einander durchdringen und miteinander zusammenfallen. Erst dann wird die Schule ihren Zweck wahrhaft erfüllen, wenn der Sozialismus die Zweiheit von Schule und Leben beseitigt, wenn die Gesellschaft ohne irgendwelche Klassenrücksichten die Mittel bereitstellt, um jedem Individuum die bestmögliche Vorbildung für eine vielseitige Verwendbarkeit im sozialen Leben zu gewähren.

## Aus unserm politischen Tagebuch.

Beachten Sie, Aristide Briand, den folgenden Charakterzug Berliner Arbeiter, und dann denken Sie gefälligst auf bessere Mittel, als Sie bisher erfanden, unsere Empörung zu entflammen. Es wurde gestreikt in Berlin. Aufläufe, Trupps Schutzleute, Murren, Pfeifen. Da läuft ein Mensch aus dem Haufen der Streikenden auf die Rasenfläche des Platzes, auf dem sich die Ereignisse abspielten. (So etwas ist bei uns verboten, wie Sie wissen, Aristide Briand.) Der Schutzmann schweigt. Einen Augenblick überschattet die Streikenden die Ruhe des Entsetzens. Dann aber schrillt ein Schrei: „Der jetzt auf'n Rasen!“ Und Dutzende: „Willste von dem Rasen runter. Du Schieber! Det is verboten!“ Und Hunderte: „Ran an den Kerl! Dat is'n Spitzel!“ – Und noch ein Stück für die Pariser, damit sie endlich von Grund aus ihre Pflicht tun, den Deutschen die gallische Revolutionsfixigkeit beizubringen. Ich entsteige dem Vorortzug und gehe zur Bahnsperrung. (In Frankreich hat man das nicht nötig, denn schließlich müssen sich die Pariser doch frei bewegen können, wenn sie auf den 1-Uhr-Zug bis 1.40 warten.) Vor mir fünfzig Menschenrücken, die in Klumpen trotten und dann als Faden durch die Sperre quillen. Aber irgendetwas stimmte da nicht. Ich sah es den Rücken vor mir an. Ich fühlte es zunächst nur, ohne begriffliche Klarheit. Einige Rücken zogen sich, kurz hinter der Sperre, in unbehagliche Falten. Man sah sich auch um, schüttelte nachdenklich den Kopf, fand nicht, was da die Morgengewohnheit gestört hatte und ging – unbehaglich – weiter. Zum Teufel, jetzt hat es mich auch, diese Unbehaglichkeit, eben, nachdem ich, die Monatskarte mit der Blödigkeit des alltäglichen Handgriffs vorweisend, die Sperre durchschritten habe. Sehe mich um. Ja, was ist denn – ah? – Es war kein Beamter da, der den prüfenden Blick auf die hundert Fahrtausweise hätte richten können. Nichts war da. Der Verschluss war geschlossen, die Kette, durch ein Versehen, geöffnet worden. Hundert Menschen hatten sich gewissenhaft einem braunen Brett gegenüber ausgewiesen. Und nun zögerten sie mit schlechtem Gewissen die Treppe hinunter! Aber was in Preußen geschehen musste, geschah, Herr Briand! Der

Hundertunderste, der sich solchergestalt um sein Recht als Bürger und Fahrgast betrogen sah, drehte um, stürmte auf den Knipser an der anderen Seite und schrie: „Ja, zum Donnerwetter, hier drüben ist ja kein Beamter! Solche Lotterei! Da kann ja jeder durchgehen! Wollen Sie mal gefälligst! –“ Und so, weiter. So liest man in der „Vossischen Zeitung“. Wo ist der neue Heine, dass er sein Deutschland des 20. Jahrhunderts besänge!

\*

Karl Kautsky, der wissenschaftliche Beirat der Unabhängigen Sozialisten Deutschlands, hinterlässt in der „Neuen Zeit“ der Nachwelt seine Betrachtungen über die Konferenz in Gotha. Hören wir den Weisen!

„Es ist überflüssig, sich heute den Kopf darüber zu zerbrechen, wie sich dann unser Verhältnis zu der alten Partei gestalten wird: Noch wissen wir ja gar nicht, welche Tendenzen sie bis dahin entfaltet, ob sie noch weiter nach rechts geht, ihre sozialdemokratisch gebliebenen Elemente dadurch von sich abstößt und der organisierten Opposition zutreibt, die dann die sozialdemokratische Partei überhaupt wird. Oder ob sie durch den Sturm und Drang der Zeit nach links gedrängt wird. Ob sie die Kraft und das Bedürfnis erhält, sich des Nationalsozialismus und Nationalliberalismus in ihren Reihen zu entledigen und damit sachlich auf denselben Boden zu gelangen, auf dem die Opposition heute schon steht.“

Man weiß nicht, was gestern war, heute ist und morgen sein wird. Das ist die tiefe Weisheit des Schülers von Karl Marx. Und weil er nie nichts weiß, so weiß Kautsky offenbar auch gar nicht, weshalb eigentlich die ganze Partei der U. S. D. gegründet wurde. Wie aber findet sich die Gruppe „Internationale“ nun mit der Hoffnung Kautskys auf die Linksschwenkung der Sozialdemokratie ab?

## Der Strömung entgegen.

Genossen, ihr hört sie; es rufet die Menge  
„Ergebt euch, ihr Künstler, ihr Sänger und Reimer  
Was kümmern die Jetztzeit Gedichte und Klänge?  
Wie viele noch seid ihr, verblendete Träumer?  
Ergebt euch! Es lassen die Menschen, die neuern,  
Sich nicht von Gefühlen mehr kindisch bewegen.  
Veraltet Geschlecht, wie vermögt ihr zu steuern  
Der Strömung entgegen!“

Genossen, verzagt nicht! Das Ewge und Eine  
Begeistert auch heut uns; es schauen hernieder  
Auch heut die Gestirne mit labendem Scheine,  
Es freuen uns auch heute der Nachtigall Lieder.  
Das Wahre bleibt wahr! Mag die Finsternis dräuen,  
Der Stern wird uns aufgehen, der Sturm wird sich legen  
Im Namen des Schönen kämpft fort ihr Getreuen  
Der Strömung entgegen!“

Es riefen auch einst, in vergangenen Jahren,  
Damals in wilder Zerstörungsbegierde,  
Die Stürmer der Bilder, die eifernden Scharen,  
Verbrennend der Kirchen geheiligte Zierde:  
„Wer kann uns bekämpfen? Das geistige Leben  
Der Menschheit erneu'n wir, den Völkern zum Segen.“

Wie sollte die Kunst, die besiegte, noch streben  
Der Strömung entgegen!“ -

Zurzeit, da der Heiland am Kreuze gelitten,  
Die Jünger, gehorchend der göttlichen Sendung,  
Sein Wort zu verkünden, die Lande durchschritten,  
Da sprachen Gelehrte in stolzer Verblendung:  
„Der Tor ist gekreuzigt! Es sprechen nur Schmäher,  
Was er uns als Lehre gepredigt verwegen.  
Wie sollten sie kämpfen, die elf Galiläer?  
Der Strömung entgegen!“ -

Genossen, ihr Drohen ist eitle Betörung:  
Strebt weiter! Wir werden das Ufer erreichen,  
Bezwingend der grollenden Wogen Empörung;  
Dem Ewigen wird das Vergängliche weichen.  
Lasst treu unsrer heil'gen Berufung uns bleiben;  
Es wird das Vertraun, das wir Gläubige hegen,  
Die Macht uns verleihen, eine Strömung zu treiben,  
Der Strömung entgegen!

A. K. Tolstoi.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl  
Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 18/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 5. Mai 1917.

Nr. 18

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Aufruf!

Die Konferenz in Gotha hat die alte Sozialdemokratie, die Partei der Instanzen und des Parlamentarismus, wieder erstehen lassen. Darüber täuschen auch nicht die gelegentlichen Manöver hinweg, die die „Unabhängigen“ im Sinne des Linksradikalismus arrangieren. Die Taktik der Linksradikalen ist keine Gelegenheitsaufführung. Sie entspringt einer geschlossenen Auffassung vom Imperialismus und fordert ein geschlossenes Durchdenken der auf diesem Boden erwachsenden Kampfmittel. Die Gruppe „Internationale“ hat, mag sie sich gebärden, wie sie will, durch den Zusammenschluss mit dem Parteizentrum ihre organisatorische Selbständigkeit aufgegeben. Sie ist, nachdem sie geistig von allem Anfang an versagte, nun auch organisatorisch von der Führung der Linksradikalen zurückgetreten. Zahlreiche Sympathiekundgebungen aus allen Teilen des Landes beweisen uns, dass der Schritt der Gruppe „Internationale“ als verhängnisvoll erkannt wird und dass in allen Teilen Deutschlands das starke Bedürfnis nach einer selbständigen linksradikalen Organisation vorhanden ist. Wir fordern alle die Genossen, die auf dem Boden der „Arbeiterpolitik“ stehen, auf, unter keinen Umständen den Anschluss an die „neue“ Partei zu vollziehen. Wir raten ihnen, sich zunächst örtlich zu organisieren und sich unvorzüglich mit der Redaktion der „Arbeiterpolitik“ in Verbindung zu setzen. Es soll darauf das weitere zur Gründung einer selbständigen linksradikalen Organisation bekanntgegeben werden. Mögen die Reihen der Linkradikalen durch das Verzagen der Gruppe „Internationale“ in diesem Augenblicke gelichtet sein: Die bösen Erfahrungen, die der Gruppe „Internationale“ in der Partei der „Unabhängigen“ nicht erspart bleiben können, werden ihre besten Kräfte umso eher zu uns führen, als bereits ein Stamm der selbständig organisierten Linksradikalen vorhanden ist. Die Zeit für die Gründung einer linksradikalen Organisation der Internationalen Sozialistischen Partei Deutschlands ist da. Her zu uns, wer des ewigen Kompromissens und des korrumpierenden Versteckspiels satt ist!

Die Ortsgruppen Bremen und Hamburg.

## Der Sozialismus als Ware.

Von Dr. Oscar Blum (Bern)

Vorbemerkung: Wir entnehmen die folgenden Ausführungen mit gütiger Genehmigung des Verfassers dem von Prof. Dr. Carl Grünberg (Wien) herausgegebenen

„Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“ (Bd. 6, Heft 2). Dr. O. Blum untersucht in dieser Artikelserie eine Frage, die für die Erkenntnis der großen Krise der Arbeiterbewegung von erheblicher Bedeutung ist. Er liefert in ihr einen wertvollen Beitrag zur Soziologie des Verfalls der Arbeiterbewegung, der uns in dieser Krisis erschütternd entgegentritt. Wie die Arbeiterbewegung sich im Ganzen und in allen ihren Einzelheiten den bestehenden gesellschaftlichen, d. h. kapitalistischen Verhältnissen angepasst und dadurch ihren ursprünglichen revolutionären Charakter verloren hat, wie sich in ihr die Bürokratie als stärkster hemmender Faktor entwickelte, so ist auch die geistige Produktion der zahlreichen Schriftsteller, sei es der freien oder der von der Bewegung besoldeten, in den Bann der Gesetze gezwungen worden, die die kapitalistische Produktion beherrschen: sie ist, wie alles, was produziert wird, Ware geworden. Diese Tatsache nun untersucht Dr. Blum im Einzelnen. Wir geben seine Ausführungen hier zunächst möglichst ungekürzt wieder.

Red. der „Arbeiterp.“

1.

Die moderne Gesellschaftsordnung beruht auf der unbeschränkten Herrschaft von Warenproduktion. Es wird nichts anderes produziert als Waren. Nicht nur die materiellen Güter allein, auch die ideellen erscheinen auf dem Markte in Warenform, und alle Produkte, die der Konsumtion zugeführt werden sollen, müssen zunächst den vollständigen Kreislauf des Warenverkehrs durchmachen. Dieser Umstand ist für das gesamte geistige Leben der modernen Menschheit von grundlegender Bedeutung geworden. Es scheint, dass *Marx* und *Engels* die ersten waren, die darauf aufmerksam wurden und mit gebührender Schärfe hervorhoben. Dies geschah meines Erachtens erstmalig im kommunistischen Manifest, wo es heißt: „Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seine natürliche Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose ‚bare Zahlung‘ ... Sie hat die persönliche Würde in Tauschwert aufgelöst ... die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres heiligen Scheines entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“ – Diese Worte entstanden um das Jahr 1848. Sie sind eine prophetische Voransicht der ganzen späteren Entwicklung des bürgerlichen Geisteslebens geworden.

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts und besonders der Anfang des 20. – mit der mächtigen Anschwellung verschiedener künstlerischer Strömungen, mit der tollen Jagd nach neuen Formen und Ausdrücken, mit dem verzweiferten Kampf zwischen verschiedenen ideologischen Richtungen des Bürgertums, welches gerade zu dieser Zeit auf der Höhe seiner Entwicklung stand – erfüllte die Marxschen Prophezeiungen ziemlich restlos. Der innere Kern, das „Geheimnis“, wie Ludwig Feuerbach sagen würde, dieser geistigen Blütezeit war in eben jener Entheiligung der sogenannten liberalen Berufe wie der geistigen Tätigkeit überhaupt und in ihrer immer klarer zutage tretenden Abhängigkeit von der Barzahlung zu suchen.

Es wäre in mancher Hinsicht eine reizvolle Aufgabe, die neueste literarische Entwicklung aller europäischen Länder – mit Ausnahme vielleicht Russlands – vom Standpunkte dieses immer steigenden Überhandnehmens der Warenproduktion auch auf geistigem Gebiet zu untersuchen. Wie die Konkurrenz, die nun einmal die modernen Produktionsverhältnisse beherrscht, sich im Geistigen äußert und welche Wirkungen sie dort zeitigt, diesem Problem nachzugehen verspricht die theoretische Erschließung mancher Gebiete des zeitgenössischen Lebens, die bis jetzt noch gewissermaßen in mystische Nebel gehüllt zu sein scheinen. Und vor allem wäre dabei jene interessante und lehrreiche Dialektik der geschichtlichen



Entwicklung in Betracht zu ziehen, in deren Folge die Idee gegen ihre eigene Entwicklung zur Ware zu rebellieren anfängt und verschiedentlich anstrebt, diese Evolution sozusagen aufzuseuchen. Und da es ihr selbstverständlich nicht gelingt, so macht sie diese Evolution von nun an nur noch widerstrebend mit.

Es ist dies eine Tendenz, die man mit besonderer Klarheit speziell im Verlaufe der letzten 15–20 Jahre beobachten konnte; sie nahm die verschiedensten Erscheinungsformen an, aber ihr Wesen blieb stets dasselbe. Der bürgerliche Geist merkte, dass er jene Freiheit, die ihm im Zeitalter der großen Revolutionen blühte, verloren hat, dass er immer mehr und mehr auf den Markt als Schicksalsgenosse anderer Waren hinausgedrängt wird und sich sein Leben ebenso – d. h. denselben Gesetzen unterworfen, wie beim Verkauf von Stiefelwichse oder Haarpomade – verdienen musste. Diese Erkenntnis brachte ihn, was nur zu begreiflich ist, vollkommen aus dem Harnisch. Am besten und reinsten drückte sich diese Selbstverleugnung unseres modernisierten Geisteslebens bei dem Wiener Satiriker *Karl Kraus* aus. Sein Werk hat in sozialistischen Kreisen noch keine gebührende Würdigung gefunden und, abgesehen von einigen ästhetisierenden Konventikeln, die im Grunde genommen in ihm nur den Ausdruck ihrer eigenen verhaltenen Wut gegen glücklichere Kunstproduzenten schätzen und verstehen, ist Kraus dem größten demokratischen Publikum so gut wie unbekannt. Und doch verdient er weitestgehende Beachtung. Nicht nur künstlerisch – dies wäre mehr oder weniger Geschmackssache –, sondern vor allem soziologisch. Denn in ihm hat jene Entwicklung, die das Kommunistische Manifest voraussah, ihren Höhepunkt erreicht, sofern es sich um den bürgerlichen Flügel der modernen Kultur handelt.

Kraus Kampf gegen heutige Kunst und Künstler, gegen die Presse, gegen jenes Gezücht adjektivistischen Literatentums, das unser Leben zum Abklatsch lügenhaftester Phraseologie macht, ist eben nichts anderes als die Auflehnung des bürgerlichen Geistes gegen die Wurzeln seiner eigenen Existenz, gegen die Warenproduktion als Grundlage der Kunst, gegen die bezahlte Lohnarbeit als das Geheimnis aller künstlerischen Tätigkeit. Kraus drückt diese Revolution des entheiligten und zur Ware degradierten Geistes gegen sich selbst am besten aus, und obzwar seine eigene Tätigkeit, genauso wie jede andere, denselben Gesetzen des Marktes unterworfen ist und sogar seine Auflehnung gegen diese Gesetze nichts anderes als eine eigenartige Wirkung der die Produktion der geistigen Waren beherrschenden Konkurrenz ist, hat er doch den überzeugendsten Tonfall gefunden, um das Elend dieser Kunst, die ein Bankgeschäft geworden, und dieses Bankgeschäft, das sich als Kunst ausstaffieren möchte, zu schildern.

Andere, wie *Hermann Bahr*, *Frank Wedekind*, *Peter Altenberg* merken ja ab und zu die Symptome des Übels ebenfalls, doch ist bei ihnen das Moment der Auflehnung, der Negation der Negation, nicht so klar ausgesprochen, wie bei Kraus. Einerseits bedauern sie in ihren schwachen Stunden die vollzogene Negation der Idee durch die Ware, andererseits aber – und dieses gilt hauptsächlich von *Hermann Bahr* – fühlen sie sich in dieser ideellen Warenwelt wie der Fisch im Wasser und haben sich als tüchtige Geschäftsleute so gut bewährt, dass ihrer gelegentlichen Unzufriedenheit mit dem jetzigen Zustand ein heuchlerischer Beigeschmack nicht abgesprochen werden kann.

Aber nicht nur die Bourgeoisie hat sich mit der soeben geschilderten Entwicklungsstufe der Kopfarbeit abzufinden. Auch ihrem gesellschaftlichen Antipoden, dem Proletariat, bleiben dabei manche Überraschungen, Widersprüche und Schwierigkeiten nicht erspart. Denn in dem Maße, in dem die gesamte geistige Tätigkeit der Gesellschaft durch das Gesetz der Warenproduktion beherrscht zu werden anfängt, wird auch das geistige Schaffen der Arbeiterklassen, die doch innerhalb derselben Gesellschaftsordnung sich bewegt wie die Bourgeoisie, von den veränderten Verhältnissen aufs entschiedenste beeinflusst. Da gibt es kein Entrinnen. Die Kunst, einer bestimmten Gesellschaftsform anzugehören und ihre Lebenstendenzen nicht mitzumachen, ist noch nicht entdeckt. Und dort, wo jede Idee, jeder

Gedanke überhaupt zur Ware gestempelt wird, sich nur in dieser Eigenschaft, d. h. nur als Ware unter ihresgleichen hinauswagen darf, wird auch der Sozialismus über lang oder kurz eine Ware und muss sich auf das Hineingezogenwerden in den Prozess der Warenzirkulation, der dem gesamten Gesellschaftsorganismus sein Gepräge gibt, gefasst machen. Daraus entspringen mancherlei Probleme, denen wir nunmehr unsere Aufmerksamkeit zuwenden wollen. Wenn es uns auch nicht gelingen kann, dieselben zu erschöpfen, was selbstverständlich nicht einmal beabsichtigt ist, so hoffen wir doch einige Anhaltspunkte zu gewinnen, um ihre Bedeutung zu würdigen und ihrer Lösung wenigsten vorzuarbeiten.

2.

Schon in den äußerlichen Schicksalen des modernen Sozialismus bemerken wir einige Wendungen und Fügungen, die auf das Heranbrechen neuer Zeiten hinweisen. Jedoch ist diese, äußerliche, Seite unseres Problems ziemlich leicht zu erfassen, bedarf daher keiner besonderen theoretischen Formulierung. Es ist wohl ohne weiteres einleuchtend, dass die sozialistische Bewegung, je mehr sie anschwellt, um so zwingender sich veranlasst sieht, bezahlte Hilfskräfte zu verwenden, um ihre mannigfaltigen Agenden bewältigen zu können. Eine wohlgeschulte Angestelltenarmee entsteht so, für die der Sozialismus nicht nur Berufung, sondern zugleich Beruf ist, die von ihm lebt und für die er ein Erwerbszweig geworden ist. Mit der wachsenden Bedeutung der Parteipresse, der Parteiämter und der gewerkschaftlichen Organisationen wächst zugleich auch die Schicht dieser Arbeiter, für die der Sozialismus eine Überzeugung, zugleich aber auch eine Ware ist. Beruflich sind sie vollkommen allen andern Schichten der Gewerbetreibenden gleichzustellen und speziell jenen, deren soziale Verwendung sich in der Form von geistiger Lohnarbeit manifestiert.

Es liegt auf der Hand, dass innerhalb einer Gesellschaft, die auf Lohnarbeit beruht und in der keine Konsumtion ohne vorangegangene Warenproduktion stattfinden kann, derjenige, der sich mit seiner ganzen Persönlichkeit in den Dienst der Arbeitersache stellt, um zu leben, seine Arbeitskraft als Ware verkaufen muss. Und da diese Arbeitskraft die Form sozialistischer Überzeugungen hat, wie die Arbeitskraft des Webers z. B. in der von Leintüchern erscheint, so wird die sozialistische Arbeit unvermeidbar Lohnarbeit und ihre Produkte – Waren. Ein einziger Unterschied wäre vielleicht – vom subjektiven Standpunkte des Produzenten – zu betonen: dass es ungemein anziehender ist, seine Arbeitskraft in Form sozialistischer Überzeugung zu verkaufen, als in irgendeiner andern Form. Jedenfalls hat der Sozialismus gar keine Ursache, außer Rand und Band zu geraten, sobald er diesen Warencharakter seiner gegenwärtigen Erscheinungsform erkennt. Er weiß, dass das eine bedingte und vergängliche Form ist –, im Gegensatz zu der bürgerlichen Erkenntnis, die sich an den babylonischen Ufern ihrer Warenform deshalb so rebellisch gebärdet, weil sie keine Möglichkeit sieht, ihr zu entinnen.

In diesem Zusammenhang sei noch auf eine andere Begleiterscheinung hingewiesen, die dem als Ware auftretenden Sozialismus anhaftet. Es handelt sich um jene Fälle, in die geistige Arbeitskraft ihre sozialistische Überzeugung nicht unmittelbar in der Partei oder in ihrem Auftrag verkauft, sondern sie frei und nur auf das Vorhandensein einer entsprechenden Nachfrage gestützt auf den Markt bringt. Diese Fälle gewähren den besten Einblick in die Mysterien des geistigen Schaffens, das nicht nur von der inneren Gesetzmäßigkeit der Idee, sondern auch von der ökonomischen Notwendigkeit des Marktes abhängig ist.

Wir sehen, dass eine ganze Klasse geistiger Produzenten entstanden ist, die in „Sozialismus“ arbeitet, und diese neue Ware, deren Absatzmarkt mit der steigenden Flut der Arbeiterbewegung immer größer wird, fällt schließlich ebenso wie alle anderen Waren den Gesetzen der freien Konkurrenz anheim. Die Erscheinungen, die dabei zutage treten, sollen weiter unten eingehender erwähnt werden, hier sei nur auf folgendes hingewiesen.

Jene Achtung, oder vielmehr Beachtung, die die sozialistische Bewegung im Laufe der Zeit ihren Gegnern abringt, beruht nicht auf ihrer steigenden Macht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, sondern ausschließlich und allein auf dem Wachstum ihres Warencharakters. Denn die wachsende Kraft einer Bewegung, die gegen die Existenzbedingungen der modernen Gesellschaft gerichtet ist, kann nur immer stärkere Wutausbrüche ihrer Machthaber auslösen. Und dies tut sie auch in reichlichem Maße. Aber jene Stimmung der Bourgeoisie und ihrer Vertreter, welche in der soeben erwähnten „Beachtung“ der Arbeiterbewegung gipfelt, beweist nichts anderes, als dass die Produkte sozialistischer Kopfarbeit in den Bereich der Warenzirkulation eingetreten sind. Sofern der Sozialismus als Ware auftritt oder, vulgär gesprochen, sofern er seinen Mann nährt, kann ihm die bürgerliche Gesellschaft, deren allgemeine Gottheit die Warenform der Güter ist, eine gewisse Anerkennung nicht absprechen. Sie verabscheut ihn als ihren Feind, aber sie kann seine Warenform nicht verabscheuen, ohne zugleich den der Ware als solcher schuldigen Respekt zu verletzen. Diese und keine andere Bewandnis hat es mit dem sogenannten Gerechtigkeitssinn der Gegner des Sozialismus, der die „Bedeutung“ der gesunden Seiten der sozialistischen Bewegung zu würdigen vorgibt. Diese „gesunden Seiten“ sind eben die Erwerbsmöglichkeiten, die sie ihren Anhängern eröffnet. Und jede Erwerbsmöglichkeit ist der bürgerlichen Anschauungsweise schon an und für sich heilig.

Aber in ihrer Warenform hat die sozialistische Ideologie noch manche andere Prüfung zu bestehen. Vor allem bekommt auch sie jenes Missverständnis zu spüren, das überall im Bereiche der Warenproduktion herrscht: das Missverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion. Dies äußert sich auf doppelte Art: das eine Mal akut in der Form von Überproduktion; das andere Mal chronisch als ständiger Interessengegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten.

Die „sozialistische Überproduktion“ tritt erst auf einer sehr vorgeschrittenen Entwicklungsstufe der Bewegung in Erscheinung. Sie bedeutet soviel, als dass mehr Sozialismus produziert wird, denn konsumiert werden kann. Jene freie schriftstellerische Konkurrenz, von der wir oben sprachen, beginnt den Warenmarkt mit ihren Erzeugnissen zu überschwemmen. Zugleich fängt auch das Bürgertum an, sich für die neue Ware und das durch sie erschlossene Arbeitsgebiet zu interessieren. Es versucht, sich dieselben nutzbar zu machen –, eine Parallelerscheinung zu dem Triebe, auch auf ökonomischen Gebieten fremde Märkte sich anzueignen. Somit fängt das Bürgertum an, die sozialistischen Fragen, von seinem, d. h. vom bürgerlichen Standpunkte zu bearbeiten. Kurzum, diese Überproduktion führt, wie jede andere, zu Krisen. Und zwar sind als solche vornehmlich die bekannten Erscheinungen des Revisionismus, Ministerialismus, Anarchismus zu betrachten. Wir werden ihnen übrigens weiter unten nochmals begegnen.

Andererseits wirkt der ständige Interessengegensatz zwischen Konsumenten und Produzenten auf dem Gebiete der sozialistischen Theorien dahin, dass man ihn allgemeiner als einen Gegensatz zwischen Theorie und Praxis, oder zwischen Proletariern und Akademikern aufzufassen geneigt ist. Insofern dabei nicht jene erste, akute Erscheinungsform gemeint wird, ist diese Auffassung irrig. Nicht Theorie und Praxis überhaupt kommen hier in Betracht, sondern jene, das ganze ökonomische Leben beherrschende Tatsache, dass der Konsument als solcher sich in Opposition gegen den Produzenten stellen zu müssen glaubt.

Während der Diskussion über den Massenstreik auf dem Kölner Gewerkschaftskongress im Jahre 1905 ließ sich ein Redner unter anderem zu folgender Beweisführung hinreißen: „Unsere Literaten setzen sich ja hin und schreiben ... Die Literaten mögen ja tun, was sie wollen, aber der Arbeiterbewegung leisten sie keinen guten Dienst ...“ Und dann ein anderes Mal wieder: „Wenn die Massen instinktiv sagen, wir müssen kämpfen, dann ist die Zeit gekommen, wo wir den Kampf wagen können. Darüber kann man so viel reden, wie man will,

man kann so viel schreiben, wie man will, es nützt alles nichts, zuletzt liest es ja niemand mehr.“

Diese Worte sind die beste Illustration für das eben Gesagte. Zunächst erscheint ja die, allerdings etwas humoristisch gefärbte, Verbissenheit unseres Gewährsmannes gegen redende und schreibende Leute vollkommen unbegreiflich. Man ist sonst gewohnt, derartigen Ausfällen in ganz anderen politischen Kreisen zu begegnen. Aber vom Standpunkte der modernen Warenproduktion betrachtet, verlieren diese Rodomontaden ihren überraschenden Charakter. Das Geheimnis ist sehr leicht zu lösen. Der Konsument betrachtet die ihm angebotene Ware als von seinen Bedürfnissen und Wünschen abhängig. Der Produzent hat sich nach der Nachfrage zu richten. Die Ware ist käuflich und verkäuflich, und für sein gutes Geld erwartet der Abnehmer möglichst zuvorkommende Bedienung. Aber in diesem spezifischen Falle kommt er sehr schlecht an. Der Produzent ist seinerseits bestrebt, ihm eine bestimmte Warensorte aufzuzwingen, nicht sich der Nachfrage zu fügen, sondern im Gegenteil die Nachfrage seinen eigenen Wünschen gefügig zu machen. Auch versucht er, die Nachfrage durch ausgedehnte und durch Massenproduktion zu erweitern; und da dieses Mittel allein auf die Dauer nicht genügen kann, so entsteht schließlich ein unvermeidlicher Konflikt, den wir in anderen Formen auch auf sonstigen Gebieten der wirtschaftlichen Tätigkeit beobachten können. *Hinc illae irae*. Daher findet ein Ausfall gegen das sozialistische Schrifttum, wie der zitierte, Zustimmung in entsprechenden Konsumentenkreisen.

## Demokratie.

Die demokratische Staatsform ist die grundlegende Forderung der Sozialdemokratie an den bürgerlichen Staat der Gegenwart. Um die Demokratie geht der Kampf in den Organisationen der Arbeiterschaft. Demokratische Selbstbestimmung ist eine der Parolen, unter welchen sich die Auseinandersetzung der jungen proletarischen Jugendbewegung mit der alten vollzieht.

Was versteht man unter Demokratie? Das dem Griechischen entlehnte Wort bedeutet Volksherrschaft. Eine demokratische Staatsverfassung sieht man dort als gegeben an, wo der Wille des Volkes sich in der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates, in seiner gesamten Politik durchzusetzen vermag. Das wäre eine allgemeine Bestimmung des Begriffs Demokratie. Aber diese Bestimmung lässt Raum für die verschiedensten Auffassungen vom Wesen der Demokratie. Zugleich hat der Begriff von der Demokratie in der Geschichte grundlegende Wandlungen durchgemacht. Demokratie ist also kein bestimmter festumrissener Begriff, sondern beständigen Wandlungen unterworfen.

Im schärfsten Gegensatz steht die Demokratie zum Absolutismus, der unbeschränkten Beherrschung des Volkes durch einen Monarchen, wie er sich im Zarismus bis zur ersten russischen Revolution erhalten hatte und seitdem nur in geringerem Maße zurückgedrängt worden war. Zwischen Absolutismus und Republik gibt es eine Menge Abstufungen. England ist eine Monarchie, und doch wird es als Demokratie angesehen, weil der britische König keine politische Gewalt hat, diese vielmehr durch aus in den Händen des Parlaments liegt. Dagegen ist das Deutsche Reich sicherlich keine Demokratie. Der Reichstag ist in seiner Macht stark eingengt. Er hat nur das Recht, über die Steuern und Reichseinnahmen und die Gesetze zu entscheiden, die ihm vom Bundesrat, der Vertretung der einzelstaatlichen Regierungen, nicht der Landtage, vorgelegt werden; der mit größeren Rechten ausgestattete Bundesrat ist vollkommen unabhängig vom Volkswillen. Er hat die Ausführung der Gesetze, die Anstellung der Beamten, die gesamte Verwaltung in den Händen. Für den Bundesrat ist der Reichskanzler ausführendes Organ. Er ist dem Reichstage verantwortlich. Aber diese Verantwortlichkeit steht nur auf dem Papier der Verfassung. Der Reichskanzler kann vom Reichstage nicht zur Verantwortung gezogen werden. Er ist nicht zu stürzen. Der Kaiser ernennt ihn und kann ihn nach eigenem Willen entlassen, ohne die Volksvertretung zu fragen.

Ebenso wenig hat die Volksvertretung in der Frage ob Krieg oder Frieden zu entscheiden. Dieses Recht von gewaltigster Bedeutung haben allein Kaiser und Bundesrat.

Gegenüber diesen Zuständen fordert die Demokratie die Aufsicht und Leitung der Verwaltung durch die Aufhebung der Vorrechte, durch das Recht der Volksvertretung, die Minister zu ernennen und abzusetzen und die Minister vor einem besonderen Gerichtshofe wegen ihrer Amtsführung zur Verantwortung ziehen zu können.

In England sehen wir diese Forderung erfüllt, weshalb auch England als wahrhaft demokratischer Staat gepriesen worden ist. Selbst Sozialdemokraten haben sich für die „reine Demokratie“ Englands begeistert und Ledebour hat sie in den großen deutschen Verfassungskrisen immer wieder als glänzendes Muster hingestellt. In Wirklichkeit haben wir in England nur eine Parlaments- aber keine Volksherrschaft. Die Clique, die die Parlamentsmehrheit hinter sich hat, leitet die Staatspolitik und die Verwaltung. Aber Parlamentsmehrheit und Volksmehrheit brauchen dabei durchaus nicht übereinzustimmen. England hat nämlich ein Wahlrecht, das durchaus auf dem Herkommen beruht, an dem immer nur herumgedoktert worden ist, und das nach Delbrück etwa vier Millionen Männer überhaupt ausschließt, während es einer halben Million ein mehrfaches Stimmrecht gibt. Erst das allgemeine gleiche Wahlrecht für alle Erwachsenen würde die Demokratie sichern. Amerika, Frankreich, die Schweiz und andere Staaten haben dieses demokratische Wahlrecht, abgesehen vom Wahlrecht der Frauen, das in einigen nordischen Ländern eingeführt, in Russland versprochen worden ist. Das Deutsche Reich hat nur dem Namen nach ein gleiches Wahlrecht. Da z. B. der Wahlkreis Teltow-Beeskow 340 000, der Wahlkreis Lauenburg aber nur wenig über 10 000 Wähler zählt, so haben die Lauenburger ein 34faches Wahlrecht gegenüber jenen. Bei Gründung des Reiches waren die Wahlkreise gleich, inzwischen hat die wirtschaftliche Entwicklung die Demokratie gerade zum Nutzen der rückständigen Kreise über den Haufen geworfen.

Am schärfsten ist die Demokratie in der Schweiz ausgebildet, wo das Volk durch allgemeine Abstimmungen über die wichtigeren Gesetze selbst entscheidet. Die Schweizer Verfassung würde dem Ideal einer Demokratie mit der Staatsform der Republik, allgemeinem und gleichem Wahlrecht, Gesetzgebung und Wahl der Richter und Beamten durch das Volk, uneingeschränkter Kontrolle der Verwaltung durch die Volksvertretung am nächsten kommen.

Nun besteht vielfach die Auffassung, dass mit einer wirklichen Demokratie unsere Ziele im Wesentlichen erreicht worden seien, zum mindesten sei durch die Demokratie die Gewähr für eine ruhige stete Entwicklung zum Sozialismus gegeben. Dort wo nicht eine bevorrechtigte Klasse die breiten Volksmassen entrechtet und unterdrückt, müsse sich auch die soziale Gerechtigkeit durchsetzen. Das klingt sehr einleuchtend, aber die Tatsachen widersprechen dem. Wir sehen in England eine imperialistische Clique in der Macht, die das Volk bevormundet und in die furchtbarsten weltpolitischen Konflikte hineintreibt, ganz wie in andern Ländern auch. In Amerika beherrscht und korrumpiert das verhasste Trustkapital die Staatsmaschinerie. Die freie Schweiz schickt ihre Volkswehr gegen streikende Arbeiter, wohlbeachtet: unter Billigung durch den sozialdemokratischen Polizeichef.

Wie sind solche Ungereimtheiten möglich? Betrachten wir die Verhältnisse in zwei Staaten näher, in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten. Die Schweizer Demokratie ist ein Erbeil urwüchsiger Verhältnisse. Noch heute kommen in einzelnen Kantonen die Bürger an bestimmten Tagen zusammen, lassen sich von ihrem Ammann Rechenschaft ablegen, nehmen die Wahlen vor und erledigen Gesetze. Das freie, wirtschaftlich gleichgestellte Bauerntum ist ursprünglich der Träger der urwüchsigen Demokratie. Nur in geringem Umfange ist der Großkapitalismus in der Schweiz ein gedrungen. Bauernschaft und Kleinbürgertum bildeten den Kern des Volkes. Die Industriearbeiterschaft besteht zu einem guten Teil aus Ausländern,

die kein Staatsbürgerrecht besitzen. Bei aller demokratischen Schwafelei ist das Schweizer Kleinbürgertum so rückschrittlich gesinnt, so von Hass gegen die Arbeiterschaft erfüllt, wie in anderen Ländern. In seinen Händen wird die Demokratie gerade zu einem Werkzeug rückschrittlicher und arbeiterfeindlicher Bestrebungen.

In Amerika gründete sich die bürgerliche Freiheit auf das selbstbewusste Ansiedlertum, das seine Selbstständigkeit und Unabhängigkeit mit der Waffe in der Hand zu verteidigen wusste. Aber Amerika ist nicht mehr das Land des freien Siedlers. Der Kapitalismus ist eingedrungen, und er hat in schrankenlosem, jeder moralischen Hemmung barem Wüten eine Macht aufgetürmt, die brutal alles zu Boden drückte. Die Herrschaft der Trustkönige steht auf der Demokratie. Sie kann es, weil die amerikanische Arbeiterschaft, national und wirtschaftlich zerklüftet, allzu leicht das Opfer der kapitalistischen Demagogie und Korruption wird. In der Zeit, als der amerikanische Kapitalismus seinen großen Ansturm machte, lieferte die deutsche Auswanderung die stark begehrte und deshalb auch politisch kräftige industrielle Arbeiterschaft. Die deutsche Quelle versiegte. Dafür folgte eine Welle der anderen von Proletariern [?], die stets kulturell tiefer standen und bedürfnisloser waren als ihre Vorgänger. Jeder neue Zustrom ein willkommenes Ausbeutungsobjekt für die Kapitalisten, ein lohndrückender Konkurrent für die älteren Arbeiter schichten. Das Proletariat war keine einheitliche Masse, sondern zerklüftet, mit widerstreitenden Klasseninteressen. Eine reaktionäre Arbeiteraristokratie auf der einen, ungebildete verelendete Massen auf der anderen Seite; beide bald im schlau gestellten Netz der Kapitalisten gefangen.

In allen kapitalistischen Ländern beherrscht und unterdrückt, eine kleine Minderheit die Volksmassen. Gerne drapiert sie sich dabei mit der roten Toga der Demokratie, die als willkommenes Werkzeug der Täuschung und allzu oft mit gutem Erfolg benutzt wird. Wo aber das Proletariat reif und stark wird, da verfliegt der demokratische Schein, und die Kapitalisten stützen ihre Macht durch die politische Entrechtung der Arbeiter.

So könnte man aus der Überschätzung in die Verachtung der Demokratie verfallen. Aber das wäre mindestens ebenso verderblich. Zwar gefährdet gerade die rücksichtslose, zielbewusste Ausnutzung der Volksrechte die Demokratie selbst; aber durch diese Ausnutzung und durch den Kampf um jeden einzelnen Punkt der Volksscharte wächst die Kampfkraft des Proletariats und reift es selber für die großen entscheidenden Kämpfe, welche erst die Grundlage für eine wirkliche Demokratie schaffen sollen: die wirtschaftliche Gleichheit und Unabhängigkeit als Bedingung für die politische Freiheit.

Das ist die Bedeutung der Demokratie im Staate für die Arbeiterklasse.

## Die Triebkräfte der russischen Revolution.

### 7. Die Haltung der Bolschewiks.

Die russischen revolutionären Sozialdemokraten, die *Bolschewiks*, die von allen Teilen des russischen Sozialismus den energischsten, konsequentesten Kampf gegen den Zarismus geführt haben, die in der Zeit des Wütens der Konterrevolution unentwegt für den Sturz des Zarismus gearbeitet haben, brauchen nicht erst zu beweisen, dass sie die Revolution gegen die Feinde verteidigen wollen, dass sie ihre treueste Wacht bilden. Die russischen revolutionären Sozialdemokraten, die vom Kriegsausbruch an in schärfster Form seinen imperialistischen Charakter demonstrieren und dementsprechend in Zimmerwald und Kiental eine allgemeine Kampffront gegen alle imperialistischen Regierungen herbeizuführen suchten, verharren auf ihrem Standpunkt. Darüber werden sich auch die Zentralmächte nicht die geringsten Illusionen machen. Aber in der Politik handelt es sich nicht um die Absichten, sondern um die Resultate, ob sie gewollt oder ungewollt sind. Welches sind die Voraussetzungen der

*bolschewikischen Politik*, und welche Folgen kann sie haben? Auf diese vollkommen berechnete Frage gilt es zu antworten.

Im Innern geht sie von der Voraussetzung aus, dass, wie die Träger der russischen Revolution, nur in der Arbeiterklasse und dem unzufriedenen, armen Bauerntum und Kleinbürgertum zu suchen sind, – wobei die Arbeiterklasse der einzig konsequente und bewusste Vorkämpfer der Revolution war und ist, so kann die Demokratie in Russland nur im Kampfe gegen das Großkapital gerichtet werden. In dem Stadium der Entwicklung, in dem sich Russland jetzt befindet, wo enorme proletarische Massen dem konzentrierten Kapital gegenüberstehen, wo in den Dörfern die größte Unzufriedenheit herrscht, wo junge Nationen an den Grenzmarken Russlands aufwachen, wird das russische Kapital erstrebt sein, eine möglichst große Gewalt in seine Hände zu bekommen, die Demokratie einzudämmen. Seinen Parteien, den Kadetten und Oktobristen, ist nicht über den Weg zu trauen. Das Proletariat muss jetzt schon die Demokratie realisieren. Dabei wird es auf den schärfsten Widerstand nicht nur des russischen, sondern auch des ausländischen Kapitals stoßen. Die Entente-Pressen suchen die russischen Revolutionäre mit dem Gespenst der preußischen Bajonette zu erschrecken. Aber ihre Presse pocht schon selbst – siehe die Auslassungen des Figaro! – darauf, dass die ausländischen Geldgeber das Recht haben zu fordern, dass Ordnung in Russland herrsche. Man braucht nicht weit zu gehen, um die Gründe dafür ausfindig zu machen: die Demokratie bedeutet in einem kapitalistischen Lande mit einer regen, klassenbewussten Arbeiterschaft die höchste Anspannung in den Kämpfen um den Achtstundentag, um gute Arbeiterschutzgesetzgebung, um politische Kontrolle. Das alles ist schon direkt gegen die ungehemmte Herrschaft des Kapitalismus gerichtet – auch des ausländischen, das in der Volkswirtschaft Russlands eine große Rolle spielt –, wenn man dazu in Betracht zieht, dass das russische Kapital imperialistische Politik treiben will, dass das ausländische Kapital Russland in dieselbe Richtung treibt, so ist es klar, dass dieses wie jenes sich gegen den Sieg der Revolution sträuben muss. Der Kampf auch nur um die Demokratie bedeutet also für die russische Arbeiterklasse den Bruch nicht nur mit dem eigenen Kapital, sondern schärfsten Kampf gegen das Weltkapital.

Diesen Kampf gilt es in einer Situation zu führen, wo äußerlich genommen keine einheitliche Front des Weltkapitals besteht, wo der Kampf zwischen dem Kapital der Zentralmächte und dem der Entente das höchste Stadium erreicht. Ein Blick auf die Lage zeigt, dass der nächste Feind, der den Ausbau der Demokratie mit allen Kräften hemmen, verzögern wird, die russischen Kapitalisten selbst sind. Sie haben jetzt die Macht. Sie werden vom englischen und französischen Kapital unterstützt. Sie gebrauchen die „deutsche Gefahr“, um den Prozess der Demokratisierung Russlands zu verschieben, damit sie ihn später eindämmen können. Wer sich mit ihnen verbündet, der tötet die Revolution. Duckt sich die russische Arbeiterklasse unter das Regime ihrer Kapitalisten, beschränkt sie ihre proletarischen Ziele, um die Revolution nach außen zu schützen, so liefert sie sich den inneren Gegnern aus. Entfaltet sie ihre Kraft, so wirft sie die inneren Gegner.

Die Aufrollung der Perspektive eines proletarischen 1793 bedeutet die Antwort auf die Frage der Sozialpatrioten und Zentrumsleute. Wollt ihr die russische Revolution dem äußeren Feinde ausliefern? Die Bolschewiks antworten darauf: Weder dem äußeren noch dem inneren Feinde! Aber wie wir den inneren Feind der Revolution, das russische Kapital, nicht besiegen können im Bunde mit dem äußeren Feind, dem Weltkapital oder seinen einzelnen Teilen, so können wir auch den äußeren Feind nicht besiegen im Bunde mit dem inneren. Wenn wir zusammen mit den Gutschkows und Miljukows für die deutsche Niederlage eintreten würden, so würden wir nicht nur dem anglosächsischen Kapital – dem stärksten Teil des Weltkapitals – zur Ausbeutung der Welt, sondern auch Plünderung Russlands helfen. Das russische Proletariat kann direkt nur die eigene Bourgeoisie bekämpfen.

# Die Ziele und Methoden der proletarischen Bildungsarbeit

Von Dr. M. Bronski.

## 1. Die bisherige Bildungsarbeit

Krisenzeiten des gesellschaftlichen Lebens sind immer Prüfsteine der Massenerkenntnis gewesen. Nicht durch Äußerlichkeiten wird in solcher Zeit die Prüfung abgelegt. Die Masse selbst muss durch die Tat Farbe bekennen und bezeugen, inwieweit sie in einer historischen Situation Erkenntnis ihrer Klasseninteressen besitzt; sie muss ein Zeugnis ihrer politischen Reife ablegen.

Wie ist nun das Examen ausgefallen?

Wenn die Aufgabe der sozialistischen Bildungsarbeit darin bestände, den Massen die bürgerlichen Ideale mit sozialistischen Phrasen mundgerecht zu machen, so hätte die proletarische Bildungsarbeit ihre Arbeit glänzend ausgeführt. Denn überall sind die sozialistischen Organisationen den bürgerlichen Idealen nachgegangen, und nirgends konnte man in den ersten schweren Stunden des Weltkrieges eine sozialistisch-proletarische, internationale Gesinnung wahrnehmen.

Wenn es also die Aufgabe der sozialistischen Bildungsarbeit wäre, die bürgerliche Ideologie zu pflegen, das heißt in dem kritischen Moment die Interessen der Bourgeoisie und nicht die des Proletariats wahrzunehmen, so wird die bescheidene Frage wohl am Platze sein: wozu der Lärm, wozu die ganze Arbeit? Tut das Bürgertum etwa noch wenig zur Propagierung seiner Ideale? Hat es nicht die Volksschule und das ganze Schulwesen in den meisten hochkapitalistischen Staaten in seinen Händen? Arbeitet nicht auch die Kirche für die bürgerliche „Aufklärung“?

Sollte also die proletarische Bildungsarbeit auf demselben Geleise sich bewegen, dann, ja dann hat sie zwar ihr Examen gut bestanden, aber – sie ist überflüssig! Das Bürgertum, der bürgerliche Staat macht das besser und vor allem ohne die Parteikasse zu belasten.

Wenn aber die sozialistische Bildungsarbeit etwas anderes zu vollbringen hatte, als in den Fußtapfen der bürgerlichen Ideologie zu marschieren, wenn es ihre Aufgabe war, dem Proletariat das zu geben, was es weder in der staatlichen Schule, noch in der Kirche, noch beim Militär holen kann, wenn es die Aufgabe der sozialistischen Bildungsarbeit war, den Proletariern die sozialistische Gesinnung, proletarisches Klassenbewusstsein beizubringen, so hat die proletarische Bildungsarbeit in dieser Zeit des Welt dramas eine Einflusslosigkeit offenbart, die niederschlagend wirkt.

Sozialistische Auffassung und Gesinnung kamen in den kritischen Zeiten des Weltkrieges, wo die Massen das Wort hatten, nicht zum Ausdruck. Mit wenigen Ausnahmen – nirgends.

## 2. Die Grenzen der Bildungsarbeit.

Es ist hier nicht der Ort, näher auf die Ursachen der Schwäche der sozialistischen Gesinnung einzugehen. Eins ist klar, dass nicht nur die Bildungsarbeit dafür verantwortlich ist. Eine ganze Reihe der sogenannten objektiven Ursachen haben der bürgerlichen Ideologie verholfen den Sieg über das sozialistische Klassenbewusstsein davonzutragen. Diese objektiven Verhältnisse haben nicht nur der politischen Tätigkeit der Sozialdemokratie die Grenzen gezogen, sie haben auch die Bildungsarbeit unmöglich gemacht, über sie hinauszugehen.

Die Sozialdemokratie wirkte auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse im Rahmen des bürgerlichen Staates. Entsprechend dieser Lage war es ihr Bestreben, die Arbeitermassen auf



die Gegenwartsarbeit zu konzentrieren. Einerseits organisierte sie die Macht des Proletariats in den Gewerkschaften und in der politischen Partei, benutzte diese Macht, um die Unerträglichkeiten des täglichen Lebens innerhalb des kapitalistischen Staates zu zeigen. Nebenbei aber demonstrierte sie den Klassenkampf, theoretisch, die faktische Unmöglichkeit, in den Grenzen der kapitalistischen Wirtschaft eine Lösung der sozialen Frage zu vollbringen.

Das, was die sozialistische Propaganda also tat, war ja eigentlich nichts anderes, als die Massen in das Geheimnis des kapitalistischen Mechanismus einzuweihen, um ihr nachher den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung zu erleichtern. Dieser Kampf war aber in den Grenzen des Staates auszufechten, obwohl die kapitalistische Ausbeutung über die Grenzen des Staates sich erweiterte. Wenn auch die internationalen Zusammenkünfte und internationalen Sekretariate ins Leben gerufen wurden, so hatten sie doch nicht zur Aufgabe, die Herrschaft der Bourgeoisie auf der Weltbühne zu überwachen, sie auf dem ganzen Gebiet zu bekämpfen. Die internationalen Institute der sozialistischen Organisationen und der freien Gewerkschaften waren hauptsächlich den innerstaatlichen Fragen des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes gewidmet und hatten zur Aufgabe, sie nur international zu regeln. So wenig, wie die bürgerlichen internationalen Kongresse für Arbeiterschutz usw., waren sie Organisation des Kampfes auf internationaler Basis.

Von einer Weltpolitik des sozialistischen Proletariats war keine Rede. Ja, die Sozialdemokratie besaß sogar in der auswärtigen Politik keine geläuterten Grundsätze. Man wandelte auf dem Gebiet der auswärtigen Politik in den Fußstapfen des bürgerlichen Radikalismus des eigenen Landes. Wäre es anders möglich, dass die feinsten Köpfe der sozialistischen Internationale solche gegensätzlichen Ansichten hegten, wie z. B. Otto Bauer einerseits, der im Dreibund, und Jaures, der in der Tripelentente eine Gewähr des europäischen Friedens sahen ?! Heute erkennen wir das Wesen dieser beiden Mächtegruppierungen klarer.

Freilich, die sozialistische Theorie, übrigens wie jede andere Theorie, kann dem Leben nicht voraussehen. Sie kann im besten Falle den Zusammenhang der Erscheinung wiederherstellen und ihren wahren Inhalt aufdecken. Sie hinkt aber dem Leben nach. Vorab aber kann die Masse durch theoretische Aufklärung auf die zukünftigen Ereignisse nicht vorbereitet werden. Dem einzelnen kann es gelingen, durch seinen Überblick die Entwicklungstendenzen zu entziffern, die Masse aber wird nur durch die rohen Tatsachen des Lebens zur Raison gebracht. Die Kassandrarufe der Weiterblickenden werden ja von der Masse gar nicht berücksichtigt.

Soll damit gesagt werden, dass die Masse des Proletariats vor fait accompli, vor fertigen Tatsachen kapitulieren und immer unvorbereitet von den Weltereignissen überrascht werden wird? Soll damit gesagt werden, dass das Proletariat ein Spielzeug in den Händen der herrschenden Klassen sein wird, mit dem das herrschende System gegen die ureigensten Interessen des Proletariats sein Weiterbestehen erkämpft? Das nicht. In den Epochen des ruhigen sozialen und politischen Lebens, wo der soziale Entwicklungsgang auch im Schneckentempo vor sich geht und der Mechanismus des Fortschritts für die große Masse verborgen ist, da wird das Bewusstsein sogar der rührigsten Köpfe eingelullt.

Anders in den Zeiten des aufgeregten Massenlebens. Da nimmt das Tempo der Entwicklung an Geschwindigkeit rasch zu, und das Bewusstsein der Masse, die nicht nur Zuschauer, sondern selbst Akteure auf der Bühne des politischen Lebens werden, holt in kürzester Zeit das Versäumte nach.

Freilich, nicht ohne ein großes Lehrgeld dafür zu bezahlen. Erst in den Kämpfen des aufgeregten politischen Lebens kommen die Klasseninteressen scharf und ausgeprägt zum Ausdruck, ohne den üblichen Dekorationsstand. Da wird das Klassenbewusstsein auf die wichtigsten Fragen hingelenkt und instinktiv kommt der Klassengegensatz zum Ausdruck.

Denn noch immer haben die klassischen Worte aus dem kommunistischen Manifest nichts von ihrer Richtigkeit verloren, dass „die Geschichte jeder Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist“.

Diese für das Proletariat günstige Situation alsbald herbeizuführen, ist die Aufgabe der sozialistischen Politik. Zu diesen Klassenkämpfen das Proletariat aufzumuntern, es zu den bevorstehenden Kämpfen geistig und organisatorisch vorzubereiten, um das Lehrgeld – herabzusetzen, das ist Aufgabe der sozialistischen Agitation.

## Feuilleton

### Der letzte Krieg.

Von Georg Herwegh.

#### Gedichte eines Lebendigen.

Wer seine Hände falten kann,  
Bet' um ein gutes Schwert,  
Um einen Helden, einen Mann,  
Denn Gottes Zorn bewehrt!  
Ein Kampf muss uns noch werden,  
Und drin der schönste Sieg,  
Der letzte Kampf auf Erden,  
Der letzte heilige Sieg!

Herbei, herbei, ihr Völker all,  
Um euer Schlachtpanier.  
Die Freiheit ist jetzt Feldmarschall  
Und Vorwärts heißen wir.  
Der Zeiger weist die Stunde,  
O, flieg, mein Polen, flieg,  
Mit jedem Stern im Bunde  
Vorán zum heiligen Krieg!

Ja! vorwärts bis der Morgen blinkt,  
Ja! vorwärts, frisch und froh!  
Vorwärts, bis hinter uns versinkt  
Die Brut der Pharao!  
Er wird auch für uns sprechen,  
Der Herr, der für uns schwieg,  
Und unsere Ketten brechen,  
Im letzten heiligen Krieg.

O walle hin, du Opferbrand  
Hin über Land und Meer,  
Und schling ein einig Feuerbrand  
Um alle Völkerheer.  
So wird er uns beschieden,  
Der große, große Sieg,  
Der ewige Völkerfrieden –  
Frisch auf zum heiligen Krieg!

## Aufruf!

Von Georg Herwegh.

### Gedichte eines Lebendigen.

Reißt die Kreuze aus der Erden!  
Alle sollen Schwerter werden,  
Gott im Himmel mög's verzeihn.  
Lasst, o lasst, das Verseschweißen!

Eure Frauen, eure Eichen –  
Habt die grünen Fragezeichen  
Deutsche Freiheit ihr gehabt?  
Nein, sie soll nicht untergehen!  
Noch ihr fröhlich Auferstehen  
Kostet eine Höllenfahrt.

Deutsche, glaubet euren Sehern,  
Unsere Tage werden ehern,  
Unsere Zukunft klingt in Erz;  
Unser Gold ein Abendgold nur,  
Unser Rot ein blutend Herz.

Reißt die Kreuze aus der Erden!  
Alle sollen Schwerter werden,  
Gott im Himmel wird's verzeihn.  
Hört er eure Feuer brausen  
Und sein heilig Eisen sausen,  
Spricht er wohl den Segen drein.

Vor der Freiheit sei kein Frieden,  
Sei dem Mann kein Weib beschieden  
Und kein golden Korn dem Feld;  
Vor der Freiheit, vor dem Siege  
Seh kein Säugling aus der Wiege  
Frohen Blickes in die Welt!

In den Städten sei nur Trauern,  
Bis die Freiheit vor den Mauern  
Schwingt die Fahne in das Land;  
Bis du, Rhein, durch freie Bogen  
Donnerst, lass die letzten Wogen  
Fluchend knirschen in den Sand.

Reißt die Kreuze aus der Erden!  
Alle sollen Schwerter werden,  
Gott im Himmel wird's verzeihn.  
Den Tyrannen und Philister,  
Auch das Schwert hat seine Priester  
Und wir wollen Priester sein!

## Sprüche.

Alles Fühlende leidet an mir, aber mein Wollen kommt mir stets als mein Befreier und Freudebringer. Wollen befreit; das ist wahret die Lehre von Wille und Freiheit.

\* \* \*

Denken, was wahr, und fühlen, was schön, und wollen, was gut ist, darin erkennt der Geist  
das Ziel des vernünftigen Lebens.

\* \* \*

Nicht das macht frei, dass wir nichts über  
uns anerkennen wollen, sondern eben,  
dass wir etwas verehren, das über uns ist;  
denn indem wir es verehren, heben wir uns  
zu ihm hinauf und legen durch unsere  
Anerkennung an den Tag, dass wir selber  
das Höhere in uns tragen und wert sind,  
seinesgleichen zu sein.

Goethe

---

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl  
Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 19/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 12. Mai 1917.

Nr. 19

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Der Sozialismus als Ware.

Von Dr. Oscar Blum (Bern).

3.

Hiermit kann man die Untersuchung über die formelle Seite unseres Problems abschließen. Auch sind wir ja bereits unmerklich mehr auf das Gebiet seiner innern, inhaltlichen Bedeutung übergegangen, und dieser wollen wir uns nunmehr endgültig zuwenden. Dass die Lohnarbeit sich den Gesetzen der Warenproduktion fügen muss, auch wenn es sich um eine auf Erzeugung sozialistischer Idealgüter gerichtete Arbeit handelt, bedarf keiner weiteren Beweisführung. Aber die eigentliche Schwierigkeit beginnt erst, wenn wir die Frage aufwerfen: wie sich diese Umwandlung in dem Gebrauchswerte der Ware widerspiegelt.

Auch die sozialistische Weltanschauung muss wohl in dem Maße, in dem sie durch die gesellschaftlichen Verhältnisse zur Ware gestempelt wird, eine Einwirkung ihres so entstehenden Tauscherts auf ihren Gebrauchswert oder inneren Inhalt verspüren. Wie läuft dieser Prozess ab? Worin besteht seine eigentliche Triebkraft?

Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir uns zunächst an analoge Verhältnisse auf sonstigen Wirtschaftsgebieten halten. Beobachten wir die inneren Tendenzen irgendeines Produktionszweiges, so bemerken wir, dass ihm ein Streben innewohnt, sich vor allem die Absatzmöglichkeit zu sichern. Jeder Produktionszweig kann nur dann entstehen und sich entwickeln, wenn er nicht Eingriffen äußerlicher Gewalten ausgesetzt wird, die seine Existenz zu vernichten drohen. Als Ware, als Erwerbszweig, als Gebrauchsartikel strebt auch der Sozialismus nach Stabilität. Vorbei sind jene ersten sturm- und drangvollen Zeiten, jene Perioden fortwährender Erschütterungen, die zu Beginn der sozialistischen Bewegungen deren Dasein unterbrochen und sie in kein ruhiges Gleis kommen ließen. Was jetzt unmittelbar gefordert wird, ist Ruhe und Möglichkeit ungestörter Weiterentwicklung. Jede Tätigkeit, die diesem Bedürfnis widerspricht, wird verpönt. Der Warenproduzent, der für den sozialistischen Bedarf arbeitet, sieht sich durch jede Möglichkeit einer Katastrophe unmittelbar bedroht, er kann seine Produktion nicht mit der erforderlichen Sicherheit einrichten, und so erscheint es ihm vor allem notwendig, jedes Geschäftsrisiko möglichst auszuschließen oder wenigstens einzuschränken. Das Verhältnis von klandestiner Bewegung zur legalen Partei wird hauptsächlich durch diese Umstände beherrscht. Im Momente, wo sich der Sozialismus nach sicheren Produktionen und Absatzmöglichkeiten zu sehnen anfängt,

sieht er sich gezwungen, die Legalität als seinen Verbündeten anzurufen, und unter ihrem Schutze bekommt er jene „roten Backen und prallen Muskeln“, die im Grunde genommen nichts anderes sind, als Zeugnisse seiner Reife für den Warenverkehr.

Die Frage vom Verhältnis des Sozialismus zum Parlamentarismus spielt schon seit vielen Jahren eine große Rolle in der Arbeiterbewegung. Ohne diese Frage in ihrem ganzen theoretischen Umfange zu untersuchen, begnügen wir uns mit dem Hinweise darauf, dass ihre Wendungen mit der Entwicklung des Warencharakters der sozialistischen Kopfarbeit vollkommen zusammenfallen. Denn die parlamentarische Tätigkeit, die Einstellung der ganzen sozialistischen Arbeit auf das Winkelmaß des Parlamentarismus, gewährt der sozialistischen Ware jene Zirkulationssicherheit, ohne die sie als solche, d. h. als Ware, gar nicht existieren kann. Der Parlamentarismus ist somit die reine, ja die reinste Form derjenigen Entwicklung, die sich in dem Ware gewordenen Sozialismus allmählich vollzogen hat.

Während der Massenstreikdebatten in der deutschen Arbeiterpartei hat so mancher mit Verwunderung gefragt, wie es komme, dass gerade die Revisionisten sich für den politischen Massenstreik begeisterten? Man glaubte darin höchste Inkonsequenz sehen zu sollen. Aber nichts falscher als das! Die Revisionisten blieben sich vollkommen treu. Denn man darf nicht vergessen, dass sie nur in einem einzigen Fall zur Waffe des Massenstreiks willig gegriffen hätten: im Fall einer eventuellen Entziehung ihrer politischen Rechte und vor allem des Wahlrechts. Nichts würde dem Warencharakter des Sozialismus mehr geschadet haben, und es gibt bekanntlich kein Übel, welches die Ware mehr fürchtet, als die Gefahr, vom Markte verdrängt zu werden. Da der Revisionismus stets bloß ein vollkommen unkritischer und unbewusster Abklatsch der neuen Warenphase der sozialistischen Theorie war, so wäre nichts Verwunderliches daran gewesen, wenn er auch zu Gift und Dolch gegriffen hätte, sobald die heilige Majestät seiner ungestörten Weiterproduktion bedroht gewesen wäre.<sup>40</sup> Außerdem war der Revisionismus von der alleinseligmachenden Kraft der friedlichen Entwicklung so sehr überzeugt, dass ihm jedes Mittel, sie zu verteidigen, gerade gut genug erschien. Denn nicht der Verlust der politischen Rechte als solcher, war ihm Hauptsache, sondern der Umstand, dass dieser Verlust auf abschüssige, d. h. „gewaltsame“ Bahnen lenken würde. Diese Perspektive jagte ihm derartigen Schrecken ein, dass er sich zu jedem Aufbruch bereit erklärte – nur um Ruhe zu haben. Eine bemerkenswerte Dialektik, die übrigens in den gesamten Bedingungen der Warenproduktion liegt.

Es ist in dieser Beziehung höchst interessant, die Anfänge der sozialistischen Bewegung mit ihren weiteren Phasen zu vergleichen. Die Entwicklung ist dabei typisch und kann einen ziemlich sicheren Fingerzeig für die Art bieten, wie sich eine neue Weltanschauung zur Geltung bringt.

Die erste Periode des Sozialismus ist mit ständigen Opfern, Entbehrungen und Kämpfen seiner Vorläufer und Anhänger aufs engste verbunden. Von Verdienst kann keine Rede sein: der Sozialismus ist noch von jeder Marktbeteiligung ausgeschlossen, er trägt seinen Jüngern gar nichts ein. Ringsum allgemeine Verachtung, Wut, Abscheu und Hass. Nichts ist dem wohlbestallten Bürger widerlicher, als der Anblick jener Taugenichtse, die den ganzen Tag müßig herumlungern, nichts Ordentliches, d. h. Profitbringendes, anfangen, in Dachkammern hausen und eine vollkommene Verkörperung rebellierender Armut sind. Hier stehen sich

---

<sup>40</sup> Es handelt sich hier ausschließlich um den Revisionismus. Die Gründe, aus denen die Marxisten den Massenstreik propagierten, waren ganz anderer Natur, sind aber hier nicht von Belang. Auch verzichteten wir mit Vorbedacht auf sämtliche Belege, Zitate usw., die in Frage kommen. Sie würden nicht nur diese Untersuchung unnötig ausdehnen; von vornherein war auch diese nur als rein und streng schematische Beschreibung unseres Problems beabsichtigt. Alles Detail bleibt daher fort. Es soll bei anderer Gelegenheit und in größerem Maßstabe vorgeführt werden.

zwei Welten gegenüber, die sich nicht nur theoretisch, rational, sondern auch praktisch, gefühlsmäßig, hassen müssen. Die Lebensgeschichte eines *Saint Simon*, eines *Weitling*, eines *Karl Marx* liefern überzeugende Beispiele dieser anfänglichen unversöhnlichen Feindschaft zwischen der satten Wohlgefälligkeit, die sich endlich die Möglichkeit erzwungen hat, gewinnbringend tätig zu sein, und einer hungrigen Armut, die die ganze Welt zu erobern sich anschickt und nichts zu verlieren hat als ihre Ketten. Im rastlosen Schaffen einer Generation, deren Leben durch alle Nöten der Armut und Verzweiflung gewandert ist, liegt das große Geheimnis ihrer unüberwindlichen Stärke und ihrer großartigen Wirkung. „Ein halbes Jahrhundert auf dem Rücken und immer noch ein Pauper“, rief Karl Marx einmal aus, – und hinter diesen Worten verbirgt sich mehr denn eine oberflächliche Stimmung. Es steckt eine qualvolle Tragödie dahinter, ein Leben, dessen innerer Wert in schreiendem Missverhältnis zur äußeren Hülle steht. Und doch hat diese Armut ein Werk vollbracht, dessen Bedeutung erst die Späteren aufzufassen, und vor allem – auszunützen, lernten. Denn „das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit und neues Leben blüht aus den Ruinen“. Die Väter haben nicht vergebens gesät, die Söhne konnten reichlich ernten. Der Markt wurde endlich erschlossen, ein Absatzgebiet nach dem andern erworben und befestigt, so dass das neue Geschlecht die Möglichkeit bekam, in verhältnismäßiger Sicherheit den Betrieb fortzuführen. Aus der Sekte ward eine Partei. Zum Gebrauchswert des Sozialismus gesellte sich von nun an noch ein bestimmter Verkaufswert, und das alte Stürmen und Drängen machte allmählich einem Ruhebedürfnis Platz.

4.

Aber zum Wesen der Warenzirkulation gehört nicht nur das Bedürfnis, den Markt vor etwaigen Erschütterungen sicherzustellen, es gilt auch, ihn zu beherrschen, den Konkurrenten zu überwinden: nicht nur durch bessere Ware und billigere Preise, sondern auch durch Abschaffung jeder Monopolstellung seiner Artikel. Der Handelsverkehr gibt dieser Tendenz einen ausgeprägten Ausdruck in den Warenhäusern. Das Prinzip des Warenhauses ist: nicht nur billig zu verkaufen, sondern auch alles zu verkaufen. Die Konkurrenz darf gar nichts bieten können, was man nicht auch seinerseits auf Lager hat. Keine Monopolartikel! Der ganze Bedarf, von der Automobilhupe bis zum Bismarckhering, soll bei einer Firma gedeckt werden können, wird zur Idealmaxime des Warenhauses. Dieselbe Maxime liegt auch der Tätigkeit jener Verfechter sozialistischer Theorien zugrunde, die Lohnarbeiter geworden sind. Auch für sie ist es desto leichter, ihre Ware zu verkaufen, je weniger zahlreich die Bezugsquellen für sie sind, je seltener die Gefahr, dass der Käufer von der Konkurrenz abgefangen wird, kurz, je mehr es gelingt, eine Art Warenhaus für Idealgüter in größter Quantität und für jede Geschmacksrichtung zu begründen.

Der theoretische Inhalt des wissenschaftlichen Sozialismus wurde dadurch aufs stärkste betroffen. Namentlich jene Sucht, ihn mit allen möglichen andern geistigen Erzeugnissen zusammenzukoppeln, die besonders zu Anfang dieses Jahrhunderts grassierte, liefert einen sicheren Beweis für die Wirkungen, die der Warencharakter des Sozialismus auf dessen Integrität ausüben kann, sofern man sich ihm willen- und widerstandlos hingibt. Wie der Parlamentarismus unter gewissen Bedingungen in Kretinismus ausartet, so wird auch der Sozialismus im Augenblick seiner Gleichberechtigung auf dem Warenmarkte der Idee von einem derartigen Taumel ergriffen, dass die einzige Möglichkeit eines Entrinnens nur in der rechtzeitigen Erkenntnis der veränderten Bedingungen besteht, unter denen die sozialistische Kopfarbeit innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft sich vollziehen muss. Nur dies ermöglicht es, den inneren Sinn der eben erwähnten Zusammenkoppelungsversuche zu erfassen. Welcher Ideengang lag ihnen – bewusst oder unbewusst – zugrunde?

Nun, handelspolitisch, wie man heutzutage zu sagen pflegt, ist das Geheimnis sehr durchsichtig. Man erwäge offenbar folgendes: Marx ist gut. Aber daneben gibt es doch noch

manches andere Schöne. Soll, wer darauf reflektiert, der Konkurrenz überlassen werden? Mit Nichten! Und somit wurden alle Schleusen aufgemacht.

*Kant und Nietzsche, Avenarius und James* – alle wurden entsprechend „verarbeitet“. Dieser neue Marxistenschlag hat sozusagen alles auf Lager und kann es geradezu nicht dulden, dass sich bei den bürgerlichen Lieferanten etwas findet, dass „wir“ nicht hätten ebenso gut herstellen können. Daher die Sucht, alle Modeströmungen des bürgerlichen Geisteslebens mitzumachen, sie auszunützen, aus ihnen Kapital zu schlagen. Man hat das oft als ein psychologisches Phänomen betrachtet und sich gewundert, wie es möglich sei, dass anscheinend gescheite und gelehrte Leute vollkommen wahllos alle möglichen Metalle zusammenlöten wollen. Aber man hat das Problem falsch gestellt: Nicht eine psychologische, sondern eine ökonomische Erscheinung kommt dabei in Betracht, und als solche drückt sie eben getreulich den Warencharakter des heutigen Geisteslebens aus. Die bona fides der Revisionisten in allen Ehren! Sicherlich gibt es unter ihnen manchen, der fest davon überzeugt ist, neue theoretische Welten entdeckt zu haben. Aber das ändert an der eigentlichen Sachlage gar nichts. Auch manchen Dichter und Denker gibt es, der sich im Dienste der hohen Kunst oder der reinen Wahrheit wähnt, der aber nichts anderes als Lohnarbeiter der Bourgeoisie ist. Das klingt allerdings „grob materialistisch“, und zarte Seelen – namentlich solche, die gerne täuschen und sich täuschen lassen – mögen derartige Behauptungen ganz unmanierlich finden. Aber auch ihr Geschrei ist Lohnarbeit.

## Die Ziele und Methoden der proletarischen Bildungsarbeit.

Von Dr. M. Bronski.

### 3. Methodologische Fehler der bisherigen Bildungsarbeit.

Eine Erziehung der Massen zum Sozialismus durch die Bildungsarbeit der sozialistischen Partei zu erzielen, ist eine Utopie. Den Massen die tiefere Begründung des sozialistischen Ideenganges zu geben, die doch auf die wissenschaftlichen Errungenschaften der Neuzeit basiert, das würde auch das Bürgertum mit seinen staatlichen Machtmitteln nicht zustande bringen – wenn es dazu die Lust verspürte. Noch weit schwieriger ist dies für eine proletarische Partei, die immer über den Mangel an entsprechenden Mitteln gewohnt ist zu klagen.

Wenn auch die sozialistische Aufklärung nicht im Stande war, die Massen des Volkes zur sozialistischen Gesinnung zu erziehen, so hat sie doch die Aufgabe, bei der organisierten Schicht des Proletariats den Kritizismus gegenüber den bürgerlichen Argumenten wachzurufen, nicht erfüllt!

Auch diese Arbeit hat vollständig versagt. Auch die langjährig organisierten Mitglieder der sozialistischen Parteien hatten sich geistig nicht stark genug gefühlt gegenüber dem verheerenden Einflusse der bürgerlichen Ideologie, in ihrer niedrigsten, abscheulichsten Form des Nationalismus und Völkerhasses, standzuhalten.

Wo liegt die Schwäche der geleisteten Bildungsarbeit? Denn nicht um taktische Fehler, die durch die Führer auf dem parlamentarischen Parkett verübt worden sind, handelte es sich, sondern um Preisgabe sozialistischer Gesinnung. Die taktischen Fehler der Führer können durch die Masse der organisierten Partei korrigiert werden. Das, was geschah, ist ungleich mehr als ein taktischer Fehler der Führer, es war eine Aufgabe der sozialistischen Überzeugung der Massen der Parteimitglieder. Man hat unter dem Terror der Kriegsstimmung die bürgerliche Ideologie akzeptiert und die sozialistische verleugnet!



Hier offenbarte sich der Zusammenbruch der Bildungsarbeit. Denn nicht nur die Massen haben versagt, sondern auch die Avantgarde des Proletariats, die die Bildungsarbeit der Partei genossen hat.

Wo liegen die Fehler der geleisteten Bildungsarbeit bei der bestorganisierten Partei des Proletariats? Es ist wichtig, das Augenmerk auf diese Frage hinzulenken, da die deutsche sozialistische Bildungsarbeit vorbildlich für das ganze Bildungswesen der sozialistischen Internationale war.

Im Juniheft des „Kampf“, des wissenschaftlichen Organs der österreichischen Sozialdemokratie, kam Adolf Braun (Nürnberg) auf die Bildungsprobleme in der Arbeiterbewegung zu sprechen. Auch er ist der Meinung, dass „ein großer Teil der Bildungsarbeit, so gut sie auch gemeint ist, vergeblich geleistet wurde“. „Nicht nur der Inhalt unserer Bildungsarbeitsarbeit, sondern auch die äußere Methode scheinen auf Irrwege gekommen zu sein. Der Hauptfehler scheint mir darin zu liegen, dass wir viel zu vieles leisten wollen und dadurch auf das Peinlichste zersplittern, und viele, vielleicht die meiste Arbeit vergeuden“ usw.

Wir können auf die Einzelheiten dieses Artikels nicht eingehen. Das, was Adolf Braun, einer der besten Kenner der deutschen wie österreichischen Bildungsarbeit, zum Besten gibt, zeigt, dass die Bildungsarbeit jetzt nach dem Kriege vollständig geändert werden muss, wenn sie etwas Ersprießliches leisten soll. Sowohl der Inhalt der Bildungsarbeit wie die Methode muss von Grund aus eine Änderung erfahren, wie auch das Ziel der Arbeiterbildung anders gesteckt werden muss.

Man vergisst immer, dass die äußeren Bedingungen, in denen die Bildungsarbeit vollbracht werden muss, ganz eigenartige sind, und in keinem Vergleich mit denen stehen, unter denen die bürgerliche „Aufklärungsarbeit“ geleistet wird. Die sozialistische Bildungsarbeit hat mit den Arbeitern und Arbeiterinnen zu tun, die tagsüber neun, zehn und elf Stunden arbeiten müssen. Die bildungshungrigen Arbeiter müssen sich geistig stark anstrengen, ihrem Geist Gewalt antun, um sich von den Gedanken des täglichen Lebens freizumachen, sich auf das Thema des Referats oder des zu lesenden Buches zu konzentrieren. Diese Arbeiter haben auch nicht immer die Möglichkeit, die Literatur durchzuarbeiten. Außerdem fehlen den Zuhörern häufig die nötigen Vorkenntnisse. Den meisten ist die Kunst, ein Buch zu lesen, fremd, weil sie sich jahrelang nur ans Zeitungslesen gewöhnt haben. Dies alles muss der Referent, der Lehrer in Betracht ziehen, wenn er nicht über die Köpfe der Zuhörer hinwegsprechen will.

#### 4. Die Aufgaben der Bildungsarbeit.

Man kann sich noch so erhabene Ziele der Bildungsarbeit stellen, sie sind illusorisch, solange man mit den objektiven Verhältnissen zu tun hat, die stärker sind als unsere Wünsche. Kann man sich der Illusion hingeben, den Arbeitern in der kargen zur Verfügung stehenden Zeit das ganze Wissen aus allen Gebieten zu vermitteln? Sicher nicht. Das, was man im besten Falle tun kann, ist nur eine Anregung, um das Geschehene bewusst zu betrachten. Es wäre schon sehr viel, wenn es gelingen würde, die sich sozialistisch nennenden oder fühlenden Parteimitglieder zum selbständigen Denken in sozialen Fragen zu erziehen. Es wäre genug, wenn die Bildungsarbeit verstünde, die Genossen auf die Masse auf Probleme des sozialen Lebens aufmerksam zu machen; den von der schweren Arbeit großgezogenen Stumpfsinn der Arbeiter – das heißt einen Zustand der geistigen Gleichgültigkeit – zu verdrängen, eine geistige Unruhe, eine geistige Interessiertheit, Aufmerksamkeit zu wecken, und zwar besonders eine Reizbarkeit in Bezug auf gesellschaftliche Erscheinungen in die Seelen der sozialistisch fühlenden Genossen zu verpflanzen, – das wäre das Wichtigste, was getan werden müsste. Auf diese Weise könnten die Arbeiter befähigt werden, den gesellschaftlichen Erscheinungen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, diese Erscheinungen zu beobachten, sie

in Zusammenhang mit dem ganzen System der kapitalistischen Wirtschaft zu bringen und vom proletarischen Klassenstandpunkt aus zu beurteilen. Die so verpönte sozialistische Theorie hat ja doch nichts anderes zu vollbringen, als den inneren Zusammenhang der äußeren gesellschaftlichen Erscheinungen im Bewusstsein der Arbeiter wiederherzustellen.

Das würde die Arbeiter befähigen, gegenüber der bürgerlichen Auffassung des sozialen Lebens standhafter zu sein, den Argumenten der Klassengegner des Proletariats kritisch gegenüberzustehen und die sozialistische Auffassung weiter in die Massen zu tragen.

Diese Aufgabe, so begrenzt sie auch ist, ist nicht leicht. Denn, wie schon erwähnt, die Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung erschweren die Bildungsarbeit ungemein. Die neun und zehnstündige Arbeit spannt das wach gewordene geistige Interesse gewaltig ab. Dieses zwingt zu besonderer Aufmerksamkeit hinsichtlich der anzuwendenden Methode. Man muss den Zuhörern das Thema in solcher Form bieten, dass sie imstande sind, den Inhalt aufzunehmen. Die bisher benutzte Methode der Bildungsarbeit scheint diesen Erfordernissen nicht genügend Rechnung getragen zu haben. Besonders das System der Vorträge scheint nicht die passendste Form zu sein. Für das ermüdete Gehirn eines Arbeiters, der von der Fabrik in die Versammlung kommt, ist es außerordentlich schwer, dem Gedankengang eines wissenschaftlichen Vortrages folgen zu können. Und um solche Vorträge handelt es sich bei der Bildungsarbeit, die doch Propaganda zu führen hat, nicht eine politische Agitation, welche sich immer auf aktuelle politische Tagesfragen konzentriert, und schon durch ihre Aktualität die Aufmerksamkeit der Zuhörer wachhält.

Die Studenten der Universität sind auch öfters nicht imstande, einem dreiviertelstündigen Vortrag eines Universitätsprofessors folgen zu können, zwar nicht wegen der vorherigen strengen Arbeit, sondern weil man sich zuerst gewöhnen muss, einem Vortrag zu folgen.

Aber abgesehen davon, kann diese Form des Referats nur das faktische Material übermitteln und den Zuhörern das schon gelöste Problem auftischen. In den seltensten Fällen nur, wo dem Referenten ein glänzendes Rednertalent zur Verfügung steht, vermag er das Interesse für das Thema und das selbständige Nachdenken über die aufgeworfene Frage derart zu wecken, dass der Zuhörer sich selbst die fertige Antwort gibt, bevor der Referent noch zum Schlusse kommt. In den meisten Fällen aber wird das wohl nicht vorkommen. Man hört den Vortrag wie eine musikalische Leistung an, man hört den Worten zu, den ganzen Sätzen, ohne den Darlegungen des Referenten folgen zu können; im besten Fall stimmt man seinen einzelnen Ausführungen zu, wenn sie den bisher gekannten entsprechen, aber zum Schluss ist man so klug wie zuvor.

Es rührt das daher, dass man den Zuhörern das Thema, das Problem und seine vollständige klare Lösung aufdrängt, ohne vorher eine entsprechende geistige Disposition zur Aufnahme des betreffenden Problems vorzubereiten. Es ist viel wichtiger, bei den Zuhörern das Interesse für das Problem zu wecken und dann erst ihm mithelfen, die entflammte Neugier zu befriedigen.

Darum scheint die Form des Seminars, wo der Leiter die Probleme aufwirft und sie den Zuhörern zum Nachdenken und Beantwortung überlässt, viel nützlicher zu sein. Freilich, es besteht eine Gefahr, eine Diskussion zu entfalten, die in eine Schwätzerei hinausläuft. Dies muss vermieden werden, und die Aufgabe des Leiters besteht darin, das faktische Material dann den Zuhörern erst zu vermitteln, wenn die Sicherheit schon besteht, dass durch das erweckte Interesse und selbständiges Nachdenken über das aufgerollte Problem, das Material voll ausgenützt werden kann. Den Zeitpunkt, wie die Form der Übermittlung des Materials zu wählen, sowie die Richtlinien des Gedankenaustausches einzuhalten, ohne sich in Nebensächlichkeiten zu verlieren, ist die Aufgabe des Kursleiters.

Auf diese Weise kann systematisch das Interesse der Genossen auf das ganze Gebiet der sozialistischen Theorie, wie der Praxis der Arbeiterbewegung hingelenkt und durchgearbeitet

werden. Wobei selbstverständlich das Interesse auf das Selbststudium verwiesen und durch Auswahl entsprechender Literatur nachgeholfen werden muss.

In den Seminarien muss ferner ein ständiger und unerbittlicher Kampf gegen die Schlagwortepedemie geführt werden. Die unheilvolle Unsitte, mit Schlagworten zu operieren, ohne ihren Inhalt zu kennen, hat sich so tief eingewurzelt und den Weg zum Denken so verrammelt, dass es keine ernste Bildungsarbeit gibt, ohne zuvor dieser Unsitte gründlich den Garaus gemacht zu haben.

### **5. Die Richtlinien der proletarischen Bildungsarbeit**

Im Großen und Ganzen kann man folgende Richtlinien der sozialistischen Bildungsarbeit aufzeichnen:

1. Die Aufgabe der sozialistischen Bildungsarbeit besteht nicht darin, den Arbeitern das faktische, zusammenhanglose Wissen zu vermitteln. Dazu fehlt es den Arbeitern an Zeit, der Partei an Mitteln.

2. Die sozialistische Bildungsarbeit soll bestrebt sein, bei den Arbeitern (Parteimitgliedern), die Sozialisten sein wollen, den Kritizismus gegenüber den überlieferten und herrschenden Ansichten und Auffassungen wachzurufen. Das ist ja nichts anderes, als gegenüber der bürgerlichen Ideologie gefeit zu sein.

3. Die Bildungsarbeit soll die Parteigenossen dazu erziehen, die Erscheinungen des sozialen Lebens selbständig zu erfassen, sie im Zusammenhang mit dem ganzen Komplex der Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft zu bringen. Das heißt nichts anderes als die Proletarier zur Theorie, zum Denken zu erziehen, um erfolgreich gegen den Stumpfsinn anzukämpfen.

4. Entsprechend diesen Zielen muss auch die Methode sein. Sie muss die besonderen Verhältnisse der proletarischen Zuhörer berücksichtigen und nicht die bürgerliche Methode nachahmen, die doch unter anderen Verhältnissen arbeitet. Nicht durch schwerwissenschaftliche Referate den Zuhörern das Wissen und die fertiggelösten Probleme zu geben, sondern vor allem das Interesse für verschiedene Fragen des sozialen Lebens zu wecken und die Arbeiter zu zwingen, die Fragen selbst zu lösen, ihnen mit Material behilflich sein und sie auf den Weg des Selbststudiums leiten.

5. Nicht durch übermäßige Popularisierung, Vereinfachung und Verflachung den Proletariern die sozialistischen Grundsätze mundgerecht zu machen, sondern umgekehrt, das geistige Auffassungsvermögen der Arbeiter zu erweitern, um ihn zu befähigen, seine sozialistische Überzeugung überall im Leben selbständig und unabhängig zu vertreten.

6. Der Schlagwörterunsitte den unerbittlichen Kampf zu erklären – die den Weg zum Denken verrammelt.

7. Vor allem aber ist die proletarische Bildung eng mit proletarischem Kampf zu vereinigen, denn die Saat kann nur aufgehen, wenn sie auf den aufgerüttelten Boden fällt; denn nur von den durch Kampf aufgeweckten Arbeiter kann die Bildung als ein Mittel des Kampfes um den Sozialismus aufgenommen und mit Erfolg angewandt werden und so ihre Aufgabe erfüllen.

## **Die Rolle der Persönlichkeit und der Ethik im proletarischen Klassenkampf.**

Von Dr. Ida Axelrod.

1.

Eine bahnbrechende Weltanschauung wird am Anfange selten in ihrer ganzen Tiefe und Weite begriffen. Vielmehr entschwinden manche wichtigen Bestandteile den Gegnern wie den Adepten. Große und tiefe Gedanken erfordern für ihre richtige Erfassung eine weitgehende Umwälzung im Fühlen und Denken, eigentlich eine Umgestaltung der Verhältnisse, die den ganzen Überbau und eine Begriffswelt verursacht haben. Die marxistische Weltanschauung war in dieser Hinsicht ebenfalls vom Schicksal nicht bevorzugt; auch sie unterlag manchen schiefen und vulgären Erklärungen und einer verständnislosen Kritik. Mit der größten Wollust haben sie die Gegner bemängelt und ihr Fundament zu untergraben gesucht. Ihr Eifer ist noch bis jetzt nicht erloschen, und von Zeit zu Zeit wagen sie sich mit ihrer Kritik von neuem hervor.

Den bürgerlichen Ideologen ist die marxistische Weltanschauung ihrer revolutionären Natur halber unzugänglich. Eine Lehre, die keine Kompromisse mit der bestehenden Gesellschaft und ihren materiellen wie geistigen Grundlagen eingeht, ist keineswegs dazu geeignet, bei den bürgerlichen Ideologen Gefallen zu finden. Die Gegen Gründe, die sich ihrem Bewusstsein aufdrängen, sind schwerwiegend genug, denn sie sind von ihren Klasseninteressen diktiert. Die Logik dieser Interessen richtet sich in diesem Falle gegen die Vernunft der zukünftigen Gesellschaft. Ihr negatives Verhalten dem wissenschaftlichen Sozialismus gegenüber ist bereits durch die Theorie des Marxismus selbst begründet. Eine Anerkennung dieser Lehre seitens der bürgerlichen Ideologen hätte diese Weltanschauung eher getroffen als ihre Verneinung. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Ideologen zu führen, ist aus den angegebenen Gründen von keinem großen Belang. Dagegen wäre eine weitgehende Auseinandersetzung der marxistischen Theorie für die sozialistisch Empfindenden von großem Nutzen. Die gegenwärtige Wirklichkeit ist dermaßen von Widersprüchen durchdrungen, dass sie immer neue Aufgaben an die Sozialisten stellt, deren Lösung ein tiefes Eindringen in den Marxismus heischt. Der wissenschaftliche Sozialismus hat vor dem Gefühlssozialismus hauptsächlich dies voraus, dass er der Wirklichkeit Rechnung zu tragen weiß. Allein die Rolle, die der Marxismus dem geschichtlichen Prozesse zuerkannte, hat ihm den Vorwurf eingetragen, er, der Marxismus, habe die große Bedeutung der menschlichen Tätigkeit nicht genügend eingeschätzt. Trotzdem es längst bekannt ist, dass der Marxismus im geschichtlichen Prozesse die menschliche Tätigkeit mit inbegriffen sich vorstellt, dass ohne diese der Prozess überhaupt gar nicht stattgefunden hätte, so wird dieser Einwand stets von neuem gegen ihn erhoben.

Jedoch nicht allein die bürgerlichen Ideologen, die den Marxismus zu einer fatalistischen Weltanschauung stempeln, auch die opportunistisch gestimmten Sozialisten wälzen die Schuld gern auf den geschichtlichen Prozess, auf die Unreife der materiellen Verhältnisse, wenn die Wirklichkeit ein revolutionäres Handeln zu entfalten erfordert. Sogar namhafte Marxisten haben jetzt einen Versuch gemacht, zu beweisen, dass es unmöglich sei, den Imperialismus zu bekämpfen, weil er eben eine geschichtliche Notwendigkeit darstelle. Demnach wäre also auch dem Kapitalismus nicht entgegenzuarbeiten, denn dieser ist doch sicher eine geschichtliche Notwendigkeit. Derartige Ansichten sind nicht ernst zu nehmen, weil sie ausschließlich Verlegenheitsgründe sind und mit dem Wesen des historischen Materialismus nichts gemein haben. Trotzdem werden die Gefühlssozialisten bestrebt sein, diese Gelegenheitsansichten dem historischen Materialismus zu unterschieben, in der festen Überzeugung, Wasser auf ihre Mühle leiten zu können. Dabei unterscheiden sie sich von den Opportunisten nur subjektiv. Indem sie mit den gegebenen Verhältnissen nicht rechnen, beeinflussen sie den Prozess der Geschichte ebenso wenig wie diejenigen, die ihn außerhalb des menschlichen Tätigkeitsbereiches ansehen. Die Gegensätze sind stets viel verwandter, als man es sich vorstellt. Wie oft sind diejenigen, die einzig und allein den Willen preisen, von manchen Ereignissen derart hingerissen, dass sie ohne jede Überlegung der zeitlichen Welle anheimfallen. Das Leben ist nicht ohne tragikomische Situationen.

Noch mehr als die Rolle, die der Marxismus der Persönlichkeit in der Geschichte einräumt, missverstanden worden ist, wurde die Bedeutung des ethischen Elements in dieser Weltanschauung unterschätzt. Wer den Marxismus so aufgefasst hat, dass die materiellen Verhältnisse von selbst, ohne die menschliche Mitwirkung, die gesellschaftlichen Umwälzungen hervorzubringen imstande seien, wird ebenfalls nicht wissen, wo das ethische Element im historischen Materialismus steckt. Denn die Wirkung im geschichtlichen Prozesse für die Glückseligkeit der unterdrückten Mehrheit fällt mit dem ethischen Handeln zusammen. Vom Standpunkt der Zwecke des Zukunftsideals ließen sich auch die Motive und Absichten wie das Handeln im persönlichen Leben einer ethischen Wertung unterziehen.

Nach dem historischen Materialismus sind die allgemeinen sozialen Verhältnisse mit den Produktivkräften eng verknüpft. Mit dem Wachstum dieser Kräfte muss daher ein Widerspruch zwischen den existierenden gesellschaftlichen Verhältnissen und den Produktionskräften entstehen, der, die allgemeine Zirkulation des gesellschaftlichen Organismus störend, krankhafte Zustände verursacht. Auf diese Weise entsteht das gesellschaftliche Unrecht in den kritisch-historischen Epochen, das auf alle Gebiete des menschlichen Daseins sich erstreckt und das unbeschreibliches Elend schafft.

Die vorhandenen Satzungen des Rechts und der Moral, die den harmonischen Perioden entsprossen sind, entsprechen den existierenden gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr. Die herrschenden Klassen aber, in deren Interesse es liegt, die existierende gesellschaftliche Form zu erhalten, suchen diese Satzungen dieser anzupassen. Bei derartigen Operationen leidet die Wahrheit am meisten, manchmal führen sie zu einer bewussten Lüge oder zur Heuchelei. Die Moralisten, die der Wirklichkeit sich entfremden und mehr mit den abstrakten Begriffen einer Ethik als mit ihrer Rolle im menschlichen Leben sich beschäftigen, pflegen die abstrakte Moral und suchen ihren Ursprung außerhalb der Erfahrung.

Mit Recht sagt Kautsky, dass, „sobald die moralischen Satzungen sich verselbständigen, sie aufhören, ein Element des gesellschaftlichen Fortschritts zu sein. Sie verknöchern, werden ein konservatives Element, ein Hindernis des Fortschritts. So kann in der menschlichen Gesellschaft, was in der tierischen unmöglich, die Moral aus einem unentbehrlichen zusammenhaltenden Bindeglied zu einem Mittel unerträglicher Einschnürung des gesellschaftlichen Lebens werden.“

Aus diesem Grunde richten die revolutionären Geister aller kritischen Epochen die Waffen der Kritik ganz zuerst gegen die herkömmliche Moral. Die Vertreter der existierenden Ordnung dagegen suchen die Vertreter des fortschrittlichen Denkens auch auf dem Gebiete der Ethik als „grobe Materialisten“, die jeder Moral bar sind, darzustellen. Meistens gelingt es ihnen, diese Verleumdung sogar innerhalb der Wissenschaft zu verbreiten. So zum Beispiel ist die Nützlichkeitslehre, die utilitaristische Ethik, die nicht allein den Grundstein zu den Ideen des revolutionären Bürgertums bildete, sondern den Kern einer revolutionären Ethik überhaupt in sich trägt, von den Schulgelehrten zu einer Moral des Egoismus gestempelt worden. Wie wenig dieser Behauptung der Wahrheit entspricht, folgt bereits aus der Prägung der utilitaristischen Ethik durch John Stuart Mill.

Der bekannte Verfechter der Nützlichkeitslehre stellt im Unterschiede zum Egoismus die Förderung des Gesamtwohls als das höchste Ziel der Moral hin. Bentham, der Begründer der obengenannten Ethik, bezeichnete den Zweck alles sittlichen Handelns und folglich des sittlichen Urteils ebenfalls als das Anstreben des größtmöglichen Wohls der größtmöglichen Anzahl. Im Allgemeinen ist dieser Standpunkt in der Ethik von dem großen Philosophen Spinoza, wie dem Begründer des Imperismus [Empirismus?], David Hum, vertreten worden. Eine schärfere Prägung fand er aber später in den Lehren der französischen Materialisten oder Enzyklopädisten, die ihre utilitarische Moral rücksichtslos verbreitet haben.

Während die idealistischen Ethiker auf das weiter nicht zu ergründende Gebot, das letzten Endes von einem übersinnlichen Wesen oder Gott abstammen soll, zurückführen, so erblicken die Materialisten alle sittlichen Satzungen in dem gesellschaftlichen Wesen. Die verschiedene Auffassung des Ursprungs des Moralischen führt selbstverständlich zu ganz anderen Konsequenzen in der Wertung des Ethischen überhaupt. Die Materialisten richten ihr Augenmerk stets auf die objektiven Zwecke der Menschheit, auf das Wohl der Gesamtheit, die Idealisten berücksichtigen dagegen mehr die subjektiven oder inneren Motive, das Handeln nach dem souveränen Gebote.

Der Vorzug der materialistischen Ethik, der darin wurzelt, dass in ihr der Anspruch der Mehrzahl auf Glückseligkeit zu seinem Rechte kommt, wird von den idealistischen Ethikern stets übersehen. Dies allein kann als genügender Beweis gelten, dass diese Ethiker Vertreter der höheren Klassen sind.

In der utilitarischen Ethik war ein revolutionärer Gedanke enthalten, der im Zusammenhange mit allen anderen fortschrittlichen Ideen jener Epoche bahnbrechend war. Die französische Revolution, deren Vorboten die Materialisten waren, hat das Gesamtwohl nicht geschaffen, nur hat sie zur Entwicklung jener Klasse beigetragen, in deren Interesse das allgemeine Wohl liegt. In diesem Sinne sagt das Kommunistische Manifest: „Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl.“ Im Interesse der ungeheuren Mehrzahl wirken heißt aber nach den Utilitaristen ethische Werte verwirklichen. Die Glückseligkeit der Menschheit ist das hohe Ziel derer, die nicht im Interesse der Minderheit oder der herrschenden Klassen lebt und wirkt. Von diesem Standpunkte müssen auch die Handlungen gewertet werden.

---

Bin Faust, das fühl ich tief und recht,  
wenn ich beharrte, wär ich Knecht.  
Ein geistig strebend Volk ist mein,  
Todfeind des Wahnes dumpfem Schein.  
Hinauf, hinan!  
Frei ist die Bahn.  
Hinauf aus dunkler Tiefe  
ins Lichte, Positive.

Goethe.

\* \* \*

Das sind die schönsten Lieder,  
für die kein Wort genügt,  
um deren zarte Glieder  
kein Reimgewand sich fügt:  
Die tief in uns erklingen,  
und still in uns verweh'n,  
und doch zu denen dringen,  
die liebend uns versteh'n.

---

Wir bitten alle geschäftlichen Zustellungen, insbesondere Geldsendungen, nur an den Verlag der „Arbeiterpolitik“ zu adressieren. Verlag der „Arbeiterpolitik“.

---

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 20/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 19. Mai 1917.

Nr. 20

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Die zweite Etappe der russischen Revolution.

Als der morsche Thron des Romanow von kräftigen Fäusten der russischen Proletarier und Soldaten gepackt und auf den Kehrlichthaufen der Geschichte geschleudert wurde, da begann die Presse der russischen Bourgeoisie wie der Entente das Freudengeschrei: Der Feind ist geschlagen! Und die zweite Strophe ihres Liedes lautete: Jetzt aber Ordnung, Ordnung und noch einmal Ordnung! Der jungen russischen Freiheit drohte kein innerer Feind. Nur Zeit sei nötig zu ihrem Ausbau. Und diese Ordnung sei umso nötiger, als ein äußerer Feind, Deutschland nämlich, Russland bedrohe, gegen den alle Kräfte gesammelt werden müssten! Diese Kräfte sammeln zu helfen, hat die provisorische Regierung, die zuerst den Großfürsten Michael Alexandrowicz zum Zaren ernannte, die mit England über die Abreise des Zaren verhandelt hatte - beides hinter dem Rücken des Arbeiterdelegiertenrates - eingewilligt, dass einstweilen Russland ohne einen Zaren bleibe. Ja, sie erließ eine Kundgebung, in der sie sich vom Imperialismus und allen seinen Sünden lossagte und nur für Freiheit, Recht und Menschlichkeit zu kämpfen ausgab. Eitel Freude herrschte in der demokratischen, sozialpatriotischen Presse Russlands, und selbst die zentrierte Raboczaja Gazieta, Organ des Organisationskomitees der russischen Sozialdemokratie und des Abg. Tscheidse, tanzte vor der Lade und nannte jeden Schritt der imperialistischen Regierung, der die Einschläferung der Arbeitermasse bezweckte, einen Sieg dieser Masse.

Als am 19. April Lenin, Zinowjew in Petersburg anlangten und die radikale internationalistische Richtung unerschrocken den Schwindel aufdeckte und die Illusionen zu zerstören begann, als sie darauf hinwies, dass die provisorische Regierung gegen die Republik sei, dass die Generäle nicht nur gestern Lakaien des Zarismus waren, sondern nach dem Sieg der Revolution noch Revolutionäre den Feldgerichten auszuliefern suchten (siehe den Ukas des Chefs der Armee des Generals Aleksjew) als sie zeigte, dass der Krieg, den die Gutschkows gemeinsam mit den englischen und französischen Kapitalisten führen, ein imperialistischer Krieg war und blieb - da war die Idylle aus. Wie eine Meute stürzte sich die kapitalistische Presse über Lenin und die Bolschewiks her. Da hatte man den inneren Feind der russischen Freiheit, der zwar unbewusst, aber doch sicher der Reaktion diene, ja dem äußeren Feind den Weg nach Russland bahnte.

Der von der kapitalistischen Presse gegebenen Losung folgte nicht nur das von Plechanow herausgegebene Organ der Sozialpatrioten: Jedusturo, sondern auch das Zentrumsorgan, die



Raboczaja Gazieta. Sie schrieb: „Zur Hilfe der Revolution eilen Leute, die sich an die besten, die grundsätzlichen Bestrebungen der Arbeiterklasse stützten. Auf sie gestützt, auf die phantastische Möglichkeit ihrer sofortigen Verwirklichung, werden sie gegen die Revolution die übrigen Gesellschaftsklassen auf die Beine bringen, sie werden der Reaktion den Weg bahnen. Der Revolution droht eine große Gefahr. Solange es Zeit ist, gilt es Lenin und seinen Anhängern den energischsten Widerstand zu leisten.“ Und sie leisten ihn. Sie führen einen Kampf gegen die ökonomischen und politischen Streiks im Namen der Ausrüstung der Revolution mit Kanonen und Granaten gegen den äußeren Feind, im Namen der Notwendigkeit einer einheitlichen Front mit der Bourgeoisie zwecks Durchführung aller Reformen Sie führen den Kampf gegen die sofortige Besitzergreifung von Grund und Boden durch die Bauern, im Namen der Ordnung, mit der nur die konstituierende Versammlung die Bodenfrage, eine der zentralen Fragen der Revolution, lösen kann.

Sie führen den Kampf gegen die rücksichtslose Friedenspropaganda der Bolschewiks mit der Behauptung, dass sie nur dem reaktionären Gedanken des Sonderfriedens mit Deutschlands diene. Sie aber wollen den Frieden herbeiführen, halten die Friedenspalme in der einen, das Schwert in der anderen Hand. Sie führen den Kampf gegen die Diskreditierung der provisorischen Regierung, denn „ouk agate polikoiramie, eis Koiranos esto“ (schlecht ist die Vielherrschaft, der eine sei Herrscher) wie der alte Homer sagt, und dieser kann nur die Bourgeoisie sein. Würde das Proletariat die Macht ergreifen, es würde alle übrigen Klassen gegen sich aufbringen und die Revolution würde scheitern.

In diesem Kampfe gegen die radikalen Internationalisten, die Bolschewiks, gehen die beiden Teile, in der der alte Menschewismus – der rechte Flügel der russischen Sozialdemokratie – zerfällt, die Sozialpatrioten und Zentrumsleute Arm bei Arm. Es war keine Höflichkeitsfloskel, als der „Zimmerwaldist“ Tscheidse, dem vor einem Jahr die „Internationale Gruppe“ die Glückwünsche sandte – den geschworenen Feind von Zimmerwald, Plechanow, feierlichst im Arbeiterdelegiertenrate begrüßte: beide stehen auf demselben Boden. Es vereinigt sie die opportunistische Ansicht, dass, weil in Russland der Sozialismus noch unmöglich sei, die Revolution nur durch das Bündnis des Proletariats mit der Bourgeoisie siegen könne. Es vereinigt sie die sozialpatriotische Illusion, als könnte man unter der Führung des Imperialisten Gutschkow und Miljukow, ein Bündnis mit der stärksten imperialistischen Macht der Welt, mit England, einem anderen Werke, dem des Imperialismus dienen. Durch die Gemeinsamkeit der Ideen vereinigt, gestützt auf die aus Bauern-Soldaten bestehende Mehrheit des Arbeiterdelegiertenrates, erklärten die Sozialpatrioten und die Zentrumsleute die Agitation Lenins als der Revolution schädlich. Und dieselbe Leute, die den Feinden der Republik, den Feinden der Arbeiterklasse, den Kapitalisten Gutschkow und Tereschenko das Vertrauensvotum ausstellten, erklärten, dass sie gegen Lenin nur deshalb keine Gewaltmaßregeln ergreifen, weil er über den Rahmen der erlaubten Propaganda nicht hinausgehe.

Die Presse der russischen Bourgeoisie, der Ententekapitalismus triumphierte, Lenin sei vollkommen vereinsamt. Was aber für jeden politisch Erfahrenen klar war, dass man gegen einen einflusslosen Phantasten nicht einen solchen Kampf führt, wie es die ganze liberale, sozialpatriotische und Zentrumspresse gegen die Bolschewiks jeden Tag tat, das konnte lange auch dem Auslande nicht verhüllt werden. Schon am 23. April schrieb die Raboczaja Gazieta von den „Versammlungen, in denen die vieltausendköpfige Menge durch die Leninisten, oder die sich als solche ausgeben, elektrisiert“ werde. Sie schrieb: „Das unorganisierte revolutionäre Element findet in den Reden Lenins und seiner Anhänger den Ausdruck seiner eigenen Bestrebungen nach sofortiger und voller Befreiung.“

Wir können den Opportunisten für diese offenherzige Eingeständnisse die Insinuation über die Elemente, die sich als Anhänger Lenins ausgeben, verzeihen. Denn, was sie eingestehen, das ist die höchste Anerkennung, die man einem revolutionären

Sozialdemokraten ausstellen kann: Nur die völlig unhistorischen Gehirne der Liberalen und Opportunisten können annehmen, dass in einer Revolution, in der das Proletariat die führende Rolle spielt, es etwas anderes erstrebe als die volle Befreiung. Nur die Opportunisten und Liberalen sind außerstande zu begreifen, dass die Begrenzung der Eroberungen des Proletariats nur das Resultat des Widerstandes der Bourgeoisie, nicht aber das Ziel der Taktik der Revolution sein kann, wenn das Proletariat irgendwelche greifbaren Erfolge haben soll. Indem Lenin und die Bolschewiks mit voller Energie den spontan entstehenden Klassenkampf des Proletariats unterstützen und entfalten, dienen sie dem Werke der Sicherung der Revolution, der Beendigung des Krieges. Denn jeder Erfolg und Misserfolg im ökonomischen Kampfe zeigt den Massen, wer ihr Feind und wer ihr Freund ist. Kurz, er befähigt sie zur siegreichen Durchführung der Revolution.

Und den Bolschewiks fiel es auch nicht im Traume ein, sich auf bloße Propaganda zu beschränken, die ihnen die Sozialpatrioten und Zentrumsleute gnädig erlaubten. Sie nahmen neben dem ökonomischen Kampf den politischen sofort auf. Nach einer Press- und Versammlungskampagne gegen die Heuchelei des Gutschkowschen Verteidigungskrieges, organisierten die Bolschewiks Demonstrationen vor den Gesandtschaften der Alliierten, in denen die wachsende Erkenntnis der Volksmassen Ausdruck findet, dass das Weltkapital – und nicht ein Teil desselben –, der Feind der russischen Revolution ist. Als in der Note Miljukows vom 1. Mai dieser Hauptideologe des russischen Imperialismus von neuem das Lied vom Kriege bis zum Ende anstimmte, stellten die Arbeiter in vielen Munitionsfabriken die Arbeit ein, marschierten in die Stadt mit Bannern, auf denen der provisorischen Regierung der Kampf angesagt wurde, und zeigten den voreiligen Sozialpatrioten durch Gewehrschüsse, dass sie sich die Freiheit der Aktion nicht nehmen ließen.

Die *zweite* Etappe der russischen Revolution hat begonnen. Ihr Ziel ist der Sturz der kapitalistisch-imperialistischen Regierung, die Ergreifung der Gewalt durch die Arbeiter- und Soldatendelegiertenräte, die in der Tat willig sein werden, nicht nur die Republik, sondern alle sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen durchzuführen, die heute in Russland schon möglich sind und den Weg zum Sozialismus mächtig verkürzen können. „Man kann die provisorische Regierung nicht sofort stürzen“, schreibt Lenin in der Prawda, „weil sie sich auf die direkte und indirekte, faktische und formelle Hilfe der Arbeiter- und Soldatenräte stützt. Um die Regierung zu ergreifen, müssen die klassenbewussten Arbeiter die Mehrheit der Arbeiterklasse für sich gewinnen. Solange man die Masse nicht vergewaltigen kann, gibt es keinen anderen Weg zur Macht. Wir sind keine Blanquisten, erstreben keine Eroberung der Macht durch die Minderheit der Arbeiterklasse.“

Die konsequente Agitation und Aktion, die die Bolschewiks entwickeln und wodurch sie die Interessen der Arbeiterklasse vertreten, bieten eine Garantie dafür, dass die republikanisch-sozialpatriotischen Illusionen, die die russische Arbeiterklasse am Tage ihres Sieges ergriffen haben, einer realpolitischen Auffassung Platz machen werden, wie auch durch sie jetzt der russischen Arbeiterklasse zu Gemüt geführt wird, dass, solange die Regierung sich in der Hand der imperialistisch-kapitalistischen Clique befindet, auch nach dem Sturz des Zarismus der Feind im eigenen Lande steht. Diese Erkenntnis hat schon einen Teil der russischen Arbeiterklasse ergriffen, die unter den Fahnen der revolutionären internationalen Sozialdemokraten, der Bolschewiks, gegen die Eskamoteure der Revolution kämpft. Und damit hat die zweite Periode der russischen Revolution begonnen.

## Die erste Probe aufs Exempel.

In Gotha hat sich die Gruppe „Internationale“ der Arbeitsgemeinschaft angeschlossen. Sie erklärt zwar, sie wolle ihre Selbständigkeit behalten; aber die Tatsachen beweisen, dass das

Gegenteil der Fall ist. Die Partei der „Unabhängigen“ besteht, und man hat bislang noch nicht vernommen, dass innerhalb ihres Rahmens eine Partei der Linksradiكالen bestände, die sich nach außen hin grundsätzlich von der Hauptpartei abgegrenzt hätte. Vielmehr betont ein Leitartikel des „Kampf“, dass die zartfühlenden Mitglieder des neuen Parteivorstandes sich in Zukunft nicht mehr über den „Ton“ der linksradikalen Kritik zu beklagen haben werden. Nun weiß jeder, dass, wer sich hinter den guten „Ton“ verschanzt, in Wirklichkeit nicht den Ton meint, sondern die ganze Musik. Und jeder, der in seiner Kritik von höherer Warte aus dem Gegner überlegen ist, weiß, dass er sich den Teufel darum zu scheren hat, ob dem Gegner der Ton passt oder nicht. Das Kampffeld der Politik ist kein Pensionat für höhere Töchter, in dem Herr Knigge das Wort führt. Konzessionen im Ton sind Konzessionen in der Sache. Wir werden sehen, wohin der Weg der Gruppe „Internationale“ führt.

Einstweilen liegt bereits ein sehr interessanter Fall vor. In Stockholm tagt demnächst eine Konferenz der Sozialpatrioten aller Länder, die die durch den Krieg in Scherben geschlagene zweite „Internationale“ wieder zusammenkitten soll – wie gesagt wird. In Wirklichkeit soll sie natürlich das Werk fortsetzen, dass die Sozialpatrioten der einzelnen Länder seit Kriegsbeginn offen betrieben haben. Wir brauchen heute keinen kritischen Beitrag zur Politik der Sozialpatrioten mehr zu liefern, ihr Wesen liegt klar vor aller Augen. Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, dass kein Scheidemann, kein Renaudel, kein Henderson imstande ist, die Arbeiterinternationale wieder herzustellen. Jedes Wort darüber ist überflüssig. Nicht ganz so steht es um die Frage, wie wird sich die deutsche Opposition zu der Konferenz der Sozialpatrioten stellen. Man sollte meinen, dass der Fall einfach und klar liege. In dem Manifest von Gotha ist die Rede davon, dass die neue Partei der „Unabhängigen“ die Internationalität der Arbeiterklasse wieder anbahnen wolle im Sinne der Beschlüsse von Zimmerwald und Kienthal. Mit Verlaub, ihr Herren! wisst ihr, was Zimmerwald und Kienthal bedeuten? Sie bedeuteten und bedeuten in alle Ewigkeit den grundsätzlichen Protest gegen den Sozialpatriotismus. Zimmerwald und Kienthal wären sinnlos gewesen, wenn sie dem Internationalen Bureau des Herrn Huysmann auch nur noch die leiseste Spur eines Befugnisses, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, eingeräumt hätten. Sie mieden das trotz aller Differenzen in einzelnen Fragen, trotz der Scheidung in eine Rechte und eine Linke; denn es war das Primitivste, was eine Konferenz der internationalen Opposition überhaupt zu leisten hatte. Was wäre nun die einfachste Konsequenz dieses Bekenntnisses zu Zimmerwald und Kienthal? Dass die deutsche Opposition, die in allen Schattierungen auf jenen Konferenzen vertreten war, die Zusammenkunft der Sozialpatrioten meiden müsste. Unter allen Umständen. Es ist aber schon heute durch die Presse bekannt geworden, dass die Unabhängigen sich durch Haase und Hoffmann vertreten lassen wollen, dass auch ihnen die Pässe bewilligt werden würden. Es wundert niemand, dass die Vertreter des Parteizentrums nach Stockholm gehen, um das Gelöbnis von Kienthal zu brechen und mit dem Ebert und Scheidemann zu verhandeln. Es gibt keinen Wortbruch, den die Haase und Hoffmann politisch nicht begehen könnten, nachdem sie Monate hin durch die Politik des Sozialpatriotismus mitgemacht haben, nachdem sie auch heute noch nicht in der Lage sind, die Sozialpatrioten grundsätzlich zu bekämpfen, nach dem sie erklärt haben, die Sozialdemokratie alten Stiles durch die Partei der Unabhängigen wieder aufleben zu lassen. Wenn sie also jetzt nach Stockholm gehen, so bleiben die Zentrumsleute ihrer historisch gewordenen Prinzipienlosigkeit, der Politik der Phrase nur treu. Sie haben in Gotha gelobt, den Klassenkampf im Sinne des Linksradiكالismus zu führen. Wir fragen: was taten ihre Vertreter im Parlament, das jetzt tagt? Was taten sie gegenüber den Reformvorschlägen in der Wahlrechtsfrage? Was taten sie in der Friedensfrage? Wie dokumentierten sie, dass sie fortan den Klassenkampf im Sinne des Linksradiكالismus führen wollen? Durch nichts, durch das blanke Nichts! Man kann vom politischen Eunuchentum keine politische Produktivität

erwarten. Lassen wir die Zentrumspilger nach Stockholm wallfahrten. Sie haben unseren Segen.

Die Gruppe „Internationale“, die heute nur noch dem Namen, nicht aber dem Wesen nach als selbständige linksradikale Gruppe existiert, geht nicht mit nach Stockholm. Warum nicht? das ist die Frage. Auf der Gothaer Tagung erklärten einige ihrer Vertreter, dass die Gruppe der Arbeitsgemeinschaft beitreten wolle, um die schwankenden Zentrumsgehaltn vorwärtszutreiben. Einstmals blieben die Zentrumsleute aus demselben Grunde bei den Sozialpatrioten. Der Erfolg war, dass sie sich heillos blamierten; denn es fiel den Ebert und Scheidemann gar nicht ein, sich durch einen Haase und Ledebour treiben zu lassen, dazu waren sie viel zu solide gebaut. Später blieben die Vertreter des linken Flügel der Arbeitsgemeinschaft in dieser Fraktion: dieselbe Begründung. Sie schoben nicht, sondern wurden geschoben. Jetzt bleibt die Gruppe „Internationale“ bei der Arbeitsgemeinschaft: dieselbe Begründung. Der Erfolg? Die Teilnahme der Unabhängigen an Stockholm! Wenn aber dieser Grund gelten soll, dann muss die Gruppe „Internationale“ doch erst recht nach Stockholm gehen. Wo anders will sie denn die Zentrumsleute vorwärtstreiben als bei politischen Aktionen?

Warum geht die Gruppe „Internationale“ nicht mit nach Stockholm? Wird ihr allmählich vor ihrer Zentrumsähnlichkeit bange? Glaubt sie, dadurch auch nur einen Teil der Verantwortung loszuwerden von dem, was die Haase und Hoffmann in Stockholm anrichten?

Sie irrt! Sie ist in vollem Umfange mitverantwortlich für alles, was die Partei des Zentrums tut; sie ist verantwortlich dafür durch ihren Zusammenschluss mit ihm. Hält sie sich von der Konferenz fern, um die Haltung der Haase und Hoffmann hinterher umso besser kritisieren zu können?

Sie irrt! Ihre Kritik wird keinen Deut wert sein, denn man kann nicht kritisieren, ohne vorher gekämpft zu haben. Der eigene Kampf ist die beste, die einzig gültige Kritik des Gegners. Warum geht die Gruppe „Internationale“ nicht mit nach Stockholm? Glaubt sie dadurch ihren Gegensatz zum Parteizentrum dokumentieren zu können?

Sie irrt! Die Unabhängigen gehen nach Stockholm, um, wie sie sagen, an Ort und Stelle mit den Ebert und Scheidemann abrechnen zu können. Lassen wir auf sich beruhen, dass die Haase und Ledebour dazu gar nicht imstande sind, dass diese „Abrechnung“ mit einer schmachvollen Niederlage enden muss. Lässt die Gruppe „Internationale“ dieses Argument etwa nicht gelten? Warum nahm sie an den beiden Reichskonferenzen teil? Um mit den Zentrumsleuten abrechnen zu können? Beide Versuche endeten zwar mit einem vollen Misserfolge; aber das Argument war gleichwohl dasselbe, das jetzt die Vertreter der „Unabhängigen“ als Begründung ihrer Teilnahme an Stockholm benutzen. Aus der „Abrechnung“ wurde bislang noch jedes Mal eine höchst kompromissliche und kompromittierende „Verhandlung“, bei der ein Stück nach dem andern von der Selbständigkeit aufgegeben wurde.

Die „Gruppe Internationale“ gehört zur Partei der Unabhängigen. Sie muss deren Aktionen mitmachen, solange sie zu ihr gehört. Will sie eine eigene Politik treiben, so muss sie sich formell von ihr trennen. Tut sie es nicht, so bleibt ihr Fernbleiben von der Stockholmer Konferenz der sozialpatriotischen Internationale nichts als „eine schöne Geste“, wie die Kreditablehnung durch die S. A. G. nichts als „eine schöne Geste“ ist. Es ist die erste Probe aufs Exempel, das in Gotha mit so viel Diplomatie und so wenig Kampfgeist ausgerechnet wurde. Aber schon jetzt ergab die Probe ein großes Minus für die „Gruppe Internationale“. Und es gibt einen ihrer ungenannten Führer, der lauter große Plus aus dem Zusammengehen mit der Arbeitsgemeinschaft herausrechnete. War es nicht so, Genosse Gracchus?

## Keine selbständige Aktion.

Auf der Konferenz in Gotha erklärte die Gruppe „Internationale“ sie werde sich der neuen Partei der Zentrumsopposition zwar anschließen, behalte sich aber ihre Selbständigkeit im Denken und im Handeln vor. Es wurde ihr zwar von vornherein bedeutet, dass, wer zur Frage der Organisation A sage, zur Frage der Disziplin B zu sagen habe und dass für selbständige Gruppen und Aktionen im Rahmen der neuen Partei kein Raum sei. Die Gruppe „Internationale“ kroch gleichwohl auf die Leimrute, mit der die Arbeitsgemeinschaft sie in das Netz der neuen Partei lockte, indem sie ihr das Versprechen gab, von nun ab mit dem Firlelfanz der parlamentarischen Opposition aufzuräumen und den Weg des Kampfes im Sinne des Linksradikalismus zu beschreiten. Die Gruppe „Internationale“ glaubte das den Ledebouristen, oder vielmehr, sie musste es ihnen glauben, wenn sie ihr Ziel, die gemeinsame Schutzorganisation erreichen wollte.

Jetzt steht die Stockholmer Konferenz bevor. Die Unabhängigen nehmen an ihr teil, und die ehemalige Gruppe „Internationale“ ist genötigt, zu der Haltung der Partei Stellung zu nehmen. Sie tut es in einem Leitartikel des „Kampf“ vom 11. Mai. Da der Artikel aus der Feder eines der hervorragendsten Führer der Gruppe „Internationale“ stammt und überdies in ihrem „Zentralorgan“ veröffentlicht wird, so gibt er die offizielle Auffassung des linken Flügels der Unabhängigen wieder. Wir lassen den Artikel im Auszug zur Orientierung unserer Leser an dieser Stelle folgen:

*Zimmerwald, Kienthal, Stockholm?*

Über die Internationale Konferenz, die am 15. Mai in Stockholm zusammentreten soll, lässt sich immer noch nicht klarsehen. Nach einer Zeitungsnachricht soll ihr Zusammentritt sogar auf den 10. Juni verschoben worden sein. Bis diese Zeilen an die Öffentlichkeit gelangen, ist vermutlich Genaueres bekannt. Wir verzichten deshalb darauf, uns in Mutmaßungen über die allgemeine Lage der Dinge zu ergehen, und beschränken uns auf die Erörterung zweier Tatsachen, die einstweilen für die deutsche Partei feststehen.

Zunächst hat sich die deutsche Regierung entschlossen, auch der Unabhängigen Sozialdemokratie Pässe nach Stockholm zu erteilen, um ihnen die Teilnahme an der Konferenz zu ermöglichen. Ferner hat das Aktionskomitee, zusammen mit der deutschen Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion, wie die „Leipziger Volkszeitung“ mitteilt, bereits fünf solcher Delegierten gewählt, nämlich die Genossen Haase, Hoffmann, Bernstein und Kautsky sowie die Genossin Zietz.

Was den Entschluss der Regierung anbetrifft, so ist er flehentlichen Bitten der Mehrheitssozialisten zu danken.

Nicht ganz so einfach liegt die zweite Tatsache: der Beschluss der Unabhängigen Sozialdemokratie, Delegierte nach Stockholm zu entsenden. Wäre damit gesagt, dass sich diese Partei bereit erklärte, mit den deutschen Mehrheitssozialisten an einem Tische zu sitzen und mit ihnen an irgendeiner Kundgebung, sei es für die künstliche Wiederbelebung der Internationale, sei es für die Herbeiführung des Weltfriedens gemeinsam zu arbeiten, so würde es aufs härteste zu verurteilen sein und tatsächlich darauf hinauslaufen, dass sich die Unabhängige Sozialdemokratie von vornherein selbst den Hals abschnitte. So aber kann es nicht gemeint sein, und so ist es unseres Erachtens auch nicht gemeint.

Wir nehmen an, dass die fünf Delegierten das gebundene Mandat haben, sich unter keinen Umständen in irgendwelche Machenschaften mit den Scheidemännern und Konsorten einzulassen. Ihre wirkliche Aufgabe kann nur sein, mit den prinzipientreuen Parteien und Fraktionen der internationalen Sozialdemokratie, die sich in Stockholm vertreten lassen, sich zu verständigen, d. h. um die Sache möglichst klar und unzweideutig auszudrücken, einen tüchtigen Schritt weiter auf dem Wege zu tun, der in Zimmerwald und Kienthal beschrritten

worden ist. Unter dieser Voraussetzung ist die Entsendung einer Delegation nach Stockholm nicht nur zu rechtfertigen, sondern sie ist eine unbedingte Notwendigkeit.

Wenn wir gleichwohl nicht ganz ohne Bedenken sind, so werden diese Bedenken dadurch veranlasst, dass uns die persönliche Zusammensetzung der Delegation nicht sehr glücklich zu sein scheint. Verhältnismäßig stark ist an ihr jene Richtung beteiligt, die in Österreich durch Viktor Adler und in Deutschland durch Karl Kautsky vertreten wird, jene Richtung, die sich noch immer nicht von längst abgetakelten Illusionen frei machen kann und in der komischen Einbildung lebt, durch irgendeine schwammige Resolution, die nicht mehr bedeutet, als eine Fliege an der Wand, die Welt umwälzen zu können. Kautsky gehört ja selbst zur Delegation, und man sollte doch neuen Wein nicht in alte Schläuche füllen, zumal nicht in einen so oft zerborstenen und zerrissenen Schlauch wie die „Neue Zeit“ seit Beginn des Weltkrieges gewesen ist.

Indessen darf man zu der Mehrheit der Delegation ein besseres Zutrauen haben, und wir können uns auch auf unsere russischen Gesinnungsgenossen verlassen, die sich kein X für ein U vormachen lassen werden. Wie die engere Fühlung mit ihnen der Hauptgrund ist, der die Entsendung der deutschen Delegation nach Stockholm rechtfertigt oder notwendig macht, so ist dies Bündnis überhaupt die Schicksalsfrage der Unabhängigen Sozialdemokratie in Deutschland. Nachdem was Tscheidse und andere russische Sozialdemokraten öffentlich erklärt haben, leiden die Forderungen, die sie an die deutsche Sozialdemokratie stellen keineswegs an übermäßiger Bescheidenheit und Zurückhaltung, was wir natürlich nur von ganzem Herzen billigen können.

Sollte die Konferenz gar bis zum 10. Juni verschoben werden, so bliebe auch noch die Möglichkeit – die für den 15. Mai freilich wohl ausgeschlossen wäre – dass die einzelnen Organisationen der Unabhängigen Sozialdemokratie Vertreter nach Stockholm schickten, und es versteht sich, dass es sehr wünschenswert wäre, wenn sich diese Möglichkeit verwirklichen ließe. Man braucht der Internationalen Konferenz in Stockholm nicht mit übermäßigen Erwartungen entgegenzusehen, aber als dritte Etappe auf dem Wege Zimmerwald - Kienthal wäre sie lebhaft zu begrüßen.

Zweierlei ist aus diesem Artikel bemerkenswert: Einmal, dass er dem moralischen Getue der Scheidemänner auch nur eine Sekunde Glauben schenkt. Wenn die Scheidemänner nach Stockholm gehen, so ist es ihnen ganz gewiss gleichgültig, ob sie, als alleinige Bevorzugte gegenüber den Unabhängigen, ein Quäntchen mehr vom Odium der Regierungssozialisten auf sich nehmen oder nicht. Sie fühlen sich durchaus wohl in dieser Rolle und erblicken in ihr die einzige reale Möglichkeit ihrer weiteren Existenz. Welches Interesse die bürgerliche Welt an dem Zustandekommen der Stockholmer Konferenz hat, geht klärllich aus dem Verhalten ihrer Presse hervor.

Noch dieser Tage fiel die „Kölnische Zeitung“ mit erheblichem Gepolter über die englischen Quertreibereien her, die die Beschickung der Konferenz durch die Ententesozialisten zu vereiteln trachten. Ebenso verurteilte sie das Verhalten der äußersten Linken in Russland, die sich weigere, sich mit dem Regierungsagenten Scheidemann an einem Tisch zu setzen. Kurz: wer Augen hat zu sehen, weiß, dass die Stockholmer Konferenz mit einer Vertretung der proletarischen Interessen nicht das Geringste zu tun hat, und dass man das Werk von Zimmerwald und Kienthal mit blutigem Hohn übergießt, wenn man sie mit diesen Konferenzen in einem Atem nennt. Die Scheidemann und Ebert mögen im Hauptausschuss des Reichstages noch so sehr geklagt haben: das war günstigstenfalls Getue. Es ist nicht die Art dieser geriebenen Diplomaten und kühlen Rechner, durch Gefühlsausbrüche zu wirken, und am allerwenigstens geben sie sich der Hoffnung hin, dass sie auf diese Weise auf die Regierung Eindruck machen könnten. Wohl aber kalkultierten sie

richtig, wenn sie sich von ihrem moralischen Erguss eine ihnen sympathische Wirkung auf die Haaseleute versprochen.

Dass aber auch die Gruppe „Internationale“ in einem ihrer besten Vertreter, der in den Fragen der Politik, Parteigeschichte und Diplomatie wie kaum einer bewandert ist, auf die schönen Worte hereinfallen würde, haben sich die Herren wohl kaum träumen lassen. Die Sozialpatrioten waren sich von vornherein darüber klar, wessen Werk sie in Stockholm zu verrichten haben, und es lag ihnen daran, den Kreis von Stockholm so weit wie möglich zu ziehen. Die Regierung wusste, weshalb sie den Vertretern der Unabhängigen zunächst die Pässe verweigerte. Wenn aber die Gruppe „Internationale“ jetzt die Teilnahme der Unabhängigen an der Regierungskonferenz rechtfertigt, so möchten wir einmal wissen, mit welchem Recht sie seinerzeit über Julian Borchardt herfiel, als er dem Werke des Imperialismus durch eine, an der Stockholmer Konferenz gemessen, immerhin harmlose Vorbemerkung zu einem Buche eines Unbekannten seine Unterstützung lieh. Sollte sich die Berliner Leitung der Gruppe „Internationale“ aber über die eigentlichen Zusammenhänge, die zur Stockholmer Konferenz führten, noch nicht im Klaren sein, so bedeutet das im günstigsten Falle, dass sie das ABC des Sozialpatriotismus noch nicht begriffen hat.

Auf derselben Höhe steht die heillose Illusion, an der die Gruppe „Internationale“ seit Beginn ihrer Existenz bis auf diesen Tag leidet: nämlich, dass die Vertreter des Parteizentrums in der Lage wären, dem Sozialismus und damit der Internationale neue Wege zu bahnen. Und es zeugt gewiss nicht von besonderer Tiefe der Auffassung, wenn die Bedenken der Gruppe „Internationale“ gegen die Delegation veranlasst werden durch die „persönliche Zusammensetzung“. Es ist im Grunde herzlich gleichgültig, ob die Delegierten Kautsky, Bernstein, Haase und Hoffmann oder ob sie Ledebour, Herzfeld, Henke und Dittmann heißen; die einen sind nur gewaschen, womit die anderen getrocknet sind. Es bezeugt die Unfähigkeit der Gruppe „Internationale“, den Gegensatz zwischen Parteizentrum und Linksradikalismus grundsätzlich zu erfassen, wenn sie die Frage der Delegation zur Personenfrage macht, und alle Kritik, die die Gruppe „Internationale“ bislang an der Arbeitsgemeinschaft übte, ist keinen Pfifferling wert, wenn sie selbst nicht die praktischen Konsequenzen daraus zu ziehen vermag. Sie wiederholt damit nur das Spiel eines Kautsky gegenüber den Revisionisten und hat nicht die geringste Ursache, sich Kautsky gegenüber auf das hohe Pferd zu setzen und sich über dessen abgetakelten Illusionen und komischen Einbildungen lustig zu machen, und das umso weniger, als sie sich die Hauptarbeit von den russischen Zentrumsleuten um Tscheidse verspricht, die den deutschen Haasen den Nacken steifen sollen. Welch niederschmetternde Kritik der Unabhängigen in dieser Hoffnung auf die russischen Genossen liegt, das scheint der Berliner Leitung der Gruppe Internationale nicht einmal zum Bewusstsein gekommen zu sein.

Wenn aber die Voraussetzung der Gruppe Internationale zutrifft, dass die Unabhängigen in Stockholm sich mit den „prinzipientreuen Parteien und Fraktionen der internationalen Sozialdemokratie“ verständigen wollen, und wenn sie, unter dieser Voraussetzung, die Beteiligung an der Konferenz für eine „unbedingte Notwendigkeit“ hält, so hat sie als nächste die Frage zu beantworten, warum sie dann nicht selbst an der Konferenz teilnimmt. Warum setzt sie ihre Hoffnungen auf die Russen und warum tritt sie in Stockholm nicht selbst für die in ihren Leitsätzen bekundeten Grundsätze des Sozialismus und der Internationale ein? Man darf wohl erwarten, dass sie hierauf noch rechtzeitig eine Antwort erteilt. Einstweilen scheint es, dass hinter den „Bedingungen“ von Gotha, das Recht zu selbständigen Aktionen zu haben, auch nicht einmal der gute Wille gestanden habe. Uns dünkt, die Gelegenheit zu selbständigen Aktionen ist seit der Osterkonferenz schon wiederholt verpasst worden. Oder besteht in diesem Falle die Selbständigkeit darin, dass man sich mit der einen Hand an dem Rockschoß der Unabhängigen festhält und mit der andern hilflos in der Luft herumfuchelt und ruft: ich geh' nicht mit?

Warten wir den Werdegang der Gruppe Internationale ab. Wir können dieser Entwicklung mit einiger Ruhe entgegensehen. Die Zeit eilt mit Riesenschritten vorwärts und was nicht prinzipienfest ist, wird schnell genug überholt. Was aber ist an der Gruppe Internationale prinzipienfest, da sie es mit ihren Leitsätzen vereinbaren konnte, mit dem Parteizentrum eine Partei zu bilden. Und welchen Begriff muss sie von Prinzipienfestigkeit haben, da sie ausgerechnet dem deutschen Parteizentrum zutraut, eine Verständigung mit den prinzipientreuen Parteien und Fraktionen der internationalen Sozialdemokratie anzubahnen; dem deutschen Parteizentrum, dessen Politik von den Renaudels gegen die französische Minderheit ausgeschlachtet wird!

Einstweilen fügen wir dem wiederholten Versagen der Gruppe Internationale die Tatsache hinzu, dass sie eine Konferenz für die Interessen des deutschen Imperialismus mit den Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, die beide sich der heftigsten Verfolgung durch die deutsche Regierung erfreuten, auf eine Stufe stellt, ja, sich von dieser Konferenz der Sozialimperialisten eine Weiterentwicklung des Werkes von Zimmerwald und Kienthal erwartet. Wir werden noch sehen, welche anderen „komischen Einbildungen“ in der Gruppe Internationale zum Leben erwachen werden. Und schließlich werden dann wohl die besseren Elemente der Gruppe von den „abgetakelten Illusionen“ ihrer Führer so weit geheilt sein, dass sie sich auf die Notwendigkeit einer eigenen linksradikalen Partei besinnen werden.

## Die ersten Schritte der Unabhängigen.

Kaum war der Parteitag des Zentrums der ehemaligen deutschen Sozialdemokratie beendet, kaum hat es in der Annahme des neuen Parteinamens und der Schaffung einer selbständigen Parteiorganisation sich „unabhängig“ von den Sozialpatrioten gemacht, schon stellten es die Ereignisse vor die Notwendigkeit zu zeigen, ob es sich wirklich oder nur äußerlich von den Sozialpatrioten unabhängig gemacht hat. Die Probe aufs Exempel fiel vermaledeit schlecht aus.

Man muss sagen: die Sozialpatrioten wie die Linksradikalen wissen, was sie wollen, und sie treten für das ein, was sie wollen.

Was will aber das Zentrum, das als unabhängige Sozialdemokratie seine Zelte aufschlägt, um dem Sozialismus ein Hort zu sein. In der Reichstagskommission wurde dem „unabhängigen“ Abg. Wilhelm Dittmann vorgeworfen, dass er für den Streik agitiert habe. Er verteidigte sich gegen diesen Vorwurf: er habe nur die Forderungen der Arbeiter vertreten, nachdem der Streik ausgebrochen war. Und am 5. Mai erklärte der Abg. Cohn, Vertreter derselben unabhängigen Sozialdemokratie (wir zitieren nach ihrem eigenen Organ, der Leipziger Volkszeitung vom 7. Mai): „Man hat den Beschluss meiner Freunde zum 1. Mai angegriffen. Dieser Beschluss besagte nur, was in ihm stand. Zum Streiken haben wir nicht aufgefordert und nicht auffordern wollen. Hätten wir es gewollt, so hätten wir es auch hier ausgesprochen. Der Streik ist ganz spontan aus der Stimmung der Arbeiter heraus entstanden. Wir wussten von dem Ausbruch des Streiks nicht mehr davon als irgendeiner von ihnen. Wenn aber streikende Arbeiter nach Beginn eines Streiks sich an uns wenden, so vertreten wir die Sache.“

Also sprach der Abgeordnete Cohn. Er sagte die pure Unwahrheit in der Beziehung, dass die „Unabhängigen“ am Streik unschuldig waren. Sie spielten ihm gegenüber nur die Rolle des Rechtsanwalts. Er stiftet niemanden zum Morde an, aber er verteidigt den Mörder, wenn sich dieser an ihn wendet. Dann steckt er das Honorar ein. In diesem Falle war es Popularität bei den Arbeitern. Und er will nicht als Anstifter zum Morde In diesem Falle als Streikhelfer.

Noch einmal kam die unabhängige Sozialdemokratie in die unangenehme Lage, über ihr Verhältnis zu den Streiks zu sprechen. Am 7. Mai stellte der General von Groener im Reichstag die Frage an Ledebour, wie er sich zu den Streikaufrufen stelle. Ledebour wich der



Stellungnahme aus. „Ich lehne es ab, mich in irgendeine Kritik von Flugblättern anderer Personen hier einzulassen, weil alles was ich sage, von General Groener und seinen Gehilfen ausgenutzt werden kann, um irgend anderen Personen einen Nachteil zu bereiten.“ Das ehrt Ledebour als Menschen, aber das ist keine Stellungnahme zum politischen Problem: Trotzdem wissen wir, dass das Zentrum gegen Streiks ist, nur sich nicht enthalten kann, wenn sie ausbrechen, Kapital aus ihnen zu schlagen. Der große russische Satyriker Schtschedrin nannte das: Kapital erwerben, und die Unschuld nicht verlieren. Einfach gesagt, ist das Taktik des politischen Parasitentums.

Vor eine zweite Probe wurde das Zentrum gestellt durch die Stockholmer Konferenz. Sie wird von denselben Scheidemännern organisiert – die Herren Troilsta, Stauning und Huysmann sind nur Kuppler –, von denen sich erst die Ledebour, Haase, Kautsky unabhängig gemacht haben. Ist die Politik der Scheidemänner, ihr Kampf um den Frieden, solcher Art, dass die Spaltung der großen deutschen Sozialdemokratie nötig war, so ist auch die Trennung von ihnen international notwendig. Mit wem ich zu Hause nicht leben kann, mit dem gehe ich doch nicht unter die Linden. Die Unabhängigen sind aber von der einfachsten Logik unabhängig. Nachdem sie die Friedensaktion Scheidemanns als Lug und Trug erklärt haben, wählen sie eine ganze Delegation, um mit den Scheidemännern aller Nationalitäten über den Frieden zu verhandeln. Sie tun es um – wie die Leipziger Volkszeitung vom 3. Mai schreibt – Frieden zu verhandeln. Sie tun es um – „die Mehrheitssozialisten direkt vor die praktische Aufgabe einer internationalen Verständigung zu stellen“. Drei Jahre des Krieges haben sich die Mehrheitssozialisten in dieser Frage verhalten, dass sich selbst Haase und Ledebour mit ihnen nicht verständigen konnten, obwohl sie den besten Willen dazu hatten. Jetzt wollen sie diese Freude den Russen und Franzosen bescheren, von denen keiner sich mit Herrn Scheidemann verständigen will, aber in auchez [?] sich eventuell an den Tisch mit ihm setzen wird, um die Freude zu haben, mit Haase, Kautsky zu verhandeln, die im Auslande unschuldigerweise noch immer als Löwen des proletarischen Sozialismus gelten. So dienen die Zentrumsleute selbst, nachdem sie sich von den Sozialpatrioten nolens volens getrennt haben, als ihre Zutreiber.

Warum? Die Leipziger Volkszeitung plaudert in dem zitierten Artikel das Geheimnis aus: Sie hoffe, dass die Konferenz etwas für den Frieden tun kann, d. h., sie haben noch nicht die Hoffnung auf die Sozialpatrioten verloren. Und damit beweisen sie eben, dass man sich unabhängige Sozialdemokratie nennen kann und immer noch abhängig vom Sozialpatriotismus bleiben kann.

Und damit sind wir bei der letzten Seite der Frage. Der Teil der Linksradiكالen, der sich mit diesem lebendigen Leichnam verbunden hat, die Internationale Gruppe wird durch die Politik der Partei, für die sie mitverantwortlich ist, in eine sonderbare Lage gebracht. Genosse Ledebour kritisiert die Massenstreikflugblätter im Reichstag nur deshalb nicht, weil er dem Staatsanwalt kein Material liefern will. Die Verfasser der Flugblätter müssten aber den Genossen Ledebour und seine Freunde des politischen Parasitentums bezichtigen. Aber das gilt nicht, weil doch Genosse Ledebour, Haase, der Parteivorstand der Partei sind, für die die internationale Gruppe Vertrauen bei den Arbeitermassen erwerben helfen muss. Kuchen! antwortet die internationale Gruppe. Und in ihrem Namen schreibt Genosse Mehring einen Brief an den Arbeiterdelegiertenrat in Petersburg, in dem er die Teilnahme an einer gemeinsamen Konferenz mit den Sozialpatrioten als Schlag gegen die Sache des deutschen Proletariats erklärt. Aber Ledebour, Haase, Kautsky erscheinen doch zum Friedensgastmahl mit Scheidemann in Stockholm. Ja, aber wir sprechen ihnen das Recht ab, uns zu repräsentieren, erklärt Genosse Mehring im zitierten Schreiben. Das ist sehr gut, und es freut uns sehr, dass sich die tapfere Internationale Gruppe – wir erkennen ihre große Rührigkeit und politische Tapferkeit trotz aller Differenzen rückhaltlos an – von den Zentrumsleuten nicht vertreten lassen will. Aber sie vertreten sie doch, sie sind der Vorstand der Partei, der

Genosse Mehring und seine Freunde freiwillig beigetreten sind. Mehring schreibt in seinem Briefe, die Teilnahme an den gemeinsamen Konferenzen mit den deutschen Sozialpatrioten müsse verwirrend auf den denkenden Arbeiter wirken. Aber wie wirkt, fragen wir, die Angehörigkeit Linksradikaler zu einer Partei, die sich dieser Verwirrung schuldig macht? Das wird die nächste Zeit lehren. Sie wird zeigen, dass, wenn sich revolutionäre Sozialdemokraten mit grundsatzlosen Opportunisten vereinigen, die zwischen Rechts und Links schwanken, die revolutionären Sozialdemokraten Haare lassen oder schnell das Bündnis auflösen müssen. In beiden Fällen leidet die Arbeiterbewegung. Sie wird verwirrt und geschwächt. Und dazu beigetragen zu haben, ist die große Sünde der Internationalen Gruppe.

## Der Sozialismus als Ware.

1

Von Dr. Oscar Blum (Bern).

(Schluss.)

5.

Dies in großen Zügen die Entwicklung des Sozialismus in den letzten Jahrzehnten. Sie ist notwendig und nur in dieser ihrer Notwendigkeit zu begreifen. Nichts ist billiger, als sie ablehnen zu wollen, ihre Wirkungen vom Standpunkte der absoluten Vollkommenheit zu verneinen. Aber eine derartige steife Verneinung würde dem Verhalten einiger Moralisten zur modernen Entwicklung überhaupt gleichen. Es genügt die Namen von *William Morris* oder *Thomas Carlyle* zu nennen, um diese ganze Betrachtungsweise der Dinge zu kennzeichnen. Es war eine abstrakte, blutleere Manier, die Wirklichkeit einfach zu verleugnen, ohne auf sie weiter einzugehen, ohne ihre Triebkräfte verstehen zu wollen. Man weigerte sich, sie „anzunehmen“ – und kümmerte sich nicht mehr um sie. Es war die erste, ungeschlachte Auflehnung des Geistes gegen die Ware, den ersten Aufständen der Arbeit gegen das Kapital, vergleichbar die sich in der Zertrümmerung von Maschinen kundgab. Auch jene Generation prophetischer Besserwoller merkte den Teufel, wusste aber nicht, wie man ihn loswerden kann, und sagten deshalb zu allen seinen Anfechtungen: Hebe dich hinweg, Satan! Aber im Reiche der Geschichte heißt es nicht verneinen, sondern widerlegen, nicht, sich auflehnen, sondern sich aufheben, wie der tiefe und sinnreiche Ausdruck *Hegels* lautet. Nur jene Kraft kann das Schlechte vom Guten scheiden und unterscheiden, die seine Wesenseinheit mit dem Guten erkannt und begriffen hat, dass nur durch diese innere Verwandtschaft die Möglichkeit gegeben ist, dem Bösen das Handwerk zu legen.

So ist man auch gegen einige Abarten des modernen Sozialismus oft ins Feld gezogen, ohne ihre Daseinsberechtigung tiefer zu erfassen. Und man begnügte sich deshalb mit nackter Prinzipienreiterei. Man kämpfte gegen Worte dort, wo man die Sache angreifen musste, und schob die Schuld dem Denken in die Schuhe dort, wo das Sein der eigentliche Übeltäter war.

Aber das Sein hat für die üblen Taten, die es vollbringt, sogleich auch das Gegengift bei der Hand. Und so muss dann anstatt einer unfruchtbaren Debatte über die rein theoretischen Verfehlungen des heutigen Sozialismus gefragt werden: Worin mündet jene Entwicklung, die ihn als eine Ware auf den Markt geworfen hat?

Die Idee ist eine gar merkwürdige Ware. Man kauft und verkauft sie; man beginnt mit ihr ganz rentable Geschäfte zu machen –, bis man plötzlich merkt, dass man ein ganz anderes Ding als zuvor in den Händen hat. Manchem ergeht es hierbei wie dem biedern Bauersmann, der ein feuriges Ross zu kaufen glaubte, dieweilen er eine armselige Schindmähre nach Hause brachte. Denn auf der Jagd nach dem Tauschwert verliert die Idee ihren Gebrauchswert. Es ist dieselbe Dialektik der sozialen Verhältnisse, die die japanischen Mädchen veranlasst, durch außerehelichen Geschlechtsverkehr sich die zur Gründung des ehelichen Glücks notwendigen

Mittel zu verschaffen. Auch die Idee wird auf dem Markte zum Allerweltsmädchen, verliert ihre ursprüngliche Frische und vergisst ihren Daseinszweck.

Wenn das überhaupt von Ideen, die Waren geworden sind, gilt, um wieviel mehr vom Sozialismus, der doch unter den Waren eine ganz eigenartige Idee ist. Er verneint ja die ganze, auf den Warenverkehr gegründete Gesellschaftsordnung, und will eben den Warencharakter der Güter aufheben. Man kann sich also leicht vorstellen, welche Opfer er bringen muss, um auf dem Markte zur Geltung zu kommen. Auf dem Gipfel des Ruhmes wird er sich dann ihrer Unverhältnismäßigkeit bewusst, und gerade das, was ihm ursprünglich die Gunst der Abnehmer erwarb, beginnt ihm schließlich zu mangeln: sein eigenartiger Charakter, der ihn von den Konkurrenzideen deutlich abhob. So schlägt denn auch seine Beliebtheit in ihr Gegenteil um. Alle, die in ihm seine Eigenart schätzten, drohen sich von ihm abzuwenden; und in demselben Augenblick, in dem er den Markt endgültig erobert zu haben scheint, will ihm dieser entweichen. Dagegen gibt es nur eine einzige Rettung: Zu jenem alten Geschäftsverfahren zurückzukehren, durch das er groß und beliebt geworden ist.

Diese Erkenntnis wird auch nicht auf sich warten lassen. Schon befinden wir uns, wie es scheint, in ihrem Zeichen. Und es ist wahrhaftig die höchste Zeit. Denn auch dort, wo Ideen als Waren auftreten, darf man nicht mit dem Strome treiben. Es kann sonst zum Zusammenbruch kommen. Aber zum Glück unterscheiden sich lebensfähige Ideen von totgeborenen dadurch, dass ihr Gebrauchswert stets den Sieg über ihren Tauschwert davontragen muss. Der Sozialismus als Ware sah sich genötigt, den Kreislauf der Marktgesetze durchzumachen. Und dieselben Gesetze werden ihn zwingen, wieder die nämliche Flagge zu hissen, die ihm einstmals die Welt eroberte.

## Partei und Klassenkampf.

Die Gründung der Partei der Unabhängigen Sozialisten Deutschlands rückt die Frage wieder in den Vordergrund, in welcher Weise eine sozialistische Partei dem proletarischen Klassenkampf zu dienen hat. Alle sozialistischen Parteien waren Organe des Klassenkampfes; aber sie waren es in sehr verschiedener Weise. Denn die Formen des Klassenkampfes richten sich durchaus nach der allgemeinen Entwicklung, die die bürgerliche Gesellschaft einerseits, die Arbeiterklasse andererseits einschlägt. Die Revolten und Putsche der noch unentwickelten englischen Arbeiterklasse waren ebenso Äußerungen des Klassenkampfes, wie die Partei- und Parlamentsdiplomatie der hochorganisierten deutschen Arbeiterschaft. Es versteht sich, dass das Wort Klassenkampf je nach dem Stande der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung einen anderen Inhalt erhält. Sache der führenden Elemente ist es, diesen Inhalt so früh wie möglich zu erkennen, ihn zu propagieren und seine Richtigkeit in der Praxis zu erhärten.

Dass die alten proletarischen Kampfmittel der gewerkschaftlichen und parlamentarischen Reformarbeit dem Stande der imperialistischen Entwicklung nicht mehr entsprechen, ist nun oft genug erörtert worden. Der Imperialismus selbst bedient sich eben jetzt einer Kampfform zum Durchsetzen seiner Interessen, die der Arbeiterklasse weit die Augen öffnen müsste über ihre eigenen Aufgaben. Was anders ist dieser Weltkrieg als eine Massenaktion in den gewaltigsten Dimensionen? Er stellt die höchste Stufe der Entwicklung dar, auf der der Imperialismus sich behaupten kann, und er beweist schon heute, dass er dem Imperialismus und dem Kapitalismus keine neue Entwicklungsmöglichkeiten erobern kann. Sein Ergebnis ist schon heute die Schürzung neuer, gewaltiger weltpolitischer Verwicklungen, die Anbahnung ökonomischer und finanztechnischer Krisen, die Verschärfung der Klassengegensätze. Nirgends aber zeigt er den Weg zur Entwicklung des Kapitalismus, zur Erhöhung der Produktivität. Ganz im Gegenteil: Nach dem Krieg wird ein weitaus größerer Teil der Industrie noch in den Dienst der Rüstungen gestellt werden. Die Landwirtschaft wird auf die Möglichkeiten und Schwierigkeiten eines kommenden Krieges eingestellt werden; die

geistige und körperliche Ausbildung der Bevölkerung wird vom Gesichtspunkt höchster Wehrhaftmachung aus orientiert sein. Mit einem Wort: nicht die Produktivität, sondern die Unproduktivität wird nach dem Kriege triumphieren. Und diese Erscheinung wird durchaus international sein. Das aber bedeutet, dass der Kapitalismus in den entwickelten Ländern keiner Steigerung mehr fähig, dass er reif für den Sozialismus ist.

Angesichts dieser Tatsache, die übrigens vor dem Kriege selbst von Kautsky anerkannt wurde, besteht die Hauptfrage: welche Aufgabe hat die Arbeiterklasse zu erfüllen, um ihr Ziel, den Sozialismus, zu erreichen? Welche Aufgaben fallen insbesondere der politischen Vertretung der Arbeiterklasse zu?

Dass die neue Partei der Unabhängigen eine bloße Kopie der Sozialdemokratie ist, eine Kopie, die sich nur in der komischen Gespreiztheit, mit der sie die Interessen des Proletariats zu vertreten vorgibt, von der alten Partei unterscheidet, ist vom Augenblick ihrer Geburt an klar gewesen. Sie ist im Wesentlichen schon heute eine Versorgungsanstalt für verkrachte Parteiexistenzen. Dass ihnen die Wirkung ihres Tuns am Ende nicht zum Bewusstsein kommt, beweist höchstens den totalen politischen Kretinismus, dem diese Vertreter der Arbeiterklasse durch ihre langjährige parlamentarische Praxis verfallen sind. Wir reden zunächst gar nicht von der beabsichtigten Teilnahme der U. S. D. an der Stockholmer Konferenz. Wer heute einem Haase und Hoffmann noch glauben kann, dass sie mit den Sozialpatrioten abrechnen wollten und könnten, wem nicht klar ist, dass es für die Ebert und Scheidemann ein Kinderspiel ist, die ganze Haaseatschaft in zwei Minuten ob ihrer politischen Haltlosigkeit in die Pfanne zu hauen, den mag man seinen kindlichen Glauben neiden, politisch wird ihn niemand ernst nehmen.

Wir wollen einen Augenblick daran erinnern, dass die U. S. D. zu Gotha schwor, von nun an und heute ab einen unentwegten Klassenkampf zu führen. Sie ging hin und ließ eine zaghafte Fünfzeilenkundgebung zum 1. Mai los. Als aber der General Gröner die Stellung der Regierung zu den Streiks bekannt gab, und als er dabei insbesondere der Tätigkeit des Herrn Dittmann gedachte, da bot sich in einer der nächsten Kommissionssitzungen der Welt ein Bild von wahrhaft grotesker Komik dar. Herr Dittmann, durch seine Reden zur Zensur, zum Belagerungszustand, zur Schutzhaft und anderen schönen Dingen, immerhin als einer der Besten im hohen Rat der Achtzehn bekannt, erklärte feierlich, dass weder die U. S. D. im Ganzen, noch er, Herr Dittmann, im Besonderen mit der Streikgeschichte in irgendwelcher Beziehung stünde, dass er und seine Brüder also unschuldig daran seien.

Das ist ein lustiges Stückchen. Und es ist doppelt lustig, weil Herr Dittmann sein pater peccavi mit soviel Inbrust und innerer Überzeugung hersagte. Was ist komischer als ein Esel, der sich einbildet, durch sein I-a immer wieder betonen zu müssen, dass er auch wirklich und ganz zuverlässig ein Esel ist! Monostatos, der Mohr aus der berühmten Zauberoper fällt vor dem weißen Sarastro auf die Knie: Herr, ich bin unschuldig! aber er zuckte wirklich seinen Dolch gegen die schöne Pemina, in seiner schwarzen Seele waren wirklich schwarze Gedanken. Aber Herr Dittmann beteuerte seine Unschuld, nachdem er nicht einmal den leisesten Versuch einer dunklen Tat gemacht hatte. Wie konnte er in solchem Verdacht kommen! Aber was kann man von der U. S. D. verlangen?

Ist die U. S. D. eine Partei des proletarischen Klassenkampfes? Sie ist, was die S. A. G. vom ersten Augenblick ihres Daseins war, eine Verhöhnung des proletarischen Klassenkampfes. Sie ist, wie die Sozialdemokratie alten Stiles, der wandelnde Gegensatz zwischen Worten und Taten. Was sagt die weiland Gruppe „Internationale“ zu dieser heldenhaften Stellung der U. S. D. in ihrer ersten Feuerprobe? Soweit wir bis heute sehen – nichts.

Arbeiterpolitik 21/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 26. Mai 1917.

Nr. 21

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Die russische Revolution und die Internationale.

Der Plan der Sozialpatrioten, unter der Flagge einer sozialistischen Konferenz die Friedensverhandlungen der Regierungen anzubahnen, ist aller Wahrscheinlichkeit nach gescheitert. Die Regierungen Frankreichs und Englands, deren imperialistischen Bestrebungen der russischen Revolution Zügel anzulegen drohten, will noch das Kriegsglück weiter versuchen. Die Sozialpatrioten der Entente dürfen also ihren Gesinnungsgenossen noch keine Amnestie erteilen. Renaudel darf sich noch nicht an einen Tisch mit Scheidemann setzen. Trotz aller Angst vor den proletarischen Acheron ist die kapitalistische Welt nicht imstande, die Kräfte, die sie entfesselt hatte, zu bannen. Und die Sozialpatrioten, die nichts anderes sind als ein Schatten der kapitalistischen Regierungen, widerspiegeln diese Ohnmacht. Aber nicht nur an dieser Klippe scheiterte das Unternehmen der Sozialpatrioten. Und so ist es nur selbstverständlich, dass die Elemente, die während des Krieges für keinen Augenblick den Klassenkampf aufgegeben haben, die, abhold allen Phrasen, die Friedensfrage als das auffassen, was sie wirklich ist, von vornherein es ablehnen, mit Regierungsagenten für den Frieden zu wirken.

Die russischen Bolschewiks, diese Avantgarde der russischen Revolution, haben auf das Bestimmteste erklärt, dass sie mit den Sozialpatrioten nichts zu tun haben wollen. Die Gruppe Internationale in Deutschland erklärt dasselbe in ihrem Organ, dem Duisburger „Kampf“, wie in einem offenem Schreiben des Genossen Mehring an den Vorsitzenden des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates Tscheidse. Damit sind rücksichtslos die holländischen Marxisten, wie die eben in Stockholm angelangten Vertreter der bulgarischen radikalen Sozialdemokratie, der sogen. „Engherzigen“, einverstanden. Das würden schließlich die sozialpatriotischen Macher verschmerzen.

Da sie an keinen Kampf für den Frieden denken, wäre es ihnen sehr angenehm, wenn die vorwärts drängenden Elemente außerhalb der Scheininternationale bleiben würden. Sie spekulieren nur auf die unentschiedenen Elemente, die sich um Tscheidse in Russland und um Longuet in Frankreich gruppieren, die zwischen dem Internationalismus und Nationalismus schwanken. Diese Elemente besitzen einerseits Vertrauen bei den Arbeitermassen andererseits aber sind sie noch geistig mit dem Sozialpatriotismus in diesem Grade verbunden, dass ein Kompromiss mit ihnen das Ansehen der Scheidemänner nur erhöhen würde. Und würde ein Kompromiss mit Longuet und Tscheidse zustandekommen,

so würde sein Resultat ein Druck großer Volksmassen in Russland und Frankreich auf die Ententeregierungen sein. So war die Situation, als der Petersburger Arbeiter und Delegiertenrat beschloss, die Einberufung der internationalen Konferenz in die eigenen Hände zu nehmen.

Der Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenrat ist seiner Zusammensetzung nach (er besteht in seiner Mehrheit aus kleinbürgerlichen Elementen, Soldaten) keine bewusste internationale Kraft: nicht nur haben die Sozialpatrioten vom Schlage Plechanow auf seine Beschlüsse einen großen Einfluss, sondern die Mehrzahl seiner Soldaten- und Arbeitermitglieder ist bewusst sozialpatriotisch gesinnt. Sie unterstützen die imperialistische Regierung Gutschkows in der heiligen Überzeugung, dass sie die russische Revolution dadurch verteidigen. Aber dieselbe sozialpatriotische Mehrheit stellt eine sich in revolutionären Bewegung befindende Volksmasse, eine Volksmasse, die instinktiv fühlt, was den einzigen wirklichen Schutzwall der russischen Revolution in Europa bilden kann.

Mögen die Führer der russischen Opportunisten in der „Rabotschaja Gazieta“ beweisen, dass es bolschewikische Sektiererei sei, die Mehrheit der organisierten Arbeiter Europas aus der Internationale auszuschließen, die die Revolution in Russland gemacht haben können, ihre Hand den Scheidemanns, Renaudels und Hendersons nicht zu reichen. Es handelt sich nicht einmal darum, ob die Sozialpatrioten zur Konferenz zugelassen werden, wogegen die entschiedene Linke aufs energischste kämpfen wird.

Mit Friedensphrasen wird sich die von den Vertretern der russischen Revolution geleitete Konferenz nicht abspesen lassen, und wer zu ihr kommen würde mit dem Plan, sie für den Zweck einer der imperialistischen Koalitionen einzufangen, der wird unverrichteter Sache nach Hause zurückkehren.

Sollten die Sozialpatrioten versuchen, im Gegensatz zu der Konferenz, die von Petersburg aus organisiert wird, eine eigene zu organisieren, sie würden von vornerein ihre Ohnmacht den Regierungen beweisen. Kommen sie aber zur Konferenz der russischen Revolutionäre, so endet ihr Canossagang mit demselben kläglichen Resultat. Die Zentrumselemente der Internationale haben jetzt die Wahl.

## Die Ursachen der Teuerung

Langsam hat sich das Volk an die Tatsache der Lebensmittelteuerung gewöhnt. Es ist dagegen abgestumpft, wie es gegen vieles andere abgestumpft ist. Dennoch scheint uns doch die Frage nach den Ursachen der Teuerung wichtig zu sein, zumal damit ein tiefer Blick in die „Kriegswirtschaft“ getan werden kann.

Stellt man an Herrn Scheidemann etwa unsere Frage, so erhält man die Antwort: England mit seiner schamlosen Aushungerungspolitik, das ist der Schuldige. Von einer tieferen Kenntnis der wirtschaftlichen Vorgänge zeugt diese Erklärung gewiss nicht. Die müssen näher untersucht werden, wenn man zu einer bindenden Antwort kommen will, die oberflächliche Redensarten nicht geben können.

Eine der auffälligsten Erscheinungen unseres Wirtschaftslebens ist die Ersetzung der klingenden Münze – durch das Papiergeld. Das Gold ist aus dem Marktverkehr herausgezogen, der dafür von einer Menge Papiergeld überschwemmt wurde. In der Wirtschaft spielt das Papiergeld nun eine eigenartige und bedeutungsvolle Rolle. Geld ist in der entwickelten kapitalistischen Wirtschaftsordnung der Vermittler des Tauschverkehrs. Die Produzenten tauschen ihre Produkte nicht unmittelbar aus, um ihren Bedarf zu befriedigen, also der Landwirt nicht eine Tonne Getreide gegen die Maschine des Maschinenbauers. – Vielmehr kommen Brot und Getreide erst dann an die Stelle ihres Verbrauchs, wenn sie Objekt

einer Reihe ganz selbständiger Kaufhandlungen gewesen sind. Das Getreide wird nicht gegen die Maschine, sondern gegen Geld ausgetauscht. Da immer nur Gleichwertiges gegeneinander ausgetauscht werden kann, so muss das Geld (Gold) auch in Wirklichkeit so viel wert sein als das Getreide, d. h. es muss zu seiner Herstellung dieselbe Arbeitszeit notwendig gewesen sein. Gold ist nur insofern Wertmaß, als es eine bestimmte Summe genommener Arbeitszeit darstellt. Bis zu einem gewissen Grade kann das Gold freilich durch ein bloßes Wertzeichen ersetzt werden, nämlich zu dem Mindestmaße, zu dem Geld erfahrungsgemäß regelmäßig den Zirkulationsprozess der Waren ermittelt. In diesem Umfange treten die Waren einander selbst als Wertmesser gegenüber, und das Geld übt nur die Funktion des Zirkulationsmittel aus. Insoweit also ist es möglich, vollwertiges Geld (Gold) durch unterwertiges Metallgeld oder Papiergeld zu ersetzen. Darüber hinaus aber und besonders zur Ausgleichung der internationalen Zahlungsverpflichtungen ist das vollwertige Geld notwendig.

Ist das vollwertige Geld jederzeit verfügbar, so sorgt der Zirkulationsprozess selbst dafür, dass das Papiergeld nur in der Höhe der notwendigen Zirkulationsmittel umläuft. Die Ausgabestelle, bei uns die Reichsbank, ist verpflichtet, jede Note gegen bare Zahlung einzulösen. Deshalb fließt alles überflüssige Papiergeld an die Bank zurück, um bei starkem Zahlungsverkehr wieder aus der Bank herauszugehen. Der Verkehr regelt sich also selbst.

Anders aber im Kriege. Wie sich seit Kriegsbeginn die Verhältnisse auf dem Geldmarkte gestaltet haben, hat Julian Burchardt in einer ausgezeichneten Schrift<sup>41</sup> geschildert, welche die Grundlage für das Folgende bildet. Zur wirtschaftlichen Schlagfertigkeit des kriegsführenden Staates ist es nötig, dass er jederzeit über eine große Summe harten Goldes verfügt, das Gold, das also zu jeder kritischen Zeit seine Überzeugungskraft bewahrt. Zu diesem Zwecke wurde die Goldausfuhr verboten, und es wurde angestrebt, das gesamte deutsche Goldgeld in der Reichsbank aufzuschätzen. Der Goldschatz der Reichsbank stieg von etwa 1300 Millionen Mk. vor Kriegsausbruch bis zum 7. April 1917 auf 2532 Millionen Mk. Um dieses Resultat zu erreichen, wurde die Bestimmung aufgehoben, wonach die Reichsbank verpflichtet ist, ihre Noten in Gold einzulösen. So ist das Gold aus dem Verkehr herausgezogen worden. Stattdessen hat die Notenpresse gearbeitet und Milliarden von Banknoten in den Zirkulationsprozess hineingepresst. So stieg in der obengenannten Zeit der Betrag der umlaufenden Reichsbanknoten von 2400 Millionen Mk. auf über 8558 Millionen Mk. Um die Differenz ist das deutsche Volk scheinbar im Laufe des Krieges reicher geworden. Aber jetzt zeigt sich, dass dieses Geld wirklich nur Papier ist und keinen hand- und standfesten Wert darstellt. In der Friedenszeit war das Papiergeld wirklich der Stellvertreter des Goldes und in der Vermittlung der Warenzirkulation hatte es seine Funktion und seinen Wert, weil jederzeit das harte Gold an seine Stelle treten konnte. Jetzt aber ist kein Gold im Verkehr und nun treibt das Papiergeld sein eigenes ungebändigtes Leben.

Papiergeld hat keinen wirklichen Wert, es dient nur als Zirkulationsmittel. Der Verkehr nimmt unter normalen Verhältnissen immer gerade so viel Papiergeld auf, als Geld für die Zirkulation nötig wäre. Wächst die umgesetzte Warenmenge bei gleichbleibender Umsatzgeschwindigkeit, so nimmt der Markt mehr Papiergeld auf, das er wieder ausscheidet, wenn die Warenmenge zurückgeht. Was geschieht nun aber, wenn dieser Rückfluss des Papiers und seine Wiederverkörperung in Gold verhindert wird? Dann muss das gesamte Papiergeld durch die Zirkulation hindurch, trotz aller Schwankungen der Warenmenge und Umlaufgeschwindigkeit. Da der Wert des Papiergeldes nur reflektiert, der Wert der

---

<sup>41</sup> Julian Borchardt. Woher kommt das Geld zum Kriege? Verlag der Leipziger Buchdruckerei A.-G. Preis 60 Pfg.

Warenmenge aber bestimmt ist durch die für sie notwendig gewesene Arbeitszeit, so muss sich der Wert des Papiergeldes, dem Warenwert anpassen.

Steigt der Warenwert, so stellt das Papiergeld auch einen höheren Wert dar und umgekehrt. Ändert sich die Menge des Papiergeldes, so ändert sich aber durchaus nicht sein Gesamtwert, der vielmehr immer noch durch die Warenmenge bestimmt wird; es ändert sich nur der Wert der einzelnen Note. Würde z. B. für die Zirkulation einer bestimmten Warenmenge 1 Milliarde Mk. in Gold nötig sein, so würde bei Ausschluss des Geldverkehrs das Papiergeld auch den Wert von 1 Milliarde Mark repräsentieren, einerlei ob es auf 1 Milliarde, oder eine halbe oder 2 Milliarden lautet. Werden also wie jetzt während des Krieges Milliarden von Banknoten in den Verkehr hineingepresst, die nur zum Teil einen Ersatz des früher umlaufenden Geldes bilden, so muss der Wert jeder einzelnen Banknote fallen. Freilich zeigt sich das nicht deutlich für die oberflächliche Betrachtung. Da nämlich der Note ein bestimmter Preis aufgedrückt ist, so muss sich jetzt der Preis der Waren zur Anpassung an die Papiermenge bequemen. Die Warenpreise steigen, und umso mehr, je schneller die Notenpresse gegenüber der Warenproduktion arbeitet. Dass dagegen der Wert des Geldes tatsächlich gesunken ist, zeigt sich sofort, wenn man die Reichsgrenze überschreitet. In der Schweiz z. B. würde deutsches Goldgeld noch zum alten Preise angenommen werden, während man tatsächlich für einen Schweizer Franken statt 0.80 Mk. im Kriege 1 Mk. bis 1.20 Mk. bezahlen musste. Das ist eine Entwertung des deutschen Papier- und Silbergeldes bis zu 40 Prozent, was vielleicht mit der Verteuerung der Waren in ihrer Gesamtheit übereinstimmen dürfte.

Hier zeigt sich die Grundursache der Warenverteuerung. Alles andere, wie die Verteuerung der Lebensmittel durch die Seesperre, kommt nur als Verschärfung der Situation in Betracht. Was aber folgt weiter daraus? Die Löhne sind im Großen und Ganzen dieselben geblieben wie vor dem Kriege. Nur ganz gering ist die Steigerung, oder sie ist erreicht worden durch eine starke Ausdehnung des Arbeitstages. Dieser Lohn aber wird in dem entwerteten Gelde ausgezahlt. Die Arbeitskraft wird erheblich unter ihrem Werte bezahlt. Der Burgfrieden und die anderen Hindernisse stehen einer Geltendmachung der wirtschaftlichen Machtfaktoren im Wege, deren Ringen erst Lohnhöhe und Wert der Arbeitskraft zum Ausgleich bringt. Das Kapital eignet sich deshalb einen bedeutend höheren Teil des Mehrproduktes an, als der Mehrwert beträgt. Das ist die Quelle der großen Gewinnsteigerung während des Krieges. Hier zeigt sich deutlich, was für jede oberflächliche Betrachtung verschleiert bleiben muss, dass diese Gewinnsteigerung nicht auf irgendwelche geheimnisvollen Kräfte, die man als wunderbare Gestaltung des Wirtschaftslebens während des Krieges preist, zurückzuführen ist, sondern ganz natürlich auf eine stärkere Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft.

Das also sind die Folgen der Papierwährung und ihrer Verweisung. Wie aber kam das Reich zu einer solchen Finanzpolitik, die so schwere Folgen für die Arbeiter, Angestellten usw. nach sich zog? Zunächst brauchte das Reich Geld, um Kriegsmaterial und Nahrungsmittel für das Heer ankaufen zu können. Da es dieses Geld nicht sofort durch Anleihen erhalten konnte, gab es durch die Reichsbank, die es wieder mit Wechseln befriedigte, Noten heraus, in den ersten 14 Tagen für 2 Milliarden Mk. Das geschah in der Erwartung, die Wechsel später durch den Ertrag der Anleihe einlösen zu können, was auch ganz nach Wunsch ging. Da traten nun die großen Profitmöglichkeiten wegen der Entwertung der Arbeitskraft, die vielleicht schon weitschauend von den einsichtsvollen Finanzpolitikern vorausgesehen waren, in die Erscheinung. Damit aber bekam die zunächst durch den Kriegsausbruch eingeschüchterte Unternehmungslust einen gewaltigen Antrieb. Die Industrie blühte auf und bekam so frische gesunde Backen, wie kaum zuvor. Der in ihr produzierte Gewinn aber lieferte zugleich die weiteren Anleihen, wie die stark angespannte Industrie dem Reiche das Kriegsmaterial



lieferte, das es durch die Anleihen erwerben wollte. Das macht deutlich, woher das Geld für die Anleihen stammte: aus der erhöhten Mehrwertrate, der stärkeren Ausbeutung der Arbeitskraft. überhaupt der Krieg geführt wird mit dem Menschen im Felde und den Erzeugnissen der Arbeit zu Hause.

Auch hier spielt das Geld nur die Rolle des Vermittlers der Zirkulation. In der kapitalistischen Wirtschafts-anarchie ist es eben nicht möglich, ohne Umschweife die wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu erfüllen. Der Heilige Geist des Kapitalismus, das Geld, muss erst den Wirtschaftskörper beleben. Durch seine spirituellen Erscheinungsformen umkleidet das Geld zugleich die Dinge mit einem überirdischen Schein, der über ihre harten, grausam strengen Züge hinwegtäuscht. Freilich, der Heiligenschein selber ist nicht billig. Vielleicht ist es denkbar, dass auch eine sozialistische Gesellschaft in so große Schwierigkeiten kommen könnte, wie jetzt die Staaten im Kriege. Auch dann müsste die Gesellschaft bei höchster Anspannung der Produktivkräfte ihren Angehörigen schwere Entbehrungen auferlegen. Aber nach Überwindung dieser Notlage hätte die Gesellschaft allein noch die Verheerungen an der Gesundheit des Volkes und der wirtschaftlichen Kräfte zu tragen. Unterm Kapitalismus kommt ein Sorgenerbe hinzu. Die Kapitalisten sichern sich einen Teil des künftigen Mehrwerts schon jetzt in Gestalt einer Rente, die das gesamte Volk zu tragen hat. Der Kreislauf der Banknote Reich-Produzent-Kapitalist-Reich, der nötig ist, wenn das Reich zu seinem Kriegsmaterial kommen soll, lässt die Anleihen beängstigend wachsen. Schon jetzt wird damit der Zukunft eine Rentenlast von etwa 3 Milliarden Mk. jährlich aufgepackt. Zugleich wirkt die Papiergeldwirtschaft in der geschilderten Weise nach dem Kriege fort. Schließlich dürfte das Reich noch in außerordentliche Schwierigkeiten kommen, wenn es nach dem Kriege gezwungen sein wird, der jetzigen nur gering verbrämten Papierwährung zur Goldwährung zurückzugehen. Wenn Borchardt mit den bürgerlichen Ökonomen betont, dass unsere heutige Papierwirtschaft vom Gesichtspunkte des Kapitalisten aus nicht ungesund sei, weil das Papiergeld in dem großen Goldschatz eine angemessene Deckung habe, so täuscht er sich über das Wesen des Papiergeldes. Wie Hilferding überzeugend nachgewiesen hat, ist die Golddeckung sowohl im Guten wie im Schlimmen ohne Belang für den Wert des Papiergeldes. Eine gewisse Deckung ist nur aus banktechnischen Gründen notwendig. Es wird noch zu erproben sein, ob die Wirtschaft die Rückkehr zur Goldwährung ohne ernste Gefährdung übersteht.

W. Meppen.

## Zur Gothaer Allianz.

Seit der katastrophalen Gothaer Allianz, die statt reinliche Scheidung zu bringen den Sumpf fordert, wird uns immer gesagt, zwischen Arbeitsgemeinschaft und Scheidemännlein sei ein Unterschied! Da die Spartakusanhänger diesem Glauben leben, so möchten wir hier gegen sie das Urteil eines *bürgerlichen* Politikers zitieren. Ein Urteil, das *vor* dem Kriege im Jahre 1912 von *Franz Pfemfert*, dem Herausgeber der Berliner Wochenschrift „Die Aktion“, in einem Leitartikel, Heft 18 vom 1. Mai, ausgesprochen wurde. Streicht man die „Bremer Bürger-Zeitung“ aus dem Artikel, dann ist er heute noch vollgültig, und er würde es bleiben, wenn die Arbeiter den Leuten um Haase weiter die Geschicke anvertrauen. Der Artikel lautet:

*Die Haaseaten.* Der sozialdemokratische Parlamentsredner Haase ist unter die Radikalen seiner Partei ungefähr der Gipfel. Kein Bebel; kein hinreißender, selbständiger Geist; keine aufragende Persönlichkeit; eher ein Temperament aus politischer Unklarheit; eher ein Charakter aus Eigensinn. Innerhalb der Fortschrittlichen Volkspartei hätte dieser Königsberger Advokat vielleicht mühelos den Radikalismus eines Müller-Meinigen produzieren können; zum sozialistischen Revolutionär, den er jetzt agiert, fehlt ihm beinahe

alles. Man muss Herrn Haase erlebt haben, wenn er auf Parteitag die starre Unentwegtheit marxistischer Orthodoxie gegen revisionistische Diplomatenkünste verteidigte, wenn er mit stotternden Gesten und schriller Stimme dem revolutionären Prinzip beisprang, wenn er dem gefährlicheren (weil intelligenteren) Doktor Frank entgegentrat! Nie hat eine gute Sache einen schlechteren Vertreter gehabt. Rosa Luxemburg hat in Jena einem Haufen böswilliger Schreier gegenüber sich Gehör zu verschaffen gewusst: das Gelächter derer um Kolb verkroch sich unbeholfen, als diese Frau, die auf das Podium ganz Leidenschaft, ganz Idealismus, ganz Feuer ist, als diese Sozialistin ihre Worte in den Saal schüttete.

Herr Haase ist auch in den Momenten bewegtester Hände der Advokat vor der Zivilkammer.

Immerhin: wir haben in Haase den Repräsentanten des radikalen Flügels zu sehen und nicht in Rosa Luxemburg. Gewiss ist die „Leipziger Volkszeitung“ (neben der „Bremer Bürger-Zeitung“) das einzige achtbare Blatt der deutschen Sozialdemokratie. Aber der „Vorwärts“ ist das gewalthabende Zentralorgan.

Wenn es noch der Beweise bedurft hat, dass der Niedergang der Sozialdemokratie unaufhaltsam ist, seit den letzten Reichstagsverhandlungen besitzen wir sie. Es galt Wehrevorlagen der Regierung zu bewilligen. Dass die Mehrheit der bürgerlichen Parteien vom ersten Augenblick an dazu bereit war, dass keine sozialdemokratische Redekunst diese Bereitwilligkeit der Mehrheit schwankend machen konnte, wusste wohl selbst die Redaktion des „Vorwärts“. Reichstagswahlen stehen nicht vor der Tür, – also konnten die Sozialdemokraten aufstehen und mit rücksichtsloser Ehrlichkeit ihren internationalen Sozialismus propagieren. Die Partei hatte jetzt die Pflicht, offen vor der ganzen Welt ihr Bekenntnis abzulegen. Die Haaseaten fanden nicht den Mut. Herr Haase stammelte ein Sprüchlein, dessen Kraftlosigkeit beschämend ist.

## **Die Rolle der Persönlichkeit und der Ethik im proletarischen Klassenkampf.**

Von Dr. Ida Axelrod.

2.

Ebenso wie der historische Materialismus dem menschlichen Willen einen außerordentlichen Platz in der Geschichte einräumt, so im gleichen Maße der Entfaltung der ethischen Eigenschaften des Wirkenden. Noch mehr. Der Wille, der in der Umgestaltung der bestehenden Gesellschaft sich betätigt, ist bereits durch seine Tätigkeit ethisch. Die existierende Gesellschaft ist aber von außerordentlichen Widersprüchen getragen, und der Verfechter der neuen Ideale lebt ja auch in der Gegenwart. Insofern er ein Vertreter der Zukunft und zugleich der Gegenwart zu einem großen Teil sich anzupassen gezwungen ist, so ist er der Bürger zweier Welten. Diese Zweigestaltigkeit der Vertreter des Zukunftsideals bildet das große Hindernis zur rascheren Verwirklichung des sozialistischen Ideals.

Dem historischen Materialisten steht die geschichtliche Notwendigkeit des Sozialismus außer Zweifel, allein weil der historische Materialist kein Fatalist sei, weiß er, dass der Termin der Verwirklichung des Sozialismus nicht nur von der Entwicklung der Produktionskräfte abhängt, sondern auch von den Handlungen der in der Geschichte Wirkenden, von den Personen. Wenn alle geistigen Elemente von den materiellen Ursachen bestimmt werden, so

steht andererseits der des Menschen auf den geschichtlichen Prozess außer Zweifel. In diesem Maße muss eine Wechselwirkung zwischen den materiellen Verhältnissen und dem geistigen Faktor zugegeben werden. Der historische Materialismus leugnet auch eine derartige Wechselwirkung keineswegs. Er findet in den materiellen Ursachen eine gründliche Basis für die idealen Bestrebungen, die Verwirklichung aber des Ideals ist ohne den zweiten Faktor, ohne Aufopferung und Hingabe, unmöglich. Die Interessen der Arbeiterklasse, die den modernen Klassenkampf heraufbeschworen haben, sind das vorwärtstreibende Element in der Geschichte. Allein auch innerhalb dieser Interessen macht sich oft ein Widerspruch geltend, indem die augenblicklichen Interessen eines Teils der Arbeiterschaft zu denen der ganzen Klasse in Widerspruch treten. In derartigen Fällen ist nicht die Vernunft allein zu Rate zu ziehen, sondern auch das sittliche sozialistische Empfinden. Dieses Empfinden kann im gleichen Maße wie die Vernunft bei der Entscheidung maßgebend sein, wo die Stimme des Egoismus und wo die Ergebnisse dem Zukunftsideale spricht. Vor allem muss man sich aber bewusst sein, dass die Verwirklichung des Ideals ohne Aufopferung und Hingabe unmöglich ist.

Die Geschichte lehrt uns, dass Bewegungen, die hohe Ideale verfolgen, an Tiefe einbüßen, sobald diese in die Breite sich ausdehnten. Es gibt zwar in der Geschichte keine zwei vollständig gleichen Perioden, und daher ist auch nicht zu befürchten, dass die sozialistische Arbeiterbewegung jenen historischen Weg wandeln wird, den das Christentum gegangen ist. Kautsky hat bereits darauf hingewiesen, dass die entwickelten Produktivkräfte der Gegenwart die Möglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus sicherstellen, während dem Urchristentum gerade die äußern Verhältnisse mangelten, um seine Bestrebungen zu verwirklichen. Aber nichtsdestoweniger muss gesagt werden, dass in letzter Zeit die Arbeiterklasse – oder besser ihre sozialistischen Führer – einer zu starken Anpassung an die bürgerliche Gesellschaft zuneigten. Darunter leidet das Große und Ideale der Arbeiterbewegung. Aber nicht allein die sozialistischen Prinzipien tragen daran Schaden, faktisch sind die Erfolge, die auf solchem Wege erreicht werden, nur Scheinerfolge. Wie schlaun man sich auch stellt, die Geschichte ist es unmöglich zu betrügen, in ihr kommt nur das Echte zum Ausdruck.

Die Opportunisten haben seinerzeit eine Revision des Marxismus unternommen. Die Bestrebungen des Revisionismus waren zu einem großen Teil in der alltäglichen Praxis bereits vor dem Auftreten der Opportunisten verwirklicht. Jedoch trauten sie ihrer Sache nicht, solange die sozialistische Partei als solche an den Prinzipien des Marxismus festhielt. Sie schlugen daher vor, den entstandenen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis aufzuheben, selbstverständlich nicht in der Weise, dass die Praxis zu revolutionären Mitteln greifen sollte, sondern im Gegenteil durch das Aufgeben der revolutionären Prinzipien.

Im Kampfe, der zwischen den Marxisten und Opportunisten entbrannte, haben eigentlich zu einem gewissen Teil beide Parteien gesiegt. Die Marxisten wiesen auf Grund der Tatsachen die Kritik des historischen Materialismus mit Erfolg zurück. Die Revisionisten dagegen konnten sich damit trösten, dass sie auf die Praxis einen großen Einfluss ausüben. Zugleich mit dem theoretischen Kampf gegen den Opportunismus wäre eine erfolgreiche Waffe die Reinigung der Praxis von jenen unrevolutionären Mitteln, die sich im Laufe der Zeit unmerklich bildeten, gewesen. Die Stimmen, die von Zeit zu Zeit gegen diese Praxis laut wurden, waren nicht einflussreich genug, um hier Wandel zu schaffen. Diese Opposition war auch leider nicht immer frei von einem gewissen Utopismus, der ihren guten Kern nicht klar genug hervortreten ließ. Der geschichtliche Prozess wird selten indirekt von einem utopischen Revolutionismus beeinflusst. Der Utopismus lässt daher unwillkürlich dem Opportunismus ein freies Feld. Darin wurzelt ja auch die Tragödie des Anarchismus, dessen Voraussetzungen dermaßen falsch sind, dass er mit seiner Kritik nicht einmal den Opportunismus trifft. Nur

jener Revolutionismus, der der Wirklichkeit Rechenschaft zu tragen weiß, spielt eine Hauptrolle in der Geschichte. Er allein arbeitet auf dem Gebiete der Befreiung der Menschheit vom politischen und ökonomischen Joche.

Dem Sozialismus ist es gegeben, das hohe Ziel, das der Traum der Besten war, das größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl zu verwirklichen. Der moderne Sozialismus hat die Mittel in den Produktivkräften, die dem utopischen Sozialismus aller Epochen mangelten. Dank diesen Kräften ist die Verwirklichung dieses ethischen Ideals möglich. Darin sind die jetzigen Sozialisten viel glücklicher als die der Vergangenheit. Um aber das reale Leben umzugestalten, muss man es allseitig verstehen. Ein halbes Verständnis der Wirklichkeit führt entweder zum Abweichen von dem Ideale oder zur Entfernung von der Realität hin zum Utopismus. Beides ist nicht im Interesse des Proletariats, wenn man dieses Interesse im universellen Sinne mit Marx auffasst.

Der verflachte Realismus, der nur auf die zeitlichen Erfolge und nicht auf das Streben der Verwirklichung dieses Ideals hinzielt, hat mit dem historischen Materialismus, der in den materiellen Verhältnissen nur eine feste Basis für das Zukunftsideal findet, nichts gemein. Im gleichen Maße ist der Utopismus vom historischen Materialismus weit entfernt, weil ihm zur Verwirklichung dieses Ideals die feste materielle Basis mangelt. Wenn der verflachte Realismus das Hohe und Große des Zukunftsideals aus der Arbeiterbewegung ausschaltet und nur eine kleinliche Realpolitik treibt, die sich von der bürgerlichen nicht viel unterscheidet, so ist die Leistung des Utopismus in dieser Hinsicht nicht viel mehr wert, denn der Utopismus beherrscht nur die Phrase vollkommen.

Das hohe Streben, die Menschheit glücklich zu machen, das die historische Triebfeder der Arbeiterbewegung ist, trat bei den Realpolitikern zurück. In letzter Zeit nahm die proletarische Befreiung einen mehr mechanischen Charakter an. Der Organismus funktionierte dabei scheinbar vollkommen, allein es mangelte die Hauptsache – das ideale Element, um dessentwillen der Organismus eigentlich ins Leben gerufen worden ist. Die Propaganda und noch mehr die Agitation innerhalb der unbewussten Arbeitermassen sind zu viel auf die momentanen Erfolge zugespitzt worden. Der Kampf gegen alle Vorurteile, den die Vorkämpfer mit leidenschaftlicher Hingabe geführt hatten, trat ganz in den Hintergrund. Manchmal wird sogar auf die Vorurteile zugunsten der zeitlichen Erfolge Rücksicht genommen.

Die Vorkämpfer der Sozialdemokratie brauchten wirklich von den ethischen Voraussetzungen des Sozialismus nicht viel Wesens zu machen, in ihrer Ergebenheit gegenüber dem Sozialismus war bereits der moralische Inhalt ihrer Weltanschauung verkörpert. Gegenwärtig aber, wo die sozialistische Bewegung weite Kreise in sich aufgenommen hat, wäre es am Platze, die ethischen Satzungen, die dem Sozialismus zugrunde liegen, nicht außer Acht zu lassen. Denn die sozialistische Ethik könnte vor allem die Bewegung des Proletariats zum Kampf für das sozialistische Ideal hinleiten und auf die zeitlichen Interessen verzichten lernen. Auch würde sie behilflich sein, die sozialistische Partei von jenen Elementen zu befreien, die mit den erhabenen Aufgaben des Sozialismus eigentlich nichts gemein haben. Sollte dabei die Zahl der sozialistischen Führer nicht zunehmen, so wäre dies kein großes Unglück. Gerade in diesem Falle ist es am Platze, sich zu erinnern, dass nicht nur die Quantität in Qualität übergeht, sondern auch die Qualität in Quantität. Es ist bekannt, dass ein kleineres kraftvolles Heer manchmal viel leistungsfähiger ist als ein größeres, das nicht von Opfersinn erfüllt und dem angestrebten Ziele ergeben ist.

3.

Während allen historischen Umwälzungen spielte die Hingabe für das Ideal eine Hauptrolle. Das revolutionäre Bürgertum hätte sein Ziel nicht erreicht, wenn es nicht bereit gewesen wäre, ihm Blut und Gut zu opfern. Die Umwälzung, die der Sozialismus erfordert, ist viel weitgehender als alle andern Umgestaltungen, die sich bis jetzt in der Geschichte vollzogen haben. Und wenn die entwickelten Produktivkräfte die Möglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus geschaffen haben, so kann andererseits der gegenwärtige hohe Stand der Technik den Kampf für die bessere Zukunft erschweren. Dieses Bewusstsein darf selbstverständlich nicht vom Kampfe abschrecken, sondern muss im Gegenteil dazu anspornen, neue Mittel und Wege für den sieghaften Kampf zu ergreifen. Der Marxismus, der zuerst der Wirklichkeit Rechnung getragen hat, stellt da an seine Adepten die weitestgehenden Forderungen, sowohl was das Verständnis der realen Vorgänge, als was die Erlangung der moralischen Kraft betrifft.

Es ist nicht besonders schwer, einem Ideale Treue zu bewahren, solange man mit der Wirklichkeit in keine engeren Beziehungen tritt. Dagegen erfordert es eine außerordentliche moralische Kraft, im politischen Handeln den sozialistischen Prinzipien treu zu bleiben. Man hat folglich dem Marxismus nur unterschoben, dass er die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte nicht genügend einschätzt. Im Gegenteil hat er an die Persönlichkeit die größten Anforderungen gestellt und von ihrem Handeln den geschichtlichen Prozess abhängig erklärt. Nur hat er im Gegensatz zur aristokratischen Anschauung, die behauptet, dass nur die hervorragenden Persönlichkeiten die Schöpfer der Geschichte sind, der Masse oder dem Proletariat im Kampfe für den Sozialismus eine große Rolle zugeschrieben. Dies bedeutet, dass an die proletarische Masse dieselben geistigen und moralischen Anforderungen gestellt sind wie an die Persönlichkeit, deren Zweck des Handelns es ist, das größtmögliche Glück der größtmöglichen Anzahl auf der Welt zu schaffen. Denn ein solches Streben liegt dem sozialistischen Ideale zugrunde. Den ethischen Inhalt der proletarischen Bewegung in feste Begriffe fassen wäre von außerordentlicher Bedeutung für diese Bewegung. Die Prägung der sittlichen Werte des sozialistischen Ideals läuft indes keineswegs Gefahr, vom historischen Materialismus abzuweichen.

Der sozialistischen Ethik liegt das Streben zugrunde, eine gesellschaftliche Umwälzung hervorzubringen, der bürgerlichen Ethik die Basis der alten Ordnung zu erhalten. Wenn diese das menschliche Streben und Handeln zum Hauptprinzip der ethischen Werte stempelt, so sind diese Eigenschaften der Menschen nicht dahin gerichtet, die ökonomische und politische Ungleichheit aufzuheben. Im Gegenteil fällt es den bürgerlichen Ethikern nie ein, das Anstreben eines besseren Daseins für die Mehrheit, die in Elend und in Dunkelheit das Leben zubringt, als ethisch zu werten. Der Einfluss der bürgerlichen Ideologie ist bei der Anerkennung der sozialistischen Ethik keineswegs zu befürchten, die mit der ganzen materialistischen Weltanschauung eng verbunden ist, eher bei einer Verkennung dieses wichtigen Faktors in der sozialistischen Bewegung. Denn die sozialistische Ethik kann zu einem der stärksten Mittel im Klassenkampfe für eine bessere Zukunft werden, indem sie das Augenmerk auf das anzustrebende Ideal und nicht allein auf die zeitlichen Interessen richten würde.

Die gegenwärtigen Ereignisse sprechen klar genug davon, dass der Sieg des Proletariats nicht so leicht erreichbar ist. Der Zusammenbruch der Internationalen hat seine Ursache nicht ausschließlich in den objektiven Verhältnissen. Diese haben im Gegenteil bewiesen, dass ohne eine gründliche gesellschaftliche Umgestaltung die Menschheit im gegenseitigen Kampfe sich aufreiben kann. Die Prinzipienlosigkeit, die in letzter Zeit in weite sozialdemokratische Kreise eingedrungen ist, trug eher zu diesem Zusammenbruch bei. Das allgemeine sozialistische

Denken hat die Macht der objektiven Verhältnisse in ihrer ganzen Tragweite begriffen, dabei aber leider das revolutionäre Handeln unterschätzt. Der Sieg des Sozialismus ist sicher eine geschichtliche Notwendigkeit, aber der Zeitpunkt seiner Verwirklichung ist nicht allein von den äußeren Umständen, sondern im selben Grade von dem Klassenbewusstsein des Proletariats und der Ergebenheit an die sozialistischen Ideale abhängig.

## Aus unserm politischen Tagebuch.

18. Mai.

In *Hamburg* hat sich auch eine Opposition der Unabhängigen gebildet. Es ist noch gar nicht sehr lange her, da wiesen die jetzigen Führer des Hamburger Parteizentrums, die Dittmann, Rieper usw. die Behauptung entrüstet zurück, dass auch in Hamburg der Boden für das Zentrum gegeben sei und dass ihre Führer, eben in der Person jener Genossen, bereits vorhanden seien. Heute hat sich alles folgerichtig entwickelt. In Hamburg bestehen jetzt, wie in Bremen, drei Richtungen. Und damit ist für die Hamburger Linksradikalen die Probe auf ihre Selbständigkeit aufs äußerste erschwert. Jetzt heißt es gerade: Durchhalten, allen Lockungen der Zentrumsleute zum Trotz. Wir wissen sehr gut, dass unsere Konjunktur noch nicht da ist; aber dass die Unabhängigen alsbald abwirtschaften werden, das wissen wir auch. Darum gilt es jetzt, die organisatorische Selbständigkeit durch alle Fährnisse hindurchzuretten. Zur Klärung der Verhältnisse wird die jüngste Entwicklung in Hamburg ganz wesentlich beitragen.

19. Mai.

Der Sozialdemokratische Verein *Düsseldorf* hat beschlossen sich der Unabhängigen Sozialdemokratie anzuschließen. Die Düsseldorfer Genossen werden ihren Beschluss früh genug zu bereuen haben.

20. Mai.

Der in den Händen der Berliner Leitung, der sog. Gruppe Internationale, sanft geleitete „Kampf“ orakelt bekanntlich mancherlei Gutes über die Stockholmer Konferenz der Sozialpatrioten. Zwar den Kautsky, Bernstein und ähnlichen Größen des Parteizentrums traut der Pfeilartikler des „Kampf“ nicht allzu viel zu; aber andere Delegierte berechtigen immerhin zu einigen Hoffnungen. Als ob die Wiederherstellung der neuen Internationale auf dem Wege über die Sozialpatrioten und des Parteizentrums möglich wäre. Als ob es sich in Stockholm überhaupt um die Wiederherstellung der Arbeiterinternationale handelte!

A propos! wir erinnern uns eines Artikels des Spartacus, der Stellung zu der Kienthaler Konferenz nahm und ein wenig unsanft mit ihr umsprang. Er verwarf ein wenig sehr die ganze Konferenz und schüttete das Kind mit dem Bade aus. Es war so ein Stück „dialektischen Marxismus“, wie der Spiritus rector der Berliner Leitung das nennt. Übrigens klang im Maiartikel der Gleichheit vom vorigen Jahre diese Auffassung ebenfalls an. Das war damals. Und sie verkannten einigermassen das Wesen der Zimmerwalder und Kienthaler Konferenz. Denn beide standen durchaus im Zeichen der Weckung der die neue Internationale bildenden Kraft. Wenigstens, soweit ihr linker Flügel, die sog. Zimmerwalder Linke, in Betracht kam. Von dieser Zimmerwalder Linken freilich will die Berliner Leitung der Gruppe Internationale nicht allzu viel wissen. Die Welt wird wohl noch erfahren, warum nicht. Sie wird wohl auch

noch erfahren, wo denn eigentlich die Gruppe Internationale steht, da sie die Zimmerwalder Linke bekämpft.

Wie aber die Zimmerwalder Linke zu der Stockholmer Konferenz steht, darüber berichtet herzerfrischend die Nummer 3 des in Amsterdam unter der Leitung des Genossen C. *Minster* stehenden „Kampf“. Genosse *Minster* schreibt kurz und bündig, nachdem er die Konferenz der Sozialpatrioten gebührend gekennzeichnet: „Es wäre nicht nur nutzlos, sondern Zeitvergeudung, wenn die revolutionären Elemente die Konferenz beschickten und ihr dadurch eine Bedeutung verleihen, die ihr nicht zukommt.“ Und dann zitiert er zustimmend und ausführlich einen Artikel Karl Radeks aus dem Züricher „Volksrecht“, der über die wahre Bedeutung der Konferenz nicht den geringsten Zweifel lässt. Der vom Genossen *Minster* in Übereinstimmung mit *Karl Radek* vertretene Standpunkt ist der der Zimmerwalder Linken. Er entspricht dem unserigen. Was aber wird Genosse *Minster* zu dem politischen Mischmasch sagen, der jetzt in den Spalten des Duisburger „Kampf“ unter der sorgsam Pflege der Berliner Leitung der sog. Gruppe Internationale gedeiht. Er würde lieber den ganzen „Kampf“ zum Teufel schicken, als ihn zum Tummelplatz des „dialektischen Marxismus“ der Berliner machen lassen.

22. Mai.

Auch die *Duisburger* Genossen haben sich der Partei der Unabhängigen angeschlossen. Damit ist der bis jetzt festeste Teil der Gruppe Internationale umgefallen. Die Duisburger, die erst am letzten Sonntag ihren Beschluss fassten, wollen zwar den „Kampf“ als selbständiges Organ beibehalten wissen, das ist eine ihrer Hauptbedingungen. Da nun aber der „Kampf“ von Berlin aus redigiert wird und da die Berliner Leitung der Gruppe Internationale alles vermeiden wird, was den neuen Parteiinstanzen irgendwie anstößig sein wird, so haben die Zentrumsleute nicht die geringste Ursache, dem „Kampf“ irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten. Wie die „Kampf“ jetzt redigiert wird, so erzieht er die Anhänger der Gruppe Internationale systematisch zur Zentrums politik. Auf diesem Wege werden die unbequemen „Linksradikalen“ den Haaseleuten gefügig gemacht. Und da sollten die Unabhängigen nicht ihre helle Freude haben? So wenig die Gruppe Internationale eine selbständige Organisation mit selbständiger Politik mehr ist, so wenig ist der „Kampf“ ein selbständiges linksradikales Organ. Beide sind Anhängsel des Parteizentrums geworden.

Es mag schon sein, dass die Reste der Linksradikalen, die ihre Selbständigkeit bewahrt haben, für die nächste Zeit bedeutungslos sind. Aber der Pfeil-Leitartikler des „Kampf“ irrt, wenn er sie Parteisplitter nennt. Sie bilden vielmehr den Kern einer zukünftigen Partei der Linksradikalen – und diese Partei wird so sicher kommen, wie die Zentrumsleute abwirtschaften werden. Man wird dann die Vertretung der Linksradikalen nicht mehr, wie es in der Gruppe Internationale der Fall war, aus abgedankten Parteifunktionären und bankrotten Mitgliedern irgendwelcher Parteivorstände besteht, wenn die Arbeiter selbst ihr Geschick in die Hand nehmen und die Instanzenwirtschaft ein für alle Mal zum Teufel jagen, mit den klugen „Führern“ der weiland Gruppe Internationale wenig Federlesens machen. Sie sind in erster Linie mitverantwortlich für die Erledigung der linksradikalen Bewegung in Deutschland; sie sind mitverantwortlich für das unheilvoll steigende Prestige der Zentrumsbankrotteure; sie sind mitverantwortlich für alle die inneren Wirren, in die die neue Partei über kurz oder lang doch wieder hineingezogen werden muss und die ihre Kraft lähmen. Erst wenn die Arbeiter sich auf sich selbst besinnen und sich auf sich selbst verlassen, erst wenn sie alle Götzen zerschlagen haben, erst dann wird die Zeit für die linksradikale Bewegung gekommen sein.

24. Mai.

Während die Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands mit Haase an der Spitze durch Petitionen und kleine Anfragen im Reichstage Pässe für Stockholm von der Regierung erbetteln, erklärt eine der Kapazitäten der Gruppe Internationale, Mehring, in einem Brief an Tscheidse, die Gruppe Internationale lehne es ab, an einer Besprechung teilzunehmen, auf der die Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten vertreten sei. Und im Leitartikel der Nr. 48 des „Kampf“ klingt es in hohen Tönen wieder, dass „prinzipientreue Sozialisten auf der Stockholmer Konferenz nichts zu suchen“ hätten. Trotz alledem, trotz des vielen literarischen Sauerteiges des „Kampf“, und persönlicher Erklärungen aus der Gruppe Internationale, delegieren und fahren die Unabhängigen. „Darauf darf und kann sich insbesondere die U. S. D. nicht einlassen. Es wäre eine Halbheit, und mit Halbheiten gewinnt man heute die Masse nicht mehr“, schreibt der „Kampf“ und schüttelt einen störrischen Bruder Unabhängig. [?] Der aber lässt ihn ruhig an seinen Schößen zerran und fährt trotzdem. Es ist dies wiederum ein Beweis mehr, dass die Linksradikele eine ganze Welt von den Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands trennt. Bei diesem Beispiel kann es bald eine blinde Frau mit dem Krückstock fühlen. Doch unentwegt schreibt in demselben Artikel einige Zeile vorher der Pfeilartikler: „Die Zeit der Illusionen und Sentimentalitäten ist vorüber“. Ob für die Gruppe Internationale ist, nachdem sie sich so einigermaßen in die Organisation der Unabhängigen eingekuschelt hat, doch sehr zweifelhaft.

Ihre Pioniere bauen trotz ihrer geistigen Differenzen noch dauernd Brücken organisatorischer Art und machen dadurch den Arbeitern den Brei der Unabhängigen mundgerecht. Werden sie dieses Werk vollbracht haben, wird man den wohlgezielten Fußtritt nicht fehlen lassen – und die Gruppe Internationale steht abermals allein auf weiter Flur. Dass ist halt so das Geschick der Inkonsequenz, die sich nicht aus eigener Initiative zur Tat entschließen kann. Sie verzettelt den Klärungsprozess und verwirrt die Köpfe der Arbeiter. Es ist klar, dass wir das niemals mitmachen können.

## Feuilleton

### Eine Rechtfertigung.

Ein Kapitel zur Psychologie der bürgerlichen Ehe von *Joh. Knief*.

Von den drei Frauen, die einschneidend in Wagners Leben eingriffen, ist Minna Planer seit jeher der gehässigsten Beurteilung durch seine Biographen ausgesetzt gewesen. Mathilde Wesendonck wurde geschützt durch die „reine Liebe“, die im „Tristan“ ihre künstlerische Verherrlichung fand; Cosima Bülow konnte von dem großen Namen ihres Vaters zehren; Minna Planer aber, Wagners erste Frau, hatte keine andere Empfehlung als ihre bescheidene kleinbürgerliche Herkunft. Und das war wenig genug. Trotzdem ist gerade das Verhältnis Wagners zu Minna das komplizierteste. Es deckt schonungslos alle Einzelheiten im Seelenleben dieser beiden Menschen auf, und es ist eine einzige niederschmetternde Anklage gegen die starre Form der bürgerlichen Ehe, an deren Joch sich beide die Seele wundrieben. Allein das Verhältnis Wagners zu Minna ist nicht damit abgetan, dass man die Frau als kleinlich und ihrem Gatten nicht ebenbürtig beiseiteschiebt und den Mann lobpreist, dass er trotz aller schweren inneren und äußeren Konflikte das Joch der Ehe nicht zerbrach und so seine Ehrfurcht vor dem bürgerlichen Gesetz bekundete. Weder war Minna die kleinliche Natur, als die sie namentlich die Cosimaclique hinzustellen beliebt – sie war in manchen Dingen der verhimmelten Mathilde Wesendonck sogar bei weitem überlegen –, noch war Wagner so sehr von der Ehrfurcht vor dem bürgerlichen Gesetz durchdrungen, dass er es nicht durchbrochen hätte, wenn ein innerer Zwang die treibende Kraft gewesen wäre. Die Schwierigkeit des Problems beginnt eben erst bei der Frage: wie kam es, dass Wagner trotz



aller Konflikte, die täglich und stündlich zwischen diesen beiden Menschen ausbrachen, nicht die formelle Trennung vornahm? Was kettete diese Menschen trotz allen inneren Bruches immer wieder aneinander? Erst die Beantwortung dieser Frage führt auf das Wesen dieses Liebesverhältnisses zurück, lässt seine seelische Basis erkennen.

Als Wagner die Schauspielerin Minna Planer kennenlernte, war er ein armer Teufel von Kapellmeister, ein reichlich verworrener Kopf, in dem die verschiedensten musikalischen Anlagen um die endgültige Herrschaft rangen. So war er in innerer und äußerer Not. Unsicher wie seine Existenz, war seine Seele. Alles war in Gärung, alles im Werden. In dieser Zeit war ihm Minna Planer das Vorbild innerer Fertigkeit. Und dieser Zug ihres Wesens war es offenbar, der ihn am meisten anzog. Ihre Erscheinung und Haltung stand in dem auffallendsten Gegensatz zu all den unangenehmen Eindrücken des Theaters, welche er soeben empfangen: von sehr anmutigem und frischem Äußeren zeichnete die junge Schauspielerin sich durch eine große Geschlossenheit und ernste Sicherheit der Bewegung und des Benehmens aus, welche der Freundlichkeit des Gesichtsausdrucks eine angenehme fesselnde Würde gaben. Und an seinen Freund Apelt schreibt Wagner: „Sie liebt mich, und ihre Liebe ist mir jetzt viel wert; sie ist jetzt mein Zentralpunkt, gibt mir Konsistenz und Wärme; ich kann ihr nicht entsagen.“

Nichts konnte Minna in dieser Sicherheit stören. Trotzdem waren die zahlreichen Werbungen, denen die anmutige Schauspielerin ausgesetzt war, Gegenstand heftigster Eifersuchtsszenen. Minna blieb auch hier immer die Ruhige, Überlegene. Sie sorgte stündlich um Wagners Wohl und Fortkommen. Sie sprang immer wieder ein, wenn Wagners Schuldenlast zur Katastrophe für ihn zu führen drohte; mehrmals wandte sie die Schuldenlast von ihm ab. Sie war überhaupt von einer grenzenlosen Aufopferungsfähigkeit. Wie sie ihrem Bruder half, berichtet sie selbst einmal in einem Brief an Apelt: „Jener sollte in Leipzig studieren, meine Eltern aber konnten ihn nicht unterstützen, ich übernahm es, in Zeiten, wo es mir bei den schlimmsten Kassenbestand der Theaterdirektion oft an vier Groschen fehlte, um Mittagessen holen zu lassen; ich versetzte denn meine Ohrringe und dergl., die mir für das Theater oft unentbehrlich waren, schickte das Geld meinem Bruder, der dafür etwas lernen sollte, und behielt mir nur drei Pfennige zurück, um mir davon ein Brötchen zu kaufen, das ich auf einem Spaziergang um die Stadt als Mittagsmahl verzehrte, während ich meinen Wirtsleuten vorgegeben hatte, dass ich irgendwo zu Tisch geladen sei.“ Das ist der Zug ihres Wesens, der sie befähigte, Wagner in der schwersten Zeit seines Lebens, in der furchtbarsten Not, die treue Gefährtin zu sein, die alle Not durch ihre Opferfähigkeit, durch ihre Klugheit in der Behandlung der Freunde, durch eigenes Arbeiten zu lindern suchte. Selbst in ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen, hatte sie früh den Kampf um das tägliche Brot führen müssen. Und trotz all dieser Hingabe war Wagner bei den geringsten Anlässen von der tollsten Eifersucht besessen. Um diesem Umstand ein Ende zu machen, betrieb er die Heirat. Allein dieser formelle Akt änderte am Wesen des Verhältnisses nicht das Geringste. Minna war für Wagner die Kameradin, die ihm mehr Mutter als Gattin war. Sie fühlte ihre Überlegenheit und ließ sie Wagner gelegentlich deutlich genug fühlen. Aber gerade durch diese Überlegenheit war sie Wagner unentbehrlich geworden. Immer noch wirkte er als Suchender durch die Welt, unpraktisch und unerfahren in der Bewältigung äußerer Schwierigkeiten, getrieben durch die heiße Sehnsucht, sein Künstlertum zu entwickeln. Aber nicht allein in den Fragen des praktischen Lebens war Minna die Überlegene. Sie war es ebenso in den Fragen der Kunst. Sie war als Schauspielerin gefeiert und gesucht; Wagner war als Kapellmeister kaum bekannt und ständig auf Protektion, nicht selten auf *ihre* Protektion angewiesen. Es war ein durchaus ungleiches Verhältnis, in welchem Wagner in jeder Hinsicht der schwächere, der nehmende Teil war. Hieraus mag auch seine Unsicherheit hervorgegangen sein, die sich in so grenzenloser Eifersucht entlud. Er konnte Minna nicht entbehren, weil sie ihm die Retterin in

den Nöten des Lebens war. Und Minna fühlte in *diesem* Verhältnis zu Wagner ihre Kräfte wachsen. Das war es, was sie an den Mann fesselte.

Allein, es konnte ihr nicht gleichgültig sein, dass dieser Mann gerade der Künstler Richard Wagner war. Auch hatte ihre Sorge um ihn durchaus ein positives Ziel: sie erstrebte in allem, was sie tat, die Herstellung eines ruhigen, behaglichen Heims. Und sie glaubte, dass dieses Heim es Wagner erst ermöglichen werde, seine Kräfte zu entwickeln und zu entfalten. Es ist eine der vielen Legenden, die eine gehässige Kamarilla über Wagners erste Frau verbreitet hat, dass sie kein Verständnis für das Künstlertum ihres Gatten besessen habe. Allein es gibt neben vielen anderen ein untrügliches Zeugnis dafür, dass Minnas Sorge um Wagner durchaus ihre Sorge um sein Künstlertum zur Grundlage hatte. Als Wagner während seines ersten Pariser Aufenthaltes im Schuldgefängnis saß, wandte sich Minna in einem Brief an Apel um Hilfe: „Hätte ich selbst die Mittel, mich von Paris zu begeben, so würde ich doch nun und nimmermehr Richard in dieser Lage verlassen, denn ich weiß, er ist nicht durch seinen Leichtsin in dieselbe geraten, sondern das edelste und natürlichste Streben eines Künstlers hat ihn so weit gebracht, wie ohne besondere Hilfe leider wohl jeder kommen musste. In Richard ist ein schönes Talent zu retten, das seinem Untergange nahegebracht wird. ... Ich kann ihn nicht aufgeben; deswegen bin ich auch vielleicht die Einzige, die am lebhaftesten fühlt, wie schmachvoll es ist, ihn verkommen zu lassen.“ Nein, Minna war nicht jene erbärmliche Natur, die in Wagner nur den Mann liebte. Ihr Verhältnis zu ihm gehörte in seinem besten Teile doch dem Künstler in diesem Manne. Es stand auf einer breiteren Basis als das Verhältnis zahlloser legitimer Ehekokotten. Und sie fühlte sich in diesem Verhältnis stark. Wuchs Wagner zu selbständiger künstlerischer Größe heran, so war es für Minna die Frage, ob sie ihm dennoch unentbehrlich sein würde.

Die Zeit sollte bald genug kommen. 1842 kehrte Wagner aus Paris heim. Er erlebte in Dresden seinen Rienzitriumph: der „Holländer“ wurde ebenfalls angenommen. Wagner hatte seinen Weg gefunden. Der reproduzierende Kapellmeister war zum produktiven Komponisten geworden. Minna glaubte nach dem großen Dresdner Erfolge ihre Hoffnungen auf die Gründung eines ruhigen Heims erfüllt: „Kinder, ich bin zu glücklich, meine höchsten Wünsche sind erreicht!“ Allein, das „Glück“ sollte nur von kurzer Dauer sein. Die Revolutionsjahre kamen, mit ihnen Wagners Beteiligung am Dresdener Aufstand und seine Verbannung. Nun versagte Minnas Kraft. Den armen, tiefbedürftigen Musikdirektor, der um die Erwerbung von Kapellmeisterstellen rang, hatte sie verstanden. Den selbständigen Künstler, in dem unter der Hülle eines politischen Revoluzzertums der Kern einer neuen, großen Kunst sich dehnte, verstand sie nicht mehr. „Sein politisches Treiben konnte ich nicht verstehen, ich sah mit meinem einfachen Verstande, dass ihm daraus kein Heil erblühen würde, und wie er sich nun mehr und mehr von der Bahn der Kunst entfernte, war immer das schmerzliche Gefühl dabei, als reiße er sich auch von mir los.“ Wagner stand vor der Wahl, sich in die Enge des häuslichen Ideals seiner Frau einzufügen oder seinen künstlerischen Genius voll und breit zu entfalten, sei es auf die Gefahr, dass alle Formen des konventionellen Lebens darüber in die Brüche gingen. Wagner war gewiss kein politischer Kopf, er war es noch weniger, als ihm die Philosophie lag. Aber in den Formen des politischen Kampfes und der philosophischen Abhandlungen vollzog sich in ihm der Selbstbestimmungsprozess des großen Künstlers. Diesen Zusammenhang vermochte Minna nicht mehr zu erkennen. Sie verwarf seine politische Betätigung ebenso wie seine philosophischen „Spielereien“. Wagner ging seinen Weg unbeirrt; aber der Bruch mit seiner Frau war da und ließ sich nicht mehr heilen. „Wenn ich von einem neuen Ärger, von einer neuen Kränkung, von einem neuen Misslingen, tief verstimmt und erregt nach Hause kam, was spendete mir da dieses mein Weib anstatt des Trostes und erhebende Teilnahme? Vorwürfe, neue Vorwürfe, nichts als Vorwürfe! Häuslich gesinnt, blieb ich damals zu Hause, aber endlich nicht mehr, um mich

auszusprechen, sondern um zu schweigen, meinen Kummer in mich hineinfressen zu lassen, um allein zu sein.“ So begann es. Und es endete mit dem Bekenntnis, dass jede Verständigung unmöglich sei. „Das gänzlich Verschiedene im Grunde unseres Wesens hat sich zur Pein für mich – und namentlich auch Dich zu jeder Zeit, seit wir uns kennen, bald gelinde, bald greller herausgestellt. ... Unversöhnlich stehst Du vor mir – suchst die Ehre da, wo ich fast die Schande erkennen muss, und schämst Dich davor, was mir das Willkommenste ist. ... Was kann nun meine Liebe sein? Nur der Wunsch, Dich für Deine mit mir nutzlos verlebte Jugend, für Deine mit mir überstandenen Drangsale zu belohnen, Dich glücklich zu machen, kann ich das noch hoffen zu erreichen durch mein Zusammenleben mit Dir? – Unmöglich!“

(Schluss folgt.)

Die Besten müssen springen in den Riss der Zeit,  
Nur über ihren Leibern schließt er sich,  
Nur ihre Leiber sind der seltne Samen  
Aus dem der Völkerfreiheit üpp'ge Pflanze  
Grünend Fee eine Welt befruchtend.

F. Lassalle. (Franz v. Sickingen.)

---

Verantwortlich: Frau Ahrens: Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 22/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 2. Juni 1917.

Nr. 22

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Stockholm

Von Henri Guilbeaux.

Nachstehender Artikel zeigt die *einfachen Tatsachen*, die zugleich das Stockholmer Gebimmel des Blätterwaldes ins rechte Licht rücken. Interessant wäre noch zu erwähnen, dass der Stockholmer Plan von den friedensbedürftigen Sozialpatrioten aufgegriffen wurde nach dem voraussichtlichen erfolgreichen Durchbruch der russischen Revolution. Hier schien ihnen ein Boden gegeben, der ihrem Friedensanker einen Halt geben könnte. Die Sozialpatrioten der kriegführenden Länder erhoffen von ihr ein Kaperstückchen und gar die Sozialpatrioten der Ententemächte, die Frankreichs mit ihren sozialpatriotischen Ministern an der Spitze, wandeln so vollauf im Machtbewusstsein ihrer Regierungen, dass sie nur äußerst skeptisch Stockholm erwähnen.

Aber die russische Revolution lässt sich nicht auf Konferenzen verschachern wie das Fell eines erlegten Bären. Die durch sie gelösten lebendigen Kräfte lassen sich nicht in ein Kartenhäuschen von Resolutionen sperren, sie fordern den proletarischen Kampf um den Frieden. Deswegen schneidet sie von vornherein das Tischtuch zwischen sich und den Nationalpazifisten entzwei. Daher ist der Schritt des russischen Arbeiter- und Soldatenrates im Verein mit dem linken Flügel der Zimmerwaldisten aller Länder, die Leitung der Internationale selbst in die Hand zu nehmen, durchaus berechtigt, da sie die einzigen sind, die dem internationalen Proletariat neuer Morgengabe darzubringen haben.

Wahrhaftig, die Stockholmer Konferenz beschäftigt die Presse viel mehr als der Krieg. Täglich neue Information, täglich neue Widersprüche! Nach und nach aber klärt sich die Situation, und heute erkennen wir deutlich zwei unterschiedene Konferenzen. Die neue, die von der holländischen Sektion des internationalen sozialistischen Bureaus im Einvernehmen mit dem gemäßigten Sozialpatrioten Huysmann einberufen ist. Sie erstrebt die Versöhnung der Sozialpatrioten der feindlichen Länder und die Wiederherstellung der zusammengebrochenen zweiten Internationale. Die andere ist die dritte Konferenz der *internationalen Zimmerwalder*, einberufen von Robert Grimm, dem Präsidenten der

internationalen sozialistischen Kommission in Bern im Einverständnis mit dem Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat.

Die französische Majorität und Minorität finden sich durch die Frage dieser Kongresse geteilt. Die Pariser Minoritätskonferenz vom 6. Mai entschied sich dafür, Delegierte nach Stockholm zu schicken. Am Tage der Zusammenkunft war man sich eigentlich noch nicht recht klar, wie man sich zu der Stockholmer Konferenz stellen sollte. Die Zimmerwalder, besonders unser Genosse Lorient, der eine sehr radikale Richtung vertritt, entschied sich dazu, die Minorität zu unterstützen, allerdings unter eigenem Vorbehalt. Ihre Absicht war ohnehin, eigene Delegierte nach Stockholm zu schicken. Offenbar waren unsere Genossen von der Linken gegen die Einberufung einer dritten Zimmerwalder Konferenz. Zurzeit, wo ich diese Zeilen schreibe, kenne ich noch nicht ihre neuesten Beschlüsse; aber ich weiß gewiss, da sie ihre radikalen Direktiven gegeben haben und den Kampf führen gegen die Sozialpatrioten sowohl der Majorität, wie der Minorität, werden sie es versuchen, eine Konferenz zu beschicken, auf welcher nur Internationalisten vertreten sind.

Die Frage ist nun einfach die: Wer kann und darf einer internationalen Konferenz beiwohnen? Internationalen Sozialisten ist es jedenfalls nicht möglich, denn für sie ist es nicht zugänglich, dass sie auf einer internationalen Konferenz Leuten begegnen, die seit drei Jahren weder sozialistisch noch international handeln, die das Zusammenarbeiten der Klassen an Stelle des Klassenkampfes gesetzt haben, die die Kredite bewilligten und ihren Regierungen ein Vertrauensvotum ausstellten. Vor dem Kriege wurden die bürgerlich-politischen Elemente überhaupt auf einer internationalen Sozialistenkonferenz nicht zugelassen. Für einen französisch internationalen Sozialisten insbesondere ist es eine absolute Unmöglichkeit an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, auf der die französischen Sozialpatrioten vertreten sind, die zu ihren zahlreichen Sünden als vielleicht schlimmste hinzufügen, der russischen Revolution in die Arme fallen zu wollen.

Man versteht wirklich nicht den Beschluss der Mitglieder der internationalen sozialistischen Bureaus, sich angesichts des Friedens mit Leuten zu vereinigen, die in ihrem Lande die glühendsten Kriegsanhänger sind. Die französischen Zimmerwalder haben mit Vergnügen erfahren, dass die deutsche Opposition es abgelehnt hat, die Stockholmer Konferenz zu beschicken. Und die Tatsache, dass die internationalen Elemente, die die Gothaer Beschlüsse angenommen haben, gegen die eventuelle Teilnahme von Vertretern der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei protestieren, rechtfertigt die Haltung der Gruppen Bremen und Hamburg, die außerhalb dieser neuen von vornherein opportunistisch geleiteten Partei geblieben sind.

Gegenwärtig überstürzen sich die Ereignisse derartig, dass es nicht ausgeschlossen erscheint, dass die dritte Zimmerwalder Konferenz rückgängig gemacht oder durch eine internationale, von Seiten der russischen Internationalisten organisierten Konferenz ersetzt wird. So viel ist sicher, dass alle internationalen Sozialisten hochofreut sein würden, wenn eine große internationale Konferenz – die Konferenz der Gründung einer neuen Internationale – in Petersburg stattfinden würde, wo das Proletariat in so glänzender Weise die Beharrlichkeit seiner revolutionären und internationalen Empfindungen gezeigt hat.

## Die „Selbständigkeit“ der Gruppe Internationale.

Die jüngste Entwicklung des Parteiwesens in Deutschland hat die Gründung einer linksradikalen Partei nicht gebracht. Man mag es noch so tief bedauern, dass die Gruppe Internationale auf die Verselbständigung der Linksradikalen verzichtete; man mag ihre Führer noch so sehr mit Vorwürfen überhäufen, eins ist sicher, dass dieser Entwicklung objektive Verhältnisse zu Grunde gelegen haben. Es mag der Berliner Leitung schwer genug gefallen sein, etliche ihrer Genossen von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu überzeugen; die Tatsache bleibt trotzdem bestehen, dass es ihr gelungen ist. Der größte Teil ihrer Anhängerschaft hat von vornherein die Vereinigung mit dem Parteizentrum für geboten gehalten. Und allein der Umstand, dass so tapfere linksradikale Genossen wie die Chemnitzer für den Zusammenschluss eintraten, Genossen, die gegen jede Beeinflussung durch die Berliner Leitung völlig immun sind, würde genügen, um die Frage der Gründung einer linksradikalen Partei in Deutschland einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen.

Dass die Gruppe Internationale in ihrer jetzigen Form eine linksradikale Partei bildet, wird niemand behaupten wollen. Sollte in der Berliner Leitung einer sein, der es behauptet, so könnte er nur als plumper Schwindler bezeichnet werden. Die Gruppe existiert nicht mehr als selbständige Organisation. Dass sie ihre Leitsätze hat, beweist für ihre Selbständigkeit ebenso wenig wie das Erfurter Programm, auf das die Sozialpatrioten wie Zentrumsleute schwören, für den sozialistischen Charakter der Sozialdemokratie. Und dieselbe Gruppe Internationale, die seinerzeit durch die Feder Thalheimers öffentlich erklären ließ, dass sie sich durch nichts gebunden erachte, als durch ihre Leitsätze, vereinigte sich trotzdem mit dem Parteizentrum, das in holder Eintracht mit den Sozialpatrioten ausdrücklich das Erfurter Programm anerkannte. Programme und Leitsätze sind für die Katz', wenn nicht nach ihnen gehandelt werden soll. Und da die Leitsätze der Gruppe Internationale keine taktischen Richtlinien enthalten und vom Handeln nicht reden – ein platonisches Liebesbekenntnis zum Sozialismus nannte sie einst eine der treuesten Anhängerinnen der Gruppe – so mögen sie noch so klassisch stilisiert sein: einen Beweis für die Selbständigkeit der Gruppe Internationale bieten sie in keiner Hinsicht. Mehr noch: sie waren, als sie von den Vertretern der Gruppe angenommen wurden, ein bündiger Beweis für die Unselbständigkeit der Gruppe der wichtigsten taktischen und der wichtigsten prinzipiellen Frage gegenüber. Sie enthielten und enthalten bis heute keine Silbe über das Verhältnis der Linksradikalen zum Parteizentrum, und sie enthalten auch heute noch keine Silbe über die Stellung der Gruppe Internationale zur Landesverteidigung. Und das will umso mehr bedeuten, als sie aus der autoritativsten Feder der Gruppe stammen. Wie wenig aber die schönsten Leitsätze bedeuten, geht klar aus der Tatsache hervor, dass ein berufener Vertreter der Berliner Leitung im offiziellen Organ der Gruppe ohne jeden Widerspruch die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz gutheißend konnte. Es will dabei nicht viel sagen, dass zugleich jede Gemeinschaft mit den Sozialpatrioten abgelehnt wurde. Das versteht sich am Rande, vermag aber nicht die Tatsache zu verwischen, dass die Gruppe Internationale das Schicksal der neuen Internationale vertrauensvoll in die Hände derer um Haase und Tscheidse legen wollte. Die Selbständigkeit einer politischen Partei oder Gruppe zeigt sich entweder in ihren Handlungen oder sie zeigt sich überhaupt nicht. Und wenn die auf organisatorische Selbständigkeit dringenden Gruppen in Bremen, Hamburg und Berlin ihren einmütigen Protest gegen die Stockholmer Konferenz bekundet haben, so haben diese „Parteisplitter“ dadurch schon mehr zur Wiederherstellung der neuen Internationale geleistet als die gesamte Gruppe Internationale mit ihrer Unterstützung des Parteizentrums. Und wenn die „Arbeiterpolitik“ den Kampf gegen die Beschickung der Stockholmer Konferenz in Übereinstimmung mit den Hamburger und Berliner Linksradikalen von vornherein mit

äußerster Entschiedenheit aufnahm und die Halbheiten der Gruppe Internationale bei dieser Gelegenheit schonungslos enthüllte, so fällt das politisch schwerer ins Gewicht als alle diplomatischen „Leitartikel“ des „Kampf“ in dieser Frage.

Auch dass die Gruppe Internationale ihre eigenen Ortsmitgliedschaften, ihre eigene Presse, ihre eigenen Abgeordneten hat, beweist nicht das geringste für ihre Selbstständigkeit. Was die „eigenen“ Ortsmitgliedschaften betrifft, so besteht die Selbstständigkeit darin, dass ihnen freie Hand gelassen ist, ob sie mit der Arbeitsgemeinschaft gemeinsame Wahlvereine gründen oder ob sie getrennt bleiben wollen. Und nach dem unanfechtbaren Zeugnis der Berliner Leitung haben es die allermeisten Ortsmitgliedschaften für zweckmäßig gehalten, sich mit der S. A. G. zu gemeinsamen Wahlvereinen zusammenzutun. Das bedeutet, sie haben die selbständige Aktion im Sinne des Linksradikalismus zugunsten der Parlamentswahlen geopfert. Es ist eine Oase in der Wüstenei dieser Kompromisse, dass die Frankfurter Genossen den Unabhängigen nicht beigetreten sind und so den Kreis der nach Selbstständigkeit strebenden Gruppen um einen „Parteisplitter“ vermehrt haben. Die Frankfurter Genossen haben auch gar zu gründliche Erfahrungen mit ihren Dißmännern gemacht.

Und die „eigene“ Presse? Seit langem verzichtet der „Kampf“ auf jede prinzipielle Auseinandersetzung mit dem Parteizentrum. Dafür verbreitet er Illusionen über die Leistungsfähigkeit der Haaseleute und verwischt so die Gegensätze. Zu diesem Zwecke aber bedarf es wahrlich nicht der Umständlichkeiten einer „eigenen“ Presse. Dafür sind die Spalten der „Leipziger Volkszeitung“ ganz sicher auch zu haben.

Und schließlich die „eigenen“ Abgeordneten? Wir sehen in diesem Augenblick nur einen, den Genossen Mehring nämlich, der wenigstens halbwegs als eigener Abgeordneter anzusprechen ist. Aber auch nur halbwegs; denn er wurde unter eifriger Assistenz der Zentrumsleute gewählt. Und es ist immer noch nicht klar ausgesprochen worden, ob seine Wahl nicht ein diplomatisches Vorspiel zu dem Gothaer Kompromiss war. Den andern eigenen Abgeordneten aber können wir beim besten Willen nicht aufreiben. Oder soll es etwa der Genosse Rühle sein? Wir haben die handschriftlichen Dokumente des Genossen Rühle dafür in Händen, dass er die Verschmelzung mit den Zentrumshelden aufs entschiedenste ablehnt und sich mit der Auffassung der „Arbeiterpolitik“ über die Gründung einer eigenen linksradikalen Partei völlig solidarisch erklärt, dass er *nur* einer solchen Partei beitreten werde. Wir konstatieren das für den Fall, dass die Berliner Leitung sich je einfallen lassen sollte, den Genossen Rühle als „ihren eigenen“ Abgeordneten vorzuführen.

Die Gruppe Internationale hat ihre Selbstständigkeit in jedem Betracht aufgegeben. Und was sie als Selbstständigkeit anpreist, ist nichts als eine glatte Kopie des alten Parteiwesens mit seinem Organisationsklüngel, seinem Vormundschafts- und Instanzenwesen. Die Selbstständigkeit der Gruppe Internationale besteht in nichts anderem als in der Selbstständigkeit ihrer Berliner Leitung, die in dem gegenwärtigen organisatorischen Zustand der Gruppe nach Herzens Lust schalten und walten kann. Und es gibt Elemente in dieser Leitung, an deren autokratischen Neigungen gemessen die Oligarchie der Sozialdemokratie noch das Ideal demokratischer Einrichtungen darstellt, Elemente, die jede selbständige Regung in den Reihen der Linksradikalen als einen verbrecherischen Eingriff in ihre geheiligten Synodalrechte betrachten und sie mit allen Mitteln bekämpfen; Elemente, deren Einfluss für die Entwicklung der linksradikalen Bewegung in Deutschland eine Gefahr bedeuten, die nicht früh genug gebannt werden kann.

Die Selbstständigkeit der Linksradikalen hätte nur bewerkstelligt werden können durch das klipp und klare Bekenntnis zum linksradikalen Aktionsprogramm und durch die praktische Befolgung dieses Programm selbst unter den schwierigsten Verhältnissen. Dadurch allein

wäre der Wiederherstellung der Internationale gedient worden. Das allein wäre die Praxis gewesen, die die Gruppe Internationale ihren Leitsätzen schuldig ist. Indem sie sich nach außen zu der Partei der Unabhängigen bekennt, reißt sie einen tiefen Widerspruch auf, der ihr über kurz oder lang zum Verhängnis werden muss. Es ist nicht der Einzige. Wir werden in einem andern Artikel noch einen zweiten aufdecken.

Man kann auch in der Politik nicht zwei Herren dienen. Am allerwenigsten aber kann man es in historisch so bewegten Zeiten wie der gegenwärtigen. Man ist entweder selbständig oder man ist es nicht. Ein drittes gibt es nicht. Und niemand, der um den Kampf der Arbeiterklasse Bescheid weiß, lässt sich heute täuschen.

## Die Grundlegung einer neuen Arbeiterorganisation.

Von *Carl Volkmann*.

Aus Gewerkschaftskreisen wurde uns eine Reihe Artikel zur Verfügung gestellt, die deutlich zeigen, dass auch in den konservativen Organisationen der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, jetzt endlich der Geist der Zeit zu wirken beginnt. Die Unterbindung und teilweise Lahmlegung der Kämpfe der Arbeiter mit den Fabrikherren durch die Zentralvorstände usw. mussten schließlich auch dem letzten Arbeiter die Augen öffnen. Denn die Taten klären die Arbeiter besser auf als alle Reden und alles Schreiben. Der nachstehende Artikel bringt manche für die oppositionellen Elemente der Gewerkschaftsbewegung wertvolle Anregung, weswegen wir ihn unseren Lesern zur Kenntnis bringen.

Red. der „Arbeiterpol.“

Die Gründer der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Gotha haben gezeigt, dass sie noch nicht zu Neuem fähig sind. Sie mussten vielmehr wieder zu dem alten, teilweise überlebten Programm zurückgreifen. Jeder Arbeiter weiß, dass dieses zum Zusammenbruch der Partei führte.

Soll dieses Experiment nun noch einmal gemacht werden?

Bisher haben sich die Linksradiكالen mit der Kritik an der Mehrheit und des Parteizentrums begnügt. Sie erblickten in derselben die Vorbedingung, die sozialpatriotische Ideologie bei den Arbeitermassen zu beseitigen. Dieser Klärungsprozess durfte aber nicht im halb ausgereiften Stadium abgebrochen werden. Dieser Moment ist nun eingetreten. Die Arbeiterschaft weiß nun, was sie vom Parteizentrum zu erwarten hat.

Weniger weit vorgeschritten ist aber die Klärung in den Gewerkschaften, da befindet sie sich erst im Anfangsstadium, da aber dieselben das eigentliche Rekrutierungsgebiet der neuen Organisation sind, so muss ihnen die größte Aufmerksamkeit zugewandt werden.

Die Linksradiكالen drängen nun allmählich mit ihrer Kritik in die Gewerkschaften ein. Damit haben sie erreicht, was sie wollen, nämlich die ganze Arbeiterschaft wachgerüttelt.

Alle Arbeiter werden dadurch zu eigenem Denken, Prüfen und Urteilen angespornt.



Wenn nun in diesem Augenblicke eine Kritik befruchtend wirken soll, darf sie sich nicht nur mit der Bekämpfung des Bestehenden befassen, sondern sie muss das zu erstrebende Neue, Bessere zeigen. Nur wenn sie die Grundlagen zu dem Neuen aufzeigt, wird aus ihr die Trägerin des Fortschritts hervorgehen.

Wie allgemein bekannt stehen die Linksradikalen auf dem Boden der Massenaktionen, d. h., sie wollen die Massen in ihrem ganzen Fühlen, Wollen und Handeln ergreifen. Als kompakte Größe sollen sie auf den Plan treten. Dazu bedarf es der Einheitsorganisation, die sich einzig und allein von dem Gesichtspunkte des internationalen Sozialismus leiten lässt.

Der Arbeiter hat nicht zwei Seelen, eine Gewerkschaftsseele und eine Parteiseele. Bei dem aufgeklärten Arbeiter ist der zünftlerische Geist verschwunden, er kennt nur ein Interesse, für welches er unablässig wirkt, die gerechte Verteilung der von der Gesamtheit der Arbeiter geschaffenen Güter. Kurz gesagt: sein Ziel ist die Erreichung sozialer Zustände.

Der alte Apparat mit seinen vielen Gewerkschaften und neuerdings die Partei mit all ihren Schattierungen scheint uns wenig geeignet die Arbeiterschaft auf die Dauer zu befriedigen.

Wir stehen vor der Änderung der Verfassung im Reich wie in den Einzelstaaten. Diese wird die Neueinteilung der Wahlkreise mit sich bringen. Für die Arbeiterschaft wird diese nur den gewünschten Erfolg zeitigen, wenn sie ein in sich abgeschlossenes Ganzes bildet.

Wirtschaftliche und politische Fragen greifen überdies so innig ineinander, dass sie in vielen Fällen gar nicht getrennt werden können. Zudem wird beim Friedensschluss die Umschaltung der Kriegswirtschaft zur Friedensarbeit bei dem vorhandenen Rohmaterialmangel ganz gewaltige Eingriffe in unser Wirtschaftsleben zeitigen, dass es nur einer klaren, zielbewussten Politik gelingen wird, diese Schwierigkeiten zu überbrücken.

Nur eine weitgehendste Vertretung der Arbeiterschaft selbst, wird, wie heute schon bei der Lebensmittelverteilung die Möglichkeit schaffen, dass in kürzester Zeit wieder normale Zustände hergestellt werden können. Dagegen, wenn die Arbeiterschaft in viele Berufsgruppen gespalten bleibt, so würde der Zunftgeist die schwersten Schäden für die Allgemeinheit hervorrufen.

Die Übelstände in unserm Wirtschaftsleben sollen in ihren Ursachen erfasst werden. So kann, um ein Beispiel anzuführen, die Arbeitslosigkeit nicht durch Arbeitslosenunterstützung beseitigt werden, diese belastet, wenn sie gewerkschaftlich ist, nur die Arbeiter selbst, wenn sie staatlich ist, den Staatshaushalt, ohne dabei aber das Übel an der Wurzel zu erfassen.

Genau wie heute die Rationierung der Lebensmittel möglich ist, wird, wenn nötig, die Rationierung der Arbeitszeit vorgenommen werden müssen. Die Arbeitslosenunterstützung, das Heer der Arbeitslosen wird dadurch beseitigt. Wir werden in nächster Zeit auf diese und andere Fragen, die in der alten Bewegung wohl oft den Kern erfasste, aber doch in ihrer Bekämpfung falsche Reformen zeitigten, zurückkommen.

Unser Ziel ist eine Einheitsorganisation, die sowohl die gewerkschaftlich wie politisch organisierte Arbeiterschaft umfasst.

Wir richten daher an alle oppositionellen Arbeiter den Appell, in ihren Gewerkschaften und Vereinen diese Frage zu diskutieren. Die Voraussetzung zur Schaffung dieser Organisation wird darin erblickt, dass die alten misslichen Zustände in Partei und Gewerkschaften ausgemerzt werden. Das ist sogar die Vorbedingung, sonst würde der Zustand anstatt verbessert nur verschlimmert werden. Alle Gruppen und Organisationen, die sich mit der Idee der Einheitsorganisation einverstanden erklären, sollen mit der Vorarbeit

beginnen; es soll zuerst eine gründliche Diskussion über die gesamten Gebiete der Arbeiterbewegung gepflogen werden. Das Ergebnis aus diesen Debatten an den einzelnen Orten kann dann als Grundlage einer einzuberufenden Konferenz dienen. Die Zeit, eine einheitliche Arbeiterorganisation zu schaffen, ist jetzt besonders günstig.

An vielen Orten wurde durch die Mehrheitspolitik die Arbeiterschaft um ihre Zeitungen gebracht. Die Einheitsorganisation wird es der Arbeiterschaft ermöglichen, wieder Organe für die Interessen des werktägigen Volkes zu schaffen.

Die neue Organisation muss eine großzügige, in sich abgeschlossene, aber doch eine gegliederte Organisation der Arbeit sein. Die einzelnen Berufe bilden darin Sektionen, worin sie ihre eigenen Berufsinteressen vertreten können, Da aber die Fühlung mit den anderen Berufszweigen eine innigere sein wird als bei den heutigen Kartellen, so wird auch ihre Politik mehr Rücksicht auf die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft nehmen müssen. Da aber die neue Organisation zugleich politisch ist, wird es möglich sein, dass sie ihre Parlamentsvertreter aus ihrer Mitte wählt.

Der Bureaokratismus wird zurückgedrängt werden können, was eine spätere Abhandlung nachweisen wird. Der Beitrag wird verringert, da das Unterstützungswesen überflüssig ist. Die Verwaltung wird verbilligt. Die Kassierung ist nur einmal nötig. Diese Kampffront der Arbeiterschaft wird dem Großkapital als eine stark geschlossene Macht entgegentreten können. Es wird dann nicht mehr möglich sein, dass einige Wenige, wie es bei der Kanzlerfronde deutlich in die Erscheinung trat, die Geschicke eines Landes bestimmen können.

Viele, hier nur andeutungsweise gestreiften Fragen, werden in späteren Artikeln eine gründlichere Erörterung erfahren.

## Nur aus Diplomatie.

Am 4. August 1914 war der bekannte Moment hereingebrochen, wo die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zusammenbrach.

Dies musste geschehen als Ergebnis der Politik vor dem 4. August. Die Partei wurde größer und größer. Sie war stolz auf die Mitgliederzunahme, und jede Zunahme reizte sie, für weitere zu sorgen. Dies ging nicht anders, als dass man in einer Frage der Taktik nach der anderen zugunsten der Masse oder wenigstens an Stelle der Taktik die Diplomatie einsetzte. Und als Endresultat der Diplomatie kam der Sturz des Prinzips, der Sturz des Grundgedankens und des Endziels der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Diese Partei kann sich nur retten durch Anschluss oder Anlehnung an die bürgerlichen, liberalen Parteien.

Etwas ähnliches vollzog sich in der Gruppe Internationale. Am 4. August schlossen sich alle noch klardenkenden Sozialisten Deutschlands zu einer Opposition zusammen. Genannt nach dem stolzen Wort „Minderheit“. Tatkräftig setzten die Genossen ihr Werk gegen den Krieg und die deutsche Regierung ein. Sie verbreiteten Flugblätter, Broschüren, welche ihre Weltanschauung propagierten. Sie gründeten in allen Orten Gruppen von Gleichgesinnten zum Zwecke der Aufklärung und des Kampfes.

Dies geschah so lange konsequent, bis man auf den Gedanken der Masse kam, nämlich auf den Drang nach der Masse.

Zu gleicher Zeit erfolgte die langsame Dämmerung einiger Reichstagsabgeordneter. Plötzlich erinnerten sie sich, dass sie nicht nur Worte zu Reden haben, die ihnen ihre Anhänger durch Parteitagsbeschlüsse in den Mund legen, sondern als Führer erscheinen sollen im Geiste ihrer Anhänger.

Jedoch sie fanden nach dem Nervenschock, der ihnen am 4. August zuteilwurde, erst jetzt den Geist derer, deren Vertreter sie waren, wieder. Selbstverständlich ist es, dass man nunmehr nicht zur alten Politik zurückkommen konnte und mit Hilfe der nun schon liebgewonnenen Diplomatie Kunststückchen probieren musste und noch muss, die Anhänger zu täuschen über die Tat vom 4. August und einen Ausgleich zu schaffen mit den Worten des „Klassenkampfes“.

Dass diese Leute nicht wieder zu einer konsequenten, prinzipiellen Politik zurückkönnen oder wenigstens kein Verlass dafür vorhanden ist, dass sie bei späteren Aktionen nicht wieder versagen, ist für den, der nicht erst seit heute in dem Parteikampfe wie im politischen Kampfe steht, selbstverständlich.

Mit diesen Leuten hat sich die Gruppe Internationale, d. h. ihre Vertreter zusammengeschlossen. Weshalb? Aus Diplomatie!!

Aus Diplomatie beteiligte sich die Opposition an der Reichskonferenz 1916. Aus Diplomatie schloss sie sich 1917 der Arbeitsgemeinschaft an. Wer den Werdegang der Gruppe Internationale kennt und mit ihr gewirkt hat, muss ebenso enttäuscht dastehen wie am 4. August 1914 über den Zusammenbruch der S. P. D. sowie der Internationale.

Schließlich heißt der Zusammenbruch nichts weiter, als nur eine zweite große, mächtige S. P. D. zu gründen, welche demselben Ziele zusteuern soll: dem jämmerlichen Zusammenbruch und Verrat. Zwar darf man damit noch lange nicht verzweifeln an der Bewegung der Linksradiكالen. Denn wir wissen, dass die Stützen der Gruppe Internationale zuletzt auch auf Frankfurt und Dresden beruhen. Von Frankfurt schreibt der „Kampf“ in Nr. 48, dass die Arbeitsgemeinschaft selbständig vorgeht und die Gruppe Internationale nur duldet.

Die Selbständigkeit hat die Arbeitsgemeinschaft von der Gruppe Internationale gelernt, jedoch: seitdem dies der Fall ist, scheint die Internationale dieselbe verlernt zu haben.

Jedoch glaubte ich, dass auf Grund des konsequenten Handelns der Arbeitsgemeinschaft in Frankfurt, die Frankfurter und Hanauer wieder wachgerufen und sich besinnen würden auf den Kampf nach dem 4. August 1914 und ihres Erfolges.

Ähnlich scheint es den Dresdener Radikalen zu gehen, denn sie sehen jetzt ein, dass sie durch den Zusammenschluss nur zur Vorbereitung für „Futterkrippen“ für die Arbeitsgemeinschaftler gelangt sind. An Aktionen sich zu beteiligen, ist auch die Arbeitsgemeinschaft nicht geneigt. Letzten Endes ist selbst die Einigungskonferenz ein Fortschritt für die Sache der Linksradiكالen, denn dadurch wird unter der Gruppe Internationale einmal gründlich gesiebt, denn überall werden sich in Organisationen, sobald sie groß werden, verschiedene Gestalten einnisten. Hoffen wir bald eine geschlossene Organisation der Linksradiكالen entstehen zu sehen, nicht der Organisation wegen, sondern des Kampfes wegen.

# Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung.

Von M. Bronski.

## Die russische Revolution und das polnische Problem.

Der Ausbruch der russischen Revolution 1917 hat das polnische Problem gründlich und tiefgehend aufgewühlt und scharf hervorgehoben. Die Gründung des selbstständigen polnischen Staates war seinem Inhalte nach eine Kriegsmaßnahme einer Machtgruppierung, und notwendigerweise wurde sie im Einklang gebracht mit den Interessen der herrschenden Mächte. Auf alle Fälle war diese Maßnahme der Zentralmächte keine vollständige Lösung der polnischen Frage, was übrigens ganz offen von der Konservativen Presse Deutschlands zugegeben wurde, und zwar mit der Erklärung, dass dies ja eigentlich gar nicht beabsichtigt wurde.

Nun sind wir allerdings der Meinung, dass die Politik niemals Philanthropie war – und nur ein Schelm gibt mehr als er kann: Wenn die Zentralmächte auf diese Weise die polnische Frage, vor der sie der Weltkrieg stellte, zu lösen versuchten, so beweist das nur, dass eine imperialistische Macht überhaupt nicht im Stande ist, nationale Fragen anders zu lösen. Sie kann einen „Staat“, sogar einen „selbständigen Staat“ gründen, aber sie muss im eigenen Interesse danach trachten, dass sie keinen zukünftigen Konkurrenten auf der Weltbühne schafft und deswegen seine Wirtschaftspolitik, seine Militärmacht und seine selbständige Entfaltung aufs peinlichste kontrollieren – und ständig sie im Einklang mit den eigenen Interessen bringen muss. Und dies ist ja erklärlich: jeder kapitalistische Staat, wenn er wirtschaftlich selbständig, ist ein zukünftiger Konkurrent auf dem Weltmarkte, mit allen seinen militärischen und weltpolitischen Konsequenzen. Und wenn ein Teil der polnischen Bourgeoisie dazu gute Miene machte, indem sie dieser „Staatsgründung“ zujubelte, so darf man nicht vergessen, dass wirtschaftspolitisch die russisch-polnische Wirtschaft immer antideutsch orientiert war, d. h. sie empfand die deutsche Konkurrenz als die gefährlichste Konkurrenz.

Aber der Zarismus konnte die deutsche Befreiung nicht verhindern und so versuchten die politischen bürgerlichen Parteien sich dieser Lösung in einer Form zu akkommodieren, die die Folgen dieser Staatsgründung mindestens unschädlich machen sollte. Und vor allem sieht die polnische Bourgeoisie die Garantie der zukünftigen unabhängigen Entwicklung Polens in der Zusammenfassung Polens in einem kräftigen Staatsorganismus, der mit monarchischer Spitze, starker Staatsmacht und zahlreichem Heere in die Reihe der imperialistischen Staaten ihren Einzug halten will.

Die polnische, Bourgeoisie ist also bereit nolens volens auf die polnisch-russischen imperialistischen Möglichkeiten zu verzichten, unter der Voraussetzung, dass sie selbst, d. h. selbständig und unabhängig sie zu führen im Stande wäre. Dazu muss sie nicht nur ein unabhängiger Staat werden, sondern ein umfassender Staat, mit genügender Heereskraft ausgerüstet sein, sie will ein Subjekt der polnischen imperialistischen Politik werden, wenn sie auf die Erfolge der russischen imperialistischen Politik verzichten muss. In einem offiziellen Manifest an das polnische Volk vom 15. Januar 1917 hat der von der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung gewählte provisorische Staatsrat Polens diesen Gedankengang ziemlich klar dargelegt.

Bei Ausarbeitung der Staatsformen wird der Staatsrat durch den Gedanken der Notwendigkeit der Gründung in Polen einer starken, einheimischen Regierungsmacht geleitet, die sich auf die tätige Mitarbeit der breiten Volksschichten stützt.

Es ist schon eine grobe Verdunkelung der Tatsachen, wenn man vorgibt, für eine starke Regierungsgewalt zu sorgen und sich dabei auf die Mitarbeit der breiten Volksschichten stützt. Ein starke Regierungsmacht heißt doch undemokratische Regierungsmacht; dabei verspricht der Staatsrat, dass „eine zahlreiche, kriegstüchtige und wohldisziplinierte polnische Armee“, die eine „freudige und eine dringende Notwendigkeit“ ist, „zur Erringung für den polnischen Staat notwendigen und womöglich weiter Staatsgrenzen beitragen wird ...“ Solche Konsequenzen lösten bei den herrschenden Klassen Polens die Staatsgründung vom 5. November aus. Als Kind des Krieges muss der polnische Staat die Fähigkeit haben, den Krieg zu führen. Der provisorische Staatsrat in seiner Antwort auf das Manifest der russischen revolutionären Regierung spricht davon: „dass der Streit um die ausgedehnten ethnographisch zwischen Polen und Russland liegenden, in alter Schicksalsbeziehung zu Polen stehenden Länder durch die Kundgebung der russischen Regierung nicht entschieden ist“. Also bereits ein Appetit auf Litauen, Ukraine usw., d. h., wie es offiziell lautet, „nach Polen gravitierenden Länder“. Eine womöglich weite Grenze um den Staat zu ziehen, das ist bereits ein sehnlicher Wunsch dieses Kindes des Krieges.

Wenn uns nicht Wunder nimmt, dass die polnische Bourgeoisie einen selbständigen, unabhängigen, monarchischen Staat mit starker Militärmacht usw. wünscht und Hoffnungen hegt, die Staatsgrenzen weit verschieben zu können, so muss man vom proletarischen Standpunkt aus offen aussprechen, dass diese Ziele der polnischen Bourgeoisie dem polnischen Proletariat keine rosige Zukunft eröffnen und dass solche Lösung der polnischen Frage, die sich als eine eigene imperialistische Staatsambition entpuppt, keinen Beifall der polnischen Arbeiterklasse entlockt hat und entlocken konnte.

Was die polnische Arbeiterklasse als polnische Frage betrachtete, war nicht das Fehlen der selbständigen Staatsmacht, nicht das Fehlen des selbständigen Militärs, nicht der eigenen imperialistischen Expansionsgelüsten, die mit Unterdrückung der anderen Völker verbunden sind, sondern demokratische Freiheiten, die ihr erlauben würden, ihre kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen und ihr die Möglichkeit geben könnten, den Kampf um die sozialistische Umgestaltung am besten durchführen zu können. Dass die Staatsgründung in der imperialistischen Epoche solche Garantien geben könnte, war füglich zu bezweifeln.

Und nun die Revolution in Russland! Der Zarismus existiert nicht mehr. Für die polnische Gesellschaft ist diese Tatsache – zur Erfüllung deren sie übrigens nichts getan hat<sup>42</sup> – eine ungeahnte Entfaltungsmöglichkeit, eine Öffnung der breiten Straße der national-politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Sie bedeutet einerseits eine unabhängige und selbständige Herrschaft der polnischen herrschenden Klassen im Innern der polnischen Gebiete, andererseits aber die Möglichkeit der Ausnützung der imperialistischen Macht des großen Staates auf dem Weltmarkte.

Nun ist aber die russische Revolution eine Erscheinung, die verschiedene politische und soziale Aufgaben zu lösen hat, und man weiß nicht wo der Stein der Revolution, einmal ins

---

<sup>42</sup> Wenn die galizischen Sozialpatrioten mit Daszynski an der Spitze in einer Glückwunschartikel an den Petersburger Arbeiter- und Soldatendelegiertenrat schreiben: „Unser gemeinsamer Feind, der Zarismus, stürzte unter unseren gemeinsamen Schlägen“ – so ist das eine gefährliche Befreiungstheorie. Denn, wenn man Russland von außen mit Hilfe von Hötendorf und Hindenburg befreien kann, warum könnte man nicht noch anderen befreiungsbedürftigen Völker auch von außen helfen?

Rollen gebracht, Halt machen wird. Der Sturz des Zarismus war der erste Schritt der Revolution. Damit wurde aber erst eine Menge von sozialen Problemen aufgedeckt – die ihrer Lösung harren. Die Revolution brachte der Arbeiterklasse und den Bauern die Macht in die Hände. Wer wird sich wundern, wenn sie zuerst ihre sozialen Angelegenheiten in den Vordergrund stellen werden?

Die Agrarfrage in Russland ist, dank der Stolypinschen Reform eine eiternde Wunde geworden, die kaum anders geheilt werden könnte als durch Konfiskation der grundherrlichen Güter der Klöster, des Staates und des adligen Großgrundbesitzes.

Dies allein war bereits für die polnischen herrschenden Klassen ein Grund gewesen, der sie schon 1905 in die Arme der Konterrevolution warf. Schon damals hatte man Angst gehabt, derartige Stillung des Landhungers der russischen Bauern würde bei den polnischen Bauern eine Bewegung zur Nachahmung hervorrufen. Leiden doch die polnischen Bauern an ähnlicher Krankheit ... Dazu kommt noch folgendes in Betracht: Die russische Revolution – ein Werk der städtischen Arbeiterschaft – wird die politische Staatsrenovierung viel radikaler, d. h. demokratischer, vornehmen, als der Agrar- und Industriebourgeoisie Polens lieb wäre.

#### Berichtigung

In Nr. 17 der „Arbeiterpolitik“ in dem Artikel „Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung“ sind verschiedene Druckfehler, die den Text zuweilen unverständlich machen. Der Untertitel soll heißen; „Zur Naturgeschichte des Sozialpatriotismus“ (nicht des Sozialismus). Im zweiten Absatz des Artikels, erste Zeile soll es nicht „gewöhnliche“ sondern „der persönliche Verdienst“ heißen. In dem dritten Absatz zweiter Spalte, 16. Zeile von unten fehlt das Wort: Charakter, das sich jedoch in die 7. Zeile von unten unnötigerweise eingeschlichen hat. Erste Spalte, Seite 132, 3. Absatz, 21. Zeile von unten muss es statt „junge“ Nation „ganze Nation“ heißen. Dieselbe Spalte, letzter Absatz, 11. Zeile von unten spricht von „Festungsmächten“ statt von „Teilungsmächten“. Zweite Spalte, Seite 132, 3. Zeile von oben, statt „unverschuldeter“ soll „unversöhnlicher Feind“ heißen. Der ganze Satz hat folgenden Wortlaut: „Russland ist also ein unversöhnlicher Feind Polens und da Österreich-Ungarn und Deutschland sich mit Russland im Kriege befinden, so ist es die Aufgabe usw.“ [korrigiert, d. Hrsg.]

## Feuilleton

### Eine Rechtfertigung. (Schluss)

Ein Kapitel zur Psychologie der bürgerlichen Ehe von *Joh. Knief*.

Und an Liszt schreibt Wagner: „Bei allen trefflichen Eigenschaften, die meine Frau besitzt, versteht sie mich doch in meinem eigensten Wesen leider gar nicht: in dem, was ich bin und leiste, vermag die Ärmste keine Erhebung über das zu finden, was um jenes Höheren willen zu erdulden ist: sie empfindet nur das Trübe unserer Lage und vermag sich dafür durch nichts – was ich leiste – zu trösten. Ich bin ihr immer fremd. Zugleich dauert sie mich – gerade um dessen willen – aber so sehr!“ Minna konnte das Verhältnis nicht mehr befruchten. Und doch war es nicht tot. Trotz aller Erkenntnis vermochte Wagner die Ehe nicht zu lösen, und es ist die Frage, ob er es nicht tat, weil er in dem Verhältnis trotz allem noch Keime zu einer weiteren Entwicklung erkannte, oder ob es das Gefühl der Verpflichtung war, das ihn hinderte, den entscheidenden Schritt zu tun. Es ist kein Zweifel, dass Minnas Sehnsucht nach Ruhe auch in Wagner sehr lebendig war. Hierin begegneten sich beide in vollstem Verständnis, und mehr als einmal eilte Minna herzu, um irgend ein neues Heim einzurichten. Es war daneben aber

auch das Bewusstsein, sich von dieser Frau, die alle Not mit ihm geteilt hatte, nicht scheiden zu dürfen. War ehemals Minna die Überlegene, so war es nun Wagner.

Die Frau war ihm nicht mehr nötiger Bestandteil seines Lebens, und er hatte ein volles Recht, sein Verhältnis zu Mathilde Wesendonck einzugehen; ja, jedes andere seiner flüchtigen Verhältnisse hatte seine volle Berechtigung. Sie alle dienten ganz ausschließlich der Steigerung seiner künstlerischen Schaffenskraft, und keine konventionelle Form, keine Ehe durfte ihn hindern, die Frau zu wählen, die seine Welt bereichern helfen konnte. Es ist sehr bezeichnend, dass von dem Wesen Minnas, von ihrem Verhältnis zu Wagner, auch nicht die leiseste Spur in sein Werk übergegangen ist. Das Verhältnis zu Mathilde Wesendonck aber hat wie kaum ein anderes sein Schaffen befruchtet. Trotzdem löste Wagner nicht die Ehe; trotzdem blieb das Verhältnis zu Mathilde platonisch. Wagner befreite sich innerlich nie ganz von Minna. Er vermochte der Welt Minnas bei aller Gegensätzlichkeit keine neue, grundsätzlich verschiedene Welt gegenüberzustellen. War Minnas Welt kleinbürgerlich im Sinne der Aktivität, so war Wagners Welt ebenso kleinbürgerlich im Sinne der Passivität. Er gibt einmal seiner Nichte folgenden Rat: „Findest Du einen Mann, den Du lieben musst, so liebe ihn mit vollstem Herzen und ganzer Seele – und frage Gott und die Welt den Teufel darnach, was sie dazu sagen: diese Welt kann Dir nichts geben als Ärger – Du allein Dir Liebe, die alles ist, alles! und ohne die alles hohl und nichtig, tot ist! Füge Dich nie den Forderungen der Erbärmlichkeit, sondern widersetze Dich ihnen mit allem Stolze dessen Du in der Liebe zum Edlen fähig bist. Empöre Dich, wo Du kannst – gib nie einen Zoll von Deiner Überzeugung nach, und wo Du nicht siegen kannst, da lache und sei heiter!“ Was Wagner unter Liebe versteht, hat er in seinen Werken niedergelegt: es ist die Liebe, die den Verzicht auf das Leben birgt, die Liebe ohne Kampf, Tristan und Isolde, das Hohelied des Verzichts. Wagner kam innerlich nicht von Minna los, und dem Verhältnis zu Mathilde fehlte die gegenseitige Basis der Aktivität. Kurz, nachdem Wagner das Verhältnis zu Cosima v. Bülow gefunden hatte, starb Minna. Ihr Tod kam Frau Cosima sehr gelegen.

Warum aber löste Minna nicht die Ehe? Nun, sie sah in ihrem Verhältnis noch immer die Notwendigkeit ihres Daseins; sie erlebte immer wieder, wie sehr ihre mütterliche Sorge Wagner willkommen war. Darum ertrug sie alle Leiden.

Es ist selbstverständlich, dass auf Wagners Ehe und seine Liebesverhältnisse der Tratsch und Klatsch in Wolkenbrüchen niederprasselte. Wann hätten die Lästermäuler je versagt, wenn es die bürgerliche Moral und Wohlanständigkeit zu verteidigen galt. Wie haben sie dem armen Bürger mitgespielt, der die Schwester seiner Frau liebte. Was kümmerten sie sich um seine unsterblichen Mollylieder! Konnte doch selbst ein Schiller sich nicht von der Moralfexerei ganz befreien, als er jene für ihn selbst so kompromittierende Kritik über Bürgers Balladen schrieb. Und wie müht sich die bürgerliche Wohlanständigkeit heute noch ab an Goethes Verhältnis zu den Frauen, die Flecken der Unmoral aufzustöbern. Noch heute ist für sie die Frage, ob Goethe mit der Friederike Briou ein Kind gehabt hat, ungleich wichtiger als die Tatsache, dass er der Welt ein Gretchen schenkte.

Vom Standpunkt des Sozialismus lösen sich alle diese Erbärmlichkeiten in ein pures Nichts auf. Die inneren Unmöglichkeiten der bürgerlichen Ehe sind auch ohne Ibsen und Strindberg bewiesen. Und wenn schon einmal von Moral die Rede sein soll, so ist kein Zweifel, dass die ganze bürgerliche Ehe ein einziger großer Sumpf ist, aus dem die Miasmen der Verlogenheit und Unnatur in dichten Schwaden aufsteigen. Nur das Verhältnis zweier Menschen hat eine innere Berechtigung, das auf der Basis gegenseitiger Kraftentfaltung ruht, und die Liebe ist nichts weiter als unausgesetzter Kampf um die gegenseitige Förderung der aller sublimsten Regungen in der Seele von Mann und Weib auf der Grundlage gemeinsamer Weltanschauung. Fehlt diese in dem Verhältnis, so kann kein Zwang des Gesetzes, kein vor offiziellen Vertretern

des Staates abgelegtes Gelöbniß der Treue die innere Entfremdung, den inneren und äußeren Bruch aufhalten. Und nichts ist so berechtigt, als die unaufhörliche Förderung dieses Bruches, nichts so verwerflich als seine Verzögerung. Es kann kein Mittel des Kampfes geben, das nicht seine Berechtigung auf Anwendung hätte, wenn ein in sich faules Verhältnis zwischen Mann und Weib zur völligen, endgültigen Auflösung getrieben werden müsste. Wer über solchem Kampf die Nase rümpft und seine Giftdrüsen zerdrückt, der möge sehen, wie er mit sich selbst fertig wird. Wem sein Leben ein unaufhörlicher Kampf um seine Weltanschauung ist, wer seine äußeren und inneren Verhältnisse in Harmonie miteinander zu bringen trachtet, wer darüber keine Widerstände, keinen Kampf scheut, wer um seiner inneren und äußeren Wahrhaftigkeit willen den Kampf gegen eine ganze Welt aufzunehmen imstande ist: was kümmert der sich um das Gekläff der Meute, die, selbst durch allen Schmutz geschleift, letzten Endes doch nur ihr eigene Ohnmacht verkünden.

Wagner hatte ein volles Recht, sein Liebesleben auf so breiter Grundlage wie nur möglich zu stellen; dass er das Verhältnis zu seiner Frau nicht lösen konnte und dadurch dem Klatsch immer neue Nahrung gab, lag in seiner Unfähigkeit, sich seelisch ganz von seiner Frau zu trennen. Wie sie lag er in den Banden bürgerlicher Denkart, und er hat an ihren Ketten lange Jahre schwer getragen und sich an ihnen die Seele wundgerieben.

## Der Rat der Narren.

Von Juchani Achi. Aus dem Finnischen übersetzt von A. R.

Auf dem Marktplatz einer kleinen Stadt, zwischen Rathaus und Dom, sind verschiedene Folterwerkzeuge aufgestellt: Daumschrauben, Stühle und Fässer mit langen, spitzen Nägeln, glühende Zangen ...

In der Mitte des Platzes brennt ein Scheiterhaufen, bestimmt, den Ketzer aufzunehmen, wenn er sich weigern sollte, seine Irrlehren zu widerrufen.

Man schleppt den Frevler herbei.

Man hängt den Ketzer an den Händen auf und bindet schwere Bleigewichte an seine Füße. Die Sehnen drohen zu zerspringen, aber dennoch schreit der Gequälte nur: „Ich widerrufe nicht! Ich gestehe nicht! Ich gebe nicht nach! ...“

Man setzt den Ketzer auf den Marterstuhl. Die langen, spitzen Nägel wühlen sich ins Fleisch. Aber nur noch mit festerer Stimme, mit noch größerem Trotz protestiert der Gepeinigte. Er schleudert seine Anklagen gegen die Folterknechte und gegen das Volk, das ringsum steht, das die Straßen füllt und die Fenster und Dächer der Häuser dicht belagert und schweigend das Schauspiel beobachtet.

Vergeblich brennt man das Opfer mit glühenden Zangen. Es wird nicht gefügig. Es schwört nicht ab und gibt nichts zu.

Der Kardinal, der Groß-Inquisitor, der auf Befehl des Papstes selbst hergereist kam, um die Irrlehren mit den Wurzeln auszurotten, wird ungeduldig; er weiß nicht mehr, was er mit dem Unbeugsamen beginnen soll. Ein freiwilliges Lossagen vom Ketzerglauben, eine freiwillige Unterwerfung wäre ihm das angenehmste. Dadurch bliebe ihm erspart, das letzte Mittel anzuwenden: das Verbrennen des Ketzers auf dem Scheiterhaufen. Dieses letzte Mittel besitzt nämlich, wie der Kardinal weiß, in den Reihen der Oberen wenig Zuneigung.

Auf dem Balkon des Rathauses, wo er, bekleidet mit dem roten Inquisitorgewande, Platz genommen hat, lässt der Kardinal die Henker kommen. Durch sie lässt er dem Beschuldigten,



dessen Geschlecht und sogar der ganzen Stadt ewige Vergebung zusichern, für den Fall, dass er widerruft.

Mit Geringschätzung nimmt der Märtyrer die Nachricht entgegen.

Die Geduld des Kardinals ist erschöpft

In wütendem Zorn befiehlt er, dem Starrsinnigen die linke Hand abzuschlagen.

Trotzig streckt darauf der also Verstümmelte auch seine rechte Hand hin.

Und je größer die Qualen des Gefolterten, je entsetzlicher seine Leiden, umso lauter ertönt seine Proteststimme. Sie braust durch die Straßen, sie dringt durch die Wände der Gebäude, und sie ist noch weit hinter der Stadtmauer zu vernehmen. ...

Schweiß perlt auf der Stirn des Kardinals. Er hat Befehl, den Ketzer zu zwingen. Wenn nun aber alles erfolglos bleibt? Dem Inquisitor droht Ungnade bei dem Heiligen Vater und beim Kollegium der Kardinäle.

„Woher die unnatürliche Kraft?“ wendet er sich an seine Umgebung. Niemand weiß Antwort zu geben; alle anderen hatten bisher gestanden, sobald sie der Folter unterworfen wurden.

Da tritt der Hofnarr, den der Kardinal immer mit sich führt, aus dem Hintergrund und bittet um die Erlaubnis, sprechen zu dürfen.

„Rede!“ befiehlt der Kardinal.

„Verstopfen Sie dem Widerspenstigen den Mund. Das Schreien erleichtert die Leiden. Sie verdoppeln seine Pein, Sie verdoppeln seine Pein, wenn Sie ihm die Möglichkeit zum Schreien nehmen.“

Ein närrischer Rat! Wenn wir ihm den Mund schließen, dann wird er seine Sünde nicht bekennen, wird er seine Irrlehren nicht widerrufen können.“

„Schweigen heißt gestehen!“

„Du bist gescheit, Narr“, rief freudig der Groß-Inquisitor, „Dein Rat ist genial!“

Der Rat des Narren wird sofort ausgeführt. Der Mundschließer ist angelegt und die Enden des Strickes sind in einen Knoten im Nacken des Delinquenten festgeknüpft.

Und ob man den Ketzer jetzt an das Gerüst hängt, ob man ihn auf den Marterstuhl setzt und ihn mit glühenden Zangen brennt – er schweigt.

Als aber das Volk seine Stimme nicht mehr vernimmt, schreckt es plötzlich aus seiner Gleichgültigkeit empor und beginnt selbst zu schreien. Von dem Platz, auf den Straßen, aus den Fenstern und von den Dächern der Häuser ertönt ein vereinter, gewaltiger Schrei, der alles erzitternd macht: „Widerrufe nicht! Gib nicht nach! Gestehe nicht!“

Und er gestand nicht. Zwar wurde er zum Schweigen gezwungen, doch das Schreien des Volkes erleichterte ihm seine Qualen und gab ihm Mut.

Er starb unter den Händen der Henker.

Und nun erschütterte ein Donnerschrei, ein Schrei des Jubels die Luft: „Er hat nicht widerrufen! Er hat nicht gestanden! Nicht nachgegeben hat er!“

In sinnloser Wut rauft sich der Kardinal das Haar.

Der Narr aber lacht schadenfroh: Das war *sein* Rat, der das *ganze* Volk zwang, die Stimme zu erheben, weil man *einen* zum Schweigen brachte.

## Lesefrüchte.

Im Innern der Staaten selbst, wo die Menschen zur Gleichheit unter dem Gesetze vereinigt zu sein scheinen, ist es großen Teils noch immer Gewalt und List, was unter dem ehrwürdigen Namen des Gesetzes herrscht; hier wird der Krieg umso schändlicher geführt, weil er sich nicht als Krieg ankündigt, und dem Befehdeten sogar den Vorsatz raubt, sich gegen ungerechte Gewalt zu verteidigen. Kleinere Verbindungen freuen sich laut der Unwissenheit, der Torheit, des Lasters und des Elends, in welche die größeren Haufen ihrer Mitbürger versunken sind, machen es sich offen zum angelegensten Zwecke, sie darin zu erhalten, und sie tiefer hineinzustürzen, damit sie dieselben ewig zu Sklaven behalten; – und jeden zu verderben, der es wagen sollte, sie zu erleuchten und zu verbessern.

\*

... „Des Menschen grausamster Feind ist der Mensch. Noch durchziehen gesetzlose Horden von Wilden ungeheure Wüsteneien; sie begegnen sich in der Wüste und werden einander zur festlichen Speise; oder, wo die Kultur die wilden Haufen endlich unter das Gesetz zu Völkern vereinigte, greifen die Völker einander an mit der Macht, die ihnen die Vereinigung gab und das Gesetz. Den Mühseligkeiten und dem Mangel trotzend, durchziehen die Heere friedlich Wald und Feld; sie erblicken einander, und der Anblick von ihresgleichen ist des Mordes Losung. Mit dem Höchsten, was der menschliche Verstand ersonnen, ausgerüstet, durchschneiden die Kriegsflotten den Ozean durch Sturm und Wellen, hindurch drängen sich Menschen, um auf der einsamsten unwirtbaren Fläche Menschen zu suchen; sie finden sie, und trotzen der Wut der Elemente, um mit eigener Hand sie zu vertilgen.“

## Aphorismen.

Eben die Religion, welche Demut, Menschenliebe und Geduld lehrte, setzte sich mit Feuer und Schwert fest. Die Diener der Altäre, welche Heiligkeit und Armut zum Lose haben sollten, führen ein ärgerliches Leben; sie erwarben sich Reichtümer, wurden ehrsüchtig, und einige von ihnen sogar mächtige Fürsten. Der Papst, der ursprünglich von den Kaisern abhing, maßte sich Macht an, diese ein- und abzusetzen, er blitzte mit dem Bannstrahl, belegte Königreiche mit dem Interdikt und ging so ungeheuer weit, dass endlich die Welt auf irgendeine Art gegen so viele Missbräuche sich empören musste.

\*

Eine Gesellschaft kann nicht ohne Gesetze, aber wohl *ohne* (positive) Religion bestehen.

---

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen

Arbeiterpolitik 23/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 9. Juni 1917.

Nr. 23

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Über die Bedeutung einer linksradikalen Partei

Die Gruppe „Internationale“ verzichtete auf die Gründung einer linksradikalen Partei. Sie hat es jetzt leicht, über die Bestrebungen der Bremer, Hamburger und Berliner Gruppen zu spotten. Sie weiß sehr wohl, dass aus drei oder einem halben Dutzend Ortsgruppen noch keine Partei gebildet werden kann. Sie muss aber ebenso gut wissen, dass, um im Sinne der linksradikalen Taktik tätig sein zu können, schon eine einzige Ortsgruppe genügen kann. Wir brauchen sie nur an ihre eigenen Anfänge zu erinnern. Die Gruppe Internationale hat es zwar verstanden, ihre Anhängerschaft aus weiten, wenn auch längst nicht allen Teilen des Reiches an sich zu ziehen. Sie hat organisatorisch, den Verhältnissen entsprechend, gut gearbeitet. Sie hat sich in der Berliner Leitung eine Art Parteivorstand geschaffen, dessen Wille einstweilen für die ganze Gruppe maßgebend ist. Sie hat eine ausgesprochene Führerbewegung wieder ins Leben gerufen, die sich von der alten Bewegung nur dadurch unterscheidet, dass sie ihre Taktik auf ein anderes Ziel lenkt.

Und gerade ihre Eigentümlichkeit als Führerbewegung hat die Gruppe Internationale in erster Linie bewogen, in Gotha auf die Selbständigkeit zu verzichten und sich der Partei der Unabhängigen anzuschließen. Man fürchtete, die Führer zu verlieren, und man hielt damit die neue Partei und die ganze Bewegung für verloren. Nun ist es zwar ein etwas sonderbarer Widerspruch, von den Arbeitsgemeinschaftlern zu verlangen, die Besten zu spielen, die in den Riss der Zeit zu springen haben, selbst aber hinter wohlbesetzten Türen zu sitzen und den heiligen Synod vor Feuer und Licht zu bewahren, damit ihm nur ja kein Schaden geschieht. Allein das ist nicht das Entscheidende an dieser hochweisen diplomatischen Taktik. Diese von der Gruppe Internationale verbreitete Auffassung von der Bedeutung des Führertums unterscheidet sich in nichts von der Auffassung der alten Partei über diese Frage und sie widerspricht in allem der Auffassung der Linksradikalen über die Massenaktionen.

Entweder man bekennt sich zu der Taktik der Massenaktionen – dann kann man ihr Wohl und Wehe unmöglich von dem Wohl und Wehe einiger Führer abhängig machen. Oder aber, man teilt den Standpunkt der Gruppe Internationale in der Führerfrage – dann verkennt man das Wesen der Massenaktionen. Und uns will scheinen, dass sich die Berliner Leitung – es ist allgemach üblich geworden, sie als die Gruppe Internationale zu bezeichnen – gerade in diesem Punkte erhebliches geleistet habe. Sie ist, wie die alte Partei, der Meinung, dass nur

große organisierte Massen die Massenaktionen bewerkstelligen können. Sie sieht nicht, dass die neuen Organisationen nur aus diesen Aktionen selbst geboren werden können. Jede Parteibildung auf der alten Grundlage der bloßen Organisationstätigkeit, ohne den Kampf, könnte nur zu einer verschlechterten Auflage der alten Organisationen führen. Und keinem andern Zwecke hätte die neue linksradikale Partei dienen können als dem des offenen Kampfes. Darin allein lag und liegt in aller Zukunft ihre Bedeutung.

Indem wir die Gründung der eigenen Partei propagierten, waren wir uns der Konsequenzen für die äußeren Formen dieser Partei in vollem Umfange bewusst; aber wir wussten auch die Wirkung einzuschätzen, die der Kampf der Partei selbst sowohl, als auch vor allem der Kampf gegen sie auslösen mussten. Und wir wussten, dass in diesen Kämpfen die Führer der Bewegung sich immer wieder neu bilden, sich aus der Bewegung selbst immer wieder ergänzen würden. Indem die Gruppe Internationale die ganze Bewegung auf die einmal vorhandenen „Führer“ stellt, die freilich auf diese Bezeichnung im Ernste nicht eher Anspruch erheben können, bis sie sich im Kampfe erprobt haben, zieht sie in den Massen wieder die alte Auffassung von der Führerrolle groß, lähmt sie das Vertrauen der Massen in ihre eigene Kraft. Darum ist das Verhalten der Gruppe Internationale in seinem innersten Kern konterrevolutionär.

Allein, es besteht noch ein bemerkenswerter Widerspruch zwischen dem Verzicht der Gruppe Internationale auf die Gründung einer eigenen Partei und ihrer ganzen bisherigen positiven Tätigkeit und Agitation. Diese Tätigkeit ging von der Auffassung aus, dass die objektiven Verhältnisse die Arbeiterschaft für die neue Taktik reif machen werden, ja, dass diese Reife schon jetzt einen so hohen Grad erreicht habe, dass die neue Taktik in der Arbeiterschaft auf allgemeines Verständnis stoßen werde. Es ist zwar bekannt, dass gerade diese Auffassung in den Reihen der Gruppe Internationale selbst dem größten Widerspruch begegnet ist und dass es nicht die schlechtesten unter ihren Anhängern waren, die in dieser Auffassung eine Art Revolutionsromantik sahen und sie infolgedessen ablehnten. Jedenfalls aber sind die führenden Elemente der Gruppe auf diese Weise nicht selten aufs äußerste exponiert worden, und noch die allerjüngste Vergangenheit hat die Wirkung dieser schematisch verallgemeinerten Taktik in einer der Berliner Leitung besonders nahestehenden Mitgliedschaft offenbart. Sehr zum Verdruss der Mitgliedschaft selbst. Der Widerspruch nun besteht einmal darin, dass auf der einen Seite die Sorge um die Führer so groß ist, dass man sie nicht exponieren möchte; dass auf der andern Seite aber diese selben Führer unausgesetzt exponiert werden.

Der Widerspruch besteht zum andern aber darin, dass auf der einen Seite mit der Reife der Arbeiterschaft für die neue Taktik gerechnet wird, dass ihr auf der andern Seite aber nicht die Fähigkeit zugetraut wird, eine eigene linksradikale Kampfpartei in dieser oder jener Form zu bilden. Die Gruppe „Internationale“ hat, indem sie sich in diese Widersprüche verstrickte, bekundet, dass sie einen Gegensatz zwischen Partei und Bewegung erblickt. Für sie ist die Partei das Rekrutierungsfeld und ein gewisser Schutz nach außen hin. Die Bewegung aber spielt sich außerhalb der Partei ab. Für uns sind Partei und Bewegung ein und dasselbe. Die Gründung einer eigenen linksradikalen Partei wäre nur ein anderer Ausdruck gewesen für den politischen Reifegrad der deutschen Arbeiterklasse und für ihren Willen zum Kampfe um den Sozialismus. Die neue Partei selbst aber hätte die Avantgarde in diesem Kampfe gebildet.

Wenn es nun nicht zur Bildung der selbständigen Partei gekommen ist, so hat das letzten Endes seinen Grund darin, dass die deutsche Arbeiterklasse in ihrem jetzigen Zustande noch nicht fähig ist, eine eigene proletarische Politik zu treiben. Nur einige wenige Gruppen sind fähig und willens dazu. Sie haben sich denn auch folgerichtig von dem Zusammenschluss mit dem Parteizentrum, dessen Politik sie immer wieder zu Zugeständnissen an das Bürgertum

und vor allem zum Verzicht auf den eigenen, selbständigen Kampf zwingen musste, ferngehalten. So entspringt die Taktik der Gruppe Internationale, diese Neuauflage der Kautskyschen Cunctatortaktik, objektiven Verhältnissen. Und es wird nur eine Frage der Zeit sein, wann die entschiedene Opposition in Deutschland auf breiterer Basis den eigenen Kampf führen und damit die Notwendigkeit der eigenen Parteigründung einsehen wird.

Vom Standpunkt der Massenaktionen ist die eigene linksradikale Partei eine unbedingte Notwendigkeit. Wie gewaltig ihre Bedeutung in Zeiten großer Umwälzungen ist, lehrt nichts so eindringlich, wie die Geschichte der der französischen Revolution. Wir werden in einem späteren Artikel noch auf die Parteiverhältnisse in den revolutionären Kämpfen der Vergangenheit zurückkommen. Für heute nur so viel, dass in revolutionären Zeiten die verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft ihre Interessen mit äußerster Rücksichtslosigkeit vertreten und es für den Fortgang der Bewegung von größter Bedeutung ist, ob diese Interessenvertretung sich erst im Verlauf der Bewegung selbst herausbilden und die Bewegung so durch fortgesetzte Spaltungen und innere Kämpfe lähmen muss, oder ob sie sich schon vor Beginn der Bewegung in möglichster Klarheit entwickelt haben. Die gegenwärtige russische Revolution zeigt in dem Vorhandensein der Bolschewiks die unermessliche Bedeutung selbständiger linksradikaler Organisationen für den proletarischen Befreiungskampf. Es ist anzunehmen, dass die deutsche Arbeiterklasse auf lange Zeit unfähig sein wird, in der Vorhut der proletarischen Internationale zu kämpfen. Der Standpunkt der Gruppe Internationale entspricht im Ganzen dem gegenwärtigen Zustand der deutschen Arbeiterklasse.

## Stockholm-Illusionen.

Eine tiefe Friedenssehnsucht geht durch die Völker. Ein millionenfacher Schrei nach einem Ende des Entbehrens, des Leidens, der Qual durchhallt die Länder, ein Schrei nach Erlösung von dem Golgatha, auf dem die Menschheit täglich aufs Neue gekreuzigt wird. Seit langem schon.

So verzehrend die Sehnsucht nach dem Frieden in den Volksmassen, so verschwommen die Erkenntnis über den Weg, der zum Frieden führt. Wie die großen Massen in allen Völkern und in allen Gesellschaftsschichten vor drei Jahren vom Ausbruch des Krieges überrascht wurden, wie sie sich bald fatalistisch den Sturzwellen eines blindwütenden Schicksals überließen, bald leidenschaftlich einzelne Männer anklagten, Teufel, die von Ministersesseln auf ihr Werk der Zerstörung herabgrinsten, so klammerten sie sich später an jede Ausgeburt des Aberglaubens, blickten sie voll seliger Erwartung auf jeden Schwärmer, jeden Scharlatan, der sich die Pappflügel des Friedensengels umschnallte. Jedem Brettchen auf dem tosenden Ozean vertraute man seine Hoffnung an, jedem nekromantischen Rechenkunststück, jedem Mister Humbug, der mit seiner Friedensflottille das Kielwasser der Dreadnoughts kreuzte, jedem Schalmeientriller Wilsons, der hinter seinem Schäfermantel die Schlünde der Kanonen verbarg. Auf jedes neue Grab ward das Reis der Hoffnung gepflanzt. Die neue Hoffnung ist: *Stockholm*.

Was die Generäle mit den Waffen, was die Diplomaten mit ihren Pfiffen nicht fertiggebracht, die Führer der alten Sozialdemokratie sollen es mit Resolutionen vollenden, den Frieden. Die Führer der alten Sozialdemokratie, sie, die sich in den Kriegsstrudel hineinreißen ließen, die ihr innerstes Wesen verleugneten! Wenn alle Blüenträume reifen, wird Herr Scheidemann neben Renaudel, Viktor Adler neben Henderson, Vandervelde, der Minister des Krieges neben dem Bohaniy sitzen, der schon vor einem Jahrzehnt die ungarische

Sozialdemokratie in den Sumpf schmutzigster Korruption führte. Und weiter: Haase neben Ebert, Longuet neben Guesde, Tscheidse neben Plechanow und so fort mit Grazie; sie alle assistiert von den sogenannten neutralen Parteiführern, die selber in ihren Ländern die proletarischen Grundsätze verlassen haben und von den imperialistischen Strömungen an dieses oder jenes Ufer geworfen wurden. Diese Leute sollen eine Verständigung zwischen den Völkern und ihre Regierungen zustande bringen. Aber sie können sich selber nicht verständigen, denn jeder von ihnen spricht eine andere Sprache. Die alte Internationale hat ihr Babel gefunden; Mars, der Kriegsgott, hat ihre Sprache verwirrt.

Was kann die Stockholmer Konferenz leisten? Was wird sie tun? Es ist kein Zweifel, dass erst einmal die imperialistischen Gegensätze der verschiedenen Kapitalistengruppen, deren Vertreter die Herren sind, aufeinanderplatzen werden. All die Schlagworte, die zur nationalistischen Verhetzung nötig sind und in deren Gebrauch jeder von ihnen geübt ist, wie der Aisnekämpfer im Handgranatenkampf, werden sie einander an den Kopf werfen. Die gegenseitigen Vorwürfe über die Barbarei der Kriegführung, all den jahrelang gesammelten Groll werden sie sich von der Leber reden.

Natürlich werden sie das, Routiniers, die sie sind, in Vorkonferenzen und vertrauliche Sitzungen abmachen. Rechtzeitig werden sie sich ihre wackelige Stellung in der Arbeiterschaft ihrer Länder erinnern und sie werden die rührende Szene aufführen, die auf der zweiten Zimmerwalder Konferenz für die Tagung der alten Internationalen prophezeit worden ist: *die gegenseitige Amnestie*. Gegenseitig werden sich die Sozialpatrioten aller Länder von Schuld und Fehle freisprechen, werden sie sich testieren, dass sie richtig handelten, als sie aufeinander losschlügen, dass sie ebenso gute Sozialdemokraten als Patrioten seien. Diese Brutusse und Cassinusse, mit den verschiedensten Trikoloren geschmückt, werden am Ende finden, dass sie alle, alle ehrenwert sind. Und die Zentrumsleute werden untereinander dasselbe tun. Diese Komödie ist die Vorbedingung jeder Verhandlung über die Friedensfrage. Besonders kläglich muss sie werden, wenn Rechte und Zentrum tatsächlich zusammen tagen wollen. Da wird sich das Zentrum zu widerlichen Ehrenerklärungen gezwungen sehen. So wird das erste Ergebnis der Stockholmer Konferenz auf den Versuch einer frechen Düpierung und Verwirrung der Massen hinauslaufen.

Aber diese künstlich verkleisterten Gegensätze werden sofort wieder aufbrechen, wenn sich die Konferenz ernsthaft an die Friedensfrage heranmacht. Die Friedensfrage ist ein Konglomerat aller möglichen Fragen: Elsass-Lothringen, Belgien, Polen, Serbien, die Türkei, die Kolonien, die Freiheit der Meere, der Militarismus, die Demokratisierung der Staaten u. a. m., alles Klippen, an denen die Verständigung scheitern kann. Denn die Herren sprechen verschiedene Sprachen, und das Volapück der Täuschung hilft nicht weit. Da die Herren aber die Blamage vermeiden und etwas schaffen müssen, so wird herauskommen ein dünner Aufguss dürren Gemüses, große Worte, große Gesten ohne inneren Gehalt, ein friedensduseliger Appell. Ein Appell an wen?

Irgendwelche Macht, den Frieden herbeizuführen, haben solche Konferenzen nicht. Macht haben die Regierungen und die Völker. Die Regierungen, indem eine Partei die andere zum Nachgeben zwingt, sei es durch die Gewalt der Waffen, sei es durch Seesperre oder U-Bootkrieg, oder aber indem beide Seiten durch die Furcht vor der allgemeinen Erschöpfung und andere Besorgnisse zu einem Kompromiss gezwungen werden. Keiner dieser Friedensschlüsse kann den Interessen des Proletariats dienen. Abgesehen davon, dass jede Vergewaltigung eines Volkes die Arbeiterklasse am schärfsten treffen würde, wird in dem einen Falle der Revanchegedanke, in dem anderen das unbefriedigte Streben nach Weltmacht zu neuem Wettrüsten, zu neuen Konflikten führen. Der Friede der Regierungen kann nur ein Waffenstillstand sein.

Die in Stockholm versammelten Sozialpatrioten haben sich nicht nur den Weg zu den Völkern verrammelt, sie sind jeder Bewegung der Arbeitermassen in den Rücken gefallen und haben durch die union sacree die gegenwärtige Schwäche der Völker verschuldet, ihren Willen durch Opiat paralytisiert. Ihr Appell kann sich nur an die Regierungen wenden. Der Friede von Stockholm, der Scheidemannfriede, ist der Friede der Regierungen mit dem Ausblick auf den Krieg von morgen.

Zugleich wird in Stockholm die dritte Zimmerwalder Konferenz tagen. Sie wird den Klärungsprozess im internationalen Proletariat spiegeln, der namentlich durch die Spaltung der deutschen Partei und die russische Revolution, vorwärtsgetrieben worden ist. Auch ihre Hauptaufgabe wird die Friedensfrage bilden. Wohl kann auch sie den Frieden ebenso wenig herbeiführen, wie die Konferenz der Sozialpatrioten. Aber sie wird sich grundsätzlich von jener unterscheiden, denn sie wird an die Völker appellieren.

## Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung.

Von M. Bronski. (Schluss.)

Wie gern sie auch den Sturz des Zarismus gesehen haben mögen, so sind jedoch die sozialen und politischen Begleiterscheinungen und Konsequenzen derart, dass sie sich gegen ihre Einschleppung nach Polen energisch einsetzen werden. Bereits hat man schon auf die Proklamation der russischen provisorischen Regierung in diesem Sinne geantwortet.

Diese Haltung der herrschenden Klassen Polens gegenüber der russischen Revolution, die darauf hinausläuft, dass man in ihr nur die Möglichkeit des Herrschens über das eigene polnische Volk begrüßt und entsprechende staatliche Formulierung dieser Wünsche anstrebt, zwingt die polnische Arbeiterklasse in ihrem Klasseninteresse solche Stellung einzunehmen, die ihr ermöglichen wird, an den Erfolgen der russischen Revolution teilzunehmen; nicht nur die Lasten und Opfer des Weltkrieges zu tragen, sondern auch an den ungehofften Resultaten des Krieges zu genießen.

Das polnische Problem in der jetzigen Epoche der imperialistischen Weltkriegerschütterungen besteht für die polnische Arbeiterklasse eben darin, sich um den historischen Fortschritt, der die Revolution als Folge des Weltkrieges mit sich bringt, nicht betrügen zu lassen.

### Die russische Revolution und die polnische Frage.

Die russische Revolution, deren erster Akt der Sturz des Zarismus war, zwingt die polnische Sozialdemokratie zur neuen Formulierung ihrer Antwort auf die polnische Frage. Solange der Zarismus die unterdrückten Völker in seinen Krallen hielt, so lange war es für die polnische Arbeiterklasse die einzig mögliche Lösung: Kampf mit dem Zarismus, für die demokratische Republik. Nun ist diese Aufgabe einstweilen gelöst, und die demokratische russische Republik offeriert den Polen – die Freiheit, laut Selbstbestimmungsrecht. Was soll die polnische Arbeiterklasse darauf antworten?

Vor allem wäre noch die Frage von der tatsächlichen Existenz der demokratischen Republik in Russland zu beantworten. Die russische demokratische Republik existiert so weit, soweit eine starke proletarische Macht besteht, die sie verteidigen kann. Und von diesem Standpunkte aus hat auch die polnische Arbeiterklasse ein eminentes Interesse daran, die

Sicherheit dieser Republik zu wahren und ihre Existenz zu schützen, wobei ihr demokratischer Charakter aufrechtzuerhalten wäre.

Wie kann die polnische Arbeiterklasse in ihrem eigenen Interesse diese politische Aufgabe am besten erfüllen? Die polnische Sozialdemokratie hatte von Anfang an die polnische Frage vom proletarischen Klassenstandpunkt aus betrachtet. Die polnische Frage war für sie eine Frage der Wegräumung aller nationalkulturellen Hindernisse auf seinem Kampfwege zum Sozialismus. Es war ihre Aufgabe, ein politisches Programm auszuarbeiten, wie und auf welchem Wege diese Wegräumung nationalkultureller Hindernisse von der polnischen Arbeiterklasse möglich wäre. Bei Aufstellung eines politischen Programms musste man von den tatsächlichen Entwicklungstendenzen der polnischen Gesellschaft ausgehen und sich nicht begnügen, alle Herrlichkeiten der Welt als Programmforderungen des Proletariats aufzustellen. Dadurch eben unterscheidet sich ein auf realer Basis der Wirklichkeit aufgebautes Programm der Sozialdemokratie von den kleinbürgerlichen Sozialisten.

Die proletarischen Forderungen müssen kalisierbar sein, d. h., sie müssen wirkliche Klasseninteressen sein, für die das Proletariat den Kampf führen muss. „Denn“, wie Genossin *Luxemburg* richtig bemerkt, „die Dialektik der geschichtlichen Entwicklung bringt es mit sich, dass gewöhnlich indem sie die bisherige traditionelle Form der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse untergräbt und auf die Seite schiebt, neue Formen ihrer Befriedigung schafft. Diejenigen Interessen jedoch, für die die gesellschaftliche Entwicklung keine realen Grundlagen schafft, sind eben im Grunde genommen, wenn man näher hinsieht, entweder Interessen, die veraltet oder bankrott geworden sind, oder gar ausgeklügelte Interessen.“<sup>43</sup> Von diesem Standpunkt aus hat die polnische Sozialdemokratie schon am Anfang ihrer politischen Tätigkeit das Programm aufgestellt, in dem sie sich gegen die Forderung des unabhängigen polnischen Staates ausgesprochen hat als eine Kampfforderung der polnischen Arbeiterklasse.

„Das Bedürfnis, ein Apparat eines unabhängigen Klassenstaat, der doch ein Organ der Unterdrückung der Arbeiten sein wird, ist in den jetzigen Verhältnissen angesichts der Unmöglichkeit der Realisation nur eingebildetes Bedürfnis der Arbeiterklasse, der kleinbürgerlichen Ideologie entnommen ...“ schrieb 1905 R. Luxemburg in der oben zitierten Sammlung. Nicht, weil Polen „ökonomisch“ als selbständiger Staat nicht existieren könnte; eine Argumentation, die man öfters als eine sozialdemokratische Begründung mit viel „Wissenschaftlichkeit“ zu bekämpfen suchte. Die Sozialdemokratie hat nie solch ein absurdes Argument benutzt, denn wenn es soziale Kräfte für die Erkämpfung eines selbständigen polnischen Staates wären, so würde dies schon eine genügende Garantie für die Möglichkeit der Existenz gewesen sein.

Die Frage, ob ein kapitalistischer Staat existieren kann oder nicht, ist vor allem, ob die anderen imperialistisch-kapitalistischen Staaten das zulassen werden, und nicht die zahlenmäßige Feststellung, dass Polen so und so viele Arbeiter und Bauern, so und so viel Kohlen, Eisen, Kapital usw. besitzt. Darum hat die polnische Sozialdemokratie in ihrer Taktik, in ihrem politischen Kampf nichts von der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Existenz des selbständigen polnischen Staates gesprochen, sondern festgestellt, dass die polnische Arbeiterklasse kein Bedürfnis hat, um einen kapitalistischen Klassenstaat zu kämpfen, da die kapitalistischen Grundlagen für den Kampf um den Sozialismus bereits in den Teilungsstaaten vorhanden sind. Was fehlte, war die demokratische Freiheit in Russisch-

---

<sup>43</sup> Vorwort der Sammlung der Artikel über: Polnische Fragen und sozialistische Bewegung. Krakau 1905. (Polnisch.)



Polen, die nicht nur die elementarsten Bürgerrechte bringen muss, sondern auch die nationalkulturelle Selbständigkeit bringen wird. In diesem Sinne wurde der Kampf gegen den Zarismus zusammen mit den russischen Proletariern geführt.

Nun kam der Weltkrieg, und als eine politische Konsequenz kam einerseits die Proklamierung des polnischen Staates seitens der Zentralmächte, und zweitens die russische Revolution mit der Proklamierung des verklausulierten Selbstbestimmungsrechts der Nation, was für Polen eine Möglichkeit der Selbständigkeit einschließt. Welche Kampfperspektiven wurden dadurch für die polnische Arbeiterschaft eröffnet? Darauf ist kurz zu antworten: wie früher der Zarismus es war, den zu bekämpfen es galt, so ist es jetzt für die polnische Arbeiterklasse der Imperialismus, der auf dem Wege steht zur Befreiung des polnischen Proletariats. Und die polnische Frage in dieser Epoche des Imperialismus bedeutet für die polnische Arbeiterklasse: wie und auf welchem Wege wird der Imperialismus am erfolgreichsten bekämpft?

Dass die Gründung eines unabhängigen Staates mit wohlwollender Hilfe imperialistischer Nachbarstaaten keine Lösung der polnischen Frage vom Standpunkte des Proletariats ist, wird jedem einleuchten. Die jetzigen Verhältnisse und Ideale der polnischen herrschenden Klassen, die sich um den provisorischen Staatsrat gruppieren, illustrieren dies zur Genüge.

Ein unabhängiger selbständiger polnischer Staat inmitten der imperialistischen Kolosse, ist nach außen hin ein Spielzeug in ihren Händen und nach innen eine militärische Halbdespotie, die für die militärische Verteidigung der „Selbständigkeit“ alle wirtschaftlichen Kräfte des Volkes in Anspruch nehmen wird. Dabei wird die ständige Tendenz vorhanden sein, durch Erweiterung der Grenzen die relative Selbständigkeit zu erlangen. Und so kommt es klar zum Vorschein, worin das polnische Problem in der Epoche des imperialistischen Wettstreites besteht. Die polnische Bourgeoisie würde eine Lösung finden, indem ihr die Möglichkeit gegeben würde, einerseits die Herrschaft im Inneren selbständig und unabhängig über das eigene Volk auszuüben und andererseits ihre imperialistischen Ambitionen, sei es selbständig als militärischer Staat mit genügend Kanonenfutter ausgestaltet, sei es als ein selbständiger Teil eines Großstaates, die Erfolge der imperialistischen Politik zu genießen und sie beeinflussen zu können. Zu diesem Zwecke würde sie auch den Kampf des eigenen Proletariats gegen die imperialistischen Kräfte des Großstaates auch zu unterbinden suchen.

Welche politischen Formen diese Ziele und Wünsche der polnischen Bourgeoisie auch annehmen werden, ist für uns gleichgültig. Je schärfer sie die Idee der vollständigen Unabhängigkeit verteidigen werden, desto greller kommt der eigentliche soziale Inhalt in ihren politischen Idealen zum Vorschein: Die russische Revolution soll in ihrem sozialen Inhalt auch die Grenzen der bürgerlichen Demokratie überschreiten und an den Grundpfeilern des weltstaatlichen Imperialismus nicht rütteln. Anscheinend nur um polnische Angelegenheiten besorgt, sorgt die polnische Bourgeoisie in ihren polnischen Forderungen um die imperialistischen Möglichkeiten. So steht die polnische Frage für die herrschenden Klassen Polens jetzt, in den Zeiten der imperialistischen Ära, die durch die russische Revolution durchbrochen ward. Für die polnische Arbeiterklasse liegt die Lösung des polnischen Problems in entgegengesetzter Richtung.

Wenn für die polnischen herrschenden Klassen die polnische Frage als Möglichkeit der imperialistischen Entwicklung bedeutet, so ist für die polnische Arbeiterklasse die polnische Frage die Frage des Sozialismus. Der Weg zum Sozialismus führt durch den Kampf mit dem Imperialismus. Wenn die polnische Bourgeoisie bestrebt ist, die russische Revolution zu schwächen, um sie in ihrem Drang gegen den Imperialismus aufzuhalten, so sind wir gegenteiliger Ansicht.

Solange der Imperialismus nicht abgewirtschaftet hat, solange kann die polnische Frage für das polnische Proletariat nicht anders gelöst werden als im Kampfe gegen den Imperialismus. Eine Staatsgründung ist so lange keine Lösung der polnischen Frage, solange dadurch nur imperialistische Mächte und Gefahren gezüchtet werden. Nur dann, wenn diese Gefahren nicht vorhanden sein werden, d. h. in der Epoche der sozialen Revolution, würde die polnische Frage als eine Möglichkeit der freien und ungehinderten Genießung der naturalen und kulturellen Güter für das ganze Volk, ohne andere Völker unterdrücken zu müssen, gelöst werden.

## Zur Frage des Parlamentarismus.

Die Gefährlichkeit des gewerbsmäßigen Parlamentarismus.

Von Rittinghausen<sup>44</sup>

Volksvertretung ist nichts als Fiktion. Der Abgeordnete vertritt nur sich selbst, denn er gibt seine Stimme und handelt seinem eigenen Willen gemäß und nicht laut dem Willen seiner Auftraggeber. Er kann für seine Person ja sagen, wo die anderen nein sagen würden, und er tut das auch in den meisten Fällen. Die Vertretung des Volkes ist somit aufgehoben, wenn man darunter das beständige Zuwiderhandeln gegen das Interesse und die Meinung des Volkes nicht verstehen will.

Sollte sich jedoch unter den Abgeordneten wirklich ein weißer Rabe, ein wahrer Volksvertreter vorfinden, so wäre trotzdem nur ein kleiner Bruchteil des Volkes vertreten, und auch dieser Teil würde nicht zur Geltendmachung seiner Interessen kommen, wenn sich im Abgeordnetenhaus die Mehrheit der übrigen Abgeordneten dagegen erklären würde.

Bei den Wahlen hat der Intrigant stets Vorteil gegenüber einem Ehrenmann, da er über eine Auswahl von Mitteln gebietet, die der Ehrliche verabscheuen muss. Die Dummheit triumphiert über das Talent, denn drei Viertel der Wähler geben ihre Stimme ab, ohne ihre Kandidaten zu kennen, oder ihn beurteilen zu können. Folglich ist bei dem Repräsentativsystem schon die Wahl an sich eine grobe Täuschung.

Im Parlament ändern viele ehrenwerte Personen ihren Charakter; der Mensch mag noch ehrlich sein, im Parlament lernt er seine Überzeugung in den allermeisten Fällen verleugnen. Das parlamentarische System enthält eine Unzahl von Versuchungen, denen ein Irdischer nicht ausgesetzt werden darf. So z. B. die Versuchung, sich zu bereichern, sich und seine Familie auf Kosten der Wähler zu erhöhen, ohne damit ein gesetzlich strafbares Verbrechen zu begehen. Hierdurch entstehen fortwährende Meinungswechsel in den Reihen der Gewählten, sodass es zu einer Majorität uneigennütziger Vertreter fremder Interessen niemals kommt.

Die Furcht, nicht wiedergewählt zu werden, greift bei einem dieser schlimmen Vertreter nicht Platz, denn je mehr er seinem Mandate zuwiderhandelt, desto sicherer ist ihm die Gewissheit, wieder ins Parlament zu kommen, sei es auch mit Hilfe irgend einer korrumpierten Volksvertretung, die ganz zu Diensten der Regierung steht. Auf diese Weise bringen es die verwerflichsten Abgeordneten zur längsten gesetzgeberischen Karriere und

---

<sup>44</sup> Rittinghausen war Mitglied des Frankfurter Volksparlaments von 1848. Er ist ein durchaus bürgerlicher Demokrat gewesen, aber ein Demokrat, wie wir sie heute nicht mehr finden.

überleben alle Regimewechsel. Es wäre nicht schwer, Beispiele zu zitieren, man hätte unter vielen bekannten Namen zu wählen.

## Erklärung.

Die Nr. 52 des „Kampf“ vom 1. Juni bringt einen längeren polemischen Artikel gegen die „Arbeiterpolitik“, in dem „einige tatsächliche Unwahrheiten“, die sich die „Arbeiterpolitik“ gegenüber der Gruppe Internationale geleistet haben soll, berichtet worden sein sollen. Da der Artikel auf keinen der wesentlichen Punkte, die wir in unserer Polemik gegen die Gruppe Internationale behandelte, eingeht, sondern sich in der Hauptsache an einzelne Ausdrücke der „Arbeiterpolitik“ hängt, um mit Liebenswürdigkeiten wie „ungewöhnliches Schwadroniertalent“, „ungewöhnlicher Mangel an Wahrheitsliebe“, „Beschimpfungen“, „unterschlagen“, „unverschämte Lügnerin“ herumfuchteln zu können, so verzichten wir auf eine Widerlegung des Artikels im Einzelnen. Der kritische Leser beider Zeitschriften wird ohnehin beurteilen können, wo und ob wir irrten.

Nur auf zwei Punkte wollen wir mit einigen Worten eingehen. Zunächst eine Feststellung: wir sollen in dem sonst wörtlich wiedergegebenen Artikel „Zimmerwald, Kienthal, Stockholm“ einen Passus von ganzen zehn Zeilen „unterschlagen“ haben, und das aus dem wohlwogenen Grunde, um uns davor zu schützen, uns selbst als „unverschämte Lügnerin“ festnageln zu müssen. Wir stellen fest, dass jene zehn Zeilen fortfielen aus Gründen, die wir der Gruppe Internationale schon bei einer anderen Gelegenheit mitteilen müssen. Wir stellen außerdem fest, dass sich im weiteren Verlaufe unseres Artikels mehrere Stellen befinden, die unmittelbar auf jenen ausgefallenen Passus Bezug nehmen. Es läge gewiss im Interesse der Gruppe Internationale, gerade unter den obwaltenden Verhältnissen die zu bekämpfenden Artikel etwas genauer zu prüfen, bevor sie zu so schweren Anschuldigungen wie „unterschlagen“ und „unverschämte Lügner“ ihre Zuflucht nimmt.

Worauf es uns aber ankommt, ist einmal die Feststellung unseres Verhältnisses zu Julian Borchardt. Der „Kampf“ hat schon in einer früheren Nummer ausgiebig von der Tatsache, dass wir nicht wie er über den Sünder Borchardt hergefallen sind, Gebrauch gemacht, um die „Arbeiterpolitik“ und die Zimmerwalder Linke zu diskreditieren. Wer nicht mit den Augen blinden Hasses den Fall Borchardt betrachtet, wird zwar sachlich von der Auffassung Borchardts, sowie von seiner Handlung als solcher deutlich genug abrücken. Aber die Tatsache, dass Borchardt vom Beginn des Krieges in der konsequentesten Weise und unter den größten persönlichen Opfern den Standpunkt des Linkradikalismus in einer selbst für die Gruppe Internationale vorbildlichen Art vertreten hat, sollte jeden objektiv Denkenden, ja jeden auch nur halbwegs gerechten Beurteiler davor bewahren, Borchardt, solange keine anderen Beweise gegen ihn sprechen, unlauterer Motive zu zeihen. Borchardt war gewiss nie unser „lieber Freund“, zum mindestens war sein persönliches Verhältnis etwa zum Genossen Mehring ein ungleich intimeres, als es sein Verhältnis zu uns jemals war. Wohl aber war er unser „Bundesgenosse“, und wir erklären, dass wir uns dieser Bundesgenossenschaft bis heute und in aller Zukunft nicht schämen werden. Dass Borchardt unser Bundesgenosse nicht mehr sein kann, bedauern wir aufrichtig, nicht so sehr in unserm Interesse, als im Interesse der linksradikalen Bewegung in Deutschland, die in ihm einen ihrer konsequentesten, aufrichtigsten und opferfreudigsten Vertreter verloren hat.

Schließlich noch ein Wort zur Stockholmer Konferenz. Die „Arbeiterpolitik“ soll Unwahrheiten verbreitet haben, indem sie behauptete, dass die Arbeitsgemeinschaft nach Stockholm gehe, um „Friedensgastmähler“ mit den Scheidemännern zu feiern, aber dass die Gruppe Internationale sich von der Stockholmer Konferenz fernhalte. Was die Stellung der Arbeitsgemeinschaft in Stockholm betrifft, so wird sie durch die Auslassungen der „Leipziger

Volkszeitung“, die ebenfalls in Nr. 20 der „Arbeiterpolitik“, und zwar in demselben Artikel zitiert wurden, der von den „Friedensgastmählern“ spricht, hinlänglich als solche gekennzeichnet. Was aber die Haltung der Gruppe Internationale in dieser Frage angeht, so ist es wirklich nicht ganz leicht, ihren Standpunkt prinzipiell zu bestimmen. In Nummer 47 des „Kampf“ wurde mit Heftigkeit gegen die Stockholmer Konferenz als einer Regierungskonferenz und gegen die Auffassung Troelstras polemisiert, die Minderheiten hätten als Brücke zwischen den Parteien zu dienen. Entrüstet fuhr der „Kampf“ fort:

„Die Minderheiten, die man bisher bekämpft, als Anarchisten beschimpft und nach Möglichkeit vergewaltigt hat, sind aber jetzt gut genug dazu, um als Ritt für die Mehrheiten, als Feigenblatt für die verschämten Regierungsvertreter zu dienen. Die Minderheiten werden sich für diese Rolle bedanken. *Wir erwarten unbedingt von der neuen „Unabhängigen Partei“, dass sie sich von einer Konferenz der Scheidemänner im In- und Auslande fernhält.* Eine internationale Verständigung, die wirklich dem Völkerfrieden und nicht den dunklen Plänen der Regierungen dient, ist nur zwischen konsequenten Anhängern des Internationalismus möglich.“

Das war am 28. April. Am 11. Mai wurde an derselben Stelle lang und breit nachgewiesen, dass unter gewissen Voraussetzungen die Entsendung einer Delegation nach Stockholm nicht nur zu rechtfertigen, sondern eine „*unbedingte Notwendigkeit*“ sei. Ja, mit einem Male war – immer unter „gewissen“ Voraussetzungen, die sich auf die politische Zuverlässigkeit der deutschen und russischen Haaseleute stützten – die Stockholmer Regierungskonferenz als „*dritte Etappe auf dem Wege Zimmerwald-Kienthal lebhaft zu begrüßen*“. Inzwischen hatte nämlich die „Unabhängige“ ihre Delegationen ernannt und die Russen hatten sich zur Teilnahme bereit erklärt. Das genügte für die Gruppe Internationale, um als „*unbedingte Notwendigkeit*“ zu erklären, was sie vorher ebenso „*unbedingt*“ verwarf, da sie in die Unabhängigen Erwartungen setzte, die diese niemals erfüllen konnte.

Das ist es, was wir an der Gruppe Internationale bekämpfen: die unheilvollen Widersprüche, in die sie sich verstrickte und die unheilvolle Verwirrung, die sie durch ihren Anschluss an die Unabhängigen in jeder entscheidenden Frage anstiften muss. Und wir werden nicht aufhören, diese Halbheiten zu bekämpfen, ganz gleich, ob es der Berliner Leitung „lästig“ fällt oder nicht, ob es ihr „*beträchtliche Langeweile*“ veranlasst oder nicht. Wie vordem an den „Lichtstrahlen“, so hat sich die Gruppe Internationale später an der „Arbeiterpolitik“ noch ganz gut zu orientieren gewusst. Und wir sind überzeugt, dass sie über kurz oder lang auch von der Notwendigkeit überzeugt sein wird, eine selbständige linksradikale Partei zu gründen. Je heftiger die Berliner Leitung jetzt unseren Standpunkt bekämpft, umso besser für uns und umso schlimmer für sie. Der Kampf gegen ihre autokratischen Gelüste und ihre diplomatischen Künste wird uns dadurch erheblich erleichtert.

Redaktion der „Arbeiterpolitik“.

#### Berichtigung.

In Nummer 22 der „Arbeiterpolitik“ wurde geschrieben, dass die Frankfurter Linksradikalen der Partei der Unabhängigen nicht beigetreten seien. Das ist zwar richtig, aber die folgenden Sätze lassen die Deutung zu, als ob dieser Beschluss der Initiative der Frankfurter Genossen entsprungen sei. Tatsächlich hat die Frankfurter Mitgliedschaft der Gruppe Internationale alles versucht, um der Partei der Unabhängigen beitreten zu können. Der Versuch scheiterte an dem Verhalten der Frankfurter Unabhängigen, die nach unserem

Ermessen völlig im Rechte sind, wenn sie eine selbständige Organisation in ihrem Parteikörper nicht dulden wollen, wie denn andererseits die Frankfurter Linksradi-kalen in ihrem Rechte sind, wenn sie sich mit den Unabhängigen nicht vermantschen wollen. Die Frankfurter Linksradi-kalen haben aus den Auseinandersetzungen vorläufig die einzige Konsequenz gezogen, die sich ziehen ließ. Sie sind selbständig geblieben. Freilich wollen sie ihr ferneres Verhalten von diplomatischen Verhandlungen abhängig machen, die seitens der Gruppe Internationale mit dem Vorstand der Unabhängigen gepflogen werden sollen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass auf diesem Wege, auf dem bekanntlich einiges möglich ist, eine „Einigung“ erzielt wird. Sollte es geschehen, so wäre dadurch zwar ein bemerkenswertes Beispiel für die Diplomatisierung der neuen Instanzenpartei geliefert, die durch das tapfere Verhalten der Frankfurter Linksradi-kalen aufgedeckten Gegensätze aber würden dadurch sehr zum Nachteil der weiteren Entwicklung der Parteiverhältnisse in Deutschland verschleiert werden.

Wie doch die Habsucht sich betrügt.  
So mancher isst unreife Beeren,  
aus Furcht, wenn sie erst schmackhaft werden,  
dass sie alsdann ein andrer kriegt.

\*

In der jetzigen Zeit soll niemand schweigen oder nachgeben; man muss reden und sich rühren.

Goethe.

## Feuilleton

Verbrechen und Todesstrafe.

Von Elisee Reclus.

Der Ursprung der Todesstrafe, so wie sie zur Zeit die Staaten anwenden, ist ganz gewiss nur die Rache, die Rache ohne Maß, ebenso schrecklich wie sie der Hass eingeben kann, oder die Rache von einer Art summarischer Gerechtigkeit geregelt, sozusagen die Strafe der Wiedervergeltung: „Zahn um Zahn, Auge um Auge, Kopf um Kopf.“ – Als die Familie eingerichtet ward, trat sie anstelle des Individuums, um die Rache, oder die Vendetta, auszuüben. Sie fordert den Preis des Blutes, jede Wunde wird durch eine andere Wunde bezahlt, jeder Tod durch einen anderen Tod; und auf diese Weise werden die Feindseligkeiten und die Kriege bis in die Ewigkeiten fortgepflanzt. Dies war der Zustand eines großen Teiles von Europa im Mittelalter, es war im vorigen Jahrhundert derjenige von Schottland, es ist jetzt noch derjenige von Albanien, vom Kaukasus und von vielen anderen Ländern.

Nichtsdestoweniger stellte sich ein wenig Ordnung in den immerwährenden Krieg ein; nämlich durch den Loskauf. Die von anderen zum Tode verurteilten Individuen oder Familien konnten sich gewöhnlich loskaufen; und diese Art Handel wurde bestimmt durch die Sitte. So viele Ochsen, Schafe oder Ziegen, soviel von klingender Münze, oder so viele Acker Land wurden festgesetzt für den Loskauf des Blutes. Der Verurteilte konnte sich auch loskaufen, indem er sich von einer anderen Familie aufnehmen ließ, manchmal sogar von der, die er beleidigt hatte; er konnte auch frei werden durch eine Großtat seinerseits; endlich, er konnte zu tief fallen, um der Bestrafung würdig zu sein. Es genügte ihm, sich hinter einem Weibe zu verbergen, und von nun an war er frei, zu schlecht, dass man ihn hätte töten mögen, aber

unglücklicher, als wäre er mit Wunden bedeckt gewesen. Er lebte, aber sein Leben war schlimmer als der Tod.

Das Gesetz der Wiedervergeltung von Familie zu Familie konnte sich augenscheinlich nicht aufrechterhalten in den großen zentralisierten Staaten, den Monarchien, Aristokratien oder Republiken. Hier ist es die Gesellschaft, vertreten von ihrer Regierung, dem König, Rat oder den Magistraturen, die die Rache übernehmen, oder wie es in der Sprache der Rechtsgelehrtheit heißt, die Sühnung. Aber die Geschichte beweist uns, dass, indem der Staat, Kaste oder der König, das Recht zu strafen im Namen aller an sich reißt, er sich vor allem damit beschäftigt, seine eigenen, besonders erlittenen Verletzungen zu rächen, und wir wissen, mit welcher Wut er seine Feinde verfolgt und mit welchen Schlausinnigkeiten von Grausamkeit er sie leiden ließ. Es ist keine Marter, die die Einbildungskraft erfinden könnte, die von der herrschenden Macht nicht an Tausenden von Menschen angewandt worden wäre: Hier verbrannte man am langsamen Feuer, dort enthauptet oder schnitt ein Glied nach dem andern ab; in Nürnberg schloss man den Verurteilten in den Körper der „eisernen Jungfrau“, der rot erhitzt wurde, ein; in Frankreich zerbrach man ihm die Glieder, oder ließ ihn von vier Pferden auseinanderreißen; im Orient speißt man die Unglücklichen auf Pfähle; in Marokko mauert man sie ein bis an den Hals.

Und warum alle diese Racheaktionen? Ist es, um wirkliche Verbrechen zu strafen? Die Todesstrafe hat stets im Dienst der *Tyrannie* gestanden. Was hat Calvin, der Meister der Gewalt, getan? Er ließ Michel Servet verbrennen, einen dieser Seher der Wissenschaft, von denen man mit Mühe zehn oder zwölf in der Geschichte der ganzen Menschheit zählt. Was hat Luther, ein anderer Religionsgründer, getan? Er hat seine Freunde, die Großherren, aufgereizt, sich auf die Bauern zu stürzen: „Tötet sie, tötet sie, die Hölle nehme sie lieber zurück.“ Was hat die siegreiche katholische Kirche getan? Sie hat Inquisitionsgerichte und Autodafe organisiert. Sie ist es, die die Scheiterhaufen anzündete, welche während drei Jahrhunderten das edle spanische Volk unter Schrecken hielten.

Aber wenn der Staat grausam und wild ist, wenn es sich darum handelt, eine Verletzung zu rächen, die seiner Macht zugefügt wurde, so zeigt er weniger Leidenschaft in der Sühnung der Privatverbrechen, und nach und nach ist es ihm zur Schande geworden, die Todesstrafe anzuwenden. Die Zeit ist nicht mehr, da der Henker in Rot gekleidet, seine Person hinter dem König zur Schau stellt; er ist nicht mehr die zweite Persönlichkeit des Staates, er ist nicht mehr das „lebende Wunder“, wie ihn Joseph de Maistre nannte; er ist die Schande der Gesellschaft geworden und lässt sich nicht einmal unter seinem Namen nennen. Man hat Männer gehabt, die sich die rechte Hand verstümmeln ließen, um nicht zum Henkerdienst gezwungen werden zu können. In vielen Ländern, wo die Todesstrafe noch besteht, köpft, hängt und erwürgt man nur noch im Innern der Gefängnisse. Dann ist auch in mehreren Ländern die Todesstrafe abgeschafft worden: Die Schweiz ist eine der Nationen, die die Ehre gehabt haben, das Schafott zu verbrennen.

Blut schreit nach Blut; es ist im Umkreis der Schafotte und in den Gefängnissen, wo sich die Mörder und die Diebe bilden.

Die Todesstrafe ist unnütz, doch ist sie gerecht?

Nein, sie ist nicht gerecht. Wenn ein Individuum sich allein und einzeln rächt, kann es seinen Gegner als verantwortlich betrachten; aber die Gesellschaft, im Ganzen genommen, muss die Bande der Zusammengehörigkeit verstehen, die sie mit allen ihren Mitgliedern verknüpft, den Tugendhaften, wie den Verbrechern, und anerkennen, dass an jedem Verbrechen sie auch ihren Schuldteil hat. Hat sie sich um die Kindheit des Verbrechers gekümmert? Hat sie ihm eine vollständige Erziehung gegeben? Hat sie ihm die Lebenswege

erleichtert? Hat sie ihm stets gute Beispiele gegeben? Hat sie darüber gewacht, dass er ja auch alle Gelegenheit gehabt hätte, ehrlich zu bleiben oder es wieder zu werden nach seinem ersten Fall? Und wenn sie es nicht getan hat, kann sie da der Verbrecher nicht der Ungerechtigkeit beschuldigen?

John Stuart Mill, dieser Gelehrte, den man allen seinen Kollegen als gutes Beispiel hinstellen könnte, vergleicht alle Mitglieder der Gesellschaft mit Wettläufern, denen irgendein Zäsar ein und dasselbe Ziel stecken würde. Der eine der Mitläufer ist jung, behänd, kampfbereit, ein anderer ist schon alt; es sind Kranke darunter, Lahme, Krüppel. Würde es gerecht sein, die letzteren zu verurteilen: Die einen zum Elend, die anderen werden von der Umgebung verurteilt, im Elend oder im Verbrechen zu versumpfen; und auf sie soll die gesellschaftliche Sühne fallen?

Aber es gibt noch einen anderen Grund, der der bürgerlichen Gesellschaft verboten sollte, die Todesstrafe zu verhängen. Dies ist, dass sie selbst tötet und millionenfach tötet! -

Welches ist nun das Heilmittel für alle diese Massenmorde wie für die Einzelmorde? Es ist eine völlige gesellschaftliche Umänderung; es ist die Aneignung des Bodens und der Werkzeuge durch und für alle, die arbeiten und arbeiten wollen. Auf diese Weise wird sich die Kluft des Hasses zwischen den Menschen ausfüllen und überbrücken lassen, wird das Elend und die Hetzjagd nach dem Glück, diese große Mithelferin der Verbrechen, aufhören, die Bürger gegeneinander aufzureizen, und wird die gesellschaftliche Rachsucht sich endlich ausruhen können. Anstelle des Gewaltrechts, die Gerechtigkeit treten zu lassen, die das Ideal eines jeden Menschen, der würdig seines Namens ist.

Aber ist es nicht möglich, dass es auch in der umgestalteten, freien kommunistischen Gesellschaft noch Verbrechen gibt? Physiologisch könnte der Verbrechertypus aufs Neue erscheinen. Was tun wir dann? Töten wir den Verbrecher?

Gewiss nicht. Denn der, bei dem das Verbrechen der Unvernunft entfließt, er ist ein Unglücklicher. Ihn müssen wir hegen und pflegen, wie wir die Irrsinnigen oder die anderen Kranken hegen und pflegen; wir brauchen uns nur von ihren Gewalttätigkeiten zu behüten. Was diejenigen anbetrifft, die durch ihr jähzorniges Gemüt oder ihr hitziges Blut Verbrecher wurden, so wäre es in einer sozialistischen Gemeinschaft möglich, ihnen vorzuschlagen, durch Heldenmütigkeit wieder in einen sozialen Ehrenstand zu gelangen.

Man hat es hunderte Male gesehen, wie Galeerensträflinge sich ins Wasser warfen oder ins Feuer gingen, um Unglückliche zu retten, nur um sich so in der Achtung der anderen Menschen wiedergeboren zu fühlen. Die Ruderknechte, die die Gemeinde von Karthago freigab und die Frankreich wieder zu Sklaven gemacht hat, sind erhaben gewesen in ihrem Heldenmut, während ihrer kurzen Freiheit von einigen Monaten. „Gehorcht!“ forderte die christliche Lehre; und das Volk hat sich erniedrigt und entwürdigt. „Bereichert Euch!“ sagen die Staatsbürger zu ihren Söhnen, und diese suchen sich auf alle möglichen Weisen zu bereichern, sei es mit Vergewaltigungen Schwächerer, sei es mit mehr Geschicklichkeit, dem Gesetz eine Nase zu drehen und es zu umgehen. „Werdet Menschen!“ sagen die Sozialisten, und selbst die Räuber werden sich wieder emporheben können durch ihre Heldenmütigkeit zur Ehre des gesellschaftlichen Gemeinwohles.

## Jacta alea est!

Wiewohl mein' fromme Mutter weint,  
 Da ich die Sach hätt' gefangen an:  
 Gott woll sie trösten, es muss gahn,  
 Und sollt' es brechen auch vorm End',  
 Wills Gott, so mag's mit werden ge'wendt,  
 Darum wich brauchen Füß' und Händ'.  
 Ich hab's gewagt.

Ulrich Hutten.

Ich hab's gewagt! und meine Fehde,  
 Sie währe fort;  
 Ich hab's gewagt! so steh ich Rede  
 Für Manneswort.  
 Und vor des Thrones Stufen,  
 Wenn ihr nach meinem Rechte fragt,  
 Will ich mit Hutten rufen:  
 Ich hab's gewagt!

Von gestern ist mein Brief und Siegel  
 Mein Pergament;  
 Ich weiß, dass außer meinem Spiegel  
 Mich niemand kennt.  
 Ihr lasst die Dämmerung gelten,  
 Bevor der helle Morgen tagt -  
 Wohlan wer will mich schelten?  
 Ich hab's gewagt!

Ja, gibt der greise Knecht die Zölle  
 Dem Laster frei,  
 Dann sei der Jugend Glut die Hölle  
 Der Tyrannei.

Schaut her, die ihr am Alten  
 Euch Euer Leben müde tragt,  
 Werft Euer Haupt in Falten:  
 Ich hab's gewagt.

Ich sah in manch gepriesenen Tempel  
 Die Unnatur,  
 Auf manch erlauchter Stirn den Stempel  
 Des Kain nur;  
 Und ich ward ungeduldig,  
 Das alles zagt und niemand klagt  
 Ich donnerte ein: „Schuldig!“  
 Ich hab's gewagt!

Ich sah viel feige Riesen strecken  
 Zu Boden sich,  
 Manch' übermütig Zwerglein recken



Sich fürchterlich;  
Ich lacht und sprach: O Zwerg,  
Ob ihr auch aus dem Kote ragt,  
Ihr seid darum keine Berge!  
Ich hab's gewagt!

Ich sah von schönen Hunden  
Der Freiheit Edelwild gejagt,  
Und wusch ihm still die Wunden:  
Ich hab's gewagt!

Dürft' ich an einer Marmorsäule  
Ein Simson stehn,  
In meiner Faust Herakles Keule  
Zum Schwunge drehn,  
Wenn die Paläste brechen -  
O Gott, was hast du mir's versagt? -  
Zu den Despoten sprechen:  
Ich hab's gewagt!

Georg Herwegh. (Gedichte eines Lebendigen.)

Willst du alleorts behagen,  
So musst du dich also betragen:  
Im Frieden stets wacker dich plagen,  
Im Kriege stets wacker dich schlagen,  
Viel tragen und vielem entsagen,  
Nichts wagen und nie was abschlagen,  
Nie fragen, versagen, noch klagen,  
Beim Geldgeben niemals verzagen  
Und alle deine Wünsche vertagen:  
Dann - hast du nichts weiterzusagen.

(Ein zeitgemäßes Gedicht aus dem Jahre 1848.)

\*

Ihr Herrn von: Zugegeben, Zwar,  
Bedingungsweis, Gewissermaßen!  
Hier heißt es: ganz, mit Haut und Haar.  
Verlegt uns nicht des Kampfes Straßen!  
Entweder, oder.

\*

Wenn man schwankt,  
Kann man leicht umfallen.

Arbeiterpolitik 24/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 16. Juni 1917.

Nr. 24

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Von der Reichsbühne.

Nun ist er wieder in die Ferien gegangen, oder besser gesagt, er ist wieder einmal verabschiedet worden – der Reichstag. In einem Punkt ist die übergroße Mehrheit der deutschen Parlamentarier geradezu unnachahmlich: Disziplin Prima. Sobald die Regierung ruft, sind sie zur Stelle, und ebenso schnell verlassen sie ihre machtlose Wirkungsstätte, ohne dass die Regierung sich veranlasst sieht, einen energischen Wunsch zu äußern, von Befehl gar nicht zu reden. Es genügt der leiseste Wink von der höchsten Stelle, und man befriedigt sich in den ruhigen Formen der Konvenienz und Höflichkeit. Sollte es aber einmal vorkommen, dass man so etwas wie einen selbständigen Willen bekundet, – nun, dann lässt man mit sich reden und bewilligt ihnen einen neuen Ausschuss oder irgendeine Kommission. Die Herren Journalisten preisen diese Neuheit, – frei nach Heinrich Schulz – als einen Schritt nach vorwärts; in Wirklichkeit ist es nur ein schwach formeller. Die Welt mit ihrem Realhunger merkt keine Besserung. Wir brauchen es den Genossen nicht im Einzelnen vorzurechnen, wie bedeutungslos der deutsche Reichstag im Weltkrieg ist. Es hieße längst bekanntes wiederholen, wollten wir auf das Einseitige seiner geschäftlichen Tätigkeit verweisen, – nur zu bewilligen hat er, nichts zu fordern.

Dass diese Art der volksrechtlichen Methoden zu einer Hebung unserer ökonomisch-sozialen Verhältnisse beigetragen hat, wird wohl niemand ernstlich behaupten.

Eine geistige und praktische Unfruchtbarkeit, das war in den letzten Jahren immer das Gesamtergebnis der verschiedenen Tagungen. Und doch war nie die Zeit so tiefer und problemreicher als jetzt. Gegenwärtig gibt es für das deutsche Volk nur ein wirklich positives Ziel, und das ist die Herbeiführung des Weltfriedens. Alle anderen Groß- und Kleinfragen der Sozialpolitik treten an Bedeutung hinter dieses zurück. Dass der Reichstag in dieser Beziehung kein erlösendes Wort sprach, sondern weiter in seiner unerschütterlichen Passivität verharrt, war für jeden, der sich im Zeitalter der ideellen Zerfahrenheit eine gewisse politische Kühle bewahrt hat, nicht schwer vorauszusehen. Manchmal hatte es zwar den Anschein, als wollten unsere „Sozialdemokraten“ nun endlich zu entschiedener Opposition übergehen, aber nach vielen Wenn und Aber hielt man es doch für tapferer, an dem bewährten Brauch der Bethmann-Politik festzuhalten.

Wir wollen hier keinen detaillierenden Rückblick auf die einzelnen parlamentarischen Vorkommnisse geben. Die letzten drei Sitzungen zeigen so deutlich seine politische Ohnmacht, dass wir hier nur die wesentlichen Vorgänge hervorzuheben brauchen.

Das entsprechende Leitmotiv zu der am letzten Tage erfolgten Kanzlererklärung gab der stellvertretende Ministerpräsident Helfferich, der wiederum seinen Schwarm für die griechische Antike nicht unterdrücken konnte. Als ihn der Genosse Bernstein zu einer entschiedenen Betonung der Friedensbereitschaft seiner Regierung aufforderte, antwortete er mit Pathos: „Lieber wollen wir zugrunde gehen, als einen Frieden schließen, der zur Unehre Deutschlands gereicht.“ Nun ist hier nicht der Ort, um ethisch-ästhetische Betrachtungen über den Sinn der vaterländischen Ehre oder Unehre anzustellen. Wir können nur aus der geschichtlichen Erfahrung der plausiblen Tatsachen gedenken, dass das „Zugrundegehen“ in den bisherigen welthistorischen Situationen niemals alle Volksgenossen gleichmäßig betraf, sondern dass immer die sozial schwächeren der physischen Vernichtung anheimfielen. Denn letzten Endes bleibt doch immer jemand übrig, der nach dem Zugrundegehen – gemeint ist wohl das politische – noch eine Abmachung oder Unterwerfung mit dem Feinde treffen muss, und das sind dann gewöhnlich diejenigen, die am meisten mit dieser Sittlichkeit prunkten.

Aus dieser verschwommenen Äußerung Helfferichs konnte man aber mit ziemlicher Sicherheit die am andern Tage zu erwartende Erklärung des Reichskanzlers auf die konservative und sozialdemokratische Kriegs- und Friedensziel-Interpellation vorausfolgern. Und in der Tat, die Zweideutigkeit des Kanzlers wurde insofern etwas deutlicher, als dieser zu erkennen gab, dass er in Fragen der Kriegsziele nicht mit Scheidemann übereinstimme. Dass diese Sozialdemokraten keine Konsequenzen ziehen, wussten wir. Auch hat es uns gar nicht verwundert, als David, der kluge Macher der Augustpolitik aber unfähige Politiker großen Stiles, unbekümmert mit der ihm eigenen Sophistik erklärte: Wer aus den „außerordentlich wertvollen Momenten“ der Reichskanzlerrede eine Annexionspolitik folgert, begehe eine bewusste Verdrehung. Hier ist jeder Kommentar überflüssig. Jeder aber, der noch nicht angekränkt von der diplomatischen Auslegekunst ist, wird es ohne weiteres gemerkt haben, dass der Reichskanzler sich nicht zur annektionslosen Friedenspolitik bekannt hat – und darauf kommt es doch an.

Der Held des Tages und in aller Menschen Mund war natürlich Philipp Scheidemann. Die Alldeutschen haben ihm auch ganz besondere Ehre erwiesen, indem sie das Wort von dem „Scheidemann-Frieden“ prägten. Mit Unrecht. Kein Wunder aber, wenn ihm der Ruhm der erreichten Popularität so zu Kopfe stieg, dass er sogar radikale Töne anschlug. Man denke nur, die Revolution hat er an die Wand gemalt. Darüber große Erregung. Er sieht sich zu einer seiner vielen Dementis veranlasst, wird aber wieder nicht verstanden. Und so gibt er sich schließlich bis zum nächsten Dementi zufrieden.

Dies war der eine Charakterzug seiner Rede: sie klang fast wie eine Fanfare. Nun folgt das Gegenstück, die Schamade; sie kennzeichnet sich als eine Verneigung vor der Monarchie: Am widerwärtigsten von der ganzen alldeutschen Propaganda ist für mich das Hineinziehen der Person des Kaisers ...

Aber es ist schon richtig, die radikale Geste der Scheidemannrede war nach Stockholm gerichtet, während der andere Teil weiter um die Regierungsgunst warb.

Wenn Herr Scheidemann nicht von allen guten Geistern eines politischen und historischen Verantwortlichkeitsgefühls verlassen wäre, und wenn er nur einen Funken Gewissenhaftigkeit besäße, dann hätte er folgendes Geständnis ablegen müssen: „Nach der Tatsache eines fast dreijährigen Krieges muss ich zugeben, dass die von meiner Fraktion eingeschlagenen taktischen Wege uns nicht den Frieden nähergebracht haben, wenigstens

nicht im Sinne unserer Berechnung. Auch kann ich es nicht mehr bestreiten, dass mein früherer Parteigenosse Haase, als er vor zweieinhalb Jahren dieselben ernsten Zukunftshinweise gab, recht gehabt hat. Mein ganzes Streben ist jetzt darauf gerichtet, den Friedenswillen des Proletariats und bürgerlicher Strömungen zu fördern.“ Solche Worte werden wir natürlich nie aus seinem staatsmännischen Munde zu hören bekommen.

Und wenn jetzt die Mehrheitspresse weiter eifrig die Reklametrommel für ihren Liebling rührt und der famose „Volkswacht“-Redakteur Löbe den Breslauer Arbeitern vorträgt, wie ernst die Scheidemannworte von den bürgerlichen Parteien genommen wurden, im Gegensatz zu dem H..... st Ledebour, der vor leeren Bänken sprach, so brauchen wir diese Bemerkung nicht ernster zu nehmen, sie glauben die Opposition durch Witzeleien totzukriegen. Als wir diesen schlesischen Artikel lasen, da fiel uns unwillkürlich eine interessante parlamentarische Betrachtung des „Berliner Tageblattes“ aus dem Jahre 1912 ein. Es war wohl der bekannte Harms, der damals das vorübergehende Debüt Scheidemanns als Vizepräsident mit den Leistungen eines mittelmäßigen Schauspielers verglich, bei dem alles unpersönlich und den äußerlichen Glanz eines angelernten Formalismus und des intensivsten Spiegelstudiums verriet.

Jetzt hat sich allerdings die Meinung des „Berliner Tageblattes“ geändert. Sein sehr ästhetisch veranlagter Chefredakteur berichtet von der eindrucksvollen Rede des „Abgeordneten“ Scheidemann. Wir aber, die wir in Parteinähe seinen Entwicklungsgang verfolgen konnten, und sahen, wie immer mehr der Streber Scheidemann den Politiker übertraf, wir können diese frühere psychologische Studie als sehr zutreffend bezeichnen, indem wir wiederholen: Allzu deutlich sahen wir sein ehrgeiziges Trachten, als Nachfolger Bebels zu gelten. Und allzu deutlich merkten wir, wie ihm zu diesem würdigen Ziel die einfachsten Vorbedingungen fehlten. Das, was Bebel zum ersten Volksführer erhob, war der Zusammenklang von Überzeugung und politischer Handlung. Wenn z. B. Bebel die Äußerung gebrauchte, dass er bei einem wahren Verteidigungskrieg gegen den russischen Zarismus selbst die Flinte auf den Buckel nehmen wollte, so haben wir nach seiner charakterstarken Vergangenheit keinen Anlass zum Zweifel.

Von Scheidemann hingegen wissen wir, dass er zwar mit schönen Worten zur Verteidigung des Vaterlandes aufforderte, aber nicht im Ernst daran denkt, selbst aktiv in die dramatische Wirklichkeit einzugreifen. Nicht viel anders steht es mit der ideellen Seite seiner Redekunst. Wo ist der selbständige Geist? Meist Variationen von fremden Gedankengängen, die dann geschickt pointiert werden. Von wissenschaftlichem Ernst nicht die Spur. Mag er sich auch noch so große Mühe geben beim Studium großer Männer und Bebelreden, es wird ihm nicht gelingen, ihr Ebenbild zu werden. Denn selbst der raffinierteste Kulissenzauber kann nicht den inneren Gehalt ersetzen, der Scheidemann fehlt.

Am letzten Sitzungstage gab es auch ein kleines Nachspiel mit dem Kriegsminister. Die Verstimmung desselben rührte wohl von der Arbeit des neugebildeten Verfassungsausschusses her, der zur Abwechslung einen Anlauf unternommen hatte, in die Kommandogewalt des obersten Kriegsherrn einzugreifen. Warum sich der Herr Minister aber ereiferte, ist uns indes nicht ganz erklärlich. Es gehört doch wahrhaftig keine allzu große Menschenkenntnis dazu, um diese Parlamentarier zu befriedigen. Bis jetzt hat doch noch keiner von ihnen einen entscheidenden Schritt zur konstitutionellen Regierungsebenbürtigkeit des Reichstages unternommen, ein schüchterner dahingehender Versuch der Arbeitsgemeinschaft kann kaum zählen. Der Vorfall ging denn auch schnell vorüber, es waren wieder Missverständnisse, man tauschte Höflichkeiten aus, und war beruhigt.

In Summa. Der neugebildete Verfassungsausschuss mit all den verschiedenen Kommissionen hat keine Verbesserungen unserer parlamentarischen Verhältnisse gebracht. Das Gegenteil trifft zu. Durch diese Scheinreformen sind die geheimen Tagungen zahlreicher geworden, so dass die öffentliche Kontrolle auf ein Minimum beschränkt wurde. Im demokratischen – noch viel weniger sozialistischen – Interesse kann das aber schon deshalb nicht liegen, weil damit die Hauptarbeit des Parlaments hinter die Szene verlegt wurde.

Den Arbeitern aber möchten wir zurufen: Auf seine Taten kommt es an, nicht auf seine Worte, oder, um das alte Wallensteinwort zu gebrauchen: „Auf die Fäuste muss man ihm sehen, nicht aufs Maul!“

## Das erste Vierteljahr der russischen Revolution.

Drei Monate werden bald verflossen sein, seitdem der Zarismus, wie vom Sturm weggefegt, von der Weltbühne verschwunden ist. Die Revolution, die ihn wie einen aufgedunsenen hohlen Pilz zertrat, hat das erste Vierteljahr ihrer Entwicklung hinter sich. Diese kurze Zeitspanne genügte, um die Klassen, deren Kampf über die Geschicke der russischen Revolution entscheiden wird, aufmarschieren, ihre Position besetzen zu lassen. Ihr Verhalten in dem ersten Vierteljahr der Revolution erlaubt schon ihre weiteren Aussichten in Umrissen zu erkennen.

Wer besiegte den Zarismus in den denkwürdigen Märztagen? Es waren dies die Proletarier von Petrograd, die vom Hunger geplagt, von der Arbeit in den Höllen des Kriegskapitals zerrieben und gequält, auf die Straßen gingen, um gegen das Regime zu demonstrieren, das Russland an den Rand des Verderbens gebracht hat. Sie stellten ihre Brust den Bajonetten und Kugeln entgegen, aber sie stießen nicht auf das vom Volk getrennte, entmenschte Massenheer, sondern auf das Volk in Waffen.

Wohl fielen tausende Opfer nicht nur von den Maschinengewehren der protopopischen Polizeischergen, sondern auch von den Gewehrsalven der Soldaten dahingemäht. Aber die von jungen Bauernsöhnen zusammengesetzte Soldatenmasse, in der städtische Proletarier, kleinbürgerliche Intellektuelle einen verhältnismäßig starken Prozentsatz ausmachen, vertrug diese Erschütterung nicht. Sie hatte in Erinnerung, wie sie der Zarismus schlecht bewaffnet, unter Führung untauglicher Offiziere den schrecklichen Niederlagen in Galizien entgegengeführt hat, sie litt unter vollkommener Zerrüttung des morschen Staatsmechanismus und jetzt musste sie sie sich von den zarischen Dieben gegen das eigene Volk führen lassen. Siege über wehrlose hungrige Arbeiter sollten Niederlagen aufwiegen. Die Petrograder Garnison kehrte ihre Gewehre gegen die, die sie auf das Feld des Bürgerkrieges führen wollten, sie machte die volksfeindlichen Offiziere zum Teil nieder. Die Mehrheit der Offiziere blieb aber passiv; ein Teil trat auf die Seite der Aufständischen. Darin äußerte sich der Zusammenbruch des Systems, das sich als Folge der Revolution 1906-1907 ausgebildet hatte, der Zusammenbruch des Gebäudes des kontrerevolutionären Russlands. Es basierte auf dem Bündnis der bürokratisch-feudalen Schicht, der traditionellen Stütze des Zarismus, mit der kapitalistischen, die erschrocken durch die proletarische Revolution sich in die Arme des Zarismus geworfen hat, in der Hoffnung, dass er durch die auswärtige Expansion ihr die Möglichkeit einer schnellen kapitalistischen Entwicklung sichern wird. Die Niederlagen im Kriege wie die Unruhe, die sich der Arbeiterschaft bemächtigte, und die sich in den Demonstrationen und Streiks ausdrückte, bewies, dass die Rechnungen der Bourgeoisie falsch waren. So bemächtigte sich der Bourgeoisie eine große Erregung, die sich bei ihrem nahen Verhältnis zum Offizierskorps, die zarischen Linienoffiziere waren doch schon stark

geschmolzen, durch Reserveoffiziere ersetzt und der Armee, die Organisationen der Bourgeoisie hatten einen großen Teil ihrer Versorgung in den Händen, bis tief in die Armee [Arme?] verpflanzten.

So zermürbte die Frontänderung der Bourgeoisie, ihr Misstrauen dem Zarismus gegenüber, die Fähigkeit des Offizierskorps, seine Pflicht als Retter des Zarismus zu erfüllen, während die Soldatenmasse in der Revolution die Hoffnung auf den Frieden aufkommen sah und ihr zujubelte. Der Sieg der Revolution war also ein Resultat des proletarischen Vorstoßes auf ein System, das innerlich vollkommen verfault, die Stütze der militärischen Gewalt, auf der es basierte, wie der Bourgeoisie, ohne deren Hilfe es nicht mehr existieren konnte, verloren hatte. Die Petrograder Arbeiter und Soldaten beherrschten Petrograd. Bald zeigte es sich, dass der Zarismus in den Augen der Bevölkerung, der führenden Schichten, der Bureaukratie, so vollkommen zusammengebrochen war, dass ihm niemand zu Hilfe eilte.

Aber das durch den Krieg desorganisierte, seiner Führer beraubte Proletariat ergriff nicht die Macht im Staate. Die in Petrograd während der Tage der Umwälzung anwesenden opportunistischen Sozialistenführer wichen, eingeständenermaßen, vor dieser Aufgabe zurück. Vor sich sahen sie das Proletariat unorganisiert, die Bourgeoisie über große Organisationen: den Städtebund, die Kriegsindustrie-Komitees verfügend, hinter sich die gärende Bauernmasse, die Armee mit ihren ungeheuren Bedürfnissen, ihre Meinung war unbekannt, werden sie sich nicht von der Generalität gegen die Revolution gebrauchen lassen? Diese Fragen bildeten den Grund, weshalb die Opportunisten (wie Tscheidze), die fraktionslosen Sozialdemokraten (wie Steklon), in diesen Tagen der Entscheidung bewusst die Macht in die Hände der Bourgeoisie spielten.

Die provisorische Regierung bestehend aus den Vertretern der kapitalistischen Bourgeoisie, Gutschow, Konowalow, Tereszozenko, der kapitalistischen Argrarier Lwow, und der bürgerlichen Intelligenz Miljukow, Schengarew, sollte auf Grund ihrer Organisation, ihrer materiellen und moralischen Machtmittel, die von rechts drohenden Gefahren abwenden, die großen Schwierigkeiten bewältigen, die das durch den Zarismus vollkommen desorganisierte Land der revolutionären Regierung bereitet.

Die Bourgeoisie übernahm die Gewalt in erster Linie, um die Revolution in ihrem Laufe aufzuhalten. Gutschkow ernannte eigenmächtig einen neuen Zaren, die provisorische Regierung schloss ein Abkommen mit England über die Abtransportierung des Zaren nach London. Gleichzeitig sollte dafür gesorgt werden, dass der Krieg siegreich bis zu Ende geführt werde. „Das war das nächste Ziel unserer Teilnahme an der Regierung“, erklärte Miljubow nach seinem Rücktritt. Indem die Regierung die Lösung der wichtigsten sozialen Fragen: so der Agrarfrage, bis zur konstituierenden Versammlung, deren Einberufungszeit unbekannt war, oder sogar bis nach dem Kriege: so den Achtstundentag hinausschob, suchte sie die Realisierung der sozialen Forderungen der Volksmassen zu verzögern. Ob es den opportunistischen Sozialdemokraten, den Bauern-Sozialisten, den Trudowiks, Sozial-Revolutionäre gelingen wird, mit einer Hand die Kelle und der anderen das Schwert zu schwingen, bleibt dahingestellt.

Aber bald zeigte sich, dass die Idee von der Bourgeoisie, die unter der Kontrolle der Vertreter der revolutionären Arbeiterklasse und des Bauerntums die Rolle des Knechtes der Revolution spielt, einen historischen und politischen Unsinn darstellt. Das Spiel der provisorischen Regierung, die Ernennung eines neuen, die Rettung des alten Zaren, beleuchtete grell den Republikanismus der neuen Regierung. Der Aufruf an die Bauern, sie sollten doch friedlich gerechte Abkommen mit den Großgrundbesitzern erstreben, zeigten, dass die restliche Befreiung des Volkes selbst von der feudalen Ausbeutung der

revolutionären Regierung wider den Strich ging. Am krassesten aber zeigte sich der Gegensatz der provisorischen Regierung und der Interessen der Arbeiterschaft und des Bauerntums in der Kriegs- und Friedensfrage. Alle kleinbürgerlichen Parteien, die die Mehrheit im Arbeiter- und Soldatenrat besitzen, nicht weil sie größere organisierte Massen hinter sich haben als die radikale Sozialdemokratie, die Bolschewiks, sondern weil sie die Stimmung des aufgeweckten Teiles des Bauerntums, des städtischen Kleinbürgertums und der zurückgebliebenen Arbeiterschichten ausdrücken, stehen auf dem Standpunkt, dass der jetzige Krieg auf russischer Seite nur der Verteidigung der russischen Revolution dienen soll. Da sie sich Rechnung davon geben, dass die in die Längeziehung dieses Krieges durch die imperialistischen Regierungen Frankreichs und Englands ebenso wie der Sieg Deutschlands über Russland die Revolution bedroht, drängen sie auf die Preisgabe der imperialistischen Ziele nicht nur seitens Russlands, sondern auch seitens der anderen Alliierten.

Die russische Regierung besteht aber aus Kapitalisten und den Ideologen des Kapitalismus. Sie konnte zwar dem Drange der Arbeiter und Bauern folgen, in einer Note, die sie für den inneren Gebrauch bestimmte, auf die imperialistischen Kriegsziele verzichten, aber sie wollte das nicht den Alliierten zumuten, weil dies eben zum Bruch mit den Bundesgenossen führen könnte. So musste sie, Miljukow gesteht es offen in seiner Rede nach dem Rücktritt, die Volksmassen Russlands betrügen. Als der Gegensatz zwischen den Noten Miljukows fürs Ausland und Inland den Massen bekannt wurde, kam es zu den großen Maidemonstrationen in Petersburg, in denen ganze Fabrikdistrikte und ein paar Regimenter gegen die Regierung demonstrierten. Das führte zur Niederlegung des Amtes durch Gutschkow, zur Ausschiffung Miljukows, der den Volksmassen geopfert wurde, damit seine Politik gerettet werden kann. Aber der Riss im Vertrauen zur kapitalistischen Regierung, als der Vollstreckerin des Willens der Revolution, konnte nur verstopft werden durch den Eintritt in die Regierung der Vertreter des Arbeiter- und Delegiertenrates, der Zeretelli, Skobelew, Tschernow und Pescheckowow, die zusammen mit Kerenski noch die Träger des Massenvertrauens sind. Dadurch soll der Widerspruch zwischen dem Arbeiterdelegiertenrat, der das Vertrauen der Armee und des Volkes, also die Macht besitzt und der Regierung, die keine Macht hat, aber die Verantwortung trägt, aufgehoben werden.

Aber durch diese mechanische Maßregel wurde der Gegensatz zwischen den Zielen des Großkapitals, das nach außen expansionslustig, durch tausend Bände mit dem Finanzkapital der Entente verbunden ist und nach innen auf jeden Schritt Rücksichten auf das Kapital nehmen muss, und den Zielen der Volksmassen, die den Frieden, Besserung ihrer Lage, Demokratie wollen, nicht aufgehoben.

Wenn der Arbeiter- und Soldatenrat den Klassenkampf im Reiche bis zum Frieden mildern, aufheben will, so kann das Resultat nur sein, dass seine Vertreter unter dem Drucke der revolutionären Massen desto energischer den Kampf innerhalb des Kabinetts ohne Rücksicht auf die Gefahr seines Zerfalls führen müssen, oder jedes Vertrauen bei der Arbeitermasse verlieren müssen. Von der Angst vor dem Rücktritt der bürgerlichen Vertreter aus dem Kabinett getrieben, ohne die sie sich die Ausführung der Aufgaben der Revolution nicht vorstellen können, werden die Opportunisten den Arbeitern und Kapitalisten Mäßigung predigen, sie werden gleichzeitig den Volksmassen die Notwendigkeit des Krieges und den verbündeten Regierungen die Notwendigkeit des Friedens zu beweisen suchen.

Während sie sich so ins Fangnetz der eigenen Widersprüche verwickeln, wird die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln, der Dörfer mit landwirtschaftlichen Geräten und anderen industriellen Produkten immer mehr versagen, da sie nur durch rücksichtslosen Kampf gegen die Wucherer, die Banken, das kartellierte Kapital vom Flecke gebracht werden kann. Sie werden durch ihre Aufrufe zur Offensive den Rücken der imperialistischen

Ententeregierungen stärken und so den Augenblick des Friedens verzögern. Durch ihr Friedensgetue werden sie aber gleichzeitig die Sehnsucht der Massen nach dem Frieden, eine der treibenden Kräfte der Revolution, stärken und so die Kräfte der Revolution gegen sich mobilisieren.

Schon zeigt es sich, dass der Arbeiterdelegiertenrat durch seine jetzige Politik den Einfluss auf die Massen verliert: die Vorgänge in vielen großen Fabriken, in denen die Arbeiter entgegen den Mäßigungsrufen des Delegiertenrates ihre ökonomischen Forderungen durchdrücken. Gleichzeitig sind Schritte der Bourgeoisie zu bemerken, die sich auf den Kampf gegen die Arbeiterschaft rüstet: es sei an die private Versammlung der bürgerlichen Dumaabgeordneten, die Agitation der Kadettenpartei, die jetzt schon verkündet, sie wolle die Koalitionsregierung nur insofern unterstützen, inwiefern sie ihre Politik durchführt. Das Koalitionskabinett wird an diesen Widersprüchen früher oder später zu Fall kommen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat wird genötigt sein, die ganze Macht und die ganze Verantwortung zu übernehmen. Nur dass dies nach Verlust kostbarer Zeit, nach schweren Erschütterungen geschehen wird. Das einzige Gute an der Sache wird sein, dass die Arbeitermassen in all diesen Kämpfen die naiven revolutionären Illusionen, den Glauben an die opportunistischen Führer, verlieren werden.

Dieser Prozess hat schon begonnen. Das Wachsen des bolschewikischen Einflusses, die fortschreitende Organisation der Bolschewiks, das Wachsen ihrer Presse in Petrograd und der Provinz, in einer Woche sammelten die Arbeiter Petrograds für den Druckereifond der Prawda 75 000 Rubel, und neben ihr soll demnächst eine große politische Zeitung, die Swiesda erscheinen, sind in dieser Hinsicht symptomatisch.

Die Herren europäischen Opportunisten, die als das Schönste an der Revolution den Eintritt der Sozialisten in die Regierung ansehen, sollen nicht zu früh triumphieren. Die russische Revolution steht erst in den Anfängen und keine Revolution hat ihre Gegensätze und Kämpfe in den vier Wänden eines Koalitionskabinetts erledigt. Die Revolution ist der schärfste Kampf der Klassen, ist Bürgerkrieg, und die Herren Opportunisten werden in Bezug auf die von ihr angeblich verwirklichte Einheit der Bourgeoisie und des Proletariats dieselben Enttäuschungen erleben, wie die Ententeregierungen, die von ihr die Stärkung des Kriegswillens in Russland erwartet haben.

## Der Gegner als Lehrmeister

Eins hat die Sozialdemokratie nie verstanden: von ihrem Gegner zu lernen. Sie fühlte sich der bürgerlichen Welt gegenüber zu überlegen, als dass sie es mit ihrer Würde hätte vereinbaren können, geistig Tieferstehende als ihre Lehrmeister anzuerkennen. Und je hohler ihr eigenes Phrasentum wurde, desto gespreizter wurde ihre dunkelhafte Überhebung. Man lese die Buchbesprechungen in den letzten zehn Jahrgängen der „Neuen Zeit“ nach. Die Werke bedeutender bürgerlicher Autoren wurden glatt mit der meist noch bombastig aufgedonnerten Konstatierung der Tatsache erledigt, dass sie nicht vom Standpunkt es Sozialismus geschrieben seien und dass ihre Verfasser vom historischen Materialismus keine blasse Ahnung haben.

Dass die meisten dieser Autoren eine umso bessere Ahnung vom Kapitalismus und seinen Lebensformen hatten, blieb den hochweisen Kritikern dabei ein tief verborgenes Geheimnis. Man erinnere sich ferner der sarkastischen Spötteleien eines Ledebour über die deutsche Diplomatie, hinter denen regelmäßig, versteckt und offen, groteske Anmaßung stand, dass er,



Georg Ledebour, der deutschen Sozialdemokratie gewiegtester Auslandspolitiker, die diplomatischen Geschäfte jedenfalls tausendmal besser erledigen würde, wenn ... Der Krieg brach aus. Die deutsche Diplomatie stand ihren Mann. Wer aber zitternd und zappelnd am Boden lag, das war der Erzsprotter Georg Ledebour, der deutschen Sozialdemokratie autoritativer Auslandspolitiker. Der Spott war ihm erstorben. Der Spötter wurde zum Gespött der Welt. Nie wurde ein Marsyas so geschunden wie er.

Und bis in die besten Werke der Besten unter den sozialdemokratischen Schriftstellern ist der Zug der Ignoranz gegenüber dem Klassengegner gedrungen. Wir wollen es für diesmal mit einem, allerdings sehr lehrreichen, Beispiel genug sein lassen. Gibt eine politische Partei, die von der Sozialdemokratie so sehr mit Verachtung bedacht worden ist, wie die nationalliberale Partei? Gibt es in einer Sprache der Welt eine Bezeichnung der Wankelmütigkeit und Inkonsequenz, des Prinzipienverrats und des politischen Unvermögens, die sie auf diese Partei nicht angewendet hätte? Und bei alledem hat diese Partei ihre hohe politische Bedeutung gehabt und hat sie noch heute. Und hat sie heute erst recht! Heute, da die stolze deutsche Sozialdemokratie in Fetzen am Boden liegt und in der Partei der Sozialpatrioten den schlimmsten Prinzipienverrat dokumentiert! Ganz sicher: die nationalliberale Partei hat ihre sehr großen Wandlungen durchgemacht. Aber sie hat nie die engste Fühlung mit den Kreisen verloren, deren Interessen sie je länger, je mehr ausschließlich vertrat. Und sie hat diese Interessen durchaus mit Geschick und Weitblick vertreten. Und sie hat, wenn in ihrem Innern sich Gegensätze entwickelten, keinen Augenblick gezögert, die Spaltung vorzunehmen.

Es war billig über diese Partei zu spotten. Es war schon schwieriger, aus den Wehen und Wirren dieser Partei zu lernen. Den Pächtern der sozialistischen Weisheit hätte die eine Tatsache hinlänglich genügen müssen: dass die nationalliberale Partei die politische Vertreterin der deutschen Großindustriellen ist, um sie auf den Gedanken zu leiten, dass die Krisen dieser Partei etwas anders als Wetterfahnenpolitik waren. Das Werden und Wachsen der nationalliberalen Partei fiel zusammen mit dem Werden und Wachsen der deutschen Großindustrie, mit dem Werden und Wachsen des deutschen Imperialismus. Und je größere Stetigkeit in die industrielle Entwicklung kam, desto größer wurde auch die Stetigkeit der nationalliberalen Politik. Die Weisen des Sozialismus und des historischen Materialismus maßen das Verhalten der Partei echt doktrinär an den liberalen Prinzipien von Anno dazumal oder an irgendwelchen absoluten liberalen Ideen. Sie sahen nicht, dass auch der Liberalismus, wie jede andere Ideologie, seinen Inhalt mit dem Wechsel der bestimmenden ökonomischen und sozialen Faktoren wechseln musste. Und da der Übergang Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat in einem unerhört rapiden Tempo vor sich ging, so war nichts selbstverständlicher, als die politischen Parteien, die die Interessen des deutschen Industrie- und Finanzkapitals vertraten, unaufhörlichen Krisen unterworfen wurden.

In diesen Krisen erblickte die Sozialdemokratie nichts als Zeichen der Schwäche und des Verfalls. In Wirklichkeit waren sie nichts als eine fortgesetzte Anpassung an die veränderten und ständig sich verändernden ökonomischen Verhältnisse. Was jetzt sich in der Sozialdemokratie in katastrophalen Formen vollzieht, das vollzog sich in den liberalen Parteien auf dem Wege ruhiger Entwicklung. Den Vertretern des Liberalismus ist dieser Charakter der Parteikrisen jetzt, aus der historischen Distanz gesehen, auch völlig klar. Zum Jubiläum des fünfzigjährigen Bestehens der Partei gab der Historiker Erich Brandenburg eine kleine Schrift heraus, die deutlich zeigt, dass das Wesen der Krisen von den Bürgerlichen klar erkannt worden ist. Er schreibt u. a.:

Fragen wir nach den letzten Ursachen, welche diese Krisis der nationalliberalen Partei herbeigeführt haben, so werden wir sie vor allen Dingen darin erblicken müssen, dass seit

dem Ende der siebziger Jahre an Stelle der rein politischen die wirtschaftlichen Fragen mehr und mehr in den Vordergrund des öffentlichen Lebens traten, und dass der deutsche Liberalismus auf diese Fragen noch in einer Weise eingestellt war, die aus der älteren Zeit herstammte, wo die theoretische Behandlung überwog und die tatsächlichen Verhältnisse vielfach noch ganz andere waren.

Und die Entstehung der verschiedenen Wirtschaftsvereinigungen: des Bundes der Landwirte, der Wirtschaftlichen Vereinigung, des Hansabundes, führt er mit auf die „ungenügende Anpassungsfähigkeit der politischen Parteien gegenüber den neuen großen Aufgaben des wirtschaftlichen und sozialen Lebens“ zurück. Krisen politischer Parteien sind zuletzt immer der Ausdruck des Gegensatzes, der sich zwischen der überlieferten Ideologie und neuen realen Verhältnissen des gesellschaftlichen Lebens gebildet haben. Und so ist die berüchtigte Wandlungsfähigkeit des Liberalismus letzten Endes nichts anderes als eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit an jene veränderten Verhältnisse.

In ihrer gegenwärtigen Krisis ist die Sozialdemokratie, getrieben durch die wuchtigen Schläge des Weltkrieges, nun auch zu dieser Anpassung gezwungen worden. Und es liegt in ihrem Charakter als Millionenpartei des Proletariats, dass sich diese Anpassung in ungleich gewaltigeren Formen vollzieht als bei irgendeiner der liberalen Parteien, und dass sie viel schwieriger zu bewerkstelligen ist. Aber auf die bürgerlichen Parteien hochnäsiger herabzublicken, dazu haben die Vertreter des Sozialismus nicht die geringste Ursache. Wohl aber haben sie die Pflicht, das Werden der bürgerlichen Parteien, ihre politischen Wandlungen mit schärfster Aufmerksamkeit zu verfolgen, um aus ihnen die nötigen Lehren für die Entwicklung der eigenen Partei zu schöpfen. Und gerade die Entwicklung der liberalen Parteien, die heute in ausgeprägter Form die Vermittlung zwischen rechts und links anstreben, die, ökonomisch gesprochen, den Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit bewerkstelligen wollen, da sie in diesem Ausgleich eine der bedeutsamsten Stützen der imperialistischen Politik erblicken, gibt uns allen Anlass, ihre Politik mit allem Ernst zu verfolgen. Nicht misszuverstehen sind die Worte, die Brandenburg in seiner kleinen Schrift über den grundlegenden Gegensatz in der kapitalistischen Gesellschaft sagt:

„Es kann für den modernen Staat keine stärkere Bedrohung der Grundlagen seiner Macht geben, als wenn sich unter seinen Bürgern Gruppen bilden, die einander weder hassen noch bekämpfen, als sie sich durch das gemeinsame Volkstum dem Auslande gegenüber verbunden fühlen. Eine solche Gefahr droht den modernen Staaten durch die industrielle Entwicklung mit ihrer Schöpfung gewaltiger Großbetriebe, ungeheurer Kapitalien auf der einen und einer nach Millionen zählenden besitzlosen Arbeiterproletariats auf der anderen Seite. Wenn der Staat danach strebt, diesen Gegensatz auszugleichen, ihn wenigstens nicht so stark werden zu lassen, dass er zu einem Vernichtungskrieg auf Tod und Leben zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft, zwischen besitzenden und nichtbesitzenden Klassen ausartet, so erfüllt er nur eine elementare Pflicht gegen sich selbst, denn seine Existenz und seine Macht stehen auf dem Spiel und damit auch die Existenz und Geltung des Volkstums, dem er dient. Wenn jene innere Kluft völlig unüberbrückbar wird, und wenn der Gegensatz dieser Schichten schließlich in offenen Kampf mit den Mitteln physischer Gewalt ausartet und das Land in den Strudel der Revolution stürzt.“

Das Ziel der Nationalliberalen ist damit klar genug gezeigt. Ein anderes ist es, ob gerade sie, als die politischen Vertreter des großen Industriekapitals, berufen sind, ihm zu dienen. Dennoch zeigt sich auch in diesem Streben nach Ausgleichung der Klassegegensätze ein scharfer Blick für das, was dem Staate gerade heute für seine Existenz bitter nötig ist. Es kann kein Zweifel sein, dass die sozialistische Politik auch in diesem Punkte vom Gegner lernen muss – nämlich, dass sie das entgegengesetzte Ziel zu erstreben hat. Die Wirkungen solcher

Politik aber sind von dem liberalen Historiker durchaus richtig erkannt und ausgesprochen worden. Die Linksradikalen haben alle Ursache, das politische Verhalten der „Mittelparteien“ mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Sie werden ihre Taktik den veränderten Verhältnissen anpassen müssen. Und diese veränderten Verhältnisse geboten gerade jetzt die Gründung einer eigenen linksradikalen Partei mit einem eigenen Aktionsprogramm, das den Gegensatz zwischen ihnen und allen rechtsstehenden Parteien, von Hugo Haase bis Oktavio von Zedlitz in aller Krassheit bloßgelegt hätte. Nur eine Partei, die diese Aufgabe erfüllt hätte, wäre die berufene Vertreterin der proletarischen Interessen gewesen. Sie auch würde ihre Gegner wie die Erfahrungen des eigenen Kampfes stets zu ihren besten Lehrmeistern zählen.

## Zur Frage des Parlamentarismus.

### Sozialdemokratie und Parlamentarismus.

Von Wilhelm Liebknecht.

Die Sozialdemokratie darf unter keinen Umständen und auf keinem Gebiet mit den Gegnern verhandeln. Verhandeln kann man nur, wo eine gemeinsame Grundlage besteht. Mit prinzipiellen Gegnern verhandeln, heißt sein Prinzip opfern. Prinzipien sind unteilbar, sie werden entweder ganz bewahrt oder ganz geopfert. Die geringste prinzipielle Konzession ist die Aufgebung des Prinzips. Wer mit Feinden parlamentiert, parlamentiert; wer parlamentiert, paktiert.

Doch auch ganz abgesehen von dem eigentlich politischen Standpunkt hat eine Beteiligung unserer Partei an den Parlamentsdebatten nicht den mindesten praktischen Nutzen.

Ebenso praktisch würde es sein, unsere Prinzipien den Meereswogen vorzuplaudern – und nicht so lächerlich. Die Führer der bürgerlichen Parteien wissen sehr gut, was wir wollen. Ihnen gegenüber, wie überhaupt den im Reichstag fast ausschließlich vertretenen herrschenden Klassen gegenüber ist der Sozialismus keine Frage der Theorie mehr, sondern eine Machtfrage.

Aber angenommen, die Regierung mache von ihrer Macht aus Kraftgefühl oder Berechnung keinen Gebrauch, und es gelinge, wie das der Traum einiger sozialistischer Phantasiepolitiker ist, eine sozialdemokratische Majorität in den Reichstag zu wählen – was sollte die Majorität tun? Hie Rhodus hic salta. Jetzt ist der Moment, die Gesellschaft umzugestalten und den Staat. Die Majorität fasst einen weltgeschichtlichen Beschluss, die neue Zeit wird geboren – ach nein, man jagt die sozialdemokratische Majorität zum Tempel hinaus, und gibt ihr Gelegenheit, über ihr donquixotisches Treiben nachzudenken.

Nicht ein Vorteil! Und nun auf die andere Seite die Nachteile: Das Prinzip geopfert, der ernste politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelfechterei herabgewürdigt, das Volk zu dem Wahn verführt, der bismarcksche „Reichstag“ sei zur Lösung der sozialen Frage berufen. – Und wir sollen „aus praktischen Gründen“ parlamentieren? Nur der Verrat oder die Kurzsichtigkeit kann es uns zumuten.

## Eine Richtigstellung.

Von Julian Borchardt.

In dem Artikel über die Ursachen der Teuerung in Nr. 21 der „Arbeiterpolitik“ vom 26. Mai 1917 schreibt der Verfasser Genosse Meppen, die Grundlage seiner Ausführungen bilde meine Broschüre: „Woher kommt das Geld zum Kriege?“ Was er dann aber sagt, findet in meiner Broschüre keine Grundlage. Ich lege Gewicht darauf, keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, dass die Sätze des Gen. Meppen über das Papiergeld nicht von mir stammen. Insbesondere meine ich den Satz, dass der Verkehr unter normalen Verhältnissen immer gerade so viel Papiergeld aufnimmt, als Geld für die Zirkulation nötig wäre, und die hierauf folgenden Bemerkungen über die Abhängigkeit des Papiergeldwertes vom Wert der umlaufenden Warenmenge.

Wenn Gen. Meppen ferner die „Grundursache der Warenverteuerung“ in der übermäßigen Ausgabe von Papiergeld erblickt, so darf dies ebenfalls nicht so verstanden werden, als ob es aus meiner Broschüre entnommen sei. Ich habe vielmehr (in dem Kapitel „Das Geld bleibt im Lande“) darzulegen mich bemüht, dass die Teuerung auf folgende Weise zustande gekommen ist: die Offiziere und Beamten, welche damit betraut sind, die Heeresbedürfnisse zu beschaffen, können es nicht darauf ankommen lassen, dass diese fehlen. Von vornherein mussten sie also für gesteigerte und ununterbrochene Produktion sorgen. Dazu gibt es in der kapitalistischen Gesellschaft nur ein Mittel, nämlich die Bewilligung von Preisen, die hohen Profit in sich schließen. Deshalb wurden von Anfang an die hohen Preise für Kriegslieferungen bewilligt, und diese haben sich dann vermöge der Durchschnittsprofite auf alle übrigen Gewerbe ausgedehnt. Das ist nach meiner Überzeugung der tatsächliche Hergang gewesen, und deshalb musste (wie ich auf Seite 47 sage) der Krieg zur allgemeinen Teuerung führen. Die starke Ausgabe von Papiergeld hat diese dem Krieg eigentümliche Tendenz zur Preissteigerung nur verstärkt. Außerdem aber ist das Papiergeld gewissermaßen der Mechanismus gewesen, der die Teuerung allmählich (auf dem allmählich liegt der Ton) immer weiter ausgebreitet und die Kapitalansammlungen in Banken und Sparkassen veranlasst hat, aus denen die Krieganleihen fließen.

Wo endlich der Genosse Meppen in meiner Broschüre die Bemerkung gefunden haben will, dass das Papiergeld in dem großen Goldschatz eine angemessene Deckung habe und deshalb vom Gesichtspunkt des Kapitalisten aus nicht ungesund sei, ist mir völlig unverständlich. Ich habe dergleichen nicht geschrieben und wäre dem Genossen Meppen dankbar, wenn er mir sagen wollte, welche Stelle so missverständlich aufgefasst werden kann.

## Aus unserm politischen Tagebuch.

Der Sozialdemokratische Verein Bremen nahm in seiner letzten Versammlung eine Resolution an, die etwa folgenden Wortlaut hat:

„Die Arbeitsgemeinschaft und das durch sie vertretene Parteizentrum trägt durch seine sozialpazifistische Propaganda, des Abrüstens und der Schiedsgerichte, durch das Anrufen der Regierungen zur Herbeiführung des Friedens, durch sein Versagen in der Ausnützung der Parlamentstribüne zur offenen Lösung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus und alle seine Äußerungen, sowie durch sein Versagen im grundsätzlichen Kampfe gegen die Sozialpatrioten stets neue Verwirrung in die Köpfe und Reihen der oppositionellen Arbeiterschaft. Das Parteizentrum leistet dadurch den Sozialpatrioten und der Bourgeoisie unbewusste Helferdienste und hemmt die Machtentfaltung der Arbeiterklasse.

Die auf der Grundlage des Erfurter Programms in Gotha neu geschaffene Organisation unterscheidet sich im Wesen und Prinzip nicht im Mindesten von der Organisation der alten

Sozialdemokratie. Sie stellt nichts weiter dar als die organisatorische Stütze der Parlamentsfraktion „Arbeitsgemeinschaft“ und die finanzielle Stütze ihrer Bureaucratie. Die Organisation Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands kommt daher nicht als Mittel im Klassenkampf des Proletariats, der sich in der Zukunft in den Formen der Massenaktionen abspielen wird, in Frage. Als Instrument dieser Gruppe Parlamentarier bildet sie ein Hemmnis in den sich schon jetzt anbahnenden Massenkämpfen der Zukunft und läuft somit den Interessen der Arbeiterschaft gerade entgegen.

Aus diesen Gründen lehnt der Sozialdemokratische Verein jeden organisatorischen Zusammenschluss mit dem Parteizentrum ab und stellt sich vollkommen hinter die von seinen Delegierten auf der Gothaer Konferenz eingenommene Haltung. Der Sozialdemokratische Verein Bremen erklärt sich solidarisch mit den Hamburger Linksradiakalen, die sich eine eigene Organisation geschaffen haben, und erwartet auch von den übrigen linksradikalen Elementen Deutschlands, dass sie zunächst örtlich oder provinzial ihre Selbständigkeit proklamieren, um die linksradikale Organisation über das Reich vorzubereiten.“

Das ist das Bekenntnis zu einer Politik, wie sie den Bremer Arbeitern einfach durch ihre Erfahrungen im wirtschaftlichen und politischen Kampfe aufgezwungen wurde. Die rapide Industrialisierung Bremens, die fortschreitende Vertrustung der großen Werke und Werften stellten der Bremer Arbeiterschaft einen Gegner entgegen, dem die Forderungen der Arbeiter nur durch energischen Kampf und einschneidende Taten abgerungen werden konnte. Solchermaßen durch den Kampf um ihre Rechte geschulte Arbeiterschaft lässt sich nicht am Gängelbände irgendwelcher Leute oder Organisationen führen. Es bedurfte nur eines Anlasses, um die Leute vom 4. August abzuschütteln. Die Sozialpatrioten, konsequent wie sie sind, fegten die Arbeitsgemeinschaft mitsamt ihren Kleistertöpfen aus ihrem Tempel. Die frische Luft führte nun endlich den fröstelnden Zentrumsleuten die Notwendigkeit der Spaltung zum Bewusstsein. Diese erst am eigenen Leibe verspürte Tat war notwendig, damit diese weitschauenden Haaseaten den Gegensatz zwischen der Politik des 4. August und den Arbeitern zu fühlen begannen. Die erste Sorge der „Oppositionellen“ war sofort: „Obdach“. Der Reigen begann: „Alle hierher, wer mitspielen will“. Und so bauten sie sich eine Hütte, wo „die volle Meinungsfreiheit aller Richtungen gesichert sei“. Nicht Klärung, sondern Kleistern blieb ihre Parole, unter der in Gotha die Herberge zur Heimat entstand, die alle oppositionellen Elemente aufnehmen sollte. Die Tendenz der Gothaer Tagung im Voraus erkennend, gingen die Bremer Delegierten mit gebundenem Mandat nach Gotha, im Sinne einer konsequenten linksradikalen Politik zu wirken. Wenn es dort den linksradikalen Elementen nicht gelang, in geschlossener Phalanx dem Parteizentrum entgegenzutreten, ihm die Larve vom Gesicht zu reißen und vor die Alternative zu stellen: organisieren oder kämpfen, so war der Bremsklotz in diesem Falle die Berliner Leitung der Gruppe Internationale mit ihren taktischen Bedenken usw. -

Die Bremer Arbeiter sind mit ihrem Beschluss ihrer Ziele als Linksradiakale treu geblieben und werden sie unter der Devise: „Keine Kompromisse“ auch aus eigener Kraft durchzusetzen wissen.

3. Juni.

In der Nr. 52 des „Kampf“ vom 1. Juni wird aus Frankfurt a. M. berichtet, dass die Leitung der Unabhängigen Sozialistischen Partei in Frankfurt a. M. die Verbreitung des „Kampf“ in den Parteiversammlungen verbietet. Die „engeren Freunde“ der weiland Gruppe Internationale fragen bei der Gelegenheit: „Warum verweigert die Zentralleitung der Unabhängigen die Antwort auf unsere Anfrage, ob der ‚Kampf‘ als Organ der unabhängigen Partei anerkannt wird, das auf dem Boden der Partei steht?“ Und weiter fragen die „engeren

Freunde“: „Wann nehmen diese Halbheiten eine Ende?“ Das ist nun in mehrfacher Hinsicht sehr amüsan. Einmal schließt sich die Gruppe Internationale den Unabhängigen an. Sie stellt es den einzelnen Mitgliedschaften aber anheim, ob sie mit den Unabhängigen gehen wollen oder nicht. Die Frankfurter Linksradikalen haben es nun, wenn wir recht unterrichtet sind, vorgezogen, selbständig zu bleiben. Schon ist der Konflikt da. Die Unabhängigen verbieten die Verbreitung des „Kampf“. Die Outsider stehen aber unter dem Schutz des Gothaer Beschlusses. Was wird nun die Berliner Leitung der Gruppe Internationale tun, um ihren Mitgliedschaften zu ihrem Rechte zu verhelfen? Und außerdem fordern die Frankfurter Genossen mit Recht, dass endlich einmal Klarheit darüber geschaffen wird, ob der „Kampf“ Organ der Unabhängigen oder der Gruppe Internationale sein soll. Amüsan ist aber noch das Eingeständnis, dass der „Kampf“ auf dem Boden der neuen Partei steht. Also steht er nicht auf dem Boden der Leitsätze? Oder stehen die Leitsätze auch auf dem Boden der Unabhängigen? Vielleicht steht die Gruppe Internationale mit dem einen Bein auf dem Boden der Leitsätze und mit dem andern auf dem Boden der Unabhängigen? In der Tat, die Verwirrung ist bodenlos. Die Frankfurter Genossen fragen, wann diese Halbheiten ein Ende nehmen. Nun, das ist doch sehr einfach: Wenn die Gruppe Internationale sich von den geborenen Halbheitspolitikern freigemacht und eine selbständige linksradikale Partei gegründet hat. Bis dahin werden wir noch Irrungen und Wirrungen erleben, die den Sozialpatrioten die hellste Freude bereiten, der linksradikalen Bewegung aber einen Nackenschlag nach dem andern versetzen werden.

## Feuilleton

### Schulgeschichten.

Ein Kapitel aus Heines „Buch le Grand“.

Von der deutschen Sprache begriff ich viel mehr, und die ist doch gar nicht so kinderleicht. Denn wir armen Deutschen, die wir schon mit Einquartierungen, Militärpflichten, Kopfsteuern und tausenderlei Abgaben geplagt sind, wir haben uns noch obendrein den Adelung aufgesackt und quälen uns einander mit dem Akkusativ und Dativ. Viel deutsche Sprache lernte ich vom alten Rektor Schallmeyer, einem braven geistlichen Herrn, der sich meiner von Kind auf annahm. Aber ich lernte auch etwas derart von dem Professor Schramm, einem Manne, der ein Buch über den ewigen Frieden geschrieben hat und in dessen Klasse sich meine Mitbuben am meisten rauften.

Während ich in einem Zuge fortschrieb und allerlei dabei dachte, habe ich mich unversehens in die alten Schulgeschichten hineingeschwätzt, und ich ergreife diese Gelegenheit, um Ihnen zu zeigen, Madame, wie es nicht meine Schuld war, wenn ich von der Geographie so wenig lernte, dass ich mich späterhin nicht in der Welt zurechtzufinden wusste. Damals hatten namentlich die Franzosen alle Grenzen verrückt, alle Tage wurden die Länder neu illuminiert, die sonst blau gewesen, wurden jetzt plötzlich grün, manche wurden sogar blutrot, die bestimmten Lehrbuchseelen wurden so sehr vertauscht und vermischt, dass kein Teufel sie mehr erkennen konnte, die Landesprodukte änderten sich ebenfalls, Zichorien und Runkelrüben wuchsen jetzt, wo sonst nur Hasen und hinterherlaufende Landjunker zu sehen waren, auch die Charaktere der Völker änderten sich, die Deutschen wurden gelenkig, die Franzosen machten keine Komplimente mehr, die Engländer warfen das Geld nicht mehr zum Fenster hinaus, und die Venezianer waren nicht schlau genug, unter den Fürsten gab es viel Avancement, die alten Könige bekamen neue Uniformen, neue Königtümer wurden gebacken und hatten Absatz wie frische Semmeln, manche Potentaten hingegen wurden von Haus und

Hof gejagt und mussten auf andere Art ihr Brot verdienen suchen, und einige legten sich daher früh auf ein Handwerk, und machten z. B. Siegellack oder – Madame, diese Periode hat endlich ein Ende, der Atem wollte mir ausgehen kurz und gut, in solchen Zeiten kann man es in der Geographie weit bringen.

Da hat man es doch besser in der Naturgeschichte, da können nicht so viele Veränderungen vorgehen, und da gibt es bestimmte Kupferstiche von Affen, Kängurus, Zebras, Nashorne usw. Weil mir solche Bilder im Gedächtnis blieben, geschah es in der Folge sehr oft, dass mir manche Menschen beim ersten Anblick gleich wie alte Bekannte vorkamen.

Auch in der Mythologie ging es gut. Ich hatte meine liebe Freude an dem Göttergesindel, das so lustig nackt die Welt regierte. Ich glaube nicht, dass jemals ein Schulknabe im alten Rom die Hauptartikel seines Katechismus, z. B. die Liebschaften der Venus, besser auswendig gelernt hat als ich. Aufrichtig gestanden, da wir doch einmal die alten Götter auswendig lernen mussten, so hätten wir sie auch behalten sollen, und wir haben vielleicht nicht viel Vorteil bei unserer neurömischen Dreigötterei oder gar bei unserem jüdischen Eingötzentum. Vielleicht war jene Mythologie im Grunde nicht so unmoralisch, wie man sie verschrien hat; es ist z. B. ein sehr anständiger Gedanke des Homer, dass er jener vielgeliebten Venus einen Gemahl zur Seite gab.

Am allerbesten aber erging es mir in der französischen Klasse des Abbe d'Auluoi, eines emigrierten Franzosen, der eine Menge Grammatiken geschrieben und eine rote Perücke trug, und gar pffiffig umhersprang, wenn er seine Art poetique und seine Histoire allemande vortrug. Er war im ganzen Gymnasium der einzige, welcher deutsche Geschichte lehrte. Indessen auch das Französische hat seine Schwierigkeiten, und zur Erlernung desselben gehört viel Einguartierung, viel Getrommel, viel *apprendre par coeur* (auswendig lernen) und vor allem darf man keine Bete allemande sein. Da gab es manches saure Wort. Ich erinnere mich noch so gut, als wäre es erst gestern geschehen, dass ich durch la religion vie Unannehmlichkeiten erfahren. Wohl sechsmal erging an mich die Frage: „Henri, wie heißt der Glaube auf Französisch?“ Und sechsmal, und immer antwortete ich: „das heißt le credit“. Und beim siebentenmale, kirschbraun im Gesichte, rief der wütende Examinator „Er heißt la religion“ – und es regnete Prügel und alle Kameraden lachten. Madame! seit der Zeit kann ich das Wort Religion nicht erwähnen hören, ohne dass mein Rücken blass vor Schrecken und meine Wangen rot vor Scham wird. Und ehrlich gestanden, I credit hat mir im Leben mehr genützt als la religion. – In diesen Augenblick fällt mir ein, dass ich dem Bösewicht in Bologna noch 5 Taler schuldig bin. – Und wahrhaftig, ich mache mich anheischig dem Bösewicht noch 5 Taler extra schuldig zu sein, wenn ich nur das unglückliche Wort: „la religion“ in diesem Leben nimmer mehr zu hören brauche.

Parbleu, Madame! ich habe es im Französischen weit gebracht Ich verstehe nicht nur Palois, sondern sogar adeliges Bonnen-französisch. Noch unlängst, in einer noblen Gesellschaft, verstand ich sofort die Hälfte von dem Diskurs zweier deutscher Komtessen, wovon jede über vierundsechzig „Jahr“ und eben so viel Ahnen zählte. Ja, im Café Royal zu Berlin hörte ich einmal den Monsieur Michel Martens französisch parlieren, und verstand jedes Wort, obschon kein Verstand darin war. Man muss den Geist der Sprache kennen, und diesen lernt man am besten durch Trommeln. Parbleu wie viel verdanke ich nicht dem französischen Tambour, der so lange bei uns im Quartier lag, und wie ein Teufel aussah, und doch von Herzen engelsgut war, und so ganz vorzüglich trommelte.

Es war eine kleine, bewegliche Figur mit einem fürchterlichen schwarzen Schnurrbarte, worunter sich die roten Lippen trotzig hervorbäumten, während die feurigen Augen hin- und herschossen.

Ich kleiner Junge hing an ihm wie eine Klette, und half ihm seine Knöpfe spiegelblank putzen und seine Weste mit Kreide weißen, denn Monsieur le Grand wollte gern gefallen – und ich folgte ihm auch auf die Wache, nach dem Appell, nach der Parade – da war nichts als Waffenglanz und Lustigkeit – les jours de fete sont passes! Monsieur le Grand wusste nur wenig gebrochenes Deutsch, nur die Hauptsache – Brot, Kuss, Ehre – doch konnte er sich auf der Trommel sehr gut verständlich machen, z. B. wenn ich nicht wusste, was das Wort „liberté“ bedeute, so trommelte er den Marseiller Marsch – und ich verstand ihn. Wusste ich nicht die Bedeutung des Wortes „égalité“, so trommelte er den Marsch „la via, ca via, les aristocrates a la lanterne!“ – und ich verstand ihn. Wusste ich nicht, was „betise“ sei, so trommelte er den Dessauer Marsch, den wir Deutschen, wie auch Goethe berichtet, in der Champagne getrommelt – und ich verstand ihn. Er wollte mir mal das Wort: „l'Allemagne“ erklären, und er trommelte jene allzu einfache Urmelodie, die man oft an Markttagen bei tanzenden Hunden hört, nämlich Dum – dum – dum – ich ärgerte mich, aber ich verstand ihn doch.

---

Mit Seufzern wird keine Weltgeschichte gemacht. Es haben allemal Orkane gebraust, wenn die Luft zu schwül geworden war.

---

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.



Arbeiterpolitik 25/1918

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 23. Juni 1917.

Nr. 25

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Die Verteidigung.

In allen Reden der auf dem Boden der Landesverteidigung stehenden Parteien, von der gewichtigen Stimme des Reichskanzlers bis zu der Scheidemanns, in allen Kriegsschriften kehrt die Wendung wieder: Deutschland führt einen Verteidigungskrieg gegen eine Übermacht von Feinden; es führt diesen Krieg um seine nationale Existenz. Wir wollen diese Frage hier nicht weiter untersuchen. Wir wollen nur den Gedankengang einer Schrift wiedergeben, die genau vor Jahresfrist erschien und den Charakter des deutschen Verteidigungskrieges so gründlich enthüllt, dass wir kaum ein Wort der Erläuterung hinzuzufügen brauchen. Der Verfasser ist eine militärische Autorität. Und er ist durch seine früheren Schriften hinlänglich als ein in die Geheimnisse der deutschen Strategie sowohl als auch der deutschen Politik Eingeweihter bekannt. Es ist der Oberstleutnant *H. Frobenius*, der vielgenannte Verfasser der vielgenannten Schrift: *Des deutschen Reiches Schicksalsstunde*, einer Schrift, von der er nachträglich selbst sagen kann, dass der Krieg ihre Prophezeiungen Wort für Wort erfüllt habe.

Jene Schrift behandelt bereits eingehend die Rolle Belgiens in einem zukünftigen Kriege, und sie weist England als den Hauptfeind Deutschlands nach. Von dem Standpunkt aus, dass der bedeutsamste Gegensatz der modernen imperialistischen Epoche der deutsch-englische ist, hat Frobenius vor Jahresfrist eine andere Kriegsschrift erscheinen lassen, in der er sich mit den Kriegs- und Friedenszielen auseinandersetzt.<sup>45</sup> Die Schrift ist in diesem Augenblicke weder besonders aktuell, da der Reichskanzler in seiner letzten großen Rede es abermals ausdrücklich ablehnte, die deutschen Kriegsziele bekannt zu geben. An sich liegt darin nichts Überraschendes; denn das allgemeine Kriegsziel Deutschlands ist bekannt genug. Es ergibt sich aus dem deutsch-englischen Gegensatz von selbst und wird von Frobenius in die klipp und klaren Worte gekleidet: Niederringung Englands. Es ist vom Standpunkt des deutschen Imperialismus ebenso selbstverständlich wie das englische Kriegsziel: Niederringung Deutschlands, vom Standpunkt des englischen Imperialismus. Was aber die deutschen

<sup>45</sup> „Kriegsziele und Friedensziele“. Von H. Frobenius, Oberstleutnant a. D. Verlag von Karl Curtius in Berlin W., 63 Seiten, Preis 1 Mark.

Friedensziele betrifft, so weiß jeder, dass sie in ihren allgemeinen Zügen ebenfalls nicht zu verbergen sind.

Welche Friedensziele aber im Einzelnen zu erstreben sind, hängt in der Tat ganz davon ab, wieweit das Kriegsziel erreicht werden kann. Erst die durch den Krieg gegebene objektive Basis der Machtverhältnisse gibt der Diplomatie die Möglichkeit, die Friedensziele im Einzelnen bekannt zu geben. Das ist eine ebenso alte wie allgemeine Weisheit, und sie ist Herrn Bethmann- Hollweg ebenso wenig verborgen, wie Herrn Philipp Scheidemann. Nur, dass Herr Bethmann-Hollweg offen bekennt, dass er nicht imstande ist, Unmögliches zu leisten, während Herr Philipp Scheidemann und seine ganze sozialpatriotische Sippschaft von ihm etwas verlangt, wovon die Herren ganz genau wissen, dass er ihr Verlangen nicht erfüllen kann. Von dem Reichskanzler die Bekanntgabe der Friedensziele fordern, heißt im Grunde nichts anderes, als die sofortige Beendigung des Krieges fordern. Und da jeder ernsthafte Politiker nicht nur fordern darf, sondern für das Geforderte mit allen ihm zu Gebote stehenden Machtmitteln auch kämpfen muss, so ist weder das Geschrei der Scheidemänner wie dasselbe Geschrei der Unabhängigen nach Bekanntgabe der Friedensziele irgendwie ernst zu nehmen. Das weiß die Regierung auch sehr wohl, und Herr Bethmann-Hollweg kann die an ihn gestellte Forderung jedes Mal mit umso schönerer Handbewegung abtun, als er der uneingeschränkten Zustimmung der bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme vielleicht der Konservativen, die in ihm immer noch nicht den „starken Mann“ anerkennen können, von vornherein gewiss sein kann.

Im Übrigen wissen sie alle, dass die große Politik nicht im Reichstage, sondern in anderen Kreisen gemacht wird, deren Kontrolle sich gänzlich der Öffentlichkeit entzieht. Wenn daher Sozialpatrioten und Zentrumsleute unentwegt die Bekanntgabe der Friedensziele fordern, so verbirgt sich hinter dieser Forderung letzten Endes nichts als die Drückebergerei vor dem Klassenkampf. Sie benutzen diese Forderung als Kampfform gegen die Regierung, obwohl sie wissen, dass sie nichts unternehmen werden und auch nichts unternehmen können, um die Regierung zur Bekanntgabe der Friedensziele zu zwingen. Für die Massen aber, die sich mit dem Sozialpatriotismus und dem Parteizentrum zufriedengeben, ist diese Forderung ein hinlänglicher Protest gegen die Regierung und die Protestler können sich in die billigsten Kostüme der Opposition hüllen, die nur irgend aufzutreiben sind, wobei immerhin von einiger Bedeutung ist, dass die Kostüme der Sozialpatrioten und Zentrumsleute auch in dieser Komödie aus demselben Stoff und nach demselben Schnitt genäht sind.

Man braucht nur irgendein imperialistisches Kriegsbuch in die Hand zu nehmen, um auf den ersten Blick zu erkennen, was es mit den deutschen Kriegs- und Friedenszielen auf sich hat. Halten wir uns an die erwähnte Schrift des Oberstleutnant Frobenius. Das Ziel der Verbandsmächte ist „die Zertrümmerung des Deutschen Reiches, die Vernichtung seiner Industrie, die Unterbindung seines Handels, völliges Aushungern und Niederwerfen des Deutschtums bis zum Verzicht auf jeden weiteren Wettbewerb auf geistigem und materiellem Gebiet“, sagt Frobenius. Und daraus folgert er, worin „unser Friedensziel nur zu suchen ist: Den Kampf, den wir fast mit der ganzen Welt um unsere Existenz zu kämpfen haben, nicht eher zu beenden, als bis wir eine Machtstellung gewonnen haben, die uns volle Bewegungsfreiheit für die weitere Entwicklung unserer Lebensbedingungen gewährleistet. Das begreift aber Machtzuwachs in sich, da die Rücksicht auf unsere bisherige Macht uns gegen den listigen Überfall nicht geschützt hat, das umfasst den Verschluss der Einfallstore unserer Gegner, am sichersten durch Besitzergreifung, das verlangt Gebietserweiterung für unsere anwachsende Bevölkerung, verlangt völlige Freiheit der Meere und eine innere Organisation im engsten Anschluss an unsere Freunde“. (S. 9.)

Nun hat noch keiner der Imperialisten ein näheres Wort darüber gesagt, wie er sich die „völlige Zertrümmerung des Deutschen Reiches“ denkt. Wohl aber sind sie alle der festen Überzeugung, dass dieses Ziel der Entente niemals erreicht werden kann. Ja, Frobenius weist sogar nach, dass die Vernichtung Deutschlands die Interessen der Ententemächte selbst aufs äußerste gefährden müsste. „Endlich nimmt Deutschland in der Welt der Industrie, der Technik und Wissenschaft eine so hervorragende Stellung ein, dass es überhaupt nicht entbehrlich ist, und dass selbst England den Handel mit ihm auf längere Zeit nicht entbehren kann, geschweige denn seine Verbündeten, von denen namentlich Russland auf den Handel mit Deutschland geradezu angewiesen ist.“ (S. 63.) Und er prophezeit schon jetzt den Zusammenbruch der Entente: „Sollten aber die englischen Machthaber wirklich sich in dem Wahn befinden, dass dies unnatürliche, allen ihren Interessen ins Gesicht schlagende und nur durch künstliche Aufreizung gekittete Bündnis der Verbandsmächte nach Abschluss dieses Krieges weiterbestehen und die bedingungslose Gefolgschaft Frankreichs, Russlands und Italiens dem Inselreiche erhalten bliebe? Ein Narr, wer daran glaubt.“ (S. 63.)

Gewiss ein Narr, aber ein tausendmal größerer Narr, wer da glaubt, die englischen Staatsmänner vor der Welt in den Verdacht solcher Narrheiten bringen zu können. Man braucht gewiss noch kein Englandfreund zu sein, wenn man die historische Tatsache ausspricht, dass unter den Weltreichen der Weltgeschichte das englische die mächtigsten und für die historische Entwicklung ruhmreichsten Traditionen hat. Jedenfalls hatte der Blick der englischen Staatsmänner längst Weltdimensionen gewonnen, als in Deutschland noch ein hartnäckiger Kampf um die Bemalung der verschiedenen Dutzend vaterländischer Grenzpfähle geführt wurde. Aber die Prophezeiung des Oberstleutnants Frobenius ist noch in einer andern Hinsicht bemerkenswert: Wenn nämlich das Ententebündnis so brüchig ist, so ist das gewiss nicht erst das Resultat dieses Krieges. Und es ist lange weltbekannt, dass der russisch-englische Gegensatz vor dem Kriege so akut wurde, dass er den deutsch-englischen Gegensatz zeitweilig sogar zu überflügeln schien. Was also besagt die Prophezeiung des Oberstleutnants Frobenius? Entweder nämlich besteht die Prophezeiung und ihre geschichtliche Grundlage zu Recht: dann ist nicht einzusehen, weshalb das russisch-englische Bündnis auf dem Wege friedlicher Entwicklung nicht so sehr gelockert worden wäre, dass ein Ententekrieg gegen die Mittelmächte niemals hätte zustande kommen können. Oder aber der Ententekrieg war doch unvermeidlich, dann wäre nicht einzusehen, weshalb das englisch-russische Bündnis gerade nach dem Kriege in die Brüche gehen sollte.

Aber folgen wir der neuesten Schrift des Oberstleutnants weiter. Sie weist lang und breit nach, dass bis zum Mai 1916 sämtliche Kriegsziele der Ententemächte schmählichst in die Brüche gegangen sind. Weder haben die Russen sich in Ostpreußen festsetzen und die Ostseeprovinzen an sich reißen können, noch stehen die Franzosen am Rhein, noch sind die Engländer im Besitz der deutschen Flussmündungen an der Nordsee. Von den Zielen der Entente in Österreich-Ungarn, auf dem Balkan und in der Türkei ganz zu schweigen. Außer der Marneschlacht und den Kämpfen bei Neuve Chapelle nichts, als eine ununterbrochene Kette von Niederlagen und Misserfolgen für die Entente, eine ebenso ununterbrochene Kette von Siegen und Erfolgen seitens der Mittelmächte. So sehr stehen die deutschen Erfolge schon jetzt gefestigt da, dass nicht einmal ein Durchbruch der Engländer und Franzosen im Westen sie ernstlich in Frage stellen können. Am trübseligsten steht es um die Aussichten Frankreichs, das am stärksten und nachhaltigsten unter dem Kriege zu leiden haben wird. Frankreich ist am Ende seiner militärischen Kraft.

Wie die militärischen, so sind auch die wirtschaftlichen Ziele der Entente nicht erreicht worden: der Aushungerungskrieg Englands hat sein Fiasko erlebt. „In Wirklichkeit ist mancher andere Staat dem Verhungern jetzt eher ausgesetzt als Deutschland.“ „Angewiesen mit allen Lebensinteressen auf die Zufuhr über See wird Großbritannien unterliegen, wenn es

gelingt, diese in einem so hohen Grade zu erschweren, dass dem Inselreiche dasselbe droht, womit es uns hat vernichten wollen: der Mangel an Kartoffeln und an Lebensmitteln: der Hunger ...“ „Für Deutschland ist es eine – Nein! die Lebensfrage, England zu besiegen, und deshalb gilt es, jedes Mittel anzuwenden, das auch diesem Gegner an den Lebensnerv gehen kann.“ (S. 61.) Zu Wasser und zu Lande, strategisch und wirtschaftlich: überall dasselbe Resultat: die Niederlage der Entente. Und darum formuliert Frobenius den Charakter der deutschen Kriegsführung so: „Unsere Gegner sind, wo sie auch noch kämpfen, auf eine, in fruchtlosen, allmählich ermattenden Gegenstößen verblutende Verteidigung beschränkt, während die deutschen Truppen ebenso wie ihre Verbündeten sich auch im vielmonatigen Stellungskrieg allerorten die Stoßkraft bewahrt haben und gewissermaßen in ihr angriffsweises Verfahren, das sie weit in Feindesland hineintrug, nur zeitweise Pausen eingelegt haben, die sie jederzeit beenden können, wenn und wo es die Armeeleitung für angebracht erachtet, wieder zur Offensive zu greifen. Das ist die augenblickliche Lage: dort eine erlahmende Verteidigung, die darauf sinnen muss, unseren etwaigen Angriffen zu begegnen, hier ein frischer Offensivgeist.“ (S. 58.)

Und noch deutlicher zeigt Frobenius den Charakter des Krieges: „wenn der Reichskanzler einmal gesagt hat, je länger der Krieg daure, je härter würden unsere Friedensbedingungen sein, so hat er damit ausgesprochen, dass unser Friedensziel durchaus nicht ein im Voraus bestimmt begrenztes, sondern je nach den Verhältnissen, d. h. je nach dem Umfange der erreichten Kriegsziele weiter auszugestaltendes sei. Was wir für die Sicherung gegen wiederholte heimtückische Angriffe benötigen: für die Landesverteidigung geeignete Grenzen und Verschluss der den Gegnern dienenden Einfallstore, das können wir auf verschiedene Weise erreichen, d. h. die Grenzen des einzuverleibenden feindlichen Gebietes können enger und weitergezogen werden, und die Form der Abhängigkeit dieser Gebiete kann eine sehr verschiedene sein. Das wird und muss sich danach richten, was wir im Augenblick des Friedensschlusses tatsächlich mit den Waffen genommen haben, sodass wir unsere Forderungen, also unser Friedensziel, vielleicht nach einem halben Jahr viel höher bemessen können als zur Zeit.“ (S. 58-59.)

So erklärt es sich, dass der Reichskanzler es immer wieder ablehnt und ablehnen muss, über die Friedensbedingungen zu sprechen; so erklärt sich auch, dass die imperialistische Presse gerade jetzt, wo die englisch-französische Offensive im Westen ihren Höhepunkt überschritten zu haben scheint, wo die Isonzoschlacht für die Italiener aufs neue aussichtslos zu sein scheint, wo die Russen zu einer umfassenden Offensive nicht mehr fähig zu sein scheinen, mit allem Nachdruck vor einem „vorzeitigen Frieden“ warnt.

Kürzlich sandte der Vaterländische Verein in Braunschweig ein Huldigungstelegramm an den Kaiser, in welchem von den zu erwartenden Gebietserweiterungen die Rede war. Es liefen darauf von den höchsten Stellen der deutschen Heeresleitung Antworttelegramme ein, die besagten, dass die Hoffnungen des deutschen Volkes nicht getäuscht werden würden.

Es besteht ein klaffender Widerspruch zwischen dem Schrei der Sozialpatrioten nach Frieden und ihrer ständigen Unterstützung des deutschen Verteidigungskrieges, wie ein klaffender Widerspruch besteht zwischen der Friedenspropaganda der Unabhängigen und dem Defensivcharakter ihrer Taktik. Beide helfen dem deutschen Imperialismus, dass „wir unser Friedensziel nach einem halben Jahr vielleicht viel höher bemessen können als zur Zeit“.

## Parteisplaltung und Klassenkampf:

Die Kampforganisation der klassenbewussten Arbeiterschaft, vom Frieden her mühsam bis jetzt durchgesetzt, hat sich gespalten. Bis zum Kriege gründete sich das Tun der Partei auf den Gedanken des Klassenkampfes. Der Krieg jedoch stellte sie vor die Frage, welche Taktik sie aus dieser Grundlage ableiten, wie sie diese Gedanken rein fortzusetzen habe. Nun, die Machthaber der Parteiorganisationen haben diese Grundlage völlig außer Kurs gesetzt. Sie haben erklärt, der Grundsatz des Klassenkampfes gelte nur für den Frieden, aber nicht jetzt. Im Krieg sei die Arbeiterschaft ein Teil des Volkes, ihre Interessen seien dieselben wie die der anderen Schichten. Sie habe mit aller Kraft das Vaterland zu verteidigen.

Der Krieg aber, die gewaltigste, gesellschaftliche Bewegung, hat auch die Grundlage der Gesellschaft, die Klassenspaltung, objektiv gerade gesteigert. Objektiv zwang das auflebende Klassenbewusstsein die Massen, sich der Kriegspolitik entgegenzustimmen und damit auch die Gegner des Klassenkampfes zu bekämpfen, mit der sie in derselben Organisation lebten, ja, denen sie die Leitung übertragen hatten. Die Massen waren genötigt, die opferreich aufgebaute Organisation den Gegnern ihrer Klassenpolitik preiszugeben und sich selbständig zu organisieren. Damit hat Deutschland wieder eine Arbeiterorganisation des Klassenkampfes. Ist dieser Vorgang nun damit abgeschlossen, dass die von den Nationaldemokraten zertrümmerte Kampforganisation neu auflebt? Nein, gleichzeitig hat sich die sozialistische Theorie bereichert, sie hat nun auch den Krieg in seinen Zusammenhängen in ihren Bereich gezogen, sie hat die Fragen der Landesverteidigung, der Internationalität, des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, des Imperialismus geklärt. Erschöpft sich nun aber der Vorgang darin, dass Theorie und Organisation der kämpfenden Arbeiterschaft mit der jüngsten Phrase der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt gehalten haben? Keineswegs, in diesem Vorgang als einer Revolte der Masse gegen ihre politischen Führer keimt außerdem ein Fortschritt der Kampfposition.

Um dies zu erfassen, müssen wir weit zurückgreifen. Was bezweckt der Klassenkampf, wohin zielt der gesellschaftliche Fortschritt? Unzweifelhaft darin, die Herrschaft der kapitalbesitzenden Klassen zu stürzen und damit eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Herrscher und Beherrschte, eine klassenlose Gesellschaft aufzurichten. So verkünden es die revolutionären Maulhelden. Nun wendet man ein: Was bürgt dafür, dass die Revolution dieses Ideals verwirklichen wird? Nichts weiter als der gute Wille der Revolutionäre? Werden nicht die revolutionären Führer ihre Macht dazu missbrauchen, um eine neue Gewaltherrschaft einzuführen, schlimmer denn die alte? Und ist es nicht klar, auch eine sozialistische Gesellschaft braucht Leiter, Aufseher der Produktion; wird diese Kaste von Zentralbeamten die schaffenden Massen nicht noch ärger unterdrücken als die Schar der warenproduzierenden Kapitalisten? Auch die Ideologen der großen französischen Revolution gingen von den edelsten Ansichten aus, den Menschen aus der feudalen Gebundenheit, aus aller Unfreiheit schlechthin für immer zu befreien.

Wenige Jahrzehnte später hat Fourier den scharfen Interessenzwiespalt der revolutionären Faktoren, die Ausbeutungsgelüste der Bourgeoisie, die Verelendung der Massen aufgedeckt, die Phrasen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit im bürgerlichen Staate mit ätzendem Hohn zerpfückt. Dass ein proletarisches Regime an der Institution der Klassenherrschaft etwas ändern sollte, widerspricht aller gesetzlichen Erfahrung. Um diesen Gedanken zu erfassen, müssen wir erst wissen: Worauf gründet denn eine emporsteigende Klasse ihre Herrschaft? Etwa auf den bloßen Besitz, auf die Gewalt der Waffen? Keineswegs. Denn es ist nicht einzusehen, warum wir eine Herrschaft der Kapitalbesitzer nach und nebeneinander erleben. Nein, jede Klasse herrscht nur vermöge ihrer gesellschaftlichen Leistung. In einer

Werkstatt finden sich Tausende zusammen, um ein bestimmtes Gut herzustellen, ihre Arbeit ist keineswegs auf öde Gleichmacherei aufgebaut. Die einen drücken die Maschinenhebel, die andern heizen die Kessel, aber an der Herstellung beteiligen sich auch die Rechner im Kontor, der Packer und der Pförtner. Und schließlich verlangt der Arbeitsprozess außerdem einen Leiter, einen Verwalter, einen „Führer“.

Wir sehen nun, dass unter allen diesen verschiedenen Teilnehmern einer, nämlich der Führer, höher entschädigt wird als die Massen. Warum gelangt gerade der Industriekapitän dazu? Warum nicht statt seiner der Pförtner oder der Packer? Sind ihre Leistungen nicht genau so unentbehrlich? Gewiss, aber der Haken liegt eben da: Ihre Leistungen sind auswechselbar, aber nicht die des Führers. Einen Pförtner, einen Kontoristen, der von den arbeitenden Massen höheres Entgelt beansprucht, werden diese ohne weiteres durch irgendeinen Beliebigen aus ihrer Mitte ersetzen können. Aber die Leistung des Führers, nämlich die Arbeitenden vereinigen, ihre Zusammenarbeit zu regeln, die Produkte abzusetzen, verlangt ein ausgebildetes Wissen, das den Massen fehlt. Dieses Monopol hat bis jetzt noch jede Führerschicht benutzt, um den Rahm der gesellschaftlichen Arbeit abzuschöpfen.

Nur dann vergeht die Machtstellung des Führers, wenn den Massen die geistigen Fähigkeiten erwachsen, durch einen ihresgleichen die Leistung des Führers zu vollbringen, wenn die Stellung des Führers gleichfalls auswechselbar oder entbehrlich wird. Wenn der Führer die Gesellschaft nur „leitet“ und nicht „beherrscht“. Freilich wird der Führer nicht freiwillig abdanken, er wird mit den Machtmitteln, die seiner Herrschaft im Arbeitsprozess entspringen und mit Waffengewalt seine Herrschaft zu verteidigen suchen; aber in solchen blutigen Kämpfen unterlag bisher immer noch jede Führerschicht, deren gesellschaftliche Rolle dank der geistigen Reife der Massen ausgehöhlt war.

Siegreich hat die Menschheit bis jetzt eine Führerleitung nach der anderen ihrer Herrschaft entkleidet. Sie kennt kein Monopol der Heerführer mehr, schon deshalb nicht, weil seit siebenhundert Jahren kein Einfall wilder Horden droht, sie kennt kein Monopol der Priester mehr, denn jeder vermag sich durch Wissenschaft selbständig in den Erscheinungen der Natur und der Gesellschaft zurechtzufinden. Und auch heute sind die Massen zu der Leistung der wirtschaftlich Herrschenden geistig herangereift: Bezahlte Kräfte, Angehörige der Massen, versehen immer höhere Aufseherposten, weil diese Leistungen erlernbar sind, während der nominelle Leiter ein kouponschneidendes Schmarotzerdasein fristet. Außerdem haben die Massen in der Konsumvereinsbewegung einen kleinen Ausschnitt der Produktion selbständig verwalten können. Auch zur Verwaltung des Staates fühlen sich die Massen reif. Das demokratische Programm fordert allgemeines und gleiches Wahlrecht, Wahl der Beamten durch das Volk. Es fordert als Sicherung gegen das Parlament einmal das Referendum, die Möglichkeit, Parlamentsbeschlüsse durch Volksabstimmungen zu entscheiden, sodann die Initiative, die Möglichkeit für eine Minderheit in den Massen, Gesetze vorzuschlagen, es fordert kurzum jene Einrichtungen, deren Summe man als Demokratie bezeichnet.

Diese Stufen der Befreiung erklimmend, hatten die Massen schließlich noch auf einem besonderen Gebiet ihre Reife zu beweisen, nämlich in ihren Kampforganisationen. Auch der Klassenkampf benötigte wie ein wirtschaftlicher Betrieb eine Organisation, und diese benötigte ebenso Leiter und Verwalter. Hier lag der Keim zu einem neuen Joch für die Arbeiterschaft, nachdem sie das alte wenigstens geistig überwunden hatte. In den Anfängen des Klassenkampfes lag dessen Gebiet verhältnismäßig einfach vor Augen: die Führerschaft verlangte keine wesentlich technische Schulung. Je mehr sich aber das Kampffeld erweiterte, desto schwerer war es zu übersehen, desto kunstvoller gliederte sich die Kampforganisation, das Führertum wurde zum Gewerbe, das seinen Mann nährte, zu dem sich nur Auserwählte eigneten.

Die Führer besorgten das Durchdenken der so verwickelt gewordenen Kampfbedingungen, sie besorgten das Durchdenken auch der Grundsätze: die Massen zahlten die Beiträge und befolgten diszipliniert die Weisungen der Autoritäten. Wenn jemand unter den Massen den Weisungen widersprach, nun – so verstand er eben nichts von der Sache, er war ja kein erfahrener Funktionär. Und die Masse selbst glaubte an ihre Abhängigkeit von ihren Sekretären, genauso, wie sie im Mittelalter ihren Priestern gehorchte. So entwickelten sich innerhalb der Kampfgemeinschaft gegen Klassenherrschaft die Bedingungen für eine neue Herrschergruppe. Und zu dieser Herrschergruppe bildeten sich tatsächlich die Führer um: sie leiteten nicht mehr die Organisationen, sie beherrschten sie. Die Arbeiterbureaukraten bezeichnen sich als „die Partei“, genau wie die Offiziere „die Armee“, die Industriekapitäne „die Industrie“ sind; aber hier wie dort schlummerte unter der ideologischen Decke die Institution der Herrschaft, die Unterdrückung.

Man lese unter diesem Gesichtspunkte noch einmal, was über Fürstentum oben gesagt wurde. Die materielle Ausbeutung, Zustände, dass ein Redakteur bis zu 6000 Mark jährlich bezog, war noch nicht das Bedenklichste, selbst noch nicht die Bevormundung, die intellektuelle Ausbeutung. Nein, es kam dazu, dass schließlich die Politik der Organisatoren den Kampf selbst desorganisierte. Es scheint paradox, dass der Kampf der Massen gegen jede Klassenherrschaft in den Leitern dieses Kampfes selbst eine neue Herrschaftsschicht schuf. Diesen Widerspruch lösten die Bureaukraten dahin, dass die proletarische Bewegung eingestellt wurde auf ihre eigenen Interessen und nicht auf die der Massen. Sie verfochten die Interessen der Partei, weil nur auf dem Boden einer machtvollen Arbeiterschaft ihr Weizen blühen konnte. Sie stemmten sich aber jeder Aktion entgegen, die diesen Boden, die ausgebauten Organisationen mit ihren wohlgefüllten Kassen, verwüsten konnte.

Da zerschellte jene Interessenharmonie. Andererseits verflachte die Kluft zwischen dieser herrschenden Schicht und den herrschenden Klassen, gegen die sie zum Kampfe ausgeschiedt war. Ein helllichtiger bürgerlicher Politiker, Professor Hans Delbrück, behauptete nach der Wahl von 1912, der Klassenkampf laufe darauf hinaus, dass eine neue Mindererschicht von Politikern und Beamten sich aus dem Volk erhebt und an der Spitze der Massen vordringt gegen die heutigen herrschenden Klassen und schließlich mit diesen die Herrschaft mehr oder minder teilt, dass also die Entwicklung nicht mit der Massenherrschaft ende, sondern mit der Herrschaft einer erweiterten Minderheit über die Masse.

Da aber die objektiven wirtschaftlichen Verhältnisse den Massen einen verschärften Kampf aufzwingen, so gerieten ihre Interessen in Gegensatz zu den wirtschaftlichen Interessen der Bureaukraten. Schon vor dem Kriege empfanden die Massen sich mehrfach durch die Dämpfungspolitik der Führer genasführt. Jetzt vollends sehen sie sich gezwungen, jenen Widerspruch zu lösen, nämlich so, dass der Klassenkampf zu beginnen hat gegen die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterbureaukraten. Es zeigte sich weiter, dass entscheidende Erfolge nur die Aktion der Massen erzielen kann, dass darum die Massen es sich nicht ersparen können, die Grundsätze des Kampfes selber durchzudenken, dass dieses Wissen Allgemeingut werden muss, wenn die Massen auch zu dieser Führerleistung geistig reif werden sollen.

Daher genügt es nicht, dass die revolutionäre Bewegung nur ihre Theorie erweitert, nur den Namen der Organisation und – der Führer erneuert. Gewiss, Organisationen sind notwendig und auch Leiter, dazu diese Institutionen mit demokratischem Geist zu durchtränken, das ist jetzt geboten. Die Massen dürfen sich nicht mit der bloßen Versicherung von dem „demokratischen Geist“ begnügen, dieser Geist ist vielmehr in klaren Bestimmungen festzulegen. Es muss verhindert werden, dass ein Vorstand je wieder sich der Rechenschaft vor der Mitgliederversammlung entzieht oder eine Versammlung majorisiert, dass ein

Vorstand der Mitgliedschaft Akten, Gelder oder gar die Presse raubt. Bisher hat man auf die Pflichttreue der Funktionäre vertraut und darum solche Bestimmungen unterlassen; jetzt heißt es mit dem demokratischen Misstrauen Ernst machen, es heißt sich gegen die Führer zu sichern, als ob es Klassengegner seien oder werden könnten. Es sind die Bestimmungen zu beseitigen, dass Abgeordnete und Beamte lediglich kraft ihres Amtes bei Beschlüssen mitwirken, Bestimmungen, die im bürgerlichen Staat als höchst reaktionär bekämpft werden müssten. Es ist nötig, dass die Bewegung Referendum und Initiative zunächst einmal in ihrer eigenen Organisation verwirklicht. Nicht als ob neue Paragraphen ein zauberhaftes Bollwerk gegen Führerwillkür bildeten, wir haben ja gesehen, wie diese Führer mit den schönsten Paragraphen umspringen, nein, die Demokratie muss in den Massen selbst, in ihrer steten Wachsamkeit verankert liegen. Und in solchen Paragraphen freilich drückt sich der Wille der Massen zur Demokratie aus.

Es hängt viel davon ab, wie die Massen mit dieser Frage fertig werden; im Führertum ihrer Kampforganisationen haben sie augenscheinlich die letzte Form der Führerschaft überhaupt zu bekämpfen. Vermag die Bewegung nicht die Herrschaft ihrer Führer abzuschaffen, so erweist sie sich erst recht als unfähig, die Wirtschaft selbstständig zu organisieren. Vermag sie aber die Herrschaft der Führer zu überwinden, so hat sie die letzte Probe bestanden, so erwächst ihr die Kraft, jede Klassenherrschaft zum ersten Mal in der geschriebenen Geschichte abzuschaffen

## **Parvus, der Versöhner.**

### **Die Bilanz des Krieges. – Die Sozialpatrioten und die russische Revolution.**

Parvus, der in dieser paradoxen Zeit den Gipfel der Paradoxe erklommen, hat sich in einem Schriftchen an die Bilanz des Krieges versucht.<sup>46</sup> Er hatte wohl seine Gründe, dabei sehr zaghaft vorzugehen. Von einem Manne, der ein Forschungsinstitut mit großen Mitteln ausstaffieren konnte, hätte man mehr erwarten können. So hat er für die durch den Krieg verursachten Verschiebungen innerhalb der Gesellschaft, die uns gerade jetzt interessant und wertvoll erscheinen, keine Tatsache und kein Wort. Das Wenige, was er an Tatsachen anführt, ist nicht neu. Immerhin sind diese Tatsachen so beredt, dass sie wiederholt werden sollten – wo es nur zugänglich ist.

Für England betragen die unmittelbaren Kriegskosten mindestens 100 Milliarden, für Deutschland 80 Milliarden Mark. Um die Bedeutung der Zahlen begreiflich zu machen, führt Parvus an, dass England mit 3 Milliarden Mark seine ganze Handelsflotte von 12 Millionen Tonnen erneuern, dass Deutschland mit 12 Milliarden Mark die ganze Landwirtschaft der South Atlantic ankaufen konnte, die das Vierfache des deutschen Baumwollbedarfs decken und außerdem noch Massen von Getreide und Vieh liefern könnte. Für den Restbetrag der Anleihen wäre außerdem die ganze Kupfer- und die Petroleumindustrie Nordamerikas feil gewesen. Frankreich kostet der Krieg an Opfern auf dem Schlachtfelde, also Männern im besten Alter schon mehr als die gesamte Bevölkerung Elsass-Lothringens, Männer, Frauen, Greise, Kinder zusammen.

---

<sup>46</sup> Parvus, Die soziale Bilanz des Krieges. Berlin. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. 25 Pfg.



Wozu stellt Parvus diese Tatsachen fest? Damit will er nachweisen, dass der Krieg überhaupt eine prisenhafte falsche Spekulation gewesen ist, dass für jedes Land die Opfer schon jetzt größer seien, als die Erfüllung der kühnsten Hoffnungen je hätten bieten können. Parvus will die seelische Grundstimmung für die gegenseitige Absolution in Stockholm schaffen.

Ob Parvus mit dieser Fastenpredigt Erfolg haben wird, ist freilich noch recht zweifelhaft. Gerade die ungeheuerlichen Opfer, die der Krieg gekostet hat, zwingen die Regierungen zu den letzten Anstrengungen. Denn sie alle kämpfen jetzt für ihre Machtstellung und Existenz im Lande selbst.

Parvus schreibt über die russische Revolution:

„Alle Hochachtung vor den Heldenkämpfen der russischen Revolutionäre, aber bei dem Sturz des Zarismus haben auch wir mitgewirkt – die Sozialdemokratie der Zentralmächte. Wir zogen damit in den Krieg und wir haben unser Ziel erreicht. Ohne die russische Niederlagen gäbe es jetzt keinen Sieg der russischen Revolution. Wir haben es getan und sicher nicht diejenigen, die, als die Arbeiter Deutschlands und Österreich-Ungarns sich im Kampfe gegen die zarische Heeresgewalt verbluteten, ihnen mit Sperrfeuer und Gasbomben in den Rücken fielen und die Frauen und Kinder Deutschlands mit kalter Grausamkeit dem Hungertode weihten, um die Tatkraft der Männer zu lähmen ...“

Parvus hat schon während des ganzen Krieges die Armeen Hindenburgs als Revolutionsheere gepriesen und dem Triumvirat Ebert-Südekum-David Palmen gestreut. Er beruft sich darauf, dass er sein Leben lang den Krieg gegen den Zarismus gepredigt und beruft sich auf Marx.

Aber Marx predigte diesen Krieg dem revolutionären Deutschland, damit es dem reaktionären Vorstoß Russlands zuvorkomme. Selbst Bebel ist von seinem jugendlichen Kampfesfeuer gegen Russland zurückgekommen, als er die Gewalt der revolutionären Strömung in Russland sah und erkannte. Parvus beruft sich weiter auf die historische Erfahrung, dass kriegerische Niederlagen revolutionäre Folgen haben: Jena für Preußen, Sedan für Frankreich, Sewastopol und Port Arthur für Russland. Aber waren darum die Engländer und Franzosen im Krimkrieg, waren die Japaner 1904 darum Revolutionäre? Dass es Bismarck 1870 nicht war, wissen wir ja positiv, denn er lieferte der französischen Reaktion die Truppen, die die Kommune niederwarfen.

Aber Parvus trumpft da auf, als positiver, praktischer Politiker, der den historischen Fortschritt auch aus den Händen der Reaktion nimmt. Er macht sich prächtig in der Pose Machiavellis! Aber wie liegen hier die Tatsachen? Russland und sein Proletariat waren schon vor dem Kriege reif für die Revolution, die schon ihre Löwenpranke zum Schläge erhob. Der Krieg hat sie nur um zwei Jahre hinausgeschoben. Es fällt uns nicht ein zu erkennen, dass die russischen Niederlagen das ihre dazu beitragen, die Revolution tiefer schürfen zu lassen. Dann aber trug der Krieg noch ganz andere Möglichkeiten als die russische Revolution im Schoße. Das Versagen der Sozialdemokratie in allen Ländern hat die Internationale zerschmettert, die berufen war, ein wichtiger Faktor für die Umwälzung zu sein. Es hat das Proletariat aller Länder erfüllt mit nationalistischen und imperialistischen Gedankengängen, hat es durch einen kläglichen Fatalismus moralisch geschwächt, hat es innerlich zerrüttet und es zu einer Zeit, welche die höchste Aktionsfähigkeit von ihnen verlangte, in Tatenlosigkeit entnervt.

Weit entfernt, ein nüchterner, großzügiger Politiker zu sein, ist Parvus bestenfalls ein revolutionärer Partikularist. Und er hat ebenso Unrecht wie sein kongenialer Englandrevolutionär Lensch, wenn er in Ebert u. Komp. moderne Septembermänner sieht.

Nur in seinem eigenem Kopfe verwandeln sich die Pickelhauben in phrygische Revolutionsmützen. Seiner Versöhnerrolle wird es nicht zustattenkommen, wenn er Scheidemann an die Seite von Lenin zu rücken versucht, denn die Ententesozialisten werden mit Recht giftig werden, wenn sich die Anhänger Scheidemanns mit unverdienten „Verdiensten“ schmücken, die ihnen das Kriegsglück in seiner Laune an den Kopf warf.

## Aus unserm politischen Tagebuch.

14. Juni.

Folgendes Telegramm ging unlängst durch die Presse: *Braunschweig*, 27. Mai. Vom Kaiser und vom Generalfeldmarschall v. Hindenburg sind auf die Begrüßungsdepeschen, die von den vaterländischen Vereinen Braunschweigs im Anschluss an den Vortrag des Landgerichtsdirektors Lohmann-Hamburg über „deutscher Sieg - deutscher Frieden“ abgesandt wurden und in denen der Wunsch nach *Macht- und Landzuwachs im Osten, Westen und Übersee*, sowie nach einer *Kriegsentschädigung* betont wurde, heute eine Dankdepesche Hindenburgs eingelaufen, in der es heißt: „Ich bin gewiss, dass die großen Opfer unseres Volkes und die Heldentaten der deutschen Kriegsmacht ihren Lohn finden werden.“ Diese Antwort Hindenburgs hat bei den Vaterländischen nicht nur Braunschweigs gewiss große Befriedigung hervorgerufen.

15. Juni.

In dem Mitteilungsblatt der Unabhängigen für Groß-Berlin ist folgendes zu lesen: „Können die proletarischen Massen Vertrauen zu Männern haben, die Anfang August 1914 in den Staub traten, was sie noch Ende Juli 1914 hochhielten?“

Eine gewiss berechtigte Frage, und wenn in den Arbeitermassen noch ein Fünkchen proletarischen Geistes steckt, so müssen sie die Verräter am Sozialismus ob ihres jahrelangen schnöden Verrats zu allen Teufeln jagen. Wir erlauben uns aber noch einige andere Fragen: Können die proletarischen Massen Vertrauen haben zu Männern wie Haase, die entgegen ihrer Überzeugung jene Erklärung zweimal vor aller Welt verlesen, die in den Staub trat, was die Sozialdemokratie noch Ende Juli hochhielt? Können sie Vertrauen haben zu Männern wie Ledebour und Hoffmann, die die wenigen konsequenten Vertreter des Sozialismus in der schmachvoll-niedrigsten Weise denunzierten? Können sie Vertrauen haben zu Männern wie Dittmann, die die Politik der Sozialpatrioten Monate hindurch in allen Zungen lobpriesen? Können sie Vertrauen haben zu Männern wie Henke, die mit Rücksicht auf Weib und Kind ihre elementarsten Pflichten als sozialistische Abgeordnete verrieten? Können sie Vertrauen haben zu der ganzen Sippschaft der Achtzehn, die lange Kriegsmonate hindurch die Politik des Verrats am Sozialismus unterstützten? Können sie Vertrauen haben zu Männern, die keine Männer sind? Können sie Vertrauen haben zu den Unabhängigen, die in Gotha Berge revolutionärer Politik versprachen und diese Politik, noch ehe der Hahn zweimal gekräht, bereits dreimal verleugneten?

Die „Unabhängigen“ sollten sich hüten, vom Vertrauen der Massen zu reden. Dass sie es dennoch können, beweist allerdings, wie es um die Massen in Deutschland heute, nach bald drei furchtbaren Kriegsjahren, noch bestellt ist.

*Der Leipziger Volkszeitung zur Antwort.*

Die russische Korrespondenz „Prawda“ schreibt in ihrer neuesten Ausgabe vom 17. Juni: Die Leipziger Volkszeitung, das führende Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands druckt in Auszügen die Resolution der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (Bolschewiki) ab, und erklärt, sie sei vollkommen einverstanden mit der Charakteristik der deutschen und französischen Mehrheit, die in dieser Resolution gegeben ist. Sie gibt aber den Bolschewiki zu bedenken, dass sich die dem Sozialismus treu gebliebenen Parteien vielleicht nicht anders treffen können, als indem sie zur Branting-Konferenz reisen.

Wir wissen nicht, ob das bedeuten soll, dass sich die Unabhängige Sozialdemokratie an der gemeinsamen Konferenz mit den Scheidemanns, Renaudels nicht beteiligen will, und nur deswegen nach Stockholm reist, um mit den Minderheiten Fühlung zu nehmen: sollte das der Fall sein, so müssen wir sagen, dass der Preis der Zusammenkunft der Internationalisten, den die U. S. D. zu bezahlen gedenkt, zu groß wäre.

Sie hätte zwei Monate lang die Arbeit der Massen mit der Hoffnung genährt, dass die Sozialpatrioten gewillt und imstande sind, um den Frieden zu kämpfen, um dann diese Illusionen erst bekämpfen zu müssen. Es würde sich noch einmal gezeigt haben, wie gefährlich es ist, in großen Sachen schlau sein zu wollen.

---

Der Krieg ist die Freiheit gewisser Barbaren,  
Darum ist es kein Wunder, dass sie ihn lieben.

*Hebbel.*

---

## Feuilleton

Edda.

### **Eine Geschichte von *Bambino*.**

So erzählte mir Haschko, der alte Zigeuner.

Edda entsprang der Liebe des feurigen Primas, der in den weichen Nächten der knospenden Frühlingszeit den Stolz der Tochter Wildas brach. Die Schönheit der Mutter und die Kraft des Vaters trafen sich in ihr und sie wurde die Perle des Stammes.

Unruhig und unsicher war die Zeit, die jauchzenden Geigen lagen im Kasten und düsterer Gram fürchte die Stirnen der Männer. Die Jünglinge vergaßen die wilden Hengste der Pußta zu zähmen und standen mit gebeugtem Rücken im Dienste der wechselnden Tage.

Eintönig und düster rauschte die Melodie der Jahre über das Land. Eddas Glieder rundeten sich, ihre Augen wurden tief und bargen viele Rätsel. Einsam ging sie durch die weite Ebene, auf ihren Lippen wohnten die wehmütigen Lieder der Sehnsucht.

Wenn das weiße Licht des Mondes durch das schlummernde Lager streifte und die weiche Nachtluft kosend um die weichen Glieder buhlte, sehnte sie sich nach der befruchtenden Umarmung des Mannes.

Die jungen Männer warben um sie, aber ihr Blut sträubte sich wild gegen den Samen der Knechte.

Der alte Häuptling bat Edda, einem die Hand zu reichen, um die Kämpfe zu beenden.

Edda ging in ihre Hütte und brachte die Geige des Vaters.

„Spielt auf ihr!“ rief sie und ihre Augen ruhten triumphierend auf den durchfurchten Gesichtern. „Und ich will dem gehören, der sie am meisten versteht.“

Sie versuchten alle, die klingende Freude aus den Saiten zu locken, aber matt und hoffnungslos versanken die Töne im Dunst der großen Kochkessel.

Edda lachte laut auf und riss das Instrument des Vaters aus den schwachen Händen. Dann nahm sie den Bogen und spielte. –

Wild durcheinanderwirbelnd rangen sich die Akkorde los und schienen in rasender Eile um den glühenden Feuerball am Horizont zu kreisen. Eine weiße Wolke legte sich über die Flammenbäche, die über die Ebene brausten, und die Melodie malte rauschende Meere vor den Augen der entsetzten Männer. Dann wurde sie weich und mild, die Luft war voll würzigen Duftes, schlaff und müde lösten sich die Glieder im Schlaf.

Der Traum nahm sie bei der Hand und führte sie durch prächtige Palmenwälder, die voll heiterer Lust und Freude waren. Plötzlich sprangen rote Flammen aus der Erde, die Palmen versanken und weißer Gischt sprühte über gezackte Felsen, die im weiten Ozean verstreut lagen.

Hart und dumpf rollten die Töne, wilder Kampftruf schien die Luft zu füllen und die Sehnen der Schlafenden spannten sich. Jauchzend brach der Siegesjubel durch das Toben. Aus der letzten Saite lockte der Bogen leises Ächzen und Klagen.

Eddas Arme wurden schlaffer, der triumphierende Glanz ihrer Augen ertrank in den Tränen, die über die Wangen liefen und die matte Melodie schleppte die Sorgen und Klagen der letzten Jahre vorbei.

Immer langsamer glitt der Bogen über die Saiten und als die Männer die Augen wieder aufschlugen, ließ Edda kraftlos die Arme sinken.

„Weiter kann ich nicht,“ sagte sie müde. Doch sie raffte sich wieder auf. „Aber ich werde den suchen, der die Melodie weiterweiß, ihm werde ich gehören.“

Die Geige in der Hand drehte sie sich um und ging hinaus zum Lager. Die Blicke der Männer folgten der stolz einerschreitenden Gestalt, bis sie sich in der unermesslichen Weite der Pufsta verlor.

Lange war Edda unterwegs und ihre wunden Füße zwangen sie, für kurze Zeit Rast zu machen.

An einem munter springenden Bächlein fand sie eine kleine Hütte. Sie ging hinein und bald hatte süßer Schlaf ihre müden Glieder auf die brüchige Holzbank gefesselt. Edda träumte:

Sie war wieder in dem großen Lager ihres Stammes und spielte mit den jungen Mädchen. Es war Sommerabend und die Alten, die nicht mehr sorgenvoll unwirsch, sondern freudig und glücklich dem Spiel zusahen, nickten ihr aufmunternd zu, wenn sie in ausgelassener Lustigkeit die Schwestern mitriss. Auf einmal hörte sie die jubelnden Töne einer Geige. Und merkwürdig, es war die Melodie, die sie schon lange suchte, das jauchzende überströmende Glückseligkeitsgefühl, das aus des Vaters Geige quoll. Nun kam ein Trupp junger Leute um die Ecke. In ihrer Mitte hatten sie den Geigenspieler, einen kräftigen Burschen mit flatternden

Haaren und kühnem Blick. Lachende Siegeszuversicht sprach aus seinen Mienen, wie er vor sie trat. Die Geige hielt er in der linken Hand, die rechte streckte er ihr entgegen. Edda schlug ein. Er legte die Geige sanft zu Boden, schlang seine Arme um sie und drückte einen heißen Kuss auf ihre Lippen. –

Edda schlug die Augen auf und blickte in ein lachendes Gesicht, das sich über sie neigte. Erschreckt richtete sie sich auf und schaute den Eindringling an. Er hatte manche Ähnlichkeit mit dem Geigenspieler, den sie im Traum gesehen, war aber bedeutend jünger. Der treuerzige Blick seiner Augen drängte die Scheltworte, die sie schon auf der Zunge hatte, zurück.

„Kannst du Geige spielen?“ fragte sie ihn beklommen.

„O ja,“ antwortete er freudig. „Hast du eine da?“

Edda gab ihm das Vermächtnis des Vaters. Er probierte zuerst und strich dann über die Saiten. Nach einigen leisen sehnsuchtsvollen Phantasien begann er ein kräftiges Lied zu spielen.

Edda hatte den Kopf auf die Arme gestützt und lauschte. Plötzlich fuhr sie auf und starrte mit weit aufgerissenen Augen den Spieler an. Der war zu einer neuen Melodie übergegangen, brach aber nach einigen Bogenstreichen mit einem Misston ab.

„Weiter, spiel weiter!“ Sie war aufgesprungen und streckte bittend die Arme aus.

„Ich kann nicht,“ gab er bestürzt zurück.

Edda ließ die Arme wieder sinken und starrte ihn fassungslos an.

„Wenn du das Lied zu Ende spielst,“ stieß sie hervor, „dann, dann sollst du mich ganz besitzen. Spiel!“ schrie sie, als er Geige und Bogen weglegen wollte.

„Ich muss das Lied erst lernen,“ sagte er ängstlich. „Ich will später wiederkommen, vielleicht kann ich es dann.“

Er ging zur Türe und Edda, die das Gesicht in den Händen vergraben hatte, hörte wie sein Tritt sich langsam im Rauschen des Waldes verlor. –

Die Dämmerung schlang ihre Schleier durch die zitternden Lichtwellen des Tages, geheimnisvoll wisperten die niederen Föhren, als Edda sich wieder auf den Weg machte. Die Geige sorgsam an das klopfende Herz gedrückt, tastete sie sich langsam vorwärts. Der Flügelschlag der umherirrenden Fledermäuse ängstigte sie, das Liebesgeflüster der brünstigen Tiere füllte ihre Adern mit ahnungsvoller Unruhe. Eintönig murmelnd rollten die Wellen zu ihrer Seite und wiesen ihr den Weg ins Freie.

Als sie in die weite Ebene trat, jagten düstere Wolken über den Himmel, die Schimmer der versunkenen Sonne streiften blutrot am Horizont.

Fest und sicher schritt sie vorwärts, der Wind spielte mit den offenen Haaren und ließ die Saiten der Geige leise klingen. Edda fühlte sich wieder stark und mutvoll. Unbewusst glitten ihre Finger über das Instrument und als der letzte Lichtfunke im grauen Wolkenmeer ertrank, sprangen ihre jauchzenden Akkorde in die verlassene Pußta.

Sie war so versunken in ihr Spiel, dass sie den einsamen Reiter nicht hörte, der im langsamen Trapp hinter ihr herritt. Ross und Reiter schienen miteinander verwachsen, die

schwarzen Linien hoben sich kaum merkbar vom Dunkel der Nacht. Ein ruhiger Glanz lag über den bleichen Gesichtszügen, stolz und herrisch blickten die Augen auf die Voranschreitende, während die blutleeren Lippen überlegen lächelten.

„Dein Lied ist falsch,“ sagte er plötzlich mit harter Stimme. Edda drehte sich erschreckt um.

„Wer bist du?“ fragte sie ihn erstaunt.

„Ich bin der, den du suchst!“ Er sprang vom Ross. „Gib mir die Geige.“

Eddas Hände zitterten und ihre Augen waren angstvoll geöffnet, als sie ihm das Instrument reichte.

„Der Vater hat mir das Lied gelernt,“ sagte sie dann wie entschuldigend.

„Hat er dir auch den Schluss gesagt?“ fragte er spöttisch. Edda verneinte.

„Ich werde ihn spielen!“

Ein düsteres Feuer glomm bei den letzten Worten in den Augen des Fremden auf. Seine Züge strafften sich, die blasse Haut ließ die vorspringenden Backenknochen durchscheinen. Dann spielte er.

Edda wurde es weh ums Herz bei den klagenden Tönen. Graue, hoffnungslose Bilder zogen an ihr vorüber, der Boden schien zu wanken, die weite Pußta ward zum trügerischen Sumpf, in dem sie langsam versank. Ein helles Band schlang sich um den Horizont, unabsehbare Scharen wanderten durch den lichten Streifen und nickten ihr traurig zu. Und wilder wurde die Melodie. In heißer Todesangst rang sie mit den klebrigen Massen, die ihre Füße gefesselt hielten und immer verlangender ihre Hüften umfassten. Verzweifelt suchte sie einen Halt. Dann sank ihr Haupt hintenüber, und wie aus weiter Ferne kamen weiche, süße Töne und flatterten um ihre schwindenden Sinne. –

Die Sonne stand hoch im Mittag, als Edda erwachte. Müd und mit zerschlagenen Gliedern lag sie im hohen Steppengras. Sie erhob sich und suchte die Geige. Dort lag sie mit zersprungenen Saiten. Eddas Hände fuhren liebkosend über das misshandelte Instrument. Die Erlebnisse der Nacht traten mit marternder Gewissheit vor ihre Gedanken, auf ihre Lippen drängte sich eine bange Frage.

„Ich muss ihn suchen, er muss mir helfen,“ murmelte sie.

Die Schritte rückwärts wendend, ging sie wieder dem nahen Walde zu.

Dumpf brütend lag die Sonne auf der farblosen Landschaft, die Luft war mit Müdigkeit gesättigt. Kein frischer Luftzug kühlte die heiße Stirne, schwerfällig und unsicher tasteten sich die Füße durch das Gewirr des staubbedeckten Grases.

Befreit atmete Edda auf, als sie den schattigen Wald erreicht hatte.

Der Bach sang immer noch sein monotones Lied, durch das Murmeln drangen leise Lockrufe.

Halb unbewusst nestelte sie an den Kleidern, Stück für Stück fiel von ihr ab und mit frohem Lachen tauchte sie in das plätschernde Wasser. Die Wellen tanzten über den wohlgerundeten

Busen, netzten die starken Hüften und rannen in seliger Eile über die schöngeformten Beine des frischen Mädchenkörpers. In heißem Drange breitete Edda ihre Arme aus.

Durch die Bäume rauschte der weiche Atem der Sehnsucht und von den höchsten Zweigen schauten neugierige Vogelaugen auf das liebevolle Bild.

Ein kühler Wind begann sich zu regen, den blauen Himmel überzogen düstere Wolken. Edda erhob sich und schüttelte die glänzenden Perlen von sich ab. Sie sprang ans Ufer und wollte rasch in die Kleider schlüpfen, um dem drohenden Gewitter zu entgehen. Aber der Platz, an dem sie sich ausgekleidet hatte, war leer.

Angstvoll drängte ihr Blut zum Herzen, dessen rasches Pochen die Brust zu zersprengen schien, während die hastigen Blicke durch das dichte Gesträuch irrten.

Ein leises Lachen traf ihr Ohr. Erschreckt drehte sie sich um und stand dem schwarzen Reiter gegenüber, der eben hinter einem Baumstamm hervorgetreten war. Seine glühenden Augen glitten über die nackte Gestalt, die knöchigen Finger zitterten.

„Du bist schön,“ sagte er mit dumpfer Stimme. –

Edda wollte davonspringen, aber ihre Füße waren an den moosigen Boden gefesselt.

„Was willst du von mir,“ stieß sie hervor, während ihre Augen sich mit Tränen füllten. „Gib mir meine Kleider.“

Seine Augen setzten ruhig die Musterung fort.

„Du weißt doch, welcher Lohn dem Vollender des Liedes gebührt,“ gab er zurück.

Edda hob abwehrend die Hände. „Es war nicht der richtige Schluss! Nein!“ schrie sie wild auf, als er auf sie zutrat.

Seine Finger eilten schmeichelnd über den heftig wogenden Busen des Mädchens. Ein eiskalter Schauer schüttelte bei der Berührung ihren Körper. Dann schlang er die Arme um sie. Edda wehrte sich mit ihrer ganzen Kraft. Aber er war stärker. – Ihr Blut sprang über den bemoosten Boden, die Erde schwankte und der letzte Blick ihrer entsetzt geöffneten Augen sah die grünen Wipfel der Bäume in den roten Wellen ihres versprühten Lebenssaftes versinken.

## Zuruf.

(Henckell.)

O geh mit mir und lausch auch du  
Dem Klang der neuen Welt.  
Du hauchst mir Licht und Wärme zu,  
Wenn Reif und Rauchfrost fällt.

Ich bin der Lieb' und Freundschaft müd',  
Die nicht mit stiller Kraft,  
Am Herde drauf mein Feuer glüht,  
Am Herd der Wahrheit schafft.

Ich wünsche, dass du zu mir senkst  
Verständnisvoll dein Haupt,

Und dass du die Gedanken denkst,  
Die nie der Tag bestaubt:

Von Freiheit, die ein neu Gebild  
Des Lebens rings gebiert,  
Die schön wie du und gabenmild  
Der Erde Garten ziert.

Fass den Sturmhut, wirf den Hammer,  
Reite durch der Erde Weiten!  
Auf aus deinem einzigen Jammer,  
Denke der gewaltigen Zeiten!

---

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl  
Becker); sämtlich in Bremen.



Arbeiterpolitik 26/1917

# Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 30. Juni 1917.

Nr. 26

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

## Der Friede ohne Annexionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen.

Von J. Kamjenuw, Redakteur der Prawda, Petrograd.

Alle sprechen heute von einem „Frieden ohne Annexionen“. Miljukow findet, ein solcher Frieden sei ein Unsinn. Die Häupter der imperialistischen Regierungen Frankreichs, Englands, Ribot und Lord Cecil, sind bereit, die Friedensformel wohlwollend zu deuten. Die „Iswiestia“, das Organ des Arbeiterdelegiertenrates feiert aus diesem Grunde den Sieg der Demokratie. „Dielo Naroda“, das Organ der Sozialisten-Revolutionäre versichert, der Sinn der Worte „ohne Annexionen“ sei klar und vollständig durchsichtig und „Nowaja Schyzni“, das Organ Gorkis ist, so scheint es, zu der Überzeugung gekommen, dass diese Formel ohne nachfolgende entsprechende Taten nur ein leeres Wort ist. Es ist klar, es ist nicht alles geheuer mit dieser Formel. Wir sind vollkommen für die Formulierung: Friede ohne Annexionen und Entschädigungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen. Aber wir sind ganz überzeugt, dass diese Formel, inwieweit sie das offizielle Programm der provisorischen Regierung darstellt, sich unbedingt in einen, wie sich mit Recht Miljukow ausdrückt, Unsinn verwandelt, denn aus der Waffe des revolutionären Kampfes gegen den Imperialismus wird es zur Waffe der diplomatischen Schachzüge des Imperialismus. Ohne Annexionen heißt ohne Eroberung fremder Länder. Es wäre aber ein Unsinn anzunehmen, der revolutionäre Sozialismus hätte sich die Beendigung des Krieges durch ein einfaches „zurück zu den alten staatlichen Grenzen vor dem Kriege“ als Ziel gestellt. Das ist unmöglich.

Erstens wäre das eine Bejahung aller alten Räubereien, aller alten Annexionen, aller nationalen Bedrückung, die vor dem Kriege stattfanden. Zweitens hat kein Sozialist, Internationalist, so wenig wie wir den Frieden ohne Annexionen in dem Sinne verstanden, dass so ein Friede das Recht Englands auf Irland, Indiens, Ägyptens, Russlands auf Finnland, Polen, Turkestan a usw. anerkennt. Alle diese annektierten Gebiete, alle diese gewaltsamen Eroberungen sind in unseren Augen nicht um ein Deut heiliger geworden dadurch, dass sie schon vor langer oder längerer Zeit verübt worden sind. Wenn die Herren Diplomaten vom Frieden ohne Annexionen faseln, ohne zu geruhen, über die angeführten Fragen etwas

nachzudenken, so heucheln sie, um die Völker durch leere Versprechungen abzuspeisen. Es ist nicht die Aufgabe des revolutionären Proletariats, die alten Annexionen zu heiligen oder die Eroberung und die Beherrschung der Kolonien und fremder Länder durch die Großmächte zu rechtfertigen, es ist nicht seine Aufgabe, die politische Karte der Welt auf Grund einer gerechten Teilung zu schneiden, was nur eine Neueinteilung der zusammengerafften Beute wäre. Es kann keine Rede von einem dauerhaften demokratischen Frieden sein, wenn der Krieg mit einer einfachen Rückkehr zu den alten Grenzen oder einer Verbesserung der Grenzen zu Gunsten irgendeiner der eroberungssüchtigen Mächte endet. Ein dauerhafter demokratischer Friede ist nur möglich als Resultat der ehrlichen Verwirklichung der Losung „ohne Annexionen“, d. h. als Resultat der wirklichen Aufhebung jeder Beherrschung einer Nation durch eine andere, durch ihre Ersetzung durch ein Bund der Völker.

Aber ein freiwilliger Bund heißt, das Recht jeder Nation selbst die Frage seiner Staatsangehörigkeit zu bestimmen. Solange die Nationen dieses Recht nicht besitzen, solange ist die Losung „Friede ohne Annexionen“ ein leeres Wort, ein heuchlerischer Kniff oder Deckmantel für unsinnige Hoffnungen, zu den alten, zu den vor dem Kriege bestehenden Grenzen zurückzukehren.

Selbstverständlich kann man aus der Losung „ohne Annexionen“ einen neuen Mantel für die alte imperialistische Politik machen wollen. Und Ribot und Asquith haben bewiesen, dass die tapferen Führer des Imperialismus vor dieser Aufgabe nicht zurückschrecken. Einzig Miljukow hat den Mut, der neuen Losung sich zu widersetzen. Heil ihm dafür! Denn er hat recht. Der Friede ohne Annexionen ist Unsinn und ein Unding, wenn man diese Formel ihres naturgemessen revolutionären Inhalts beraubt.

Will das revolutionäre russische Proletariat nicht, dass die Losung „ohne Annexionen“ als ein neuer Betrug des Volkes, als neuer diplomatischer Klimbim missbraucht wird, so muss es jetzt schon vor allen den Herren Tereszezenko, Ribot, Asquith usw. erklären, Friede ohne Annexionen heißt: das Recht aller bedrückten Nationen selbst zu bestimmen, zu welcher Staatsgruppe sie gehören wollen. Aus allen besetzten und gewaltsam angeeigneten Gebieten sollen die Armeen zurückgezogen werden und den bedrückten Nationen das Recht und die Möglichkeit, frei ihre Staatsgrenzen einzurichten, eingeräumt werden.

Aber die Grundlage des Friedens ohne Annexionen kann nicht durch diplomatische Dialoge der kapitalistischen Regierungen geschaffen werden, auch nicht durch ihre Deutung dieser Losung, auch nicht durch die Verständigungen der Sozialpatrioten auf irgendeiner Konferenz. Nur das Proletariat kann diese Grundlage schaffen. Das ist der einzige Weg zum Frieden ohne Annexionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes, das ist der einzige reelle Inhalt dieser Losung. Hat der Arbeiter- und Soldatenrat darüber nachgedacht, als er diese Losung zu der seinigen machte? Haben die Bürger Zeretelli und Tschernow das überlegt, als sie diese Losung in die Deklaration der Regierung eingeführt haben? Entweder – oder. Entweder heißt Friede ohne Annexionen, Verzicht auf Eroberungen nur in diesem Kriege, dann ist es eine unsinnige Formel, die die Sozialisten, die sie akzeptieren, kompromittiert und sie zu einem Werkzeug fremder Interessen macht. Oder Friede ohne Annexionen heißt Kampf des Proletariats gegen die Ausbeutung verschiedener Gebiete und einzelner Nationen im Namen des Trusts.

Entweder muss auf die schöne Phrase „Friede ohne Annexion“ verzichtet werden, wenn man sachlich mit den Regierungen über die Weltkarte sprechen will, oder man muss den Kampf für den Frieden ohne Annexionen gegen alle imperialistischen Regierungen führen.

## „Die Anarchie in Russland“.

Vaterland in Gefahr! Anarchie im Lande! Her mit der starken Gewalt! heult die bürgerliche Presse Russlands.

Der Sieg der Entente bedroht, bändigt die anarchische Kanaille, sonst geben wir kein Geld!  
- ruft die Ententepresse!

Mäßigt Eure Begierden! jammern die Organe des russischen Sozialpatriotismus unter der Adresse der Arbeiter, der Bauern, die ihre Hände nach Grund und Boden ausstrecken. Mäßigt Eure Profitlust, macht Zugeständnisse den Arbeitern! predigen dieselben Organe gleichzeitig den Kapitalisten. Organisiere das Wirtschaftsleben! rufen sie der provisorischen Regierung zu.

Inzwischen steigt die Desorganisation der Industrie: die Arbeiter stellen Forderungen nach Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung und streiken, wenn sie nicht erfüllt werden. Sie setzen an die Luft die Fabrikdirektoren, Ingenieure, Meister, die ihnen in den langen Jahren der Kontrerevolution und des Krieges die Allgewalt des Kapitals zu fühlen gaben. Mag viel von den Ziffern, die der Vertrauensmann der Kapitalisten, der frühere Ackerbauminister *Kuttler*, auf dem Kadettenparteitage angab, übertrieben sein, als er klagte, dass die Forderungen der Arbeiter nach Lohnerhöhung weit das Anlagekapital samt allen Reserven übersteigen. Mag aus dem Geschrei der Kapitalisten, als stünden sie am Rande des Bankrotts, die Trauer nach dem Paradies der schrankenlosen Plünderungsfreiheit klingen, der Wille zur Aufpeitschung der Regierung, des Kleinbürgertums gegen die Arbeiter, in diesen Klagen zum Ausdruck kommen. Wenn die Rjtsch an die Bauern appelliert und ihnen klarmacht, dass sie die übertriebenen Forderungen der Arbeiter zu bezahlen haben werden, so vergrößert das natürlich die Glaubwürdigkeit der Berichte der bürgerlichen Organe nicht, aber mindert sie. Aber deswegen braucht man die Augen vor der vorhandenen Anarchie des Wirtschaftslebens überhaupt, vor der Schärfe der beginnenden Kämpfe zwischen der Arbeiterklasse und den Fabrikanten nicht zu schließen. Die Presse der radikalen Sozialdemokratie, der Bolschewiks, tut es auch keinesfalls, sie bestätigt einen großen Teil der Tatsachen, die die Grundlage zum Schrei von der Anarchie bilden.

Diese Anarchie droht nicht erst: sie ist vorhanden. Die Bauern hocken in den Schützengräben. Frauen und Invaliden sollen den Acker bestellen und statt die fehlende menschliche Kraft zu ersetzen, liefert die Industrie ihnen keine landwirtschaftlichen Geräte. Sie fabriziert nur Mordwerkzeuge. Das Land ist außerstande die genügenden Massen an Lebensmitteln zu liefern. Aber selbst das, was es liefern kann, behalten zum Teil die Bauern, die dem Papierrubel misstrauen, zum Teil magazinieren es die patriotischen Banken, um Lebensmittelwucher zu treiben, zum Teil verfault es in den Eisenbahnspeichern, wartend auf die fehlenden Eisenbahnwagen. Inzwischen hungert man in den Städten, leidet die Armee Not.

Die erste Vorbedingung der Hebung des Lebensmittelmangels ist die Eroberung des Vertrauens der Bauern. Das kann nur eine Regierung, die sofort an die Expropriation des Grundbesitzes geht. Zu einer Regierung, die den Bauern zuredet, sie sollen gerecht die Großgrundbesitzer entschädigen, sie sollen warten, bis die konstituierende Versammlung die Agrarfrage löst, können und werden die Bauern kein Vertrauen haben.

Die zweite Bedingung der Heranschaffung der vorhandenen Lebensmittel, ihrer Verteilung ist der Kampf bis aufs Messer gegen jeden Schleichhandel, die Beschlagnahme der Banken, die ihn treiben. Kann dies die heutige provisorische Regierung tun? Die dritte Bedingung ist die Ordnung des Eisenbahnwesens, die Produktion des Rohmaterials. Aber die

Fabriken müssen Kanonen und wieder Kanonen fabrizieren, und wie kann man die Eisenbahner zu einer energischen Arbeit anspornen, wenn sie auch um die geringste Besserung ihrer elenden Lage erst lange Kämpfe führen müssen, während die Herren Direktoren die alten fürstlichen Gehälter beziehen? Landwirtschaftliche Geräte aber werden die Bauern, solange der Krieg dauert, nicht bekommen. So steht Russland, die Kornkammer der Welt, an der Schwelle des Hungers. Und kein Schrei gegen die Anarchie kann das Gespenst verscheuchen, nur die sofortige Beendigung des Krieges und die agrarische Revolution.

Anarchie in den Fabriken! Die liberale Presse wusste nichts von ihr, als die Kapitalisten die Preise in schwindelhaftem Tempo in die Höhe trieben, als sie Kinder, Jugendliche, Frauen in verbrecherischer Weise ausbeuteten, als sie die Arbeitszeit der Erwachsenen so steigerten, dass dem Proletarier für einen Tagelohn die Arbeitskraft einer Woche ausgepumpt wurde. Der erniedrigte, der zertretene Sklave hat jetzt das Haupt erhoben. Er stellt Forderungen: maßlose, ruinierende, schreit die kapitalistische Presse. 100, 200 Prozent Lohnerhöhung, den Acht-, ja den Sechsstundenarbeitstag fordert er.

Nur vergessen die Presskosaken des Kapitals zu sagen, dass dank der Überschwemmung Russlands mit Papiergeld (von 1 Milliarde 800 Millionen Rubel beim Kriegsausbruch auf zirka 12 Milliarden Rubel stieg die Zahl der Papierrubel, die sich im Kurse befinden), dank dem unerhörten Schrauben der Warenpreise durch die Syndikate die Kosten des elendsten Proletarierlebens sich verdreifacht haben. Nur vergisst sie zu sagen, dass bei den jetzigen technischen Methoden der Arbeiter bei sechsständiger Arbeitszeit mehr Muskel- und Nervenenergie verausgabt, als vor 30 Jahren beim 12 Stundentag. Gewalttaten der Arbeiter gegen die Fabrikadministration schreit die Presse. Wo seit 1908 jeder Meister, jeder Ingenieur an den Arbeitern Rache nahm für die Jahre der Revolution, jeder die Arbeiter demütigte.

Nun, die Zeit, wo auch die Quellen der großen Welle ökonomischer Kämpfe schlagen mögen, sie naht, sie ist schon da. Das Organ der Menschewiks „Raboczaziet“, die in den ersten Tagen der Revolution schrieb, die Klugheit verlange zuerst die politische Revolution zu Ende zu führen und dann an die sozialen Forderungen zu gehen, sie kann greinen und zetern. Die ökonomischen Kämpfe des Proletariats sind nicht nur psychologisch unumgänglich, weil eine unterdrückte Klasse nicht aus zwei unabhängigen Teilen, einem politischen und ökonomischen besteht, die abgesondert sich befreien könnten.

Dieser Kampf ist keine Gefahr für die Revolution. Umgekehrt, er ist die Garantie des Sieges, er ist der Mutterboden der Revolution. Wie es kein anderes Mittel gibt, die Bauern zu Kämpfern für die Republik zu machen, als dass ihnen die Revolution Grund und Boden gibt, so gibt es kein anderes Mittel, die Demokratie gegen jeden Angriff zu sichern, als in dem sie zur Frage des Brotes für die Arbeitermassen wird. Nur wenn die Revolution den Charakter einer reinen politischen Systemänderung verliert, wenn sie den Arbeitermassen soziale Errungenschaften bringt, werden sie sie mit aller Kraft zu Ende führen. (Schluss folgt.)

## Was ist Staatssozialismus?

Von Julian Borchardt.

Die zahlreichen Eingriffe der Behörden in Wirtschaftsleben, welche der Krieg gezeitigt hat, werden ganz allgemein als staatssozialistisch angesehen. Ja, man hat dafür sogar einmal den eigenen Namen „Kriegssozialismus“ geprägt, und es gab eine Zeit, wo auf der einen Seite freudige Erwartung, auf der anderen Besorgnis deswegen herrschte, weil der Staat sich mit diesen Maßnahmen auf die Bahn des Sozialismus begeben habe und davon möglicher Weise

auch nach dem Kriege nicht wieder werde loskommen können. Wenn es auch scheint, dass man inzwischen auf beiden Seiten von den anfänglichen Übertreibungen zurückgekommen ist, so dürfte doch eine Erörterung darüber am Platze sein, ob und in welchem Umfange jene staatswirtschaftlichen Maßnahmen überhaupt etwas mit Sozialismus zu tun haben.

Weshalb nennt man sie staatssozialistisch, die Höchstpreise, die Brotmarke, die Vorschrift, wieviel Fleisch und Fett jeder verbrauchen darf, die Bezugscheine für Kleider und Wäsche, die Beschlagnahme von Obst und Wolldecken usw.? Offenbar nur deshalb, weil sie einen Eingriff in die wirtschaftliche Ungebundenheit und Selbständigkeit des einzelnen Privatmanns bedeuten. Man sieht darin natürlich noch nicht den Sozialismus, aber einen Schritt auf dem Wege zum Sozialismus. Man erblickt also das Wesen des Sozialismus in einer planmäßigen Regelung des Verbrauchs, man hält den Sozialismus für vorhanden, wenn einmal der gesamte Verbrauch eines Volkes auf diese Weise planmäßig geregelt sein sollte.

Der Einwand, dass der Sozialismus vor allem eine Regelung der Produktion erheische, während es sich bisher noch ausschließlich um eine Regelung des Konsums handelt, wiegt nicht allzu schwer. Denn es liegt auf der Hand, dass die Eingriffe in den Konsum, wenn sie eine bleibende Einrichtung sein sollen, früher oder später die Regelung, ja die Verstaatlichung der Produktion nach sich ziehen müssen. Wie soll der Staat jedem Einzelnen z. B. seine 1900 Gramm Brot pro Woche zuweisen, wenn er nicht dafür Vorsorge trifft, dass sie auch vorhanden sind? Und der Verkaufszwang ist ja auch schon ein erster Schritt auf diesem Wege. So gut der Staat dem Kaufmann verbietet, seine Vorräte zurückzuhalten, so gut kann und muss er auf die Dauer auch dem Produzenten verbieten, seine Produktionsmittel und Materialien ungenutzt liegen zu lassen.

In dieser Einschränkung der persönlichen wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit, in dieser zwangsweisen, von oben her vorgeschriebenen Wirtschaftsbetätigung erblicken also diejenigen das Wesen des Sozialismus, welche die erwähnten Maßnahmen staatssozialistisch oder kriegssozialistisch nennen. Das ist aber ein totaler Irrtum, eine Verwechslung von Form und Inhalt. Eine zufällige Äußerlichkeit wird hier an Stelle der Sache selbst gesetzt, wie im Folgenden gezeigt werden soll.

Die vulgäre Auffassung versteht allerdings unter Sozialismus kaum etwas anderes als den sagenhaften „Zukunftsstaat“. Bezweckt ja doch der Sozialismus die Beseitigung von Not und Elend. Und wenn er auch nicht etwa nur materielle, nur wirtschaftliche Not kennt, sondern im Gegenteil die Menschen auch geistig befriedigen will, so sieht er doch eingeständenermaßen die Wurzeln auch der geistigen Not im materiellen Elend. Der Mangel an Bildung z. B., an Aufnahmefähigkeit für höhere geistige Genüsse liegt, nach Behauptung der Sozialisten, wesentlich an der Armut der breiten Volksmassen. Die einen haben zu viel und die anderen zu wenig, das ist nach ihrer Meinung der Kern des Übels. Der zunächst zu erstrebende Zweck ist also eine gerechte, gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Kulturgüter. Tiefere Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge lehrt, dass eine solche nicht möglich ist ohne gleichzeitige Änderung der Produktion, Enteignung der Produktionsmittel, deren Betrieb durch und für die Gesamtheit usw. Daraus ergibt sich dann das Bild des „sozialistischen Zukunftsstaates“: die oberste Zentralbehörde hat vor allen Dingen wirtschaftliche Aufgaben; sie muss dafür sorgen, dass die Produktion in Quantität und Qualität genau dem Bedürfnis des Konsums entspricht. Zu diesem Zweck muss eine genaue Statistik laufend die Bedürfnisse wie die Produktionsmöglichkeiten kontrollieren, und wenn nötig, muss beides zwangsweise miteinander in Einklang gebracht werden, d. h. die Staatsmacht muss dem Einzelnen seine Arbeit wie seinen Konsum vorschreiben.

So wenig sich leugnen lässt, dass dies die, wenn auch vage, mehr oder minder unbestimmte Vorstellung vom Sozialismus ist, welche wohl die meisten Anhänger der sozialdemokratischen Partei sich machen, ebenso wenig lässt sich bestreiten, dass die konsequentesten Schlüsse daraus – oder vielmehr die allein konsequenten – Eugen Richter gezogen hat. Was dabei herauskommt, wäre in der Tat der berühmte „Zukunftsstaat“, den Eugen Richter in seinen sozialdemokratischen Zukunftsbildern und anderwärts nicht schaurig genug zu schildern weiß. Wenn eine Staatsbehörde sogar den Konsum regeln soll und deshalb jedem Einzelnen vorschreiben muss, was und wieviel er verbrauchen darf, dann schwindet auch noch der Rest persönlicher Freiheit, der in der kapitalistischen Gesellschaft für die Vielen noch vorhanden war, die wenigstens nur bei ihrer Arbeit unter ständigem Kommando standen, aber nicht bei ihrem Konsum. Dieser Konsequenz kann sich nicht entziehen, wer logisch denkt, und so energisch diejenigen Sozialdemokraten, die an den „Zukunftsstaat“ glauben, die Schlussfolgerung Eugen Richters ablehnen, so sehr sie darüber lachen oder dagegen protestieren, so haben sie doch noch nichts Stichhaltiges darauf zu erwidern gewusst. Denn es lässt sich eben von ihrem Standpunkt nichts Stichhaltiges darauf erwidern.

Mit dem Wesen des Sozialismus hat aber ein solcher „Zukunftsstaat“ nichts zu tun, wie schon daraus erhellt, dass der Sozialismus keineswegs nur den Wohlstand für alle, sondern zugleich auch die persönliche Freiheit erstrebt und dass beides für ihn, wie später noch gezeigt werden soll, zu einer unlösbaren Einheit verschmilzt. Ich liebe es im Allgemeinen nicht, die Worte der Meister zum Zeugnis anzurufen. Denn eine Wahrheit wird deshalb nicht richtiger, weil schon Marx sie erkannt hat, und sie verliert nichts von ihrer Richtigkeit und ihrem Gewicht, wenn Marx sie nicht erkannt hat. Aber hier handelt sich's um etwas anderes. Ich habe soeben selbst angegeben, dass die krause und unklare Vorstellung vom „Zukunftsstaat“ mit Arbeitszwang usw. in der Tat von den meisten Anhängern der sozialdemokratischen Partei gehegt wird. Also könnte man einwenden, meine davon abweichende Meinung<sup>47</sup> sei meine persönliche Privatansicht und ich hätte kein Recht, sie als die richtige und maßgebende hinzustellen. Dem gegenüber gilt es allerdings vor allen Dingen zu zeigen, dass sie aus dem Wesen des Sozialismus fließt und allein seinem Wesen entspricht. Aber daneben ist es doch ganz nützlich nachzuweisen, dass sie keineswegs von mir gewissermaßen zu meinem Privatgebrauch erfunden worden ist, sondern dass sie sich ganz ebenso schon in den Werken der wissenschaftlichen Begründer des Sozialismus findet. Nur zu diesem Behuf zitiere ich die folgenden Stellen von Marx:

Im *Kommunistischen Manifest*, der zweite Abschnitt (Proletarier und Kommunisten), welcher die Darlegung der Grundsätze überhaupt abschließt, endet mit den Worten (Ausgabe von 1906, S. 38):

„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation (Vereinigung), worin die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die Entwicklung Aller ist.“

Im *Kapital* (Band 1, Kapitel 22 Nr. 3, Volksausgabe 1914, S. 527) wird auseinandergesetzt, wie die kapitalistische Produktion jene materiellen Produktionsbedingungen schafft,

„welche allein die reale Basis einer höheren Gesellschaftsform bilden können, deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist.“

---

<sup>47</sup> Die ich übrigens seit langen Jahren auch als offizieller Redakteur und Lehrer der sozialdemokratischen Partei genauso vorgetragen habe.

Die *Neue Zeit* hat im Jahre 1890 (9. Jahrgang, Band 1, S. 561) aus dem Nachlass von Karl Marx eine Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms abgedruckt, worin (S. 567) über den Zustand in einer „höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft“ gesagt wird:

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen, erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“

Aus diesen Zitaten geht jedenfalls hervor, dass Marx sich das Ziel des Sozialismus anders dachte als in Form eines Zukunftsstaates mit Arbeits- und Konsumzwang. Dann aber kann für ihn auch die Regelung der Wirtschaft nicht das Wesentliche am Sozialismus gewesen sein, sondern nur ein Mittel zu anderen, höheren Zwecken. Doch wie gesagt, es kommt letzten Endes nicht darauf an, wie Marx es sich dachte, sondern nur darauf, was mit dem Wesen des Sozialismus übereinstimmt. Da wird nun bei all solchen Diskussionen offenbar ganz vergessen, dass zum Wesen des wissenschaftlichen Sozialismus auch die materialistische Geschichtsauffassung gehört. Auch um diese hat sich ja im Laufe der Zeit ein vollständiger Sagenkreis gewoben, sodass schon ein regelrechtes Studium dazu gehört, um durch den Wust alles dessen, was über sie gesagt und behauptet wird, hindurchzuerkennen, was sie eigentlich ist und will. Wie groß die über sie verbreiteten Vorurteile und Irrtümer sind, mag der Umstand beweisen, dass mir vor kurzem ein als sehr tolerant bekannter Gelehrter allen Ernstes sagte, er lehne sie schon deshalb als unwissenschaftlich ab, weil sie mit der Präntion eines Dogmas auftrete, d. h., weil sie verlange, einfach geglaubt zu werden, ohne wissenschaftliche Nachprüfung ohne sachlichen Beweis. Nun gehöre ich meines Wissens seit Jahrzehnten zu denjenigen Marxisten, die man die orthodoxesten zu nennen beliebt. Aber davon ist mir noch nie etwas zu Ohren gekommen, dass irgendein Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung das Verlangen aufgestellt habe, sie müsse ohne Prüfung hingenommen werden.

Zu einer eingehenden Abhandlung über den historischen Materialismus ist hier nicht der Ort.<sup>48</sup> Will man den Kern seiner Lehre in eine kurze Formel ausdrücken, wobei freilich infolge der Unvollständigkeit eine gelinde Ungenauigkeit unvermeidbar ist, so kann man sagen: er setzt an Stelle des Machens das Werden; er hat auf dem Wege historischer Forschung erkannt, dass die Geschichte der Menschheit bisher nicht gemacht, sondern geworden ist, und er schließt daraus, dass es auch in Zukunft sein wird.

Es muss nochmals daran erinnert werden, dass es sich im Zusammenhange dieses Aufsatzes nicht darum handelt, die Richtigkeit des historischen Materialismus zu *beweisen*. Sondern hier kommt es nur darauf an, die Zentralpunkte sozialistischen Denkens anzugeben, um danach ermessen zu können, ob jene eingangs erwähnten Staatsmaßnahmen überhaupt einen Anspruch darauf haben, sozialistisch genannt zu werden. Fern liegt es mir also zu verlangen, dass irgendwer die Lehre des historischen Materialismus, so wie ich sie eben zum Ausdruck gebracht habe, unbesehen als richtig hinnehmen soll. Ich sage nur: das lehrt der historische Materialismus, und diese Lehre gehört zum Wesenskern der sozialistischen

---

<sup>48</sup> Ich habe eine solche gegeben in der - seit Kriegsbeginn eingestellten - Monatsschrift „Der Zeitgeist“ des Deutschen Metallarbeiterverbandes. 1911 Nr. 2, 3, 4, 7.

Denkweise. Ja hier liegt so recht eigentlich der Unterschied zwischen bürgerlichem und sozialistischem Denken.

Nach der bürgerlichen Denkweise ist die Triebkraft der menschlichen Entwicklung der aus der Idee geborene Wille des Menschen; je nach dem Stand ihrer Einsicht, also letzten Endes nach ihrer Klugheit oder Dummheit, im Zusammenhang mit ihrer sonstigen persönlichen Veranlagung, ihrer Aufrichtigkeit oder Hinterlist, ihrer Tüchtigkeit oder Unfähigkeit, ihrer Arbeitslust oder Faulheit usw. handeln sie. Und die Reihe ihrer Taten ergibt den Verlauf ihrer Geschichte wie auch der Einzelschicksale.

Dem gegenüber erklärt die sozialistische Denkweise den Menschen für ein Produkt seiner Verhältnisse; keineswegs leugnet sie die Rolle des Willens, weder in der Geschichte noch im Einzeldasein,<sup>49</sup> aber sie hält den Willen nicht für frei, auch nicht lediglich für ein Produkt der jeweiligen persönlichen Veranlagung, noch weniger der doch oft recht zufälligen Einsicht, sondern für abhängig von den gesamten Umständen, in denen die Menschen leben.

Das der theoretische Unterschied. Aus ihm ergibt sich eine sehr wichtige praktische Differenz. Die Geschichte besteht letzten Endes natürlich in den Taten der Menschen. Alles, was man „Entwicklung“ nennt, geht nicht „von selbst“ vor sich, sondern wird von den Menschen ausgeführt. Aber wenn es sich darum handelt, die Menschen zur Tat zu reifen, z. B., um einen akuten Zustand abzuwenden, so wird derjenige, welcher der bürgerlichen Denkweise huldigt, sich direkt an den menschlichen Willen wenden: durch einen Aufruf wird er an ihre Einsicht, ihr Mitleid usw. appellieren, um sie zu der Tat zu veranlassen, die er wünscht. Wer sozialistisch denkt, wird anders verfahren. Ausgehend von der Überzeugung, dass der tatgebäre Wille seinerseits aus den Zuständen erwächst, in denen die Menschen leben, wird er sein Augenmerk auf eine entsprechende Änderung dieser Zustände lenken.

Besser als lange theoretische Darlegungen wird ein praktisches Beispiel zeigen, was ich meine. Schon einige Jahre vor dem Kriege begannen in Deutschland Befürchtungen wegen der Geburtenabnahme. Um ihr zu begegnen, wusste man in der bürgerlichen Presse kein anderes Mittel als gutes Zureden. Die „Deutsche Tageszeitung“ z. B. schrieb in den ersten Tagen des Januar 1911:

„Der verstorbene Leipziger Professor Rudolf Hildebrandt konnte in männlichen Zorn geraten, wenn er gelegentlich auf die Ehefurcht und Eheflucht zu sprechen kam. Er bezeichnete sie geradezu als Feigheit ... Das, was der Mann in der Ehe und mit der Ehe gewinnt, ist weit wertvoller und wesentlicher, als das, was er vielleicht preisgeben muss. Es ist und bleibt wahr, dass der ehelose Mann in der Regel ein halber Mann bleibt. Das Volk einschließlich des heranwachsenden Geschlechts muss wieder zu der Überzeugung erzogen werden, dass die Gründung eines eigenen Hausstandes Mannespflicht ist.“

Und gegen die Kindereinschränkung schrieb dasselbe Blatt:

„Ebenso notwendig ist es, das Volk wieder zu der Anschauung zu erziehen, die dem alten deutschen Volkswort zugrunde liegt: viel Kinder, viel Segen! Man hat diesem Wort wohl das andere entgegengesetzt: viel Kinder, viel Sorgen, und dieses Wort ist nicht minder berechtigt als das erstere. Aber auch von diesen Sorgen gilt der prächtige Ausspruch eines alten wirklichen Lebenskünstlers, dass in jeder Sorge ein Stück Segen stecke.“

---

<sup>49</sup> Siehe hierüber insbesondere Kautsky, „Der Weg zur Macht“, Berlin 1910, und Kautsky, „Ethik und materialistische Geschichtsauffassung“, Stuttgart 1906.



Hierauf wurde damals von sozialdemokratischer Seite erwidert, dass dies alles nicht nur sehr schön, sondern auch vom ersten bis zum letzten Worte durchaus wahr sei. Dennoch wurde bezweifelt, ob durch diese schönen und wahren Worte auch nur ein Mensch von Ehescheu und Kinderscheu geheilt werden würde, weil eben der menschliche Wille in den umgebenden Verhältnissen verankert liege.

Der Wahrheit jener Worte werde sich keine Einsicht und kein wie immer gearteter Charakter verschließen. So lange aber – wie an bestimmten Fällen gezeigt wurde – schon beim Unterhalt von nur zwei Kindern der Haushalt eines nicht übermäßig schlecht bezahlten Arbeiters in Berlin ein Defizit von gegen 200 Mk. jährlich aufweise, solange werde trotz aller Einsicht der Wille zur Eheschließung und zur Kindererzeugung sich nicht einstellen. Mithin hätten solche Moralpredigten keine Aussicht auf Erfolg, sondern nötig wäre eine Änderung der Wirtschaftslage für die breite Masse des Volkes, die den Kinderreichtum aus einer Last zu einer Lust mache.

Dieses Beispiel – das sich für sämtliche Lebensgebiete wiederholen ließe; ich erinnere nur an die Behandlung des Verbrechens durch Strafe statt durch Behebung der Ursachen – zeigt m. E. mit hinreichender Klarheit, worin der wesentliche Unterschied zwischen sozialistischer und bürgerlicher Denkweise liegt, und weshalb ich ihn als den Unterschied zwischen organisch und mechanisch bezeichne. Wenn irgendwo ein Übelstand sich zeigt, so kennt die bürgerliche Denkweise gegen ihn keine anderen als mechanische Mittel: Verbote, Drohungen, Gewalt, im mildesten Fall Appell an den guten Willen, indes die sozialistische Denkweise vorschlägt, ihn organisch abzuheilen durch Änderung oder Beseitigung der Umstände, die ihn hervorgerufen haben.

Besehen wir uns nun an der Hand dieses Kennzeichens, das, wie gesagt, wesentlich ist, alle die angeblich „kriegssozialistischen“ oder „staatssozialistischen“ Maßnahmen der Behörden zur Kriegswirtschaft, so erkennen wir, dass sie samt und sonders rein mechanisch sind. Die Höchstpreise z. B. sollen doch einfach durch Zwang und Strafandrohung den Verkäufer hindern, einen gewissen Preis zu überschreiten; die Brotmarke soll den vorhandenen Brotvorrat rein mechanisch gleichmäßig verteilen. Eines der deutlichsten Beispiele ist noch die Regulierung der Valuta im Januar 1916. Um das weitere Sinken des deutschen Geldwertes im Auslande zu verhindern, wurde verfügt, dass nur einige bestimmte Banken das Umwchselgeschäft vornehmen dürfen, bei denen sich der Kurs, zu dem sie es tun, kontrollieren lässt.

Wohlverstanden, es handelt sich auch hier wieder für mich nicht um eine Kritik dieser Maßnahmen, obwohl nach meinen ganzen Ausführungen ersichtlich ist, dass ich sie für wirkungslos halte, was übrigens, soweit ich sehe, bisher von konservativer Seite besser dargelegt worden ist als von sozialdemokratischer. Sondern nur die Frage wollte ich einer Prüfung unterziehen, ob man ein Recht hat, die erwähnten Maßnahmen irgendwie, und sei es nur auf Umwegen, mit dem Sozialismus in Zusammenhang zu bringen. Und das muss ich ganz entschieden verneinen. Durch eine ganz nebensächliche Äußerlichkeit, dadurch, dass die äußeren Formen der Zuteilung so ähnlich aussehen, wie manche Leute – und auch dies noch irrtümlicherweise – sich die vollendete sozialistische Wirtschaft vorstellen, hat man sich täuschen lassen. In Wahrheit stehen alle jene Maßnahmen, wegen ihres rein mechanischen Charakters, in diametralem Gegensatz zum Sozialismus.

## **Aus unserm politischen Tagebuch.**

Aus Petrograd schreibt man uns: Nichts charakterisiert besser das Wesen der beiden in der Arbeiterbewegung kämpfenden Richtungen, als der Weg auf die eine, wie die andere den

Frieden erreichen will. Die Sozialpatrioten aller Schattierungen erklären es als Verbrechen, dass an der russischen Front Ruhe herrscht. Kerenski begann seine Rede als Gambetta der russischen Revolution mit dem Schrei nach der Offensive. Der Arbeiterdelegiertenrat bereitet die Arbeiter auf sie vor. Durch eine Offensive sollte Frankreich geschützt werden vor der Überführung der deutschen Truppen nach der Westfront und Deutschland sollte geneigter gemacht werden zum offenen Verzicht auf Annexionen im Westen, Österreich zu solchen auf dem Balkan. Die Bolschewiks erklären darauf, dass weder die deutsche Regierung noch die der Entente einen Frieden ohne Annexionen unter Belassung des Selbstbestimmungsrechtes an die Völker schließen können. Das können nur die Völker selbst, wenn sie im inneren die Selbstbestimmung erringen, d. h. die Herrschaft des Kapitals abschütteln. Um diesen Umwälzungsprozess zu fördern, fordern die Bolschewiks die Ergreifung der Macht durch die Arbeiter- und Soldatenräte, die allein wirklich auf Annexionen verzichten würden, wenn die provisorische Regierung des russischen Kapitals Gefangene der Entente bleibt, welche Sorte sie auch gebraucht. Bevor das noch geschieht, agitieren die Bolschewiks an der Front. für Verbrüderung der russischen mit den feindlichen Soldaten. Diskussionen zwischen den Soldaten sollen so organisiert werden, dass von keiner Seite die Annäherung zu Spionagezwecken missbraucht werden könnte. Das Zentralkomitee hat einen Aufruf in deutscher und russischer Sprache über den Charakter des Krieges und den Weg zum Frieden herausgegeben. Es bereitet Broschüren in deutscher Sprache vor. Aber warum gibt es keine Verbrüderung an der französischen Front, fragen die Sozialpatrioten und stellen die Verbrüderungsaktion als einen Dienst an den deutschen Imperialismus dar. Die russische Offensive aber wird das Vertrauen der Arbeiter in anderen Ländern zu der russischen Revolution, als Bringerin des Friedens, untergraben.

Das sind die Standpunkte. Und die Offensive? Das Organ des Arbeiterdelegiertenrates, die „Inzwiestig“, kommentieren die Offensive als eine – Vorbereitung zur Offensive: zuerst muss die Lebensmittelfrage geregelt, die Änderung der imperialistischen Verträge stattfinden. Darin äußert sich die Angst der kleinbürgerliche sozialpatriotischen Elemente des Arbeiterdelegiertenrates vor den Folgen einer Offensive.

## Feuilleton

### Ums Menschentum.<sup>50</sup>

Ein Kapitel aus *Schillers* Sturm- und Drangperiode. Von *Waler von Molo*.

Fritz Schiller stand vor dem herzoglichen Rektor, um dessen Urteil über seine Probeschrift zu empfangen.

„Ja, wie gesagt, Schiller! Das medizinische Professorenkollegium hat mir Seine Arbeit als nicht vor den Druck ratsam erklärt, wenn auch unter Anerkennung Seines kühnen Wollens, alles besser zu wissen, als es die gründlichste Wissenschaft an den Tag gebracht hat. Er hat zu blühenden, ausschweifenden Stil und Er hat auch zuviel geschimpft! Jawohl! Er hat geschimpft contre Haller, den ich sehr verehere und dem auch Er vieles verdankt. Was heißt denn das! zum Beispiel: Zuweilen macht auch der gute Haller sein Schläfchen, oder: dem Bonnet wirft Er unverzeihlichen Leichtsinns eines französischen Gauklers vor, und von Lavater sagt Er: Die Physiognomik organischer Teile dürfte wohl so bald nicht erscheinen, wenn auch Lavater noch durch zehn Quartbände schwärmen sollte. Hat er schon ein Buch geschrieben?

---

<sup>50</sup> Dem 1. Bande des Schillerromans von Walter von Molo entnommen. Verlag: Schuster u. Löffler, S. 12.

Er weiß doch, dass ich in jungen Jahren ein Verzeichnis aller Tugenden und Laster in Druck erscheinen ließ?“

Um Friedrich Schillers Mund verriet sich ein überlegener, spöttischer Zug, den er nicht meistern wollte. Der Herzog maß ihn und freute sich innerlich über des Zöglings Frechheit, die er in seinem Erdengottgefühl natürlich nicht auf sich bezog. Da hatte er den zopfigen Professoren, die doch eigentlich nur die Hausknechte seines Kopfes waren, ein Kuckucksei ins Formelnest gelegt. Der Seelenexperimentator dachte an Kaiser Josefs Worte und sagte wohlgefällig: „Mir gefällt ja eigentlich Sein Unbekümmertsein. Nur durch Ungestüm kommet die Menschheit weiter; aber: Sein Feuer muss gedämpft werden und dazu wird, meine ich, ein Jahr genügen. Er bleibt also noch ein Jahr in der Akademie! Ich meine, Er kann mit seinem alles fesselnden Geist – Naturelement, wenn Er fortfährt, fleißig zu sein – späterhin ein recht großes Subjektum werden, nur, Er muss mehr Ruhe und Gelassenheit bekommen, dafür will ich übrigens schon sorgen! Aber Er ist ein unordentlicher Schweinepelz. Weiß Er nicht, dass Er heute, am Festtag, nur drei Knöpfe der Weste zu schließen hat, damit der Busenstreif weiter ausliegt? Knöpf Er sofort den einen Giletknopf auf! Dass mir das nimmer vorkommt! Ja, und was ich noch sagen wollte: Hör Er nicht zu viel den Abel an, der ist ein Philosoph und versteht nichts von der Medizin. Ich werd Ihm die Krankenrapporte zuschanzen und die nächtlichen Revisionen in den Krankentuben; so kann Er was ordentliches lernen, denn ich hab Tüchtiges mit Ihm vor. Sei er froh, dass Er mich hat! Und heute abend, bei den Disputationen, halt Er sich wacker, damit Er die Preise bekommt und damit Er mich vor seinen Professoren nicht desavouieret. Ich hab ihnen gesagt, Er könnte trotz alledem was. Also: Lass er mich nicht im Stich und schlag Er sich tapfer!“

Eines Verzweifelten schärfste Wehr fühlten die Zöglinge Karl Eugens, die befohlen und wertbewaffnet in die Arena traten, um den Beifall der Stuttgarter Spießbürger zu erkämpfen. Schillers Krallen hauste schrecklich in manchem mühselig und sauber gezimmerten Gedankenhag. Schillers Würgengel schmiss Verwirrnis um sich und gebar unerwarteten blamen. Wegwerfend blinzelten die Augen, der schimmernde Geist tat ripeste auf ripeste. Es waren Triumphe im Käfig, Siegesfahnen in Blut getaucht. Er gab Petersen und Elwert ein Feuerwerk seines Geistes zum Abschied. Wieder schuf der tiefste Schmerz in ihm neue Erkenntnis. Und dann ward der Zopf gesteckt, die Galamontur angelegt. Die Geistesgladiatoren des Herzogs marschierten in den festlichen, geschmückten Saal, in dem die Preisverteilung stattfand. Wieder war ein Jahr zu Ende, wieder versanken Freunde, wieder musste er bleiben und weiterhin neue Unfreiheit erdulden. (Schluss folgt.)

Wie bitten unsere Postabonnenten, falls ab 1. Juli keine Zustellung unserer Zeitschrift durch die Post erfolgt, dieselbe am Orte bei der Post zu bestellen, oder unsere Expedition, Bremen, Aumunderstraße 23 davon in Kenntnis zu setzen. Verlag der Arbeiterpolitik.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.